


SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes





Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

11. Band:

Die Krügerdepesche und das europäische Bündnissystem 1896

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des elften Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände VII—XII erscheint am Schlusse des XII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel LXIII

Die Krüger-Depesche und ihre Rückwirkung auf das Deutsch-Englische Verhältnis. 1896



Nr. 2577

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall*

Reinschrift

Berlin, den 1. Februar 1895

Sir Edward Malet teilte mir heute ein an ihn gerichtetes Privatschreiben Lord Kimberleys mit, welches im wesentlichen folgendes enthält: Lord Kimberley sendet dem Botschafter einen Ausschnitt aus der „Times", welcher die telegraphische Nachricht von dem am 27. v. Mts. von dem Präsidenten der Südafrikanischen Republik auf Seine Majestät den Kaiser ausgebrachten Trinkspruch wiedergibt. Dazu bemerkt Lord Kimberley, die englische Regierung könne sich selbstverständlich nur über eine dem Souverän eines befreundeten Staates gebrachte Ovation freuen, müsse aber darauf hinweisen, daß nach mancherlei Anzeichen die Haltung der deutschen Regierung gegenüber der Südafrikanischen Republik dort eine Stimmung hervorrufe, welche mit der internationalen Stellung der letzteren nicht vereinbar sei. Allerdings habe England im Jahre 1884 seine Suzeränitätsrechte preisgegeben, allein vertragsmäßig sei die Südafrikanische Republik verpflichtet, internationale Verträge nur nach vorher eingeholter Zustimmung der englischen Regierung abzuschließen. Die Republik könne daher eine Allianz mit einem anderen Staate nur nach Erfüllung jener Bedingung eingehen. Die englische Regierung wünsche die Erhaltung des status quo, sie könne sich aber der Wahrnehmung nicht verschließen, daß allmählich in Transvaal die Überzeugung Platz greife, daß man dort unbedingt auf die Unterstützung Deutschlands zählen könne, und es sei zu befürchten, daß diese Überzeugung auf die Politik der Republik einen maßgebenden Einfluß üben werde. In dieser Beziehung sei England sehr empfindlich, und wird der Botschafter daher im Interesse unserer guten Beziehungen beauftragt, die Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung auf diese Dinge zu lenken.

---

* In etwas veränderter Fassung abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 1.

Ich entgegnete dem Botschafter, daß, wenn Lord Kimberley die Behauptung aufstelle, es werde durch die Haltung Deutschlands ein der internationalen Stellung Transvaals nicht entsprechender Geist in jenem Lande genährt, so habe er die Verpflichtung, Tatsachen anzugeben, um seine Behauptung zu beweisen. Erachte etwa Lord Kimberley den Trinkspruch des Präsidenten Krüger auf Seine Majestät den Kaiser als einen Ausdruck jenes Geistes und als bedenklich für die englischen Interessen? Sir Edward Malet verwahrte sich gegen diese Annahme mit der Bemerkung, daß Lord Kimberley diesen Trinkspruch in seinem Briefe ausdrücklich billige, — die Sachlage sei die, daß Deutschland mit Transvaal „kokettiere" und dadurch dort den Glauben erwecke, daß die Regierung für alles, was sie tue, die Unterstützung Deutschlands hinter sich habe. Transvaal sei für England ein „point noir", der an Wichtigkeit nicht hinter Ägypten stehe.

Ich erwiderte, daß unsere Politik, wie ich dem Botschafter schon öfters gesagt, einfach dahin gehe, diejenigen materiellen Interessen gegen jeden Eingriff zu schützen, welche sich Deutschland durch Erbauung von Bahnen und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Transvaal geschaffen habe. Diese Interessen geböten die Aufrechterhaltung Transvaals als wirtschaftlich selbständigen Staates und die Sicherung des status quo bezüglich der Bahnen und der Delagoabai. Damit sei der Ausgangspunkt und der Endpunkt unserer Politik in jenen Gegenden gekennzeichnet. Wenn Lord Kimberley ebenfalls die Erhaltung des status quo anstrebe, warum gebiete er Sir Cecil Rhodes nicht Einhalt, der — unter recht unpassenden und unklugen Ausfällen gegen Deutschland — ganz offen in London das Programm einer Aufsaugung Transvaals durch die Kapkolonie proklamiere? Es sei nicht das erste Mal, daß die englische Regierung, wenn Sir Cecil Rhodes ihr Schwierigkeiten mache, sich mit mehr oder minder versteckten Vorwürfen an die deutsche Regierung wende. Mir schiene, daß man sich zunächst an Herrn Rhodes wenden und ihn verhindern solle, eine Politik zu proklamieren, welche dem status quo zuwiderlaufe und welche allein die Ursache bilde, daß in Transvaal mehr und mehr die Stimmung um sich greife, welche Lord Kimberley beklage und auf deutsches Konto zu setzen geneigt sei. Sir Edward gab zu, daß es gut sein würde, Sir Cecil Rhodes etwas strenger zu kontrollieren, bedauerte auch seine taktlosen Äußerungen gegen Deutschland, glaubte aber in seinen Worten und in denen des Dr. Jameson nicht die Absicht einer Annexion, sondern nur den Gedanken einer commercial federation der südafrikanischen Staaten finden zu sollen. Ich erwiderte, daß gerade der von Dr. Jameson entwickelte Gedanke, daß „Rhodesia" die „commercial union, amalgamation or federation of all the South African States" werden solle, unseren Interessen zuwiderlaufe, weil das, etwas kürzer ausgedrückt, politisch das Protektorat, wirtschaftlich das Handelsmonopol der Kapkolonie und den Ausschluß deutschen Handels be-

deute. Wenn die englischen Kolonialfreunde in der Transvaalfrage empfindlich seien, so seien die unsrigen es ebenfalls, übrigens bestehe für uns eine Transvaalfrage gar nicht. Transvaal sei mit der im Vertrag von 1884 vorgesehenen Beschränkung ein selbständiger Staat, der diejenigen wirtschaftlichen Beziehungen anknüpfen könne, die er für nützlich erachte. Wolle Lord Kimberley, wie er in seinem Briefe sage, die Erhaltung des status quo, so seien unsere Auffassungen durchaus identisch — ich würde es gar nicht für ausgeschlossen erachten, daß wir diese Übereinstimmung schriftlich fixierten. Auf den letzten Gedanken näher einzugehen, unterließ Sir Edward, der sich vielmehr in Klagen über Sir Cecil Rhodes und unsere afrikanischen Schwierigkeiten erging und auch nicht widersprach, als ich betonte, daß die von Herrn Rhodes verkündete Politik der allmählichen Aufsaugung des Transvaalstaates durch die Kapkolonie und der Gründung einer commercial federation zur Beschleunigung dieses Prozesses wohl kaum als eine Politik der Erhaltung des status quo bezeichnet werden könne.

Marschall

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden W. 5./II. 95

Nr. 2578

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall*

Eigenhändig

Berlin, den 15. Oktober 1895

Nach dem gestrigen Diner des Herrn Reichskanzlers sprach mich der englische Botschafter Sir Edward Malet an, indem er zunächst in sehr freundlichen Worten mir für die Unterstützung bei Ausübung seines Amtes dankte; er fuhr dann, das politische Gebiet betretend, fort: er hinterlasse bei seinem Abgange** im ganzen[1] freundliche Beziehungen zwischen England und Deutschland; nur ein schwarzer Punkt bestehe, das sei unsere Haltung bezüglich des Transvaalstaates. Wir encouragierten die Buren zu einer feindlichen Haltung gegen England, das werde für letztres auf die Dauer unerträglich. Auf meine Frage, ob wir etwa den Transvaalstaat zu einer dem internationalen Rechte zuwiderlaufenden Haltung encouragierten, antwortete Sir Edward ausweichend mit

* Auszugsweise abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 2.
** Sir Edward Malet war im Herbst 1895 von seinem Berliner Posten abberufen worden; sein Nachfolger wurde Sir Frank Lascelles, bisher Botschafter in Petersburg.

der Bemerkung, die Regierung von Transvaal werde in zunehmendem Maße feindlich gegen England, weil sie des deutschen Schutzes sicher zu sein glaube; vor kurzem habe sie die direkten Eisenbahntarife nach dem Kap gekündigt bzw. Tarife eingeführt, welche den Handel dorthin vollständig unterbänden. Für England entstehe daraus ein unerträglicher Zustand, und er wolle mir ganz offen sagen, daß die Fortsetzung der deutschen Haltung gegenüber Transvaal zu ernsten Verwicklungen führen könne[2].

Ich entgegnete dem Botschafter, die englische Regierung habe kein Recht, für die wenig freundliche Gesinnung, die gegenwärtig in Transvaal gegen England herrsche, Deutschland verantwortlich zu machen; viel näher läge die Frage, ob nicht England durch eigene Handlungen die Erbitterung der Boers hervorgerufen habe[3], z. B. durch die Annexion des südlichen Amatongalandes, auf welches Transvaal auf Grund früherer Abmachungen mit Sicherheit gerechnet habe, um einen Zugang zum Meere zu erlangen; auch seien die Treibereien des Herrn Cecil Rhodes derart, daß sich England nicht wundern dürfe, wenn allmählich alle Elemente in Südafrika[3], welche nicht unter Mr. Cecil Rhodes' Abhängigkeit gelangen wollten, durch gemeinsame Erbitterung zusammengeführt werden. Da Sir Edward mir so offen gesprochen, so wolle ich ihm in gleicher Weise antworten. Wiederholt hätten wir der englischen Regierung mitgeteilt, daß das Endziel unserer Politik in Transvaal ausschließlich die Erhaltung des status quo sei, und wir bei dieser Politik durch gewichtige Interessen vornehmlich kommerzieller Natur geleitet würden. Wir beabsichtigten nicht, an dem Verhältnisse Transvaals, wie es durch den Vertrag vom Jahre 1884 mit England fixiert sei, zu rütteln, wir müßten es aber allerdings als eine schwere Verletzung unserer Interessen[4] betrachten, wenn es die Selbständigkeit, die ihm in jenem Vertrage garantiert sei, verliere und zu einem Bestandteil des großen „Rhodesia" herabsinke[4]. Wir könnten es ebensowenig dulden, daß die Linie Pretoria—Lorenzo-Marquez, welche die Einbruchstelle für unseren in erfreulichem Aufschwunge befindlichen Handel nach dem Transvaal bilde, in die Hände des Herrn Cecil Rhodes gelange. Unser Vorgehen zum Schutze dieser Interessen habe seinerzeit unbedingte Billigung in ganz Deutschland gefunden, und ich müsse dem Botschafter erklären, daß ein Sturm der Entrüstung über ganz Deutschland sich verbreiten werde, wenn wir hier vor englischen Drohungen den Rückzug antreten würden[4]. Ein solcher Rückzug sei unmöglich. Auch werde England zu bedenken haben, ob es wohl auf der Welt soviele Freunde besitze, daß es leichthin dem Bruche mit Deutschland zutreiben könne[3]. Der Botschafter entgegnete, er wisse wohl, daß England außer in Italien nirgends Freunde besitze, und daß auch in Deutschland die englischen Sympathien, die früher bestanden, verschwunden seien. Aber England besitze die Mittel, manche seiner Feinde zu befriedigen und zu beruhigen[5]. Ich wisse, daß eine Meinung in England bestehe, man solle

Ägypten preisgeben; diese Meinung gewinne an Ausdehnung. Ich erwiderte, die Drohung, daß England Ägypten preisgeben werde, um sich Frankreichs Zuneigung zu erwerben, sei nicht neu[3], sie werde in regelmäßiger Wiederkehr an uns gerichtet, um uns auf kolonialem Gebiete englischen Wünschen und Forderungen gefügig zu machen. Die Drohung werde heute so wenig wirksam sein, wie sie es bisher gewesen. Glaube England, daß es durch Opfer die Zahl seiner Feinde vermindern und sich den Rücken decken könne, um ungestört seine bisherige Kolonialpolitik gegen Deutschland fortzusetzen, so möge man das versuchen; man möge Ägypten, die Dardanellen, Gibraltar, Malta, Zypern, den kürzesten Seeweg nach Indien usw. aufgeben, auf uns werde dies keinen tiefen Eindruck machen[6], und ob man die dauernde Freundschaft Rußlands und Frankreichs damit erlange, bleibe dahingestellt. Die Bemerkung des Botschafters über den Rückgang englischer Sympathien in Deutschland sei nicht unbegründet; ich fände die Ursache dieser Erscheinung vornehmlich in der Art, wie England uns in kolonialen Fragen gegenübertrete. Überall mißgönne man uns den kleinsten territorialen Fortschritt; in Witu habe man durch Entthronung des Sultans unser Abkommen vom Jahre 1890 verletzt, ohne bisher die verlangte Remedur eintreten zu lassen, im Togogebiet, im Hinterlande des Niger und anderswo scheitere jede Verhandlung an der englischen Weigerung, uns irgendeine Konzession zu machen. Die Besorgnis, daß einige Interessenten in der englischen Presse über Beeinträchtigung ihrer Interessen Lärm schlagen könnten, beeinflusse die englische Regierung offenbar mehr als der Wunsch, sich die Sympathien Deutschlands zu erhalten[4].

Der Botschafter machte noch einen Versuch, die Transvaalfrage mit den von mir erwähnten Streitpunkten in Ost- und Westafrika in Verbindung zu bringen, brach aber dann das — ziemlich lebhaft, aber in freundschaftlichen Formen geführte — Gespräch mit der Bemerkung ab, daß manche Dinge, die uns heute sehr schwarz vorkommen, späterhin in einem helleren Lichte erscheinen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf der Reinschrift der Aufzeichnung:
[1] So? nur?
[2] auch das noch! drohen, wo sie uns in Europa so nöthig haben! Uns für die Ueberhebung von Rhodes verantwortlich machen!
[3] richtig
[4] gut
[5] daraut haben wir schon gerechnet
[6] sehr gut

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut abgefertigt! W.
Die Bemerkung bezüglich Egyptens war absurd, aber sie sollte ein Fühler sein, um zu erfahren, was wir eigentlich mit Lobanoff oder dem Czaren abgemacht haben? Darüber sind die Briten sehr intriguirt. W.

Nr. 2579

Kaiser Wilhelm II. an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Diktat. Abschrift

Neues Palais, den 25. Oktober 1895

Der englische Militärbevollmächtigte Oberst Swaine kam im Laufe des Gesprächs gestern auf den „Grashdanin", der von einem gewissen Fürsten Meschtscherski redigiert werde, und fragte mich, ob ich die in letzter Zeit in demselben erschienenen Artikel gelesen habe. Auf meine Bemerkung, daß ich das Blatt nicht hielte und mir nichts von besonderen Artikeln gemeldet worden sei, erwiderte der Oberst, das sei ganz schrecklich und sehr zu bedauern, wie fanatisch antienglisch das Blatt geworden sei. Es zeige sich leider je länger je mehr, daß trotz aller der besten Absichten Englands und trotz wiederholter Versuche, in seinen Beziehungen mit Rußland auf einen grünen Ast zu kommen, die Versuche völlig fehlgeschlagen hätten. Er entsinne [sich], daß ich ihm im Frühjahr d. Js. die Meinung ausgesprochen habe (anläßlich des chino-japanischen Konflikts), wie wichtig es sei, daß alle europäischen Staaten fest zusammenhielten, und daß auch England mit Rußland in Ostasien zusammenginge und sich vertrüge. Dies sei beim besten Willen nicht zu erreichen gewesen, weil die Russen nun mal nicht wollen. Da sei es nun bedauerlich, daß bei solcher Lage der Dinge der „Grashdanin" so heftig werde. Das könne sogar gefährlich werden. Ich erwiderte, daß, soviel ich wüßte, der „Grashdanin", wie überhaupt die Presse in Rußland, wegen des relativ beschränkten Leserkreises wohl keinen nennenswerten Einfluß besitze; wenigstens nicht einen so bedeutenden wie die Presse in anderen Ländern, besonders auch in England. Gerade dieser Presse und der von ihr beherrschten öffentlichen Meinung verdanken wir den ganzen unnützen Skandal der armenischen Frage*. Die sei vor allem den Russen sehr unangenehm. Hinc illae lacrimae! Der Oberst stimmte zu und sprach sich sehr herbe über Argyll, Westminster und Mr. Gladstone aus, die das ganze Unheil heraufbeschworen hätten. Er habe noch neulich mit dem Lord Salisbury gesprochen und auch neuerdings von ihm einen Brief erhalten, und aus alledem, was er gehört, ginge eben hervor, in welch heikle Lage der Premier durch diese unglückselige Erbschaft geraten sei. Er wisse noch nicht recht, was er tun solle, fühle sich noch nicht ganz fest im Sattel und mache daher auch Annäherungsversuche bei allen Nationen die Reihe herum, um herauszufinden, wie dieselben über die Türkei dächten. Mit Deutschland sei er ja glücklicherweise auf gutem Fuße, und wie er ihm noch zuletzt geschrieben habe, an dem Punkt, wo er im

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVI; Bd. X, Kap. LX, LXI.

Jahre 1892 gewesen sei; einige kleine Fragen in Afrika sekundärer Natur an und für sich müßten in versöhnlichem Geiste mit gegenseitiger Liebenswürdigkeit und Breite behandelt werden. Ich erwiderte ihm, diese Mitteilung sei mir sehr interessant. Was die armenische Frage beträfe, so sei Englands Politik völlig unverständlich, und das Herumtasten bei den verschiedenen Nationen habe dahin geführt, daß alle ohne Ausnahme von einem handfesten Mißtrauen gegen England erfüllt seien. In dieser Frage stünden sämtliche Kontinentalmächte einheitlich und geschlossen zusammen, in der Absicht, den status quo und durch schnelle Erledigung der sogenannten armenischen Frage die Ordnung in der Türkei aufrechtzuerhalten. Das einzige Land, das aber die Türkei nicht so hoch kommen lasse, sei England. Die eigentümlichen Artikel, die letzthin in England erschienen seien, die Thronrede in Verbindung mit der scharf aggressiven Rede des Premiers gegen die Türkei* hätten bei den Kontinentalmächten den Verdacht erweckt, England wolle seine Mittelmeerpolitik ändern. Dieser Verdacht sei bestärkt worden durch das wochenlange Spazierenfahren der Mittelmeerflotte vor den Dardanellen, und es würden überall Stimmen laut, welche der Ansicht Ausdruck verliehen, England wolle Konstantinopel an Rußland geben, Frankreich durch Konzessionen in Ägypten gewinnen und selbst die Dardanellen nehmen. Ich hatte hierbei den Obersten scharf ins Auge gefaßt; er zuckte sichtlich zusammen; der englische Romanschriftsteller würde sagen: „he winced.“ Er rief sogleich aus: „We don't dream of it.“ Ich fuhr fort zu bemerken, daß das oben skizzierte Verfahren ein vollkommenes Umwerfen der englischen Mittelmeerpolitik sei. England habe sich in Ägypten nur gehalten, weil Deutschland hinter ihm gestanden, gäbe es das Land auf, und damit seine direkte Verbindung nach Indien, so sei es nicht meine oder des Dreibundes Aufgabe, Englands Politik am Mittelmeer allein fortzusetzen. Die oben angedeutete Teilung sei aber auch ein Bruch des Berliner Vertrages, für den sämtliche Signatarmächte selbstverständlich sofort eintreten würden, ohne deren Einwilligung selbst England nicht ihn brechen könne.

Was nun den Punkt in Afrika beträfe, so habe der eben abgehende Botschafter Sir Edward Malet bei seinem Abschiede den Vertreter meiner auswärtigen Politik mit den erstaunlichsten Vorwürfen über unser niederträchtiges Verhalten England gegenüber förmlich überschüttet**. Ja, er sei sogar so weit gegangen, das unglaubliche Wort

---

* Vgl. Bd. X, Nr. 2391.

** Vgl. auch den Brief Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 25. Oktober (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, ed. W. Goetz, S. 299), sowie die Aufzeichnung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall Nr. 2578, die sich aber doch nicht so scharf wie der Kaiser ausdrückt. Nach einem Telegramm an Hatzfeldt vom 29. Oktober hätte der Kaiser in dem „Transvaal-Ausfall“ Sir E. Malets ein „tatsächliches Ultimatum“ gesehen. Siehe Nr. 2581.

„war“ in den Mund zu nehmen; mithin wegen ein paar Quadratmeilen voll Neger und Palmbäume habe England seinem einzigen wirklichen Freund, dem Deutschen Kaiser, Enkel Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland, mit Krieg gedroht. Das Erstaunen und die Entrüstung des Obersten waren sehr groß. Er beteuerte, daß das ein Mißverständnis sein müsse, daß der Botschafter ohne Instruktion gehandelt habe, denn er wisse bestimmt, daß der Botschafter vor seiner Abschiedsaudienz bei Salisbury angefragt habe, ob er besondere Wünsche oder Aufträge von ihm ausrichten solle, worauf ihm der Premier mit Nein geantwortet habe. Solch eine Sprache finde er ganz unerhört, und er könne sie sich gar nicht zusammenreimen. Dies Mißverständnis müsse baldmöglichst aufgeklärt werden. Ich erwiderte, daß dieser Ton, wenn er auch beim sanften Malet überraschend klinge, dem Ton der englischen Presse Deutschland gegenüber entspräche. Besonders die Regierungspresse habe sich mir gegenüber in der ungehörigsten Weise benommen. Deutschland und der Dreibund seien fortgesetzt beleidigt und gehänselt worden, und ein guter Teil meiner schweren siebenjährigen Arbeit, mein Reich und England auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen und gegenseitiger Hochachtung zur Lösung großer Kulturaufgaben näherzubringen, sei zerstört worden. Der Oberst gab dies unumwunden zu. Mit den Interessen meines Landes sei es nicht zu vereinigen, alle Launen der englischen Politik mitzumachen und auf vage Andeutungen und rätselhafte Aussprüche englischer Staatsmänner zu reagieren. Ein solches Verhalten Englands zwinge mich förmlich, gemeinschaftliche Sache mit Frankreich und Rußland zu machen, von welchen beiden an meinen Grenzen ungefähr eine Million Mann zum Einbruch bereit stünden, während mir England hier nicht mal gute Worte gäbe.

Ich schloß das Gespräch mit der eindringlichen Warnung, daß England aus seinem jetzigen völligen isolement, in welches es durch seine „policy of selfishness and bullying“ geraten sei, nur durch ein rückhaltloses offenes Eintreten entweder auf seiten des Dreibundes oder gegen denselben herauszukommen vermöge. Das erstere bedinge eine Form, wie sie unter Kontinentalmächten üblich sei, d. h. unter versiegelten und unterschriebenen Garantien*. Der Oberst schien auf das tiefste erschüttert und bewegt zu sein.

---

* Das kaiserliche Diktat vom 25. Oktober wurde noch gleichen Tages mittelst Kuriers zur Information an Graf Hatzfeldt, am 26. auch an Bülow-Rom gesandt. Offenbar empfand man aber im Auswärtigen Amt die Notwendigkeit, den scharfen, gegen England gerichteten Äußerungen des Kaisers die Spitze abzubrechen. Zu diesem Zweck erging am 27. Oktober ein auch nach London weitergegebener telegraphischer Erlaß des Reichskanzlers an den Botschafter von Bülow, in dem es u. a. hieß: „Wenn Seine Majestät das Verlangen stellt, über die Ziele der diplomatischen und maritimen Aktion Englands im östlichen

Vorstehendes zur Kenntnis und Verwertung an die Botschafter in Petersburg, London, Konstantinopel und Paris.

Kopie an Graf Eulenburg nach Liebenberg.

(gez.) Wilhelm I. R.

Mittelmeer aufgeklärt zu werden, so ist dieses von der gewohnheitsmäßigen deutschen Politik abweichende Verlangen als die Folge der herumtastenden und demonstrativ unzuverlässigen Politik Englands anzusehen, welche einen Tag mit einer Dreibundmacht, den nächsten Tag mit Frankreich anbandelt und dabei durch das Organ der englischen Presse sich über alle Teile lustig zu machen schien. — Lord Salisbury wird kaum im Zweifel darüber sein, daß abgesehen von der Taktlosigkeit des Sir Edw. Malet auch das eigene Verhalten des Ministers bei Abwickelung einzelner Posten der Erbschaft von Lord Rosebery geeignet war, uns mißtrauisch hinsichtlich seiner Absichten mit Bezug auf die Erhaltung des Dreibunds zu machen. — Sobald dieses Mißtrauen dadurch schwindet, daß die englische Politik in bestimmte Bahnen einlenkt, werden auch die gegen England gerichteten Äußerungen Seiner Majestät, durch welche allerhöchstderselbe nicht einem dauernden Grundsatz, sondern einem der augenblicklichen Lage anzupassenden Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine tatsächliche Anwendung nicht mehr finden." Graf von Hatzfeldt erwiderte auf die Zusendung des kaiserlichen Diktats vom 25. Oktober durch Privattelegramm vom 27. Oktober: „Die Äußerungen von Seiner Majestät sind vielleicht etwas schroff, stimmen aber mit dem überein, was ich in etwas freundlicherer Form hier gesagt, und werden zur Klärung beitragen. Bedenklich scheint mir nur die Alternative: sofortiges verbindliches Abkommen oder nichts. Da ersteres hier formell nicht möglich, drängen wir die Engländer damit, das zweite zu wählen und anderweitige Verständigung und Anlehnung zu suchen."

Botschafter von Bülow ist in seiner Berichterstattung auf das kaiserliche Diktat vom 25. nicht zurückgekommen; nur beiläufig erwähnt er in einem Berichte vom 29., wie willkommen ihm das Telegramm vom 27. (siehe oben) gewesen sei, um die schweren Besorgnisse Baron Blancs über die zunehmende Unfreundlichkeit des Verhältnisses zwischen Deutschland und England zu beschwichtigen. Der italienische Außenminister gab zwar wiederholt gegenüber Bülow zu, daß die Schuld für die Entfremdung zwischen Deutschland und England wesentlich das letztere treffe, dessen Politik auch ihm unbegreiflich sei; aber er machte doch nachdrücklich geltend, eine wie gebieterische Notwendigkeit für Italien im Hinblick auf seine Mittelmeerpolitik ein gutes deutsch-englisches Verhältnis sei; mit diesem stehe und falle letzten Endes seine ganze dreibundfreundliche Politik. Eine wesentliche Beruhigung entnahm Baron Blanc aus Bülows Versicherung, daß, wenn die englische Politik nur wieder in verständige und feste Bahnen einlenke, auch Deutschlands Haltung gegenüber England sich ändern könnte.

Natürlich hat auch Oberst Swaine über seine Unterredung mit Kaiser Wilhelm II. vom 25. Oktober eingehend nach London berichtet. Über die Aufnahme, die dieser Bericht auf seiten der englischen Regierung fand, erzählte Colonel Swaine dem Kaiser in einer neuen Unterredung, die am 20. Dezember stattfand: er sei als ein so wichtiges Dokument angesehen worden, daß er gedruckt und an alle Mitglieder des Kabinetts verteilt sei. Ein Kabinettsmitglied habe ihm, Swaine, noch neuerdings geschrieben: „It is the most important document that you have ever sent to us from Berlin". Vgl. das Telegramm Kaiser Wilhelms an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe vom 20. Dezember 1895 in Bd. X, Kap. LXII, Anhang, Nr. 2572.

Nr. 2580

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 252 London, den 25. Oktober 1895

Antwort auf Erlaß Nr. 1216*, betreffend Äußerungen Sir E. Malets.

Nachdem mir Lord Salisbury auf meine Frage, ob er in der letzten Zeit von Sir E. Malet Nachrichten erhalten habe, erwidert hatte, daß ihm seit etwa sechs Wochen kein nennenswerter Bericht von Berlin zugegangen sei[1], teilte ich ihm die Äußerungen Sir E. Malets vom 14. d. Mts. mit, indem ich darauf hinwies, daß meine Regierung dabei einen dem Botschafter erteilten Auftrag habe voraussetzen müssen.

Der Premierminister, welcher sichtlich im höchsten Maße überrascht war, erklärte mir auf das bestimmteste, indem er mich ersuchte, dies Euerer Durchlaucht zu melden, daß er zu den fraglichen Äußerungen keinerlei Auftrag erteilt habe[2]. Er fügte hinzu, daß er seinerseits die Transvaalfrage auch nicht als einen „schwarzen Punkt" zwischen uns betrachte und, wenn er auch selbstverständlich an den England vertragsmäßig zustehenden Rechten in bezug auf Transvaal festhalten müsse, sich mit uns in dem Wunsche begegne, daß der status quo dort aufrechterhalten bleibe.

Lord Salisbury sagte schließlich, daß er sich das von ihm in keiner Weise veranlaßte Vorgehen Sir E. Malets nur dadurch erklären könne, daß derselbe damit einer früheren Weisung Lord Kimberleys[3] entsprochen habe[4]. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Donnerwetter das ist doch starker Tobak!

[3] ach so! das ist billig; doch vielleicht ein kleines Desaveu

[4] die Salisbury wohl aus Versehn bestehn ließ? W.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ist einerlei, aus dieser Geschichte müßen wir tüchtig Kapital schlagen, auch für event[ue]l[le] Marineforderungen zum Schutz des zunehmenden Handels.

Nr. 2581

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 294 Berlin, den 29. Oktober 1895

Seine Majestät, allerhöchstwelcher den Transvaal-Ausfall Sir Edw. Malets als tatsächliches Ultimatum aufgefaßt hatte, war auch nach

* Mit Erlaß Nr. 1216 vom 18. Oktober war dem Botschafter Grafen Hatzfeldt genauere Kenntnis von den Äußerungen Sir E. Malets zu dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall vom 14. Oktober 1895 (siehe Nr. 2578) gegeben worden.

Eingang von Ew. Telegramm Nr. 252* noch der Ansicht, daß wir aus diesem Vorgang Anlaß zur Verstärkung unsrer Seestreitkräfte nehmen müßten, da Salisburys Versuch, sich auf Rosebery herauszureden, nicht glaubhaft scheine.

Ew. Telegramm Nr. 253** ist noch in Liebenberg, inzwischen hat Seine Majestät jedoch bereits heute die Willensmeinung hierher gelangen lassen, daß man in Rom wegen unsrer Stellung zu England beruhigt und sagt, es habe sich nur um Zurückweisung einer Insolenz Malets gehandelt, die man sich nicht habe gefallen lassen können.

Marschall

Nr. 2582

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 London, den 1. November 1895

Erlaß Nr. 1259*** erhalten.

Lord Salisbury, mit welchem ich den Zwischenfall eben nochmals besprochen, sagte mir, er werde Sir Frank Lascelles beauftragen, Seiner Majestät dem Kaiser, sobald er die Ehre habe, allerhöchstdenselben zu sehen, in seinem Namen auszusprechen, daß er, der Premierminister, Sir E. Malet keinerlei Auftrag zu den fraglichen Äußerungen erteilt habe, daß er die Ansicht des Botschafters, wonach Transvaal ein schwarzer Punkt zwischen uns sei, nicht teile und mit uns in bezug auf die Erhaltung des status quo übereinstimme.

Der Minister, welcher sein lebhaftes Bedauern über den Vorgang aussprach, fügte hinzu, er könne mir jetzt, nachdem er in den Bureaus des Foreign Office die genauesten Ermittelungen angestellt, mit aller Bestimmtheit versichern, daß seit seinem Amtsantritt keinerlei Auftrag

---

* Siehe Nr. 2580.

** Siehe Bd. X, Kap. LXI, A., Nr. 2442. Graf Hatzfeldt hatte danach eine ausführliche und ganz vertrauliche Unterhaltung mit Lord Salisbury vom 25. Oktober benutzt, um noch vor Eingang der Aufzeichnung des Kaisers über seine Unterredung mit Sir Ed. Malet den englischen Premier darauf hinzuweisen, „daß die bisherige unsichere Politik Englands, die vielleicht zum Teil noch den Mißgriffen seines Vorgängers zuzuschreiben sei, fast überall in Europa Mißtrauen hervorgebracht habe, und daß niemand mehr an bestimmte Ziele der englischen Politik und an eine konsequente Durchführung derselben glauben wolle".

*** Auch nach Kenntnis der Äußerungen Lord Salisburys zu Graf von Hatzfeldt vom 25. Oktober (Nr. 2580) war der Kaiser, wie dem Londoner Botschafter mittelst Erlaß Nr. 1259 vom 30. Oktober mitgeteilt wurde, dabei geblieben, daß er „den Malet-Zwischenfall betreffs Transvaal erst dann für erledigt erachten würde, wenn ihm direkt dienstlich durch eine berufene Persönlichkeit Mitteilung gemacht sei, daß Lord Salisbury nicht die Ansichten Sir Edward Malets teile".

von hier an die englische Botschaft in Berlin abgegangen sei, welcher den Botschafter zu den fraglichen Äußerungen veranlassen konnte.

Hatzfeldt

Nr. 2583

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 666 London, den 2. November 1895

Sir Edward Malet, welcher kürzlich hier eingetroffen ist, war gestern im Foreign Office, als ich Lord Salisbury besuchte, und aus einer Äußerung des letzteren ergibt sich, daß er den früheren Botschafter wegen seiner letzten taktlosen Äußerungen in Berlin zur Rede gestellt hat.

Im Laufe unserer Unterhaltung bemerkte der Premierminister, als wir diese Frage besprachen, daß Sir Edward Malet in Abrede stelle, eine scharfe oder drohende Äußerung, wie sie ihm vorgeworfen werde, gemacht zu haben [1]. Als ich dem Minister erwiderte, daß eine dem Herrn Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts übereinstimmend gemachte Mitteilung sich nicht wegleugnen lasse, war Lord Salisbury mit mir ganz einverstanden, daß die Tatsache nicht bezweifelt werden könne, und sprach mir gleichzeitig sein lebhaftes Bedauern darüber aus.

Sollte sich die Abreise des neuen englischen Botschafters * nach Berlin verzögern, was sich wohl bald entscheiden wird, so hoffe ich auf Euerer Durchlaucht hochgeneigte Zustimmung rechnen zu dürfen, wenn ich dann Lord Salisbury den Gedanken nahe lege, die von ihm beabsichtigte Entschuldigung durch den englischen Geschäftsträger ** bei Euerer Durchlaucht anbringen zu lassen [2].

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unglaublich!

[2] ja

Nr. 2584

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. November 1895

Der englische Geschäftsträger Mr. Gosselin hat mir einen an ihn gerichteten Brief Lord Salisburys mit der Abschrift eines Briefes Sir

* Sir Frank Lascelles.

** Mr. Gosselin.

Edward Malets an den letzteren mit dem Bemerken übergeben, daß er beauftragt sei, das aufrichtige Bedauern des Premiers über das durch das Vorgehen Sir Edwards geschaffene Mißverständnis mündlich zu wiederholen.

Euerer Majestät verfehle ich nicht, beide Briefe* im Anschlusse vorzulegen. Marschall

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Malet redet sich mit einer diner conversation mit S[einer] D[urchlaucht] heraus während ich, von einer solchen nichts wissend, nur von dem Abschiedsgespräch mit H[errn] v[on] Marschall gesprochen habe.

Enfin, der Britische Premier hat in aller Form peccavi gesagt und das genügt. Die grobe Antwort hat ihren Zweck völlig erreicht.

W.

Nr. 2585

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Pretoria, den 24. Dezember 1895

Nachrichten aus Johannesburg lassen befürchten, daß englische Partei daselbst Unruhen für nächste Tage vorbereitet. Regierung trifft Maßregeln dagegen[1].

Herff

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Soll noch ein Kreuzer von Ostafrika nach Lourenço Marques hin? oder genügt der eine?

Nr. 2586

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Eigenhändiges Konzept

Nr. 359 Berlin, den 28. Dezember 1895

Ich habe dem englischen Botschafter heute den Inhalt eines Telegramms unseres Konsuls in Pretoria** mitgeteilt, wonach durch die englische Partei in Johannesburg Unruhen vorbereitet werden und die Regierung Maßregeln dagegen trifft. Daran anknüpfend habe ich Sir Frank auf die möglichen Folgen eines Zusammenstoßes hingewiesen und wiederum scharf betont, daß wir die Erhaltung der Un-

---

* Nicht bei den Akten.
** Siehe Nr. 2585.

abhängigkeit des Transvaalstaates nach Maßgabe des Vertrags von 1884 verlangen, und eine Änderung des Status quo in der von Cecil Rhodes bzw. der Kapregierung angestrebten Richtung als schwere Beeinträchtigung unsrer kommerziellen Interessen nicht akzeptieren könnten.

Marschall

Nr. 2587

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Konsul in Pretoria von Herff*

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 10 Berlin, den 30. Dezember 1895

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 13**.

Ich habe England gegenüber scharf betont, daß Deutschland an der Unabhängigkeit Transvaals nach Maßgabe des Vertrages von 1884 unbedingt festhalte und Störung dieses Zustandes in der von Kapregierung angestrebten Richtung nicht akzeptieren werde.

Bitte dies mündlich und vertraulich dortiger Regierung mitzuteilen, ihr aber gleichzeitig einzuschärfen, daß sie, um sich deutsches Wohlwollen zu erhalten, jede Provokation strengstens vermeiden müsse.

Marschall

Nr. 2588

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung***

Nr. 15 Pretoria, den 30. Dezember 1895

Regierung veröffentlicht soeben Proklamation, worin sie verspricht, alle Beschwerden der Johannesburger Bevölkerung ohne Verzug dem Volksrat vorzulegen. Kurz nach Zeichnung der Proklamation erhielt in meiner Gegenwart Regierung offizielles Telegramm, daß 800 Mann bewaffneter Truppen der Chartered company mit 6 Maxim- und anderen Kanonen nach Johannesburg ziehen und bereits in der Nähe von Rustenburg angelangt sind. Präsident hat sogleich in meiner Gegenwart Befehl gegeben, das weitere Vordringen der feindlichen Truppen mit Waffengewalt zu verhindern und die Bürger aufzurufen. Kampf

* In veränderter Fassung abgedruckt im deutschen Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“, Nr. 6.

** Siehe Nr. 2585.

*** Abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“, Nr. 10.

unvermeidlich. Präsident hält das Vorgehen der Chartered company für Bruch der Londoner Konvention und rechnet auf Intervention Deutschlands und Frankreichs*. Erbitte Ermächtigung, zum Schutz von Leben und Eigentum der Deutschen, die durch das Vorgehen der Chartered company ernsthaft gefährdet erscheinen, das Landungskorps nebst Geschützen des „Seeadlers“ zu requirieren. Habe Konsulate Kapstadt und Lorenzo Marquez telegraphisch informiert**.

Herff

Nr. 2589

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 31. Dezember 1895

Sofort nach Empfang des anliegenden Telegramms aus Pretoria*** ließ ich den englischen Botschafter zu mir bitten, teilte ihm den Inhalt des Telegramms mit und erklärte ihm folgendes:

Nach dieser Meldung unseres Vertreters in Verbindung mit den Mitteilungen englischer Zeitungen könne ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Verhältnisse in Transvaal sich nach der Richtung eines bewaffneten Konflikts zuzuspitzen drohten. Wir hätten nicht die Absicht uns in die innern Angelegenheiten der Transvaalrepublik einzumischen, oder die englische Partei daran zu hindern, ihre Wünsche bezüglich einer Verfassungsänderung in loyaler Weise zur Geltung zu bringen. Falls die Transvaalregierung unsern Rat erbittet, so würden wir gegen gewisse Konzessionen bezüglich der Ausdehnung des Stimmrechts keine Bedenken haben, während wir es andererseits begreiflich fänden, daß die Republik die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts an alle Fremde verweigere, da dies gleichbedeutend mit Majorisierung der Buren durch die englische Partei sei, somit einer Aufgabe der Unabhängigkeit des Burenstaats gleichkomme. Wir würden auch nie-

---

* Nach einer Meldung des britischen Agenten in Pretoria vom 30. Dezember, die der Gouverneur der Kapkolonie am 31. nach London weitergab (englisches Blaubuch „South African Republic“ C—7933 12. Februar 1896 Nr. 9), hätte Präsident Krüger in aller Form die Intervention Deutschlands und Frankreichs erbeten. Die deutsche Regierung hat jedenfalls das obige Telegramm des Konsuls in Pretoria nicht als Übermittelung eines solchen Interventionsgesuchs aufgefaßt. Ausdrücklich hat Staatssekretär Freiherr von Marschall am 13. Februar 1896 im Reichstage bei der Debatte über die Transvaalfrage erklärt: „Wenn da behauptet wurde, daß Präsident Krüger unsere Intervention angerufen habe, so ist das ein Irrtum; mir ist davon nichts bekannt.“

** Das Telegramm Herffs wurde am 31. Dezember mit dem lakonischen Zusatz „Instruktion folgt“ an Graf Hatzfeldt mitgeteilt.

*** Siehe Nr. 2588.

mals eine provokatorische Politik der Transvaalrepublik unterstützen und hätten hierüber in Pretoria keinen Zweifel gelassen. Wenn aber die englische Partei, wie dies aus den neusten Nachrichten hervorgehe, ihre Forderung durch Bedrohung mit Waffengewalt durchzusetzen gedenke und offenkundig bewaffnete Aufstände vorbereite, so sei die Regierung im Rechte, wenn sie jeden derartigen Versuch mit Gewalt niederschlage.

Über die Folgen eines solchen bewaffneten Konflikts können wir uns einer Täuschung nicht hingeben. Die „Times“ vom 27. sage ganz offen, daß dann nur ein Ausweg möglich sei. Unter diesem Ausweg verstehe das City-Blatt die Annexion des Transvaalstaats durch die Kapregierung bzw. die Vernichtung der Unabhängigkeit desselben. Diese Anschauung werde auch von der übrigen englischen Presse geteilt. Ich erachte es deshalb für meine Pflicht, dem Herrn Botschafter nochmals mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß die Kaiserliche Regierung außerstande sei, eine solche Lösung zu akzeptieren, wir vielmehr auf der Erhaltung des status quo bestehen müßten, der durch den Vertrag vom Jahre 1884 festgelegt sei. Diese Haltung sei uns vorgeschrieben durch unsere kommerziellen und wirtschaftlichen Interessen, wie auch durch unsere öffentliche Meinung, welche ein Nachgeben in dieser Frage nicht ertragen würde. Wir seien bereit, auch fernerhin auf die Transvaalregierung im Sinne der Mäßigung einzuwirken, wir glaubten aber erwarten zu dürfen, daß das Londoner Kabinett seinerseits seinen ganzen Einfluß aufbiete, um die englische Partei vor extremen Schritten zurückzuhalten.

An diese Mitteilung anknüpfend bemerkte ich, wir seien stets gerne bereit, die freundschaftlichen Beziehungen mit England aufrechtzuerhalten und in analoger Richtung auf unsere Alliierten einzuwirken, wir müßten dabei aber von englischer Seite auf ein größeres Maß von Reziprozität rechnen, als es bis jetzt uns gewährt worden sei. Ich könne mich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Londoner Kabinett den Antagonismus, den es zwischen den beiden europäischen Staatengruppen voraussetze, erheblich überschätze, wenn es annehme, daß derselbe stark genug sei, um der englischen Politik freie Hand zur beliebigen Wahrung seiner eigenen Interessen auf Kosten anderer Staaten zu gewähren. Jener Antagonismus zwischen dem Dreibunde einerseits und Rußland und Frankreich andrerseits habe sich in den letzten Jahren teilweise unter dem Einfluß der englischen Politik wesentlich gemildert, und auch die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich sei nahezu geschwunden. Dem Scharfblick Lord Salisburys werde es nicht entgehen, daß der Gedanke, die zwischen jenen Staatengruppen noch ungelösten Fragen ohne Rücksichten auf englische Interessen zu regeln und dabei auch eventuell englische Interessen als Kompensationsobjekte zu benutzen, wenn er in konkreter Form zur Anregung gelangte, in weiten Kreisen einen fruchtbaren

Boden finden werde. Daß ich dieses offen ausspräche, solle keine Drohung sein, ich hielte mich aber für verpflichtet, in dieser Beziehung der englischen Regierung gegenüber mit voller Offenheit vorzugehen*. Der englische Botschafter versprach mir, sofort meine Bemerkungen nach London zu telegraphieren.

Marschall

Nr. 2590

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein**

Nr. 362 Berlin, den 31. Dezember 1895

Seine Majestät der Kaiser beauftragt Ew. pp., sofort an amtlicher Stelle zu fragen, ob die britische Regierung die Grenzüberschreitung des Transvaalstaats durch die Truppen der Chartered Company billigt.

Falls Ew. den Eindruck haben, daß diese Völkerrechtsverletzung gebilligt wird, wollen Ew. um Ihre Pässe bitten.

Wenn jener Einbruch in Transvaal gemißbilligt wird, wollen Ew. pp. fragen, durch welche Mittel die britische Regierung jene Rechtswidrigkeit zu beseitigen gedenkt.

Marschall

Nr. 2591

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Konsul in Pretoria von Herff***

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 11 Berlin, den 31. Dezember 1895

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 15 †.

Ew. wollen sofort nach Rücksprache mit Präsident Krüger Landungskorps des „Seeadler" ausschließlich zum Schutz des Konsulats, des Lebens und Eigentums der Reichsangehörigen für die Dauer der

---

* Vgl. dazu den Erlaß an den Botschafter in Paris Grafen Münster vom 1. Januar 1896 (Kap. LXIV, Nr. 2641), durch den dieser aufgefordert wurde, eine „gemeinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich mancher außereuropäischer Fragen anzuregen, um die sich dann leicht noch andere Mächte zur Erreichung gemeinsamer Ziele gruppieren könnten".

** In verstümmelter und veränderter Fassung mitgeteilt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 12.

*** In gekürzter und veränderter Fassung abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 11.

† Siehe Nr. 2588.

Unruhen requirieren. Kommando „Seeadler“ ist durch Admiral verständigt. Gleichzeitig mit Requisition haben Sie hierher telegraphisch Meldung zu machen*.

Auch wollen Sie Präsident aufmerksam machen, daß wir uns zwar nicht in die inneren Verhältnisse der Republik mischen wollten, aber annehmen, daß Regierung und Volksrat sich durch die Umtriebe nicht einschüchtern lassen und Maßnahmen beschließen, durch welche auf gesetzlichem Wege die Regierungsgewalt in die Hände der Revolutionäre fällt.

Marschall

Nr. 2592

Die Deutschen in Pretoria an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm en clair. Abschrift**

Pretoria, den 31. Dezember 1895

Die Deutschen Pretorias bitten Euere Majestät einmütig und ehrfurchtsvoll um sofortige Intervention zur Verhütung unendlichen Elends und Blutvergießens.

---

* Am selben 31. Dezember wurde vom Auswärtigen Amt bei dem Gouverneur Wißmann in Daressalam angefragt, ob er zum Schutz deutscher Interessen etwa 400—600 Mann Truppen über Delagoabai nach Transvaal führen könne, ohne daß die Sicherheit von Deutsch-Ostafrika gefährdet werde: eine Anfrage, die Wißmann unbedingt bejahte. Zu einer Heranführung deutscher Kolonialtruppen oder auch nur zu einem Eingreifen der Mannschaft des „Seeadler“ ist es aber nicht gekommen, da Präsident Krüger zunächst von einem solchen Eingreifen abzusehen bat, um nicht Komplikationen herbeizuführen (vgl. Nr. 2601), und da es dann durch das Scheitern des Jamesonschen Zuges gegenstandslos wurde. Es hätte zu einem solchen Eingreifen auch einer Erlaubnis der portugiesischen Regierung zwecks der Landung des Kommandos in der Delagoabai bedurft. Eine solche Erlaubnis ist von der deutschen Regierung in der Tat am 31. Dezember erbeten worden, aber lediglich für ein kleines Detachement des „Seeadler“ von höchstens 50 Mann, und nicht, wie Freiherr von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 275) behauptet, für mehrere hundert Mann Kolonialtruppen aus Deutsch-Ostafrika **und** für ein Detachement von zwei oder drei vor der Delagoabai liegenden Kreuzern — tatsächlich war es nur einer (vgl. die Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu Nr. 2585); erst am 9. Januar traf als zweites Schiff der Kreuzer „Condor“ vor Lorenzo Marquez ein. Portugiesischerseits ist das deutsche Erscheinen laut eines Telegramms des Gesandten von Derenthall vom 3. Januar 1896 zunächst abgelehnt worden; als dann die deutsche Regierung das Ersuchen am 5. Januar dringend erneuerte, wurde laut Bericht Derenthalls vom 8. Januar die Genehmigung für den Fall in Aussicht gestellt, daß neuere Ereignisse abermals Leben und Eigentum deutscher Untertanen gefährden sollten. Nach Derenthalls Bericht wäre für das Verhalten der portugiesischen Regierung die Furcht, einen Präzedenzfall zu schaffen — erst 1894 war ein englischer Versuch, in der Delagoabai zu landen, entschieden zurückgewiesen worden — maßgebend gewesen.

** Abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik“, Nr. 8.

Nr. 2593

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Pretoria, den 31. Dezember 1895

High Commissioner Kapstadt* hat formell Aktion der Chartered Company desavouiert und den betreffenden Truppen Weisung erteilt, zurückzugehen. Diese Weisung ist jedoch vom Führer der Truppen Jameson ignoriert worden, und weitere Truppen, 300 Mann, haben Grenze überschritten. An den Ernst der Desavouierung wird hier nicht geglaubt, man ist überzeugt, daß englische Regierung von der Aktion Kenntnis hatte. Zusammenstoß zwischen Buren und Chartered Company morgen erwartet. Infolge Weisung vom 30. Dezember** habe ich soeben Euerer Durchlaucht Botschaft Präsidenten mitgeteilt. Derselbe hat Gewicht deutscher Unterstützung tief empfunden und dankbar anerkannt. Präsident bittet mich, Euerer Durchlaucht zu übermitteln, er habe alles getan, um Provokationen zu vermeiden, aber seit dem Eindringen fremder Truppen aus Betschuanaland, Verletzung der Konvention, sei seine Regierung zu ihrem Bedauern verpflichtet, mit Gewalt die Freibeuter zu vertreiben. Transvaalregierung hat in der Tat das Äußerste an Entgegenkommen geleistet, was möglich war und auch von britischen Untertanen rückhaltlos anerkannt wird. Die zweifellos mit Vorwissen und Genehmigung der britischen Regierung unternommene Aktion der Chartered Company ist nichts anderes als ein ruchloser Länderraub. Ausbruch Johannesburger Revolution bereits eingetreten.

Herff

Nr. 2594

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiges Konzept

Berlin, 1. Januar 1896

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß mir der englische Botschafter heute mittag das anliegende Telegramm Lord Salisburys*** übergeben hat

---

* Sir Hercules Robinson, Gouverneur und Oberbefehlshaber der Kapkolonie, als solcher zugleich englischer Oberkommissar für die Südafrikanische Republik.
** Siehe Nr. 2587.
*** Siehe Anlage.

Ich habe Sir Frank erwidert, diese Mitteilung erscheine zu meinem Bedauern durch die Ereignisse bereits überholt, indem die „violence", welche Mr. Chamberlain* zu vermeiden wünsche, in dem Augenblicke bereits eingetreten sei, als die aufrührerischen Banden der Chartered Company bewaffnet das Gebiet des Transvaalstaates beschritten hätten. Ich vermöchte nicht einzusehen, in welcher andern Weise die Regierung des Transvaalstaates auf diesen Friedensbruch antworten könnte, als mit gewaltsamer Vertreibung der Friedensstörer von dem Transvaalgebiete. Wir hätten die englische Regierung seit zwei Jahren wiederholt auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die in jenen Gegenden aus dem Gebaren Sir Cecil Rhodes' drohten, allein niemals eine klare Antwort über die Stellung des Londoner Kabinetts zu jenen Umtrieben erhalten. Nach Eingang des gestrigen Telegramms aus Pretoria — welches übrigens 17 Stunden unterwegs gewesen, vermutlich also an irgendeiner Stelle zurückgehalten worden sei — hätte ich, nach Einholung der Befehle Euerer Majestät, den Grafen Hatzfeldt angewiesen, an die englische Regierung die amtliche Anfrage zu stellen, welche Schritte sie zu tun gesonnen sei, um den durch den Einbruch bewaffneter Banden von dem englischen Protektoratsgebiete in das Territorium des Transvaalstaates geschaffenen völkerrechts- und vertragswidrigen Zustand zu beseitigen? Graf Hatzfeldt telegraphierte, daß er Lord Salisbury heute nachmittag sehen werde. Zu meinem Bedauern ergehe sich die „Times", welche die Vorgänge des 30. heute endlich wiedergebe, bereits in der Drohung, „daß England keine Intervention in die Angelegenheit, von welcher Seite sie auch kommen möge, dulden werde". Also: England duldet keine Intervention, aber die Großmächte, welche Rechte und Interessen im Transvaal haben, sollen die völkerrechtswidrige Intervention des Herrn Rhodes dulden, der dort gar nichts zu suchen hat! Durch solche Drohungen der Presse werde die Lage nur verschärft.

Schließlich bemerkte mir Sir Frank ganz vertraulich, er glaube, daß der Grund für die bisherige Haltung seiner Regierung in der Besorgnis liege, die Kapkolonie könne sich unabhängig erklären, wenn von London aus zu scharf gegen Cecil Rhodes eingeschritten werde; Drohungen dieser Richtung seien schon wiederholt ergangen. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich an die Ernstlichkeit einer solchen Drohung nicht zu glauben vermöchte. Was Sir Cecil Rhodes bisher erreicht, verdanke er dem Zusammenhange der Kapkolonie mit England bzw. der Macht und dem Prestige der englischen Flotte. Da Herr Rhodes keine Flotte besitze, so werde er nach Erklärung der Unabhängigkeit der Kapkolonie auf seine weittragenden Pläne verzichten und jedenfalls seine Haltung gegenüber anderen Mächten

* Staatssekretär der Kolonien.

wesentlich modifizieren müssen, sonst werde die ganze Herrlichkeit rasch zu Ende gehen.

Marschall

Anlage

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm. Abschrift
Vom englischen Botschafter in Berlin am 1. Januar 1896 übergeben

London, December 31 1895

The Colonial Office have sent me a reply to the following effect to my enquiries respecting the observations made by Baron von Marschall to Your Excellency upon the troubles in the Transvaal.

While concurring generally in Baron von Marschall's remarks, Mr. Chamberlain is using his best endeavours by correspondence both with Sir Hercules Robinson and President Kruger to avert violence and restore tranquillity. The Secretary of State for the Colonies is strongly opposed to a policy of violence, and entertains good hopes that its outbreak may be averted. He fully recognizes that such an outbreak would be very detrimental to the various European interests in South Africa.

Nr. 2595

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 London, den 1. Januar 1896

Vorläufige Antwort auf Telegramm Nr. 362*.

Ich habe heute nachmittag Zusammenkunft mit Lord Salisbury, welcher erst dann in die Stadt kommt, und hoffe, daß Euere Durchlaucht damit einverstanden sind, wenn ich so wichtige Fragen nur mit ihm persönlich bespreche.

Nach den früheren Erklärungen des Premierministers in dieser Frage kann ich vorläufig nicht annehmen, daß derselbe ein gewaltsames Vorgehen der Chartered Company billigen wird.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 2590.

Nr. 2596

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung*

Nr. 2 London, den 1. Januar 1896

Antwort auf Telegramme Nr. 361 ** und 362 ***.

Ich habe eben die Angelegenheit bei Lord Salisbury zur Sprache gebracht, und derselbe teilte mir bereitwillig mit, daß die englische Regierung, welche die Grenzverletzung durchaus nicht billige, den Gouverneur der Kapkolonie sofort mit entsprechender Instruktion versehen habe. Auf Grund derselben habe der letztere schon vorgestern den englischen Residenten in Betschuanaland telegraphisch angewiesen, auf zwei verschiedenen Wegen durch besonderen Boten dem Dr. Jameson den Befehl der englischen Regierung zur sofortigen Rückkehr mit größter Beschleunigung nachzuschicken. Gleichzeitig sollten einige englische Offiziere, die sich, wie man hier glaubt, der vorgerückten Kolonne angeschlossen haben, den gleichen Befehl mit dem Hinweis erhalten, daß sie sich durch Nichtbefolgung den strengsten Strafen aussetzen würden. Lord Salisbury fügte hinzu, er und der Kolonialminister bezweifelten keinen Augenblick, daß die von hier ergangenen Befehle pünktlich ausgeführt werden würden.

Mein Eindruck aus dieser Unterhaltung ist, daß das Vorgehen der Chartered Company der englischen Regierung in jeder Hinsicht unerwünscht ist, und daß sie deshalb nichts unterlassen wird, um ihren Anordnungen in diesem Fall Geltung zu verschaffen.

Hatzfeldt

Nr. 2597

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 1. Januar 1896

Lord Salisbury war durchaus entgegenkommend und gab mir bereitwillig die in meinem Telegramm Nr. 2† enthaltene Auskunft. Nachdem er dies getan, bat er mich als Freund, ihm in dieser Sache kein

---

* In etwas veränderter Fassung abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 16.

** Mittelst Telegramm Nr. 361 vom 31. Dezember 1895 war dem Grafen von Hatzfeldt das Telegramm des Konsuls von Herff Nr. 15 vom 30. Dezember (2588) mitgeteilt worden. Siehe Nr. 2588, Fußnote**.

*** Siehe Nr. 2590.

† Siehe Nr. 2596.

Wort zu sagen, welches wie eine Drohung ausgelegt werden könnte, da ich ihm damit alles unmöglich machen würde. Er fügte dann ganz vertraulich hinzu, daß die Grenzüberschreitung, die er natürlich nicht billige, ihm, wie er mir versichern könne, auch sonst höchst unerwünscht sei. Nicht nur habe er gar keinen Wunsch, Ansehen und Macht von Cecil Rhodes noch mehr zu vergrößern, aber außerdem habe er guten Grund zu der Annahme, daß bei der jetzigen Bewegung zum großen Teil der Zweck verfolgt werde, eine südafrikanisch-englische Republik zu gründen, was man hier selbstverständlich nicht wolle.

Da hiernach Annahme berechtigt erscheint, daß man hier in der Sache aufrichtig ist, möchte ich vorschlagen, jetzt Ergebnis der von hier entsandten Befehle zunächst abzuwarten.

Ich habe Lord Salisbury gegenüber kein Wort gebraucht, was als Drohung gedeutet werden konnte, hatte dies auch nicht nötig, da er mir gleich bei Erwähnung der Sache bereitwillig alles mitteilte.

Hatzfeldt

Nr. 2598

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 2 Berlin, den 2. Januar 1896

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 2*.

Ich habe nicht den Eindruck, daß Lord Salisbury dem Ernst der Lage volle Rechnung trägt und glaube, daß er auf die Befolgung seiner Befehle an die Banden der Chartered Company größere Hoffnungen setzt, als sie tatsächlich begründet sind. Auf die von mir angeregte Frage, was Londoner Kabinett in dem Fall tun würde, wenn Jameson seine Befehle nicht beachte, hatte Lascelles nur Achselzucken. Für uns ist die Sache von der schwerwiegendsten Wichtigkeit, da ein Verschlingen Transvaals durch Rhodes oder England unmöglich von Deutschland zugegeben werden kann.

Unser Konsul Pretoria hat gebeten, zum Schutz des Konsulats und der dorthin flüchtenden Deutschen gegen die aufrührerischen Banden das Landungskorps Kreuzers „Seeadler" von Delagoabai requirieren zu dürfen**. Dem Konsul ist hierzu Ermächtigung erteilt***. Landungskorps ist nicht stärker als 50 Mann. Ew. pp. wollen hiervon jedoch Lord Salisbury keine Mitteilung machen, außer wenn er selbst diese Tatsache bei Ihnen anregt.

Marschall

---

* Siehe Nr. 2596.
** Vgl. Nr. 2588.
*** Vgl. Nr. 2591.

Nr. 2599

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändige Ausfertigung

Berlin, den 2. Januar 1896

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich das angeschlossene Telegramm des Konsuls von Herff in Pretoria von gestern abend alleruntertänigst vor*.

Aus dem Inhalte desselben ergibt sich, daß die „strengen Befehle", das Transvaalgebiet zu verlassen, welche die englische Regierung an die Kapkolonie und die Chartered Company ergehen ließ, und auf welche Lord Salisbury sich in seiner gestrigen Unterredung mit Graf Hatzfeldt** berief, nicht befolgt worden sind, daß die von englischen Offizieren befehligten Truppen jener Gesellschaft auf dem Transvaalgebiete im Vorrücken befindlich sind und bereits ein Zusammenstoß mit den Buren stattgefunden hat. Die Tatsache, daß Mr. Chamberlain und der High Commissioner bereits ihre Vermittlung zwischen der Chartered Company und den Buren angeboten haben, beweist, daß die englische Regierung selbst die Befolgung ihrer Befehle nicht mehr erwartet, sondern daran geht, die Früchte des von Sir Cecil Rhodes offenbar von langer Zeit her vorbereiteten Plans auf Kosten des Transvaalstaates einzuheimsen.

Wollte Euer Majestät Regierung sich angesichts der gegenwärtigen Sachlage und bei der starken Erregung, welche der völkerrechtswidrige Einbruch der Chartered Company in ganz Deutschland hervorgerufen hat, mit den Rückzugsbefehlen der englischen Regierung begnügen und die Dinge ihrer weiteren Entwicklung überlassen, so würde sie bezüglich englischer Zusagen eine Vertrauensseligkeit bekunden, für welche der ganze Verlauf der Angelegenheit einen genügenden Anhalt nicht bietet. Unter diesen Umständen ist der Herr Reichskanzler mit mir der Ansicht, daß unsere seit 2 Jahren wiederholt ausgesprochene Überzeugung, daß für die Erhaltung bedeutsamer deutscher Interessen der durch Verträge festgelegte völkerrechtliche Status quo im Transvaalstaate unangetastet bleiben muß, nunmehr der englischen Regierung in amtlicher Form mitgeteilt werden muß.

Ich bitte daher Euer Majestät alleruntertänigst um die Genehmigung, den Grafen Hatzfeldt anweisen zu dürfen, daß er an Lord Salisbury eine Note des Inhalts richte: er sei, nachdem dem Rückzugsbefehl der englischen Regierung eine Folge nicht gegeben worden sei, zu erklären beauftragt, daß die Kaiserliche Regierung nicht ge-

---

* Vgl. Nr. 2601.

** Vgl. Nr. 2596.

sonnen sei, irgendeine Veränderung in der durch Verträge gesicherten völkerrechtlichen Stellung der Südafrikanischen Republik anzunehmen*.

Marschall

Nr. 2600

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 3 Berlin, den 2. Januar 1896

Bitte sofort an Lord Salisbury folgende Note zu richten:

Auf die Vorstellung, welche ich namens der Kaiserlichen Regierung am 1. Januar dahin machte, daß bewaffnete Banden aus einem unter englischem Schutz stehenden Gebiet in Transvaal eingebrochen seien, und auf meine Anfrage, was die Königlich Großbritannische Regierung hiergegen zu tun gedenke, haben Ew. pp. zu erwidern die Güte gehabt, daß die Londoner Zentralregierung Befehl erteilt habe, um den sofortigen Rückzug der Eindringlinge zu veranlassen. Wie nunmehr der Kaiserlichen Regierung gemeldet wird, ist diesem Befehl keine Folge gegeben worden. Vielmehr ist es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Söldnern der Chartered Company und den Buren gekommen.

In Gemäßheit des mir erteilten Auftrages habe ich zu erklären, daß die Kaiserliche Regierung gegen dieses Verfahren Einspruch erhebt und nicht gesonnen ist, irgendeine Veränderung in der durch Verträge gesicherten völkerrechtlichen Stellung der Südafrikanischen Republik anzunehmen.

Den Empfang dieser Note bitte ich Ew. pp. mir gefälligst zu bestätigen.

Drahtbericht.

Marschall

Nr. 2601

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 4 Berlin, den 2. Januar 1896

Zu Ihrer Information in bezug auf die Lord Salisbury zu übergebende Note teile ich folgendes Telegramm aus Pretoria** mit:

---

* Die erbetene Genehmigung wurde vom Kaiser sofort telegraphisch mit „Einverstanden" erteilt.

** Vom 1. Januar 1896.

„Zusammenstoß zwischen Boers und Chartered Company noch unentschieden. Revolution in Johannesburg bisher noch keinen gewalttätigen Charakter angenommen. Präsident bittet daher jedenfalls bis morgen mit Requisition des Landungskorps S. M. S. „Seeadler" zu warten, um nicht Situation zu komplizieren. Habe Konsulat Delagoabai entsprechend verständigt. Chamberlain hat englische Vermittelung behufs Vermeidung weiteren Blutvergießens angeboten, ebenso High Commissioner, welcher hierher kommt. Wenn Zusammenstoß mit Chartered Company ungünstig für Boers ausfällt, ist Regierung geneigt, gewisse Zugeständnisse in bezug auf Wahlrecht zu machen, welche Regierungsgewalt nicht aus den Händen der Boers gibt. Weisunggemäß* habe ich den Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß er sich nicht einschüchtern lassen solle. Herff"

Daraus ergibt sich, daß englische Regierung sich bereits die Früchte des Vorgehens der Chartered Company anzueignen beginnt, indem sie Vermittelung übernimmt. Marschall

Nr. 2602

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung **

Nr. 3 London, den 2. Januar 1896

Von zuverlässiger Seite erfahre ich ganz vertraulich, daß der hiesigen Regierung über Pretoria die Nachricht zugegangen ist, daß Dr. Jamesons Korps von den Buren eingeschlossen worden ist und sich ergeben hat. Ferner, daß Sir H. Robinson in Pretoria eingetroffen ist, um mit Präsident Krüger über die Regulierung der Angelegenheit zu verhandeln. Hatzfeldt

Nr. 2603

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 6 Berlin, den 2. Januar 1896
Zu Ziffer 3***. [abgegangen am 3. Januar]

Der Gesandte der Südafrikanischen Republik teilt mir soeben ein Telegramm aus Pretoria von heute morgen mit, wonach die Truppen Dr. Jamesons die weiße Flagge gezeigt haben. —

* Vgl. Nr. 2591.
** Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 19.
*** Siehe Nr. 2600.

Unter diesen Umständen bitte ich Euer pp., die in heutigem Telegramm enthaltene Note vorerst nicht zu übergeben.

Marschall

Nr. 2604

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung*

Nr. 18 Pretoria, den 1. Januar 1896

Schlacht bei Krügersdorf siegreich für Boers. Chartered Company haben weiße Flagge gehißt. Präsident hat mir, französischem und holländischem Konsul erklärt, daß Regierung vom High Commissioner, welcher morgen hier eintrifft, nichts anderes verlangen werde, als daß er die Aufruhrpartei zur Niederlegung der Waffen veranlaßt. Nützlich im Verein mit Frankreich und Holland in London zu fordern, daß High Commissioner entsprechend klare und energische Instruktionen erhält.

Herff

Nr. 2605

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 London, den 3. Januar 1896

Telegramm Nr. 3** erhalten und entsprechende Note eben nach dem Foreign Office geschickt. Dieselbe wird voraussichtlich morgen vormittag in Lord Salisburys Hände gelangen, welcher auf dem Lande ist und nachmittags drei Uhr im Foreign Office erwartet wird.

Hatzfeldt

Nr. 2606

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 London, den 3. Januar 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 5***.

Ich habe die Note, die bereits auf dem Foreign Office abgegeben war, zurückverlangt und uneröffnet wiedererhalten

Hatzfeldt

---

* Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 20.

** Siehe Nr. 2600.

*** Siehe Nr. 2605.

Nr. 2607

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 7 Berlin, den 3. Januar 1896

Ew. wollen bei Ihrem heutigen Gespräch mit Lord Salisbury nicht unterlassen, ihm mitzuteilen, wie Sie sich freuten, durch den Gang der Ereignisse in Transvaal eines penibeln Auftrages überhoben zu sein, der in der Übermittelung einer amtlichen Note an Lord Salisbury bestanden habe. Ob Ew. noch weiteres hinzufügen wollen, ist Ihnen anheimgestellt.

Marschall

Nr. 2608

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept*

Nr. 2 Berlin, den 3. Januar 1896

Zu Ew. Information und mit dem Anheimstellen vertraulicher Verwertung benachrichtige ich Sie, daß gestern vor Eintreffen der Nachricht des gelungenen Widerstandes der Boeren Graf Hatzfeldt den Auftrag erhalten hatte, eine Protestnote mit der Erklärung Lord Salis-

* Die gleiche Mitteilung erging an die Botschafter in Wien und Paris; nur fehlten in dem Telegramm an Graf Münster die Worte „mit dem Anheimstellen vertraulicher Verwertung". Sowohl in Wien wie in Rom war man durch die Wendung der Dinge sehr betroffen. Aus Wien berichtete Graf Eulenburg am 4. Januar: „Graf Goluchowski ist über den englischen Einfall in Transvaal einerseits empört, andererseits aber sieht er darin eine stärkere Entwickelung der bestehenden deutsch-englischen Gegensätze auf dem kolonialen Gebiete, was in den Rahmen seiner Politik nicht gut hineinpassen will. — Ich habe ihm gesagt, daß man solche Gegensätze möglichst lokal auffassen müsse. Wenn wir sicherlich nicht die Großmachtstellung Englands im Mittelmeer zerstört wissen wollten, so müsse es doch andererseits in deutschem Interesse liegen, einer bis ins Unendliche ausgedehnten Machtsphäre Englands in Afrika, wo wir über das Ansehen und die Entwickelung unserer Kolonien zu wachen hätten, erforderlichenfalls energisch entgegenzutreten. Der Minister fand diesen Standpunkt durchaus berechtigt. Auch trug seine vornehme Gesinnung dazu bei, daß er bei dem Zwischenfall in Transvaal nicht für Englands Interessen einzutreten vermochte. Ich habe ihn niemals kühler in englischen Fragen gesehen als bei dieser Veranlassung."

Betreffs Italien s. die Aufzeichnung Marschalls vom 11. Januar, Nr. 2634, und den Bericht Bülows vom 15. Januar (Kap. LXIV, Nr. 2649), aus dem hervorgeht, daß auch Baron Blanc, unangenehm wie ihm die Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England in der Transvaalfrage waren, die Schuld lediglich England beimaß.

bury zu übergeben, daß die Kaiserliche Regierung nicht gesonnen sei, irgendeine Veränderung in der völkerrechtlichen Stellung Transvaals anzunehmen*.

Infolge der glücklichen Ereignisse ist Graf Hatzfeldt angewiesen, die Note nicht zu überreichen**, aber heut im Gespräch Lord Salisbury seiner Freude Ausdruck zu geben, durch den Gang der Verhältnisse des penibeln Auftrages überhoben zu sein***.

Marschall

Nr. 2609

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Konsul in Pretoria von Herff

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 3

Berlin, den 3. Januar 1896

Bitte folgendes mit Präsident Krüger vertraulich besprechen:

Vertrag mit England von 1884 beschränkt in gewisser Richtung Recht Transvaals zum Abschluß von Verträgen, schließt aber nicht aus, daß Republik sich an die Mächte wendet, um sie zu bitten, in einer Konferenz über völkerrechtliche Stellung von Transvaal zu beraten und das Land vielleicht durch eine anzuerkennende Neutralität gegen auswärtige Intrigen und Friedensbruch zu sichern.

Deutschland würde einen solchen Antrag Transvaals unterstützen. Die Kaiserliche Regierung will nicht Initiative ergreifen, weil Präsident Krüger die Beziehungen und Interessen seines Landes am besten kennt, und weil wir nicht in den Verdacht geraten wollen, als ob wir selbstsüchtige Ziele verfolgten. Drahtbericht †.

Marschall

Nr. 2610

Kaiser Wilhelm II. an Präsident Krüger

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Berlin, den 3. Januar 1896

[abgegangen am 3. Januar, 11 Uhr 20 Min. vm.]

Ich spreche Ihnen Meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind,

---

* Vgl. Nr. 2600.

** Vgl. Nr. 2603.

*** Vgl. Nr. 2607.

† Auf obiges Telegramm antwortete Herff am 4. Januar mittelst Telegramm Nr. 5: „Habe in Befolgung Telegramms Nr. 3 mit Präsident gesprochen. Derselbe zugunsten einer Konferenz, glaubt jedoch offiziellen Antrag erst dann stellen zu sollen, wenn Forderungen unerfüllt bleiben, welche hiesige Regierung an High Commissioner zu stellen beschlossen hat."

den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen* zu wahren.

Wilhelm I. R.**

Nr. 2611

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung***

Nr. 8 London, den 3. Januar 1896

Telegramm Nr. 7† erhalten und ausgeführt.

Lord Salisbury sprach die Hoffnung aus, daß die Transvaalfrage nunmehr als beendet angesehen werden könne. Ich wies darauf hin,

* In dem Entwurfe Kaysers war zunächst statt „die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen" gesagt „das Ansehen Ihrer Regierung"; die neue Fassung beruht auf einem eigenhändigen Zusatz des Staatssekretärs von Marschall.

Daß in dem Entwurf des Telegrammes, wie Freiherr von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 272) unter Berufung auf den ehemaligen Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral von Hollmann als einen Augenzeugen des Vorgangs behauptet, auf Veranlassung des Kaisers ein Passus in der Mitte „als doch vielleicht gar zu schroff" gestrichen worden sei, findet in den Akten keine Bestätigung.

Überhaupt geben die gleichzeitigen Akten über die Entstehung der berühmten Depesche (vgl. darüber neben der Eckardsteinschen Erzählung Otto Hammann, Der neue Kurs [1918], S. 180 f., und die auf Mitteilungen Marschalls zurückgehenden Angaben des „Times"-Korrespondenten Sir V. Chirol in der „Times" vom 11. September 1920) keinerlei Auskunft. Dagegen liegen spätere Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. zu mehreren, durch die einschlägigen Ausführungen des 1909 erschienenen Buches von Adolf Stein „Wilhelm II." veranlaßten Zeitungsartikeln vor. Der Kaiser hat darin die Darstellung Steins (S. 32 f.), insbesondere die Angabe, daß die Depesche nicht der eigenen Initiative des Monarchen entsprungen, sondern ein wohlerwogener Akt des Auswärtigen Amts gewesen sei, als „absolut richtig und historisch korrekt" bezeichnet. Zu der Behauptung der „Frankfurter Zeitung" vom 4. Februar 1909, daß der Staatssekretär von Marschall die ursprüngliche Fassung des Krüger-Telegrammes in manchen Ausdrücken gemildert habe, hat der Kaiser bemerkt: „falsch! im Gegentheil", was mit dem Aktenbefund übereinstimt. Weiter hat der Kaiser noch zum Schlusse des Artikels der „Frankfurter Zeitung" bemerkt: „Adm[iral] v. Hollmann war bei der Sitzung als Staatssec[retär] R[eichs]-M[arine]A[mts] zugegen. Während die Herren auf mich warteten, hat Marschall erhobenen Hauptes mit dem Telegramm vorrenommiert, das er aufgesetzt habe, und dessen Text ein Schlager sein werde. Hollmann ist Zeuge davon, ebenso wie von meinem Widerwillen und von meiner Majorisierung durch Hohenlohe und Marschall. Hollmann hat bisher niemals darüber zu irgendeinem Menschen gesprochen. Ich habe ihn jetzt davon entbunden, damit die Wahrheit endlich ans Licht komme." Vgl. nun auch die ausführliche Darstellung Kaiser Wilhelms II. in „Ereignisse und Gestalten 1878—1918", S. 68 ff.

** Außer der eigenhändigen Unterschrift des Kaisers weist das Schriftstück, worauf bei seiner Wichtigkeit hingewiesen sei, die Paraphen Marschalls und Kaysers, nicht aber diejenige Hohenlohes auf.

*** Gekürzt abgedruckt im Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik".

† Siehe Nr. 2607.

daß die englische Regierung gut tun würde, ihren etwaigen Einfluß auf die englischen Elemente in Johannesburg anzuwenden, um sie von nachträglichen Aufstandsversuchen abzuhalten, die eine neue Krisis herbeiführen könnten.

Nach den letzten Nachrichten nimmt der Premierminister an, daß die Transvaalregierung alle Gefangenen mit Ausnahme von Jameson entlassen habe, welchen sie vor ein Kriegsgericht stellen wolle.

Hatzfeldt

Nr. 2612

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 4. Januar 1896

Ihr Telegramm Nr. 8* macht durch seinen Lakonismus den Eindruck, daß Sie Unangenehmes verschweigen. Bitte telegraphieren Sie mir privatim noch einiges über den Verlauf der Unterredung mit Lord Salisbury. Seien Sie versichert, daß man hier, trotz kolonialen und anderweitigen Drängens, nicht nach Stimmung und Laune handeln wird. Aber orientiert müssen wir sein.

Holstein

Nr. 2613

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein** — London, den 4. Januar 1896

Ich habe durchaus nichts Unangenehmes verschwiegen. Lord Salisbury war entgegenkommend, und dies änderte sich auch nicht, als ich ihm sagte, daß ich schon Auftrag zu einer Note gehabt, und daß ich mich freute, durch die letzten Ereignisse der Notwendigkeit überhoben zu sein, sie abzusenden. Er erkundigte sich eingehend nach unseren Interessen in Transvaal, und als ich ihm auf Grund der von Herrn Goerz*** erhaltenen Informationen mitteilte, daß wir über 500 Millionen Mark deutsches Kapital und in Johannesburg zirka 15 000 Deutsche hätten, begriff er vollständig, daß wir uns für die dortige Situation interessieren müßten. Aus allen seinen Äußerungen ging auch diesmal wieder geringe Sympathie für Rhodes und seine Bestrebungen hervor, und er bemerkte mit einer gewissen Genugtuung,

* Siehe Nr. 2611.

** Antwort auf Nr. 2612.

*** Inhaber des Handelshauses Ad. Goerz in Berlin, das Zweigniederlassungen in London und Johannesburg besaß.

daß nach seinen Nachrichten die Stellung desselben anscheinend erschüttert sei. Mit offenbarer Genugtuung sprach er die Hoffnung aus, daß die ganze Transvaalschwierigkeit nunmehr beendet sei.

Ich bin in meinem gestrigen amtlichen Telegramm auf diese Details nicht näher eingegangen, weil ich vorher über die entgegenkommende Haltung Lord Salisburys wiederholt berichtet hatte. Hätte sich darin bis gestern irgend etwas geändert und wäre namentlich irgend etwas Unangenehmes vorgefallen, so würde ich es natürlich für meine Pflicht gehalten haben, dies sofort zu melden. Hierzu kam aber noch, daß ich nach meiner Unterredung mit Lord Salisbury den Wortlaut des Glückwunschtelegramms Seiner Majestät erhielt und bei meiner Kenntnis der hiesigen Verhältnisse die Wirkung der unausbleiblichen Veröffentlichung desselben auf die hiesige öffentliche Meinung voraussehen mußte, wie sie seitdem bereits eingetreten ist. — Sämtliche hiesigen Zeitungen, mit alleiniger Ausnahme der „Daily News", bezeichnen heute den Glückwunsch als eine Unfreundlichkeit gegen England, und selbst der „Standard" spricht sich sehr scharf darüber aus, und dieser Wechsel ist um so auffallender, als die ganze Londoner Presse bisher fast ausnahmslos das Vorgehen des Dr. Jameson entschieden getadelt hatte. Ob Lord Salisbury, wenn diese Stimmung hier anhält oder sich noch verschärft, seine bisherige Haltung in der Sache uns gegenüber wird vollständig aufrechthalten können, und ob er nicht im eigenen Interesse für nötig halten wird, den Boers gegenüber jetzt energischer aufzutreten, um den Anschein des Zurückweichens vor Deutschland hier zu vermeiden, das sind Fragen, die ich erst mit einiger Bestimmtheit werde beantworten können, nachdem ich ihn (voraussichtlich Mittwoch) wiedergesehen habe. Soviel scheint mir heute schon zweifellos, daß der jetzige Umschwung in der öffentlichen Meinung, wie er heute in der Presse zutage tritt, ihm die Aufgabe, die vorliegende Frage möglichst entgegenkommend zu behandeln, nicht unwesentlich erschweren wird.

Hatzfeldt

Nr. 2614

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 — Pretoria, den 4. Januar 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 1*.

Euerer Durchlaucht Weisung gemäß habe ich heute vorgeschriebene Note dem Präsident Krüger überreicht. Empfang dieser Note

* Durch Telegramm Nr. 1 vom 2. Januar 1896 war Konsul Herff angewiesen worden, dem Präsidenten Krüger eine amtliche Note über den durch die Note vom 2. Januar (s. Nr. 2600) in Aussicht genommenen Schritt in London zuzustellen. Am 3. Januar wurde dann Konsul Herff durch dringendes Telegramm benachrichtigt: „Übergabe der Note unnötig." Die Übergabe war indessen bereits erfolgt.

ist von hiesiger Regierung sofort bestätigt und für Mitteilung gedankt worden.

Dr. Jameson nebst mehreren Offizieren und im ganzen vierhundert Mann Truppen der Chartered Company gefangen und nach Pretoria gebracht. Transvaalregierung ist fest entschlossen, Situation auszunutzen: die bedingungslose Unterwerfung der Aufrührer in Johannesburg zu verlangen, und wenn nötig zu erzwingen, die Aufhebung der von England gebrochenen Londoner Konvention, sowie die Entlassung und Bestrafung des Premierministers Cecil Rhodes durchzusetzen. Auch ist der Gedanke aufgetreten, die Auflösung der Chartered Company herbeizuführen und so die Macht Rhodes' in Südafrika dauernd zu brechen. Bei Verfolgung dieser Ziele sieht Transvaalregierung Möglichkeit eines Krieges mit England voraus. Erbitte zu meiner Information Benachrichtigung, welche Stellung die Kaiserliche Regierung und die anderen beteiligten Mächte Frankreich und Holland zu diesen Bestrebungen der Transvaalregierung einnehmen.

High Commissioner hat Kapstadt erst gestern abend verlassen. Tausend Mann Truppen der Chartered Company sollen Westgrenze des Transvaal überschritten haben, und weitere tausend Mann in Buluwayo bereitstehen.

Herff

Nr. 2615

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Konsul in Pretoria von Herff

Telegramm. Konzept von der Hand des Dirigenten der Kolonialabteilung Kayser

Nr. 5

Berlin, den 5. Januar 1896

Mit Bezug auf dortiges Telegramm Nr. 1 *.

Stellung Deutschlands in der Frage ist bereits durch mein Telegramm Nr. 3** gegeben.

Wir raten dringend ab von Anträgen, welche, wie Absetzung Cecil Rhodes, Zurückziehung der Charter, als Übergriffe in innere englische Angelegenheiten und als Provokation zum Krieg mit England gedeutet werden können.

Es liegt im Interesse Transvaals, einen solchen Krieg zu vermeiden. Durch die Anregung einer Besprechung unter den Mächten wird diese Gefahr vermindert und gleichzeitig Stellung Transvaals in der Zukunft gesichert. Deutschland wird dortige Initiative auf Besprechung unterstützen, kann aber um so weniger isoliert Initiative ergreifen, als wir dadurch den Verdacht hervorrufen würden, als ob wir Protektorats-

---

* Siehe Nr. 2614.

** Siehe Nr. 2609.

3*

pläne verfolgten. Daß ein solches Mißtrauen auch bei den Buren besteht, beweist die Ablehnung Krügers gegen die von Ihnen beabsichtigte Requisition des Matrosendetachements*.

Sympathien für Transvaal sind allgemein, man erwartet feste Verteidigung seiner Rechte, nicht aber Provokationen, die einen Krieg herbeiführen müssen.

Marschall

Nr. 2616

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Pretoria, den 6. Januar 1896

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 5**.

Habe auftragsgemäß Transvaalregierung Rat erteilt. Bin überzeugt, daß derselbe namentlich bezüglich Rhodes und Charter befolgt werden wird. Mißtrauen gegen Deutschland bei Boers nicht vorhanden[1]. High Commissioner hat sich soeben auf Verlangen Transvaalregierung anscheinend ungern[2] bereit erklärt, britische Untertanen in Johannesburg aufzufordern, binnen 24 Stunden bedingungslos Waffen niederzulegen und an Regierung abzuliefern[3]. Hiesige Regierungskreise hocherfreut über Glückwunschtelegramm Seiner Majestät an Präsidenten.

Herff

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] was ich die letzten Tage stets aufrecht erhalten und behauptet habe! also hatte ich recht!
[2] unglaublich
[3] gut

Nr. 2617

Kaiser Wilhelm II. an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Neues Palais, den 6. Januar 1896

Der Staatssekretär von Transvaal, Doktor Leyds, war heute bei mir. Er dankte in warmen Worten für alle Sympathien, die der Republik durch Deutschland in allen Schichten erzeigt worden seien, besonders für das Telegramm und meine Gratulation. Im Laufe der Konversation erzählte mir Herr Leyds, daß seine Depeschen auch meistens festgehalten worden seien bzw. verstümmelt, und zwar an-

* Vgl. Nr. 2601.
** Siehe Nr. 2615.

scheinend absichtlich. Seit acht Tagen telegraphiere er, um den Aufenthaltsort und Nachrichten von seiner Frau zu erhalten, bekomme aber keine Antwort. Seine Briefe, die er im Laufe der letzten Monate an seine Frau geschrieben habe, seien alle aufgemacht worden, ehe sie ihren Bestimmungsort erreichten. Die Konversation drehte sich fernerhin um Industrie und militärische Einrichtungen der Republik, wobei ich meine Bewunderung für die rasche Konzentration zur Abwehr aussprach. Ich erwähnte, daß die Absicht, deutsche Matrosen zu landen, gefaßt worden wäre, um bei ausbrechenden Kämpfen in den Städten deutsches Eigentum und Habe zu schützen. Auch seien im Fall, daß die Republik von den Flibustiern vergewaltigt worden wäre, Maßnahmen von hier befohlen worden, wonach auch militärische Hilfe vorerst aus Ostafrika gesandt worden wäre, um die Republik wieder zu befreien*. Die Integrität von Transvaal sei eine conditio sine qua non. — Auf meine Frage, ob Herr Leyds neue Nachrichten habe, erwiderte er: ja, sehr wichtige und geheime, nämlich ein Telegramm oder Nachricht aus Lissabon, wonach die Portugiesen den Engländern die Besetzung von Lorenzo Marquez vermöge scheinbarer Vergewaltigung so gut wie versprochen hätten. Ich erwiderte, daß ich so was nie dulden würde. Wechselt Lorenzo Marquez den Besitzer, so darf es nur in deutsche oder Burenhand kommen. Der Konsul, sowie der Kommandant der vor Lorenzo Marquez liegenden deutschen Kreuzer ist darüber insgeheim zu orientieren und mit Instruktion zu versehen, daß beim ersten Anzeichen einer Absicht der Engländer auf Lorenzo Marquez dasselbe umgehend zu besetzen sei.

Wilhelm I. R.

Nr. 2618

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 7. Januar 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät huldreiches Telegramm über die dem Staatssekretär von Transvaal gewährte Audienz** habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Nach den mir vertraulich gewordenen Mitteilungen ist gerade der Staatssekretär Dr. Leyds ein mißtrauischer Mann; er verabscheut ein deutsches Protektorat nicht minder wie ein englisches, weil in beiden Fällen der Einfluß, den allein die Niederlande in Transvaal besitzen, nämlich das Land mit holländischen Beamten zu versorgen — Dr. Leyds ist Holländer —, gänzlich aufhören würde. Es ist deshalb

* Vgl. Nr. 2591,
** Siehe Nr. 2617.

anzunehmen, daß Dr. Leyds aus der gegenwärtigen politischen Sachlage bemüht ist, über den Vertrag von 1884 hinaus Vorteile für Transvaal zu erwirken ohne Rücksicht, ob daraus ein Krieg zwischen Deutschland und Großbritannien entstehen könnte. In einen solchen Krieg wird aber Deutschland isoliert nicht treten können. Deshalb muß es unsere vornehmste diplomatische Aufgabe sein, mehr und mehr gleiche Interessenten um uns zu sammeln und jedenfalls nicht isolierte Schritte oder solche, die England Freunde zuführen könnten, zu unternehmen.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben mit voller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß Allerhöchstdieselben die Unabhängigkeit Transvaals nicht antasten lassen wollen. Nunmehr wird es Aufgabe dieses Staats sein, selbst bei den Mächten die Initiative zu ergreifen, um sich für die Zukunft Sicherheit dagegen zu verschaffen, daß ähnliche Angriffe wiederkehren. Stellt Transvaal solche Anträge, so werden sie von Euerer Majestät Regierung unterstützt werden. Das ist abzuwarten. Jede Initiative unsererseits ist zurzeit ausgeschlossen, wenn wir nicht in Gefahr geraten sollen, von Frankreich und Rußland mehr und mehr gegen England vorgeschoben zu werden und uns zu isolieren. Sehr bezeichnend ist das Verhalten Frankreichs. Seine Regierung hat sich von Anfang an passiv verhalten und großmütig dem Deutschen Reich es überlassen, die Rechte Transvaals gegen die Übergriffe Englands zu vertreten.

Die französische Presse entflammte im ersten Augenblick in Begeisterung für die südafrikanische Republik und in Bewunderung für Euerer Majestät hochherziges Telegramm. Aber schon nach 24 Stunden ist die erste Regung des Herzens gedämpft worden; schon sprechen die französischen Blätter wieder von Elsaß-Lothringen, und lauter wird der Gedanke, daß man abwarten solle, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England gestalten werden, um aus ihnen den entsprechenden Gewinn für Frankreich zu ziehen*. Bei dieser Lage muß alles vermieden werden, was Frankreich in die Arme Englands treiben könnte, und alles gefördert werden, was beide Länder trennt.

Die Delagoabai und Lorenzo Marquez sind für den französischen Besitz von Madagaskar von außerordentlicher Bedeutung. England im Besitz der Bai kann in zwei Tagen mit seinen Schiffen Madagaskar den Franzosen entreißen, ohne daß die französische Regierung, da ein Kabel zwischen Frankreich und Madagaskar nicht vorhanden ist, von einer solchen Besetzung überhaupt etwas erfährt. Würden also englische Schiffe jetzt Lorenzo Marquez nehmen**, so würde sich Groß-

---

* Vgl. auch Nr. 2625 und Kap. LXIV, Nr. 2650.

** Tatsächlich kündigte die „Times" vom 8. Januar die Entsendung eines englischen Geschwaders nach der Delagoabai an; jedoch gingen zunächst nur drei kleinere englische Kriegsschiffe von Sansibar nach der Delagoabai ab, wo sie am 15. eintrafen. Nach einem Bericht des Marineattachés in London,

britannien dieses provisorischen Besitzes — auf den es übrigens Portugal gegenüber ein Vorkaufsrecht hat — nicht lange erfreuen. Denn diese Besetzung wäre das Signal, daß Frankreich aktiv in die Transvaalfrage eingreift und gemeinsam mit uns gegen England Partei nimmt. Die entgegengesetzte Wirkung aber würde eintreten, wenn Deutschland sich der Bai und der Stadt Lorenzo Marquez bemächtigen wollte. Dann wäre ein Zusammengehen von England und Frankreich gegen Deutschland im Augenblicke hergestellt[1].

Hiernach erachte ich es für meine unabweisbare Pflicht, Euere Kaiserliche und Königliche Majestät ehrfurchtvollst zu bitten, daß zunächst von jeder Maßnahme abgesehen werde, die zu einer Besetzung von Lorenzo Marquez durch deutsche Schiffe führen könnte.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Bin andrer Ansicht, aber füge mich W. 7/I 96
Randbemerkung des Kaisers:
[1] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Verlust oder nicht Erwerb von Delagoa wird sich dereinst schwer rächen und von uns einst sehr bedauert werden.

Nr. 2619

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Reinkonzept*

Nr. 10 Berlin, den 6. Januar 1896

Dem englischen Botschafter, der heute über den ungünstigen Eindruck sprach, welchen das Telegramm Seiner Majestät an Präsident Krüger auf die öffentliche Meinung in England ausgeübt habe, entgegnete ich, ich müßte entschieden Verwahrung gegen die Auffassung der englischen Presse einlegen, daß jenes Telegramm eine Feindseligkeit gegen England und einen Eingriff in englische Rechte enthalte. In Rechtsfragen sei der Deutsche sehr empfindlich; er sei nicht gewillt,

Korvettenkapitän Gülich, vom 13. Januar sollten alle auf der ostindischen und der südafrikanischen Station befindlichen englischen Kriegsschiffe sich bereithalten, um in der Delagoabai Verwendung zu finden. Auch aus Lissabon gelangte die Nachricht nach Berlin, daß England eine Landung in der Bai beabsichtige: eine Nachricht, die Kaiser Wilhelm II. lebhaft beunruhigte und das Auswärtige Amt veranlaßte, dieserhalb am 16. Januar bei Graf Hatzfeldt anzufragen. Lord Salisbury stellte indessen dem deutschen Botschafter gegenüber am 17. die Absicht einer Landung oder der Entsendung eines größeren Geschwaders kategorisch in Abrede.

* In gekürzter und etwas abweichender Fassung abgedruckt in dem Weißbuch „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik", Nr. 23.

fremde Rechte anzutasten, verlange aber, daß auch seine eigenen Rechte geachtet würden. Es könne unmöglich eine Feindseligkeit gegen England sein, wenn der Deutsche Kaiser das Oberhaupt eines befreundeten Staates zum Siege über bewaffnete Scharen beglückwünsche, die völkerrechtswidrig in sein Land eingedrungen und von der englischen Regierung selbst für „outlaws" erklärt worden seien; auch habe Deutschland ein Recht, von der Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik zu sprechen, nachdem dieselbe in der von England mit jenem Staate abgeschlossenen Konvention von 1884, abgesehen von der unerheblichen Beschränkung des Artikels 4, Anerkennung gefunden habe; dagegen befinde sich die englische Presse im Unrecht, wenn sie von einer Suzeränität Englands über die südafrikanische Republik spreche, nachdem dieselbe durch jene Konvention formell und materiell beseitigt worden sei.

Marschall

Nr. 2620

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat London, den 7. Januar 1896

Für Baron von Holstein

Würden Sie für wünschenswert halten, daß ich, falls wohl genug, zum Ordensfeste komme, oder ist meine Anwesenheit hier notwendiger? Bitte telegraphische Antwort*.

Lord Salisbury war auch heute entgegenkommend und versicherte mir bestimmt, daß keine weitere Unternehmung gegen Transvaal zu befürchten sei. Seine größte Sorge ist, daß man Jameson ans Leben geht, weil ihm dies, wie er sagt, seine Aufgabe hier unendlich erschweren würde. Er sprach keinen Wunsch aus, aber ich zweifle nicht, daß er uns sehr dankbar sein würde, wenn wir Herrn Krüger zur Milde raten oder ihm wenigstens Abwarten empfehlen wollten.

Die sehr allgemeine und tiefgehende Erbitterung in der Presse gegen uns scheint heute etwas nachzulassen. Ich habe Lord Salisbury persönlich geraten, den Zeitungen unter der Hand Enthaltung von weiteren persönlichen Angriffen auf Seine Majestät zu empfehlen und er versprach bereitwillig, dies zu tun.

Im Laufe der Unterhaltung bemerkte er, daß er noch unentschlossen sei, ob er nicht auf die Äußerung des Herrn Staatssekretärs gegen Lascelles, daß England keinerlei Suzeränität über Transvaal beanspruchen könne, eine die hiesige Auffassung wahrende Antwort

---

* Vgl. Nr. 2627.

geben müsse. Ich riet ihm davon ab, indem ich ihm auseinandersetzte, daß und weshalb der Anspruch auf wirkliche Suzeränität sich nicht ausreichend begründen lasse*. Er meinte schließlich, daß es besser sei, diese Frage ruhen zu lassen und nur von der Erhaltung des status quo zu sprechen, über welche wir beide einverstanden seien.

Hatzfeldt

Nr. 2621

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat-Antwort

Berlin, den 8. Januar 1896

Wahrscheinlich werden Sie zum 18. noch besonders eingeladen als Mitglied der einstigen Feldkanzlei mit Keudell, Busch und Willisch.

Dem hiesigen „Times"-Korrespondenten Chirol, Freund des Botschafters, sagte ich heute folgendes:

„Ich wünsche dringend, daß die jetzigen direkten Verhandlungen zwischen Transvaal und England zum Ziele führen. Sonst wird die Sache noch sehr viel weiter gehen. Eine Lösung, die uns bloßstellen würde, können wir Deutschen nicht akzeptieren. Rußland läßt schon jetzt erkennen, daß es die einzige Gelegenheit, Deutschland gegen England ausnutzen zu können, nicht unbenutzt lassen wird**. Frankreich muß dann auch mit, trotz Elsaß-Lothringen, weil sonst Deutschland Frankreichs Stelle bei Rußland einnehmen und die deutsch-russische Gruppe eine permanente Drohung für Frankreich sein würde, gegen welche auch die englische Flotte keinen Schutz gewährt.

Eben mit Rücksicht auf diese Sachlage glaube ich an befriedigende Lösung.

Der Verdacht deutscher Besitznahme von Lorenzo Marquez ist Unsinn. Dadurch würden wir die Franzosen, welche auf jenen Hafen wegen Madagaskar größten Wert legen, auf englische Seite bringen.

Die bisherige englische, auch die konservative Politik — versuchter Balkanbrand wegen Armenien***, Abweisung wegen Samoa, Ver-

---

* Über die Suzeränitätsfrage war am 6. Januar ein eigener Erlaß an Hatzfeldt gegangen (Nr. 15), in dem u. a. zur Stütze der deutschen Auffassung geltend gemacht wurde, daß der ehemalige Staatssekretär der Kolonien, Earl of Derby, in einem amtlichen Schreiben an die Abgesandten Transvaals vom 15. Februar 1884 die diesem durch den Vertrag vom 27. Februar eingeräumte Selbständigkeit anerkannt habe. Die deutsche Regierung hätte sich auch darauf berufen können, daß noch Anfang 1895 Lord Kimberley den Standpunkt einnahm, daß England durch den Vertrag von 1884 seine Souveränität aufgegeben habe. Vgl. Nr. 2577.
** Siehe die folgenden Schriftstücke.
*** Vgl. Bd. X, Kap. LXI.

höhnung des italienischen Antrags wegen Zeila* — macht, solange sie dauern wird, England zu einem nutzlosen politischen Faktor. Ob die Transvaalerfahrung genügen wird, um England zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer kontinentalen **Anlehnung** zu bringen, ist sehr zweifelhaft. Neue Lehren und eventuell neue Leute werden aber dieser Erkenntnis allmählich den Weg bahnen.“

Ich denke mir, daß Transvaal, falls jetzige direkte Verhandlungen mißlingen, Besprechung durch Mächte anregen wird. Daraus wird sich weiteres entwickeln. Wichtig für den Weltfrieden wird es sein, daß England in seinen maritimen Demonstrationen nicht so weit geht, daß hiesige Marine dadurch Oberwasser für eine, wenn auch nur teilweise, Mobilmachung bekommt**.

Russischer Botschafter erklärte hier heute, unser Kaiser sei durch sein Telegramm nicht für ein deutsches, sondern für ein europäisches Interesse eingetreten und verdiene dafür den größten Dank. Außerdem direktes Telegramm des Zaren an unsern Kaiser***.

Holstein

Nr. 2622

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 4 St. Petersburg, den 6. Januar 1896

Seine Majestät der Kaiser von Rußland hat mich heute in längerer Privataudienz empfangen und das allerhöchste Handschreiben †, welches

* Vgl. Kap. LXVIII.

** Gerade am 8. Januar war von der englischen Regierung die Bildung eines fliegenden Geschwaders von zwei Schlachtschiffen erster Klasse, zwei Kreuzern erster und zwei Kreuzern zweiter Klasse verfügt worden, das bestimmt war, selbständig in Wirksamkeit zu treten oder zur Verstärkung des Kanal- bzw. des Mittelmeergeschwaders zu dienen. Näheres darüber enthält ein Bericht des Marineattachés in London, Korvettenkapitän Gülich, vom 13. Januar 1896. Der englischen Maßregel, die ihre Spitze offensichtlich gegen Deutschland kehrte, ist deutscherseits nichts entgegengesetzt worden. Auch das Anfang März 1896 eingebrachte, in seinen Grundzügen allerdings schon im November 1895 festgestellte weitschauende neue englische Flottenprogramm, das den Neubau von fünf Schlachtschiffen, vier Kreuzern erster, drei Kreuzern zweiter, sechs Kreuzern dritter Klasse und achtundzwanzig Torpedobootszerstörern vorsah, fand auf deutscher Seite zunächst keine Nachahmung. Lediglich zum Schutz der deutschen Überseeinteressen wurde beim Reichstage die Bewilligung von drei neuen Kreuzern beantragt, die am 18. März erfolgte. Das englische Beispiel eines Flottenbauprogramms fand deutscherseits erst 1897 Nachahmung.

*** Siehe Nr. 2623.

† S. den Text desselben in: Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Goetz, S. 300 f. Kaiser Wilhelm äußerte

ich zu übergeben hatte, entgegengenommen. Seine Majestät erwähnte mit Herzlichkeit seine freundschaftlichen Beziehungen zu Seiner Majestät dem Kaiser und König, sowie die Gemeinschaftlichkeit der Interessen beider Nachbarreiche. Er sprach mit Anerkennung von der Haltung der Kaiserlichen Regierung in der Transvaalfrage und mißbilligte die englische Politik ziemlich rückhaltlos, die darauf auszugehen scheine, Südafrika mit Ägypten vereinigen zu wollen. Seine Majestät tadelte ferner das englische Vorgehen in der Türkei und verriet wenig Sympathie für die Armenier.

Radolin

Nr. 2623

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Ausfertigung

Zarskoe Selo Palais, den 6. Januar 1896

My very best thanks for Your kind letter with Radolin*. Quite agree with all You say[1]. Tender love from Alix.

Nicky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bezieht sich auf meine Mittheilungen über Transvaal, über die deswegen stattfindende Fühlung mit Paris, und die Bitte sein Intereße auch der Frage zu widmen; und meine Erklärung daß ich nicht dulden würde, daß Transvaal etwas zustößt. W.

sich darin sehr scharf über die englische Politik: „The political horizon is peculiar just now. Armenia and Venezuela are open questions England brought up, and now suddenly the Transvaal Republic has been attached in a most foul way as it seems not without Englands knowledge. I have used very severe language in London, and have opened communications with Paris for common defence of our endangered interests, as French and German colonists have immediately joined hands of their own accord to help the outraged boers. I hope you will also kindly consider the question, as it is one of principle of upholding treaties once concluded. I hope that all will come right, but come what may, I never shall allow the British to stamp out the Transvaal!" Der Brief des Kaisers befindet sich nicht bei den Akten des Auswärtigen Amts; er dürfte also, worauf auch die den Sachverhalt nicht ganz exakt wiedergebenden Worte „I have opened communications with Paris for common defence of our endangered interests" schließen lassen (vgl. dazu den Erlaß an Münster vom 1. Januar [Kap. LXIV, Nr. 2641] und die Äußerungen Holsteins vom 10. Januar in Nr. 2629), ohne Beteiligung und selbst Kenntnis des Auswärtigen Amts zustandegekommen sein.
* Vgl. Nr. 2622 nebst Fußnote.

Nr. 2624

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe*

Ausfertigung

Nr. 14 St. Petersburg, den 8. Januar 1896

Bei dem heutigen Empfang des auswärtigen Ministers brachte Fürst Lobanow das Gespräch auf die Transvaalfrage und sagte mir, daß sowohl der Kaiser, der ihm das jüngst durch mich erhaltene allerhöchste Handschreiben gezeigt, wie auch er selbst die bisherige Haltung Deutschlands in jener Angelegenheit billige, nur fürchte er, daß die Boeren, die doch in der Minderheit in Transvaal seien, der englischen Übermacht auf die Länge nicht gewachsen sein werden. Übrigens, meinte hier Fürst Lobanow, bestehe seines Wissens in der Tat ein Abkommen, wonach England das Protektorat über Transvaal insofern hat, als alle Verträge, welche die Republik mit fremden Staaten abschließt, der englischen Sanktionierung unterworfen sind. Wenn Fürst Lobanow auch zugab, daß eine Ausdehnung der englischen Machtsphäre, wie sie Sir Cecil Rhodes träumt, von Süd-Afrika bis zum Nil und nach Ägypten nicht ohne weiteres zulässig und auch bedenklich sei, so fand ich zum ersten Male seine Sprache für England etwas milder als bisher. Es klang fast, als ob er hinter dem Zitieren des Bestehens eines Anglo-Transvaal-Vertrages, welcher meiner Ansicht nach hinfällig geworden, die englische Haltung entschuldigen wollte. Freilich fügte er mit einer gewissen Schadenfreude die Bemerkung hinzu, wie wenig Glück das englische Kabinett überall gehabt.

Radolin

Nr. 2625

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 London, den 8. Januar 1896

Der französische Botschafter hat mich heute aufgesucht und bemerkte im Laufe der Unterhaltung, er habe den Eindruck, daß man sich hier infolge einzelner Artikel in französischen Zeitungen vollständig auf die Sympathie oder doch volle Enthaltsamkeit Frankreichs in der Transvaalfrage verlasse. Diese Annahme stimme nicht ganz überein mit seinen Beobachtungen in Paris, von wo er eben nach wiederholten Besprechungen mit den dortigen maßgebenden Persönlichkeiten zurück-

* Hier angeschlossen, des Zusammenhanges halber.

gekehrt sei, allerdings habe man noch keinen definitiven Entschluß gefaßt, aber gerade deshalb würde es vielleicht nützlich sein, wenn er die hiesigen Staatsmänner darauf aufmerksam machte, daß man hier besser täte, sich mit der Annahme völliger Reserve Frankreichs nicht zu übereilen.

Ich stimmte dieser Auffassung zu und Baron de Courcel erkundigte sich dann mit lebhaftem Interesse, ob Rußland sich etwa schon für unsere Auffassung ausgesprochen habe. Der hiesige russische Botschafter sei darüber leider ohne alle Information.

Wenn ich den französischen Botschafter darüber aufklären könnte, daß die russische Regierung unsere Auffassung als begründet anerkennt, würde ich ihn voraussichtlich eher dazu bestimmen können, die von ihm bezeichnete Äußerung, welche hier wohl nicht ohne Eindruck bleiben würde, bei Lord Salisbury anzubringen*.

Hatzfeldt

Nr. 2626

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Meran

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat

Berlin, den 9. Januar 1896

Dank für Nachricht**.

Wahrscheinlich werden die Engländer, wozu auch ich durch „Times"-Korrespondenten dringend riet***, sich direkt mit Transvaal

* Nach einem Telegramm Hatzfeldts vom 12. Januar (Nr. 20) hätte Baron de Courcel sich tatsächlich am 17. gegenüber Lord Salisbury dahin geäußert: er wolle sich nicht in eine Angelegenheit mischen, die ihn nicht direkt angehe, glaube aber doch darauf hinweisen zu müssen, daß in Frankreich die Entscheidung der Regierung von der öffentlichen Meinung abhänge, und daß sich, falls die Transvaalfrage einen europäischen Charakter annehme, nicht vorher absehen lasse, welche Stellung die französische Regierung nach Maßgabe der öffentlichen Meinung darin annehmen würde. Vgl. auch Hatzfeldts Bericht vom 22. Mai 1896 (Kap. LXVII, Nr. 2739), der retrospektive Äußerungen Courcels über seine Tätigkeit in der Transvaalfrage wiedergibt. Es heißt darüber in dem Bericht: „Er erinnerte mich zunächst daran, daß er mir damals, ohne in dieser Hinsicht Instruktionen zu besitzen, zugesagt habe, sich Lord Salisbury gegenüber dahin zu äußern, daß das englische Kabinett gut tun würde, aus der Sprache einiger französischer Zeitungen, welche den englischen Standpunkt zu billigen schienen, nicht auf die ferneren Entschlüsse der französischen Regierung und ihre dauernde Enthaltsamkeit in bezug auf die Krisis in Transvaal zu schließen. Diese mir erteilte Zusage habe er, wie ich wisse, gehalten."

Die Erklärungen, die Baron de Courcel der englischen Regierung in der Transvaalfrage gegeben haben will, haben ihn freilich nicht gehindert, gleichzeitig den Versuch zu machen, die deutsch-englischen Mißhelligkeiten zu einer französischen Annäherung an England auszunützen. Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2650, 2651.

** Bezieht sich auf ein Telegramm Graf Eulenburgs vom 8. Januar, abgedruckt Kap. LXIV, Nr. 2645.

*** Vgl. Nr. 2621.

verständigen. Weitere Gebietsverletzung nach Versicherung von Salisbury an Hatzfeldt nicht zu befürchten*. Falls direkte Verhandlungen erfolglos, wird Transvaal voraussichtlich Besprechung der Mächte anregen; aus dieser wird sich dann weiteres entwickeln. Rußland hat erklärt, Deutschland vertrete in Transvaal ein europäisches Interesse**. Natürlich, deutsches Bündnis gegen England könnte den Russen passen. Frankreich würde mitgehen müssen, da sonst Deutschland bei Rußland an Frankreichs Stelle treten und deutsch-russische Gruppe eine permanente Drohung für Frankreich sein würde. Französischer Botschafter in London äußerte: „Man werde gut tun, sich dort mit der Annahme völliger Reserve Frankreichs nicht zu übereilen***."

Angesichts dieser Lage wird die englische Regierung sich jedenfalls bemühen, direkte Verständigung mit Transvaal herbeizuführen; Stellungnahme von Österreich und Italien wird also kaum nötig werden. Hierbei möchte ich noch mitteilen, daß der italienische Botschafter in London die jetzt in ihrer endgültigen Fassung vorliegende englische Erklärung betreffs des Durchmarsches durch Zeila für praktisch wertlos hält †.

Holstein

Nr. 2627

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein — London, den 9. Januar 1896

Antwort ††.

Wenn Sie, wie ich aus Ihrem Telegramm schließe, auf mein Hinkommen keinen Wert legen, werde ich mich wohl als unabkömmlich entschuldigen.

Was ich mit Bezug auf die direkten Verhandlungen zwischen Transvaal und England wissen müßte, ist, ob es sich dabei nur um die bekannten Konzessionen an die Uitlanders handelt, oder ob Transvaal politische Forderungen stellt, etwa Anerkennung der Unabhängigkeit und Aufhebung des Artikels 4. Dies würde die Situation sehr komplizieren, denn ich glaube nicht, daß hiesige Regierung den Mut haben würde, eine solche ausdrückliche Bedingung zu akzeptieren, die von der sehr erregten öffentlichen Meinung als politische Niederlage für England ausgelegt werden würde. Selbstverständlich können wir eben-

---

* Vgl. Nr. 2620.
** Vgl. Nr. 2621.
*** Vgl. Nr. 2625.
† Vgl. Kap. LXVIII, Nr. 2760.
†† Auf Nr. 2621.

falls keine Lösung akzeptieren, die uns bloßstellen würde, und es fragt sich nur, ob dies der Fall sein würde, wenn Transvaal und England sich direkt über Erhaltung des status quo verständigten. Für meine weiteren Besprechungen mit Lord Salisbury wäre es sehr wichtig, daß ich darüber genau orientiert bin.

Ich werde mein möglichstes tun, um Lord Salisbury, den ich Sonnabend wiedersehe, auf die Gefahr zu weitgehender Demonstrationen aufmerksam zu machen. Sehr wichtig wäre es aber, daß wir uns nicht mit Gegendemonstrationen übereilen.

Wirksamer und nützlicher als die Erklärungen des russischen Botschafters über das Telegramm wäre Instruktion an hiesigen russischen Botschafter, Lord Salisbury zu sagen, daß Rußland unsere Auffassung billigt, und ein Wort des französischen Botschafters, daß man hier nicht zu fest auf Enthaltung Frankreichs rechnen möge. Dieses Wort würde der Franzose gewiß sprechen, sobald man in Paris weiß, daß Rußland es wünscht und mit dabei ist.

Hatzfeldt

Nr. 2628

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 15 Berlin, den 9. Januar 1896

Antwort auf heutiges Privattelegramm*.

Über die Verhandlungen zwischen England und Transvaal sind wir neuerdings nur durch Ew. unterrichtet. Der Konsul in Transvaal meldet gar nichts mehr, wird auch von uns nicht um Auskunft gedrängt, weil wir unsre Rolle ausgefüllt zu haben glauben, wenn Transvaal durch unsre bisher nur moralische Unterstützung in den Stand gesetzt wird, ein anständiges Abkommen — mit status quo als Unterlage — mit England abzuschließen. Mehr als das haben wir nie verlangt, wie Ew. unter anderm aus meinen Unterredungen mit Sir E. Malet vom 1. Februar und vom 15. Oktober v. Js.** entnommen haben werden. In jene direkten Verhandlungen wollen wir uns überhaupt nicht einmischen. Mißlingen diese, und Transvaal wendet sich an die Mächte, so werden sich letztere dann im Laufe der Besprechungen gruppieren. Die Initiative des Präsidenten Krüger warten wir ab und regen die Sache vorher unsrerseits bei anderen Mächten nicht an. Sollten die Besprechungen in Gang kommen, so wird sich unser Programm dabei in den zwei Worten status quo zusammenfassen lassen.

* Siehe Nr. 2627.

** Siehe Nr. 2577 und Nr. 2578.

Daß Rußland in London nichts tut, um zu warnen, ist leicht erklärlich, da es das größte Interesse daran hat, daß aus der Transvaalfrage, bei der heute Deutschland mit Rußland auf derselben Seite kämpfen würde, sich ein Kriegsfall entwickelt.

Marschall

Nr. 2629

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 10. Januar 1896

Nur für Sie.

Es erscheint demnächst ein kleines Weißbuch über Transvaal, aus dem ersichtlich werden wird, daß wir von Anfang bis zu Ende nur für Status quo eintreten. Der Status quo scheint jetzt gewahrt zu sein*. Lossagung der Buren vom Vertrage würde ein novum sein, uns also die volle Freiheit des Handelns, bzw. Abwartens oder Zusehens wiedergeben, je nachdem. Wir haben auch, abgesehen von dem Ihnen bekannten Erlaß an Graf Münster, wo ausdrücklich gesagt war, daß er keine Nutzanwendung auf Transvaal machen solle**, keinem Botschafter außer Ihnen irgend etwas über Transvaal gegeben, damit jeder Verdacht vermieden werde, als suchten wir deswegen Fühlung und Anlehnung

---

* Tatsächlich wurde am 12. Januar ein aus 24 Schriftstücken zusammengesetztes Weißbuch an Hatzfeldt mit dem Ersuchen, sich über die Tunlichkeit der Veröffentlichung ein und des anderen Schriftstückes zu äußern, gesandt. Hatzfeldt bat, u. a. in dem an ihn gerichteten Telegramm vom 6. Januar (siehe Nr. 2619), den Schlußpassus über die Suzeränitätsfrage zu streichen: „Was ich vermeiden möchte, ist neuer Zündstoff für die öffentliche Meinung und der mögliche Rückschlag auf die Regierung, d. h. Nötigung der letzteren, gegen unsere Rechtsauffassung zu protestieren, ihren Anspruch auf Suzeränität amtlich zu konstatieren und dementsprechend in bezug auf Transvaal zu handeln." Telegramm Hatzfeldts an Holstein vom 14. Januar 1896. Nachdem diesen und anderen Ratschlägen des deutschen Botschafters Rechnung getragen und eine Verständigung mit der englischen Regierung über die Veröffentlichung erzielt war, wurde das Weißbuch am 12. Februar unter dem Titel „Aktenstücke betreffend die Südafrikanische Republik" ausgegeben. Die Rücksicht auf die englische Regierung und daneben die Rücksicht auf die Wahrung der deutschen Chiffre erklären, daß der Abdruck der Schriftstücke in durchweg veränderter, oft auch gekürzter Form erfolgte. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des deutschen Weißbuches erfolgte die Ausgabe eines englischen Blaubuches „South African Republic".

** Siehe Kap. LXIV, Nr. 2641. Selbstverständlich hat auch Graf Münster, trotz Eckardsteins positiver Behauptung (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 276) nie die Instruktion erhalten, in Paris zu sondieren, ob Frankreich eventuell bereit sein würde, Deutschland in einem vielleicht bevorstehenden Kriege mit England zu unterstützen.

außerhalb. Unzweifelhaft würden wir im äußersten Augenblick, wenn die Totalität des englischen Besitzes nur noch als Kompensationsobjekt in Betracht kommt, den Russen für sich und Frankreich einen genügenden Arbeitslohn bieten können. Aber wir beiden sind wohl darin einig, daß die Zertrümmerung von Englands Machtstellung für Deutschland ein zweifelhafter Erfolg sein würde.

Freuen wir uns also, wenn die Sache jetzt so abschließt, wie es den Anschein hat: mit einem kleinen diplomatischen Erfolg für Deutschland und einer kleinen politischen Lektion für England.

Holstein

Nr. 2630

Der Konsul in Pretoria von Herff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 — Pretoria, den 9. Januar 1896

Chamberlain hat an Präsidenten telegraphiert, daß er an Konvention 1884 festhalte. Präsident hierauf erwidert, daß er Verletzung der Konvention bedauere. Präsident teilt mit, Leyds habe gestern Ermächtigung erhalten, Einberufung europäischer Konferenz einzuleiten. Erbitte Mitteilung über Erfolg dieser Schritte, sowie, ob es für Republik ratsam, Annullierung der Konvention schon jetzt oder erst nach Einberufung der Konferenz zu erklären. Entwaffnung von Johannesburg stößt auf Schwierigkeiten. Bis jetzt nur drei Maxim, 2000 Gewehre nebst Munition abgeliefert. Regierung trifft Maßregeln, um Auslieferung sämtlicher Waffen zu erzwingen, und nimmt ablehnende Stellung ein gegenüber den auf Beseitigung der Johannesburger Beschwerden gerichteten Vorschlägen des High Commissioner, welcher hierüber verstimmt ist. Regierung hofft auf heutige Abreise des High Commissioner.

Herff

Nr. 2631

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 — London, den 10. Januar 1896

Ich halte für unzweifelhaft, daß die englische Regierung im Falle einseitiger Annullierung von seiten Transvaals durch den Druck der öffentlichen Meinung hier und am Kap genötigt sein würde, in Übereinstimmung mit ihren bisherigen Erklärungen entschieden Stellung dagegen zu nehmen und ihren Standpunkt eventuell durch Zwangs-

maßregel zur Geltung zu bringen. Für Transvaal würde dann der Fall eintreten, daß es mit der offiziellen Macht Englands zu rechnen hätte, während es bisher nur mit einer Handvoll von Abenteurern zu tun hatte, die hier desavouiert wurden. Den hiesigen Chauvinisten würde es nur erwünscht sein, wenn England durch unvorsichtiges Vorgehen Transvaals Gelegenheit gegeben würde, die in der Person von Jameson erlittene Einbuße an Prestige wieder gutmachen und gleichzeitig den von Mr. Rhodes und Mr. Jameson verfolgten Zweck, die Unterwerfung und eventuelle Einverleibung dennoch erreichen zu können.

Ich glaube nicht, daß man sich hier jetzt auf eine Konferenz einlassen würde, wenn die anderen Mächte wirklich infolge Anregung von Transvaal darauf eingehen sollten. Es würde sich dann immer noch fragen, ob alle Mächte so weit gehen würden, sich an einer Konferenz zu beteiligen, an welcher England teilzunehmen verweigert und etwaige Beschlüsse derselben durchzuführen.

Mein Eindruck aus allen bisherigen Äußerungen Lord Salisburys ist, daß er bisher vermieden hat, die Suzeränitätsfrage amtlich zu sehr zu akzentuieren, um nicht eine Kontroverse zu provozieren, die ihm keinen Rückzug mehr gestatten würde. Aus demselben Grunde würde er, soweit ich es beurteilen kann, mit der Erhaltung des status quo einverstanden sein, wenn auf dieser Grundlage sich eine Verständigung mit Transvaal erreichen läßt. Letzteres könnte, wenn es seinerseits nur etwas Entgegenkommen in bezug auf die Johannesburger Beschwerden zeigt, auf diesem Wege Sicherheit gegen Wiederholung von Angriffen aus dem Gebiet der Chartered Company gewinnen, wahrscheinlich auch Geldindemnität für die durch das Unternehmen von Jameson verursachten finanziellen Opfer. Wenn man hier nicht bis zur völligen Aufhebung der Charter geht, die jedenfalls in Erwägung gezogen wird, so ist doch anzunehmen, daß man die Rechte der Gesellschaft so weit einschränken will, daß militärische Unternehmungen gegen andere Staaten ohne Vorwissen der englischen Regierung nicht mehr vorkommen können.

Hatzfeldt

Nr. 2632

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 19 London, den 11. Januar 1896

Lord Salisbury versicherte mir eben, daß Präsident Krüger keinerlei politische Bedingungen gestellt habe, und daß High Commissioner daher bald abreisen werde. Die einzige Schwierigkeit, die anscheinend

noch zu überwinden sei, um die Ordnung in Transvaal herzustellen, beziehe sich auf die Ablieferung der Waffen in Johannesburg. Wahrscheinlich habe das dortige Komitee sich anfänglich gerühmt, viel mehr Waffen zu besitzen als in Wirklichkeit vorhanden waren, und die Transvaal-Regierung schließt daraus, daß nur ein geringer Teil davon abgeliefert worden sei. Diese Schwierigkeit lasse sich aber überwinden, da es der Transvaalregierung freistehe, die Häuser der Stadt durchsuchen zu lassen. Unerwünscht ist Lord Salisbury die Forderung des Präsidenten Krüger, daß die Gefangenen mit Einschluß von Jameson nach England gebracht werden sollen.

Er fürchtet offenbar, daß ihnen hier Ovationen bereitet werden und daß es außerdem nach Lage der Gesetzgebung sehr schwierig sein wird, vor dem hiesigen Kriminalgericht die Verurteilung der einzelnen Gefangenen herbeizuführen. Der Minister zeigte sich auch heute damit einverstanden, daß es am besten sei, den status quo aufrechtzuerhalten, ohne auf eine Kontroverse über die von England beanspruchte Suzeränität einzugehen. Er fügte hinzu, daß die Regierung der Gesellschaft zwar nicht die Charter entziehen, aber derselben solche Beschränkungen auferlegen werde, daß Grenzüberschreitungen Transvaals aus dem Gebiet der Gesellschaft nicht wieder vorkommen könnten.

Hatzfeldt

Nr. 2633

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 11. Januar 1896

Dem Staatssekretär der Südafrikanischen Republik Dr. Leyds habe ich heute folgendes gesagt:

Bisher habe sich die Südafrikanische Republik trotz der schweren Rechtsverletzung, welche der Einfall Dr. Jamesons enthalte, streng in den Grenzen des Rechts und der Verträge gehalten. Auch Deutschlands Vorgehen ist von diesem Gesichtspunkte aus unanfechtbar. Die weise Mäßigung des Präsidenten Krüger, welche er den Gefangenen gegenüber beobachtete, sei ebenso zu billigen, wie der Entschluß, die Freilassung der Führer der Jamesonschen Banden nur dann zu konzedieren, wenn durch Waffenniederlegung der Revolutionspartei in Johannesburg die Garantie für Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung geschaffen sei. Je strenger sich die Regierung der Südafrikanischen Republik auch fernerhin auf dem Boden des Rechts und der Verträge halte, um so bestimmter könne sie darauf rechnen, daß der Erfolg, den sie mit den Waffen errungen habe, auch politisch für das Land werde nutzbar werden. Die englische Presse warte nur darauf, irgendeine Rechtsverletzung von seiten der Republik verzeichnen

zu können, um mit dem Argumente, das Unrecht des Dr. Jameson sei wettgemacht und Englands Recht sei angetastet, zum Sturm gegen die Buren zu blasen. Damit würde der bisher erreichte Erfolg, sowohl für die Südafrikanische Republik wie für Deutschland gefährdet. Ich müsse deshalb dringend raten, den Gedanken, daß der Vertrag von 1884 durch den Einfall Dr. Jameson gebrochen sei, und für die Republik daraus die Befugnis erwachse, die lästige Verpflichtung des Artikel 4 als hinfällig zu erklären, aufzugeben und bis auf weiteres an dem Status quo nicht zu rütteln. Bei dieser Politik werde die Republik auch fernerhin auf das Wohlwollen und, wenn nötig, auf die Unterstützung Deutschlands rechnen können.

Dr. Leyds erklärte mir, er sei einer eingehenden Antwort auf diese Ausführungen enthoben, da dieselben vollkommen mit seinen eigenen Ansichten übereinstimmten, und er in diesem Sinne bereits nach Pretoria telegraphiert habe.

Marschall

Nr. 2634

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 11. Januar 1896

Der italienische Botschafter gab mir heute Kenntnis von dem an ihn gerichteten Telegramm Crispis, in welchem dieser uns seine guten Dienste in dem englisch-deutschen Konflikt anbietet. Graf Lanza bemerkte dabei, er habe sofort telegraphisch geantwortet, es bestehe seines Wissens zwischen den Regierungen von London und Berlin keinerlei Konflikt, selbst keine erhebliche Meinungsverschiedenheit, sodaß für eine Vermittlung zwischen beiden ein Anlaß nicht vorliege.

Ich habe Graf Lanza gesagt, daß er die Situation vollkommen zutreffend beurteilt habe, dies aber nicht hindere, daß wir Crispi für seine gute Absicht von Herzen dankbar seien, und daß wir darin einen neuen Beweis seiner aufrichtigen Freundschaft für Deutschland erblickten, die wir von Herzen erwiderten.

Marschall

Nr. 2635

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat. Für Baron von Holstein. London, den 17. Januar 1896

pp. Lord Salisbury war auch heute durchaus entgegenkommend und sprach die Hoffnung aus, daß die ganze Sache sich jetzt allmählich

beruhigen werde. Mit Herrn Krüger hat man sich jetzt über alles verständigt, mit alleiniger Ausnahme der Konzessionen für Johannesburg. pp.

Hatzfeldt

Nr. 2636

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

London, den 21. Januar 1896

Neues, was ich melden könnte, gibt es nicht, und, wenn nicht neue Zwischenfälle kommen, ist vielleicht zu hoffen, daß die Aufregung sich auf beiden Seiten allmählich beruhigen wird.

Inzwischen haben wir es hier mit einer vollständig veränderten Situation zu tun, wie Ihnen aus den Manifestationen der englischen Presse längst klar geworden sein wird. Es handelt sich dabei nicht um eine Verstimmung der englischen Regierung, sondern um eine tiefgehende Erbitterung im Publikum, die sich auf jede Weise manifestiert hat. Es wird mir versichert, daß, als die Aufregung am größten war, die Deutschen in der City fast keine Geschäfte mehr mit Engländern machen konnten. In bekannten großen Klubs, so namentlich im Turf, herrschte eine maßlose Erbitterung. Ich selbst habe zahlreiche anonyme Schmäh- und Drohbriefe erhalten.

Die allgemeine Stimmung war, daran kann ich nicht zweifeln, eine solche, daß die Regierung, wenn sie ebenfalls den Kopf verloren oder aus irgendeinem Grund den Krieg gewünscht hätte, dabei die ganze öffentliche Meinung hinter sich gehabt hätte. Die Erwägung, daß wir England auf anderen Gebieten wesentliche Nachteile zufügen können, blieb vollständig wirkungslos auf die ignorante Masse der Bevölkerung. Ganz ebenso geringen Eindruck machte die angebliche Isolierung Englands. Man rühmte sich dessen geradezu in dem stolzen Gefühl, daß England stark genug sei, allen seinen Feinden Trotz zu bieten.

Ich führe dies alles nur an, weil wir es, wie die Verhältnisse hier einmal sind, in Rechnung ziehen müssen mit Rücksicht auf die Rückwirkung, die es auf die englische Regierung ausüben kann. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß keine Regierung hier — auch nicht eine parlamentarisch so starke wie die jetzige — imstande ist oder zu sein glaubt, sich der öffentlichen Meinung zu widersetzen, wenn sie sich mit einer gewissen Intensität geltend macht. Namentlich müssen wir damit rechnen, daß keine englische Regierung sich durch die ernstesten Rücksichten äußerer Politik davon abhalten lassen wird, vor allem das eigene Interesse der Selbsterhaltung zu

Rate zu ziehen. — Ich sagte nämlich einmal Salisbury, es schiene mir Aufgabe der Regierung zu sein, die öffentliche Meinung zu leiten. Er erwiderte mir, daß dies hier schwieriger sei, als ich zu glauben scheine.

Sicher ist, daß keinerlei Versuch gemacht worden ist, die öffentliche Meinung aufzuklären. Sie bleibt daher bei der Annahme, daß die englische Suzeränität über Transvaal unbestreitbar sei, daß wir aus purer Bosheit gegen England uns eingemischt hätten, und daß dies doppelt unverzeihlich sei nach aller Freundschaft, die uns England stets bewiesen habe.

Dieser Stimmung gegenüber hat Salisbury, das muß man anerkennen, nicht den Kopf verloren, sondern wohl in der Annahme, daß die Zeit Beruhigung bringen werde, seine konziliante Haltung mir gegenüber bewahrt*. Aber wir dürfen deshalb doch meines Erachtens keinen Augenblick bezweifeln, daß er auch die entgegengesetzten Chancen ins Auge gefaßt hat und sich auf den Fall vorzubereiten sucht, daß es entweder zum Bruch mit uns kommt, oder — was er wohl für wahrscheinlicher, wenn nicht für sicher hält — daß Deutschland nunmehr eine entschieden antienglische Politik einschlägt, sich mehr und mehr Rußland, vielleicht auch Frankreich nähert, und daß der Dreibund in absehbarer Zeit auseinanderfallen wird. — Die maritimen Rüstungen**, die uns in früherer Zeit nur erwünscht gewesen wären, sind nur ein Symptom, daß man hier schwierige Zeiten, vielleicht schon im Frühjahr, erwartet und für alle Fälle vorbereitet sein will. Ernster ist das offenbare Bestreben einer Annäherung an Frankreich. Als ich neulich bei Salisbury scherzend die neue Liebe zu Frankreich erwähnte, die ihm ziemlich ungewohnt sein müsse, ging er auf den Scherz ein, meinte aber, man tue nur, was wir auch täten, und leugnete gar nicht, daß bessere Beziehungen mit Frankreich nicht unerwünscht wären.

Als wir im Laufe der Unterhaltung auch auf die in der französischen

---

* Diese retrospektive Bemerkung Graf Hatzfeldts, die mit seiner voraufgehenden Berichterstattung durchaus übereinstimmt, beweist, wie völlig falsch die jüngst wieder von Georges Pagès im „Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre" (I, 266) aufgewärmte Behauptung ist, daß die englische Regierung in der Transvaalfrage die deutschen Vorstellungen aufs schärfste abgewiesen, und daß Kaiser Wilhelm es vorgezogen habe, „s'humilier plutôt que de risquer une déclaration de guerre à laquelle Lord Salisbury semblait résolu". Der Auffassung, als ob von deutscher Seite entschuldigende Erklärungen in der Transvaalfrage gegeben worden seien, ist schon die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 14. Januar 1896 amtlich entgegengetreten; bald darauf (13. Februar) hat Staatssekretär Freiherr von Marschall auch im Reichstage konstatiert, daß die deutschen Beziehungen zu England keinen Augenblick aufgehört hätten, gute, normale und freundliche zu sein. Was der englische Gesandte in Bern, St. John, seinem französischen Kollegen Barrère Ende 1897 über die angebliche Demütigung der deutschen Regierung vor der englischen erzählt haben soll (Georges Pagès a. a. O., p. 267, Anm.), ist völlig aus der Luft gegriffen.

** Vgl. Nr. 2621, Fußnote **.

Presse wieder auftauchenden Forderungen bezüglich Ägyptens* kamen, meinte Salisbury, England könne schließlich auch ohne Ägypten fertig werden, und er, Salisbury, sei eigentlich immer gegen die Okkupation des Landes gewesen! Ich ging nicht näher auf die Frage ein, um kein besonderes Interesse zu zeigen, hob daher auch nicht den Widerspruch mit allen seinen früheren Äußerungen hervor.

Hier möchte ich eine sehr vertrauliche Äußerung von Courcel einfügen. Als wir vom Togo-Hinterland** usw. sprachen, ging er weiter und deutete an, daß Frankreich und Deutschland in der Zukunft vielleicht in manchen Dingen zusammengehen könnten***. Er fügte dann hinzu: pour le moment nous sommes grands amis avec la Russie. Mais cela ne durera peut-être pas éternellement.

Wenn Courcel mit dieser Auffassung, auf die ich natürlich nicht weiter einging, in Frankreich nicht allein steht, und dazu käme, daß man hier in bezug auf Ägypten weich würde und dies in Paris erkennen ließe, so wird man sich dort vielleicht überlegen, ob man die dargebotene Hand zurückweisen soll. Es steht uns auch niemand dafür, daß Rußland einer solchen Kombination entschieden widersprechen würde, wenn es sieht, daß es nur um diesen Preis Frankreich in der Hand behalten kann. Widerspricht es aber dennoch, und die franko-russische Allianz geht aus dem Leim, so können wir eine entente cordiale der Westmächte, neue Auflage, erleben. Die hiesige öffentliche Meinung, wie sie sich seit Transvaal gestaltet hat, würde eine solche Lösung, wie sich beinahe mit Sicherheit erwarten läßt, jetzt sympathisch begrüßen.

Als zwischen Salisbury und mir von der deutschfeindlichen Haltung der englischen Presse und dem Wunsch eines Teils derselben nach Annäherung an Frankreich die Rede war, warf ich die Bemerkung hin, es sei doch sehr wunderbar, daß die Zeitungen sich gar nicht klarmachten, mit welchen Opfern jene Annäherung erkauft werden müßte, und mit wie wenig (Togo usw.) man uns hätte befriedigen können. Er erwiderte lebhaft, er hätte die Voltarektifikation, d. h. Abtretung eines Gebietes, welches England vor 50 Jahren mit barem Geld von Dänemark erworben, nie rechtfertigen können, leugnete aber nicht, daß die fragliche Annäherung an Frankreich oder Rußland sehr viel teurer sein würde. Diese Erwägung spielt bei ihm unzweifelhaft eine große Rolle. Sie wird ihn aber nicht verhindern, den Versuch zu machen

---

* Vgl. Kap. LXVII.

** Am 9. Januar 1896 hatte Baron de Courcel bei Hatzfeldt eine deutsch-französische Verständigung über das Hinterland von Togo angeregt. Deutscherseits war man zu entgegenkommenden Verhandlungen, sobald die französische Regierung die Sache amtlich anrege, bereit (Telegramm Marschalls an Hatzfeldt Nr. 36, vom 25. Januar 1896). Die Verhandlungen kamen indes erst im Frühjahr 1897 in Fluß. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVI.

*** Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2646 nebst Fußnote **, Nr. 2649, S. 78 nebst Fußnote **.

und sich für alle Fälle zu versichern, ob und um welchen Preis unter Umständen, d. h. wenn der Dreibund auseinandergeht, und wir eine antienglische Politik immer mehr akzentuieren, die Verständigung möglich wäre.

Es ist, wie ich glaube, meine Pflicht, diese Eventualitäten zu signalisieren, obwohl ich annehmen darf, daß sie bereits klar erkannt worden sind, und daß wir über die dagegen zu befolgende Politik uns schlüssig gemacht haben. Mir scheint, wenn die Dinge so kommen, daß wir in die Lage kommen werden, den Gedanken des Drei-Kaiser-Bundes wieder aufzunehmen. Wenn Rußland darauf eingeht, selbst wenn es dafür Frankreich aufgeben muß, so ist, wie mir scheint, zu befürchten, daß Österreich nur mit dem höchsten Widerstreben auf einen Gedanken eingehen wird, dessen Voraussetzung jetzt jedenfalls sein müßte, daß Österreich den Russen im Orient freie Hand läßt.

Wenn ich ein Votum abzugeben hätte, so würde ich es dahin formulieren, daß es weder in unserm Interesse liegt, die englische Macht zertrümmern zu lassen, noch auch England in die Arme Frankreichs zu treiben. An dieser Auffassung müssen wir meines bescheidenen Erachtens unter allen Umständen jedenfalls solange festhalten, als Rußland und Frankreich zusammenhalten, was nach menschlicher Berechnung noch lange dauern wird. Unsere Aufgabe würde es danach sein, nachdem wir in bezug auf Transvaal die Zähne gezeigt, nunmehr auch unsererseits die Beruhigung zu fördern, soweit wir es ohne prinzipielle Aufgabe unseres Standpunktes können, und in den großen politischen Fragen dieselbe Haltung zu bewahren, die wir vor diesem Zwischenfall eingenommen haben, d. h. uns nach keiner Richtung für die Zukunft die Hände zu binden, solange nicht Eventualitäten oder Kombinationen eintreten, die uns nötigen, Stellung zu nehmen, und uns gleichzeitig gestatten, unsere Sicherheit und unsern Vorteil dabei zu wahren.

(gez.) Hatzfeldt

Nr. 2637

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein *

Reinschrift

Berlin, den 20. Februar 1896

Der Umstand, daß Fürst Radolin die Mitteilung betreffs französisch-englischer Annäherung aus Kreisen des russischen Auswärtigen

---

* Die Aufzeichnung Holsteins war ursprünglich bestimmt, an Graf Hatzfeldt als Erwiderung auf dessen Privatschreiben vom 21. Januar (siehe Nr. 2636) gesandt zu werden. In dem ersten Entwurf der Aufzeichnung hieß es am Schlusse noch: „Bei dieser Sachlage möchte ich Eurer Exzellenz anheimstellen, zu erwägen,

Ministeriums erhielt*, beweist, daß man dort die Überzeugung hat, eine Annäherung zwischen England und Frankreich werde eine Annäherung Deutschlands an Rußland zur notwendigen Folge haben. Den Russen kann nicht unbekannt sein, es ist ihnen auch hier an amtlicher Stelle nicht verheimlicht worden, daß bei der Politik Deutschlands gegen England die Aussicht bisher mit in Berechnung gezogen wurde, daß bei einem europäischen Kriege England durch die Wucht seiner eigenen Interessen auf die antifranzösische Seite gedrängt werden würde. Diese Erwägung muß, solange sie andauert, die deutsche Politik logisch dazu führen, die zwischen Deutschland und England etwa auftauchenden Differenzen als Einzelfälle und möglichst unbedeutend zu behandeln, anstatt eine solidarische Erledigung der ganzen Masse russischer, französischer und deutscher Beschwerden gegen England anzustreben. So haben wir z. B. bei der Transvaalfrage während der akuten Phase derselben keiner einzigen fremden Regierung außer der englischen irgendeine darauf bezügliche Mitteilung gemacht**, weil eine allgemeine Erörterung der gegen England mehr noch als gegen jede andere Großmacht vorliegenden vielseitigen Gravamina uns mit Rücksicht auf zukünftige Eventualitäten nicht zweckentsprechend schien.

In dem Augenblick, wo England vor Frankreich zunächst nicht aus aber in Ägypten zurückweicht durch Einräumung erweiterter Kontrolle, ist der Beweis geliefert, daß England jedes Opfer einem Konflikt mit Frankreich vorzieht. Da tritt dann die deutsche Politik notwendig in eine neue Phase: Wir sind genötigt, alsdann festen Zusammenschluß mit Rußland zu suchen. Da Österreich und Italien schwerlich werden für sich bleiben wollen oder können, so charakterisiert sich das Nachgeben Englands gegenüber Frankreich in Ägypten als ein verhängnisvoller, nicht wieder gut zu machender Fehler. Ich nehme hierbei den Fall aus, wo England von Frankreich als Gegenleistung eine feste Abmachung auch gegen Rußland ver- und erlangen würde. Dieser Fall wird aber kaum in Betracht kommen, denn einerseits wissen wir zur Genüge, daß feste Abmachungen für zukünftige Eventualitäten nicht im Bereiche der englischen Politik liegen, weil die öffentliche Meinung sie nicht ratifizieren würde; andererseits würde Frankreich,

---

ob Sie nach Ihrer Kenntnis des Charakters von Lord Salisbury sich von einer rückhaltlosen Besprechung der ganzen Frage mit Hineinziehung der vorstehend entwickelten Gedanken sich ein günstiges Ergebnis versprechen." Bei näherer Überlegung sah Holstein indes von einer Übersendung der Denkschrift nach London ab und wählte an Stelle Hatzfeldts den österreich-ungarischen Botschafter von Szögyény als Mittelsmann, um seine Gedankengänge zur Kenntnis des englischen Botschafters und dadurch der englischen Regierung zu bringen (siehe das folgende Schriftstück). Dieser Weg empfahl sich auch deshalb, um die Besorgnisse des Grafen Goluchowski wegen der deutsch-englischen Spannung zu zerstreuen.

* Vgl. Kap. LXVII, Nr. 2681.

** Vgl. Nr. 2629.

dem schon bisher die Vereinigung mit Rußland als Universalmittel gegen alle politischen Schmerzen galt, um so weniger geneigt sein, davon abzugehen, je mehr es England dieser mächtigen Gruppe gegenüber unsicher werden sieht. So wären dann also als Folge der von England getriebenen Politik sämtliche europäische Großmächte zu einer Gruppe vereinigt, die bei aller sonstiger Verschiedenartigkeit ihrer Bestrebungen sich in dem Gedanken zusammenfände, daß niemand von England Nutzen, wohl aber Schädigung zu erwarten hat.

Baron Courcel, der seinerzeit einen gänzlichen Umschwung der Politik und Stimmung Frankreichs gegen Deutschland in Aussicht stellte und dadurch die deutsche Regierung zur Vermittelung des französisch-chinesischen Friedens vermochte*, wäre gerade der Mann, um durch die gleiche Gattung von Vorspiegelungen die englische Regierung dahin zu führen, daß sie Frankreich in Ägypten „eine Höflichkeit erweist". Er würde auch später nach Abschluß der Verhandlungen ohne Zweifel eine stichhaltige Erklärung seiner jetzigen Ableugnung derselben finden, z. B. die, daß damals, als er gefragt wurde, die „Verständigung" noch lange nicht perfekt war.

Mein Mißtrauen richtet sich aber eigentlich weniger gegen Baron Courcel als gegen die englische Regierung und Nation. Wohin strebt die englische Politik? Bei den politischen Erscheinungen, die wir neuerdings beobachten, stehen Anlässe und Wirkungen in zu großem Mißverhältnis, um nicht bei uns Verdacht zu erwecken. Ganz England erklärt sich beleidigt durch das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Präsidenten Krüger. Was aber ist dieses Telegramm mit seiner vorsichtigen Fassung im Vergleich mit der Venezuelabotschaft des Präsidenten Cleveland**? Gleichwohl wird Amerika mit der größten Liebenswürdigkeit seitens der englischen Presse, mit vollstem Entgegenkommen seitens der englischen Regierung behandelt, während aus dem kaiserlichen Telegramm der demonstrative Anlaß zu einer Flottenvermehrung entnommen wird, wie sie bisher in der Geschichte aller Länder ohne Vorgang ist***. Man fragt sich vergeblich, wo England, namentlich jetzt nach Veröffentlichung des Transvaal-Weißbuchs †, sich durch Deutschland bedroht fühlen kann.

Die in der englischen und französischen Presse ausgestreute Behauptung, Deutschland habe sein Auge auf Lorenzo Marquez geworfen ††, konnte vielleicht den Zweck erfüllen, die große Masse urteilsloser Zeitungsleser für einen Tag aufzuregen, den Leitern der englischen Politik will ich aber nicht das Unrecht tun, zu glauben, daß sie ernst-

* Vgl. Bd. III, Nr. 699 nebst Fußnote **.

** Vgl. Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2368, S. 424 nebst Fußnote * und Bd. X, Kap. LXII, C, Nr. 2569, S. 245, Fußnote *.

*** Vgl. Nr. 2621, S. 42, Fußnote **.

† Vgl. Nr. 2629, S. 48, Fußnote *.

†† Vgl. Nr. 2618 und Nr. 2621.

haft mit der Möglichkeit rechnen, Deutschland habe sich zwischen das englische Gebiet und das französische Madagaskar mitten hineinsetzen und sich damit zum Gegenstand der vereinigten Eifersucht beider machen wollen.

Angesichts der offenbaren Unhaltbarkeit dieses Grundes zur Besorgnis bleibt die Frage offen, was beabsichtigt England? Was befürchtet es von Deutschland? Der Gedanke liegt nicht fern, daß hierbei, wie anderswo, das Kapitel der tendenziösen Aufhetzungen eine Rolle spielt. Während uns hier angedeutet wird, die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands sei für England allmählich so unerträglich geworden, daß die englische Politik zu jedem Opfer bereit sei, um unter günstigen Bedingungen mit Deutschland endgültig abrechnen zu können, mögen wieder andere Insinuationen über Deutschlands Pläne und Absichten in England gemacht worden sein. Die Meldung des Kaiserlichen Gesandten in Kopenhagen, daß dort von London aus angefragt worden sei, ob Dänemark im Kriegsfalle mit England gehen würde*, läßt sich im einen wie im anderen Sinne als Besorgnis oder als Arglist deuten, würde aber jedenfalls den Beweis liefern, daß England diesmal seinen sonstigen Gewohnheiten zuwider mehr als bloß halbe Maßregeln ins Auge gefaßt hatte.

Ein englisch-französisches Bündnis contre tout venant würden wir unter diesen Umständen allenfalls erklärlich finden, eine bloße englisch-französische entente cordiale aber ohne Garantie der Festigkeit und der Dauer durch ägyptische Konzessionen zu erkaufen, würde für England das schlechteste Geschäft sein, was es je machte.

Holstein

Nr. 2638

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Konzept

Berlin, den 22. Februar 1896

Der österreichische Botschafter, dem gestern morgen unsere Stellung England gegenüber und das wachsende Mißtrauen, welches die Haltung der englischen Regierung und Presse uns aufdrängt, rückhaltlos mitgeteilt worden war, hatte gestern nachmittag, wie man das auch kaum anders vermuten konnte, eine angeblich durch Zufall herbeigeführte Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt.

Die wichtigste Äußerung des Sir Frank Lascelles war die Frage gewesen, ob Herr von Szögyény glaube, daß bei dem Berliner Kabinett

* Bericht Kiderlens vom 8. Februar 1896. Kiderlen wollte seine Nachricht von einer „an sich nicht sehr zuverlässigen Persönlichkeit" haben, „deren Äußerungen diesmal jedoch mit meinen sonstigen Beobachtungen übereinstimmen".

überhaupt noch der Gedanke bestehe, Deutschland und England könnten einstmals in der Zukunft an einem Strange ziehen.

Herr von Szögyény hatte darauf mit den hauptsächlichen Argumenten erwidert, die ihm einige Stunden vorher im Auswärtigen Amte geliefert worden waren*; insbesondere daß Deutschland trotz mannigfacher kleinerer Mißhelligkeiten bis in die neueste Zeit hinein an der Ansicht festgehalten habe, daß England doch bei einem großen Zukunftskampfe durch seine eigenen Interessen auf die antifranzösische, d. h. die deutsche Seite gedrängt werden würde. In den letzten sechs Wochen sei aber diese Auffassung, welche bisher Grundprinzip der deutschen Politik gewesen, infolge der Haltung Englands wankend geworden. England habe die Botschaft des Präsidenten Cleveland verziehen, habe dieselbe mit Liebenswürdigkeiten und tatsächlichen Konzessionen erwidert. Von ähnlicher nachgiebiger Stimmung gegen Frankreich lege der englisch-französische Siamvertrag** Zeugnis ab. Die ganze Bitterkeit englischen Empfindens richte sich gegen Deutschland. Das Telegramm des deutschen Kaisers, obschon im Punkte der Schroffheit mit der Botschaft Cleveland gar nicht zu vergleichen, werde aufgebauscht zu einer Beleidigung, für die kaum eine Sühne genügend sei. Deutschland fange an zu glauben, daß die ganze Transvaalsache nichts als ein Vorwand sei, um wegen anderer, hauptsächlich wirtschaftlicher Rankünen mit Deutschland abzurechnen. Die deutsche Regierung weise überhaupt die Möglichkeit zurück, daß ernste englische Politiker ihr den Plan unterschieben könnten, sich an der Delagoabai festsetzen zu wollen, zwischen Madagaskar und das britische Gebiet. In dieser Stimmung verfolge Deutschland mit größter Aufmerksamkeit die Entwickelung der anscheinend jetzt wieder auflebenden ägyptischen Frage***. Falls England selbst auf diesem Gebiete Opfer für den Zweck einer Annäherung an Frankreich nicht scheuen sollte, würde man dies in Berlin als einen deutlichen Beweis dafür ansehen, daß England sich freie Hand gegen Deutschland um jeden Preis schaffen wolle. Deutscherseits werde man dann auch nicht zögern, aus dieser Prämisse die Konsequenzen zu ziehen.

Der englische Botschafter hatte versichert, daß er von ägyptischen Verhandlungen nichts wisse, sich auch nicht denken könnte, daß man in London jetzt darauf eingehen sollte.

Marschall

---

* Siehe das voraufgehende Schriftstück.

** Am 15. Januar hatte das französisch-englische Abkommen über die Grenzregulierung am Mekong seine Unterzeichnung gefunden, bei dem der Vorteil auf französischer Seite war. Bei diesem Anlaß war in der englischen Presse viel von einer Annäherung zwischen England und Frankreich die Rede, was freilich in der französischen Presse unter Hinweis auf die ägyptische Frage mit Reserve aufgenommen wurde.

*** Siehe Kap. LXVII.

Nr. 2639

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 218 London, den 15. März 1896

pp. So intim seit einer Reihe von Jahren meine persönlichen Beziehungen zum Premierminister sind, und obwohl ich mir deshalb manche Äußerung gestatten darf, die er als eine freundschaftliche und rein persönliche aufnimmt, so würde ich es doch, wie die Dinge liegen, nicht für richtig halten, durch unbedachte Äußerungen den Anschein zu erwecken, als ob wir uns nach beruhigenden Zusicherungen über die künftige Politik Lord Salisburys sehnten[1]. Bei dieser Gelegenheit glaube ich auch hervorheben zu dürfen, daß die Verstimmung, die infolge der Verwicklungen in Südafrika hier gegen uns eingetreten war, noch nicht ganz überwunden ist und sich auch bei Lord Salisbury, so objektiv er sonst die Sache auffaßt, insofern zeigte, als er sich nicht immer mit der Offenheit gegen mich aussprach, an die ich seit Jahren gewöhnt war. Bei andern englischen Staatsmännern trat dies noch deutlicher hervor, und ich könnte in dieser Hinsicht anführen, daß selbst der mir persönlich befreundete Marineminister Goschen, welchem ich den Wunsch einer Zusammenkunft nahelegen ließ, sich derselben bis jetzt entzogen hat[2]. Mit Mr. Chamberlain, welcher jetzt eine hervorragende Rolle spielt, würde ich es, obwohl ich ihn gut kenne, nicht einmal für wünschenswert halten, eine Aussprache herbeizuführen, da er in seinen Auffassungen ziemlich schroff ist, keine übermäßigen Sympathien für Deutschland und die deutsche Politik besitzt, und eine Unterhaltung zwischen uns nur dazu führen würde, bestehende Differenzen noch schärfer hervortreten zu lassen.

Euere Durchlaucht werden, wie ich hoffen darf, unter diesen Umständen mit mir einverstanden sein, wenn ich in der letzten Zeit den englischen Staatsmännern gegenüber eine gewisse Reserve beobachtet habe, die mir durch die angeführten Gründe geradezu geboten schien[3]. Durch meine Kollegen, namentlich die österreichischen und italienischen Botschafter, die nicht dieselben Gründe zur Zurückhaltung hatten, bin ich während dieser Zeit von ihren Beobachtungen fortlaufend unterrichtet worden.

Dem Premierminister gegenüber hatte ich, wie ich nicht unerwähnt lassen darf, noch einen besonderen Grund, in meiner Sprache eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Es ist eine Charaktereigentümlichkeit desselben, daß er jedes Drängen scheut und sich immer mehr zurückzieht, je mehr er glaubt, daß man ihn zu etwas überreden will, was ihm nicht paßt. Ich habe es mir daher im Interesse der Sache zum Gesetz gemacht, diesen Eindruck bei ihm zu vermeiden,

und habe mehr als einmal die Genugtuung gehabt, daß er mir von selbst Entgegenkommen zeigte und auf die Besprechung von Fragen einging, die er, wenn ich hätte drängen wollen, unzweifelhaft vermieden haben würde.

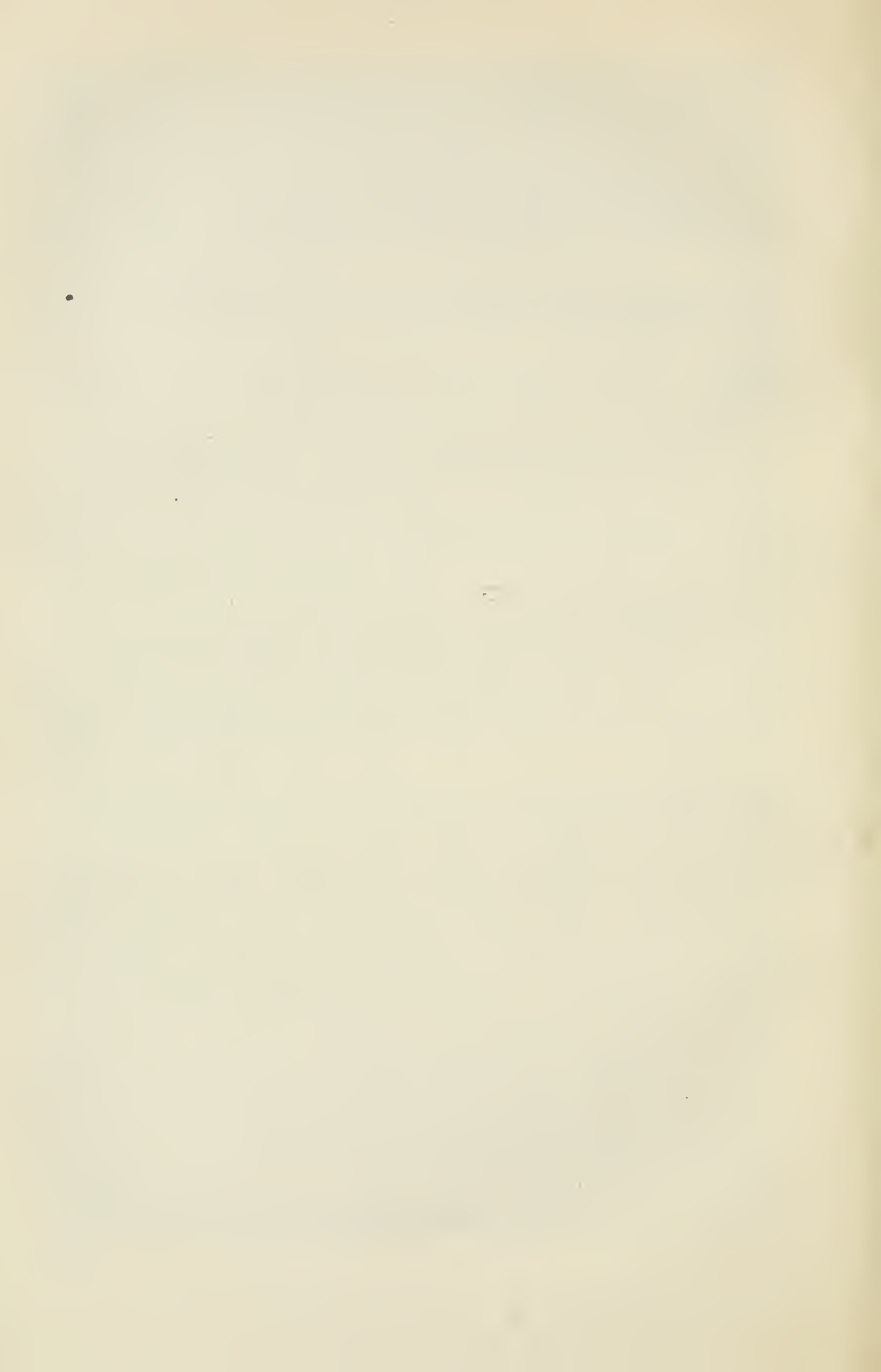
Schließlich wollen Euere Durchlaucht mir gestatten, noch eine Äußerung des Premierministers in unserer letzten Unterredung anzuführen, die mir nicht ohne Interesse zu sein scheint. Er bemerkte, er habe mit Befriedigung gehört, daß man bei uns die Wiederherstellung der früheren freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen mit England für wünschenswert halte und teile diesen Wunsch in jeder Hinsicht. In diesem Sinne habe er kürzlich an Sir Frank Lascelles geschrieben und hinzugefügt, daß er es nicht glaube, verschuldet zu haben, wenn darin eine vorübergehende Änderung eingetreten sei*. Ich hielt dem Minister hier entgegen, daß er, wie ich ihm auch früher schon wiederholt gesagt, durch manche Dinge, wie z. B. seine Politik in der armenischen Frage, zu einer gewissen Unsicherheit über seine politischen Ziele Anlaß gegeben habe[4]. Lord Salisbury erwiderte mir, er wisse wohl, daß bei uns ein gewisses Mißtrauen gegen ihn eingetreten sei und daß man ihm Hintergedanken zugeschrieben habe, die ihm vollständig ferngelegen hätten. Es sei eine Erfahrung, die er schon häufig gemacht habe, daß das Ausland, welchem die innere Politik in England und die Beziehungen der hiesigen politischen Parteien zueinander ziemlich fremd seien, sich über die Haltung, welche das englische Kabinett in einzelnen auswärtigen Fragen annehme, und über die Beweggründe derselben vollständig täuschten. Wenn ich ihn fragen wollte, warum er dieses oder jenes, z. B. in der von mir angeführten armenischen Frage, getan habe, so könne er mir mit drei

* Vgl. darüber Kap. LXVIII, Nr. 2779. Nach der dort in extenso abgedruckten Aufzeichnung Marschalls vom 13. März über den Salisburyschen Brief an Sir Fr. Lascelles hätte der englische Premier in ihm u. a. erklärt: „Er wünsche wie in früherer Zeit mit Deutschland auf dem Fuße gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu stehen. England wolle sich an die Triple-Alliance anlehnen (lean), werde aber nie ein Versprechen geben, welches für irgendeine zukünftige Eventualität die Verpflichtung zum Kriege enthalte. Diese Politik sei der Regierung vorgeschrieben, einmal durch die öffentliche Meinung, welche derartige Verabredungen gegebenenfalls über den Haufen werfen werde, sodann aber durch die insulare Lage des Landes, welche die vertragsmäßige Übernahme einer Verpflichtung zum Kriege zu Selbstverteidigungszwecken unnötig erscheinen lasse." Der Brief Salisburys, der im übrigen die englische Politik namentlich in der armenischen Frage verständlich zu machen und zu rechtfertigen suchte, schloß nach Lascelles' Mitteilung mit dem wiederholten Wunsche, daß zwischen Deutschland und England gegenseitige freundliche Beziehungen bestehen möchten. Der Salisburysche Brief kann, auch wenn die Verstimmung über das Krüger-Telegramm in der öffentlichen Meinung Englands noch lange fortgewirkt hat, als die Liquidierung der zwischen den beiden Regierungen bestandenen Spannung betrachtet werden. Über die inneren Gründe der Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen beiden Regierungen siehe die folgenden Kapitel, vor allem auch Kap. LXVIII.

Worten eine erschöpfende und wahrheitsgetreue Auskunft geben: „parceque je n'ai pas envie de perdre ma majorité". Wenn man dabei nach anderen fernliegenden Hintergedanken suche, die sich mit der hiesigen, nach Lage der inneren Verhältnisse nur auf die nächste Zukunft berechneten auswärtigen Politik nicht einmal in Einklang bringen ließen, erkläre sich dies nur durch die Unkenntnis der Bedingungen, unter welchen ein englisches Kabinett hier überhaupt noch regieren könne.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] ?
[3] ja
[4] richtig



Kapitel LXIV

Kontinentalliga gegen England? 1896



Nr. 2640

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein*

Reinschrift

Berlin, den 30. Dezember 1895

Italien wird durch England verhöhnt, weil letzteres überzeugt ist, daß Italien doch Heeresfolge leisten muß, sobald England sie braucht.

Wenn Italien, wie Blanc drohte, allein zu den Franko-Russen übergeht, hängt es von deren Gnade ab, weil es einsam und schwach ist.

---

* In der obigen Aufzeichnung Holsteins vom 30. Dezember 1895 kommt zum erstenmal der Gedanke einer Kontinentalliga gegen England auf amtlicher deutscher Seite zum Vorschein. Er war Holstein nicht allein durch die deutsch-englische Spannung in der Transvaalfrage nahegelegt, sondern auch durch die tiefe Mißstimmung der italienischen Staatsmänner gegen England wegen dessen Haltung in der abessinischen Frage (vgl. Kap. LIV, A. und LXVIII), aus der heraus jene schon seit der ersten Hälfte November 1895 mit einer Annäherung an die franko-russische Gruppe drohten. Indem Holstein nun den Gedanken aufnahm, ob Deutschland gemeinschaftlich mit Italien Anschluß an die franko-russische Gruppe suchen solle, hoffte er einerseits, Italien von einem vorzeitigen Abspringen vom Dreibund zurückzuhalten, andererseits aber auch, England den Wert näherer Beziehungen zu den Dreibundmächten recht drastisch vor Augen zu führen. Daß es keineswegs Holsteins Absicht war, den Gedanken der Kontinentalliga mit aller Kraft zu verfolgen und durchzuführen, ergibt sich schon daraus, daß er von der Verständigung mit Frankreich und Rußland von vornherein diejenige Frage ausschloß, auf die es Frankreich am ersten ankommen mußte: die ägyptische.

Holsteins politisches System lief also unter dem Druck der Transvaalkrise darauf hinaus: den Dreibund geschlossen, ohne Seitensprünge Italiens, beisammenzuhalten, mit ihm unter Deutschlands Führung eine Politik der freien Hand zu treiben, durch eine solche Politik womöglich England zu dreibund- und deutschfreundlicher Politik zurückzuführen, mit der franko-russischen Gruppe sich aber ernstlich und auf der ganzen Linie nur einzulassen, wenn England kein Einsehen zeigen sollte.

In dem vorliegenden Kapitel sind alle Schriftstücke zusammengefaßt, die die Holsteinschen Kombinationen zu Anfang 1896 klarstellen.

Wie aber, wenn Deutschland nach den Erfahrungen wegen Transvaal*, Voltagrenze pp. mit Italien auf die franko-russische Seite tritt?

Zunächst muß dann Österreich auch mit, denn allein kann es nicht bleiben, und ein Separatabkommen mit den Franko-Russen ist gerade in dem Augenblick undenkbar. Was könnten jene dafür an Österreich versprechen? Etwa Teile von Deutschland, beziehungsweise Italien? Die Franko-Russen werden an diese Teilung nicht denken in dem Augenblick, wo Deutschland und Italien sich bereit erklären, für bestimmt definierte franko-russische Zwecke zu wirken. Also, Österreich bleibt einfach im Dreibund, auch wenn Deutschland und Italien sich temporairement mit den Franko-Russen vereinigen zur Erreichung konkreter Ziele.

Wäre Frankreich vielleicht durch den Kongostaat zu gewinnen? Kompensation des Kongostaats gegen die Anerkennung des Vertrages von Uccialli** und einige afrikanische Konzessionen an Deutschland. Die Art, wie Cromer*** zu Heyking† von der „überflüssigen" Existenz des Kongostaates sprach, läßt vermuten, daß er denselben im geeigneten Moment speisen oder teilen möchte.

Rußland — Korea. Japan würde dann, falls es für Korea fechten will, schwerlich auf englische Unterstützung rechnen können, weil England sich isoliert sieht.

Österreich, welches nach Goluchowskis Versicherung nichts will als den balkanischen status quo, könnte in der Hinsicht Zusicherungen von Rußland erhalten, vielleicht auch noch darüber hinaus etwas Zukünftiges, falls sein Sinn danach steht.

Deutschland nimmt Tschusan, sagt davon aber während der vorbereitenden Pourparlers gar nichts, sondern wartet, bis die Sache ziemlich weit vorgeschritten ist. (Der ganz genaue Moment läßt sich schwer im voraus bezeichnen.)

Der Dreibund würde, wenn er sich mit den Franko-Russen verbündet, nur über ganz bestimmte Objekte sich verständigen: Kongo (mit Nebenfragen); Vertrag von Uccialli, Korea; österreichische Wünsche; für Deutschland eine chinesische Kohlenstation mit Handelsvorteilen, außerhalb der Zone des Gelben Meeres, zunächst noch nicht zu bezeichnen, weil man noch sucht und prüft; vielleicht auch eine Bestimmung wegen Transvaal. Die Erhaltung des dortigen status quo würde auch im Interesse Frankreichs liegen.

Jedenfalls bleibt Indien mit seinen Zugängen (Ägypten, Persien) von der Vereinbarung unberührt. Denn solange England diese behält, ist es schließlich doch genötigt, sich, falls es nicht ohne

* Vgl. Kap. LXIII.

** Vgl. Bd. VIII, Kap. LIVA., Nr. 1972, Fußnote.

*** Lord Cromer, englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

† Freiherr von Heyking, deutscher Generalkonsul in Kairo.

Schwertstreich zurückweichen will, dem Dreibund wieder zu nähern. Es wird diese Notwendigkeit dann erst recht einsehen, wenn es — wie der gegenwärtige Vorschlag ihm darzutun bezweckt — die Erfahrung gemacht haben wird, daß der Dreibund nicht unter allen Umständen Heeresfolge leistet.

Holstein

Nr. 2641

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 1

Berlin, den 1. Januar 1896
[abgegangen am 3. Januar]

Die in Ew. Exzellenz Bericht Nr. 238 vom 25. v. Mts.* wiedergegebenen Äußerungen des Präsidenten der Republik sind geeignet, die günstige Meinung von dem ruhigen Urteil des Herrn Faure zu bestärken. Seine Majestät der Kaiser haben am Schlusse des Berichts zu bemerken geruht, daß allerhöchstderselbe den Sturz eines so klar und richtig denkenden Staatsmannes bedauern würde. Jene Bemerkungen des Präsidenten bieten zugleich einen Anknüpfungspunkt für Besprechungen zwischen ihm und Ew. Exzellenz, welche die prinzipielle Tendenz verfolgen würden, daß es für Deutschland und Frankreich möglich ist, bei Erledigung verschiedener teils vorhandener, teils zu gewärtigender Einzelfragen zusammenzuwirken zu großem beiderseitigen Nutzen, ohne aber deswegen die ganze politische Zukunft eines der beiden Teile zu engagieren. Selbst vorausgesetzt, daß der Präsident Faure hinsichtlich des allmählichen Eintrockenens der Revancheidee allzu sanguinisch sei**, würde gleichwohl eine gemeinsame Aktion Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich mancher außereuropäischer Fragen denkbar und leicht erreichbar sein. Ich nehme dabei nicht an, daß Frankreich und Deutschland allein sein würden, sehe vielmehr voraus, daß noch andere Mächte sich um diese beiden herum zur Erreichung gemeinsamer Ziele kristallisieren würden.

Der vorstehend kurz skizzierte Gedanke muß jedem Politiker naheliegen, welcher das Vorgehen Englands in neuer und neuester Zeit aufmerksam verfolgt. Die englische Politik geht zielbewußt und unbeirrt ihren Weg in der Überzeugung, daß die beiden großen kontinentalen Gruppen so vollständig durch das gegenseitige Mißtrauen „hyp-

---

* Siehe Bd. IX, Kap. LIX, Nr. 2368.

** Faure hatte u. a. zu Graf Münster gesagt: „Vous qui connaissez Paris et la France si bien, vous avez dû remarquer que les sentiments vis-à-vis de l'Allemagne ont beaucoup changé ces derniers temps, et qu'il y a une grande détente de ce côté.“ Bd. IX, S. 425.

notisiert“ sind, daß sie keine Zeit und noch weniger Mittel haben, um gegen die allmähliche außereuropäische Ausbreitung Englands zu reagieren. In einer Hinsicht ist diese englische Voraussetzung, soweit es sich um politische Anschauungen und Zwecke der deutschen Regierung handelt, allerdings den Tatsachen entsprechend, insoweit nämlich die Engländer annehmen, daß die Zerstörung von Englands Machtstellung einem deutschen Interesse nicht entsprechen würde. Zwischen der Zerstörung aber und dem Zulassen der Vergrößerung in infinitum liegt ein weiter Spielraum für politische Erwägungen und Kombinationen, denen wir nicht glauben uns länger entziehen zu können.

Indessen würde ein Besprechen der einzelnen Punkte, die Gegenstand solcher Kombinationen zwischen den Kontinentalmächten werden könnten, außerhalb des Rahmens dieser heutigen ersten Anregung liegen. Ausgeschlossen von der gemeinsamen Aktion, insofern dabei auf deutsche Mitwirkung gerechnet wäre, würden unter allen Umständen sämtliche Mittelmeer- und Orientfragen sein, desgleichen die Infragestellung des englischen Besitzstandes in Indien.

Ein Blick auf den Globus lehrt, daß auch bei Berücksichtigung dieser Vorbehalte immer noch vieles übrig bliebe, was Gegenstand gemeinsamer Abmachung unter den Kontinentalmächten werden könnte. Letztere haben nur zu wählen zwischen dieser Politik des „partiellen Einverständnisses“ oder dem ruhigen Zuschauen zur allmählichen Konfiskation der noch nicht unter europäischer Herrschaft stehenden Teile des Erdballs durch England.

Die so plötzlich akut gewordene Transvaalfrage* wird vermutlich Euerer Exzellenz einen unauffälligen Anlaß bieten, um wie von sich aus vorstehende Gedanken dem Präsidenten Faure gesprächsweise zugänglich zu machen. Ew. werden dabei diejenige akademische Form zu finden wissen, welche geeignet ist, dem Verdacht vorzubeugen, als seien wir bestrebt, uns für die jetzt eben schwebende Transvaalfrage die Unterstützung andrer Mächte zu verschaffen.

Für Euere Exzellenz persönlich bemerke ich jetzt noch, daß der Grundgedanke dieses Plans kontinentaler Verständigung für einzelne genau präzisierte Zwecke der ist, daß der Dreibund bei der bisherigen Art, England zu behandeln, keinerlei Aussicht hat, England jemals zu gemeinsamer Verteidigung von Dreibunds- und englischen Interessen mit heranzuziehen. Solange England sich in der Mitte zwischen den zwei feindlichen Gruppen nicht nur wohl befindet, sondern sich auch immer weiter ausbreiten kann, wird es naturgemäß jedes Ansinnen, sich in irgendeinem Falle mit dem Dreibund oder einzelnen Dreibundstaaten solidarisch zu erklären, in der gleichen höhnenden Weise ablehnen wie neuerdings die italienischen Unter-

* Vgl. Kap. LXIII.

stützungsgesuche in der abessinischen Angelegenheit*. Erst dann, wenn England praktisch erfahren haben wird, daß die Kluft zwischen den zwei großen Kontinentalgruppen überbrückbar ist, und daß jene Gruppen, wenn sie sich mal im konkreten Falle verständigt haben, stark genug sind, um über Englands entgegenstehende Interessen ruhig zur Tagesordnung überzugehen — erst dann wird England begreifen, daß Unabhängigkeit zur Einsamkeit und Einsamkeit zu einer Gefahr werden kann.

Nach dieser Wahrnehmung wird vielleicht die englische Regierung anstatt der heutigen Methode des Zusammenhetzens der beiden Kontinentalgruppen sich zum Anschluß an diejenige von ihnen bequemen, bei welcher allein ein Rückhalt zu finden sein würde für die Verteidigung des Weges nach Indien**. C. Hohenlohe

---

* Vgl. Kap. LXVIII, Nr. 2578.

** Merkwürdigerweise ist Graf Münster in seiner Berichterstattung auf den Erlaß vom 1. Januar 1896 gar nicht zurückgekommen. In einer späteren Aufzeichnung vom 9. Dezember 1900 bemerkt Holstein dazu: „Eine Antwort ist auf den Erlaß vom 1. Januar 1896 niemals erfolgt, insbesondere nicht auf denjenigen Abschnitt, welcher den Gedanken einer deutsch-französischen Annäherung in der Transvaalfrage behandelt. Von hier aus ist der Botschafter nicht gedrängt worden, weil man sein Urteil bei Erwägung einer solchen Anregung nicht weiter beeinflussen wollte.“

Aus einer Depesche des französischen Botschafters Herbette vom 1. Januar 1896 (auszugsweise mitgeteilt von Georges Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, 264 s.) erhellt, daß Staatssekretär Freiherr von Marschall am 1. Januar auch mit ihm im Sinne des Erlasses an Münster gesprochen hat. Herbette nahm die Eröffnungen Marschalls mit Zurückhaltung auf; und es glich fast schon einer Ablehnung, wenn er betonte, daß bei der Ausschließung der ägyptischen Frage von der gemeinsamen Aktion — auch der Erlaß an Münster sah ja diese vor — der Hauptgrund für Frankreich hinwegfallen würde, um auf die Sache einzugehen. „Je ne vois pas“, will Herbette zu Marschall gesagt haben, „qu'elle utilité il y aurait pour nous à cette ligne avec l'Allemagne pour faire échec à l'Angleterre dans les cas où vos intérêts essentiels sont en jeu, sans que nous puissions compter sur votre concours là où ils sont moins pressants que les nôtres.“

Die abweisende Haltung Herbettes wird bestätigt durch verschiedene Äußerungen des französischen Botschafters in London Baron de Courcel zu Graf Hatzfeldt. So sagte Courcel laut Hatzfeldts Bericht vom 22. Mai (siehe denselben Kap. LXVII, Nr. 2739), er habe aus der von ihm eingesehenen Berichterstattung Herbettes entnommen, daß Marschall diesem eine gemeinschaftliche Haltung in der Transvaalfrage vorgeschlagen, dabei aber ausdrücklich und bestimmt von der Verständigung, um die es sich handele, Ägypten ausgeschlossen habe. „Ob Herr Herbette diese Anregung wegen der von dem Herrn Staatssekretär hinzugefügten Restriktion zu schroff abgelehnt habe, könne er, Baron Courcel, nicht sagen, wenn er auch nicht abgeneigt sei, dies anzunehmen.“ Bei einer späteren Gelegenheit äußerte sich Courcel zu Hatzfeldt dahin, es sei wohl zum großen Teil dem ungeschickten Verfahren des Herrn Herbette, der sich überhaupt in Berlin mißliebig gemacht habe, zuzuschreiben, wenn darüber keine Verständigung mit Deutschland zustande gekommen sei (Bericht Hatzfeldts vom 18. Juni, siehe Kap. LXVII, Nr. 2744).

In Wirklichkeit war es Frankreich damals so wenig um eine Verständigung

Nr. 2642

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Rom, den 3. Januar 1896
Privat
Für Baron von Holstein

Antwort auf Brief vom 31. v. Mts.*.

Ich glaube, daß Baron Blanc für den Gedanken einer zeitweiligen und genau definierten Liga gegen England gewonnen werden könnte, wenn ihm dieselbe nachdrücklich als eine nur vorübergehende Phase hingestellt würde, die dazu dienen solle, dem Dreibund für spätere Entscheidungskämpfe die effektive Kooperation des endlich zu Vernunft gebrachten Albions zu sichern.

Herrn Crispi wird es nach meinen bisherigen Eindrücken weit schwerer fallen, sich in eine solche Wendung zu finden. Trotz seiner momentanen Gereiztheit gegen England erscheint ihm dieses im Mittelmeer wie in Afrika noch immer als ein für Italien ebenso wertvoller Freund wie unangenehmer Gegner. Er wird sich sonst fragen, ob nicht selbst ein isoliertes England es in der Hand hätte, Italien in Erythräa noch größere Schwierigkeiten zu bereiten als jetzt Frankreich. Er wird vielleicht auch fürchten, daß ein zu tief verletztes Großbritannien sich à tout prix mit Frankreich auf Kosten Italiens verständigen könnte. Er dürfte endlich finden, daß die Anerkennung des Ucciallivertrags im Vergleich zu der Überlassung des Kongostaates an Frankreich für Italien ein zu magerer Bissen sei. Seine Hauptbesorgnis wird immer bleiben, daß durch die in Rede stehende Transaktion Frankreich an Territorialbesitz, Hülfsquellen und Prestige allzuviel gewinnen werde. Von derartigen Besorgnissen würde übrigens eventuell — soweit meine Beobachtungen reichen — auch die hiesige öffentliche Meinung erfüllt sein, welche das Entstehen eines französischen Empire Africain seit lange mit Eifersucht und Beklemmung verfolgt.

Ich halte es trotzdem nicht für ganz unmöglich, die voraussichtlichen Bedenken selbst des Ministerpräsidenten nach und nach zu überwinden, wenn derselbe einerseits hinsichtlich der italienischen Zukunft im Mittelmeer völlig beruhigt, andererseits ihm wenigstens die formelle und zweifellose Anerkennung der italienischen Ansprüche in Nordostafrika garantiert wird.

---

mit Deutschland zu tun, daß man vielmehr die Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England zu einer gegen ersteres gerichteten Entente mit England auszunutzen bestrebt war. Vgl. Nr. 2650.

* Der Brief Holsteins vom 31. Dezember 1895 findet sich nicht bei den Akten; offenbar handelt es sich um ein Begleitschreiben zu der Holsteinschen Denkschrift vom 30. Dezember (siehe Nr. 2640).

Italien bei einer sich auf Afrika erstreckenden deutsch-russisch-französischen Verständigung außer Spiel zu lassen, würde hier nicht nur tief verstimmen und für lange völlig an uns irremachen, sondern könnte auch für den Bestand der Regierung wie der Dynastie von unberechenbaren Folgen sein.

Herr Crispi verläßt heute abend Rom, um sich nach Neapel zu begeben, wo seine Tochter von einem Sohn entbunden worden ist. Bitte mir zu telegraphieren, ob ich schon jetzt mit Baron Blanc sprechen oder die Rückkehr des Ministerpräsidenten abwarten soll.

Bülow

Nr. 2643

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 3. Januar 1896

Antwort auf Privattelegramm Nr. 3*.

Aus dem inzwischen dort eingegangenen Erlaß nach Paris** ersehen Sie, daß der rudimentäre Grundgedanke meiner Programmskizze***: kontinentale Gruppierung für bestimmte Einzelfragen — in der Praxis nur behutsam zum Vorschein kommt. Zunächst genügt es, wenn Frankreich und Rußland sowie auch England wissen, daß wir gegen eine derartige Gruppierung keine prinzipielle und unüberwindliche Abneigung haben. An Münster ist noch ein Zusatz gemacht worden, welcher bezweckt, dem Verdacht vorzubeugen, als suchten wir schon jetzt für die Transvaalkrisis eine Anlehnung.

Für Italien können Sie gelegentlich und akademisch bei Crispi — lieber nicht Blanc — den Gedanken entwickeln, England werde Deutschland und Italien schließlich noch dahin treiben, zusammen gewisse Einzelfragen mit Rußland und Frankreich à quatre friedlich durch einfachen Druck zu erledigen, natürlich nur solche Fragen, welche nicht für England Lebensfragen sind, wie es zum Beispiel Mittelmeerfragen sein würden, weil hierbei der Weg nach Indien in Frage kommen würde.

Bei der Gelegenheit darauf inzidenter hinweisen, daß Italien allein traurige Stellung im franko-russisch-päpstlichen Lager haben würde.

Glückliche Reise.

Holstein

---

* Siehe Nr. 2642.
** Siehe Nr. 2641.
*** Siehe Nr. 2640.

Nr. 2644

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 3 Berlin, den 3. Januar 1896

Ergänzungen zu Holsteins heutigem Privattelegramm*.

Erstens kann uns kaum etwas Günstigeres passieren, als wenn Crispi im ersten Schreck über unsre unmoralischen Gedanken die Engländer vor der Gefahr deutscher Schwenkung warnt**.

Zweitens. Preisfrage.

Wo will Crispi mit Italien hinfallen, wenn Deutschland (vielleicht auch Österreich) ein Spezialabkommen mit den Franko-Russen trifft? Er muß ja mit und muß mit den Bedingungen, die wir gut finden, zufrieden sein.

Viel mehr Schwierigkeiten sind von seiten der Franko-Russen vorauszusehen. Die werden anfangs steifbeinig auf einer für uns unannehmbaren Zusammensetzung des Programms bestehen, zum Beispiel ägyptsiche Frage*** — darauf erwidern wir einfach mit non possumus Solche Erörterungen werden wenn keinen andern doch zunächst den Erfolg haben, die Engländer, welche jedenfalls etwas erfahren, darüber zu belehren, daß die Kontinentalgruppen nicht mehr hypnotisiert sind.

Wie gesagt, die Besprechung eilt nicht. Wenn sie stattfindet, ist es aber nötig, Crispi darüber aufzuklären, daß wir uns Herr der Lage fühlen, obschon wir nach wie vor geneigt sein werden, die Wünsche unsrer italienischen Freunde nach Möglichkeit unserm Programm einzufügen.

Verständigung Englands mit den Franko-Russen deshalb nicht zu fürchten, weil die letzteren beiden für jetzt nicht zu trennen, zusammen aber zu teuer sein würden.

Ew. Telegramm Nr. 3† sowie beide Antworten haben dem Fürsten Hohenlohe vorgelegen.

Marschall

---

* Siehe Nr. 2643.

** Tatsächlich hatte man ja England auch direkt vor der Gefahr einer deutschen Schwenkung gewarnt; vgl. die Aufzeichnung Marschalls vom 31. Dezember 1895 (siehe Kap. LXIII, Nr. 2589), wonach er dem englischen Botschafter unverblümt gesagt hatte, daß der Gedanke, die zwischen dem Dreibunde und der frankorussischen Gruppe noch ungelösten Fragen ohne Rücksicht auf englische Interessen zu regeln und dabei eventuell auch englische Interessen als Kompensationsobjekte zu benutzen, in weiten Kreisen einen fruchtbaren Boden finden würde.

*** Das geschah in der Tat. Vgl. Nr. 2641, S. 71, Fußnote **.

† Siehe Nr. 2642.

Nr. 2645

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg, z. Z. in Meran, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat
Meran, den 8. Januar 1896

Für Baron von Holstein

Freundschaftlichsten Gruß!

Unser Verkehr noch gehemmt, da ich stark erkältet zu Bett liege.

Wir verfolgen mit großem Interesse Fortgang der Afrikakampagne. Ich glaube, daß Österreich nur durch Anerkennung des Status quo auf Balkanhalbinsel für kordialen Anschluß zu gewinnen sein würde[1]*.

Eulenburg

Randbemerkung von Holsteins:

[1] Bezieht sich auf Promemoria vom 30. Dezember.

Nr. 2646

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 52
Berlin, den 15. Januar 1896
[abgegangen am 16. Januar]

pp. Was die Äußerungen des französischen Botschafters über Maskat anlangt**, so fühle ich mich mit Ew. einig, wenn ich mich auf

* Auffallend ist, daß Holstein in seiner Antwort vom 9. Januar (siehe Kap. LXIII, Nr. 2626) gar nicht auf die Frage der Kontinentalliga zurückgreift. Anscheinend war sich Holstein schon durch die Fassung des Eulenburgschen Telegramms klar darüber geworden, was ohnehin nach der bisherigen Haltung Graf Goluchowskis anzunehmen war, daß Österreich nicht leicht auf eine Neuorientierung des Dreibundes im Sinne einer Hinwendung zu Rußland und Frankreich eingehen werde. Noch einmal versuchte Holstein in einem die ägyptische Frage behandelnden Erlasse vom 23. Februar 1896 (siehe Kap. LXVII, Nr. 2688) die Herausbildung einer Kontinentalliga als notwendiges Ergebnis der kurzsichtigen Politik Englands hinzustellen: „England würde, indem es zeigt, daß es um jeden Preis einen Konflikt mit Frankreich vermeiden will, aufhören, ein nützlicher Faktor für die Zukunft des Dreibundes zu sein. Der Dreibund würde dann also naturgemäß nähere Fühlung mit Rußland nehmen. Sämtliche Kontinentalmächte wären danach zu einer Gruppe vereinigt, welche bei aller sonstigen Verschiedenheit der Anschauungen den einen Gedanken gemeinsam hätte, daß England niemals nützt, oft schadet. Dieser Gedanke würde folgerichtig in der Weltpolitik bis auf weiteres vorherrschen.“ In Wien perhorreszierte man aber auch weiterhin den Gedanken einer Hinwendung des Dreibundes namentlich nach der russischen Seite; vgl. den Bericht Graf Eulenburgs vom 6. März 1896 (abgedruckt in Kap. LXVI, Nr. 2678). Später, im September 1896, sagte Graf Goluchowski direkt zu Eulenburg, daß er sich niemals an einer Koalition aller Kontinentalmächte gegen England beteiligen würde. Siehe Graf Eulenburgs Bericht vom 21. September 1896 in Bd. XII, Kap. LXXIV, Nr. 2927.

** Nach einem Berichte Hatzfeldts vom 13. Januar 1896 hätte sich Baron

den Standpunkt stelle, daß unser Verhältnis zu England noch erheblich schlechter und namentlich eine Besserung desselben ausgeschlossen sein müßte, bevor wir uns darauf einlassen würden, den Engländern die Etappen des Weges nach Indien streitig zu machen.

Vorläufig wollen Ew. alle hierauf bezüglichen Mitteilungen des französischen Botschafters, welche Rückschlüsse auf französische oder russische Pläne gestatten, akademisch diskutieren, ohne jedoch, wie z. B. bei Togo*, die Möglichkeit einer konkreten Vereinbarung mit in die Erörterung zu ziehen**.

C. Hohenlohe

Nr. 2647

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Rom, den 15. Januar 1896

Privat. Für Baron von Holstein

Darf ich jetzt mit Crispi im Sinne Ihres privaten Telegramms vom 3. d. Mts.*** sprechen, oder soll ich noch warten?

Bülow

Nr. 2648

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 12 Berlin, den 15. Januar 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 16†.

Einverstanden, daß Ew. bei Ihnen geeignet scheinender Gelegenheit mit Herrn Crispi im Sinne der beiden Telegramme vom 3. d. Mts.††

---

von Courcel ihm gegenüber in bitteren Klagen darüber ergangen, daß England in jeder Weise in Maskat festen Fuß zu fassen und dort ein Protektorat wie in Sansibar zu begründen suche. Es zeigt sich auch hier, wie der fähige und rührige französische Botschafter, in dem Graf Tornielli den eigentlichen Leiter der französischen Außenpolitik sehen wollte, die Situation auszunutzen bestrebt war, indem er auf der einen Seite Deutschland gegen England aufzustacheln, auf der anderen Seite aber eine englisch-französische Entente gegen Deutschland zu betreiben suchte. Siehe auch Nr. 2650 und Nr. 2651.

* Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2636, S. 55, Fußnote **.

** Auch aus diesen Direktiven erhellt, wie unwahrscheinlich in sich die Behauptung Eckardsteins (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 276 f.) ist, Graf Münster habe damals den Auftrag erhalten, in Paris zu sondieren, ob Frankreich eventuell bereit sein würde, Deutschland in einem vielleicht bevorstehenden Kriege mit England zu unterstützen.

*** Siehe Nr. 2643.

† Siehe Nr. 2647.

†† Siehe Nr. 2643 und 2647.

reden, zunächst mehr oder weniger akademisch, da kein akuter Anlaß im Augenblick vorliegt. Ew. werden dabei Gelegenheit haben einfließen zu lassen, daß es für Italien eine Lebensbedingung ist, den engeren Zusammenhang mit Deutschland unter allen Umständen festzuhalten*. Gleichviel welche zeitweilige Gruppierung aus den wechselnden Bedürfnissen der nächsten Zukunft entsteht, wird Italien in keiner Gruppe in Sicherheit sein, wo nicht Deutschland als befreundete, an seiner Erhaltung direkt interessierte Macht ihm zur Seite steht.

Marschall

Nr. 2649

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 4 Rom, den 15. Januar 1896

Baron Blanc, der wie Klärchen im Egmont in seiner Gemütsverfassung zwischen „Himmelhoch jauchzend“ und „zum Tode betrübt“ hin und her zu pendeln liebt, machte mir schon bei unserem gestrigen Wiedersehen einen etwas erregten Eindruck. Heute sagte mir derselbe, daß er nicht mehr aus noch ein wisse. „J'ai complètement perdu la boussole.“ Es ist richtig, daß die Angriffe, welche hier in der Presse wie in den Salons gegen den Minister des Äußern gerichtet werden, auch einen dickfälligeren Staatsmann allmählich nervös machen könnten. Als ich Baron Blanc zuredete, sich durch die unvermeidlichen Wechselfälle der Politik nicht seinen Gleichmut rauben zu lassen, meinte derselbe, er wolle bleiben, solange die Kammer nicht versammelt wäre. Vor das Parlament wolle er jedoch nicht wieder treten. Seine auswärtige Politik, welche auf das Zusammengehen zwischen England und Deutschland basiert gewesen sei, könne er vor dem Par-

* Bülow fand erst am 23. Januar Gelegenheit, mit Crispi in dem Sinne des obigen Telegramms zu reden. Es ist charakteristisch, daß, als Baron Blanc seinerseits am 15. Januar im Hinblick auf die Haltung Englands und auf die englisch-deutsche Spannung den Gedanken eines Zusammengehens von Deutschland und Italien mit Rußland und Frankreich in Anregung brachte, Botschafter Bülow und die Berliner Staatsmänner, die begreiflicherweise die Frage eines Anschlusses an die franko-russische Gruppe in der Hand zu behalten wünschten, auf die italienische Anregung zunächst keineswegs eingingen, vielmehr unter Ablehnung einer freilich von Crispi und Blanc kaum ernst gemeinten Extratour Italiens mit Frankreich nachdrücklichst die Notwendigkeit für Italien betonten, im festesten Zusammenschluß mit Deutschland zu verharren. Siehe das folgende Schriftstück Nr. 2649 sowie Nr. 2655. Erst nachdem man sich in Berlin vergewissert hatte, daß Italien nicht daran denke, seine Beziehungen zum Dreibund durch eine einseitige Annäherung an Frankreich zu lockern, stellte man es jenem frei, sich mit Frankreich über die zwischen beiden Ländern schwebenden Einzelfragen freundschaftlich zu verständigen.

lament nicht mehr vertreten. Er gebe mir gerne zu, daß die Schuld für das Fehlschlagen seiner Hoffnungen lediglich England trage. „Vous ne direz jamais autant de mal des Anglais que j'en pense.“ Die europäische Situation sei aber gegenwärtig eine andere wie bei seinem Amtsantritt und erfordere neue Männer. Dies ergebe sich schon daraus, daß seine Politik grade in den Reihen der italienischen Diplomatie Zweifel und Beklemmungen hervorrufe.

Baron Blanc ließ mich bei dieser Gelegenheit — im allerengsten Vertrauen und gegen die Zusicherung absoluter Diskretion — Einsicht in einen Bericht des Grafen Nigra vom 11. d. Mts. und in einen Privatbrief des Generals Ferrero vom 12. d. Mts. nehmen. Graf Nigra bezeichnete den Transvaalzwischenfall als tief beklagenswert („altamente deplorevole“). Das Wiener Kabinett sei durch denselben peinlich berührt. Graf Goluchowski befleißige sich jedoch einer reservierten und abwartenden Haltung. Der k. und k. Minister des Äußern habe ihm erklärt, er könne ihm vorläufig nur sagen, daß er jedenfalls keine Initiative ergreifen werde, um zwischen Deutschland und England zu vermitteln[1] *. Seine eigene Ansicht über die Lage resümierte Graf Nigra dahin, daß der Zwischenfall äußerlich beigelegt werden, die Folgen desselben für die Beziehungen zwischen den verschiedenen Mächten sich jedoch noch lange fühlbar machen und zum Teil in absehbarer Zeit überhaupt nicht beseitigen lassen würde[2]. — In dem Briefe des italienischen Botschafters in London hieß es: „Kann Italien im Falle eines Krieges zwischen dem Dreibund und dem Zweibund noch auf den Schutz Englands für seine Häfen rechnen? Es ist augenscheinlich, daß die Engländer eventuell nicht einmal indirekt dem Dreibunde würden beistehen wollen, welcher im Grunde Deutschland am meisten zugute kommt. Frankreich macht jetzt England die Cour, hier ist Baron Courcel fortwährend im Foreign Office**. Es ist wahr, daß Graf Hatzfeldt es ebenso macht. Was soll ich machen[3]? Meiner Ansicht nach muß ich den indifferenten Zuschauer spielen gegenüber dem, was vor sich geht. Aber ich glaube, daß ein Gedankenaustausch zwischen Wien und Rom unerläßlich ist. Wenn, wie es heißt, Rußland Gebietsteile in Anatolien besetzen wird, dürfte Österreich sich genötigt sehen, Mazedonien zu

* Vgl. zu Österreichs Stellungnahme Kap. LXIII, Nr. 2608, Fußnote *.

** Auch der italienische Botschafter in Paris Graf Tornielli bemerkt in einem dem Botschafter von Bülow von dem italienischen Außenminister Blanc mitgeteilten Bericht vom 2. Februar: „Seit einiger Zeit hat Baron von Courcel, der gewandte Vertreter Frankreichs in London, eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Er muß bemerkt haben, daß in der Lockerung der Beziehungen zwischen England und Deutschland sowie in dem Ausbruch von Animosität und Rivalität zwischen den beiden Nationen ein Umstand war, von welchem Frankreich profitieren konnte und profitieren mußte.“ Der ungewöhnlichen Tätigkeit Baron Courcels, der fortgesetzt lange Unterredungen mit Lord Salisbury habe und dann wieder häufig nach Paris reise, gedenkt auch Hatzfeldt in einem Berichte vom 20. Februar.

okkupieren, und Frankreich wird, wenn wir ihm nicht zuvorkommen, Tripolis nehmen[4]."

Ich verhehlte Baron Blanc nicht, daß mir der Bericht des Grafen Nigra zu pessimistisch, das Schreiben des Generals Ferrero mehr als aufgeregt vorkomme. Sich mit Frankreich wirklich zu verständigen, würde England nicht gelingen: Frankreich von Rußland zu trennen, sei vorderhand für England nicht möglich, während Frankreich und Rußland zu befriedigen für England einem Selbstmorde gleichkommen würde. Baron Blanc folgte diesen Ausführungen mit Interesse, kam jedoch in seiner sprunghaften Weise nochmals darauf zurück, daß eine dauernde Entfremdung zwischen Deutschland und England Italien an die Seite Frankreichs und Rußlands drängen müsse. Er werde zu einer solchen Schwenkung nicht die Hand bieten, aber nach seinem Rücktritt würden andere dieselbe ausführen[5]. Wenn die Franzosen geschickter wären, hätten sie jetzt schon versucht, das durch die Mißerfolge und Schwierigkeiten in Erythräa geängstigte, durch die Reibereien zwischen Deutschland und England deroutierte Italien in ihre Arme zu locken. Italien sei ein Weib, und ein nervöses Weib sei oft leicht zu gewinnen. Aber die Franzosen wollten Italien nicht mehr gewinnen, sondern nur noch zugrunde richten. Sie rechneten nicht mehr mit der Monarchie in Italien, sondern mit der von ihnen angestrebten demokratisch-klerikal-föderativen Zukunftsrepublik. Um so lebhafter würde sich hier mehr und mehr der Wunsch geltend machen, wenigstens bei Rußland Anlehnung zu finden.

In eingehender Verwertung der in dem hohen Erlasse Nr. 923 vom 17. v. Mts.* enthaltenen Gesichtspunkte machte ich Baron Blanc darauf aufmerksam, daß ich keinem Italiener den Unverstand zutraue, sich der russisch-französischen Gruppe mit dem Papst im Hintergrunde anzuvertrauen. Italien würde von solchen Alliierten nicht nur willenlos mitgeschleift, sondern einfach erdrückt werden. Es würde einem Rotkäppchen gleichen, das zwischen Wolf, Fuchs und Bär den Gang in den Wald anträte. Dies sei so klar, daß es selbst dem verbohrtesten Radikalen einleuchten müsse. Meine in freundschaftlichem Tone, aber entschieden und ohne Umschweife vorgebrachten Bemerkungen schienen ernüchternd auf Baron Blanc zu wirken. Aus eigener Initiative ließ der Minister die Äußerung fallen, ob nicht ein Zusammengehen Deutschlands und Italiens — charakteristischerweise nannte Baron Blanc Österreich nicht — mit Rußland und Frankreich[6] denkbar wäre**. Ich relevierte diese Äußerung vorläufig nur, um an dieselbe die Betrachtung zu knüpfen, daß Italien immer und unter allen Umständen am besten fahre, wenn es sich an Deutschland halte und Deutschland folge: Nicht aus irgendwelcher Sentimentalität, sondern weil wir einerseits

* Siehe Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2564.
** Vgl. Nr. 2648, S. 77, Fußnote *.

ein größeres Interesse als andere Mächte an dem Fortbestand des monarchischen italienischen Einheitsstaates hätten[7], während wir andererseits trotz dem Gefabel der Zeitungen von dem Übergewicht der franko-russischen Gruppe oder Englands die Stärksten in Europa wären und das Heft in der Hand hielten. Baron Blanc schloß unsere — von seiner Seite vorübergehend in einiger Bewegung geführte, aber von mir im Geleise diplomatischer Gelassenheit gehaltene — Unterredung unter Versicherungen seiner Anhänglichkeit an uns wie seiner Dankbarkeit für meine Aufklärung und Unterstützung mit den Worten: „L'Allemagne restera toujours le pivot de ma politique". Wie lange dem Minister noch die Möglichkeit geboten sein wird, diese Ansicht zu betätigen, ist allerdings eine andere Frage.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Na das fehlte grade noch!
seine Initiative hat noch keinem Glück gebracht, siehe Stationäre *
[2] richtig
[3] ruhig Blut behalten
[4] ach daher die Kopfschmerzen
[5] das wird ja intressant
[6] !
[7] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Es geht aus Ferrero's Brief evident hervor, daß Hatzfeld[t] gar keine Fühlung mit ihm hat, oder gar sich nicht um ihn kümmert. Das ist unrichtig, er soll enge Fühlung mit ihm nehmen, ihn trösten wie Bülow Blanc, und dazu beitragen, daß nicht in Italienern von England der Gedanke großgezogen wird wenn England mit uns anbinde müßte Italien uns im Stiche lassen!

Nr. 2650

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 8 — Paris, den 16. Januar 1896

Die augenblicklich so feindliche Stimmung Englands gegen uns und die unerhörten Zornausbrüche der englischen Presse ** haben hier Schadenfreude erregt und Hoffnungen wachgerufen.

Anfänglich nahm die hiesige Presse eine beobachtende Stellung ein und wartete auf ein Entgegenkommen der englischen Presse.

Der heutige Leitartikel des „Temps", den ich anliegend gehorsamst einsende, und der als offiziös zu betrachten ist, zeigt nicht allein die

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII B.
** Siehe die Zusammenstellung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrg. 1896, S. 185 f.

Annäherungsversuche eines Teiles der englischen Presse, sondern auch, wie gern man hier darauf eingehen würde, und zwischen den Zeilen kann man lesen, daß die hiesige Regierung in dem Sinne zu verhandeln sucht. Das geschieht nicht hier. Lord Dufferin* hat keine Fühlung mit den jetzigen Ministern, sieht wie wir alle Herrn Berthelot fast nie, nennt ihn niemals anders als „the old chemist"** und hat eine sehr geringe Meinung von ihm als Auswärtigem Minister. Die Annäherungsversuche werden durch den Botschafter Courcel in London geführt. Daß das geschieht, habe ich aus Äußerungen englischer Freunde entnommen***. Diese sagten, daß Herr Berthelot in offiziösen Kreisen in London für den klügsten und ausgezeichnetsten Minister der französischen Republik[1] gehalten werde. Diese „Ausgezeichnetheit" kann für die Engländer nur darin liegen, daß er und der Botschafter ihnen zu schmeicheln und sie zu gewinnen versuchen[2].

An und für sich gebe ich auf diese Annäherungsversuche nicht viel, sehr zu beachten sind sie aber doch. Wenn es erst auf die konkreten Fragen ankommt, werden diese Herren schon finden, daß die Engländer nicht so nachgiebig sein werden, als sie jetzt hoffen.

In Siam und am Mekong ist eine Verständigung sehr möglich †, im Orient und namentlich in Ägypten nicht[2]. Je weniger Wert die englischen Politiker der neuen Schule auf Konstantinopel und die Meerengenfrage legen, desto wichtiger werden Ägypten, der Suezkanal, Arabien und die überwiegende Stellung im Roten Meere. Dort werden die Franzosen ein noli me tangere finden, und gerade dort sprechen die französischen Interessen, namentlich aber die französische Eitelkeit viel mit[2].

Je mehr das Türkische Reich zusammenfällt, je mehr der russische Einfluß dort wächst und sich ausbreitet, desto wichtiger wird das Mittelländische Meer und namentlich Ägypten für England. Beim Zusammenbruch der Türkei ist namentlich für die Engländer in Indien der Mohammedanismus das wichtigste. Die Idee, den religiösen Schwerpunkt aus Konstantinopel nach Arabien zu verlegen und einen Kalifen durch die Scherifs in Mekka wählen und ihn dort oder in einer anderen Stadt Arabiens vom europäischen Einfluß entfernt zu halten, ist ein

* Englischer Botschafter in Paris.
** Berthelot, seit November 1895 Minister des Äußern im Kabinett Bourgeois, war früher Professor der Chemie gewesen.
*** Auch der italienische Botschafter in London General Ferrero hat später die krampfhaften Annäherungsversuche Baron Courcels an die englische Regierung, die vor allem in der ägyptischen Frage zutage traten, bestätigt. Vgl. Kap. LXVII, Nr. 2738, ferner das. Nr. 2734, 2744 und vor allem die eigenen Äußerungen Courcels zu Graf Hatzfeldt in Nr. 2739.
† Anspielung auf die am 15. Januar erfolgte Unterzeichnung des englisch-französischen Abkommens über die Grenzregulierung am Mekong. Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2638, S. 60, Fußnote **.

Gedanke, der in England und unter den Muselmännern selbst immer mehr Boden gewinnen soll.

Um solche Pläne zu verwirklichen und den Weg nach Indien durch das Mittelmeer zu beherrschen, gehört vor allem eine überwiegende Seemacht im Mittelländischen Meere[3]. Die Rüstungen zur See sind eventuell gegen Amerika gerichtet, obgleich die Gefahr dort nicht mehr so groß ist, als sie noch vor kurzem schien*. Wir sind hoffentlich nur Vorwand. Beruhigen sich die Gemüter, sehen Russen und Franzosen den wahren Zweck dieser Rüstungen, so werden die Allianzgedanken und Hoffnungen, welche die beiderseitigen Politiker jetzt haben mögen, schon wieder verschwinden[2]. Unterschätzen dürfen wir aber trotzdem die Gefahren, welche in der ganz verwickelten Situation liegen, nicht und müssen die Augen offen halten.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr verdächtig
[2] richtig
[3] dahin soll auch anscheinend das neue fliegende Geschwader, dessen Erscheinen sonst großes Aufsehen gemacht hätte. Jetzt unter dem Vorwand Transvaal-made in Germany wird es ganz harmlos und selbstverständlich in Dienst gestellt und kann das Mittelmeer unbelästigt verstärken. Die Engländer sollten statt auf mich zu schimpfen, doch mir recht dankbar sein.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut! bin vollkommen Münsters Ansicht
Mein Einverständnis ihm mittheilen.

Nr. 2651

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 49 Berlin, den 19. Januar 1896

Antwort auf Bericht Nr. 22 betreffend Frankreichs Stellung zur Transvaalfrage**. Da Frankreich, wenn nicht bei Transvaal, so doch jedenfalls bei Lorenzo Marquez als dem Exporthafen für Madagaskar in gleichem, wenn nicht höherem Maße wie Deutschland interessiert ist, konnten wir von französischer Seite eine wenigstens theoretische Unterstützung unseres Vorgehens erwarten. Statt dessen hat sich nicht

---

* Über die aus der Venezuelafrage entspringende englisch-amerikanische Kriegsgefahr, die infolge der Botschaft des Präsidenten Cleveland vom 17. Dezember 1895 akut zu werden drohte, vgl. Bd. IX, Nr. 2368, S. 424, Fußnote **.

** Im Bericht Nr. 22 vom 15. Januar 1896 hatte Fürst Radolin die unter der Hand erfahrene Meldung eines Pariser Bankhauses wiedergegeben, wonach man in Paris ungehalten über den französischen Minister des Äußern Berthelot wäre, weil er den Moment nicht ausgenutzt habe, um mit Hilfe von Deutschland England zu „erdrücken".

nur die unabhängige, sondern auch die offiziöse französische Presse, insbesondere das Organ des französischen Auswärtigen Ministeriums, der „Temps“, nach einigen Tagen der Beobachtung gemeinsam die Aufgabe gestellt nachzuweisen, daß Transvaal nicht geeignet sei, die Aufmerksamkeit Frankreichs von Elsaß-Lothringen abzuwenden*. Das Schlagwort des „Temps“, nach welchem planmäßig von der übrigen Presse gearbeitet wurde, lautete „keine unnatürlichen Allianzen“.

Man mochte in Paris gehofft haben, daß ein deutsch-englisches Duell nicht mehr zu vermeiden sei, und versprach sich davon vielleicht eine Revision des Frankfurter Friedens. Erst in den letzten Tagen, seit man gesehen hat, daß Deutschland sich für die noch ausstehende weitere Entwickelung der Frage freie Hand bewahrte, ist man in Paris nachträglich auf den Gedanken gekommen, auch mit französischen Beschwerden gegen England herauszurücken. Für Deutschland liegt in den Erfahrungen der Transvaalfrage eine Mahnung zur Vorsicht bei der ferneren Behandlung der zwischen uns und England teils vorhandenen, teils noch entstehenden Differenzpunkte. Der Gedanke, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte das beste Mittel sei, um die eine oder andere zwischen dem Kontinent und England anhängige Streitfrage womöglich ohne Krieg lediglich durch diplomatischen Druck zu erledigen, stellt sich als unpraktisch heraus angesichts der Haltung Frankreichs**. Aus dieser ergibt sich vielmehr die Richtigkeit der heutigen englischen Politik, welche von dem Grundgedanken ausgeht, daß die Großmächte des europäischen Kontinents zu sehr mit ihren eigenen Familienfehden beschäftigt sind, um acht auf das zu geben, was England in der übrigen Welt treibt. Wir können diese Weltlage bedauern, vermögen an derselben aber vorläufig nichts zu ändern. Uns bleibt darnach nichts weiter übrig, als entsprechend dem altpreußischen Wahlspruche „toujours en vedette“ uns vorsichtig auf der Defensive zu halten.

Im Interesse der Klarheit unserer Beziehungen zum Kabinett von St. Petersburg wird es sich empfehlen, daß Euer pp. bei erster Gelegenheit dem Fürsten Lobanow gegenüber nach Maßgabe vorstehender kurzer Darlegung sich aussprechen***. Marschall

* Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2618.

** Vgl. auch Nr. 2657.

*** Noch schärfer formulierte Reichskanzler Fürst von Hohenlohe in einem Erlasse nach Petersburg vom 20. Mai die von Deutschland aus dem Verhalten Frankreichs in der Transvaalfrage zu ziehenden Lehren dahin: „Innerhalb 10 Jahren haben zwei verschiedene deutsche Regierungen zweimal versucht, ein politisches Zusammenwirken mit Frankreich herbeizuführen in solchen Fragen, welche außer Verbindung mit dem Frankfurter Frieden stehen. Die Erfahrungen, welche wir jedesmal gemacht haben, sind nicht geeignet, uns, wie die Dinge einmal liegen, zu einem dritten Versuch zu ermutigen. Wir müssen aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß Frankreich alle Fragen der einen Revancheidee unterordnet.“ Siehe Kap. LXVII, Nr. 2735.

Nr. 2652

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 St. Petersburg, den 23. Januar 1896

Auftrag nach Erlaß Nr. 49 vom 19. Januar* an Fürst Lobanow habe ich gesprächsweise ausgeführt**. Fürst Lobanow, der aufmerksam zuhörte und die Deduktion begreiflich zu finden schien, erwiderte mir, ich möchte der französischen Presse keine Bedeutung beilegen, er könne mich versichern, daß die französische Regierung, die über Erwarten gemäßigt ist, anders urteilt und vernünftiger denkt als die Zeitungen. pp.

Radolin

Nr. 2653

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 64 Berlin, den 23. Januar 1896
[abgegangen am 24. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 20***.

Bitte den durch Erlaß Nr. 49 erteilten Auftrag durch die Besprechung mit Fürst Lobanow als erledigt zu betrachten. Nur wenn Fürst Lobanow auf die Frage zurückkommen sollte, können Euer pp. erwähnen, daß unsere Zweifel an der Haltung Frankreichs natürlich durch die an sich befriedigende Erklärung des Fürsten noch nicht vollständig gehoben sind und wir uns immer noch einer gewissen Vorsicht werden befleißigen müssen.

Marschall

Nr. 2654

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 36 St. Petersburg, den 23. Januar 1896

pp. Ich benutzte die Gelegenheit, dem Fürsten Lobanow zu sagen †, daß die englische Politik in der Tat auf dem Gedanken basiert scheine,

* Siehe Nr. 2651.
** Siehe auch den ausführlicheren Bericht Radolins vom gleichen Datum, Nr. 2654.
*** Siehe Nr. 2652.
† Vgl. Nr. 2651.

den Umstand zu benutzen, daß die kontinentalen Mächte mit ihren eigenen Familienfehden beschäftigt sind, um sie an einer Stelle, wo sie es am wenigsten erwarten[1], zu übervorteilen. Wie sehr wir dies bedauern, können wir es nicht hindern. Die Haltung der französischen Presse in der Transvaalfrage sei uns eine Mahnung zur Vorsicht gewesen bei der ferneren Behandlung der zwischen Deutschland und England vorhandenen Differenzpunkte. Der Gedanke, daß ein zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte das beste Mittel sei, um die eine oder andere zwischen dem Kontinent und England anhängige Streitfrage durch diplomatischen Druck zu erledigen, scheine sich angesichts der Haltung Frankreichs als unpraktisch herauszustellen. In der Transvaalfrage hätten wir wenigstens die theoretische Unterstützung unseres Vorgehens von französischer Seite erwarten können, da Frankreich sowohl bei Transvaal wie ganz besonders bei Lorenzo Marquez noch mehr interessiert ist als Deutschland. Statt dessen hat sich nicht nur die unabhängige, sondern auch die offiziöse französische Presse, namentlich der „Temps“ die Aufgabe gestellt nachzuweisen, daß Transvaal die Aufmerksamkeit Frankreichs von Elsaß-Lothringen nicht ablenken und keine „unnatürliche Allianz“ geschlossen werden dürfe. Vielleicht hätte man in Paris ein englisch-deutsches Duell für unvermeidlich gehalten und gehofft, dabei im Trüben zu fischen, d. h. die Revision des Frankfurter Vertrages vorzunehmen. Erst kürzlich, als man sich überzeugt hatte, daß Deutschland sich freie Hand behielte, wäre Frankreich nachträglich auch mit einer Beschwerde gegen England hervorgetreten. Das müsse uns zum Nachdenken mahnen.

Fürst Lobanow hörte diese Auseinandersetzung mit mehr Aufmerksamkeit an, als er es sonst zu tun pflegt, und schien dieselbe zu begreifen. Er erwiderte mir, nachdem ich fertig gesprochen, ich möchte doch der französischen Presse und auch dem „Temps“ keine Bedeutung[2] beilegen. Die Presse schwätzte ebenso wie die der andern Länder eine Menge unverantwortliches Zeug. Er könne mich aber versichern, daß die französische Regierung, die über jedes Erwarten gemäßigt sei, anders urteilt und vernünftiger denkt als die sensationellen Zeitungen.

Da wir unterbrochen wurden, konnte ich die Unterhaltung nicht fortsetzen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja, Arabien
[2] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
War sehr nöthig und gut

Nr. 2655

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 66 Berlin, den 23. Januar 1896

Ew. pp. haben in neuester Zeit dreimal, durch Ihren Bericht Nr. 4* und Ihre Telegramme Nr. 19** und 21*** bedeutsame Äußerungen des Baron Blanc hierher gelangen lassen:

Besorgnis, daß eine verlängerte Entfremdung zwischen Deutschland und England die Italiener in die Arme Frankreichs treiben werde;

die Bitte, daß Deutschland sich an der von England vorgeschlagenen Konferenz für Regelung der inneren Lage der Türkei † beteiligen wolle, da sonst zu befürchten sei, daß jene Konferenz gar nicht zustande komme;

endlich die Befürchtung, daß England es mit Italien nicht ehrlich meine, sondern nur das Ziel verfolge, Italien in schwierige Lagen hineinzubringen, ohne die entsprechende Absicht, ihm dann auch wieder herauszuhelfen.

Die Befürchtung — um mit dem letzten anzufangen —, daß England die Italiener für die bekannte Aufgabe des Herausholens der Kastanien nutzbar machen möchte, teile ich um so mehr, da die Haltung Italiens an sich geeignet sein würde, die englische Regierung auf diesen Gedanken zu bringen, wenn sie ihn nicht schon gehabt haben sollte. Trotzdem Italien auf seine verschiedenen Anliegen nichts als des fins de non recevoir erhalten hat, fährt es fort, England erbetene und unerbetene Liebesdienste — ich erinnere an die von uns widerratene Sendung des italienischen Geschwaders nach dem Orient †† — zu leisten bzw. diplomatische Botengänge zu tun. Zu letzteren rechne ich die in Ew. pp. Telegramm Nr. 19 übermittelte Anregung wegen der Konferenz in Konstantinopel zur Prüfung oder Kontrolle der inneren türkischen Zustände. Dieser Anregung zuzustimmen ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers zunächst durch einen formalen Grund, hauptsächlich aber durch Erwägungen sachlicher Natur verhindert. Der formale Grund besteht darin, daß das englische Kabinett bisher weder hier noch in Wien vorstellig geworden ist, jedenfalls in der richtigen

* Siehe Nr. 2649.

** Nach Bülows Telegramm Nr. 19 vom 20. Januar bestand in den Kreisen der italienischen Staatsmänner die Besorgnis, daß Italiens Orientpolitik des österreichischen Rückhalts verlustig gehen könne, falls Deutschland in den orientalischen Dingen nicht mit den Staaten der Entente à trois konform gehe. Vgl. Kap. LXV.

*** Siehe Kap. LXVIII, Nr. 2761.

† Näheres darüber in Bd. XII, Kap. LXXII, Nr. 2884.

†† Vgl. Bd. X, Kap. LVII, Nr. 2509.

Voraussetzung, daß Italien bei den beiden anderen Dreibundkabinetten als Fürsprecher Englands auftreten werde.

Indessen würden die aus der englischen Unterlassung sich ergebenden nebensächlichen Bedenken formaler Art nicht imstande sein, unsere Haltung zu beeinflussen, wenn sie nicht durch schwerwiegende materielle Bedenken unterstützt würden. pp.*.

Mit Befriedigung entnehme ich daher aus Ew. pp. Telegramm Nr. 21**, daß Baron Blanc selbst anfängt, zweifelhaft zu werden über die Rolle, welche Italien in der englischen Kombination zugedacht ist. Ich würde es dem italienischen Kabinett verdenken, wenn es sich nach den Erfahrungen, die es mit England bisher gemacht hat, auf ein Abenteuer von solcher Tragweite, wie der Versuch einer Bevormundung der Türkei es sein würde, einlassen wollte ohne eine feste verbindliche Abmachung mit England. Solange die englische Regierung eine solche Abmachung unter gleichviel welchen Vorwänden ablehnt, wird Italien am besten das tun, was auch das übrige Europa tut, nämlich abwarten. Italien hat gegenwärtig als Mitglied des Dreibundes eine gesicherte politische Existenz. Es hat außerdem die gegründete Hoffnung, Vorteil aus den Ansprüchen zu ziehen, welche England, wenn Italien abzuwarten versteht, genötigt sein wird, an Italiens Unterstützung zu stellen. Der englische Einschüchterungsversuch, welcher darin besteht, Italien die Gefahren eines russisch-französischen Angriffs ohne englische Unterstützung auszumalen, würde eine reale Grundlage nur in dem Falle haben, wo Italien sich vom Dreibund isolierte. Solange Italien aber der Verbündete Deutschlands bleibt, werden seine Beziehungen zu Rußland und Frankreich, speziell zu Rußland, sich nach den deutsch-russischen Beziehungen regeln. Angenommen also, daß Deutschland aus irgendeinem Anlaß sich England vorübergehend entfremdete, würde es ipso facto und ohne irgendeine Anstrengung sich Rußland nähern; denn Rußland hat gegenwärtig nur einen Feind, und das ist England. Von einem Vorgehen Rußlands gegen Italien würde dann folglich gar keine Rede sein, und ebensowenig würde Frankreich es wagen, Italien in einem Augenblick anzugreifen, wo Rußland und Deutschland, abgesehen von den schon jetzt vorhandenen freundnachbarlichen Beziehungen, noch außerdem die Solidarität gewisser konkreter Interessen besonders betonen würden. Italien kann versichert sein, daß wir, solange es unser Verbündeter bleibt, für die Erhaltung seiner unverminderten Machtstellung Sorge tragen werden. Für den bereits in meinem Erlaß vom 17. Dezember*** besprochenen Fall aber, daß Italien sich von uns trennt, behalten wir uns dann gleichfalls die volle Handlungsfreiheit vor. Es wird sich emp-

---

* Das hier ausgelassene Stück siehe in Bd. XII, Kap. LXXII, Nr. 2885, S. 5, Fußnote **.

** Siehe Kap. LXVIII, Nr. 2761.

*** Siehe Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2564.

fehlen, daß Ew. pp., falls man von maßgebender italienischer Seite auf die Drohung der Trennung Italiens vom Dreibunde zurückkommt, den ganzen Inhalt des Erlasses vom 17. Dezember zum Gegenstand offener und eingehender Besprechung mit Baron Blanc und Herrn Crispi machen. Dem Ermessen Ew. pp. darf ich ferner anheimstellen, ob und wieweit Sie es für zweckentsprechend erachten, auch den König Humbert über die Eventualitäten deutsch-italienischer Politik und die harten Notwendigkeiten, welche die Pflicht der Selbsterhaltung uns unter Umständen auferlegen könnte, zu unterrichten.

C. Hohenlohe

Nachschrift

Euer pp. Telegramm Nr. 26*, von welchem ich im letzten Augenblick Kenntnis erhalte, läßt mich hoffen, daß Herr Crispi die internationale Stellung Italiens staatsmännischer und weniger nervös beurteilt als der Baron Blanc. Wenn die Auffassung des Ministerpräsidenten, wie man annehmen darf, die maßgebende bleibt, wird dadurch für Euer pp. die unangenehme Notwendigkeit, die Folgen des Abfalls Italiens vom Dreibunde zu besprechen, mehr in die Ferne gerückt.

Nr. 2656

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Rom, den 23. Januar 1896

pp. Als ich einfließen ließ**, daß es für Italien eine Lebensbedingung sei, den engeren Zusammenhang mit Deutschland unter allen Umständen festzuhalten, gleichviel welche zeitweilige Gruppierung aus den wechselnden Bedürfnissen der nächsten Zukunft entstehen könne, entgegnete Herr Crispi: „Nous resterons ensemble".

Im Laufe unserer Unterredung fand ich Gelegenheit, als logische Schlußfolgerung vorhergegangener Betrachtungen über die Fehlerhaftigkeit englischer Politik die Idee zu entwickeln, daß England uns beide, Deutschland und Italien, noch dahin treiben werde, zusammen gewisse Einzelfragen mit Rußland und Frankreich à quatre zu erledigen. Herr Crispi war augenscheinlich frappiert, vermied es jedoch vorläufig, über diesen Gedanken eine Ansicht auszusprechen, obschon ich denselben in akademischer Form zweimal vorbrachte. Wiewohl ich mich des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß Herr Crispi ihm

* Siehe Nr. 2656.

** Es handelt sich um eine Unterredung Bülows mit dem italienischen Ministerpräsidenten vom 22. Januar, die sich in der Hauptsache um die Zeila- und Harrarfrage drehte. Siehe den Anfang des Bülowschen Telegramms in Kap. LXVIII, Nr. 2762.

neuen Gedankengängen und Kombinationen mit einer gewissen Stumpfheit gegenübersteht, möchte ich doch annehmen, daß meine diesbezüglichen Bemerkungen ihn zum Nachdenken veranlassen werden.

Bülow

Nr. 2657

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 10 Rom, den 5. Februar 1896

Der Generaldirektor des hiesigen statistischen Amts, Herr Bodio, hatte sich vor einiger Zeit in Angelegenheiten seines Ressorts nach Paris begeben. Herr Bodio ist seit langem mit dem gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten Bourgeois* befreundet. Mit Bezug auf diesen Pariser Aufenthalt des Herrn Bodio schrieb mir Baron Blanc gestern abend aus eigenem Antrieb:

„Bodio, qui est allé à Paris pour une affaire d'archives, a vu son ami M. Bourgeois et lui a demandé pourquoi il n'y avait pas de disposition de la part de la France à entrer dans les arrangements d'affaires spéciales comme la délimitation en Afrique, les affaires commerciales spécialement en Tunisie, etc. La réponse, très explicite et longuement expliquée, de M. Bourgeois à son ancien ami Bodio, a été celle-ci: ‚Nous ne pouvons pas plus oublier l'Alsace Lorraine que nous ne voulons faire la guerre. Les événements nous la rendront; et pour cela il faut que toutes nos affaires extérieures soient subordonnées à ce but. Nous ne pouvons donc arranger aucune affaire avec vous tant que vous serez alliés de l'Allemagne.' — C'est toujours le langage de M. Billot qui, on le voit, est autorisé à parler ainsi. Naturellement Bodio n'était ni autorisé à parler ni tenu de nous rapporter ce qu'il a entendu. Ceci donc est entre nous."**

Bülow

Nr. 2658

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Ausfertigung

Nr. 15 Rom, den 18. Februar 1896

Ganz vertraulich

Ich würde Euerer Durchlaucht Zeit übermäßig in Anspruch nehmen, wenn ich im einzelnen die Unterredungen wiedergeben wollte,

* Französischer Ministerpräsident seit November 1895.

** Nähere Angaben über die Mission Bodio s. in Kap. LXIX, Anhang A, Nr. 2816.

*** Hier aufgenommen, weil dieses Schriftstück zeigt, daß die mehrfache Drohung der italienischen Staatsmänner mit dem einseitigen Übergang zur franko-russi-

die ich während der letzten Wochen mit Baron Blanc über die internationale Lage Italiens hatte. Die hauptsächlichsten der von dem italienischen Minister des Äußern unter dem Drucke der gegenwärtigen Situation vorgebrachten Gesichtspunkte gestatte ich mir nachstehend zusammenzufassen.

1. Da die Fehlerhaftigkeit der englischen Politik es Italien unmöglich mache, gleichzeitig intimere Fühlung mit Großbritannien zu halten und dem Dreibund treu zu bleiben, wolle das römische Kabinett seine Haltung in auswärtigen und speziell in orientalischen Fragen künftig ausschließlich nach derjenigen Deutschlands regulieren[1]. Italien werde diese Richtung festhalten, bis England aus freien Stücken zum Geiste der Abmachungen von 1887 zurückkehre[2]*. Den größten Vorteil aus dieser Sachlage werde Rußland ziehen, welches schon jetzt in Konstantinopel so völlig dominiere, daß es nicht mehr nötig habe, die armenischen Provinzen zu okkupieren oder einen Statthalter nach Sofia zu schicken. Dies Umsichgreifen des russischen Einflusses im Orient berühre jedoch Österreich-Ungarn mehr als Italien. pp.

2. Wenn Baron Blanc bereit ist, sich mit dem nach seiner Auffassung bemerkbaren Vorrücken des russischen Einflusses ungefähr überall abzufinden, so sprach sich derselbe über Frankreich nach wie vor in mißtrauischer und eifersüchtiger Weise aus. Es dürfe nicht dahin kommen, meinte der Minister, daß Frankreich in einiger Zeit in Rom die Rolle spiele, welche Rußland in Konstantinopel zugefallen sei[3]. Es könne Frankreich, welches einerseits die Abessinier, andererseits die italienischen Radikalen aufwiegele, nicht erlaubt werden, die italienische Monarchie zur Unterwerfung unter den französischen Willen zu zwingen. Italien würde sich selbst aufgeben, wenn es zuließe, daß der französische Einfluß in Rom von neuem auflebe, wie derselbe in Madrid wieder prävaliere. Deshalb sei es unumgänglich, daß jede Freundlichkeit oder Willfährigkeit gegenüber Rußland von einem entsprechenden Beweis von Festigkeit gegenüber Frankreich begleitet sei[4].

3. Italien halte fest am Dreibunde, es möchte aber den Anschein vermieden sehen, als ob nicht Rußland allein, sondern die frankorussische Gruppe auf der ganzen Linie triumphiere. Von französischer Seite werde den Italienern fortgesetzt gesagt, der Zweibund sei stärker als der Dreibund, und daß dies sich auch in Erythräa zeigen werde. Solle Italien zu allen französischen Provokationen schweigen[5]? pp. Die öffentliche Meinung in Italien fange an zu fürchten, daß die italienischen Interessen Frankreich geopfert würden. In der Kammer werde die Frage aufgeworfen werden, welchen Nutzen Italien aus

---

schen Gruppe, die wesentlich nur ein taktischer Gegenzug gegen das von Crispi befürchtete Wiederaufleben der Drei-Kaiser-Allianz (vgl. Kap. LXV, Nr. 2662) sein sollte, nicht ernstlich gemeint war.

* Vgl. Kap. LXV.

seinen Allianzen ziehe. Wenn es Frankreich gelinge, einerseits Italien aus Erythräa zu verdrängen, andererseits das Ministerium Crispi zu stürzen, werde die große Mehrheit der Italiener an der Richtigkeit der Dreibundspolitik[6] irre werden.

Ich habe gegenüber diesen Auslassungen, welche zum Teil den Stempel hochgradiger Nervosität und einer bis zu einem gewissen Grade unberechenbaren Verstimmung trugen, mich einer ruhigen, festen und klaren Sprache befleißigt[7]. Je unruhiger und unsteter der Geist des Ministers des Äußern hin und her flackerte, um so kühler suchte ich ihm immer wieder das Übertriebene und Falsche in seiner Auffassung zum Bewußtsein zu bringen. Indem ich vor allem betonte, daß nicht die franko-russische Gruppe, sondern der Dreibund und insbesondere wir das Heft der Weltpolitik in der Hand hielten, machte ich ihm deutlich, wie wir gerade wegen unserer Kraft, und weil wir die Stärksten wären, die weitere Entwickelung der Ereignisse mit Gelassenheit abwarten könnten[8]. Wenn Italien an unserer Seite bleibe, laufe es auch in der gegenwärtigen Phase der internationalen Beziehungen ebensowenig ernstliche Gefahr wie das Kind, welches im Arme des Vaters durch das Wasser getragen werde. Das Kind dürfe nur nicht so sehr strampeln, daß es den Vater zwinge, es fallenzulassen[9]. Daß sich nicht alle Illusionen erfüllt hätten, welche in Italien vielleicht hier und da an das Dreibundsverhältnis geknüpft worden wären, liege teils begründet in der Natur menschlicher Dinge. Auch anderswo reiften nicht alle Blütenträume. Teils wären jedoch derartige Enttäuschungen darauf zurückzuführen, daß hier der Dreibund im Gegensatz zu Geist und Buchstaben desselben als Erwerbsgesellschaft und nicht als Pacte conservatoire aufgefaßt werde. Der Dreibund sei jedoch nur letzteres, und gerade darin liege seine ungeheure Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens und des Status quo in Europa und ganz speziell für die Unabhängigkeit, Einheit und Sicherheit Italiens. Indem ich die Bemerkung des Baron Blanc aufgriff, er sei bereit, eventuell auch unter Abwendung von England seine Orientpolitik nach derjenigen Deutschlands zu richten, setzte ich ihm auseinander, daß ein isoliertes Italien ebenso gewiß zu völliger Einflußlosigkeit herabsinken würde, wie ein Frankreich und Rußland zugewendetes der Spielball und das Aschenbrödel jener beiden Mächte und der hinter ihnen stehenden Kurie werden müßte. Wohl aber könne der Dreibund als solcher künftighin die Politik der freien Hand treiben[10], bei welcher England bisher seinen Vorteil gefunden habe. Bei festestem Zusammenschluß in sich könne sich der Dreibund nach außen freie Hand bewahren. Bei einer solchen Politik werde auch Italien seine Rechnung finden, wenn es nur nicht durch Ungeduld, Unstetigkeit und Unvorsichtigkeit sich seine Chancen selbst verderbe. Soweit sich bei dem bekanntlich eigenartigen Naturell des derzeitigen italienischen Ministers des Äußern etwas mit Sicherheit beurteilen läßt, möchte ich mich der Hoffnung hingeben, daß die in

Euerer Durchlaucht hohen Erlassen mir geneigtest an die Hand gegebenen Argumente nicht ohne Wirkung geblieben sind.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] somit hat Salisbury wie in Wien auch in Rom, nein gesagt

[3] !

[4] gut

[5] vorläufig ja

[6] ! die hat doch die Italiener niemals nach Abessinien gebracht! Wenn sie hingingen thaten sie das auf eigene Gefahr und gegen unsren Rath. Dann sind sie aber Schuld und verantwortlich für die Folgen *

[7] gut

[8] gut

[9] gut

[10] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr gut gesprochen **

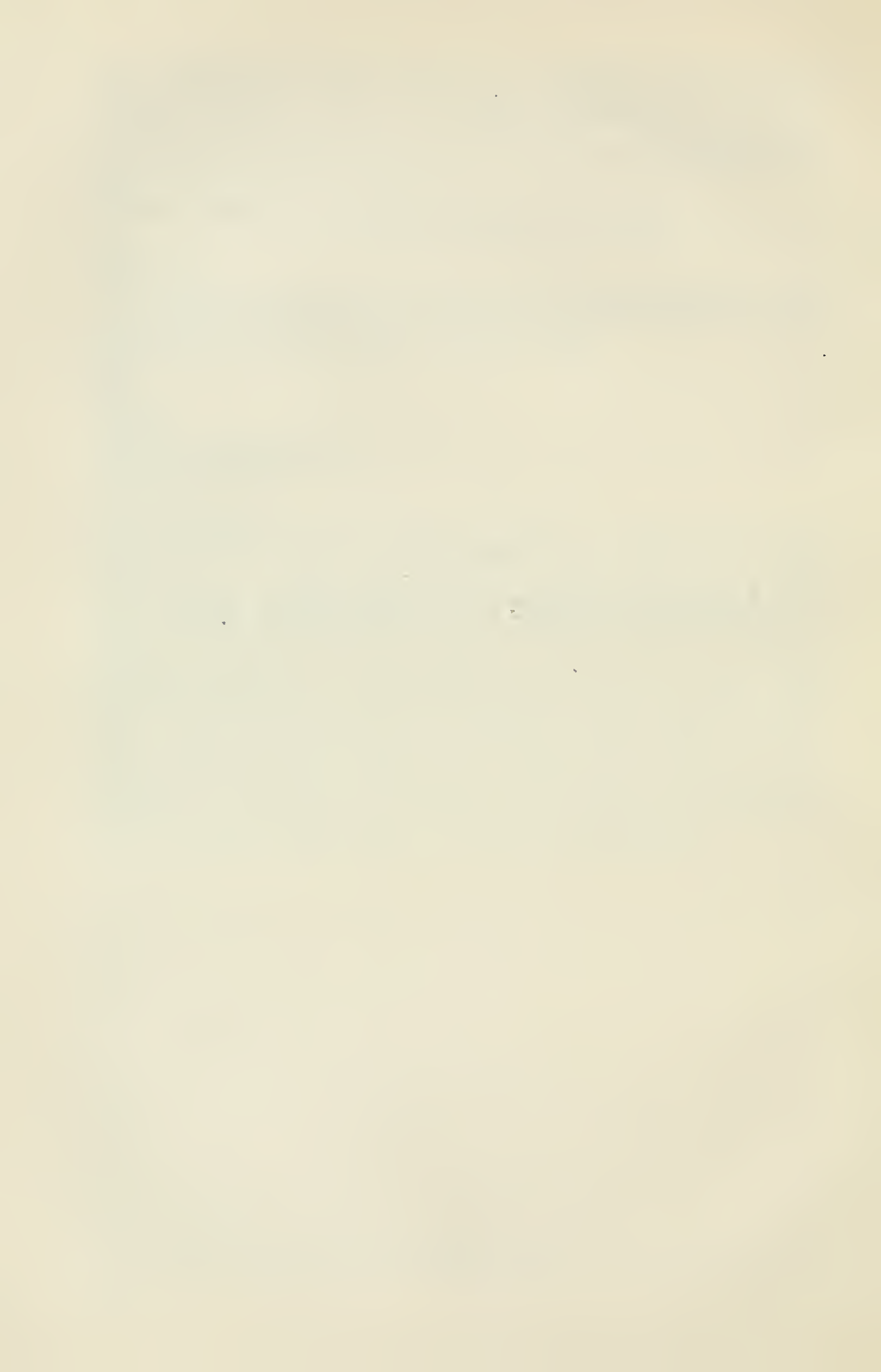
---

* Vgl. Kap. LXVIII.

** Die Marginalien des Kaisers wurden dem Botschafter von Bülow mittels Erlaß Nr. 177 mitgeteilt; ebenso erfolgte eine Mitteilung des Bülowschen Berichts einschließlich der hinzugefügten kaiserlichen Randbemerkungen an die Botschafter in London und Wien und den Gesandten in Kopenhagen. Die ausdrücklich vom Kaiser gebilligte Maxime, daß der Dreibund als solcher künftig die Politik der freien Hand treiben solle, kehrt auch in der Folge in den von Berlin aus gegebenen Direktiven mehrfach wieder; so heißt es in einem von Holstein konzipierten Telegramm des Reichskanzlers nach Wien vom 7. März 1896: „Für den Dreibund ist nach meiner Ansicht, falls er bestehen bleiben soll, nur eines zu tun: zusammenzuhalten, sich ruhig halten, seiner eignen Stärke vertrauen und keine anderen Bündnisse zu suchen, sei es, wo es sei.“ Vgl. Kap. LXVI, Nr. 2677. Mit anderen Worten: wenn Holstein zu Anfang 1896 einen Augenblick den Anschluß des Dreibunds, genauer genommen Deutschlands und Italiens, an die franko-russische Gruppe in Aussicht genommen hatte, so war er von diesem Gedanken jetzt wieder völlig zurückgekommen.

Kapitel LXV

Englands Absage an die Entente à trois



Nr. 2659

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 London, den 22. Januar 1896
Geheim

Streng vertraulich und aus eigenem Antrieb teilte mir der eben zurückgekehrte österreichische Botschafter* mit, daß Graf Goluchowski die Erneuerung und Amendierung des früheren mit Lord Salisbury abgeschlossenen geheimen Abkommens wünsche und sicher zu sein glaube, daß unsererseits kein Bedenken dagegen bestehe**. Graf Deym ist ermächtigt, die Frage beim Premierminister anzuregen, fürchtet aber, daß der Augenblick nicht glücklich gewählt sei, und wird voraussichtlich die fragliche Anregung noch etwas vertagen.

Hatzfeldt

Nr. 2660

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 31 Berlin, den 23. Januar 1896
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 38***.

Nach allen Erfahrungen, die wir während der letzten Monate mit dem Kabinett Salisbury gemacht haben, erachte ich den Versuch,

---

* Graf Deym.

** Nach einem Privattelegramm Hatzfeldts an Holstein vom 22. Januar beruhte Graf Goluchowskis Annahme des Einverständnisses Deutschlands darauf, daß Kaiser Wilhelm II., allerdings vor der Transvaalkrise, ein solches Einverständnis ausgesprochen habe. Es handelt sich um das Mittelmeerabkommen von 1887. Über Graf Goluchowskis Versuche aus dem Herbst 1895, dieses Abkommen zu reaktivieren, vgl. Bd. X, Kap. LXII, C.

*** Siehe Nr. 2659.

England zu einer festen Abmachung für den Kriegsfall zu bewegen, für aussichtslos. Auf Grund unserer letzten Beobachtungen möchte ich glauben, daß England, wenn es sich nicht mehr anders zu helfen weiß, selbst die Initiative ergreifen wird. Solange England aber noch die Hoffnung hegt, durch geschickte Behandlung der Balkanfrage einen Krieg der Kontinentalmächte hervorzurufen und bei demselben für sich freie Hand zu behalten, wird es für keine österreichischen oder italienischen Anerbietungen zu haben sein. Zu Euerer pp. streng persönlichen Orientierung bemerke ich, daß vor mehreren Wochen der russische Botschafter hier mitteilte, Lord Salisbury habe nach Petersburg sagen lassen, daß ihm vom römischen Kabinett das Anerbieten einer Orientaktion zu Zweien gemacht worden sei, daß er jedoch erwidert habe: immer nur zu Sechsen.

Um zu vermeiden, daß Lord Salisbury durch ähnliche Mitteilungen nach Petersburg hin uns in eine schiefe Stellung bringt, bitte ich Euer pp., sich von allem fern zu halten, was einer Vermittlerrolle bei den österreichischen, beziehungsweise italienischen Anträgen für Abschluß eines Mittelmeerbündnisses ähnlich sieht. Dabei wollen Euer pp. Ihrem österreichischen Kollegen, sobald er die Frage anregt, sagen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nicht glaubt, daß der Augenblick schon gekommen ist, wo England sich die Last eines Bündnisses würde auferlegen lassen, daß wir jedoch die volle Aktionsfreiheit unserer Dreibundfreunde in dieser Frage, auf welche der Dreibund sich nicht erstreckt, selbstredend anerkennen, und daß die Verpflichtungen des Dreibundes, welche allerdings nicht agressiver, sondern defensiver Natur sind, für uns nach wie vor ihre volle Verbindlichkeit behalten würden.

C. F. v. Hohenlohe

Nr. 2661

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 32 Berlin, den 25. Januar 1896

Die Art, wie die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den Bemühungen zur Herbeiführung eines englisch-italienisch-österreichischen Abkommens in einer römischen Korrespondenz der „Times" vom 23. d. Mts. zum Gegenstande tendenziöser, teilweise entstellter Enthüllungen gemacht wird, die nur von einer amtlichen Stelle kommen können*, liefert einen weiteren Beweis dafür, daß wir uns jeder Beteili-

* Die aus Rom datierte Korrespondenz der „Times" schilderte mit überraschender Sachkenntnis die Bemühungen Deutschlands im Herbst 1895 (vgl. Bd. X, Kap. LXII), England mit Österreich und Italien auf eine gemeinsame Linie

gung bei den Verhandlungen enthalten müssen, wenn wir nicht in eine zweideutige Stellung kommen wollen.

Marschall

Nr. 2662

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Rom, den 27. Januar 1896
Geheim

Baron Blanc resümierte mir die zwischen ihm, Crispi, Graf Nigra* und Baron Pasetti** neuerdings stattgehabten Besprechungen streng vertraulich, wie folgt:

1. Wünsche das Wiener Kabinett die Erneuerung des 1887er Abkommens. Die italienische Regierung teile diesen Wunsch, wenn sie auch glaube, daß der gegenwärtige Augenblick kein besonders günstiger sei, während sie andererseits nicht so weitgehende Änderungen jener Stipulationen anstrebe, wie sie Graf Goluchowski vorschwebten! — Als Baron Blanc andeutete, daß man in Wien auf unsere Beteiligung an den fraglichen Verhandlungen Wert zu legen schiene, sagte ich ihm, daß eine solche ausgeschlossen sei.

2. Hätten Graf Nigra und Baron Pasetti Herrn Crispi erklärt, eine Separatverständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland stehe nicht zu erwarten, ihm auch beide versichert, daß Österreich-Ungarn keinen Gebietszuwachs auf der Balkanhalbinsel wünsche. Es hätte dies wesentlich zur Beruhigung des Ministerpräsidenten beigetragen, der das Wiederaufleben der Drei-Kaiser-Allianz befürchtet habe***.

3. Bestände zwischen der italienischen und österreichischen Auffassung insofern ein leiser Unterschied, als Österreich-Ungarn keinerlei

---

in den orientalischen Fragen zu bringen und so auf diesem Umwege England zu einem näheren Anschluß an den Dreibund und an Deutschland zu bewegen. Als England aber statt dessen auf der Kooperation mit der franko-russischen Gruppe beharrt habe, sei der Autokrat in Kaiser Wilhelm II. in Wut geraten, „and we have the incident of the Transvaal telegram led up to by all the old colonial African difficulties which have been simmering for so many weary years".

* Der italienische Botschafter in Wien war gegen den 20. Januar nach Rom zu einer Rücksprache über die Richtlinien der italienischen Politik berufen worden. Vgl. auch Kap. LXIX, Nr. 2798, Fußnote *.

** Österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

*** Tatsächlich perhorreszierte Österreich nichts mehr als die Idee einer neuen Drei-Kaiser-Allianz, die übrigens auch Deutschland von sich wies. Vgl. Kap. LXVI, Nr. 2673, Anlage, und Nr. 2674.

Aktion — und insbesondere keine Aktion der Mittelmeermächte ohne Deutschland — wünsche, während Italien zwar auch kriegerische Verwicklungen perhorresziere, aber doch den 1887er Abmachungen keinen lediglich akademischen Charakter aufdrücken wolle. — Ich verhehlte Baron Blanc nicht, daß ich die friedliche Haltung des Wiener Kabinetts sehr verständig finde, und wiederholte ihm unter Verwertung der diesbezüglichen Gesichtspunkte des Erlasses Nr. 66* nachdrücklich die Warnung, sich nicht von England mißbrauchen zu lassen.

Aus manchen Auslassungen des Ministers sprach die bekannte italienische Besorgnis vor Gebietsveränderungen oder Machtverschiebungen im Orient ohne entsprechende Kompensationen für Italien. Baron Blanc äußerte unter anderem, wenn Rußland Konstantinopel nehme, und England sich dafür in Kleinasien schadlos halte, oder umgekehrt Rußland in Kleinasien einrücke, und England die Dardanellen forciere, würde Italien die Hand auf Tripolis legen müssen, wenn der Fortbestand der Dynastie nicht in Gefahr geraten solle. Ich entgegnete, daß es zwecklos sei, sich wegen vorläufig unwahrscheinlicher zukünftiger Eventualitäten vorzeitig aufzuregen. Italien werde um so sicherer fahren, je ruhiger es die weitere Entwicklung der Dinge abwarte. „Tout arrive à qui sait attendre."

Als ich die Rede auf die römische Korrespondenz der „Times" vom 23. d. Mts.** lenkte, behauptete Baron Blanc zunächst, dieselbe nicht gelesen zu haben, wobei er als mildernden Umstand geltend machte, daß er seit mehreren Tagen durch einen heftigen Gichtanfall ans Bett gefesselt ist. Schließlich ließ Baron Blanc durchblicken, daß diese bedauerliche Taktlosigkeit vielleicht auf die Umgebung des Konseilpräsidenten zurückzuführen sei. Ich habe Baron Blanc schon heute gesagt, daß die tendenziöse und indiskrete Korrespondenz der „Times" einen verstimmenden Eindruck habe machen müssen, behalte mir jedoch vor, sowohl ihm als eventuell auch dem Ministerpräsidenten gegenüber auf die Sache zurückkommen.

Aus eigener Initiative, und ohne daß ich heute die Rede auf diesen Punkt gebracht hätte, drückte mir Baron Blanc sein Vertrauen in unser Wohlwollen für Italien aus, wie die Überzeugung, daß sich Italien weder von Deutschland noch vom Dreibund trennen könne.

Was mir Baron Pasetti und Graf Nigra ihrerseits über die jüngsten Besprechungen sagten, stimmte im großen und ganzen mit den Mitteilungen des Baron Blanc überein. Graf Nigra bleibt in Wien, wohin er morgen zurückkehrt.

Bülow

---

* Siehe Kap. LXIV, Nr. 2655.

** Vgl. Nr. 2661.

Nr. 2663

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeld an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46
Geheim

London, den 3. Februar 1896

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 31 vom 23. Januar*.

Im strengsten Vertrauen und unaufgefordert sagt mir der österreichische Botschafter, daß er kürzlich die Frage bei Lord Salisbury angeregt habe. Zunächst habe er dabei konstatiert, daß die Auffassung des Premierministers und seine Geneigtheit zu einer Besprechung der Frage mit der österreichischen Regierung unverändert seien. Lord Salisbury habe auch eventuell Vervollständigung der früheren Abmachung nicht prinzipiell abgelehnt, sich aber Prüfung der darauf hinzielenden österreichischen Vorschläge vorbehalten.

Ich habe dem österreichischen Botschafter bemerkt, daß wir den Versuch, England zu einer festen Abmachung zu bewegen, für aussichtslos hielten, solange man hier noch glaube, sich durch andere Mittel helfen zu können.

Graf Deym hat mit keinem Worte meine Vermittelung erbeten. Er schien überdies jetzt der Ansicht zu sein, daß Österreich, falls Lord Salisbury sich nicht diesmal zu einer Verständigung bereit zeige, auch seinerseits eine veränderte Politik einschlagen müsse.

Hatzfeldt

Nr. 2664

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 96
Geheim

London, den 8. Februar 1896

Der österreichische Botschafter, welcher mich um eine Unterredung gebeteu hatte, hat mich eben aufgesucht und eröffnete die Unterhaltung mit der Bemerkung, daß er mir eine streng vertrauliche Mitteilung machen wolle, dafür aber die Zusicherung von mir verlange, daß ich nicht telegraphisch darüber berichten würde. Er habe selbst erst heute darüber nach Wien geschrieben, von wo aus wir unzweifelhaft informiert werden würden, müsse aber persönlich Wert darauf legen,

---

* Siehe Nr. 2660.

daß die Kaiserliche Regierung nicht früher durch mich unterrichtet sei, als Graf Goluchowski seinen Bericht erhalten habe.

Der Botschafter fuhr dann fort:

„Ich komme, um Ihnen zu sagen, daß Sie in Ihrer Beurteilung der hiesigen Situation und der Aussichten auf eine Verständigung mit der englischen Regierung vollständig recht behalten haben. Das Resultat einer zweiten Unterhaltung, die ich mit Lord Salisbury gehabt habe, war, mich darüber aufzuklären, daß der Premierminister nicht daran denkt, weitergehende Verpflichtungen gegen uns in bezug auf den Orient einzugehen, als sie in dem früheren geheimen Abkommen enthalten waren. In dieser Hinsicht mußten wir vor allem auf die Zusicherung von seiten Lord Salisburys Wert legen, daß er sich eventuell einer Besetzung Konstantinopels durch die Russen widersetzen und außerdem im Verein mit Italien, dessen Bereitwilligkeit wir dabei glaubten voraussetzen zu können, der freien Durchfahrt der russischen Flotte aus dem Schwarzen Meer nach dem Mittelmeer in den Weg treten würde. Lord Salisbury wies aber darauf hin, daß die öffentliche Meinung in England, wie sie sich seit einiger Zeit in bezug auf die Türkei gestaltet habe, ihm nicht gestatten würde, eine Verpflichtung zum Schutze Konstantinopels gegen die Russen einzugehen. In bezug auf die Meerengenfrage machte der Minister darauf aufmerksam, daß die Forcierung der Dardanellen durch eine englische oder englisch-italienische Flotte, die früher relativ leicht gewesen wäre, sich jetzt vielleicht als außerordentlich schwierig herausstellen würde, namentlich, wenn sie bereits von den Russen besetzt und von ihnen verteidigt werden sollten. Gleichzeitig erinnerte der Premierminister daran, daß er schon in früherer Zeit den Grundsatz aufgestellt habe, daß England gewisse den Russen in bezug auf die Meerengen eingeräumte Konzessionen unter der Voraussetzung akzeptieren könne, daß die gleichen Vorrechte den anderen Mächten, also auch der englischen Flotte zugute kämen, welche, wenn die russische Flotte vom Schwarzen Meer aus ungehindert nach dem Mittelmeer auslaufen könne, ihrerseits das Recht erhalten würde, auf demselben Wege in das Schwarze Meer einzulaufen."

Aber nicht genug damit, so fuhr der Botschafter fort, daß Lord Salisbury die in den erwähnten beiden Punkten liegende Erweiterung des bisherigen Abkommens abgelehnt habe, habe er sich bei dieser Gelegenheit zu seiner Überraschung auch darüber ziemlich deutlich ausgesprochen, daß er den Verpflichtungen, welche englischerseits durch die bisherige Abmachung übernommen worden seien, eine viel geringere Bedeutung beilege, als dies bisher in Wien geschehen sei. Auch darin hätte ich ihm, Grafen Deym, gegenüber vollständig recht behalten, daß der englische Premierminister der Auffassung huldige, daß das Abkommen vom Jahre 1887 nur einige allgemeine Gesichtspunkte aufstelle und der englischen Regierung nur die Verpflichtung auferlege,

eintretendenfalls mit Österreich in einen neuen Gedankenaustausch zu treten*.

Der österreichische Botschafter, welcher ohne weiteres einräumte, daß man in Wien den bisherigen Zusicherungen Lord Salisburys einen viel größeren Wert beigelegt habe und durch die hierauf bezügliche Äußerung desselben in hohem Grade enttäuscht sein werde, bemerkte hierzu streng vertraulich, daß er, allerdings ohne jeden Auftrag aus Wien, den Premierminister darauf aufmerksam gemacht habe, wie unter diesen Umständen die Erneuerung des bisherigen Abkommens für Österreich kaum einen wesentlichen Nutzen bieten würde, da die österreichische Regierung sich ihrerseits dadurch gebunden halten würde, während hier eine durchaus verschiedene Auffassung bestehe, welche keine Garantie biete, daß England eventuell auch seinerseits danach handeln würde.

Hieran anknüpfend will Graf Deym dem Minister die Frage gestellt haben, ob die englische Regierung, da sie die Konsequenzen aus dem bisherigen Abkommen von der Hand weise, damit die Absicht verbinde, nunmehr in bezug auf den Orient eine mit den bisherigen Verabredungen nicht übereinstimmende Politik zu verfolgen. Dies habe Lord Salisbury aber auf das bestimmteste in Abrede gestellt und gleichzeitig hervorgehoben, daß Graf Deym aus seinen Äußerungen nicht den Schluß ziehen müsse, daß ein aktives Eintreten Englands gegen ein etwaiges Vordringen Rußlands im Orient für die Zukunft nunmehr definitiv ausgeschlossen sei. Die Umstände könnten sich ändern, wie auch der Fall eintreten könne, daß die hiesige öffentliche Meinung durch Ereignisse im Orient modifiziert würde, und die englische Regierung dadurch in die Lage käme, sich der Ausführung russischer Pläne auf Konstantinopel und die Dardanellen zu widersetzen.

Der Botschafter sprach mir schließlich die Überzeugung aus, in welcher ich ihn zu bestärken suchte, daß England, wenn es ihm ernstlich schlecht gehe, von selbst dazu kommen werde, sich dem Dreibund zu nähern und seine Aufnahme in denselben nachzusuchen.

Bei dieser Gelegenheit zeigte Graf Deym eine gewisse Besorgnis in bezug auf die künftige Haltung Italiens und wünschte meine persönliche Ansicht darüber zu wissen, ob ich die Erneuerung der Allianz

* Weder hier noch sonst findet sich in den gleichzeitigen Akten ein Anhaltspunkt für die später in Wien zur Schau getragene Auffassung, als ob die englische Absage an die Entente à trois durch die Erbitterung über die Krügerdepesche veranlaßt sei und nicht so sehr Österreich und Italien als vielmehr ihrem Verbündeten Deutschland gegolten habe. Vgl. Kap. LXVI, Nr. 2673 Anlage. Vielmehr hat Lord Salisbury in seinem Briefe an den englischen Botschafter in Berlin, Sir Fr. Lascelles, aus der ersten Märzhälfte (s. darüber die Aufzeichnung Marschalls vom 13. März, Kap. LXVIII, Nr. 2779) es als den prinzipiellen Standpunkt Englands hingestellt, nie ein Versprechen zu geben, welches für irgendeine zukünftige Eventualität die Verpflichtung zum Kriege enthalte.

in Rom* für gesichert oder doch für wahrscheinlich hielte. Ich habe ihm erwidert, daß ich den maßgebenden italienischen Kreisen ein zu gesundes Urteil über die politische Situation und die eigenen Interessen zutraute, um darüber zweifelhaft zu sein, daß sie sich für die Erneuerung entscheiden würden. Wenn sie den Dreibund verlassen wollten, würde ihnen nur übrig bleiben, sich Frankreich auf Gnade und Ungnade zu ergeben, und kein italienischer Staatsmann könne darüber zweifelhaft sein, daß Italien, wenn es überhaupt noch eine Großmacht bliebe, auf jede Rolle in der europäischen Politik, auf jeden greifbaren Vorteil im Norden von Afrika und auf jede Selbständigkeit im Mittelmeer verzichten müsse.

P. Hatzfeldt

Nr. 2665

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 16. Februar 1896

Was die österreichisch-englischen Beziehungen anbelangt, so scheint es dem Grafen Goluchowski unerwünscht zu sein, uns in das Geheimnis einzuweihen, daß Lord Salisbury den österreichischen Vorschlag wegen festerer Gestaltung der österreich-englischen Pourparlers bezüglich der Orientfrage für jetzt mit Entschiedenheit abgelehnt hat. Dabei scheint allerdings der englische Minister allerlei Redensarten gemacht zu haben, welche der Hoffnung in die Zukunft eine Tür offen lassen. An diese Hoffnung klammert Graf Goluchowski sich jetzt an.

Auch bei uns besteht die Auffassung, daß England unter gleichviel welcher Regierung einst durch die Ereignisse aus seiner jetzigen Stellung als selbständige Gruppe heraus- und zur Anlehnung an Italien und Österreich gedrängt werden wird. Indessen erwartet man bei uns den Eintritt dieses Augenblicks nicht in so naher Zukunft, wie man ihn wohl in Wien erhofft. Keinenfalls haben wir aber ein Interesse daran, den Österreichern die Hoffnung auf ein einstmaliges Zusammengehen mit England zu nehmen. Das einzige, was wir zu verlangen haben, ist nur, daß das Wiener Kabinett, solange es sich lediglich um Hoffnungen oder Stimmungen und nicht um feste vertragsmäßige Abmachungen mit England handelt, seine Orientpolitik nicht in russenfeindlichem Sinne festlegt, damit also sich als Puffer zwischen Rußland und England einschiebt. pp.

Nicht ausgeschlossen ist es, daß Rußland in naher Zukunft sich bemühen wird, eine bevorzugte Stellung für die Durchfahrt durch die

---

* Nämlich des Dreibundes, dessen Erneuerung eben damals in Frage stand. Vgl. Kap. LXIX.

Meerengen zu erlangen. Indem die Dardanellen sich zu einem Ausfalltor gegen den Suezkanal hin gestalten, wird der russisch-englische Konflikt wieder um einen Schritt näher gerückt. Die Haltung Österreichs und Italiens gegenüber diesem wichtigen Ereignis wird von der Haltung Englands abhängen. Sollten die genannten beiden Mächte finden, daß das Eindringen Rußlands in das Mittelmeer ihre Interessen beeinträchtigt, so würden sie ihren Widerstand dagegen doch zeitlich so einzurichten haben, daß derselbe mit dem Ausbruch des unvermeidlichen russisch-englischen Konflikts zusammenfällt und nicht etwa vorzeitig ins Werk gesetzt wird, d. h. solange England noch die Möglichkeit hat, dem Kampfe auszuweichen.

Es dürfte kein Irrtum sein, wenn man annimmt, daß die Haltung Englands eine andere werden wird mit dem Augenblick, wo Rußland den freien Eintritt ins Mittelmeer erlangt, wo die Hoffnung zunichte wird, welche England bis heute noch hegt, daß der Dreibund die Meerengen verteidigen werde.

Schließlich noch ein Wort über die völkerrechtliche Seite der Meerengenfrage. Der auf sie bezügliche Artikel des Berliner Friedens erhielt zwei Interpretationen, welche in den Kongreßprotokollen verzeichnet sind. Die russische Interpretation, welche durch Graf Schuwalow abgegeben wurde, legte den Artikel so aus, daß die Meerengen geschlossen seien.

Die englische Erklärung, welche Lord Salisbury abgab, ging dahin, England erachte den Sultan als Souverän der Meerengen für berechtigt, die Durchfahrt je nach seinem Gutbefinden zu gestatten.

Es ist ein eigentümliches Spiel des Schicksals, daß Rußland, wenn es sich mit dem Sultan bezüglich der Durchfahrt durch die Meerengen verständigen sollte, dann in der Lage sein würde, diese Abmachung gerade durch die englische Interpretation des Berliner Vertragsartikels zu rechtfertigen.

Holstein

Nr. 2666

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 15 — Rom, den 18. Februar 1896

Ganz vertraulich

pp. Beiläufig erzählte mir Baron Blanc, daß er die von Graf Goluchowski angeregte österreichisch-italienische Demarche in London wegen Präzisierung und Vervollständigung der 87er Stipulationen als gescheitert betrachte. General Ferrero habe sich übrigens bei dieser

Gelegenheit eher zurückgehalten, da er in dem fraglichen Sinne schon so oft vergeblich vorstellig geworden sei. Graf Deym habe von Lord Salisbury gehört, daß der englische Premier die früheren Abmachungen nicht geradezu verleugne, aber keine neuen oder engeren Verpflichtungen übernehmen wolle. pp.*

B. von Bülow

Nr. 2667

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 22. Februar 1896

Dem österreichischen Botschafter war durch gestrigen Kurier aus Wien endlich die Mitteilung zugegangen, daß der österreichische Antrag wegen Befestigung des accord à trois von 1887 in London einer vollständigen Ablehnung begegnet ist. Auch die Motivierung der Ablehnung — Hinweis auf die gegenwärtige Stimmung der Gemüter in England — war ungefähr so wiedergegeben, wie Graf Deym sie dem Grafen Hatzfeldt erzählt hatte.

Graf Goluchowski hatte darauf nach London geschrieben, daß er es als Aufgabe der österreichischen Politik auch fernerhin auffasse, in freiem und freundschaftlichem Zusammenhang mit der englischen Regierung alle den Orient betreffenden Fragen fortlaufend zu erörtern.

Holstein

Nr. 2668

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 156
Geheim

London, den 24. Februar 1896

Der österreichische Botschafter versicherte mir heute, daß er auf seine letzten Berichte über die Äußerungen Lord Salisburys bezüglich Erneuerung oder Erweiterung des geheimen Abkommens mit England noch keine eingehende Antwort vom Grafen Goluchowski erhalten habe, welcher wohl noch zu keinem Entschluß darüber gekommen sei. Graf Deym bemerkte dazu, daß er seinerseits an der Ansicht festhalte, daß eine einfache Erneuerung des Abkommens keinen Wert haben

* Den Hauptteil des Bülowschen Berichts siehe in Kap. LXIV, Nr. 2658, einen weiteren Teil in Kap. LXVIII, Nr. 2767.

würde. Andererseits habe Lord Salisbury seine Ablehnung auf die *gegenwärtige* öffentliche Meinung in England, welche keine aktive Verteidigung des Sultans und der Integrität der Türkei zulassen würde, basiert, die Möglichkeit eines Wechsels aber nicht ausgeschlossen, welcher der englischen Regierung gestatten würde, eine andere, den österreichischen Wünschen mehr entsprechende Haltung im Orient einzunehmen. Es scheine ihm, dem Botschafter, daher, daß Österreich am besten tun würde, den Gedanken einer einfachen Erneuerung des Abkommens fallen zu lassen und im übrigen ruhig abzuwarten, ob der von Lord Salisbury als möglich bezeichnete Umschwung eintrete oder durch die Ereignisse herbeigeführt werde.

Im Anschluß hieran führte Graf Deym an, daß er gestern Gelegenheit gehabt habe, die Frage mit einem anderen englischen Minister zu besprechen, dessen Namen er nicht nennen könne. Derselbe habe sich sehr offen ausgesprochen und ihm ebenfalls nicht verheimlicht, daß jedes Eintreten Englands in eine kriegerische Aktion zugunsten des Sultans und daher jede Verpflichtung dazu vorläufig und wahrscheinlich für längere Zeit durch die öffentliche Meinung ausgeschlossen sei, wie sie sich namentlich seit der armenischen Frage in England entwickelt habe. Damit sei aber keineswegs gesagt, daß nicht *andere* Gründe eintreten könnten, welche die öffentliche Meinung gegen Rußland ernstlich erregen und der Regierung ermöglichen würden, sich im Orient der österreichischen Politik aktiv anzuschließen. Ein solcher Fall würde vorliegen, falls Rußland die freie Durchfahrt durch die Dardanellen nach dem Mittelmeer erzwingen wollte, ohne gleichzeitig der englischen Flotte das Recht der Durchfahrt *nach dem Schwarzen Meer* zuzugestehen. Darauf würde man hier nicht eingehen können, und es unterliege keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung der Regierung zur Seite stehen würde, wenn sie in diesem Fall die russische Zumutung entschieden zurückweise.

Die vorstehenden Mitteilungen des österreichischen Botschafters dürften insofern von Interesse sein, als angenommen werden darf, daß er in diesem Sinne nach Wien berichtet.

P. *Hatzfeldt*

Nr. 2669

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Wien, den 24. Februar 1896

Nicht ohne Verlegenheit teilte mir Graf Goluchowski soeben mit, daß Lord Salisbury auf die durch Graf Deym übermittelten Vorschläge bezüglich einer Erneuerung und Umgestaltung des accord à trois

ablehnend geantwortet habe. Lord Salisbury habe die Ablehnung damit motiviert, daß die öffentliche Meinung Englands und sogar die Strömung innerhalb seines Ministeriums zu stark gegen die Türkei gerichtet sei, um an ein Abkommen denken zu können, welches im wesentlichen für die Interessen der Türkei eintreten soll. Damit die Ablehnung nicht in zu schroffer Form erscheine, hat Lord Salisbury schließlich geäußert, er zweifle nicht daran, daß das Erscheinen von nur zwei russischen Kriegsschiffen im Bosporus genügen würde, um die öffentliche Meinung Englands wieder total umschwenken zu lassen.

Die Antwort Lord Salisburys hat mein englischer Kollege* dem Grafen Goluchowski wiederholt.

Anscheinend haben diese Auseinandersetzungen schon vor einiger Zeit stattgefunden. Das Zögern des Grafen Goluchowski, mir davon Mitteilung zu machen, kann einerseits verletzte Eitelkeit**, andererseits bedeuten, daß noch weitere Versuche einer Verständigung gemacht wurden.

Auf meine Frage, ob ich die Ablehnung als definitiv auffassen solle, erfolgte die Antwort: „Jetzt vollkommen definitiv; aber es wird unzweifelhaft die Zeit kommen, wo England wieder eine Anlehnung an uns braucht."

In dem Wesen des Grafen spiegelte sich unverkennbar die harte Enttäuschung.

Eulenburg

---

* Sir E. Monson.

** Vgl. Eulenburgs Bericht Nr. 35 vom 25. Februar (Kap. LXVII, Nr. 2690).

Kapitel LXVI

Deutschlands Absage an Österreichs Dreibundaspirationen



Nr. 2670

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Geheim — Wien, den 31. Januar 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich, über ein gestern zwischen Baron Beck und mir stattgehabtes Gespräch alleruntertänigst zu berichten. —

Ich stehe Beck freundschaftlich nah und kann deshalb absolut offen und ohne die Rücksichten resp. Reserven sprechen, die ich dem Minister des Äußern schulde — resp. wahren muß, um unser gutes Einvernehmen nicht zu gefährden.

Ich ging zu Beck, weil ich es aus Anlaß der jetzt beginnenden geheimen Verhandlungen zwischen Österreich, Italien und England* nicht für unmöglich hielt, daß die mir vor einiger Zeit von Beck signalisierte Stimmung, wonach trotz aller Behauptungen Goluchowskis Österreich nicht losschlagen würde, wenn Rußland nach Konstantinopel geht, eine Modifikation erlitten habe.

Dieses ist bis zu einem gewissen Grade der Fall. In einer vorgestern stattgehabten Unterhaltung zwischen Kaiser Franz Joseph und Beck hat der Kaiser sich hoffnungsvoll bezüglich Englands ausgesprochen, welches sich wohl bindend dazu verstehen würde, einer russischen Forcierung der Dardanellen entgegenzutreten**. Ich fragte Beck, ob bei einer Abmachung mit England Österreich etwa geneigt sein würde, seinerseits in bindender Form zu erklären, den Einmarsch der Russen in Konstantinopel oder die Forcierung der Dardanellen als Kriegsfall zu betrachten? Beck glaubte nicht unbedingt daran, aber aus der Art seiner Antwort mußte ich erkennen, daß er bei der vorhandenen Schärfe des Kaisers und Goluchowskis bezüglich dieser Frage eine solche Abmachung für nicht ganz ausgeschlossen hielt.

Ich sagte ihm, daß doch hoffentlich bei jedweder Abmachung mit England dieses verpflichtet werden würde, den ersten Schuß zu tun?

---

* Siehe Kap. LXV.
** Vgl. Nr. 2668.

Dieses hoffte Beck, der im allgemeinen gegen eine Verständigung mit England eingenommen ist. Ich erklärte ihm, daß eine Abmachung mit England, bei welcher der Einmarsch der Russen in Konstantinopel casus belli sei, für uns selbst bei der günstigeren Lage durch die englische Kooperation nicht casus foederis sein könne. Ich hätte das schon früher ausgesprochen, spräche es ihm aber ausdrücklich jetzt wieder aus. Deutschland könne niemals einen so unpopulären Krieg beginnen, ja nicht einmal eine Mobilmachung dafür wagen. Daß wir aber Österreichs Großmachtsstellung aufrechterhalten würden, das verstände sich von selbst! Diese sei aber bei Beginn eines österreichischen Krieges nicht bedroht.

Ich fragte hieran anschließend, wie weit eine solche bündige Erklärung Deutschlands auf die Entschlußfassung zwischen Österreich und England einwirkte?

Beck erwiderte: sie wird jedenfalls zu äußerster Vorsicht mahnen und entschieden Einfluß haben.

Hierbei trat folgendes zutage: Meine — und, wenn ich nicht irre, auch Fürst Hohenlohes Mitteilung an Graf Goluchowski, daß wir, wenn wir auch über die Existenz Österreichs wie über unsere eigene wachen würden, den Einmarsch der Russen in Konstantinopel nicht als casus foederis betrachten könnten*, ist nicht in dieser präzisen Form an Beck gelangt. Er weiß wohl durch mich davon, aber er wird erst bei einer Mitteilung von Euerer Majestät Generalstab mit dieser Tatsache als Faktum nachdrücklicher operieren können. Meine Äußerungen tragen ja sogar ihm gegenüber nur einen privaten Charakter, und kann er damit nicht arbeiten.

Ein vor einigen Tagen von Schlieffen angelangter Brief hat seiner Kürze wegen und des wenig greifbaren, übervorsichtigen Inhalts wegen sogar den Eindruck erweckt, als herrsche bei uns eine gewisse Unsicherheit in der politischen Haltung. Beck sagte, daß man hier einerseits den Eindruck habe, als wünschten wir eine österreichisch-englische Verständigung, — und andererseits stünde diesem Wunsche Deutschlands Haltung zu England diametral gegenüber. Der Brief Schlieffens sei so schweigsam, wie er sich selbst bei der Unterhaltung zeige**, und erzeuge dadurch, wie gesagt, eine Verstärkung der Ansicht von jener Unsicherheit. Er, Beck, habe ja nur den einen Wunsch, die einzigste Überzeugung, fest zu Deutschland halten zu müssen, und nähme jeden Rat dankbar und gern an. Aber man möchte dann ihm auch Rat geben, ihm genau mitteilen, woran er sei in gewissen Lagen und Fällen. Ich sagte ihm, daß ich einen Besuch Schlieffens in Wien jetzt für zu auffallend hielte, worauf Beck erwiderte, eine eingehende Korrespondenz könne es ja auch tun. Dann bat mich Beck,

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII, A, Nr. 2501.
** Vgl. Bd. VII, Anhang A, Kap. LXV, Nr. 1434

von unserer Unterhaltung nur direkt und privat an Euere Majestät zu schreiben. Er würde, wenn man offiziell auf seine Äußerungen zurückkäme — entweder Euere Majestät an Kaiser Franz Joseph oder die Berliner Regierung an die hiesige — zu sehr bloßgestellt.

Ich habe nun aus meiner Unterhaltung den Eindruck gewonnen, daß, wenn auch Kaiser Franz Joseph noch unter der Wirkung einer Äußerung Euerer Majestät steht, „daß Österreich unter allen Umständen auf Deutschland zu zählen hat"*, militärisch kein Zweifel gelassen werden sollte, daß wir eine russische Okkupation Konstantinopels nicht als casus foederis betrachten können. Ebensowenig den Einmarsch der Russen in die Dobrudscha — was mir Goluchowski gleichfalls als casus belli für Österreich wegen der Abmachungen mit Rumänien bezeichnete.

Auch bei diesem letzten casus belli fand Beck unsere Reserve für natürlich. Aber er knüpfte daran die Frage, wo würde denn aber wohl der Punkt sein, bei dem Deutschland anerkennen müßte, daß Österreichs Existenz bedroht sei? Ich sagte, daß dieses im voraus schwer zu bestimmen sei. Das müßte wohl von der Konstellation des Augenblickes abhängig gemacht sein. Gegenüber einer kurzen und bündigen Äußerung des Ministers des Äußern (wie Konstantinopel in russischen Händen) sei ja Deutschland in der Lage zu erklären, daß dieses nach seiner Auffassung ein Abenteuer sei, das Deutschland nicht mitmachen könne. Ähnlich verhalte es sich vielleicht mit der Dobrudscha.

Beck kam hierauf auf einen Punkt, in dem er die Ansicht Goluchowskis teilt: Er sagte, daß man jedenfalls Unruhen und Kämpfe zwischen oder innerhalb der Balkanstaaten ohne Einmischung geschehen lassen solle, und er habe den Eindruck, daß Rußland jetzt auch nichts dort suchen wolle. Er könne sich allerdings nicht verhehlen, daß eine Einmischung Rußlands oder eine Gruppierung der Balkanstaaten zum Vorteil Rußlands Österreich in eine sehr schwierige Lage brächte — wobei dann leicht auch die Frage auftauchen könne, ist jetzt Österreichs Existenz bedroht?

Beck sprach die Ansicht aus, daß bei der gezeigten Tendenz des Grafen Kapnist**, das Mißtrauen Österreichs gegen Rußland bezüglich der Balkanstaaten zu beseitigen, und angesichts der Kaiserkrönung im Mai*** vielleicht ein Abkommen über Nichteinmischung bei Unruhen innerhalb der Balkanstaaten zu erreichen wäre. Allerdings könne Graf Goluchowski nach seinen gemachten Erfahrungen nicht die Initiative ergreifen.

Ich ließ diese Frage beiseite. Aber es liegt auf der Hand, daß ein solches auf die Balkanstaaten lokalisiertes Abkommen Österreich

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII, C., Nr. 2542.

** Russischer Botschafter in Wien.

*** Die feierliche Krönung des russischen Kaisers fand am 26. Mai 1896 statt.

in bezug auf militärische Verständigung mit England bezüglich der Dardanellen etwas zäher machen und England weiter in die Richtung der Notwendigkeit eigener Tätigkeit drängen würde.

Daß eine starke Tendenz für eine russisch-österreichische Verständigung bezüglich der Balkanstaaten vorhanden ist, möchte ich nach der bisherigen Haltung Rußlands, welches die Versumpfung der Türkei anstrebt, bezweifeln. Aber ich konstatiere, daß Fürst Lobanow mir gegenüber stets die Ansicht vertrat, Rußland solle die Balkanstaaten „laufen lassen". Jetzt aber findet diese Ansicht in Graf Kapnist eine so auffallende, lebhafte Vertretung, daß ich an die Fortdauer der Lobanowschen Ansicht glauben möchte.

Ein österreichisch-russisches Abkommen, lokalisiert auf die Balkanstaaten, würde auch der russischen Grundidee, der Versumpfung der Türkei, nicht zuwiderlaufen.

— Ich darf wohl nun zum Schluß Euerer Majestät nochmals kurz meine alleruntertänigste Ansicht aussprechen, daß angesichts der englisch-österreichischen Verhandlungen der Moment wohl gekommen ist, um über die militärische Lage ein Wort an Beck gelangen zu lassen; ihn in Stand zu setzen, einen Dämpfer gebrauchen zu können für etwaige zu weitgehende Verbindlichkeiten mit England. Auch darf ich wohl nochmals um absolut geheime Behandlung der Sache bitten.

Da ich mich Beck gegenüber verpflichtete, nicht dienstlich zu schreiben, sondern nur an Euere Majestät zu berichten, haben wohl Euere Majestät die Gnade, dem Fürsten Hohenlohe den Inhalt dieses Briefes geheim mitzuteilen. Er enthält ja eigentlich den Kern der momentanen politischen Situation Österreichs.

(gez.) P. Eulenburg

Nr. 2671

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 2. Februar 1896

Euerer Majestät Befehl entsprechend gestatte ich mir unter Wiedervorlage des Briefes des Botschafters Grafen zu Eulenburg* nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Seit Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses hat das Wiener Kabinett zu wiederholten Malen den Versuch gemacht, von uns eine bestimmte Erklärung über die Haltung Deutschlands im Falle einer russischen Besetzung der Meerengen zu erlangen. So begreiflich bei den österreichisch-ungarischen Staatsmännern der Wunsch

* Siehe Nr. 2670.

ist, sich im voraus Gewißheit über diese Frage zu verschaffen, so wenig besteht für uns ein Interesse, diesen Wunsch zu erfüllen. Vielmehr muß für uns der Grundsatz, daß zukünftige Ereignisse, deren Eintritt völlig ungewiß ist, nicht Gegenstand bindender Entscheidungen sein können, ganz besonders dann zur Geltung kommen, wenn ein Gebiet in Frage steht, welches die eigene Interessensphäre nicht berührt, wohl aber den Mittelpunkt divergierender Bestrebungen anderer Großmächte bildet.

Die Gründe, welche uns seinerzeit veranlaßt hatten, die auf den Orient und das Mittelmeer bezüglichen Fragen aus den Bündnisverträgen auszuscheiden und den casus foederis mit Österreich-Ungarn auf den Fall eines gegen dieses Reich gerichteten Angriffs Rußlands zu beschränken, bestehen unverändert fort. Wollten wir über die ausdrücklichen Bestimmungen jener Verträge hinaus Österreich-Ungarn unsere Unterstützung zusagen, falls es in einem russischen Vorgehen nach Konstantinopel einen casus belli erblicken zu müssen glaubt, so würden wir die Verantwortlichkeit für etwaige aggressive Pläne des Wiener Kabinetts übernehmen, die Grundlagen unserer bewährten Orientpolitik preisgeben und damit für uns die Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten steigern; wollten wir umgekehrt dem Wiener Kabinett erklären, daß wir Österreich-Ungarn bei einem Kriege mit Rußland aus Anlaß der Meerengenfrage seinem Schicksal preisgeben würden, so hieße dies unsere Verbündeten entmutigen und dem Pessimismus zutreiben.

Die heutige Lage bietet kein Moment, welches uns veranlassen könnte, die Wahl zwischen diesen beiden Alternativen zu treffen und in bindender Form zu erklären, was wir tun und was wir nicht tun würden, falls Rußland sich der Dardanellen bemächtigt. Dafür, daß Rußland derartige Absichten hege, liegt im Augenblick nicht das geringste Anzeichen vor: im Gegenteil hat erst neulich die Antwort, welche Fürst Lobanow auf die jüngste englische Anregung gegeben*, dargetan, daß für das russische Kabinett zurzeit die Erhaltung des status quo, wie er durch die Verträge geschaffen ist, den leitenden Gesichtspunkt bildet. Die Tatsache, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn militärische Pourparlers mit Hinsicht auf die Rückwirkung einer möglichen russischen Aktion in den Meerengen stattfinden, könnte um so weniger geheim bleiben, als zwischen Österreich-Ungarn und England Verhandlungen über die gleiche Frage bevorstehen, und für letzteres die eventuelle Haltung Deutschlands Gegenstand einer begreiflichen Neugierde bilden würde. Das Bekanntwerden jener Tatsache würde allen Gegnern Deutschlands die erwünschte Gelegenheit bieten, die friedlichen Tendenzen Euerer Majestät Politik und insbesondere

* Es handelt sich um den englischen Vorschlag der Einsetzung einer Botschafterkonferenz behufs Prüfung und Regelung der inneren türkischen Interessen. Näheres darüber in Bd. XII, Kap. LXXIII.

die Aufrichtigkeit Allerhöchstdero Freundschaftsbezeugungen für den russischen Kaiser anzuzweifeln und zu verdächtigen. Mit dem Eintritt in solche Verhandlungen würden wir in diesem Augenblick also nur die Geschäfte Englands treiben. Die Grundlage der englischen Politik ist der Antagonismus der beiden großen Gruppen der Kontinentalmächte. Die Wahrnehmung, daß dank der friedlichen Politik Euerer Majestät jener Antagonismus allmählich sich milderte, hat dem Londoner Kabinett jene Orientpolitik eingegeben, welche bestimmt war, jene Gegensätze von neuem anzufachen; zu diesem Zwecke hat es versucht, unsere Verbündeten bald gegen Rußland vorzuschieben, bald die Aufrichtigkeit ihrer Politik bei Rußland zu verdächtigen. Daß Euerer Majestät Politik alle diese Versuche durchkreuzt hat, ist vielleicht mehr als die Transvaalfrage die wirkende Ursache der heutigen englischen Stimmung[1].

Aus diesen Gründen bitte ich Euere Majestät um die Ermächtigung, den Botschafter Grafen zu Eulenburg anweisen zu dürfen, daß er alle Anfragen, welche an ihn von politischer und militärischer Seite bezüglich unserer eventuellen Haltung für den Fall einer russischen Aktion in den Meerengen gerichtet werden, dahin beantworte, daß, wenn Österreich-Ungarn aus solchem Anlaß in einen Krieg mit Rußland gerate, es auf eigene Verantwortlichkeit handele, daß wir aber allerdings nicht zugeben würden, daß Österreich-Ungarns Großmachtstellung ernsthaft bedroht werde[1].

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden W. 3/II. 96
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Richtig

Nr. 2672

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 100 Berlin, den 5. Februar 1896

Der Privatbrief, durch welchen Euer pp. Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch des General Beck übermittelt haben, mit dem General Graf Schlieffen in Verhandlung wegen einzelner militärpolitischer Spezialfragen einzutreten*, ist mir vorgestern von Seiner Majestät übergeben worden. Der allerhöchsten Willensmeinung entsprechend bin ich sofort mit dem Grafen Schlieffen in Beratung getreten, deren Ergebnis in dem abschriftlich beigefügten Immediatberichte niedergelegt ist. Wie Euer pp. aus den allerhöchsten Randbemerkungen entnehmen wollen,

---

* Siehe Nr. 2670.

hat Seine Majestät geruht, in Würdigung unserer dargelegten Gründe zu bestimmen, daß von den österreichischerseits gewünschten Besprechungen der beiden Generalstabschefs, sowie insbesondere von der Definierung der wiederholt von österreichischer Seite angeregten Frage, wann wir im konkreten Falle den casus foederis als eingetreten betrachten würden, zurzeit abzusehen sei.

C. Hohenlohe

Nr. 2673

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 39
Vertraulich

Wien, den 1. März 1896

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage die Aufzeichnung des Prinzen Lichnowsky zu überreichen, welche er über eine Unterhaltung zwischen ihm und dem ersten Sektionschef im auswärtigen Ministerium Grafen Welsersheimb machte.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in seinen Grundzügen die Anschauung des Grafen sich mit derjenigen seines Herrn Chefs deckt. Auch aus diesen Bemerkungen geht jenes Gefühl der Unsicherheit hervor, welches ich bei Graf Goluchowski bemerkte, und von dem zu berichten ich die Ehre hatte. Die englische Ablehnung der österreichischen Vorschläge* hat das gesamte Ministerium deroutiert[1]. Tritt nun bei dieser Unsicherheit einerseits der Wunsch zutage, in einer Art Johannistrieb das Bündnis mit Deutschland neu und fest als den sichersten alten Hort erblühen zu sehen, so ist es andererseits ein Kennzeichen der Deroute, andere für den unbehaglichen Zustand verantwortlich zu machen — und sich nun auf Kosten der anderen salvieren zu wollen, so gut es geht. Ich glaube nicht, daß Veranlassung ist anzunehmen, Österreich werde aus den Kombinationen, welche Verlegenheit erzeugten, zu Taten schreiten: Hierfür gibt die immer stärker werdende Aktionsunlust Kaiser Franz Josephs eine starke Sicherheit, aber ich glaube allerdings, daß, wenn die deutsche Politik in den Bahnen weiterschreitet, in welche sie neuerdings einlenkte[2], das Gefühl hier mehr und mehr zum Durchbruch kommen wird, daß die Flitterwochen des Dreibundes definitiv vorüber sind.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! War ja doch bestimmt voraus zu sehen! Ein ministerielles Adua!
[2] was soll das?

* Vgl. Kap. LXV, Nr. 2664.

Anlage

Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Wien Prinzen von Lichnowsky

Reinschrift

Wien, den 29. Februar 1896

Als ich gestern den Grafen Welsersheimb besuchte, lenkte derselbe die Unterhaltung auf die auswärtige Politik*. Der erste Sektionschef schickte voraus, er spreche lediglich seine persönlichen Ansichten aus und keineswegs in amtlicher Eigenschaft, auch bat er mich, nur einen streng vertraulichen Gebrauch von seinen Mitteilungen zu machen. Ich glaube jedoch in der Annahme nicht zu irren, daß seine Ausführungen die wirklichen und intimeren Anschauungen des Grafen Goluchowski sowie anderer maßgebenden Persönlichkeiten wiedergeben.

Eine tiefer gehende Unzufriedenheit und Ungemütlichkeit über die augenblickliche Stellung Österreich-Ungarns in der auswärtigen Politik war unverkennbar. Der Graf erklärte mir nicht ohne Verlegenheit, daß seinen patriotischen Gefühlen die jetzige Lage seines Vaterlandes durchaus nicht zusagen könne.

Bezüglich Bulgariens sei man zwar entschlossen, gute Mienen zu bösem Spiel zu machen, auch sei bei den dauernden Annäherungsversuchen des Prinzen Ferdinand an Rußland der letzte Schritt** vorauszusehen gewesen, es sei auch möglich, daß Bulgarien, durch russische Übergriffe ernüchtert, sich demnächst wieder Österreich zuwenden werde, allein jeder Kenner österreichischer Verhältnisse müsse begreifen, daß Fortschritte Rußlands am Balkan hier beunruhigen müßten[1]. Deutschland sehe den Dingen mit Teilnahmslosigkeit zu, auf Italien, welches eine Abenteuererpolitik treibe und ein Bundesgenosse von zweifelhaftem Werte sei, wäre kein Verlaß, und England vollends schiene sich ganz aus dem Orient zurückziehen zu wollen.

Österreich-Ungarn könne in dieser Lage nicht seine Rechnung finden. Es müsse sich fragen, wie es seinen im Sinken begriffenen Einfluß, sein nicht in wünschenswertem Maße zur Geltung gelangendes politisches Ansehen fördern und seine gerechten Interessen im Orient schützen solle[2].

---

* Hiernach wäre die Initiative zu dem Gespräch von Graf Welsersheimb ausgegangen und nicht, wie es der französische Botschafter in Wien, Lozé, in einer Depesche vom 9. März 1896 (im Auszug mitgeteilt von Georges Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, p. 278, n. 3) hinstellt, von Lichnowsky.

** Gemeint ist der als Unterpfand einer Aussöhnung mit Rußland erfolgte Übertritt des präsumptiven bulgarischen Thronfolgers, Prinz Boris, zum orthodoxen Glauben (14. Februar 1896), der zur Anerkennung des Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien seitens der Türkei, Rußlands usw. führte. Vgl. Bd. XII, Kap. LXXV.

Während Deutschland ein mehr positives Programm habe, sowohl bezüglich seiner Kolonien als in Europa, wo es in erster Linie danach strebe, sich mit Rußland gut zu stellen, falle Österreich-Ungarn eigentlich jetzt eine negative Rolle zu, die Wahrung des status quo, ohne irgendwelche Gewährleistung seiner einzigen ernsthaften auswärtigen, sowohl wirtschaftlichen als politischen Interessen, nämlich der orientalischen.

Durch den Ausschluß aus Deutschland sei Österreich auf den Orient angewiesen, der hiesige Handel habe in den Balkanländern ein günstiges Absatzgebiet gefunden; auch sei es eine politische Lebensfrage, nicht dadurch völlig in den Machtbereich Rußlands zu geraten, daß dieses allmählich bis an das Adriatische Meer vordringe oder wenigstens bis dort gebiete.

Der zweifellos unvermeidliche Zusammenbruch der Türkei mache es für Österreich-Ungarn besonders notwendig, alle Möglichkeiten für die Zukunft ins Auge zu fassen. Russische Erfolge in der Orientpolitik würden auch auf die österreichischen Slawen verhängnisvoll wirken, welche meist in Rußland den Förderer ihrer politischen Zwecke erblicken.

Von deutscher Seite werde fortwährend „gepredigt", sie sollten sich mit Rußland verständigen, nichts tun, um Konflikte herbeizuführen. Noch kürzlich habe Seine Majestät der Kaiser und König die sogenannte Teilung der Interessensphären anempfohlen. Dasselbe habe auch der Herr Reichskanzler dem Grafen Goluchowski angeraten.

Es sei schwer, sich etwas Praktisches darunter vorzustellen[3]. Welche Sicherheit hätte denn Österreich, daß, nachdem tatsächlich der Strich auf der Karte gezogen, Rußland nicht fortfährt, jenseits desselben zu agitieren, daß nicht Serben und Montenegriner wie bisher zu Rußland hinneigen? Sollte man dann in Belgrad einrücken? Sollte man durch Eroberung Albaniens und etwa Salonikis ein neues staatsrechtliches Gebilde schaffen[4]?

Außerdem müßte eine wirkliche Einigung Österreich-Ungarns mit Rußland, wie sie von deutscher Seite immer dringender befürwortet würde, den Dreibund vernichten. Ein Bündnis setze einen gemeinsamen Gegensatz voraus, mit Frankreich bestehe kein solcher für Österreich-Ungarn, nicht der geringste Interessenkonflikt. Für Österreich-Ungarn sei es eigentlich ganz gleichgültig, wem Elsaß-Lothringen gehöre[5]. Das Bündnis mit Deutschland bestehe für sie unter der Voraussetzung, Schutz gegen Rußland zu gewähren. Sei dieser Schutz überflüssig, dann entfalle auch die Notwendigkeit und der Sinn des Bundesverhältnisses. Österreich-Ungarn müsse sich klar darüber werden, was es bezüglich seiner orientalischen Interessen von Deutschland zu gewärtigen habe, der jetzige Zustand sei nicht genügend klar. Die österreichisch-ungarische Politik müsse ausgesprochenen positiven Zielen zustreben und

sich mehr zur Geltung bringen[6], als dies in letzter Zeit geschehen. Von einer Annäherung an Rußland verspricht sich der Graf wenig Erfolg und fürchtet den Anschein der Schwäche zu erwecken.

England habe erkannt, daß unter den vielen Interessen, die es auf allen Seiten des Globus zu vertreten habe, die orientalischen die geringsten seien; in Deutschland erblicke es augenblicklich seinen Hauptgegner, da koloniale und wirtschaftliche Rücksichten immer mehr in den Vordergrund träten. Die Transvaalangelegenheit habe jene Erkenntnis gereift und die ablehnende Haltung den österreichischen Vorschlägen gegenüber zur Folge gehabt; England wolle sich nicht mit Mächten einlassen, die mit Deutschland verbündet sind, und ziehe es vor, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen[7]*.

Die Sonderinteressen jedes einzelnen der Dreibundmächte seien nachgerade zu auseinandergehende geworden, um nicht wenigstens in der öffentlichen Meinung das Vertrauen in denselben zu erschüttern. Wenigstens zwischen Berlin und Wien sei daher ein unbedingtes Zusammengehen erforderlich; selbstverständlich müsse nicht nur alles richtig sein, was man sich sage, sondern es sei auch unerläßlich, daß man sich alles sage. Darin liege ein bedeutender Unterschied!

Der Graf schien zu vermuten, daß die Kaiserliche Regierung einem neuen Dreikaiserbunde zustrebe, welcher etwa auf Kosten der Habsburgischen Orientwünsche geschlossen werden solle[8], und war sichtlich erleichtert, als ich ihn ernstlich versichern konnte, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs mehr denn je von der Notwendigkeit der gegenwärtigen Gruppierung als Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland überzeugt sei[9], und niemand daran denke, zugunsten Rußlands politisch abzudanken, und wie dies die Voraussetzung der heiligen Allianz bildete, sich der Führerschaft des Zarentums anzuvertrauen**.

C. M. Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Warum hat denn Oesterreich Stamboulow fallen lassen?!
[2] indem es seine Politik weniger thöricht führt
[3] !?
[4] na den Versuch ist es werth!! Wenn auch nicht durch Erobrung
[5] So?!
[6] d. h. Goluchowski will Bismarck werden!
[7] die es nicht findet
[8] !
[9] richtig

---

* Vgl. dazu Kap. LXV, Nr. 2664, S. 101, Fußnote *.
** Vgl. auch Kap. LXV, Nr. 2662.

Nr. 2674

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 2. März 1896

Was heißt das, wenn Welsersheimb sagt, die jetzige Lage seines Vaterlandes könne ihm nicht zusagen? Daraus folgt, daß Österreichs leitende Staatsmänner eine Aktion im Sinne hatten, bei der sie auf uns rechneten.

Warum sollen wir anders als „mit Teilnahmlosigkeit" den Dingen im Balkan zusehen? Wenn, wie Welhersheimb sagt, „auf Italien kein Verlaß" ist, und England sich zurückzieht, so sind wir dafür doch nicht verantwortlich; noch weniger können **wir** jetzt an die Stelle von England und Italien treten und die österreichischen Pläne im Orient unterstützen.

Wo sind die Interessen Österreichs im Orient, wenn es stets versichert, daß es keine Balkanstaaten **mehr** brauchen könne? Wenn das türkische Reich zusammenfällt, muß Österreich aktiv auftreten und die Fragen bejahen, die Welsersheimb auf Seite 7 (oben)** stellt. Von einer wirklichen „Einigung" mit Rußland ist keine Rede; aber die Verständigung mit Rußland und gute Beziehungen zwischen dem Dreibund und Rußland sind ja der Zweck des letzteren***. Rußland geht stets mit dem Plan um, Österreich zu zerstören und wird diesen Plan ausführen, wenn Österreich den Dreibund aufgibt.

Daß „England in Deutschland seinen Hauptgegner erblickt", ist ein Irrtum. Die momentane Verstimmung wegen der Transvaalsache wird vorübergehen. Die Verständigung Englands mit Frankreich ist solange unmöglich, als Frankreich der Vasall Rußlands ist. Ebensowenig Aussicht ist auf den neuen Dreikaiserbund, der dem Baron Welsersheimb vorschwebt.

Wir halten am Dreibund fest, wollen ihn aber nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Österreichs im Orient verwenden lassen. Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibunds zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will.

C. Hohenlohe

---

* Siehe Nr. 2673.
** Siehe S. 117, vorletzter Absatz.
*** D. h. des Dreibundes.

Nr. 2675

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 4. März 1896

Euerer Majestät gestatte ich mir den Wiener Bericht Nr. 39 nebst Anlage* sowie den Entwurf meiner Antwort** ehrfurchtsvoll zu unterbreiten.

In der Anlage des Berichts hat der erste Sektionschef Graf Welsersheimb solche politische Reflexionen, die Graf Goluchowski ihrer Schärfe wegen nicht selber dem Botschafter Euerer Majestät machen wollte, auftragsgemäß an den Mann gebracht. Graf Welsersheimb findet, daß die österreichisch-ungarische Monarchie kein Interesse an Elsaß-Lothringen hat; daß England lediglich deshalb, weil Österreich im Dreibunde ist, und aus Feindschaft gegen Deutschland, eine feste Abmachung mit Österreich-Ungarn abgelehnt hat; daß Deutschland seinerseits, um dessentwillen der englische Beistand für Österreich-Ungarn verloren geht, teilnahmlos den Wandlungen der orientalischen Frage zuschaut. Der Schluß, den Graf Welsersheimb, d. h. Graf Goluchowski, uns ziehen lassen möchte, liegt nahe, daß nämlich Deutschland den Schaden, den Österreich durch das Fernbleiben Englands erleidet, aus eigenen Kräften ersetzen, also Österreich gegenüber diejenigen Verbindlichkeiten übernehmen soll, welche England, angeblich bloß aus Feindschaft gegen Deutschland, einzugehen abgelehnt hat[1].

Es wird damit der Regierung Euerer Majestät eine Last von moralischer Verantwortung aufgebürdet, die sie von sich abwälzen muß, um so mehr da der Termin der Erneuerung des Dreibundes herannaht. Wir können uns darauf gefaßt machen, daß das Wiener Kabinett, wenn die Theorie von der Haftpflicht Deutschlands für den österreichischerseits durch den Wegfall englischer Unterstützung erlittenen Schaden nicht inzwischen widerlegt ist, die Verlängerung des Dreibundes wird von der Bedingung abhängig machen wollen, daß der Dreibundvertrag auf die Orientfrage, insbesondere auf die Meerengenfrage ausgedehnt werde.

Als das sicherste Vorbeugungsmittel gegen ein Ansinnen, welches Euerer Majestät Regierung jedenfalls abzulehnen haben würde, erscheint es mir, wenn schon jetzt gleich das Wiener Kabinett in die Lage gesetzt wird, die Illusion zu beseitigen, als habe England den Abschluß einer festen Abmachung mit Österreich wirklich nur aus Erbitterung gegen Deutschland anläßlich der Transvaalfrage abgelehnt. Diese Aufklärung würde sich leicht herbeiführen lassen, wenn Euere

---

* Siehe Nr. 2673 nebst Anlage.
** Vgl. Nr. 2676.

Majestät das österreichisch-ungarische Kabinett ermächtigen, in England zu erklären, daß Österreich durch die bloße Tatsache des Abschlusses eines Vertrages mit England frei von allen Verpflichtungen gegen den Dreibund, wenigstens gegen Deutschland, werden würde. Wir riskieren nicht, daß Lord Salisbury die Österreicher beim Worte nimmt; denn wenn England überhaupt geneigt wäre, ein Bündnis mit Österreich zu schließen, so würde jedenfalls Österreich mit den Kräften des Dreibunds, insbesondere Deutschlands, als Rückhalt ein unverhältnismäßig wertvollerer Alliierter sein als Österreich allein. Der Gedanke, dem Graf Welsersheimb offenbar im Einverständnis mit dem Grafen Goluchowski Ausdruck gegeben hat, daß England aus Groll über die deutsche Transvaalpolitik jede Möglichkeit einer eventuellen Unterstützung österreichisch-englischer Interessen durch Euerer Majestät Heer und Flotte von sich weise, ist eigentlich fast kindlich zu nennen[2] und wird ad absurdum reduziert in dem Augenblick, wo die österreichische Regierung die Ermächtigung erhält, der englischen Regierung die Frage zu stellen, ob England lieber mit Österreich als vereinzelter Macht verhandeln wolle, als mit einem Österreich, welches für den Notfall noch den Dreibund in Reserve habe[2]. Wenn diese Frage aber jetzt nicht gestellt, wenn Österreich nicht darauf hingewiesen wird, die Probe aufs Exempel zu machen, so werden wir zwischen jetzt und Jahresfrist anläßlich der Erneuerung des Dreibundes von Wien aus die Klage zu hören bekommen, daß Österreich lediglich wegen seines Bündnisses mit Deutschland auf das Bündnis mit England hat verzichten müssen, daß Deutschland daher anständigerweise diejenigen Verpflichtungen — Verteidigung der Meerengen etc. — zu übernehmen hat, die man von England vergeblich erhoffte. Um dieser unangenehmen Erörterung vorzubeugen, welche, nach der Tonart der Welsersheimbschen Äußerungen zu urteilen, eine ziemliche Schärfe annehmen würde, halte ich es für ebenso nützlich wie ungefährlich, den Österreichern zu sagen, daß sie gleich jetzt die Probe machen können, ob England sie als vereinzelte Macht und ohne die Fessel des Dreibundes lieber zum Verbündeten nehmen will, als mit dieser Fessel[3]. Die englische Antwort auf eine derartige österreichische Anfrage ist nicht zweifelhaft. Ich halte es überhaupt für höchst unwahrscheinlich, daß das Wiener Kabinett die Anfrage wird stellen wollen. Aber schon dadurch, daß wir den Österreichern die Freiheit geben, jene Anfrage zu stellen, vereiteln wir den Erpressungsversuch, welcher der Behauptung zugrunde liegt, daß Deutschland allein für das Nichtzustandekommen eines österreichisch-englischen Bündnisses verantwortlich sei.

Euere Majestät bitte ich deshalb huldreichst genehmigen zu wollen, daß ich an den Botschafter Grafen Eulenburg den im Entwurf alleruntertänigst beigefügten Erlaß* richte[4]. Fürst von Hohenlohe

---

* Vgl. Nr. 2676.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] und um uns zu drohen „spricht" man mit dem Präsidenten der R[épublique] F[rançaise] *
[2] ja
[3] ja vorausgesetzt daß sie nicht heimlich über London sich mit Paris verständigen
[4] Ja!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Pole ist noch sehr jung.

Nr. 2676

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 201a

Berlin, den 5. März 1896
[abgegangen am 6. März]

Die durch Ew. pp. Bericht Nr. 39** übermittelten politischen Ideen des Sektionschefs Grafen Welsersheimb würden als solche keiner Widerlegung bedürfen. Wenn und soweit jedoch Graf Goluchowski jene Ideen teilt, — was ich Ew. pp. demnächst festzustellen bitte —, wollen Ew. pp. unter Zugrundelegung der folgenden Gesichtspunkte auf die Besprechung eingehen:

Ein Bündnis mit Rußland erstreben wir, wenigstens solange der Dreibund in seiner jetzigen Zusammensetzung fortbesteht, nicht. Insbesondere kann ein Drei-Kaiser-Bündnis wegen der Beziehungen Rußlands zu Frankreichs für jetzt gar nicht in Frage kommen[1]. Ob dasselbe einstmals in der Zukunft etwa ersprießlich sein würde, braucht heute nicht erörtert zu werden. Dagegen sind freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich als Mitglied des Dreibunds und Rußland für den Dreibund und namentlich für Österreich nützlich. Fürst Bismarck hat diesen Gesichtspunkt seinerzeit dem Wiener Kabinett und auch dem Kaiser Franz Joseph gegenüber mehr als einmal hervorgehoben.

Daß ich zu Graf Goluchowski von der Wiederbelebung des Gedankens der balkanischen Interessensphären gesprochen haben sollte, würde mich wundern, da es weder mit meinen Notizen noch mit meinen Auffassungen im Einklang ist. Der Plan einer Teilung der Interessensphären war nur praktisch, solange Rußland das Streben verfolgte, die durch russische Waffen vom türkischen Joche befreiten Gebietsteile materiell zu beherrschen. Der jetzt veraltete „Grashdanin" des Fürsten Mestscherski hält noch heute für die einzig richtige russische

---

* Anspielung auf die Begegnung Kaiser Franz Josephs mit dem Präsidenten Faure in Mentone (5. März), der kurz darauf die Verleihung des Stefansordens an den Präsidenten folgte.
** Siehe Nr. 2673.

Politik und sprach es vor wenigen Tagen aus, daß Rußland Rumänien und Bulgarien zu russischen Gouvernements machen solle. Das heutige offizielle Rußland erklärt aber, daß die balkanischen Staatenbildungen genügend erstarkt sind, um aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln weiter zu leben. Wir haben auch seit der Regierung Nikolaus II. keine Anzeichen bemerkt, welche mit diesem amtlichen Programm im Widerspruch ständen. Unter diesen Umständen wird das Überwiegen russischen oder österreichischen Einflusses in den einzelnen Balkanstaaten wesentlich von der Diplomatie, Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Mächte abhängen. Über die österreichische Diplomatie gegenüber Stambulow und König Milan habe ich mich bereits ausgesprochen*. Daß auch der modus procedendi österreichischer Finanzinstitute, namentlich der Länderbank, keine Sympathien für Österreich, sei es in Serbien, sei es in Bulgarien erweckt hat, darf ich als bekannt voraussetzen. In diesem einen Punkte, daß die Balkanfrage durch andere Mittel als durch eine Teilung der Interessensphären behandelt werden muß, kann ich mich also mit der österreichischen Auffassung einverstanden erklären.

Dagegen bin ich außerstande, die gleiche Übereinstimmung zu konstatieren bezüglich dessen, was über Zusammenwirken Deutschlands und Österreichs zur Erreichung positiver Balkanziele, d. h. also für eine aktive Balkanpolitik des Dreibundes österreichischerseits gesagt ist. Da Österreich-Ungarn eine Gebietserweiterung von sich weist, so kann mit seiner „positiven Politik" wohl nur die Verteidigung der Meerengen gemeint sein. Österreich-Ungarn und Deutschland würden sich da also als Puffer zwischen Rußland und England schieben. Diese Politik können wir nicht mitmachen[1]; wir bleiben aber bei dem Programm, daß, wenn die uns befreundete österreichisch-ungarische Monarchie, selbst infolge von Unternehmungen, die wir mißbilligen, in Lebensgefahr kommt, wir ihr beispringen müssen. Wann dieser Augenblick eintritt, wird von Eventualitäten abhängen, welche dann Gegenstand gemeinsamer Erwägung sein werden. Wir möchten um so weniger Österreich-Ungarn ermuntern, die Russen vom Mittelmeer fern zu halten, da wir der Überzeugung sind, daß der freie Eintritt Rußlands in das Mittelmeer den Anlaß zu neuen Gruppierungen der Mächte bieten[1], daß er den Druck der russischen Militärmacht, welcher heute ausschließlich auf Deutschland und Österreich-Ungarn lastet, noch anderen heute abseitsstehenden Mächten fühlbar machen würde. Gegen die Erleichterung, welche sich für Deutschland wie für Österreich-Ungarn aus dieser Verteilung von Rußlands Aufmerksamkeit und Rußlands Macht ergibt, kann das dadurch gleichzeitig erhöhte Prestige Rußlands bei einzelnen kleinen Balkanstaaten kein Gegengewicht bilden. Sehr fraglich bleibt auch, ob dieses Prestige praktisch besonders wirksam werden wird; denn Rußland, wenn es ohne Krieg die Durchfahrt ins

* Siehe Bd. XII, Kap. LXXV.

Mittelmeer erlangt, wird sich der konzentrischen Eifersucht aller Mittelmeermächte gegenüber sehen und daher schwerlich in der Lage sein, die ihm verfügbaren materiellen Machtmittel im Balkan zu zersplittern.

In Vorstehendem habe ich nochmals in Kürze den Gedankengang wiedergegeben, von welchem die Regierung Seiner Majestät in ihrer Orientpolitik geleitet wird. In meiner Überzeugung von der Richtigkeit derselben bin ich neuerdings noch dadurch bestärkt worden, daß, wie ich aus guter Quelle zu wissen glaube, die französische Regierung zur Zeit des Ministers Hanotaux sich bemüht hat, Rußland von dem Gedanken der Festsetzung in den Meerengen abzubringen. Es liegt aller Anlaß vor, anzunehmen, daß es lediglich die Rücksichtnahme auf Frankreich und der Wunsch, sich Frankreich vor dem großen Konflikt mit England nicht zu entfremden, ist, wodurch Rußland vermocht wurde, vor dem Bosporus haltzumachen. Durch die Hineinziehung Frankreichs werde ich daran erinnert, daß der österreichische Sektionschef, um ein Pendant zu der „Teilnahmlosigkeit" Deutschlands in Balkanfragen zu finden, hervorgehoben hat, daß Österreich-Ungarn kein Interesse an Elsaß-Lothringen habe. Der Dreibundvertrag mutet aber auch dem Wiener Kabinett gar kein derartiges Interesse zu[1]. Bei einem deutsch-französischen Kriegsduell würde Österreich-Ungarn sich vertragsmäßig auf die Rolle des Wohlwollend-Neutralen beschränken.

Wenn endlich von österreichisch-ungarischer Seite die Behauptung aufgestellt wird, daß die englische Regierung in ihrer Erbitterung über den Transvaalzwischenfall eine feste Abmachung mit Österreich-Ungarn lediglich deshalb abgelehnt habe, weil letzteres der Verbündete Deutschlands sei, so beruht nach meiner festen Überzeugung diese Annahme auf einem Irrtum. Weder glaube ich an eine so hochgradige Erbitterung der englischen Regierung[2], noch glaube ich, daß Lord Salisbury sich von einem Schritt, den er wirklich für möglich erachtete, durch vorübergehende Mißstimmung würde abhalten lassen. Immerhin würde jedoch für Deutschland aus der unwiderlegten, allmählich zur Geschichte umgewandelten Legende, daß Österreich-Ungarn um Deutschlands willen die tatkräftige Freundschaft Englands eingebüßt habe, eine schwere moralische Verantwortung erwachsen. Dieser unnötigen Belastung der deutsch-österreichischen Beziehungen vorzubeugen, betrachte ich als eine wichtige Aufgabe. Nach eingeholter Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers beauftrage ich daher Ew. pp., dem Grafen Goluchowski, nachdem Sie sich zuvor vergewissert haben, daß auch er zu den Anhängern der Legende gehört, sagen zu wollen, daß Deutschland den Aussichten, welche Österreich-Ungarn auf ein Bündnis mit England zu haben glaubt, nicht im Wege stehen will, daß daher das Wiener Kabinett dem englischen Kabinett erklären kann, Österreich werde in dem Augenblick, wo es z. B. bei Abschluß jenes Abkommens mit England den entsprechenden

Wunsch äußerte, von den Verpflichtungen des Dreibunds, jedenfalls von denjenigen gegenüber dem Deutschen Reiche entbunden werden.

Sollten, wie ich vermute, die Hoffnungen, welche Graf Goluchowski auf die englische Regierung setzt, sich nicht erfüllen, so würden die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vertragsmäßig unverändert bleiben, hinsichtlich der beiderseitigen Gesinnung aber sich bessern nach der Entfernung des Stachels, der vorhanden ist, solange Österreich-Ungarn sich in dem Glauben befindet, durch seine Freundschaft für Deutschland zu einem unverstandenen und unerwiderten Opfer veranlaßt worden zu sein.

C. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift des Entwurfs:
Einverstanden W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 2677

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 41 Berlin, den 7. März 1896

Bei freundschaftlicher Besprechung des gestrigen Erlasses* wollen Ew. dem Grafen Goluchowski darüber keinen Zweifel lassen, daß wir an unseren Freunden festhalten werden, solange die an uns festhalten.

Bezüglich der Kriegshetzereien Englands mache ich darauf aufmerksam, daß der „Daily Telegraph" von gestern und die „Times" von heute Rußland auffordern, die elsässische Frage zu regeln. England versucht eine Ableitung durch die elsaß-lothringische Frage zu erreichen, nachdem die armenische und die abessinische Frage nicht zu dem gehofften Kontinentalkriege geführt haben. —

Dies bestätigt meine Überzeugung, daß England durch sein krampfhaftes, allerdings ziemlich aussichtsloses Bestreben, Kriege, an denen es nicht teilzunehmen braucht, herbeizuführen, eine Gefahr für den europäischen Kontinent werden kann. Diese Art von Politik wird in England erst nachlassen, wenn man die Erfolglosigkeit der Hetzereien erkannt haben wird; bis dahin aber wird England für keine Kombination, pro oder contra, als aktiver Teilnehmer zu haben sein.

Für den Dreibund ist nach meiner Ansicht, falls er bestehen bleiben soll, nur eines zu tun; zusammenhalten, sich ruhig halten,

---

* Siehe Nr. 2676.

seiner eignen Stärke vertrauen und keine anderen Bündnisse suchen, sei es, wo es sei*.

C. Hohenlohe

Nr. 2678

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 42 Wien, den 6. März 1896

Ganz vertraulich

Ich habe in den letzten Tagen vielfach mit dem Grafen Goluchowski über die politische Lage gesprochen.

Ich vermag mit ziemlicher Genauigkeit anzugeben, welcher Standpunkt sich aus den vielen Aufregungen, denen er in der letzten Zeit unterworfen war, entwickelt hat, und was der Kernpunkt der Gedanken ist, die er bei seinem nächsten Aufenthalt in Berlin zum Ausdruck bringen wird.

Ich habe in meiner Berichterstattung die Ansicht vertreten, daß die Haltung Englands und der neueste Gang der europäischen Politik den Grafen stark beunruhigte, und als zunächst eintretende Wirkung sich das Bedürfnis einstellte, den Dreibund noch mehr als bisher zur Geltung zu bringen. In dieser Auffassung bin ich nur noch bestärkt worden. Auch das Faktum seiner Reise nach Berlin** bedeutet eine Bestätigung. Das Bedürfnis, sich Rat, Hoffnung, jedenfalls aber die Gewißheit zu holen, daß unsere Politik keine ihm unerwünschte Richtung einschlägt, ist die eine Seite seines Entschlusses, die andere der Glaube, daß seine Reise dazu beitragen wird, das Prestige des Dreibundes zu heben, von dessen Sinken er trotz aller meiner dagegen angeführten Argumente mit immer größerer Sorge spricht. Er begrüßt aus diesem Grunde auch mit größter Freude und Genugtuung die geplante Reise Seiner Maje-

* Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2658, S. 92, Fußnote **.

** Graf Goluchowski weilte vom 10. bis 13. März 1895 zum Zweck einer gründlichen Aussprache mit den Leitern der deutschen Außenpolitik in Berlin. Der Entschluß zu der Reise des österreichischen Staatsmanns war nicht etwa von deutscher Seite provoziert, wie Georg Pagès (Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, p. 278) aus den Berichten des französischen Botschafters in Wien, Lozé, schließen will, sondern ein durchaus spontaner. Näheres über die Unterredungen zwischen Graf Goluchowski und den deutschen Staatsmännern in Berlin siehe in Nr. 2680. Es findet sich nicht, wie gleich hier bemerkt sei, daß der österreichische Minister auf eine mehr akzentuierte Dreibundpolitik Deutschlands gedrängt habe; freilich hatte ihn Graf Eulenburg laut eines Telegramms vom 8. März (s. Nr. 2679) auch davor gewarnt, diesen Punkt in Berlin zu sehr zu urgieren.

stät des Kaisers und Königs nach Italien und Österreich* und sieht in der Begegnung der Monarchen eine wertvolle Kräftigung des Bundes.

Ohne es mir direkt ausgesprochen zu haben — aber als ein Facit aus einer Fülle gelegentlicher, meist unabsichtlicher Bemerkungen vermag ich zu erkennen, daß der Graf jenes vermeintliche Sinken des Ansehens des Dreibundes in der stärkeren Wendung Deutschlands nach Rußland sieht, in der Abwendung Englands von Deutschland, in den neuerlichen Symptomen für eine Abwendung Spaniens, in den Niederlagen Italiens** und besonders in der zu stark betonten passiven Haltung Deutschlands in Fragen, welche seiner Meinung nach das Interesse des Dreibundes berühren und maßgebend für die Haltung eines Gliedes desselben sind.

Abgesehen von anderen Gesichtspunkten hat Graf Goluchowski, um ein Gegengewicht gegen die in Deutschland vorhandene politische Strömung zu erlangen, die englische Entente angestrebt***. Das Fehlschlagen dieser Bestrebungen hat die Stimmung erzeugt, in der er sich jetzt befindet, die Stimmung der enttäuschten Hoffnungen und sorgenvollen Ungewißheiten.

Wenn er nun die österreichischen Beziehungen zu England als die einzige Korrektur für die mangelhafte Solidarität der drei Bundesmächte betrachtete, so hat sich in ihm nach der englischen Ablehnung die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß allein im Dreibund für die Interessen Österreich-Ungarns der nötige Rückhalt zu finden ist[1]. Ich nehme deshalb an, daß er in Berlin in erster Linie darauf hinzuwirken versuchen wird, Deutschland zu bewegen, eine, nicht etwa kriegerische, aber mehr akzentuierte Dreibund-Politik zu treiben; mehr und kräftiger auch die Zusammengehörigkeit zum Dreibund zu betätigen.

Ich bezweifele, daß er den Wunsch aussprechen wird, Deutschland möge sich von Rußland lieber trennen als sich ihm nähern — aber er wird vielleicht andeuten, daß der Bund zwischen Österreich und Deutschland darauf basiere, sich vor Rußland zu schützen, daß er also ein, wenn nicht gegen Rußland, so doch gegen gewisse russische Bestrebungen gerichteter Bund sei, welcher seine Bedeutung und Existenzberechtigung verliere, wenn der eine der Bundesgenossen mit dem gemeinsamen Gegner in ein Sonderverhältnis tritt[2].

Die Möglichkeit, mit Rußland auch nur in bessere Beziehungen zu kommen, erscheint dem Grafen nach der Änderung der Verhältnisse in Bulgarien noch schwieriger als vorher. Der Gegensatz zu Rußland ist so stark ausgesprochen, daß deshalb dem Grafen der Gedanke einer

---

* Am 23. März reiste das deutsche Kaiserpaar zu längerem Besuch nach Italien, wo es u. a. am 27. März den Vesuv bestieg und vom 11. bis 13. April in Venedig mit dem italienischen Königspaar zusammentraf; auf der Rückreise nach Deutschland besuchte es am 14. April in Wien den Kaiser Franz Joseph.
** Vgl. Kap. LXVIII.
*** Vgl. Kap. LXV.

etwaigen Annäherung an Frankreich undenkbar erscheint — abgesehen davon, daß dem Typus des katholischen Aristokraten die französische Regierung mit ihrem sozialistisch-antikirchlichen Anstrich widerwärtig ist. Daß er jedoch nicht beabsichtigt, alle Brücken abzubrechen, spricht sich deutlich in der Begegnung Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph mit dem Präsidenten Faure* aus.

Als Symptome dafür, daß der Graf sich in einem der französischen Politik entgegengesetzten Fahrwasser befindet, möchte ich auch, abgesehen von der ganz ausgesprochenen Tendenz, den Dreibund so unzweifelhaft wie möglich zu gestalten, die Haltung des Grafen in der spanischen Anleihefrage** und Italien betreffend, ansehen.

Der Gedanke einer möglichen Anlehnung Spaniens an Frankreich versetzt ihn in die äußerste Unruhe und Besorgnis. Er sagte mir, daß die Anlehnung an die französische Republik die Monarchie in Spanien zu Fall bringen würde. Es sei ihm bekannt, daß Rampolla*** mit allen Mitteln für die Republik in Spanien arbeite. Daher werde eine Anlehnung an Frankreich sofort die Saat aufgehen lassen, die der Kardinal gesäet habe. Diese Verstärkung des republikanischen Gedankens aber werde unaufhaltsam auf Italien wirken und berge Gefahren, die umso größer seien, nachdem das Land durch die Wendung der Dinge in Erythräa † geschwächt erschiene.

Er betrachte es jetzt als eine Verpflichtung, welche Deutschland und Österreich obliege, auf Italien in dem Sinne zu wirken, daß es sich beschränke und nicht mit ungemessener Eitelkeit von Mißerfolg zu Mißerfolg eile[4]. Die Ansicht, daß Italien sich beschränke, vertritt auch Graf Nigra, der einen anderen Ausweg nicht sieht.

Die Bedeutung, welche Graf Goluchowski jetzt einem zum Dreibund gehörigen starken Italien zuerkennt, steht in einigem Gegensatz zu der Auffassung, welche ich noch vor einigen Monaten konstatieren konnte. Bei den vor seinem Geiste aufsteigenden republikanischen Gefahren in Italien mag er sich wohl meiner häufigen Betrachtungen über die Wirkung einer italienischen Republik auf Südtirol und Triest erinnern.

So kommt es, daß Graf Goluchowski, auf allen Seiten Gefahren sehend, doch nur im Dreibunde das Heil Österreichs erkennt — indem ihm trotz aller ablehnenden Haltung Englands die schließliche Einsicht des Londoner Kabinetts als das Schutzengelbild vorschwebt, welches jetzt durch Gewölk verhüllt nur auf den ersten Sonnenstrahl

---

* Vgl. Nr. 2675, S. 122, Fußnote *.

** Durch den Aufstand in Kuba war Spanien zu der Aufnahme einer großen Anleihe genötigt, die es zunächst, sehr zum Mißvergnügen Graf Goluchowskis in Paris zu erhalten suchte, dann aber im Inlande aufnahm.

*** Kardinal Rampolla, päpstlicher Staatssekretär.

† Anfang März war die schwere Niederlage der Italiener bei Adua erfolgt. Vgl. Kap. LXVIII.

wartet, um wieder in seiner beruhigenden glänzenden Gestalt zu erscheinen.

Als sehr wünschenswert muß ich es allerdings bezeichnen, daß Graf Goluchowski mit dem festen Eindruck einer Beruhigung aus Berlin zurückkehrt und nicht mit dem einer Enttäuschung[5].

Ich glaube nicht, daß er zu den Staatsmännern gehört, welche viele Enttäuschungen auf einmal vertragen. Jedenfalls wird die Berliner Reise für ihn und die österreichische Politik von weittragender Bedeutung sein.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] Wenn Wien der Ansicht ist, daß es gut sei, wenn eine der Dreibundmächte mit Frankreich „sprechen" könne und Österreich dies am Besten könne, so bin ich der Ansicht, daß es gut ist, wenn einer vom Dreibund mit Russland „spricht", und das sind wir am Besten!

[4] haben wir von je her immer vertreten

[5] wenn er sich man beruhigen lassen will

Nr. 2679

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Wien, den 8. März 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 41*.

Ein Bericht des Herrn von Szögyény über eine Unterhaltung Seiner Majestät des Kaisers und Königs mit dem englischen Botschafter in Berlin**, wodurch nach Auffassung des Grafen Goluchowski die Basis für bessere deutsch-englische Beziehungen gelegt ist, hat den Minister sehr beglückt. Besonders auch die hierbei gemachte bedauernde Äußerung Seiner Majestät über die ablehnende Haltung Englands gegenüber den österreichischen Wünschen.

Nach diesem günstigen Eindruck konnte meine Mitteilung aller wesentlichen Punkte des Erlasses Nr. 201 a*** um so wirkungsvoller sein †. Ich halte danach die allerdings vorhanden gewesene Verstimmung

* Siehe Nr. 2677.

** Vgl. darüber Kap. LXVIII, Nr. 2770.

*** Siehe Nr. 2676.

† Die kurze Bemerkung ist alles, was Graf Eulenburg über die Erledigung des ihm am 5. März erteilten Auftrages berichtet hat; jedenfalls findet sich in den Akten nicht, daß er darauf zurückgekommen sei. Offenbar betrachtete Graf Eulenburg den Gegenstand mit der Reise Goluchowskis nach Berlin (bei der übrigens die deutsche Anheimgabe, daß Österreich ein Bündnis mit England unter Aufgabe seiner Dreibundverpflichtungen abschließen möge, auch nicht mehr zur Sprache gekommen zu sein scheint; vgl. das folgende Schriftstück) als erledigt.

über die getrübten deutsch-englischen Beziehungen für definitiv beseitigt und das Terrain für eine ersprießliche Aussprache in Berlin wesentlich geebnet.

Auf meine freundschaftliche Bemerkung, daß nach meiner Ansicht der Wunsch des Grafen nach einer mehr akzentuierten Politik Deutschlands im Sinne des Dreibundes der einzige Punkt sei, welcher zu einer ernsteren und vielleicht erfolglosen Diskussion in Berlin führen könnte, erwiderte Graf Goluchowski resignierter als bisher.

Die Stellung Spaniens scheint jedoch einen sehr wesentlichen Punkt für eine Besprechung in Berlin zu bilden. Mit allen Mitteln wünscht der Graf dem Abfall Spaniens aus der Interessensphäre des Dreibundes entgegengetreten zu sehen *.

Eulenburg

Nr. 2680

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 15. März 1896

In den Unterredungen mit Graf Goluchowski ** trat noch immer die Besorgnis vor der Besetzung Konstantinopels durch die Russen und vor den Gefahren zutage, die eine solche Wendung für den Bestand der österreichischen Monarchie haben werde. Wenn Rußland in Konstantinopel festen Fuß fasse, werde sich der russische Einfluß bis nach Dalmatien hin geltend machen. Graf Goluchowski erkannte aber an, daß zu dieser Besorgnis zurzeit kein Grund vorhanden, und daß dies eine cura posterior sei. Da jene Besorgnis mit der Verschlechterung unserer Beziehungen zu England zugenommen hatte, so mußte ihm die Erkenntnis der Besserung dieser Beziehungen zur besondern Befriedigung gereichen.

Großen Wert legt er auf das Gegengewicht, das den bulgarisch-russischen Plänen durch eine Annäherung zwischen Rumänien und Griechenland geschaffen werden könne. Er bedauert daher die durch die bekannte Erbschaftsangelegenheit zwischen beiden Regierungen hervorgerufene Verstimmung *** und wird, da ich es als untunlich bezeichnete, daß Deutschland das Vermittleramt in dieser Richtung über-

---

* Vgl. Nr. 2680, S. 131, Fußnote *.

** Vgl. Nr. 2678, S. 126, Fußnote **.

*** Mitte Oktober 1892 war es zwischen Rumänien und Griechenland wegen der Erbschaft zweier in Rumänien verstorbener griechischen Kaufleute namens Zappa zu einem offenen Zerwürfnis gekommen, das zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führte. Es gelang der freundschaftlichen Vermittelung Österreichs und Italiens in Athen, das Zerwürfnis im Juni 1896 auszugleichen.

nehmen könne, selbst den Versuch machen, die bestehenden Mißhelligkeiten aus dem Wege zu räumen.

Graf Goluchowski wünscht das Zustandekommen der Erneuerung des italienisch-spanischen Vertrags*. Er hofft, daß sich das neue italienische Ministerium weniger abweisend oder zurückhaltend verhalten werde als das Ministerium Crispi**. Die von Italien geforderten Garantien gegen Separatabmachungen mit Frankreich hält er für entbehrlich und glaubt, daß Italien die Forderung der Veröffentlichung fallen lassen könne. Ferner sprach er von der Notwendigkeit, die Annäherung Spaniens zu Frankreich zu verhindern, wußte aber kein Mittel anzugeben, ein solches Ziel zu erreichen. Ich suchte ihn zu beruhigen, indem ich ihm mitteilte, daß die Bemühungen der spanischen Regierung, französische Kapitalisten für ein größeres Anlehen zu gewinnen, an der Abneigung jener Kapitalisten gescheitert seien, und daß Herr von Reverseaux*** nur mit guten Ratschlägen, aber ohne finanzielle Hülfe nach Madrid zurückgekehrt sei, was Herrn Canovas † verstimmt habe.

Als die Rede auf die beabsichtigte Rundreise des Fürsten Ferdinand kam, erwähnte er, daß sein allergnädigster Herr keine Lust habe, den Fürsten zu empfangen ††. Er verkennt, glaube ich, die politischen

---

* Es handelt sich um das bereits einmal, im Jahre 1891, erneuerte spanisch-italienische Abkommen vom 4. Mai 1887, das die Erhaltung des Status quo im Mittelmeer und ein freundschaftliches Verhalten Spaniens gegenüber Italien und den übrigen Dreibundmächten stipulierte, und dem neben Österreich-Ungarn auch Deutschland am 23. Mai 1887 bezw. am 4. Mai 1891 förmlich beigetreten waren. Vgl. Bd. VII, Kap. XLV, S. 53, Fußnote **, und S. 54, Fußnote **. Bei den seit 1895 schwebenden Verhandlungen über eine abermalige Verlängerung des Abkommens hatte Italien im Hinblick auf Spaniens fortgesetzt zu Frankreich hinüberneigende Politik die Bedingung gestellt, daß Spanien sich durch eine Bekanntmachung mindestens der Tatsache des Vertragsabschlusses und dessen Erneuerung vor aller Welt zu seinen Verbündeten bekennen solle. Die deutsche Regierung fand diese Forderung nur gerecht und billig und war daher wenig geneigt, den wiederholt ausgesprochenen Wünschen Österreichs auf eine deutsche Einwirkung in Rom im Sinne eines größeren Entgegenkommens gegen Spanien zu entsprechen. Die Erneuerung des Abkommens scheiterte endgültig daran, daß die spanische Regierung, weit entfernt, auf die italienische Bedingung einzugehen, ihrerseits die Erneuerung davon abhängig machte, daß der Dreibund für die bedrohten spanischen Interessen in Kuba eintrete und in dem zu erneuernden Abkommen ihr den Besitz der Insel garantiere. Ein solches Ansinnen schien der deutschen Regierung schon mit Rücksicht auf die amerikanische Einmischung in die Kuba-Affäre völlig indiskutabel. Am 30. Mai 1896 machte Staatssekretär Freiherr von Marschall den Botschafter von Bülow in Rom darauf aufmerksam, „daß ein von Italien herausgeforderter amerikanischer Krieg jedenfalls gänzlich außerhalb des Dreibundrahmens liegen würde".

** Infolge der Niederlage von Adua hatte das Ministerium Crispi Anfang März 1896 einem Ministerium Rudini Platz gemacht.

*** Französischer Botschafter in Madrid.

† Spanischer Ministerpräsident.

†† Nach seiner Anerkennung durch die Mächte trat Fürst Ferdinand am

Nachteile einer solchen Abweisung nicht, meint aber, daß er den Kaiser zu diesem Entschlusse nicht bewegen könne.

Was den sogenannten Accord à 3 von 1887 betrifft, so behauptet Graf Goluchowski, daß er nie die Hoffnung gehabt habe, mit seinem Antrag auf Präzisierung des Accords bei Lord Salisbury durchzudringen*. Seine Absicht sei nur gewesen, die ablehnende Haltung Englands zu konstatieren.

C. Hohenlohe

---

26. März eine Rundreise nach Konstantinopel, Petersburg, Paris und Berlin an; Wien überging er.

* Vgl. Kap. LXV.

Kapitel LXVII

Die Ägyptische Frage und die Mächte
Französisch-Englische Annäherungsversuche und ihr Scheitern



Nr. 2681

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 50 Berlin, den 18. Februar 1896

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg berichtet vom 16.*: „Vom hiesigen auswärtigen Ministerium wird verbreitet, Herr Cambon, der französische Botschafter in Konstantinopel, gehe nach Ägypten, um Frankreich dort zu vertreten. England habe, um einer französisch-russischen Aktion in der ägyptischen Frage die Spitze abzubrechen, Frankreich in Kontrolle über das Nilland wichtige Konzessionen eingeräumt, und der französische Vertreter in Kairo** werde dort fortan eine einflußreichere Stellung einnehmen als bisher."

Vielleicht werden Ew. in der Lage sein, Anhaltpunkte zu gewinnen, etwa dadurch, daß Sie den Baron Courcel unter Erwähnung des Petersburger Ursprungs ganz unbefangen darauf als auf etwas Tatsächliches anreden, ohne jedoch irgendetwas durchblicken zu lassen, was einer Besorgnis ähnlich sieht.

Marschall

Nr. 2682

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 59 London, den 19. Februar 1896

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 50*** und 51 †.

Der französische Botschafter, mit welchem ich eben Gelegenheit

* Bericht Fürst Radolins Nr. 70 vom 16. Februar 1896.

** Cogordan.

*** Siehe Nr. 2681.

† Durch Telegramm Nr. 51 vom 18. Februar war Graf Hatzfeldt von einer Äußerung des Botschafters Cambon in Konstantinopel Kenntnis gegeben, die

hatte, in dem vorgeschriebenen Sinne zu sprechen, erwiderte, er könne mir bestimmt versichern, daß an der angeblichen Verständigung mit England über Ägypten kein wahres Wort sei.

Hatzfeldt

Nr. 2683

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 21. Februar 1896

Was haben Sie zu melden in Verbindung mit der von der heutigen „Times"* gemeldeten türkischen Anregung wegen Ägypten?

Ohne die durch Transvaal offenbar gewordene Isolierung Englands hätten der Sultan und seine Hintermänner diesen Vorstoß schwerlich unternommen. Auch jetzt ist der Widerstand für England gefahrlos, denn den Franzosen wird, mit dem Dreibund als Zuschauer in der Flanke, schwerlich an einem Kriege mit England gelegen sein. Sollte gleichwohl England in Ägypten ganz oder selbst nur teilweise nachgeben, so würden wir mit dem Dreibund sofort Anschluß bei Rußland zu suchen haben. Denn das englische Bestreben, sich ohne unmittelbare eigne Gefahr, gleichwohl selbst um den Preis von Ägypten mit Frankreich zu verständigen, nötigt uns den Verdacht auf, daß England entschlossen ist, niemals zusammen mit uns, vielleicht sogar, sobald es nach Frankreich hin les coudées franches hat, gegen uns zu fechten.

Englische Konzessionen, selbst um den Preis von Ägypten, sind dann begreiflich, wenn England dadurch eine feste Allianz mit Frankreich, auch gegen Rußland, erlangt. Unter jeder andern Bedingung aber ist eine derartige Abmachung, welche Frankreich auf Seite Rußlands lassen und Deutschland, vermutlich mit Österreich und Italien, auf Rußlands Seite gegen England drängen würde, die verhängnisvollste Torheit in der englischen Geschichte. In diesem Sinne ist heute hier mit dem österreichischen Botschafter gesprochen worden**.

Salisbury scheint durch Chamberlain geschoben zu werden. Eine offene Aussprache zwischen Ihnen und Salisbury im Sinne des Vor-

---

auf die Wiederherstellung eines englisch-französischen Kondominiums in Ägypten abzielte.

* Der Artikel der „Times" vom 21. Februar brachte die sensationelle Nachricht, daß der neuernannte türkische Botschafter in London Costaki Anthropulo Pascha die Weisung erhalten habe, die englische Regierung zu ersuchen, die Frage der Räumung Ägyptens mit der Pforte zu regeln.

** Vgl. Marschalls Aufzeichnung vom 22. Februar 1896 und Holsteins voraufgehende Aufzeichnung vom 20. Februar, Kap. LXIII, Nr. 2637 und 2638.

stehenden würde ich sonst nützlich halten, ich fürchte nur, daß jener vielleicht glaubt, wir bekommen Angst vor der französisch-englischen Annäherung. Deshalb ist Initiative Ihrerseits zu vermeiden.

Der österreichische Botschafter sagte heute, er wisse, daß wirklich in England vielfach geglaubt werde, wir wollten Lorenzo Marquez* nehmen. Der Glaube scheint mir bei vernünftigen Leuten kaum denkbar, da wir zwischen dem englischen Gebiet und dem französischen Madagaskar lediglich ein Vereinigungspunkt für die Eifersucht Englands und Frankreichs (Puffer) werden würden. Holstein

Nr. 2684

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 53 Berlin, den 22. Februar 1896

Das heute von Reuter veröffentlichte Dementi**, „der türkische Botschafter habe keine Weisung erhalten, die englische Regierung zu ersuchen, die Lage in Ägypten im Einverständnis mit der suzeränen Macht zu regeln", ist durch die Knappheit seiner Fassung nicht geeignet, den Verdacht, daß die ägyptische Frage sich im stillen regt, gänzlich zu beseitigen. Die gestern von der „Times" gemeldete kategorische Aufforderung des Sultans hätte schon durch ihre schroffe Form der englischen Regierung ein etwaiges Eingehen auf Verhandlungen erschwert. Diese eventuelle Erschwerung wird durch das heutige Dementi beseitigt, welches im übrigen die naheliegende Frage, ob nicht eine anderweite Anregung der ägyptischen Angelegenheit erfolgt sei, mit ungerechtfertigter Nichtachtung behandelt. Vorstehendes ist ausschließlich zu Ew. Erwägung bestimmt. Jede Anregung Ihrerseits ist zu vermeiden.

Marschall

Nr. 2685

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 22. Februar 1896

Privat für Baron von Holstein.

Privattelegramme*** erhalten. Bestimmtes vermag ich noch nicht zu melden, verliere die Sache aber selbstverständlich keinen Augen-

* Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2618, 2621, 2637.
** Des „Times"-Artikels vom 21. Februar. Vgl. Nr. 2683, Fußnote *.
*** Siehe Nr. 2683.

blick aus den Augen. Vorläufig glaube ich **nicht**, daß man hier schon so weit ist, einen solchen Preis für die unsichere französische Freundschaft zu zahlen. Wenn die Meldung der „Times“, welcher ich keine übermäßige Bedeutung beilege, überhaupt inspiriert ist, könnte sie ebensogut den Zweck haben, Österreich mit Italien zu ängstigen und von Verständigung mit Rußland abzuschrecken.

Ich bin ganz einverstanden, daß ich Lord Salisbury gegenüber keine Initiative nehmen darf. Kommt es ohne eine solche zur Unterhaltung über diese Frage, so werde ich mich klar und deutlich aussprechen.

Hatzfeldt

Nr. 2686

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Pera, den 22. Februar 1896

Es ist richtig, daß der Sultan vor etwa drei Wochen Schritte bei der englischen Regierung betreffend die Regelung der ägyptischen Frage hat tun lassen.

Ich war längere Zeit bemüht zu erforschen, ob diese Schritte durch besondere Umstände — etwa durch Anregung einer anderen Macht — oder durch eigene Initiative der Pforte veranlaßt worden seien.

Ich glaube jetzt sicher sein zu dürfen, daß letzteres der Fall ist.

Die englische Regierung, so sagte mir Tewfik Pascha*, erkläre sich bereit, mit der Pforte in Unterhandlungen in betreff der Räumungsfrage zu treten, und erwarte die bezüglichen Vorschläge von ihr.

Diese Vorschläge sollen nach vertraulicher Mitteilung des hiesigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in den nächsten Tagen nach London abgehen.

Ohne auf den Inhalt derselben näher einzugehen, bemerkte Tewfik Pascha, daß in den türkischen Vorschlägen die Regelung desjenigen Punktes, welcher von England als der wichtigste betrachtet werde — d. i. die spätere Garantie für die Sicherheit Ägyptens gegenüber inneren oder äußeren Gefahren — der englischen Regierung selbst überlassen werde.

Saurma

* Türkischer Minister des Äußern.

Nr. 2687

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 23 Berlin, den 23. Februar 1896

Die von Ew. pp. gemeldete Nachricht*, daß Verhandlungen wegen Ägyptens im Gange sind, bestätigt sich. Hauptträger der Verhandlungen ist Baron Courcel, französischer Botschafter in London, welcher den Engländern als Ergebnis den freundschaftlichen Anchluß an Frankreich in Aussicht stellt. Nach den Erfahrungen, die wir in neuester Zeit mit England gemacht haben, bei dem Hervorbrechen einer bis dahin von uns nicht vermuteten Feindseligkeit kann die Frage, ob eine Annäherung Englands an Frankreich wirklich zustande kommt oder nicht, unsere auswärtige Politik fernerhin nur noch wenig beeinflussen.

Marschall

Nr. 2688

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept

Nr. 27 Berlin, den 23. Februar 1896

Vor etwa einer Woche meldete Fürst Radolin**, im russischen auswärtigen Ministerium werde die Nachricht verbreitet, daß Verhandlungen zwischen der Türkei, Frankreich und England im Gange seien, welche bezweckten, Frankreich eine größere Kontrolle als bisher in ägyptischen Angelegenheiten mehr im Sinne des früheren Kondominiums einzuräumen.

Die infolgedessen angestellten Ermittelungen haben uns seit gestern die Sicherheit gegeben, daß schon seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange sind, welche den Zweck haben, Englands Einfluß in Ägypten einzuschränken bezw. die Räumung des Landes gegen entsprechende Garantien herbeizuführen.

Aus der Neigung von Lord Salisbury, Frankreich durch Konzessionen zu gewinnen, erklärt sich auch die ablehnende Haltung, welche die englische Regierung seit der zweiten Hälfte Dezember in der Zeilafrage*** gegenüber den Wünschen Italiens annahm.

---

* Vgl. Nr. 2681.
** Vgl. Nr. 2681.
*** Vgl. Kap. LXVIII, Nr. 2753.

Der Botschafter Cambon ist am 17. d. Mts. zum Besuch seiner kranken Frau nach Ägypten gereist, jedoch liegt begründeter Anlaß zu der Vermutung vor, daß die Reise nicht ohne Zusammenhang mit den schwebenden Verhandlungen und der Frankreich einzuräumenden größeren Kontrolle über ägyptische Angelegenheiten ist.

Falls diese Verhandlungen wirklich zum Abschluß gelangen, wird damit England einen verhängnisvollen Fehler gemacht haben. Ich nehme den Fall aus, wo als Folge der Verständigung über Ägypten ein festes englisch-französisches Bündnis gegen jedermann, auch gegen Rußland, zustande käme. Dieser Fall kann aber kaum in Frage kommen, da eine englische Regierung ein weit aussehendes Abkommen dieser Art mit wirklicher bindender Kraft nicht würde schließen können, da andererseits auch Frankreich, nachdem es als erste Wirkung des russisch-französischen Zusammenhangs England in einer Hauptfrage zurückweichen sah, umsoweniger geneigt sein würde, sich von Rußland zu trennen. Auch abgesehen von dieser Bündniseventualität würde aber England, indem es zeigt, daß es um jeden Preis einen Konflikt mit Frankreich vermeiden will, aufhören, ein nützlicher Faktor für die Zukunft des Dreibundes zu sein. Der Dreibund würde dann also naturgemäß nähere Fühlung mit Rußland nehmen. Sämtliche Kontinentalmächte wären danach zu einer Gruppe vereinigt, welche bei aller sonstigen Verschiedenheit der Anschauungen den einen Gedanken gemeinsam hätte, daß England niemals nützt, oftmals schadet. Dieser Gedanke würde folgerichtig in der Weltpolitik bis auf weiteres vorherrschen.

Warten wir zunächst das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen ab, gewöhnen wir uns aber allmählich an die Möglichkeit, daß als Folge der kurzsichtigen englischen Politik die Politik Europas in neue Bahnen gelenkt werden wird.

Marschall

Nr. 2689

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 128 Berlin, den 24. Februar 1896

Die von Ew. pp. im Bericht Nr. 70* gemeldeten französisch-englisch-türkischen Verhandlungen wegen Ägypten sind bereits seit einiger Zeit im Gange. Der erste Schritt dazu war seitens des Baron Courcel in London, und zwar, wie es scheint, zunächst aus eigener Initiative, ohne Instruktion von Paris erfolgt.

---

* Vgl. Nr. 2681.

Die Spannung, welche sich infolge der Vorgänge des Jahres 1882 in den französisch-englischen Beziehungen bemerkbar machte, war wie alles, was die Aufmerksamkeit unseres unruhigen westlichen Nachbars ablenken kann, für Deutschland nicht unerwünscht. Andrerseits aber können wir uns nicht verhehlen, daß die allmählich unbehaglich gewordene Lage der Engländer in Ägypten und die infolgedessen von der englischen Regierung versuchte Politik Europa während der letzten sechs Monate wiederholt in die unmittelbare Nähe einer allgemeinen Kriegsgefahr gebracht hat. Lord Salisbury übernahm im vergangenen Sommer die Regierung mit einem fertigen Balkanprogramm, dessen Verwirklichung jedoch, soweit es uns bekannt geworden ist, ohne eine große Kriegsgefahr sich nicht denken ließ. Vielleicht war gerade diese Gefahr dasjenige Moment, welches den englischen Ministerpräsidenten auf dieses Programm gebracht hatte. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat bei Erwägung der englischen Pläne wie bei allem, was sich ihrer Beurteilung bietet, zunächst die Gefahr für den Frieden ins Auge gefaßt und danach ihre Haltung eingerichtet. Über letztere ließ Seine Majestät der Kaiser dem englischen Premierminister in ihrer einzigen Unterredung in Cowes* keinen Zweifel.

In den folgenden Monaten nahmen die Unruhen in Armenien als Ergebnis innerer und äußerer Gärungsursachen einen solchen Umfang an, daß die englische Presse ihre Behauptung, die Stunde der Auflösung des Ottomanischen Reiches sei gekommen, noch ferner aufrechthalten zu können glaubte, während die englische Regierung mit diplomatischen Vorschlägen kam, welche darauf abzielten, eine Einmischung und Kontrolle der Mächte in die inneren Angelegenheiten der Türkei herbeizuführen, dieser also die Stellung einer souveränen Macht abzuerkennen**. Die Vermutung, daß die englische Balkanpolitik durch Rücksichten auf die Stellung Englands in Ägypten geleitet war, wird zur Gewißheit, wenn wir sehen, daß gleichzeitig mit dem Schwinden der Aussicht auf eine unmittelbare Balkanverwickelung England sich geneigt zeigt, in der ägyptischen Frage Konzessionen zu machen.

Weniger unzweideutig als das englische Balkanprogramm, aber immerhin verdächtig war die Haltung, welche England in der abessinischen Verwickelung*** annahm. Vielleicht glaubte England zu erkennen, daß die Ableitung, welche es als Folge der armenischen Verwickelung erhofft hatte, sich ebensogut auch aus der abessinischen Frage ergeben könne. Der Augenblick dieser Erkenntnis wird angedeutet durch die Antwort, welche die englische Regierung in der zweiten Hälfte Dezember, also vor der Entstehung einer Transvaalfrage, auf den italienischen Antrag wegen Durchmarsches italienischer Truppen durch das eng-

* Vgl. Bd. X, Kap. LX, Nr. 2385 nebst Fußnote.
** Vgl. Bd. X, Kap. LXI.
*** Vgl. Kap. LXVIII.

lische Zeilagebiet erteilte, daß nämlich die englische Zustimmung erfolgen werde, sobald Italien sich die Zustimmung von Frankreich verschafft habe* — eine Antwort, die unter den obwaltenden Umständen ein Hohn für Italien und eine Ermutigung für Frankreich war. Bei jenem Anlaß hatte die englische Regierung vor der Entscheidung gestanden, ob sie Italien für gemeinsame Vertretung ägyptischer wie abessinischer Interessen oder aber lediglich als Ableitungsmittel verwerten wolle. Das Londoner Kabinett entschied sich für letzteres. Je deutlicher die Regierung Ihrer Britischen Majestät die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Frankreich und Italien mit Rußland bzw. dem Dreibund im Hintergrunde zu sehen glaubte, desto korrekter bewegte sie sich in den Bahnen der Neutralität. In der abessinischen Frage ist es wesentlich die Haltung Rußlands, welche die englischen Hoffnungen auf einen Ableitungskrieg vereitelt hat, und ich begrüße die Wahrnehmung mit aufrichtiger Freude, daß Rußland und Deutschland, ohne gebunden zu sein und lediglich von ihrem Friedensgefühl geleitet, in der Balkan- wie der abessinischen Frage zielbewußt zusammengewirkt haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich den beiden Kabinetten noch weitere Gelegenheiten bieten werden, die Übereinstimmung und den neidlosen Parallelismus ihrer Ziele praktisch zu betätigen. Denn daß England in Ägypten aus einem Gefühl von Schwäche nachgibt, nehme ich nicht an, viel eher ist zu erwarten, daß die englische Kraft für andere Gebiete freigemacht werden soll. Lediglich in dieser Absicht möchte man, nachdem der Plan eines Ableitungskrieges fehlschlug, nunmehr von englischer Seite den französischen Antagonismus wenigstens etwas abmildern.

Wir werden das, was noch etwa kommt, mit Gemütsruhe abwarten können; denn die neueste Politik Englands hat das Ergebnis gehabt, auch solchen Staaten, welche bisher traditionell mit England gingen, die Wahrnehmung näher zu bringen, daß die angebliche Freundschaft Englands ein einseitiger Begriff ist. England wird daher bei den von ihm für die nächste Zukunft etwa ins Auge gefaßten Unternehmungen — gleichviel ob in Ostasien, in Südpersien oder gegen Portugal in Südafrika —, soweit sich heute von hier aus die Weltlage beurteilen läßt, isoliert dastehen, allerdings auch in der Isolierung ein als Geld- und Seemacht starker Gegner.

Die vorstehende rückhaltlose Darlegung unseres politischen Standpunktes soll zur Regelung von Ew. pp. Sprache dienen. Ich bitte den Inhalt nach und nach, wenn sich die Gelegenheit bietet, offen, aber ohne Empressement mit dem Fürsten Lobanow zu besprechen.

C. Hohenlohe

* Vgl. Kap. LXVIII, Nr. 2760.

Nr. 2690

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 35 Wien, den 25. Februar 1896

Streng vertraulich

Schon seit einiger Zeit war mir eine Verstimmung des Grafen Goluchowski aufgefallen, die sich nicht gegen mich persönlich richtete, sondern in seinem Wesen einen allgemeinen Ausdruck fand. Auch bemerkte ich, daß er bei unserem häufigen Begegnen an der Politik, soweit sie England betraf, vorsichtig vorüberging.

Die Nachrichten von einer ernstlichen Berührung der ägyptischen Frage in England brachten den Stein der Verstimmung endlich ins Rollen.

Ein Telegramm von Baron Calice und eine von Herrn von Szögyény zugegangene Notiz ließen dem Grafen keinen Zweifel, daß bereits vor drei Wochen ein Schritt der Türkei in England gemacht sei, um die ägyptische Frage anzuregen[1]. Der Zeitpunkt dieser für England peinlichen Anregung fiel ungefähr mit den Anfragen des Grafen Deym wegen Erneuerung des accord à trois* zusammen — einer Frage, auf welche Graf Goluchowski ebenso wie Kaiser Franz Joseph die größten Hoffnungen setzten. Diese Hoffnungen sind, wie ich zu berichten die Ehre hatte, durch die einfache Ablehnung der österreichischen Wünsche zerstört worden, und Graf Goluchowski befindet sich in der Lage, die ihm Euerer Durchlaucht Voraussicht bereits vor längerer Zeit dargestellt hatte[2]. Es ist menschlich, daß der Mißerfolg ihm vor dem Vertreter der deutschen Regierung eine verlegene Zurückhaltung auferlegte. Ich glaube aber auch nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß der Mißerfolg den Grafen zunächst veranlaßte, die Lage mit allen nur denkbaren Mitteln in die gewünschte Richtung zu zwingen, — und ich lasse dahingestellt, wie weit in den Verhandlungen mit Sir E. Monson Österreich die Absicht gezeigt hat, durch s e i n Entgegenkommen die Beziehungen mit England fest zu gestalten.

Die Nachricht von Baron Calice aber, daß die ägyptische Frage vor drei Wochen bereits in England angeregt sei, hat Graf Goluchowski vor das erstaunliche Faktum gestellt, daß England in einem Augenblick, wo man ihm im Mittelmeer diejenige Verlegenheit bereiten will, welche in Wien als der sichere Ausgangspunkt einer starken, sogar vielleicht kriegerischen englischen Aktion betrachtet wurde, die natürlichen Bundesgenossen zurückweist, statt sie mit doppelter Freude zu begrüßen. Dieser Vorgang hat Graf Goluchowski so derou-

---

* Siehe Kap. LXV, Nr. 2663 ff.

tiert, daß er alle bisher beobachtete Reserve aufgab und mir auch sein Geheimnis von der englischen Ablehnung der Erneuerung des accord à trois — allerdings errötend wie Lucinde — verriet[3].

Den Gedanken, daß England sich mit Frankreich verständigen könnte, hält Graf Goluchowski für unmöglich. Aber schon eine vorübergehende Abmachung sieht er als ein Aufgeben der englischen Mittelmeerpolitik an[4], welche er für den Grundpfeiler der Stellung Österreichs im Orient hält.

Da bestimmtere Angaben über die englische Antwort auf die türkische Anregung fehlen, ergeht sich der Graf in akademischen Erörterungen. Daraus entnehme ich, daß er ein englisch-französisches Kondominium in Ägypten für unmöglich und jedenfalls sicher zu einem Kriege führend ansieht; daß er vielmehr als einzigen Ausweg das Wiederaufleben der Vorschläge von Sir Drummond Wolf vom Jahre 1887* betrachtet. Er sagte, daß die vernünftige Basis dieser Vorschläge, wenn sie von den Großmächten unterstützt würde, vielleicht ernstere Komplikationen verhüten könne.

Ich beschränkte mich darauf, dem Grafen zu bemerken, daß vorläufig alle Erörterungen nutzlos seien[5]. Ergäbe sich wirklich aus der türkischen Anregung eine Annäherung Englands an Frankreich, so führe dieses schwerwiegende und bedeutsame Faktum naturgemäß zu Besprechungen innerhalb der Dreibundmächte[6].

Wenn es sich nun auch nur bestätigen sollte, daß England in Verhandlungen eingetreten ist, sie also nicht kurzer Hand abgewiesen hat, so würde dieses Faktum schon allein sehr klärend für die Haltung der hiesigen Regierung wirken.

Das Zerreißen einer Illusion hat bereits eine gewisse Wirkung erzielt, und ich glaube, daß nach dieser Erfahrung dem Grafen Goluchowski vorläufig jede Lust vergangen ist, England in irgendeiner Form entgegenzukommen[7].

Das Bedürfnis, sich unmittelbar nach Eingang der Nachrichten rückhaltlos und unter völliger Preisgabe aller seiner kleinen Eitelkeiten mir anzuvertrauen, spricht an und für sich mehr als jedes Wort dafür, daß der Graf beim Eintritt schwieriger Situationen in Deutschland allein seinen Rettungsanker erkennt[8].

Daß er für diese Intrige Rußland in erster Linie verantwortlich macht, entspricht seinen Gepflogenheiten, über welche wir nicht allzu unzufrieden sein dürften. Denn ein anderer leitender Staatsmann Österreichs wie er würde in einem Augenblick wie der gegenwärtige kaum gezweifelt haben, in welcher Richtung er das Wiener Kabinett zu orientieren habe.

Ich glaube nun allerdings, daß die Abneigung gegen Rußland so stark ist, daß, selbst wenn es sich herausstellen sollte, das Kabinett

---

* Siehe Bd. IV, Kap. XXIII, Nr. 817, S. 174, Fußnote.

von St. Petersburg habe seine Hand nicht in dieser Intrige, Graf Goluchowski doch den bündigsten Versicherungen nicht Glauben schenken würde, — und das kann eventuell für uns eine gewisse Schwierigkeit werden, wenn wir infolge einer wirklichen Anlehnung Englands an Frankreich genötigt wären, eine andere Orientierung unserer Politik vornehmen. P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Und Salisbury leugnet und Curzon sagt im Parliament mit eherner Stirn „no“!
[2] wer nicht hören will muß fühlen
[3] der junge Pole wird in Bezug auf England noch manches lernen! Er sollte doch uns die wir mit den Briten schon erfahren haben mehr Glauben schenken
[4] daß so was eben nicht ganz unmöglich, haben wir ihm seit $1/2$ Jahr vorgekaut
[5] richtig
[6] ja
[7] all right
[8] und für Phili's geschickte Haltung
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 2691

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 194 Berlin, den 27. Februar 1896

Die ägyptischen Verhandlungen betreffend.

Baron Saurma telegraphiert, daß die erste Anregung zu englisch-türkischen Verhandlungen von London ausgegangen sei, wo man seinerzeit der Pforte den Wunsch ausgesprochen habe, die traditionellen guten Beziehungen Englands mit der Türkei wieder aufzunehmen. Der Sultan habe darauf erwidern lassen, daß dieser Wunsch seinen praktischen Ausdruck in der Räumung Ägyptens leicht finden könne. Hieran habe sich ein weiterer Meinungsaustausch geknüpft. Jetzt sei ein Stillstand eingetreten; die Pforte habe die vorbereiteten Vorschläge noch nicht abgesandt, weil sie glaube, daß die englische Regierung im Augenblick noch beschäftigt sei zu beobachten, wie die Tatsache, daß ägyptische Verhandlungen im Gange sind, auf die britische öffentliche Meinung wirke.

Der französische Botschafter in Wien* hat gegenüber Graf Goluchowski angedeutet, daß er um französisch-englische Verhandlungen

* Der gleiche Erlaß erging auch an die Botschafter in Wien, Rom und Petersburg sowie an den Gesandten in Kopenhagen.
** H. A. Lozé.

wisse. Der Botschafter steht in dauerndem Verkehr mit Herrn Hanotaux. Nach Mitteilung des Grafen Münster konferiert Baron Courcel, wenn er in Paris ist, mehr mit Herrn Hanotaux als mit Herrn Berthelot.

Graf Goluchowski glaubt, daß eine Konvention à la Drummond Wolf mit Räumung in kurzer Frist die englisch-französischen Beziehungen verbessern, ein französisch-englisches Kondominium dagegen, wie jedes Kondominium, die Beteiligten schließlich zum Kriege drängen werde*. Graf Goluchowski, welcher eine französisch-englische Annäherung wünscht, wird deshalb in London schwerlich gegen die Räumung sprechen, wohl aber gegen Kondominium.

Oberst Swaine sagte hier gestern, Lord Wolseley**, der gegen Besetzung Ägyptens sei, habe 1882 gesagt, die englische öffentliche Meinung werde der Regierung die Räumung von Jahr zu Jahr schwerer machen. Der Oberst zweifelt, ob jetzt die Regierung noch räumen könne.

Der Enthusiasmus unterrichteter französischer Blätter, z. B. des „Temps" für Chamberlain läßt in diesem den Hauptträger des Gedankens ägyptischer Konzessionen vermuten. Lord Salisbury wird — oder ward vielleicht nur eine Zeit lang — von Chamberlain geschoben.

Marschall

Nr. 2692

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 23 Berlin, den 3. März 1896

Es wird in der englischen wie auch in der russischen Presse versucht, die Kaiserliche Regierung mit der neuesten Anregung der ägyptischen Frage in Verbindung zu bringen.

Ew. sind ermächtigt, sowohl Ihren Kollegen wie der Presse gegenüber, falls Sie geeigneten Anlaß finden, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir mit der Anregung der ägyptischen Frage außer Verbindung sind und bleiben.

Ew. wollen in Ihren Äußerungen jedoch selbstverständlich jeden Schein vermeiden, als fühlten wir das Bedürfnis, uns zu rechtfertigen.

Im übrigen bitte ich, dem Gang der Dinge wie bisher aufmerksam zu folgen und telegraphisch oder schriftlich zu berichten.

Marschall

---

* Vgl. Nr. 2690.

** Oberbefehlshaber der englischen Armee, Führer der Expeditionen gegen Arabi Pascha (1882) und gegen den Mahdi (1884).

Nr. 2693

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 London, den 4. März 1896

In heutiger vertraulicher Unterhaltung mit Lord Salisbury kam die Haltung der hiesigen Presse uns gegenüber zur Sprache und dabei wurde schließlich auch die in derselben aufgetretene Behauptung erwähnt, daß das Vorgehen des Sultans bezüglich Ägyptens auf deutsche Einwirkung zurückzuführen sei*. Hieran anknüpfend teilte mir Lord Salisbury bereitwillig mit, daß die Initiative wegen Ägyptens vom Sultan in der Form ergriffen worden sei, daß derselbe ganz im allgemeinen einen neuen Gedankenaustausch über die Frage hier als wünschenswert habe bezeichnen lassen**. Er, Lord Salisbury, habe darauf nur erwidern können, daß er etwaige Mitteilungen über die bezüglichen Wünsche des Sultans selbstverständlich anhören werde. Es sei aber nichts weiteres darauf erfolgt, und es werde ihm jetzt versichert, daß der Sultan die Sache wieder aufgegeben habe.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung erklärte Lord Salisbury bestimmt, daß Frankreich mit der Angelegenheit nicht das Geringste zu tun habe. Mit gleicher Bestimmtheit versicherte er, daß es sich jetzt bei den in Paris stattfindenden Verhandlungen in keiner Weise um eine politische Verständigung mit Frankreich, sondern lediglich um koloniale Fragen handele.

Mein italienischer Kollege, welcher den Premierminister vor mir gesehen hatte, hatte aus seiner Unterredung mit ihm den Eindruck, daß derselbe das Verbleiben Italiens bei der Tripelallianz lebhaft wünscht[1]. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dann soll er es ihm erleichtern durch schleunigste Hülfe.

Nr. 2694

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 187 London, den 5. März 1896

Meine gestrige vertrauliche Unterhaltung mit Lord Salisbury, über die ich anderweitig zu berichten bereits die Ehre hatte, war insofern

* Vgl. Nr. 2692.
** Nach türkischer Behauptung (vgl. Nr. 2691) wäre im Gegenteil die erste Anregung von englischer Seite ausgegangen.
* Vgl. Nr. 2693.

von besonderem Interesse, als der Premierminister mit einer Bereitwilligkeit, an die ich seit einiger Zeit nicht mehr gewohnt war, auf die Besprechung aller Fragen der auswärtigen Politik einging und mit einem Eifer, als ob er darauf gewartet hätte, die Gelegenheit ergriff, sich über die ihm bezüglich Ägyptens zugeschriebenen Absichten zu äußern. Ob die in dieser Hinsicht von ihm abgegebenen Erklärungen, die mit den uns aus Konstantinopel zugegangenen Nachrichten in grellem Widerspruch stehen, der Wahrheit vollständig entsprechen, muß ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls erscheint der Schluß aus der gestrigen Sprache und Haltung des Ministers gerechtfertigt, daß derselbe, wenn er eine Zeit lang daran gedacht hat, sich durch eventuelle Räumung Ägyptens mit der Pforte auseinanderzusetzen und gleichzeitig die größte Schwierigkeit für eine Annäherung Englands an Frankreich aus dem Wege zu räumen, diesen Gedanken vorläufig nicht weiter verfolgen will und uns davon zu überzeugen wünscht, daß er nicht daran denkt, eine politische Verständigung mit Frankreich zu suchen, deren Spitze gegen die Tripelallianz gerichtet wäre und zu einer anderen Gruppierung der Mächte führen würde[1].

In dieser Auffassung hat mich eine kurze Unterhaltung, die ich mit dem österreichischen Botschafter heute hatte, bestärkt. Graf Deym, welchem ich von den gestrigen Äußerungen Lord Salisburys noch keine Mitteilung gemacht habe, kam von selbst auf die ägyptische Frage zurück und bemerkte dazu, er glaube nach den von ihm angestellten Ermittelungen jetzt ganz sicher zu sein, daß Lord Salisbury, wenn er den fraglichen Zweck verfolgt und über die Räumung mit der Pforte wirklich verhandelt habe, von diesem Gedanken jetzt zurückgekommen sei.

Bemerkenswert dürfte noch sein, daß Lord Salisbury, als er gestern mir gegenüber die Initiative in dieser Frage dem Sultan zuschob, dies in einer Weise tat, die mich schließen lassen mußte, daß die türkische Anregung durch Vermittelung des neuernannten türkischen Botschafters* hier angebracht worden sei. Als ich darauf hinwies, daß derselbe zweimal in den hiesigen Zeitungen seine Beteiligung ausdrücklich dementiert habe, lächelte der Premierminister, indem er scherzend bemerkte, daß man zuweilen in die Lage komme, richtige Dinge in Abrede zu stellen[2].

Mit besonderer Wärme verwahrte sich der Premierminister gegen die Annahme, als ob in Paris über eine politische Annäherung zwischen England und Frankreich verhandelt werde. Er setzte mir weitläufig auseinander, daß er es für unbedingt notwendig gehalten habe, wegen Siams** zu einer Verständigung zu kommen, um unangenehmen Verwickelungen aus dem Wege zu gehen, zu welchen es dort, wie die

* Costaki Anthropulo Pascha.
** Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2638, S. 60, Fußnote ** und Kap. LXIV, Nr. 2650, S. 81, Fußnote ***.

Dinge lagen, mit den Franzosen hätte kommen müssen. Die ganze Konferenz in Paris drehe sich aber, wie er mir bestimmt versichern könne, lediglich um koloniale Fragen, und es liege ihm durchaus fern, damit eine politische Verständigung zu verbinden.

Hieran anknüpfend hielt der Minister mir einen vertraulichen Vortrag darüber, daß die Bedingungen, unter welchen in England die Regierung geführt werde und leider allein geführt werden könne, im Auslande noch immer wenig verstanden würden. Während es in Rußland leicht sei, eine stetige auswärtige Politik zu treiben, die ihre Zwecke ungehindert verfolge, ohne über die dabei angewandten Mittel Auskunft geben oder sich der Zustimmung der öffentlichen Meinung versichern zu müssen, hätten alle parlamentarischen Staaten in dieser Hinsicht mit mehr oder weniger großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nirgends aber ständen einer logischen und konsequenten Behandlung[3] der auswärtigen Politik so große Schwierigkeiten im Wege wie gerade in England. Tatsächlich habe er, Lord Salisbury, mit den wechselnden Ansichten und Eindrücken der großen Menge zu rechnen, und dazu komme noch der im Ausland ebenfalls nicht hinreichend gewürdigte Umstand, daß er in seinem eigenen Kabinett oft mit abweichenden Ansichten zu tun habe, die er schonen müsse. Ich möchte in bezug auf den letzteren Punkt gehorsamst bemerken, daß ich diese Klage des Ministers für aufrichtig gemeint halte. Schon seit längerer Zeit habe ich den Eindruck, den manche meiner Kollegen teilen, daß Lord Salisbury nicht mehr den unbedingten Einfluß auf alle seine Kollegen ausübt, welcher ihm in seinen früheren Ministerien unzweifelhaft zu Gebote stand[4]. Er hat nicht nur mit dem Ehrgeiz des sehr fähigen Kolonialministers zu rechnen, welcher in der Zukunft eine große Rolle spielen will, sondern auch andere Mitglieder des Kabinetts, auf deren Botmäßigkeit er früher rechnen konnte, verfolgen zuweilen ihre eigenen Wege und erlauben sich Seitensprünge, die der Premierminister nicht hindern kann, wenn sie ihm auch unerwünscht sind. Selbst sein eigener Neffe Mr. Balfour folgt nicht immer der Parole, wie sich dies neulich in seiner Erklärung über die Währungsfrage gezeigt hat, und auch Mr. Goschen hat in seiner neulichen Rede in Lewes in bezug auf die auswärtige Politik einen Ton angeschlagen, welcher den Wünschen Lord Salisburys wenig entsprach. Der letztere nahm in unserer ganz vertraulichen Unterhaltung keinen Anstand, mir dies offen anzudeuten[5].

Es wird abzuwarten sein, ob es Lord Salisbury gelingt, wenn England einmal vor große Entscheidungen gestellt wird, sein früheres Übergewicht im Kabinett wiederzugewinnen.

Vorläufig habe ich im großen und ganzen aus dieser Unterredung den Eindruck gehabt, daß in der hiesigen auswärtigen Politik wenn nicht eine neue Schwenkung zugunsten der Tripelallianz, so doch jedenfalls ein Stillstand in den gegen dieselbe gerichteten Bestrebungen eingetreten ist[6]. Ob dies auf die von Lord Salisbury offen eingestandene

Abneigung Rußlands, die dargebotene Freundeshand anzunehmen, oder auf Schwierigkeiten mit den Franzosen, welche für ihre Freundschaft vielleicht einen zu hohen Preis beanspruchen, zurückzuführen ist, oder ob der Premierminister in der Tat nicht die Absicht gehabt hat, eine von seinen früheren Ansichten grundverschiedene Politik einzuschlagen, dies sind Fragen, die sich schwerlich vollständig aufklären lassen. Ebenso schwierig dürfte es sein, eine bestimmte Ansicht darüber auszusprechen, ob diese Schwenkung, wenn es eine solche ist, für die Dauer vorhalten wird, namentlich wenn neue Zwischenfälle eintreten sollten, welche die kürzlich zutage getretene Abneigung der großen Menge gegen eine Annäherung an Deutschland aufs neue anfachen würden. Mit diesem Vorbehalt glaube ich es als ein bemerkenswertes Symptom bezeichnen zu dürfen, daß der Premierminister in seiner gestrigen Unterredung mit mir durchweg wieder den freundschaftlichen und vertrauensvollen Ton angeschlagen hat, welcher uns in früheren Zeiten ermöglichte, über die schwierigsten Fragen unsere Ansichten offen auszutauschen, ohne die geringste Indiskretion befürchten zu müssen [7].

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Also kommt er wieder zu sich
[2] er auch?
[3] wenn es seinen Vortheil sucht ist England sehr logisch und konsequent
[4] das mag sein
[5] aber eben nur unter vier Augen
[6] immerhin schon erfreulich
[7] sehr erfreulich

Nr. 2695

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 63 — Pera, den 7. März 1896

Die von Sir E. Monson* an Graf zu Eulenburg gemachte Äußerung, wonach, wenn tatsächlich nicht mit der türkischen Regierung über die Räumung Ägyptens verhandelt werde, dieses vielleicht nicht ausschlösse, daß die Verhandlungen mit dem Palais geführt würden, ist insofern formell nicht unbegründet, als die bezüglichen Verhandlungen in der Tat direkt vom Sultan unter Umgehung der Pforte geleitet worden sind.

Tewfik Pascha hat mir dies selbst erklärt mit dem Bemerken, daß niemand hier außer ihm Kenntnis von jener vom Sultan betriebenen

---

* Englischer Botschafter in Wien.

Angelegenheit hatte. Die bezüglichen Telegramme seien persönlich von ihm — Tewfik Pascha — aus seinem Privathause nach London expediert worden.

Aus diesem Grunde sei er auch überzeugt, daß die bekannte Indiskretion der „Times"* von niemand anderem begangen worden sei als von der englischen Regierung selbst, welche irgendeinen besonderen Grund dafür gehabt haben mochte — vielleicht um durch Ausstreckung eines Fühlers der öffentlichen Meinung in England bezüglich der Räumungsfrage sich zu vergewissern, ehe die bezüglichen Verhandlungen darüber fortgeführt würden.

Saurma

Nr. 2696

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Paris, den 13. März 1896

Lord Dufferin teilt heute mittelst Note dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit, daß das englische Kabinett auf Bitte der ägyptischen Regierung beschlossen hat, sofort eine Division nach Dongola vorzuschieben**. Dieses hat den Zweck, Italien namentlich in Kassala zu helfen, wird aber die Folge haben, daß die Engländer ihre Truppen bedeutend verstärken und wahrscheinlich später nach Khartum weiterrücken werden.

Hier wird diese wichtige Nachricht nicht angenehm berühren; sie vernichtet die Hoffnungen auf eine Verständigung hinsichtlich Ägyptens[1].

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hurrah!

Nr. 2697

Der Generalkonsul in Kairo Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 20 Kairo, den 15. März 1896

Lord Cromer wünscht Zustimmung der Schuldenkommission, um einen Teil des Reservefonds der Schuldenkasse für Kosten des Zugs

* Vgl. Nr. 2683.
** Über die unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von der italienischen Niederlage bei Adua einsetzenden Bemühungen Kaiser Wilhelms II., England zu einer Hilfeleistung für Italien zu vermögen, siehe Kap. LXVIII, Nr. 2770 f.

nach Dongola zu verwenden. Er hat meine Vermittelung noch nicht direkt erbeten. Der italienische Geschäftsträger* sprach mir die Hoffnung aus, daß deutscher Schuldenkommissar**zustimmen werde. Französischer Vertreter*** vertritt Ansicht, daß, wenn der Reservefonds im Interesse Italiens, was in diesem Falle auch das Interesse Europas sei, verwandt werden solle, dann auch England Zusicherungen wegen Räumung geben müsse, da sonst Dongola nur Vorwand wäre, dauernd die Hand auf Ägypten zu legen. Französischer Vertreter glaubt zu wissen, daß ägyptische Regierung die Kabinette von Berlin und Wien um Zustimmung wegen Reservefonds angegangen habe.

Um den Reservefonds von etwa drei und einer halben Million Pfund anzugreifen, ist nach englischen Auffassungen nur Majorität, nicht Einstimmigkeit der Schuldenkommisare erforderlich. Da England, Italien, Österreich jedenfalls zustimmen werden, hängt die Entscheidung von uns ab.

Metternich

Nr. 2698

Der englische Premierminister Marquess of Salisbury an den englischen Botschafter in Berlin Sir Frank Lascelles

Telegramm
Vom englischen Botschafter dem Auswärtigen Amt übergebene Abschrift
Unsigniert

March 15. 1896

For some time past Her Majesty's Government have been consulting with the Egyptian Military Authorities as to the movements of the Dervishes, which threaten the position of the Italians at Kassala, as well as the Egyptian posts round the town of Suakim. Supposing an attack on Kassala were successful, or even if military reasons should compel the Italian Government to withdraw their troops from Kassala, clearly an outbreak of Fanaticism may ensue, and Khalifa Abdullah's † influence may be considerably augmented, while the Dervish troops will be encouraged to attack the frontiers of Egypt, to defend which may cause serious trouble.

Some immediate action has been strongly urged by the military Authorities in England and Egypt, and Her Majesty's Government have decided, after mature consideration, that the action most advantageous for the permanent and present interests of Egypt would be an advance up the Nile Valley, and that the occupation of Dongola would be expedient.

---

* Marquis Salvago-Racci.
** Freiherr von Richthofen.
*** G. Cogordan
† Abdullah Taashi, Nachfolger des Mahdi als Oberbefehlshaber der Derwische.

Doubtless this operation must sooner or later be undertaken, and an intimation has been conveyed to the Egyptian Government by Her Majesty's Government, that they are prepared to afford immediate support and sanction to that operation. However, this operation being of some magnitude, it will require expenditure of funds greater than those at the absolute disposal of the Egyptian Government.

It is therefore the hope of Her Majesty's Government that a sum of 500 000 £, out of the reserve fund of 2 500 000 £, may be authorized by the Commissioners of the Caisse de la Dette for this object. This fund, which has accumulated, is held applicable to extraordinary expenses.

Nr. 2699

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 218 London, den 15. März 1896

pp. Als Lord Salisbury mir vor einigen Tagen seinen Entschluß mitteilte, eine Diversion gegen die Derwische vorzunehmen, sprach er sich mit einer ihm sonst nicht eigenen Entschlossenheit darüber aus, ohne jedoch andere Gründe dafür anzugeben als den Wunsch, den Italienern bei dieser Gelegenheit in ihrer Bedrängnis zu Hülfe zu kommen. Es wird meines Erachtens jedoch bezweifelt werden können, ob dies der einzige oder auch nur wesentlichste Grund ist, welcher das englische Kabinett bestimmt hat, über die Bedenken Lord Cromers hinwegzugehen, die bisher hier eine entscheidende Wirkung geübt hatten*. Es mag wohl sein, daß das Vorgehen der Derwische gegen Kassala hier schließlich eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen und zu der Überzeugung geführt hat, daß irgendetwas geschehen müsse, um sie in ihre Schranken zurückzuweisen und von weiterem Vordringen abzuhalten. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß Lord Salisbury mir bis auf die neueste Zeit versichert hat, daß er in den Derwischen überhaupt keine wirkliche Gefahr für Ägypten mehr erblicke, und daß man es immer in der Hand haben würde, einen etwaigen Angriff, wenn

---

* Aus Lord Salisburys eigenem Telegramm an Sir F. Lascelles vom 15. März (siehe Nr. 2698) geht hervor, daß entscheidend für den Entschluß der englischen Regierung zur Dongolaexpedition nicht die Rücksichtnahme auf Italien, sondern „the permanent and present interests of Egypt" gewesen sind. Freiherr von Marschall hatte also vollkommen recht, wenn er am 13. März dem deutschen Generalkonsul in Kairo Grafen von Metternich mitteilte, der wahre Grund für das englische Vorgehen liege wohl nur in der Befürchtung einer Bedrohung der englischen Herrschaft in Ägypten durch die Derwische. Vgl. Kap. LXVIII, Nr. 2777.

die Derwische sich wirklich dazu entschließen sollten, ohne übergroße Mühe zurückzuweisen. Sollte die bisher geleugnete Gefahr von dieser Seite jetzt dennoch eingetreten sein, so läßt sich kaum erklären, daß eine relativ so geringe Expedition, die überdies Dongola nicht überschreiten soll, hier als ausreichend betrachtet wird, um den Derwischen einen heilsamen Schrecken einzujagen. Gerade die Beschränkung, daß die Expedition in Dongola stehen bleiben soll, betonte Lord Salisbury aber mir gegenüber sehr bestimmt und wollte auf meine Frage, ob dies wirklich feststehe, kaum die Möglichkeit zugeben, daß Ereignisse eintreten könnten, welche die ägyptischen Truppen zur Überschreitung dieses Punktes nötigen würden.

Über einen andern Punkt, den ich hier nicht unerwähnt lassen kann, sprach sich der Premierminister ebenfalls mit großer Bestimmtheit aus. Als im Laufe unserer Unterhaltung die Überraschung zur Sprache kam, welche der plötzliche Entschluß der englischen Regierung voraussichtlich überall hervorrufen werde, und dabei auch Paris erwähnt wurde, sagte Lord Salisbury, indem er seine Worte betonte: „Cela ne regarde les Français en rien."

So berechtigt diese Auffassung an sich gewiß ist, so wird doch niemand weniger als Lord Salisbury darüber im Zweifel gewesen sein, daß gerade in diesem Augenblick, wo man sich in Paris nach der letzten Anregung des Sultans wieder mit neuer Hoffnung auf eine baldige Evakuation Ägyptens trug, das englische Unternehmen auf Dongola eine nicht geringe Verstimmung hervorrufen würde. Selbst die englische Presse hat zum Teil den Schluß daraus gezogen, daß England, weit entfernt, Ägypten aufzugeben, sich dort noch mehr befestigen und jetzt sogar einen Teil der von Ägypten verlorenen Provinzen wieder erobern wolle, und es war vorauszusehen, daß man sich auch in Paris darüber nicht täuschen würde. Wenn Lord Salisbury, wie nicht bezweifelt werden kann, auch seinerseits die Wirkung seines Entschlusses auf die Franzosen vorhergesehen hat und sich dadurch von der Ausführung dennoch nicht abhalten läßt, so läßt sich dies meines gehorsamsten Erachtens nur durch die folgenden Alternativen erklären: entweder er hat auf die Verhandlungen mit Paris, welche bis jetzt noch zu keinem Resultate geführt haben, eine Pression ausüben wollen, indem er sich dabei vorbehält, die Franzosen eventuell darüber zu beruhigen, daß er mit der Einnahme von Dongola auch jetzt nicht den Hintergedanken einer definitiven Okkupation Ägyptens verbindet, oder aber der Minister ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Verhandlungen in Paris wie auch seine Besprechungen mit Baron Courcel doch zu keiner Verständigung mit Frankreich führen werden, und er hält es daher für besser, sich seinen früheren Freunden wieder zu nähern, indem er bei dieser Gelegenheit Italien einen Dienst erweist, auf die Gefahr hin, Frankreich aufs neue zu verstimmen. pp.

P. Hatzfeldt

Nr. 2700

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 61 Berlin, den 16. März 1896

Der englische Botschafter hat hier das schriftliche Ansuchen seiner Regierung übermittelt*, die Kaiserliche Regierung wolle zustimmen, daß von den etwa zweieinhalb Millionen Pfund betragenden ägyptischen Ersparnissen 500 000 Pfund für die Dongolaexpedition verwendet werden.

Da wir nach den neuesten Vorkommnissen keinen besondren Anlaß haben, England Konzessionen zu machen, so wird unsre Antwort lediglich davon abhängen, ob die italienische Regierung wünscht, daß wir zustimmen. Bitte sofort anzufragen.

Marschall

Nr. 2701

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Rom, den 18. März 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 61 **.

Der Minister des Äußern***, den ich wegen Wiedereröffnung des Parlaments erst heute abend sprechen konnte, sagt mir, daß es ihm erwünscht sein würde, wenn wir dem englischen Ansuchen, von den ägyptischen Ersparnissen 500 000 Pfund für die Dongolaexpedition zu verwenden, zustimmen wollten[1].

Der italienische Delegierte bei der ägyptischen Staatsschuldenkasse sei angewiesen worden, sich mit dem englischen Vorschlage einverstanden zu erklären †.

Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Einverstanden

---

* Siehe Nr. 2698.

** Siehe Nr. 2700.

*** Unter dem Eindruck der italienischen Niederlage bei Adua hatte das bisherige Kabinett Crispi einem Kabinett di Rudini Platz gemacht, in dem der Herzog von Sermoneta das Außenministerium bekleidete.

† Das Bülowsche Telegramm wurde noch am gleichen Tage von Freiherrn Marschall dem Grafen Hatzfeldt mit dem Bemerken mitgeteilt, „er habe daraufhin den deutschen Vertreter in Kairo, Gesandten Grafen Metternich beauftragt, Herrn von Richthofen dahin zu instruieren, daß derselbe dem englischen Antrage zustimmt".

Nr. 2702

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Berlin, den 18. März 1896

Der französische Botschafter* teilte mir heute mit, Herr Berthelot habe auf die Anfrage des Londoner Kabinetts wegen Verwendung von 500 000 Pfund aus dem Reservefonds der ägyptischen Schuldenkasse für die Expedition nach dem Sudan dem englischen Botschafter in Paris erwidert: er sehe die Expedition zunächst nicht für eine ägyptische, sondern für eine englische Angelegenheit an und sei infolgedessen nicht gewillt, einer Entnahme der Kosten aus den Fonds der Schuldenkasse zuzustimmen; sollte sich jedoch herausstellen, daß die Expedition doch den Charakter einer ägyptischen Maßnahme trüge, so werde die französische Regierung ihre Stellungnahme nochmals in Erwägung ziehen.

Marschall

Nr. 2703

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Paris, den 18. März 1896

Die öffentliche Meinung und auch Herr Berthelot selbst sind über den englisch-ägyptischen Vormarsch nach Dongola auf das unangenehmste überrascht worden. Der Minister, den ich soeben gesprochen, war ganz aufgeregt. Lord Dufferin hat, gleich nachdem er den Entschluß der englischen Regierung mitteilte, in einer zweiten Note die Zustimmung der französischen Regierung dazu erbeten, daß die Kosten der Expedition zum Teil aus dem Reservefonds der unter europäischer Kontrolle stehenden ägyptischen Schuldenkasse entnommen werden dürften. Herr Berthelot hat die entschieden ablehnende Antwort noch nicht erteilt, wird es aber sofort tun, um so mehr als das russische Kabinett, bevor noch die französische Anfrage nach Petersburg gelangte, hier erklärte, daß es den englischen Antrag sofort entschieden abgelehnt habe. Der Minister äußerte: „Wir hatten, nachdem wir eine Verständigung mit England über Siam erreichten, gehofft, daß wir auf ein gewisses Entgegenkommen des englischen Kabinetts würden rechnen können, nach den Berichten des Baron de Courcel schienen die Aussichten dazu günstig zu liegen, als ganz plötzlich und für uns

---

* J. Herbette.

ganz unerwartet das englische Kabinett sich zu Maßregeln entschlossen hat, deren gefährliche Tragweite sich noch gar nicht übersehen läßt."

Hier wird das Vorgehen Englands als ein feindlicher Akt, die Rücksicht auf Italien nur als ein Vorwand angesehen.

Bericht folgt morgen.

Münster

Nr. 2704

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 London, den 18. März 1896

Nach Angabe des Premierministers hat die französische Regierung bisher keinerlei amtliche Einwendung gegen die Expedition nach Dongola erhoben. Dagegen habe der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten vor zwei Tagen gegen Lord Dufferin geäußert, daß es besser gewesen wäre, sich mit Frankreich über die ganze ägyptische Frage in einer für beide Teile befriedigenden Weise zu verständigen. Im gleichen Sinne habe sich vor kurzem Baron de Courcel hier geäußert, ohne jedoch, wie auch sein vorgesetzter Minister, irgendeinen Vorschlag zu formulieren. Lord Salisbury bemerkte dazu mir gegenüber, daß er sich auch heute noch nicht denken könne, wie man sich in Paris eine für beide Teile befriedigende Lösung der ägyptischen Frage vorstelle. pp.

Hatzfeldt

Nr. 2705

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt*

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 78 Berlin, den 19. März 1896
Vertraulich

Der russische Botschafter** kam heute, um über die Dongolaexpedition und den darauf bezüglichen englischen Finanzantrag zu sprechen. Graf Osten-Sacken äußerte sich entrüstet darüber, daß England für englische Zwecke ägyptisches Geld verwenden wolle, er ver-

---

* Ein gleichlautendes Telegramm ging an die Botschafter in Paris, Wien und Rom.

** Graf von der Osten-Sacken.

mied jedoch jede Äußerung, durch welche die Haltung der russischen Regierung hätte endgültig festgelegt werden können. Auf seine Anfrage hinsichtlich unsrer Stellungnahme habe ich erwidert, dieselbe erkläre sich aus zwei Gründen, nämlich Rücksicht auf Italien und Erinnerung an die von Frankreich in der Transvaalfrage eingenommene deutschfeindliche Haltung*.

Auf die weitere Bemerkung des Botschafters, daß ja doch wohl Übereinstimmung aller beteiligten Mächte erforderlich sei, um den Engländern die Verwendung eines Teils des ägyptischen Reservefonds zu gestatten, erwiderte ich, daß es darüber verschiedene Ansichten gebe; nur bezüglich der aus der Konversion stammenden Ersparnisse sei unzweifelhaft Einstimmigkeit erforderlich.

Ich hatte nicht den Eindruck, als sei die russische Regierung unter allen Umständen zur Ablehnung entschlossen, selbst dann, wenn die Sicherheit vorliegt, daß England, gestützt auf das Majoritätsvotum, über den Einspruch der Minderheit zur Tagesordnung übergeht. Andrerseits glaubte ich aus den Worten des Botschafters zu entnehmen, daß Frankreich stark drängt.

Marschall

Nr. 2706

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 31 Paris, den 19. März 1896

Der französische Botschafter in London ist in sehr schlechter Laune hierher zurückgekehrt, um einen längeren Urlaub gleich anzutreten, und ich zweifle sehr daran, daß Herr von Courcel nach London zurückzukehren gedenkt.

Mit der Siamkonvention** hatte er einen bedeutenden Erfolg erzielt. Er hoffte, durch diesen ersten Erfolg ermutigt, auch ein Abkommen wegen der Räumung Ägyptens anbahnen zu können.

Anfangs schien es, als ob eine Verständigung möglich und mit Lord Salisbury zu erreichen sei. Durch den ganz plötzlichen und hier ganz unerwarteten Entschluß, im Süden Ägyptens militärisch vorzugehen, wurde Herr von Courcel auf die unangenehmste Weise überrascht. Sein Mißvergnügen und seine Mißstimmung werden von der hiesigen Regierung und der ganzen öffentlichen Meinung empfunden und geteilt.

Wenn ich die englischen Verhältnisse richtig beurteile, so herrschten innerhalb des englischen Kabinetts zwei Strömungen rücksichtlich der

---

* Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2650, 2651, 2657.
** Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2638, S. 60, Fußnote **.

ägyptischen Frage. Es wurde vielfach angenommen, und Herr Courcel glaubt es auch, daß Lord Salisbury dazu geneigt sei, diese Frage endlich zu regeln. Lord Cromer wußte das und benutzte geschickt die italienische Niederlage. Er behauptete, daß die durch den Krieg in Abessinien hervorgerufene Aufregung unter den Derwischen für Ägypten an der Südseite und am oberen Nil eine gefährliche, vielleicht unhaltbare Lage schaffen könne. Eine Expedition dorthin wäre das sicherste Mittel, um die Räumung Ägyptens auf lange Zeit unmöglich zu machen.

Die Partei, welche den Ausschlag gegeben hat, zu der vor allen Chamberlain gehört, hat den Franzosen zeigen wollen, daß sie auf eine Verständigung wegen der Räumung nicht zu rechnen haben. Die Franzosen haben das verstanden, und daher ihr Zorn.

Wie die Engländer haben glauben können, daß ihr Antrag, den ersten Teil der Kriegskosten dem Reservefonds der unter Kontrolle der Kommissare der Mächte stehenden ägyptischen Schuldenkasse zu entnehmen, in Paris und St. Petersburg Zustimmung finden würde, zeigt, daß die Engländer besser auf dem Meere Bescheid wissen als auf dem Lande.

Die ersten Tage nahm die hiesige Presse die Nachricht von der ägyptischen Dongolaexpedition ziemlich ruhig auf. Das radikale Kabinett, namentlich der Ministerpräsident*, wünscht aber für seine bedrohte Stellung im Innern das Mißvergnügen des französischen Volks nach außen zu lenken.

Zu dem Zwecke erschien eine offiziöse Note mit ganz drohender Sprache, in der gesagt wurde, daß Herr Berthelot mit Lord Dufferin ein sehr ernstes Gespräch geführt und ihm am Schlusse gesagt habe, daß das Vorgehen Englands sehr ernste Folgen (les conséquences les plus graves) haben könne.

Ich beehre mich, diese Note hier beizulegen**.

Lord Dufferin war ganz entrüstet, als er diese Note las. Herr Berthelot hatte nämlich, nachdem er Lord Dufferins Noten erhalten hatte, mit ihm den Inhalt in freundschaftlichstem Tone besprochen, und der englische Botschafter war auf das unangenehmste überrascht, als er am anderen Morgen die geradezu drohende Sprache der Havas-Note gelesen hat.

Lord Dufferin stellte Herrn Berthelot gestern darüber zur Rede, sprach auch mit Herrn de Courcel, und beide Herren versicherten auf das bestimmteste, daß die Note nicht von Herrn Berthelot und dem Auswärtigen Amte ausgegangen sei.

Herr Berthelot war ganz entrüstet, als Herr von Courcel ihn darauf aufmerksam machte. Der Urheber ist der Ministerpräsident Bourgeois, der die Aufregung im Parlament und in der Presse benutzen

---

* Bourgeois.

** Siehe Anlage.

will, um in der Kammer die Anträge wegen Madagaskar und auch eventuell die Einkommensteuer besser durchzubringen.

Das darf man doch wohl auf Deutsch ein niederträchtiges Intrigenspiel nennen.

Allem Anscheine nach wird sich die feindliche Stimmung hier noch sehr steigern. Bis zum Kriege wird man aber schwerlich gehen wollen.

Von russischer Seite wird das Feuer sehr geschürt. Herr von Mohrenheim ist jeden Tag im Auswärtigen Amte.

Mein italienischer Kollege* ist mit dieser Wendung der politischen Lage sehr einverstanden. Er meint und hofft, daß mit Menelik möglichst bald Frieden geschlossen, der Krieg aber gegen die Derwische fortgesetzt und Kassala nicht geräumt werden möge.

Daß die Engländer selbst Absichten auf Kassala haben sollten, glaubt er nicht, denn in den Händen Italiens würde diese Stellung auch für die Engländer von großem Nutzen sein. Es würde auch vieler Opfer und vieler Zeit bedürfen, bis die Engländer so weit vorrücken könnten. Lord Wolseley soll sehr dazu raten, die Expedition sehr langsam vorrücken zu lassen und nicht weiter als höchstens 100 Kilometer über Wadi-Halfa vorzugehen und dort zu warten, bis im September der Nil steigt, und die Zwischenzeit zur Sicherstellung der Verbindungen zu benutzen.

In den englischen militärischen Kreisen erkennt man die Schwierigkeiten einer größeren Expedition, und ich betrachte das Vorgehen der Engländer in diesem Augenblick nur als eine politische Demonstration.

Für uns kann dieselbe von Nutzen sein.

Eine Verständigung zwischen Frankreich, Rußland und England ist auf lange Zeit nicht mehr zu befürchten.

Münster

Nachschrift

In der heutigen Kammersitzung hat Herr Berthelot auf eine Anfrage des Abgeordneten Prinzen von Arenberg bezüglich der englischen Expedition nach Dongola etwa folgende Antwort erteilt.

Der Minister erklärte, Englands Antrag, 500 000 Livres von dem ägyptischen Reservefonds zur Bestreitung der Kosten der Expedition zu verwenden, fordere die ernstesten Einwände in finanzieller wie politischer Hinsicht heraus. Die finanzielle Gefahr erscheine um so größer, als das Unternehmen, welches Herr Berthelot als essentiellement offensif et mal défini bezeichnet, unzweifelhaft weitere Ausgaben nötig machen und möglicherweise die Totalität des Reservefonds, wenn nicht mehr, in Anspruch nehmen würde.

* Graf Tornielli.

Aber auch politisch sei die Expedition bedenklich wegen der tiefgehenden und unerwarteten Veränderungen, welche dieselbe im gegenwärtigen Stande der ägyptischen Frage hervorrufen würde. Das Erwecken des afrikanischen Fanatismus könne auch den Besitz Frankreichs wie anderer Länder in Afrika gefährden.

Außerdem werde die Okkupation Ägyptens, deren provisorischen Charakter die englische Regierung selbst stets ausdrücklich anerkannt habe, dadurch ins Unendliche verlängert. Bei diesem Sachverhalt habe das französische Kabinett, ehe es zu dem englischen Antrag Stellung nehme, nähere Aufklärung über denselben verlangen müssen.

Herr Berthelot bat schließlich die Kammer, sich mit dieser Mitteilung einstweilen zu begnügen, und fügte hinzu, daß ein Meinungsaustausch zwischen den Regierungen stattfände.

Die Ausführungen des Ministers wurden von lebhaftem Beifall von allen Seiten des Hauses begleitet.

Münster

Anlage

Ausschnitt aus „Le Temps" vom 18. März 1896

Le conseil des ministres s'est réuni ce matin, à l'Elysée, sous la présidence de M. Félix Faure.

La séance a été consacrée principalement á l'examen des questions extérieures en cours et notamment des affaires d'Egypte. A ce sujet nous reproduisons la note suivante dont le texte est communiqué à la presse:

„Le ministre des affaires étrangères a fait connaître au conseil qu'il avait reçu, hier, de l'ambassadeur d'Angleterre en France une lettre l'informant du projet d'une expédition militaire à Dongola.

Dans un entretien qu'il a eu ensuite avec lord Dufferin, M. Berthelot a demandé à celui-ci des renseignements sur les causes et le but de ce projet et a appelé son attention sur la gravité de ses conséquences."

Nr. 2707

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 228 London, den 19. März 1896

Aus den Äußerungen des Premierministers hatte ich den Eindruck, daß er an keine ernste Schwierigkeit mit Frankreich wegen Dongola glaubt und sich durch die Mißstimmung in Paris nicht abhalten lassen wird, seine Absicht auszuführen. Dagegen erinnerte er mich ausdrück-

lich an seine neuliche, durch Telegramm Nr. 81* von mir gemeldete Äußerung, daß er kein großartiges militärisches Unternehmen gegen die Derwische im Sinne habe, sondern nur eine militärische Diversion innerhalb bestimmter und mäßiger Grenzen. Bezeichnend war in dieser Hinsicht noch die Äußerung, daß die größte Schwierigkeit, mit welcher er in dieser Sache zu kämpfen habe, darin bestehe, den Eifer der beteiligten militärischen Kreise zu mäßigen. Auch während seines Urlaubs, welchen er nach wie vor am 26. d. Mts. anzutreten beabsichtigt, werde er aus der Entfernung dafür sorgen, daß das Unternehmen keine größeren Dimensionen annehme, als er es von Anfang an beabsichtigt habe.

Für unsere Bereitwilligkeit, der Verwendung der für die Expedition erforderlichen Summe aus ägyptischen Fonds zuzustimmen, sprach Lord Salisbury seinen lebhaften Dank aus und bemerkte dazu, daß, da er jeden Augenblick die Zustimmung Österreichs erwarte, die Majorität in der Kommission dafür gesichert sei. Es stehe fest, daß Einstimmigkeit dafür nicht vorgeschrieben sei. Ich habe, da mir Telegramm Nr. 76** noch nicht zugegangen war, hierüber keine Ansicht ausgesprochen, die Auffassung des Ministers aber auch nicht bestritten.

Hatzfeldt

Nr. 2708

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 London, den 20. März 1896

Der französische Botschafter, welcher seinen Urlaub unterbrochen hat, um wegen Ägyptens hierher zurückzukehren, hat heute eine lange Konferenz mit Lord Salisbury gehabt. Bei zufälligem Zusammentreffen mit mir nach dieser Unterredung nahm er sofort die Initiative zu vertraulicher Besprechung der Dongolaexpedition und versicherte zunächst, daß er bei seiner Rückkehr, die er selbst in Paris angeregt, vor allem den Zweck verfolgt habe, sich gegen den Vorwurf der Abwesenheit von seinem Posten unter solchen Umständen zu sichern. Die ägyptische Frage sei, obwohl Frankreich ein spezielles Interesse daran habe, keine ausschließlich französische, sondern eine europäische, und er, Baron de Courcel, habe sie daher stets Lord Salisbury gegen-

---

* Siehe Kap. LXVIII, Nr. 2777.

** Durch Telegramm Nr. 76 vom 18. März war Hatzfeldt dahin instruiert worden: „Diesseits ist kein rechtlicher Grund bekannt, welcher uns nötigte, in dieser Frage Stellung zu nehmen, beziehungsweise der englischen Auffassung entgegenzutreten.

Bitte sich in diesem Sinne zu äußern, falls Sie auf die Frage Majorität oder Einstimmigkeit angeredet werden."

über nur akademisch besprochen, ohne irgendeinen Vorschlag daran zu knüpfen. Allerdings habe man in Paris geglaubt, wenigstens auf dem Wege zu einer Verständigung zu sein, und die Expedition nach Dongola sei daher eine sehr unerwünschte Überraschung gewesen, durch welche die öffentliche Meinung in Frankreich sehr erregt werde.

Im Laufe der Unterhaltung ließ Baron de Courcel halb im Scherz die Bemerkung fallen, daß unsere Beziehungen zu England wieder recht intim zu sein schienen, und daß uns daher vielfach die Anregung zur Dongolaexpedition zugeschrieben werde. Ich habe mich auf die Erwiderung beschränkt, daß der Entschluß der englischen Regierung für niemand überraschender gewesen sei als für mich. Er erwiderte, daß er dies keinen Augenblick bezweifle, daß dies aber die Möglichkeit einer direkten Verständigung mit Sir Frank Lascelles nicht ganz ausschließen würde*.

Hatzfeldt

Nr. 2709

Der Generalkonsul in Kairo Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 40 Kairo, den 12. März 1896
[eingegangen am 20. März]

pp. Lord Cromer habe ich bis jetzt nur einmal und ganz flüchtig im Beisein von anderen gesprochen, fand aber doch beim Abschiednehmen Gelegenheit, die Hiobspost aus Abessinien zu erwähnen und ihm, als er sein Bedauern über die Niederlage der Italiener aussprach, ohne Umschweife zu sagen, daß England denselben längst hätte helfen sollen[1]. Seine Antwort war ausweichend. Lord Cromer war bis jetzt der entschiedene Gegner einer aktiven Sudanpolitik, und zwar hauptsächlich aus finanziellen Gründen. Er befürchtete, daß, wenn die Finanzen Ägyptens, deren Überschuß durch die Caisse de la dette publique brachgelegt ist, infolge einer Sudankampagne in Unordnung gerieten, damit dem Auslande gegenüber der vorzüglichste Verteidigungsgrund für die englische Okkupation Ägyptens hinfällig werden würde. Ich habe indessen Grund zu der Annahme, daß Lord Cromers Haltung sich seit einigen Tagen geändert hat, und daß er sich nicht länger der Ansicht verschließt, daß es auch im englisch-ägyptischen Interesse liegen würde, wenn England den Italienern jetzt rasche Hülfe brächte. Falls Lord Cromer diese Ansicht mit Nachdruck in London vertritt, so ist bei dem Gewicht, welches seine Stimme in ägyptischen Angelegenheiten, so viel ich weiß, auch bei Lord Salisbury hat, die Hoffnung

* Vgl. dazu Kap. LXVIII, Nr. 2770 und Fußnote.

vielleicht noch nicht ganz ausgeschlossen, daß auch dieser seine Inaktivität aufgibt. Über Lord Cromers veränderte Auffassung zugunsten Italiens erfahre ich folgendes:

Der Sirdar der ägyptischen Armee, General Kitchener, welchen ich von früher her kenne, setzte mir gestern mit Wärme auseinander, daß sowohl aus Gründen der allgemeinen Politik, um Italiens Freundschaft für England dauernd zu erwerben, wie auch im Interesse der englischen Stellung in Ägypten und zur Sicherung der Südgrenze Ägyptens gegen die Derwische England den Italienern zu Hülfe eilen müsse[2]. Kassala sei zwar seinerzeit gegen den Rat und den Wunsch Englands von den Italienern besetzt worden. Als Lord Kimberley die Nachricht von der Besetzung Kassalas erhalten habe, habe der Minister, bei dem er, General Kitchener, sich damals zufällig befunden habe, ausgerufen: „I can't believe it.“ Wie dem aber auch sei, es liege jetzt im Interesse Englands, den Italienern zu helfen. Auch Lord Cromer, bisher ein Gegner jeder Sudanpolitik, neige neuerdings der Ansicht zu, die Italiener mit einem Expeditionskorps auf dem Wege Suakin-Kassala zu unterstützen.

Der Sirdar wünscht ebenfalls, von Suakin aus Kassala zu entsetzen und zu gleicher Zeit Friedensverhandlungen zwischen Italien und Menelik zu vermitteln, dessen Führer er zum Teil persönlich kennt.

Auf meine Frage, wie man in London die Lage auffasse, bemerkte der Sirdar, er fürchte, daß die dortige Regierung sich der aktiven Unterstützung Italiens widersetze. Ich erwiderte mit der brüsken Offenheit, welche im Verkehr mit Engländern mitunter angebracht ist, der englische Glaubenssatz, daß man einem Freunde in der Not unter keinen Umständen helfen dürfe, schiene so weit zu gehen, daß der Engländer lieber selbst Schaden litte, als einem anderen beizuspringen[3]. Es liege auf der Hand, daß die Gelegenheit, die Macht des Mahdi zu brechen und damit die Grenzen Ägyptens zu schützen, günstiger sei, solange sich Kassala halten könne, als nachher. Die Haltung der englischen Regierung lasse sich vom Standpunkt des eigenen Interesses aus schwer erklären. Sie versäume eine vielleicht so bequem nie wiederkehrende Gelegenheit, ihre eigene Stellung in Ägypten zu kräftigen und sich Italien als Freund für künftige Zeiten zu erhalten, und noch dazu in einer Frage, wo England voraussichtlich dem Widerstand keiner einzigen Großmacht begegnen würde und jedenfalls der Sympathie der Freunde Italiens gewiß sein würde[3]. Ich legte ferner dem Sirdar nahe, daß es für die Entschließungen der Londoner Regierung von Wichtigkeit sein müsse, wenn die hiesigen Autoritäten im Sinne der Unterstützung Italiens ihre Stimme erhöben und auf die Gefahren des Falls von Kassala auch für Ägypten hinwiesen[4]. Der Sirdar gab zu verstehen, er glaube, daß Lord Cromer ähnlich berichten würde. pp.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] das habe ich ihnen seit einem Jahr gepredigt
[3] gut
[4] ja

Nr. 2710

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 271 Berlin, den 21. März 1896

Ew. Bericht Nr. 228* deckt sich hinsichtlich der Stellung von Lord Salisbury zum Dongolaunternehmen mit dem Bericht Nr. 40 aus Kairo** und Nr. 31 aus Paris***, welche beide Ew. mit heutiger Expedition zugehen. Nach Kenntnis dieser drei Berichte unterliegt es für mich kaum noch einem Zweifel, daß Lord Cromer, indem er sich plötzlich auf die Seite der Militärpartei stellte, die englische Regierung zu jenem Unternehmen mehr oder weniger genötigt hat. Andrerseits läßt aber auch die Geringfügigkeit der aufgebotenen militärischen Kräfte vermuten, daß es sich für Lord Cromer nur um einen Schachzug gegen weitere Räumungsprojekte und für Lord Salisbury um die Vermeidung eines Zwistes mit Lord Cromer handelt. Schließlich jedoch wird, nachdem das Unternehmen einmal eingeleitet ist, für den Umfang desselben weniger der Wunsch und Wille dieser beiden Staatsmänner als die Unmöglichkeit, mit einem Mißerfolge abzuschließen, bestimmend sein.

In unserm Interesse liegt es nicht, gleich anfangs durch Hinweis auf die Schwierigkeiten der Aufgabe und die Größe der erforderlichen Kraftanstrengung den Engländern die Sache zu verleiden. Vielleicht aber werden Ew. Gelegenheit haben, indirekt auf das gleiche Ziel hinzuarbeiten, indem Sie an der Hand der heutigen Berichterstattung des Botschafters von Bülow hervorheben, daß die gegenwärtige italienische Regierung zum Anschluß an Frankreich und namentlich an Rußland viel mehr geneigt ist als Herr Crispi. Diese opportunistische Neigung könnte leicht und plötzlich zum Ausdruck kommen, falls dem italienischen Kabinett klargemacht werden sollte, daß es in Afrika mit russischem Wohlwollen bessere Geschäfte macht als mit englischer Freundschaft. Der Dreibund würde durch eine solche italienisch-russische Abmachung nicht berührt werden.

Unter solchen Umständen wird doch vielleicht Lord Salisbury zu der Überzeugung gelangen, daß es für England nachteilig ist, wenn

---

* Siehe Nr. 2707.
** Siehe Nr. 2709.
*** Siehe Nr. 2706.

die Geringfügigkeit der Dongolaexpedition den Italienern die Überzeugung aufdrängt, daß die angebliche Unterstützung Italiens für England nur ein Deckmantel zur Wahrnehmung eigner Interessen war.

Marschall

Nr. 2711

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 Rom, den 21. März 1896

Als mich Herr Malvano* auf die Kontroverse Majorität oder Einstimmigkeit hinsichtlich der Verwendung aus ägyptischen Ersparnissen anredete, entgegnete ich ihm, daß uns kein rechtlicher Grund bekannt sei, welcher uns nötigte, in dieser Frage Stellung zu nehmen, bezw. der englischen Auffassung entgegenzutreten. Herr Malvano antwortete, daß Italien in der Dongola-Kredit-Angelegenheit wie überhaupt in der Expeditionsfrage England keinerlei Hindernisse bereiten, sich aber auch nicht in den Vordergrund drängen wolle.

Der Herzog von Sermoneta hatte aus St. Petersburg die Nachricht erhalten, daß der russische Protest gegen den englischen Kreditantrag mit dem französischen übereinstimme. Nichtsdestoweniger überwiegt hier vorläufig der Eindruck, daß Rußland in der ägyptischen Frage zwar Frankreich nicht im Stich lassen, demselben aber doch nur in zweiter Linie folgen werde.

Den hiesigen franzosenfreundlichen Elementen ist der zwischen Frankreich und England wieder mehr hervortretende Gegensatz in hohem Grade unbequem, da die von ihnen gewünschte Annäherung an Frankreich hierdurch wesentlich erschwert wird.

Bülow

Nr. 2712

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 69 Berlin, den 21. März 1896

Antwort auf Telegramm 104**.

Die Bemerkung des Herrn Malvano, „daß Italien sich nicht in den Vordergrund drängen wolle", macht einen eigentümlichen Eindruck.

---

* Generalsekretär im italienischen Außenministerium.

** Siehe Nr. 2711.

Es können da franzosenfreundliche Ratschläge des Grafen Nigra herausschauen, vielleicht aber ist sich Herr Malvano auch bloß im unklaren über den dem Dreibunde als Zuschauer zufallenden geringen Anteil an der Aktion. Wir betrachten unsre Aufgabe als beendet mit der Abgabe unsres Finanzvotums. Die Frage, ob Majorität oder Einstimmigkeit, betrachten wir als eine offene und überlassen es der Verantwortung Englands, wie es die einschlägigen Vertragsbestimmungen interpretiert. Im „Vordergrunde“ steht also nur England einerseits und der oder die Gegner der englischen Interpretation andrerseits, nicht aber der Dreibund. Sollte wider Erwarten sich wirklich seit der Absendung von Ew. Telegramm Nr. 100* bei der italienischen Regierung eine Neigung zur Schwenkung bemerkbar machen, so wollen Ew. nötigenfalls darauf hinweisen erstens, daß England erklärtermaßen die Kampagne mit zugunsten Italiens unternimmt, zweitens, daß Deutschland seine Haltung lediglich auf Wunsch Italiens eingenommen hat. Wir dürfen also bestimmt darauf rechnen, daß Italien, wie Herr Malvano gleichfalls bemerkt hat, England „keinerlei Hindernisse bereitet“, d. h. daß Italien zur Verwendung zustimmt und das Weitere Englands Verantwortung überläßt.

Marschall

Nr. 2713

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 St. Petersburg, den 21. März 1896

Ich fand Fürsten Lobanow heute auffallend präokkupiert wegen der politischen Lage in Ägypten. Er teilte mir gesprächsweise die Antwort an Grafen von der Osten-Sacken auf den englischen Vorschlag mit und fand unsere Haltung mit Rücksicht auf unsere Beziehungen zu Italien begreiflich. Er schien aber die Anspielung auf Transvaal in der Depesche des Grafen von der Osten-Sacken** nicht recht zu verstehen, und habe ich ihm im Sinne des Erlasses Nr. 49 vom 19. Januar*** eine Erläuterung gegeben. Fürst Lobanow scheint über die zu gebende Antwort auf den englischen Vorschlag noch nicht schlüssig zu sein, ich zweifele aber, daß er von der französischen Antwort abweichen wird. Er findet, daß der projektierte Feldzug nach Dongola keine Notwendigkeit zum Schutze Ägyptens, sondern eine aggressive und in ihren Folgen unabsehbare Aktion Englands, natürlich in angeblichem Interesse Italiens sei[1]. Er nennt die englische Handlungsweise eine

* Siehe Nr. 2701.
** Vgl. Nr. 2705.
*** Siehe Kap. LXIV, Nr. 2651.

Ungeschicklichkeit. England hätte sich vorher mit Frankreich freundschaftlich und dann unter der Hand mit den anderen Mächten über die Zulässigkeit und Opportunität, das ägyptische Geld anzuweisen, verständigen sollen. Durch den französischen Refus, den sich England leichtsinnig zugezogen, sei eine Verständigung viel schwieriger[2]. England sei reich genug, wenn es eine solche abenteuerliche Expedition machen will, das eigene Geld dazu herzugeben, warum sollen die ägyptischen Gelder zu einer Expedition verwandt werden, die keine ägyptische ist und Unsummen verschlingen wird. Auch hat England sich über den Khedive und den suzeränen Sultan hinweggesetzt und diesen nicht einmal in seinem Vorschlage genannt.

Marquis Maffei* teilt mir eben vertraulich ein Telegramm des italienischen Botschafters in Paris mit, dem der auswärtige Minister Berthelot gesagt hat, eine Antwort seitens Frankreichs sei auf den englischen Vorschlag noch nicht zu geben, meint aber, daß sie negativ ausfallen werde. Die ägyptischen Überschüsse seien zu etwas anderem bestimmt als zu einer Expedition, deren Notwendigkeit nicht nachgewiesen sei. Fürst Lobanow hat fast wörtlich dasselbe dem Marquis Maffei gesagt wie mir und auch hinzugefügt, daß England reich genug sei, diese Expedition aus eigener Tasche zu zahlen.

Marquis Maffei glaubt zu wissen, daß die französische Ablehnung die gewöhnliche Form eines Notenaustausches unter befreundeten Mächten annehmen wird. Ich habe den Eindruck, daß Fürst Lobanow ernstlich jede Verwickelung vermieden sehen möchte, aber den gesuchten Ausweg noch nicht finden kann[3]. Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] um so besser
[3] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der Zweck ist erreicht. England ist zu Aktion geschritten, es ist compromittirt, und die Liebäugelei mit Gallo-Russland ist zerstört, mehr wollte ich nicht. Ich bin zufrieden**. W.

Nr. 2714

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 London, den 21. März 1896

Nach Mitteilung Lord Salisburys hat Rußland seine Zustimmung zur Verwendung des hier geforderten Betrags aus ägyptischen Erspar-

* Italienischer Botschafter in Petersburg.
** Vgl. zu dieser charakteristischen, aber einseitigen Bemerkung des Kaisers Kap. LXVIII, Nr. 2770, Fußnote.

nissen für Expeditionszwecke bereits entschieden verweigert[1], während die Antwort der französischen Regierung noch aussteht.

Lord Salisbury glaubt nicht, daß die finanzielle Frage Verwickelungen verursachen wird[2]. Er nimmt an, daß der fragliche Betrag, nachdem die Mehrheit der Kommission zugestimmt, ohne weiteres für die Expedition verwandt werden, und daß Frankreich, welches deshalb keinen Krieg wolle, keine ernstlichen Schwierigkeiten erheben wird[3].

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] abwarten
[3] jetzt vielleicht noch nicht

Nr. 2715

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 234 London, den 21. März 1896

pp. Wenn man die jetzige Haltung und Sprache des Premierministers in bezug auf Frankreich, welche auch in der hiesigen Presse als eine Schwenkung zugunsten Italiens und der Tripelallianz aufgefaßt wird, mit seinen bisherigen Bemühungen, bessere Beziehungen mit Frankreich herbeizuführen, vergleicht, so ist es nicht leicht, sich der Auffassung zu verschließen, für welche mein österreichischer Kollege* eintritt, daß England jetzt ernstlich entschlossen ist, an Ägypten festzuhalten, ohne auf die Empfindlichkeit Frankreichs in dieser Frage besondere Rücksicht zu nehmen. Auch die Sprache, welche die Vertreter der Regierung, namentlich Mr. Chamberlain, in der gestrigen Sitzung des Unterhauses geführt haben, läßt in dieser Hinsicht kaum einen berechtigten Zweifel zu. Bei der Veränderlichkeit, welche die bisherige auswärtige Politik Lord Salisburys charakterisiert hat, möchte ich es aber dennoch für ratsam halten abzuwarten, ob die Handlungen des englischen Kabinetts dieser angeblichen neuesten Schwenkung entsprechen, und ob es den Bemühungen der französischen Regierung, die trotz ihrer Erregung keinen Bruch zu wollen scheint, nicht doch noch gelingen wird, Lord Salisbury, welcher einem offenen Bruch ebenso abgeneigt ist, zu einem Ausgleich zu vermögen.

P. Hatzfeldt

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Richtig

---

* Graf Deym.

Nr. 2716

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

[Berlin, den 24. März 1896]

Der englische Botschafter teilte mir heute den Inhalt eines von dem englischen Geschäftsträger in St. Petersburg an Lord Salisbury gerichteten Telegramms mit, welches die Antwort der russischen Regierung auf die englische Anregung in der ägyptischen Frage wiedergibt. Hiernach hat Fürst Lobanow auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers Mr. Goschen* folgendes eröffnet:

Die russische Regierung könne sich nicht davon überzeugen, daß das ägyptische Territorium von irgendeiner Seite bedroht sei und aus diesem Grund eine militärische Expedition erforderlich sei. Der Reservefonds, welchen die englische Regierung antasten wolle, sei ausschließlich für die Sicherheit der Gläubiger bestimmt, nicht aber für militärische Zwecke. Da die Kosten der Expedition im voraus nicht geschätzt werden könnten, so kompromittiere der von England gewünschte Eingriff in den Reservefonds die ägyptische Finanzverwaltung auf das schwerste, und sei daher die Kaiserliche Regierung außerstande, dem englischen Wunsche stattzugeben.

Aus der Absicht der englischen Regierung, eine größere Truppenmacht aus dem Inneren des Landes nach entlegenen Gegenden zu senden, entnehme Seine Majestät der Kaiser, daß in Ägypten selbst vollkommene Ruhe wiederhergestellt sei, und glaube allerhöchstderselbe, daß demnach seitens der Mächte die Frage einer Prüfung zu unterziehen sei, ob ein Anlaß bestehe, den gegenwärtigen außerordentlichen Zustand in Ägypten noch länger fortdauern zu lassen.

Schließlich sagte mir Sir Frank Lascelles, er sei von Lord Salisbury telegraphisch beauftragt, der Kaiserlichen Regierung seinen wärmsten Dank für die Unterstützung in dieser Frage auszusprechen.

Marschall

Nr. 2717

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 London, den 25. März 1896

Die auf morgen früh festgesetzte Abreise Lord Salisburys steht, wie er mir eben selbst bestätigt hat, noch nicht unbedingt fest, weil

---

* Englischer Botschaftssekretär in Petersburg.

infolge seiner anderthalbstündigen Unterredung mit dem französischen Botschafter am vergangenen Sonntag der letztere noch eine Antwort aus Paris erwartet, die aber bis zur Stunde nicht eingetroffen ist.

Mir gegenüber stellte Lord Salisbury heute nicht in Abrede, daß Baron de Courcel, wie ich es erwartet hatte, sich sehr geneigt gezeigt habe, der Verwendung ägyptischer Fonds für die Expedition gegen gewisse Zusicherungen zuzustimmen. Er leugnete auch nicht, daß dabei in erster Linie von einer neuen Zusicherung Englands in bezug auf spätere Evakuation Ägyptens die Rede gewesen sei. Er dagegen habe dem Botschafter die Frage gestellt, was denn nach dem etwaigen Abzug der Engländer nach französischer Auffassung aus Ägypten werden solle, welches sich noch nicht selbst regieren könne, ohne jedoch auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu erhalten. Lord Salisbury ließ dabei mir gegenüber die Bemerkung fallen, daß die früheren, mit dem Kondominium gemachten Erfahrungen keine Aufmunterung enthielten, etwa auf einen solchen Gedanken zurückzukommen.

Die heutigen Äußerungen Lord Salisburys scheinen jedenfalls die in meiner Berichterstattung ausgesprochene Annahme zu bestätigen, daß seit der Rückkehr des Baron de Courcel hier eifrig über eine Verständigung bezüglich Ägyptens verhandelt worden ist, und daß Lord Salisbury, wenn er auch wohl den Franzosen bisher keine bestimmten Zusicherungen erteilt, doch den Versuch zur Verständigung keineswegs abgewiesen hat.

Mit welchem Eifer der französische Botschafter die Sache persönlich verfolgt, ergibt sich auch daraus, daß er dem Premierminister sogar vorgeschlagen hat, ihn in Beaulieu aufzusuchen, um die Besprechung fortzusetzen.

Der russische Botschafter* sagt mir, daß er heute wieder in der Lage gewesen sei, sich bei Lord Salisbury eines unangenehmen Auftrags bezüglich der Verwendung ägyptischer Fonds zu entledigen.

Hatzfeldt

Nr. 2718

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 25. März 1896

Zu Telegramm Nr. 93**.

Als Lord Salisbury die Äußerung über Kondominium fallen ließ, sagte ich ihm lachend: wenn es wirklich wahr wäre, was hier so viele

* Baron de Staal.
** Siehe Nr. 2717.

Leute glaubten, daß wir so großen Wert auf dauernde Entzweiung Englands und Frankreichs legten, so würde ich persönlich mir nichts besseres wünschen als ein neues Kondominium in Ägypten, welches am sichersten zur Entzweiung führen würde, wie damals in Schleswig-Holstein zwischen Österreich und uns. Lord Salisbury stimmte bereitwillig zu. Ich ließ dann noch die Bemerkung fallen, daß wir es ruhig mitansehen könnten, daß es aber allerdings fraglich erschiene, welchen Eindruck ein solches Abkommen auf die politischen Freunde Englands (Österreich und Italien) hervorbringen, und ob es nicht bei ihnen das durch die Dongolaexpedition eben hergestellte Vertrauen auf die Stabilität der auswärtigen Politik Englands wieder erschüttern würde. Ich verband damit die Andeutung, daß die Nachfolger Crispis vielleicht einer Annäherung an Rußland weniger abgeneigt sein würden, als derselbe gewesen sei. Auf die Bemerkung Lord Salisburys, daß Rußland, welches selbst noch nicht habe in das Mittelmeer dringen können, den Italienern dort, wo ihre Hauptinteressen lägen, kaum viel helfen könne, erwiderte ich, daß dies vorläufig wohl richtig sei, daß sich aber doch die Möglichkeit denken lasse, daß Rußland bezüglich gewisser Territorien (Tripolis, Albanien usw.) den Italienern Aussichten eröffnen könnte, welche für dieselben schon wegen der besonderen Beziehungen Rußlands zu Frankreich und wegen des bestimmenden Einflusses, welchen es in Paris ausübe, von hohem Wert sein würden. Lord Salisbury bestritt dies nicht und fügte nachdenklich hinzu: vielleicht auch Marokko.

Hatzfeldt

Nr. 2719

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 95 London, den 26. März 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 93*.

Der französische Botschafter hat gestern abend noch Lord Salisbury aufgesucht, um ihm eine ablehnende Antwort seiner Regierung in bezug auf die finanzielle Frage mitzuteilen. Sonstige Verhandlungen scheinen sich hieran nicht mehr geknüpft zu haben und werden auch, da der Premierminister abgereist ist, vorläufig wohl nicht stattfinden.

Der französische und der russische Botschafter sagten mir heute ganz vertraulich, daß sie die ablehnende Haltung ihrer Regierungen in der finanziellen Frage für einen Fehler hielten, da die Expedition dadurch nicht verhindert werde und England, wenn es dieselbe wirklich

---

* Siehe Nr. 2717.

aus eigenen Mitteln bestreiten müsse, einen verstärkten Titel zur Verlängerung der Okkupation erhielte.

Beide Botschafter nehmen an, daß der russische und französische Vertreter in der Commission de la Dette heute gegen den Majoritätsbeschluß protestieren werden, und daß sich hieran ein längerer Meinungsaustausch unter den Mächten über die Rechtsfrage knüpfen wird.

Hatzfeldt

Nr. 2720

Der Generalkonsul in Kairo Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Kairo, den 26. März 1896

In heutiger Sitzung bestritten französischer und russischer Schuldenkommissar Kompetenz der Schuldenkommission zur Bewilligung von Ausgaben aus dem Reservefonds für Dongolaexpedition, welche als politische Frage nur den Mächten zustände. Majorität stimmte für Kompetenz und beschloß trotz Widerspruchs der Minorität, über Kreditbewilligung zu votieren. Minorität erklärte Beschluß für illegal und verließ Sitzung. Majorität bewilligte hierauf Kredit von 500 000 Pfund und sofortige Auszahlung von 200 000 Pfund, welche durch Ordre an Bank von England erfolgte. Nach Sitzung erhielten sämtliche sechs Schuldenkommissare gerichtliche Vorladung zum 13. April vor gemischten Gerichtshof* ausgehend von vier Pariser Inhabern ägyptischer Staatspapiere, darunter Bankier Hoskier, welche Bewilligungsrecht der

* Am 8. Juni erkannte der gemischte Gerichtshof die Berechtigung des Einspruchs des französischen und russischen Kommissars an und verurteilte die ägyptische Regierung zur Rückzahlung der aus der Caisse des Dettes entnommenen Summen. Auch der Appellhof in Alexandrien, in dem ebenso wie in dem gemischten Gerichtshofe ein Franzose den Vorsitz führte, verurteilte die ägyptische Regierung am 2. Dezember 1896, die für die Dongolaexpedition aus der Schuldenkasse entnommenen 500 000 Pfund nebst Zinsen zurückzuzahlen und alle Prozeßkosten zu tragen, außer denjenigen der ersten Instanz, welche den Kommissaren Englands, Deutschlands, Österreichs und Italiens auferlegt wurden. Daraufhin erbot sich die englische Regierung, der ägyptischen die zurückzuerstattende Summe vorzuschießen, wogegen jedoch die französische Einspruch erhob. Daß das englische Anerbieten auf vorschußweise Rückerstattung der 500 000 Pfund kein uneigennütziges war, ergibt eine Äußerung Lord Salisburys zu Graf Hatzfeldt vom 9. Juni 1896: „Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen, daß wir in diesem Fall Ägypten nicht räumen werden, solange die Schuld nicht getilgt ist.“ Bericht Hatzfeldts vom 10. Juni 1896. Vgl. das englische Blaubuch: Correspondence respecting the Law-Suit brought against the Egyptian Government in regard to the appropriation of money from the General Reserve Fund to the expenses of the Dongola Expedition. January 1897 [C — 8306].

Kommissare für Dongolaexpedition bestreiten. Majoritätsprinzip nicht ausdrücklich diskutiert, nur implicite entschieden.

Nach Lord Cromers letzten Nachrichten sind Baron de Courcels bisherige Bemühungen an Lord Salisburys starrem Festhalten an Majoritätsprinzip gescheitert.

Metternich

Nr. 2721

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 37 — Paris, den 31. März 1896

Herr Berthelot ist seiner Wissenschaft zurückgegeben*. Chemische Experimente sind ungefährlicher als politische[1].

Da am Donnerstag das Kabinett mühsam am Leben blieb, mußte Berthelot fallen, denn die Angriffe der Gegner des Kabinetts hätten in ihm eine willkommene Zielscheibe gefunden.

Er mußte aber abgesehen davon fallen, weil der Vormund Mohrenheim es so wollte. Ich darf meinen russischen Kollegen so nennen, denn unvorsichtigerweise tut er das selbst.

Am Donnerstag während der Parlamentssitzung war ich zum Diner auf der russischen Botschaft. Nach Tisch sprach Herr von Mohrenheim mit unvorsichtiger Offenheit. Er erwartete den Sturz des Ministeriums und freute sich darüber, denn er sagte, mit Berthelot, aber auch mit Bourgeois könne er[2] nicht weiter arbeiten. Seine Stellung sei für ihn als Vormund und Ratgeber eine schlimme, denn es geschehe oft das Gegenteil von dem, was er wolle. Der alte Chemiker sei zu wenig Politiker, um ihn zu verstehen. Er sei wie aus den Wolken gefallen, als er die Drohnote an Lord Dufferin mit den „conséquences graves"** gesehen habe, sei sofort zu Berthelot gefahren, dieser sei ganz erschrocken und überrascht gewesen, habe fast weinend versichert, die Note stamme nicht von ihm und müsse im Ministerium des Innern verfaßt worden sein.

Den Russen sind die Franzosen bei dieser Gelegenheit etwas zu scharf in die Zügel gegangen; sie wollten Ägypten als offene Wunde behalten, machten deshalb mehr zum Schein gemeinsame Sache, zum Bruche zwischen Frankreich und England wollten sie es nicht kommen lassen.

---

* Der französische Minister des Äußeren Berthelot hatte am 28. März sein Amt niedergelegt. Der Ministerpräsident Bourgeois übernahm auch das auswärtige Ressort.

** Siehe Nr. 2706.

Die ungeschickte Art, wie man von französischer Seite in Kairo vorging, soll dem Fürsten Lobanow nicht passen.

Die hiesige Presse fast aller Parteien griff Herrn Berthelot schon seit einiger Zeit heftig an, und die Art, wie die ägyptische Frage behandelt wurde, hat diese Angriffe bedeutend verstärkt.

Die öffentliche Meinung sieht darin ein vollständiges Fiasko.

Die Transvaalepisode hatte hier Hoffnungen erweckt, und es schien ein günstiger Moment zu sein, um die zwischen England und Frankreich schwebenden Fragen zu regeln und zur Verständigung mit England zu gelangen[3]*.

Mit Siam wurde der Anfang gemacht. Der Vertrag gefiel hier zwar nicht, man nahm ihn aber als eine Abschlagszahlung hin, hoffend, daß es dem klugen Courcel gelingen würde, von Lord Salisbury für Ägypten Konzessionen zu erlangen. — Da dieses nicht geschah, vielmehr es den Gegnern Frankreichs gelungen ist, die Räumung Ägyptens auf lange Zeit, wahrscheinlich auf immer, zu hintertreiben, richtete sich der ganze Zorn gegen Berthelot, und man übersieht es, daß der eigentliche Sünder Herr Bourgeois ist. Er hat die auswärtige Politik in solche Hände gelegt und hat nachher den ungeschickten Minister auf schändliche Weise durch Veröffentlichung der gefährlichen Note kompromittiert[4]. pp.

Herr von Courcel ist sehr unzufrieden von London zurückgekehrt und hat um seinen Abschied gebeten, der ihm aber bis jetzt noch nicht erteilt worden ist.

Die Beziehungen zu England sind schlecht[5]. Die Stimmung ist auf beiden Seiten des Kanals viel feindlicher geworden.

Herr Bourgeois hat dem diplomatischen Korps die Übernahme des Auswärtigen Amts angezeigt und wird uns morgen empfangen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Bravo! Der alte Münster
2 d. h. Lobanow
3 so dumm! statt zur Verständigung mit uns zu kommen
4 !
5 all right!

Nr. 2722

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Paris, den 1. April 1896

Herr Bourgeois, der heute das diplomatische Korps sah, empfing mich auf das freundschaftlichste. Als Minister des Unterrichts hatte ich

* Vgl. Kap. Nr. LXIV, Nr. 2650 und Nr. 2651.

oft mit ihm früher verhandelt. Er sagte mir, er habe sich über eine Depesche des Herrn Herbette sehr gefreut, die ihm meldete, daß Freiherr Marschall von Bieberstein ihm die Versicherung gegeben habe, daß unsere Stellung zur ägyptischen Frage nicht verändert sei. Aus dieser Äußerung und der Freude, der Bourgeois Ausdruck gab, vermute ich, daß er sie benutzen, Kapital daraus schlagen und ihr eine größere Bedeutung, als sie an sich wohl hat, geben will*. Deshalb hielt ich mich für verpflichtet, es zu melden.

Münster

Nr. 2723

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 36 Berlin, den 2. April 1896

Zu Nr. 64**. Die Äußerung, welche ich beim gestrigen Empfangstage gelegentlich eines Gesprächs über die Dongolaexpedition Herrn Herbette gegenüber getan, daß „unsere Stellung zur ägyptischen Frage nicht verändert sei", habe ich näher dahin präzisiert, daß wir wie bisher uns in der Reserve halten und jede an uns herantretende Frage von Fall zu Fall entscheiden würden. Daß Herr Herbette die Bedeutung dieser Äußerung — die er schon sehr oft von mir gehört — auch diesmal richtig erfaßt hat, ergibt sich aus seiner halb scherzhaften Erwiderung: er begreife diese Politik, weil sie uns in die Lage setze, je nach Bedarf den beteiligten Mächten etwas angenehmes oder unangenehmes zu erweisen; in dieser Möglichkeit liege unser Interesse an der Fortdauer der englischen Okkupation. Ohne darauf näher einzugehen, bemerkte ich, daß es sich diesmal für uns vornehmlich darum gehandelt habe, dem uns verbündeten Italien einen Dienst zu erweisen.

Marschall

---

* Das hat Herbette tatsächlich getan, wenn er in seinem Bericht an Bourgeois vom 1. April 1896 Marschall die Äußerung unterlegte: „Bon gré mal gré, il faudra qu'en dehors de l'Egypte nous marchions d'accord contre l'Angleterre, qui est partout envahissante" (Georges Pagès, L'Hégémonie Allemande im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, p. 282, n. 1). Daß sich Marschall so nicht geäußert haben kann, ergibt sich aus seiner Feststellung im folgenden Schriftstück, ferner aus der Tatsache, daß die deutsche Diplomatie sich schon seit dem Januar 1896 völlig im klaren darüber war, daß jede deutsch-französische Kooperation gegen England zweck- und aussichtslos war. Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2651.

** Siehe Nr. 2722.

Nr. 2724

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 57 Wien, den 1. April 1896

Die Zustimmung Deutschlands zu den Beschlüssen der ägyptischen Kommission hat auch die hiesige diplomatische Welt in Bewegung gebracht. Graf Goluchowski spricht sich ähnlich wie mein soeben hierher zurückgekehrter italienischer Kollege aus: der Dreibund hat durch den Schritt Deutschlands in Ägypten, durch den Besuch des Ministers in Berlin* und die in Aussicht stehende Entrevue[1] der drei Monarchen** eine Kräftigung erfahren, welche Frankreich und Rußland nervös macht.

Daß letzteres der Fall ist, äußert sich allerdings auch in den Bemerkungen des Grafen Kapnist — mehr noch in denen des Herrn Lozé***, welcher durch seine unruhige Haltung bereits die Heiterkeit des Grafen Goluchowski erregt hat.

Mein russischer Kollege suchte meine Auffassung kennenzulernen, ob unsere Haltung in Ägypten als ein „Zwischenfall" zu betrachten sei oder einen Frontwechsel gegenüber England zu bedeuten habe? Ich erwiderte ihm, daß wir doch wohl ein Recht hätten, für unsere Bundesgenossen das zu tun, was Rußland für Frankreich täte[2]. Ich könne daraus nicht irgendeinen Systemwechsel ableiten.

Graf Kapnist replizierte, daß er allerdings zugeben müsse, daß Rußland einem starken Drucke Frankreichs nachgegeben habe. Es bestehe aber die Verpflichtung, nach der Kooperation Frankreichs in Ostasien irgendetwas für die Freunde zu tun[3].

Als ich bemerkte, daß unser Schritt in Ägypten nach meiner Auffassung keineswegs gegen Rußland gerichtet sein könnte, sondern nur vielleicht insoweit, als Rußland sich mit den französischen Interessen identifiziere, äußerte sich der Graf in einer Weise, daß daraus deutlich hervorging: ihm ist alles einerlei, was wir tun oder von Rußland denken — wenn nur nicht eine Änderung unserer Haltung gegenüber England aus unseren Schritten abzuleiten ist[4].

Meine Äußerung, daß unsere Haltung gegenüber Frankreich nach den Erfahrungen, die wir während des Transvaalzwischenfalls

---

* Vgl. Kap. LXVI, Nr. 2678, Fußnote **.
** Gemeint ist die gelegentlich der am 23. März angetretenen Italienreise des deutschen Kaiserpaars geplante Zusammenkunft Wilhelms II. mit König Humbert und demnächst mit Kaiser Franz Joseph.
*** Französischer Botschafter in Wien.

gemacht hätten, gewisse Modifikationen erlitten habe*, und daß Rußland gewisse Konsequenzen, so leid es uns täte, deshalb tragen müsse und auch noch tragen werde, schien den Grafen nicht angenehm zu berühren[5].

Der Eindruck, den die Haltung Englands und unsere Politik in Ägypten auf ihn gemacht hat, ist jedenfalls ein sehr tiefer.

Als ich die Äußerung des Grafen Nigra meinem russischen Kollegen gegenüber verwendete: daß Rußland im Grunde nicht unzufrieden sein könne, wenn sich England in Afrika verbisse, wo Rußland absolut keine Interessen habe, antwortete Graf Kapnist, daß er diese Ansicht nicht teilen könne[6]. England habe die Gewohnheit, mit größter Brutalität, wenn es ihm schlecht gehe, eine neue Frage aufzuwerfen. Da es aber im Sudan stets schlechte Erfahrungen gemacht habe, sei zu gewärtigen, daß daraus eine plötzliche, höchst unbequeme Ablenkung nach dem Mittelmeer oder der Türkei gemacht würde.

Der Frieden Europas sei nur durch das völlige Isolement Englands garantiert. Eine Anlehnung Englands an irgendeine kontinentale Gruppe bedeute eine Bedrohung des Friedens[7].

Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich diese letzte Bemerkung des Grafen auf einen Petersburger Erlaß zurückführe. Die Form seiner Betrachtung hatte einen sehr offiziellen Klang.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Welche?

[2] bravo!

[3] was haben sie denn für unsre Cooperation uns zu liebe gethan?

[4] !

[5] gut

[6] ?!

[7] wenn es sich nicht an Gallo-Russland lehnt?!

Nr. 2725

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 48 — Pera, den 3. April 1896

Tewfik Pascha sprach mir heute von den Versuchen der französischen Regierung, die Pforte zu einem Protest gegen die Dongolaexpedition zu treiben, und bemerkte dabei, daß Seine Majestät der Sultan diese Angelegenheit als eine der Regierung des Khedive zustehende

---

† Vgl. Nr. 2705, 2713.

betrachte und sich daher nicht veranlaßt fühle, seinerseits in dieselbe einzugreifen.

Saurma

Nr. 2726

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm.
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 33 Berlin, den 4. April 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 48*.

Ew. bitte ich, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um Tewfik Pascha zu sagen, daß der Standpunkt der Pforte bei uns volles Verständnis findet. Die Einmischung in die ägyptische Frage, namentlich in Form einer Konferenz, welche jetzt anscheinend den Kabinetten zugemutet werden soll, würde nach diesseitiger Anschauung nur geeignet sein, die Kriegsgefahr zu einer allgemeinen auch für diejenigen Mächte zu gestalten, welche an der ägyptischen Angelegenheit kein eigenes materielles Interesse haben.

Marschall

Nr. 2727

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Pera, den 7. April 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 33**.

Tewfik Pascha, gestern durch mich von der Auffassung der Kaiserlichen Regierung unterrichtet, wonach eine Einmischung nicht direkt beteiligter Mächte in die schwebenden ägyptischen Schwierigkeiten unerwünscht erscheine, erklärte mir, die Pforte werde sich entsprechend dem von Euerer Durchlaucht gegebenen Wink ihrerseits ablehnend gegen etwaige an sie herantretende Konferenzgedanken verhalten.

Er zweifele namentlich nicht daran, daß auch Seine Majestät der Sultan sich die Anschauungen der Kaiserlichen Regierung in dieser Beziehung zu eigen machen werde.

Saurma

---

* Siehe Nr. 2725.
* Siehe Nr. 2726.

Nr. 2728

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 7. April 1896

Der französische Botschafter sprach mir beim heutigen Empfangstage von den aus Anlaß der ägyptischen Frage stattfindenden Verhandlungen, auf die sich Herr Bourgeois in der französischen Deputiertenkammer bezogen hatte*. Herr Herbette wollte von deren Inhalt nur wissen, daß sie nicht die „évacuation" Ägyptens, sondern nur das Ziel im Auge hätten „de rendre l'occupation anglaise moins préjudiciable aux intérêts généraux". —

Aus einer Unterhaltung mit dem Grafen Montebello**, der vor einigen Tagen hier durchgereist, hat Herr Herbette den Eindruck gewonnen, daß man die bisherigen englischen Zusicherungen — die ganz allgemein dahin lauteten, daß man die früher gegebenen Versprechen erfüllen werde — in Petersburg nicht nur für ganz ungenügend erachte, sondern daß man dort fast französischer sei als Frankreich selbst und energisch auf Fortführung gemeinsamer russisch-französischer Verhandlungen dränge. Der Botschafter fand diesen Eindruck bestätigt durch den Inhalt eines Telegramms des Herrn Bourgeois vom 3. d. Mts., in welchem ihm dieser von einer Instruktion des Fürsten Lobanow an Herrn von Staal Kenntnis gibt. Nach diesem Telegramm, das Herr Herbette mir vorlas, beauftragt der russische Minister den Botschafter in London, in der ägyptischen Frage mehr als bisher mit seinem französischen Kollegen Hand in Hand zu gehen und sich jederzeit über ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen. In der ägyptischen Frage handle es sich für Rußland nicht nur darum, Frankreich als Gegenleistung für seine Unterstützung in anderen Fragen beizustehen, sondern es stehe auch ein bedeutsames russisches Interesse auf dem Spiele: Die Erhaltung der Integrität des Türkischen Reichs und die Erhaltung der freien Durchfahrt durch den Suezkanal. Aus diesen Gründen erachtet Fürst Lobanow ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte zum Zwecke der Erlangung von ausreichenden Garantien seitens Englands für geboten.

Auf meine Frage, was er unter den Worten „moins préjudiciable pour les intérêts généraux" verstehe, entgegnete der Botschafter, es

* Am 2. April hatte Ministerpräsident Bourgeois in der französischen Deputiertenkammer eine Erklärung verlesen, in der scharf betont war, daß Frankreich in Ägypten einen integrierenden Bestandteil der Türkei sehe und von dieser Integrität, die geradezu eine Hauptbedingung des europäischen Friedens sei, nicht abgehen werde.

** Französischer Botschafter in Petersburg.

werde sich hier zunächst darum handeln, für die Dauer der englischen Okkupation die Neutralisation des Suezkanals wirksam zu machen, was nach dem Vertrag von 1888 nicht der Fall sei, und dann Garantien für die Freiheit der Schiffahrt auf dem Nil zu schaffen, die während der Dauer der englischen Besetzung nicht vorhanden seien.

Marschall

Nr. 2729

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 14. April 1896

Der russische Botschafter sprach mir heute über die ägyptische Frage, beklagte das Vorgehen Englands und erwähnte dabei „la fameuse lettre de Lord Salisbury", die auf den Fürsten Lobanow einen ungünstigen Eindruck gemacht. Im Laufe der Konversation ergab sich, daß Graf Osten-Sacken darunter einen Brief des englischen Premiers an Baron Courcel verstand, in welchem die Frage der Evakuation Ägyptens behandelt wird. Frankreich habe die erste Anregung Englands wegen des Eingriffs in den Reservefonds nicht ablehnend beantwortet, sondern nur vorläufig Bedenken geltend gemacht und Garantien sowohl bezüglich der Dauer der Okkupation wie hinsichtlich der Ausdehnung der militärischen Expedition verlangt. Darauf habe Salisbury schriftlich mit der Versicherung geantwortet, daß England entschlossen sei, die Versprechungen, die es früher bezüglich Ägyptens gegeben, zu erfüllen, und unter Hinweis auf Mr. Chamberlains Äußerung im Unterhause erklärt, daß das Vorgehen gegen Dongola in keiner Weise an dem provisorischen Charakter der englischen Okkupation Ägyptens etwas ändere. — Fürst Lobanow habe diese Antwort für durchaus ungenügend erklärt und dahin charakterisiert, daß Lord Salisbury die Absicht gehabt zu haben scheine, sich über die Angelegenheit zu mokieren.

Marschall

Nr. 2730

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

Paris, den 25. April 1896

pp. Was Ägypten betrifft, so treibt Rußland die Franzosen weiter, als sie gehen möchten. Rußland tut es, um Frankreich und England gründlich zu verfeinden, was auch für den Augenblick gelungen ist.

Wie ich nach meinen Nachrichten aus England gleich annahm, war der Dongolacoup vor allem gegen Salisbury und Courcel gerichtet und ging von denen, die Salisburys französische Tendenzen kennen, aus, die fürchteten, daß er wegen Ägypten Konzessionen an Courcel würde machen können. Courcel ist jetzt gegen Salisbury persönlich und die Engländer im allgemeinen sehr erbittert, und ich zweifle sehr daran, daß er in London bleiben wird. Salisbury hatte wegen der ägyptischen Frage sich ziemlich weit mit ihm eingelassen, er glaubte ihn ziemlich in der Hand zu haben, als Courcel ein lakonisches Schreiben Salisburys erhielt, worin er ihm die Dongolaexpedition mitteilte.

Dazu ist die spätere Erklärung des englischen Kabinetts gekommen, durch die England betont, die politische Situation sei nicht verändert, Ägypten müsse nur die südlichen Grenzen schützen, und deshalb könne England auf Verhandlungen über die ägyptische Frage nicht eingehen. Die Wut der Franzosen darüber ist sehr stark, und an eine wirkliche Verständigung ist so bald nicht zu denken.

Was die Stellung Frankreichs zur ägyptischen Frage betrifft, so wird sie, was England betrifft, feindlich bleiben, und werden die Franzosen so viele Knüppel als möglich den Engländern zwischen die Beine zu werfen suchen, wirklich drohend vorgehen werden sie aber nicht, davon halten die Finanzmänner und die finanziellen Interessen die hiesige Regierung ab. pp.

(gez.) Münster

Nr. 2731

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 69 Wien, den 30. April 1896

Mein russischer Kollege* läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um mir von der ägyptischen Frage zu sprechen.

Er gibt zu, daß die Lage momentan kein gefährliches Gesicht hat, aber er sieht Komplikationen in naher Zukunft entgegen[1]. Es ist die Frage der Bedeutung des Kanals von Suez, die er hervorhebt. Fast alle Mächte Europas hätten ein gleichmäßiges Interesse an der Sicherstellung dieser Durchfahrt, welche nicht lediglich von England abhängen dürfe. Deutschland käme in erster Linie wegen seiner ostafrikanischen Kolonien in Frage. Diese Kanalfrage müsse einer internationalen Besprechung über kurz oder lang unterbreitet werden[2].

Ich machte die Bemerkung, daß mit anderen Worten Rußland

* Graf Kapnist.

die Absicht habe, nach der Moskauer Krönung die Konferenzfrage anzuregen[3].

Graf Kapnist stellte dieses ziemlich lau in Abrede. Er erklärte sich für einen prinzipiellen Gegner der Konferenzen — aber man könne in diesem Falle die Besprechung von Kabinett zu Kabinett führen und damit die Konferenz vermeiden[4]. „Es sei ja auch nicht gesagt, daß in einem Falle, wo die Interessen aller Großmächte fast identisch seien, eine Konferenz durchaus zum Kriege führen müsse[5].“

Die Annahme des Ministeriums des Äußern in Paris durch M. Hanotaux* schien — wie zu erwarten war — auf Graf Kapnist einen sehr befriedigenden Eindruck zu machen. Sein direkter Gedankensprung von Ägypten auf M. Hanotaux läßt mich darauf schließen, daß die gemeinschaftliche Aktion Rußlands mit Frankreich in Ägypten durch das Wiederauftauchen M. Hanotaux' eine womöglich noch präzisere Form zu gewärtigen hat[6].

Mein italienischer Kollege** ist durch die Ernennung Hanotaux' deprimiert. „Vergessen wir niemals“, sagte mir Graf Nigra, „daß wir in M. Hanotaux einen unerbittlichen und dabei sehr gewandten Gegner haben[7].“

Ich erinnere mich bei dieser Gelegenheit der Wärme, mit der Fürst Lobanow mir im vergangenen Herbste in Hubertusstock von M. Hanotaux sprach. Bei Fürst Lobanow spricht nicht nur der Staatsmann mit, der jetzt einen geschickten und Rußland blind ergebenen Minister am Quai d'Orsay weiß, sondern ganz besonders der leidenschaftliche Liebhaber der Memoirenliteratur, der dem ernsten Geschichtsforscher auf dem Gebiet der französischen Geschichte der beiden letzten Jahrhunderte bewundernd ergeben ist und sich in seinen geistigen Liebhabereien von ihm innigst verstanden fühlt.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Nach der Krönung
2 das hoffe ich nicht
3 richtig
4 und einen netten gordischen Knoten von Intriguen schürzen
5 !
6 um so mehr wird England in die Brenne und daher auf Knien zu uns kommen
7 richtig

Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Andeutungen bezüglich des Suez-Canals beziehen sich wohl auf Russlands Absicht die von Italien besessenen Abesinischen Häfen am Rothen Meer zu bekommen.

---

* Nachdem das Ministerium Bourgeois am 23. April demissioniert hatte, bildete Méline am 29. April die neue Regierung, in der Hanotaux das Äußere übernahm.
** Graf Nigra.

Nr. 2732

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 225 St. Petersburg, den 5. Mai 1896

Fürst Lobanow, den ich gestern sah, brachte das Gespräch auf Ägypten und wurde dabei ganz aufgeregt. Er fand die Handlungsweise Englands unerhört, mit allen möglichen Vorwänden die Räumung ins Ungewisse zu verschieben. Rußland habe ein dringendes Interesse an der unbeschränkten Benutzung des Suezkanals, dessen Passage, solange England Ägypten besetzt halte, von dessen gutem Willen abhängt. Dem könne sich aber weder Rußland noch auch Deutschland unterwerfen, für welches die freie Durchfahrt ebenso wichtig sei. Darauf rief der Fürst mit Bitterkeit aus, daß er die deutsche Politik England gegenüber in Ägypten nicht verstehe, und daß, wenn Deutschland und hinter ihm der Dreibund (toujours cette triple alliance!) England in Ägypten nicht unterstützte, dieses nicht wagen würde, länger dort zu bleiben, oder wenigstens gezwungen würde, einen Termin für die Räumung festzusetzen.

Ich habe den Fürsten Lobanow selten so gereizt über eine Frage gesehen, wie er es jetzt über die ägyptische ist. Er war bisher an ungestörte Erfolge gewöhnt. Die ägyptische Angelegenheit geht ihm gegen den Strich, und er vermag sie nicht nach seinem Sinne zu drehen. Auch dem englischen Botschafter gegenüber kann er seine üble Laune nicht verbergen. Sir Nic. O'Conor tut ihm aber nicht den Gefallen, auf seine Angriffe einzugehen, und antwortet ihm bezüglich der Sudanexpedition immer nur, daß, wenn ein Staat die Verantwortung für ein Gebiet hat, es ihm allein überlassen bleiben müsse, darin zu tun, was er für angezeigt halte, und so vermeide auch ich, mich auf eine Diskussion einzulassen. Füglich konnte ich ihm nicht sagen, daß ich sehr wohl begriffe, daß Rußland die Räumung Ägyptens vielleicht wünscht, damit Frankreich in die Lage komme, sich nach Beseitigung dieses Steins des Anstoßes mit England auf unsere Kosten zu verständigen.

Radolin

Nr. 2733

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 8. Mai 1896

Der englische Botschafter teilte mir heute mit, Seine Majestät der Kaiser habe vor einigen Tagen wiederum eine längere Unterredung

mit dem englischen Militärbevollmächtigten Oberst Grierson gehabt, über deren Inhalt er — der Botschafter — sofort Lord Salisbury telegraphisch Bericht erstattet habe. Sir Frank Lascelles las mir das bezügliche Telegramm vor, welches im wesentlichen dahin lautet:

Seine Majestät habe dem Oberst Grierson erklärt, er wisse aus bestimmter Quelle, daß Rußland unmittelbar nach der Krönung einen großen Coup vorhabe, indem es die Einberufung einer europäischen Konferenz über die ägyptische Frage zu beantragen gedenke. Seine Majestät halte es für seine Pflicht, England vor diesem Plane freundschaftlich zu warnen und anheimzugeben, ob die englische Regierung sich nicht sofort über die Auffassung der europäischen Kabinette verlässigen solle. Der Kaiser bedauere die fortdauernd feindselige Haltung der englischen Presse gegen seine Person und gegen Deutschland, für die von unserer Seite kein Anlaß gegeben worden sei. Er verstehe nicht die Politik Lord Salisburys bezüglich Frankreichs (he is at a loss to understand Lord Salisburys policy with respect to France), denn er wisse genau, daß Unterhandlungen mit Frankreich stattgefunden hätten und Lord Salisbury im Begriffe gewesen sei, eine Konvention zu zeichnen. Lord Salisbury möge bedenken, daß Herr Hanotaux nur ein Werkzeug in den Händen Rußlands sei.

Die telegraphische Antwort Lord Salisburys, welche der Botschafter mir gleichfalls vorlas, lautet ungefähr folgendermaßen:

Lord Salisbury sei außerordentlich dankbar für die freundschaftliche Warnung seitens des Deutschen Kaisers, dessen Anschauungen bezüglich einer Konferenz durchaus den seinigen entsprächen. Er wisse absolut nichts davon, daß er jemals im Begriffe gewesen sei, eine Konvention mit Frankreich über die ägyptische Frage zu unterzeichnen. Was die Haltung der englischen Presse betreffe, so könne er konstatieren, daß sie in letzter Zeit gegen Deutschland freundlicher geworden sei; übrigens fehle ihm jede Möglichkeit, eine Kontrolle über die englische Presse auszuüben.

Marschall

Nr. 2734

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 15. Mai 1896

Der russische Botschafter gab mir heute Kenntnis von einem Telegramm des Fürsten Lobanow*, von dem er mir Abschrift zurückließ. Ich bemerkte dem Grafen Osten-Sacken, daß ich in einer so wichtigen

* Siehe Anlage.

Angelegenheit zunächst die Befehle Seiner Majestät des Kaisers einholen müsse. Von Interesse für uns werde sein zu wissen, welche Haltung Frankreich in dieser Angelegenheit einzunehmen gedenke; die russische Regierung werde begreifen, daß wir nach den Erfahrungen des vergangenen Winters einigermaßen mißtrauisch geworden seien und in Fragen, die unsere Beziehungen zu England und Frankreich berührten, nur mit äußerster Vorsicht vorzugehen gedächten.

Auf die Erwiderung des Grafen Osten-Sacken, daß ihm über die Stellung Frankreichs zu der vorliegenden Frage nichts bekannt sei, wies ich darauf hin, in welcher Weise Frankreich sich uns gegenüber verhalten habe, als wir aus Anlaß der südafrikanischen Angelegenheit in eine Meinungsverschiedenheit mit England geraten seien. Obgleich wir im vorigen Jahre mit Rußland und mit Frankreich in der loyalsten Weise gemeinschaftliche Sache in Ostasien gemacht hatten, und obgleich unsere Interessen in Südafrika, die wir England gegenüber vertraten, identisch mit denjenigen Frankreichs seien, habe die französische Regierung nach dem Einfall des Dr. Jameson nichts eiligeres zu tun gewußt, als sich England zur Verfügung zu stellen* und ihm zu erkennen zu geben, daß es bei jeder Differenz mit Deutschland auf die Unterstützung Frankreichs rechnen könne**. Daraus habe sich mit aller Klarheit die Tatsache ergeben, daß der leitende Gesichtspunkt für die französische Politik noch immer die Revanche sei, und daß es diesem Gedanken jeden anderen unterzuordnen gewillt sei. Um die Kluft zwischen England und Deutschland zu vergrößern, sei man in Paris bereit gewesen, nicht nur in Siam und in den afrikanischen Kolonien Opfer zu bringen, man sei sogar auf dem Punkte gestanden, auch den Widerstand gegen die englische Okkupation Ägyptens im Austausch gegen einige allgemeine englische Redensarten aufzugeben. Der Botschafter selbst habe mir seinerzeit diese Tatsache mitgeteilt mit dem Anfügen, daß nur der entschiedene Einspruch Lobanows den Abschluß einer englisch-französischen Konvention bezüglich Ägyptens verhindert habe. Ob im Wiederholungsfalle der Einspruch der russischen Regierung gegen eine englisch-französische Entente auf Kosten Deutschlands ebenso erfolgreich sein werde, hänge nach unserer Auffassung lediglich davon ab, ob Frankreich den Revanchegedanken bei der einen

---

* Siehe Kap. LXIV.

** Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2650, 2651. Die Marschallsche Äußerung, Frankreich habe nichts eiligeres in der Transvaalkrise zu tun gehabt, als sich England gegen Deutschland zur Verfügung zu stellen, wird bestätigt durch eine spätere Auslassung Lord Salisburys gegenüber Freiherrn von Eckardstein (siehe dessen Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 276) aus dem Jahre 1899. Danach wäre die französische Regierung so weit gegangen, Lord Salisbury durch Baron de Courcel mitteilen zu lassen, daß im Falle eines englisch-deutschen Krieges Frankreich England gegenüber eine sehr wohlwollende Neutralität beobachten, wahrscheinlich sich aber auch schließlich aktiv am Kriege beteiligen würde.

oder anderen Kombination für mehr gefördert erachte. Wir müßten hiernach mit der Tatsache rechnen, daß Frankreich unter den Mitteln der Förderung der Revanche gegen Deutschland auch eine Verständigung mit England begreife. Er, der Herr Botschafter, werde daher verstehen, daß meine erste Frage auf seine Eröffnung die sei, wie Frankreich sich zur russischen Anregung stelle, und mit welchem Nachdruck es voraussichtlich derselben Folge zu leisten gewillt sei?

Der Herr Botschafter erkannte die Berechtigung meiner Bemerkungen an, tadelte auch sehr lebhaft die Haltung Frankreichs gegenüber uns in der Transvaalfrage, sowie das Vorgehen des Barons Courcel, bemerkte aber, daß zumal unter dem jetzigen französischen Ministerium die Wiederholung jenes Vorganges ausgeschlossen sei, indem nach einer Mitteilung des Fürsten Lobanow Baron Courcel nunmehr den bestimmten Auftrag habe, sich in der ägyptischen Frage stets konform mit Herrn von Staal zu äußern. Baron Mohrenheim, mit dem er gestern einige Minuten gesprochen, habe dies bestätigt und dabei bemerkt, daß das letzte französische Ministerium unmöglich mehr zu halten gewesen sei, da es in der auswärtigen Politik zu viele Torheiten gemacht habe*.

In der Lebhaftigkeit seiner Argumentation gelangte der Botschafter zu der Behauptung, daß, wenn Frankreich, was er nicht glaube, der russischen Politik Widerstand leiste, Frankreich wiederum der Isolierung anheimfallen, und dann England erst recht sich weigern werde, ihm irgendwelche ernste Konzessionen zu machen.

Marschall

Anlage

Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, am 15. Mai vom Grafen von der Osten-Sacken überreicht

St. Pétersbourg, le 3/15 Mai 1896

Selon renseignements qui nous parviennent et qui complètent déclaration faite par Curzon le 12 Mai au Parlement anglais, une brigade de trois mille hommes va être réunie à Bombay pour être transportée à Souakim afin d'y remplacer dès le 1 Juin garnison égyptienne sauf un bataillon qui sera dirigé vers le Nil. Les intérêts de l'Allemagne en ce qui concerne le Canal de Suez et la Mer Rouge étant absolument identiques avec les nôtres[1], il y a lieu de se demander s'il n'est pas nécessaire de formuler des réserves visant les modifications appor-

* Vgl. Nr. 2721.

tées par la mesure précitée au status quo dans la Mer Rouge. Veuillez Vous entendre à ce sujet avec le Cabinet de Berlin.

(Signé) Lobanow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
1 ?!

Nr. 2735

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin, z. Z. in Moskau

Konzept

Nr. 350 Berlin, den 20. Mai 1896
[abgegangen am 21. Mai]

In Erwiderung des russischen Antrags, anläßlich der Besetzung von Suakim durch indische Truppen die Suezkanalfrage zum Gegenstand einer diplomatischen Kollektivaktion zu machen, habe ich heute dem russischen Geschäftsträger das hierneben beigefügte Aide-mémoire* ausgehändigt und dasselbe mündlich im nachfolgenden Sinne erläutert.

Als die Kaiserliche Regierung sich im vorigen Jahre aus eigenem Antriebe zur Mitwirkung bei der Herabminderung der japanischen Friedensbedingungen erbot**, bestand zwischen dem, was wir dabei wagten, und dem, was wir unmittelbar, d. h. in Ostasien, erreichen wollten oder konnten, ein Mißverhältnis, welches wiederholt in der ausländischen Presse mit Verwunderung, in der deutschen Presse mit abfälliger Kritik besprochen wurde. In Wirklichkeit war auch der hauptsächliche Beweggrund für jene Aktion nicht in Ostasien zu suchen, sondern in der Absicht der Kaiserlichen Regierung, durch einen Versuch festzustellen, ob der Gedanke, schwebende Zeitfragen vermittelst Zusammenwirkens Deutschlands mit Rußland und Frankreich zu lösen, im Interesse sowohl der drei Beteiligten wie auch im Interesse möglichster Sicherung des Weltfriedens sich verwirklichen lasse.

Die Erfahrungen, welche wir seitdem gemacht haben, sind für eine Wiederholung des Versuches nicht günstig, denn wir wissen heute, daß Frankreich bemüht gewesen ist, die durch jene ostasiatische Aktion zwischen Deutschland und England geschaffene, später durch die Vorgänge in Transvaal noch vermehrte Entfremdung lediglich im Interesse einer Revision des Frankfurter Friedens, d. h. also gegen Deutschland auszunutzen. Diejenigen französischen Staatsmänner, welche in den ersten Monaten dieses Jahres den Gedanken der Revanche mit

---

* Siehe die Anlage.
** Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

englischer Hülfe zu verwirklichen suchten, sind auch heute noch in leitenden Stellungen, und es liegt kein Grund vor, einen Wechsel ihrer Anschauungen zu mutmaßen. Um einen solchen Wechsel glaubhaft zu machen, würden sie positive Garantien zu geben haben, die sie in keinem Fall werden geben wollen, weil das Kokettieren mit den chauvinistischen Instinkten des französischen Volkes, welches den französischen Staatsmännern in schwierigen Augenblicken bisher immer die besten Schlagworte geliefert hat, danach aufhören müßte.

Einen ähnlichen Versuch wie unseren vorigjährigen machte Fürst Bismarck im Jahre 1885, als er auf Bitten des Botschafters Baron de Courcel seine wirksame Vermittelung für Beendigung der damaligen französisch-chinesischen Feindseligkeiten eintreten ließ*. Der Kaiserliche Gesandte von Brandt ward beauftragt, der Regierung in Peking dringend zum Frieden zu raten. Die erste Anbandlung französisch-chinesischer Verhandlungen fand in der Wohnung des Staatssekretärs Grafen Hatzfeldt statt. Kaum aber war dank unserer Mitwirkung das französisch-chinesische Abkommen gesichert, als das Kabinett Ferry einem Entrüstungssturm der Chauvinisten zum Opfer fiel, „weil Ferry sich nicht geschämt habe, sich zum Schuldener des Fürsten Bismarck zu machen" — ein Vorwurf, von dem Ferry sich zeitlebens nicht wieder erholt hat. —

Innerhalb zehn Jahren haben also zwei verschiedene deutsche Regierungen zweimal versucht, ein politisches Zusammenwirken mit Frankreich herbeizuführen in solchen Fragen, welche außer Verbindung mit dem Frankfurter Frieden stehen. Die Erfahrungen, welche wir jedesmal gemacht haben, sind nicht geeignet, uns, wie die Dinge einmal liegen, zu einem dritten Versuch zu ermutigen. Wir müssen aus dem Erlebten den Schluß ziehen, daß Frankreich alle Fragen der einen Revancheidee unterordnet, und daß auch der Jubel, welcher die russisch-französische Feier in Kronstadt und Toulon** französischerseits begrüßte, lediglich dem Gedanken des franko-russischen Krieges gegen Deutschland galt. Ob in den französischen Politikern der Gegenwart der Gedanke lebendig ist, noch andere politische Ziele durch das Zusammengehen mit Rußland zu erreichen, werden die nächsten Monate zeigen. Aber schon heute können wir uns nach ruhiger Erwägung der gemachten Erfahrungen dem Eindruck nicht verschließen, daß durch die bloße Tatsache des Beitritts Deutschlands zur franko-russischen Aktionsgruppe diejenige Strömung in Frankreich gestärkt werden würde, welche darauf hindrängt, die afrikanischen Fragen lieber mit als gegen England zu lösen.

C. Hohenlohe

* Vgl. Bd. III, Nr. 699, nebst Fußnote **.
** Vgl. Bd. VII, Nr. 1502 ff. und Nr. 1529 ff.

Anlage

Aide-mémoire, dem russischen Geschäftsträger Baron von Budberg am 20. Mai übergeben. Undatiertes und unsigniertes Reinkonzept

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne ne méconnaît ni l'importance des intérêts allemands qui se trouvent liés au libre passage du Canal de Suez, ni la nécessité des les sauvegarder le cas échéant. Cependant le seul fait que le Gouvernement Anglais remplace par des troupes indiennes la garnison égyptienne de Souakim ne représente pas, au point de vue des intérêts allemands, un danger assez imminent pour nous contraindre à nous départir dès aujourd'hui d'une réserve que les enseignements tirés d'expériences récentes contribuent à nous imposer.

Nr. 2736

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 116 Pera, den 20. Mai 1896

Tewfik Pascha teilte mir heute ganz vertraulich eine gemeinsame Demarche des russischen und französischen Botschafters beim Sultan mit, dahingehend, türkische Truppen nach Suakim anstelle der dortigen ägyptischen, welche gegenwärtig gegen den Sudan verwendet werden sollen, zu entsenden und auf diese Weise England davon abzuhalten, indische Truppen nach Suakim zu dirigieren.

Der Sultan sei hierauf indessen nicht eingegangen, weil ein derartiger Schritt, wenn er nicht im Zusammenhange mit einer auf die Evakuation Ägyptens überhaupt gerichteten Aktion getan werde, keinen Zweck habe.

Außerdem seien die genannten Botschafter auf Befragung nicht imstande gewesen, die Unterstützung seitens ihrer Regierungen dem Sultan zuzusagen für den Fall, daß die englische Regierung sich den etwaigen türkischen Truppensendungen nach Suakim widersetzen sollte.

Der Sultan wünsche aber keineswegs, jetzt in direkte Mißhelligkeiten mit England zu kommen, zumal wenn die Gefahr bestände, daß er von den ihn dazu bringenden Mächten im kritischen Augenblick alleingelassen werde.

Vertraulich deutete mir Tewfik Pascha an, daß in letzter Zeit die Versuche des Kabinetts von St. Petersburg sich wiederholt hätten, die türkische Regierung zu einer gegen England gerichteten gegnerischen Haltung zu bestimmen, und daß diese Versuche jedesmal von Paris her unterstützt worden wären.

Saurma

Nr. 2737

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 359 London, den 21. Mai 1896

In einer vertraulichen Unterhaltung, die ich gestern mit Lord Salisbury hatte, kam auch die angebliche Absicht Rußlands zur Sprache, eine Konferenz zur Regelung der ägyptischen Frage zu berufen, und der Minister bemerkte dazu, daß er an diese Absicht nicht glauben könne. Nach seiner Meinung werde Fürst Lobanow schwerlich einen Weg beschreiten, von welchem er sich selbst sagen müsse, daß er zu keinem praktischen Ergebnis führen könne. Für viel wahrscheinlicher halte er, Lord Salisbury, daher, daß Rußland auch nach der Krönung die ägyptische Frage nicht aufs Äußerste treiben und statt dessen seine ganze Tätigkeit darauf verwenden werde, in Ostasien, wo es augenblicklich ziemlich freie Hand habe, sich möglichst große Vorteile zu sichern.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich seine Auffassung von der voraussichtlichen Enthaltsamkeit Rußlands in bezug auf Ägypten nicht vollständig teilen könne. Jedenfalls schiene mir aber Fürst Lobanow nicht der Mann zu sein, von welchem man annehmen könne, daß er sich mit einem Schlag ins Wasser begnügen würde. Wenn sich also schließlich herausstelle, daß er dennoch zur Berufung einer Konferenz entschlossen sei, so würde, wie mir schiene, nicht bezweifelt werden können, daß er sich auch die weiteren Schritte, die im Falle einer Ablehnung seines Vorschlags notwendig werden könnten, um einem demütigenden Mißerfolg seiner Politik vorzubeugen, bereits reiflich überlegt haben müsse. Lord Salisbury erkannte dies als richtig an und fügte dann mit einem gewissen Nachdruck hinzu: Wenn Rußland sich mit seinen Freunden irgendwo versammeln will, um sich über Ägypten zu unterhalten, so mag es das tun, und wir können es nicht hindern. Das eine steht aber ganz fest, daß England sich in keiner Weise dabei beteiligen wird.

Dieser Entschluß des englischen Premierministers, sich gegen einen etwaigen russischen Konferenzvorschlag ablehnend zu verhalten, erklärt sich um so mehr, wenn es, wie er mir im Laufe der Unterhaltung versicherte, richtig ist, daß Österreich und Italien bereits ihre Zustimmung zu der englischen Auffassung hier ausgesprochen haben. Auch von uns glaubt Lord Salisbury jetzt zu wissen, daß wir auf eine von England abgelehnte Konferenz ebensowenig eingehen würden*,

---

* Das durfte Lord Salisbury aus den Auslassungen Kaiser Wilhelms II. gegen den englischen Militärbevollmächtigten Oberst Grierson (vgl. Nr. 2733) schließen. Tat-

und bemerkte dazu, daß er sehr dankbar dafür sei. Wenn diese Voraussetzungen sich bestätigen, würde England offenbar leichtes Spiel haben, sich aus der Verlegenheit zu ziehen, da Rußland und Frankreich nicht ohne die anderen Großmächte eine Konferenz bilden könnten, deren Beschlüsse England zu scheuen hätte. Es dürfte aber meines gehorsamsten Erachtens anzunehmen sein, daß Fürst Lobanow diesen Fall vorhergesehen hat und nicht mit offenen Augen einen Weg einschlagen wird, der ihm nur eine diplomatische Niederlage eintragen kann. Tut er es dennoch, so würde sich dies nur durch den Entschluß erklären lassen, die Sache unter allen Umständen jetzt zum Austrag zu bringen auf die Gefahr hin, daß dadurch die ganze orientalische und Mittelmeerfrage eröffnet wird und dann russischerseits auch durchgefochten werden muß.

Ob Fürst Lobanow den Augenblick dazu für geeignet hält, oder ob er, durch seine Erfolge verwöhnt, dabei auf sein bisheriges Glück vertraut, vermag ich von hier aus nicht zu beurteilen. Jedenfalls würde England damit in die Lage kommen, sich endlich darüber schlüssig zu machen, ob es seine Interessen im Mittelmeer als solche anerkennen und verteidigen will. Vorläufig ist es unmöglich zu sagen, zu welchem Entschluß man hier in dieser Hinsicht gelangen würde, und ich glaube mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß selbst Lord Salisbury, wenn er sich mit voller Offenheit aussprechen wollte, sich außerstande erklären müßte, die Frage zu beantworten, weil er es selbst noch nicht weiß. Wenn er auch an sich mehr Sympathien für den Dreibund hegt als für Rußland und Frankreich, auch persönlich mehr zu der alten politischen Schule in England neigt, welche in dem Anwachsen der russischen Macht eine ständige Gefahr für dieses Land erblickt und die englische Stellung im Mittelmeer um keinen Preis aufgeben möchte, so darf doch niemals übersehen werden, daß der Premierminister durch und durch ein Opportunist ist, der sich nur von den Umständen leiten läßt, und daß er wie seine sämtlichen Kollegen kein höheres Gesetz kennt, als alles zu vermeiden, was ihn mit der öffentlichen Meinung in Widerspruch bringen oder gar seine Majorität in der Kammer schwächen könnte. Von diesem Gesichtspunkte aus wird er, wenn mich nicht alles täuscht, die Mittel prüfen, die sich zur Abwendung eines etwaigen aggressiven russischen Vorgehens bieten. Dies würde durchaus nicht ausschließen, daß er lieber mit Österreich und Italien oder mit dem Dreibund als solchem gehen würde, wenn er zu der Überzeugung kommt, daß die öffentliche Meinung in England dabei auf seiner Seite ist. Ich möchte beinahe annehmen, daß die Neigung Lord Salisburys, wenigstens mit Österreich und Italien gemeinsame Sache zu machen, mit der Zeit noch zunehmen wird und zwar um so mehr, je weniger

---

sächlich hatte Deutschland schon Anfang April die Türkei im Interesse des Weltfriedens vor dem Einschlagen des Konferenzweges gewarnt. Vgl. Nr. 2726.

diese beiden Mächte ihn vor Eintritt der Krisis zu bestimmten Abmachungen zu drängen suchen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2738

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 360 London, den 21. Mai 1896

Bei zufälligem Zusammentreffen mit dem italienischen Botschafter*, welcher mich häufig aufsucht, um mir sein Herz auszuschütten, kamen wir gesprächsweise auch auf die Frage, ob angenommen werden könne, daß Lord Salisbury kurz vor der Expedition nach Dongola im Begriff gewesen sei, ein Abkommen mit Frankreich über Ägypten abzuschließen.

General Ferrero sprach sich mit einer gewissen Lebhaftigkeit dahin aus, daß zu jener Zeit häufige und sehr intime Besprechungen zwischen Lord Salisbury und dem französischen Botschafter stattgefunden hätten, dessen Tätigkeit und Geschicklichkeit nicht zu hoch angeschlagen werden könnten, und daß die Vermutung wohl gerechtfertigt erscheine, daß die Gefahr einer englisch-französischen Verständigung damals sehr nahe gelegen habe. Er erinnere sich sehr gut, daß er wegen einer eiligen Angelegenheit den Premierminister, welcher sich in Hatfield aufhielt, dort zu sprechen verlangt, aber den Bescheid erhalten habe, daß derselbe ihn nach einigen Tagen hier empfangen würde, während sich gleichzeitig herausstellte, daß in demselben Augenblick Baron Courcel zum Besuch in Hatfield war und sich mehrere Tage hintereinander dort aufgehalten habe. Eine andere Frage sei allerdings, ob die Besprechungen damals schon so weit gediehen wären, daß bereits bestimmte Punkte als Basis eines formellen Abkommens formuliert werden konnten. Dies halte er, General Ferrero, zum mindesten für unwahrscheinlich und neige vielmehr zu der Annahme, daß Lord Salisbury sich gerade durch jene Besprechungen mit Baron Courcel davon überzeugt habe, daß er für eine Verständigung mit Frankreich einen zu hohen Preis würde bezahlen müssen.

Im Anschluß hieran glaube ich einige vertrauliche Äußerungen, die Mr. Goschen** heute mir gegenüber machte, anführen zu dürfen, weil sie über den Hergang der Dinge, namentlich auch in bezug auf den Ursprung der Dongolaexpedition mehr Licht zu verbreiten geeignet sind.

---

* General Ferrero.

** Erster Lord der Admiralität im Kabinett Salisbury.

Mr. Goschen ist, wie Eurer Durchlaucht bekannt ist, eins der wichtigsten Mitglieder des Kabinetts und erfreut sich des vollen Vertrauens des Premierministers, welcher ihn über alle Vorgänge in der auswärtigen Politik genau informiert. Da derselbe sich in der letzten Zeit bei zufälligem geselligem Zusammentreffen mir wieder auffallend näherte, glaubte ich dieses Entgegenkommen nicht zurückweisen zu dürfen, und es knüpfte sich hieran heute eine längere Unterhaltung, in welcher Mr. Goschen lebhaftes Interesse für die auswärtige Politik an den Tag legte. Im Vordergrund stand bei ihm die offenbare Besorgnis vor den Gesinnungen des Fürsten Lobanow gegen England, und ich machte dabei die Erfahrung, daß er wie übrigens die meisten Engländer, mit welchen ich zusammenkomme, mit einer gewissen Überraschung entdeckt hat, daß der jetzige Leiter der russischen Politik nichts weniger als freundliche Gesinnungen für England hegt. Im Laufe der Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, auch auf die Vergangenheit zurückzukommen und dabei wiederholt die Bemerkung fallen zu lassen, daß man hier kurz vor der Dongolaexpedition nahe daran gewesen sei, sich mit Frankreich zu verständigen. So bereitwillig Mr. Goschen im übrigen auf alles einging, über diesen Punkt, obwohl ich ihn zweimal berührte, verhielt er sich vollkommen schweigsam, und ich kann nicht leugnen, daß ich den Eindruck hatte, daß er widersprochen haben würde, wenn nicht etwas Wahres an der Sache gewesen wäre. Viel offener war Mr. Goschen in bezug auf die Dongolaexpedition. Er schickte voraus, daß man auf dem Kontinent den hiesigen Staatsmännern bei allen ihren Unternehmungen tiefe Berechnungen und weitsichtige Pläne zuschreibe. Dies sei leider gar nicht der Fall, schon deshalb nicht, weil die parlamentarischen Zustände es so gut wie unmöglich machten. In bezug auf die Dongolaexpedition könne er mir versichern, daß der Entschluß dazu in wenigen Tagen gefaßt worden sei, und daß abgesehen von dem Wunsche, für Italien etwas zu tun, nur eine Rücksicht maßgebend gewesen sei, und zwar die Rücksicht auf die Gefahren, welche aus der Aufgabe von Kassala durch Italien für Ägypten entstehen könnten.

Mein Eindruck aus dieser Unterhaltung war, wie ich gehorsamst hinzufügen darf, daß Mr. Goschen, den ich seit langen Jahren kenne, und der kein Diplomat ist, mir, soweit er sich überhaupt aussprach, aufrichtig seine Meinung gesagt hat. Gerade deshalb muß ich aber in seinen Äußerungen wie in seinem Schweigen über gewisse Punkte eine Bestätigung meiner früheren Annahme erblicken, daß es jedenfalls einen Augenblick gegeben hat, wo das englische Kabinett einer Verständigung mit Frankreich nicht abgeneigt war, wenn eine solche sich unter annehmbaren Bedingungen hätte verwirklichen lassen.

Ich glaube nicht unerwähnt lassen zu dürfen, daß der französische Botschafter wieder hier eingetroffen ist, wenn auch wie gewöhnlich nur für kurze Zeit. Der italienische Botschafter, welcher die unermüd-

liche Tätigkeit unseres französischen Kollegen stets mit Argwohn verfolgt, hält nicht für unmöglich, daß er mit neuen Vorschlägen und Mitteilungen des Herrn Hanotaux nach London zurückgekehrt ist. Gegen mich äußerte Baron Courcel, als ich gestern bei den Festlichkeiten zu Ehren des Geburtstages Ihrer Majestät der Königin mit ihm zusammentraf, daß er mich dringend zu sprechen wünsche.

P. Hatzfeldt

Nr. 2739

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 361 London, den 22. Mai 1896

Der französische Botschafter hat mich, wie er in Aussicht gestellt hatte*, aufgesucht und begann seine Mitteilungen damit, daß er sich über zwei Punkte, welche seine hiesige Tätigkeit beträfen, vertraulich mit mir auszusprechen wünsche.

Zunächst handle es sich dabei um Ägypten. Von allen Seiten komme ihm zu, daß er in dieser Frage hier vor seinem Urlaubsantritt eine ganz ungewöhnliche Tätigkeit entfaltet, dem englischen Kabinett die weitgehendsten Vorschläge, wie z. B. die Wiederaufnahme des Kondominiums, gemacht und es beinahe so weit gebracht habe, daß das Abkommen zur Unterzeichnung reif war, als die von England plötzlich beschlossene Expedition nach Dongola dazwischenkam und alles wieder in Frage stellte. Baron Courcel stellte auf das entschiedenste in Abrede, daß er überhaupt mit Lord Salisbury offiziell über die Erledigung der ägyptischen Frage verhandelt habe. Alle seine Äußerungen seien lediglich offiziöser Natur gewesen ohne irgendeinen Auftrag seiner Regierung, und er habe sich darauf beschränkt, die Nachteile des jetzigen Zustandes in Ägypten, welche leicht geändert werden könnten, hervorzuheben, ohne irgendeinen bestimmten Vorschlag daran zu knüpfen. Da der Botschafter gleichzeitig andeutete, daß die Gerüchte über die hier von ihm entfaltete Tätigkeit wohl auch auf meine Berichterstattung nach Berlin zurückzuführen seien, erwiderte ich ihm, jene Gerüchte, von welchen ich selbstverständlich ebenfalls gehört hätte, schienen mir für seine Person nur schmeichelhaft zu sein. Meinerseits hätte ich darüber nur berichten können, was mir zu Ohren gekommen sei, da ich nichts Näheres und Authentisches darüber erfahren hätte. Dies gab dem Botschafter Anlaß, in verbindlichster Form sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er nicht schon damals Veranlassung genommen habe, mir ganz

* Vgl. Nr. 2738.

offen und vertraulich mitzuteilen, was sich auf seine Tätigkeit in der ägyptischen Frage bezog.

Da dieser Punkt hiermit erschöpft war, welchen er übrigens, wenn mich nicht alles täuscht, nur als Einleitung zu unserer Unterhaltung vorangeschickt hatte, ging Baron Courcel nunmehr auf die Stellung seiner Regierung zur Transvaalfrage und seine hiesige Tätigkeit in bezug auf diesen Punkt über. Er erinnerte mich zunächst daran, daß er mir damals, ohne in dieser Hinsicht Instruktionen zu besitzen, zugesagt habe, sich Lord Salisbury gegenüber dahin zu äußern, daß das englische Kabinett gut tun würde, aus der Sprache einiger französischer Zeitungen, welche den englischen Standpunkt zu billigen schienen, nicht auf die ferneren Entschlüsse der französischen Regierung und ihre dauernde Enthaltsamkeit in bezug auf die Krisis in Transvaal zu schließen. Diese mir erteilte Zusage habe er, wie ich wisse, damals erfüllt, und er zweifele nicht, daß meine Regierung von mir darüber informiert worden sei*. Durch Berichte des Herrn Herbette, die ihm mitgeteilt worden seien, habe er dann zunächst erfahren, daß Seine Majestät der Kaiser sich demselben gegenüber mit Anerkennung über seine, Courcels, Haltung ausgesprochen habe. Aus weiteren Berichten des französischen Botschafters in Berlin habe er dann entnommen, daß der Herr Staatssekretär Herrn Herbette eine gemeinschaftliche Haltung in der Transvaalfrage vorgeschlagen, dabei aber ausdrücklich und bestimmt von der Verständigung, um die es sich handele, Ägypten ausgeschlossen habe. Ob Herr Herbette diese Anregung wegen der von dem Herrn Staatssekretär hinzugefügten Restriktion zu schroff abgelehnt habe, könne er, Baron Courcel, nicht sagen, wenn er auch nicht abgeneigt sei, dies anzunehmen**. Jedenfalls müsse er befürchten, daß in Berlin der Eindruck entstanden sei, als ob er in der Sache uns gegenüber nicht ganz offen und ehrlich gewesen sei, was er um so mehr beklagen würde, als Seine Majestät der Kaiser ihm noch bei dem letzten Besuche in Cowes Gelegenheit gegeben habe, seine Gesinnungen auszusprechen, mit welchen die ihm jetzt anscheinend zugeschriebene Haltung gegen unsere Interessen in der Transvaalfrage in Widerspruch stehen würde. Der Botschafter fügte schließlich einige nicht ganz klare Äußerungen hinzu, deren Sinn aber zu sein schien, daß eine gewisse Interessengemeinschaft unserer beiden Länder sich in Afrika wohl denken lasse, und daß eine hierauf gerichtete Anregung auch in Paris verstanden worden wäre, so wenig Herr Berthelot der geeignete Mann für die Behandlung solcher Fragen gewesen sei, daß sich aber eine gewisse Überraschung darüber wohl erklären lasse, daß der Herr Staatssekretär einen so wichtigen Punkt im afrikanischen Programm wie Ägypten vollständig habe ausschließen wollen.

---

* Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2625 nebst Fußnote.
** Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2641, S. 71, Fußnote **.

Ich erwiderte dem Botschafter zunächst, daß ich, wie ich ihm versichern könne, über unsere damaligen Besprechungen in bezug auf die Transvaalkrisis wie auch über seine damaligen Äußerungen gegen Lord Salisbury durchaus korrekt an meine Regierung berichtet und nichts fortgelassen noch hinzugefügt hätte*. Es schiene mir daher vollständig ausgeschlossen, daß seine, Baron Courcels, persönliche Haltung, die ich überdies stets als eine entgegenkommende geschildert hätte, in Berlin mißverstanden worden sei. Über die Gründe, welche seine Regierung bestimmt hätten, sich dann doch jeder Mitwirkung zu enthalten, obwohl er damals mir gegenüber wiederholt die Gleichartigkeit unserer Interessen in der Transvaalfrage anerkannt habe, sei mir nichts Näheres bekannt. Nur über einen Punkt, den er, Baron Courcel, eben angeregt habe, glaubte ich eine persönliche Meinung aussprechen zu dürfen. Es schiene mir vollständig denkbar, daß zwei Großmächte in einzelnen Teilen von Afrika gemeinschaftliche Interessen zu verfolgen hätten, ohne daß daraus mit Notwendigkeit geschlossen werden könne, daß die Interessen dieser Mächte in Afrika überall dieselben sein müßten. Schon deshalb sei es denkbar und möglich gewesen, Ägypten aus dem Programm auszuschließen, und es sei mir nicht möglich, die Überraschung zu verstehen, die, wie er mir sage, durch diese Restriktion in Paris verursacht worden sei, und die, wie ich jetzt hörte, zur definitiven Enthaltsamkeit Frankreichs geführt habe. Hierzu komme aber nach meinem persönlichen Dafürhalten noch, daß die ägyptische Frage von ganz anderer Tragweite und Bedeutung sei als die Transvaalfrage und, wie ich ihm nicht erst zu erklären brauchte, mit großen europäischen Interessen zusammenhänge, die uns allerdings nicht persönlich berührten, während es sich im Transvaal um bei weitem geringere und mehr lokale Interessen gehandelt habe.

Der französische Botschafter bestritt diese Auffassung mit großer Wärme, indem er den Beweis zu führen suchte, daß die Entscheidung der ägyptischen Frage für alle unsere Interessen in Afrika ohne Ausnahme von entscheidender Bedeutung sei, und daß die ganze Entwickelung der Dinge in Afrika davon abhängen müsse. Als feststehend müßten wir betrachten, weil es durch alles, was wir wüßten, nachgewiesen sei, daß der unveränderte Zweck Englands dahin gehe, die Verbindung zwischen Südafrika und den englischen Besitzungen im Norden herzustellen und das englische Übergewicht dort überall zu begründen. Die Befestigung der englischen Herrschaft in Ägypten habe keinen anderen Zweck, als zur Verwirklichung dieses großen Planes beizutragen und speziell die englische Herrschaft in Uganda zu begründen, von dessen weiterer Entwickelung hier die unglaublichsten Vorteile erwartet würden. Mr. Chamberlain habe sich noch

* Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2625 nebst Fußnote *.

kürzlich in einem Kreise von Freunden dahin geäußert, daß man ihm hier in der Kammer überhaupt alles bewilligen würde, was er nur verlangen könnte, wenn man nur eine Ahnung davon hätte, welche Schätze in Uganda steckten, und welche Zukunft für diesen Teil von Afrika zu erwarten sei.

Wenn man sich das alles klarmache, müsse man anerkennen, daß die Mächte, die in irgendeinem Teile Afrikas Interessen hätten, ihren eigenen Vorteil nicht verständen, wenn sie sich von der ägyptischen Frage fernhielten und den Engländern dadurch selbst die Möglichkeit böten, von dort aus ihre großen Projekte in Afrika zum Schaden aller anderen Mächte zu verwirklichen.

Ich bin auf eine nähere Erörterung hierüber nicht eingegangen und habe nur noch die Bemerkung fallen lassen, daß ich persönlich in früheren Zeiten der Auffassung gehuldigt hätte, daß keine einzelne Macht in Afrika gegen das englische Übergewicht aufkommen könne, und daß ein Zusammengehen verschiedener Mächte sich dort zuweilen an einzelnen Punkten empfohlen haben würde. Baron Courcel erwiderte, daß er diese Auffassung, wie ich wisse, speziell in bezug auf den Niger geteilt habe. Leider sei es nicht dazu gekommen, und das Resultat sei, daß heute in Paris zwischen England und Frankreich über den Niger verhandelt werde, ohne daß man damit bis jetzt um einen Schritt weitergekommen ist. Die Frage sei übrigens eine so komplizierte, daß er selbst nicht daraus klug werden könne und sich nicht weiter damit abgegeben habe.

Bei der Stellung des Baron Courcel und seinen intimen Beziehungen zu dem jetzigen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich halte ich nicht für ausgeschlossen, daß seine Äußerungen eine gewisse Beachtung verdienen, und habe es deshalb für meine Pflicht gehalten, ausführlich darüber zu berichten.

P. Hatzfeldt

Nr. 2740

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 39 Rom, den 22. Mai 1896
Vertraulich

Im Laufe einer längeren Unterredung über die gegenwärtige Lage erzählte mir der Ministerpräsident, sein Kollege, der Minister des Äußern, habe kürzlich einen Brief vom Grafen Nigra erhalten, in welchem der italienische Botschafter in Wien der Besorgnis Ausdruck gäbe, daß Rußland nach Abschluß der Moskauer Krönungsfeierlichkeiten die ägyptische Frage wieder aufs Tapet bringen werde. Mar-

quis Rudini fügte hinzu, daß durch ein solches russisches Vorgehen die übrigen Mächte in eine unangenehme Lage versetzt werden würden. Als ich entgegnete, daß die übrigen Mächte zunächst abwarten könnten, wie sich England zu einer eventuellen russischen Demarche wegen Ägypten stellen würde, meinte der Ministerpräsident, für Italien wäre im vorliegenden Falle eine reservierte Haltung nicht leicht, weil dasselbe einerseits direkter in Ägypten engagiert, andererseits enger mit England verknüpft sei.

Im weiteren Verlauf unseres ganz vertraulichen Gesprächs äußerte Herr von Rudini aus eigener Initiative, es sei ihm merkwürdig, daß Rußland in der ägyptischen Angelegenheit eifriger und schärfer aufträte als Frankreich. Rußland scheine England wirklich aus Ägypten verdrängen zu wollen, da die englische Herrschaft über Ägypten, den Suezkanal und das Rote Meer die russischen Weltpläne durchkreuze und hemme; dagegen bereite Frankreich den Engländern in und wegen Ägypten mehr Scheinschwierigkeiten in der Hoffnung und zu dem Zweck, dadurch an anderen Punkten Kompensationen zu erlangen.

Es gäbe, deutete der italienische Ministerpräsident weiter an, in Frankreich Politiker, die eine Entente mit England wünschten. Eine solche erscheine jedoch kaum möglich, da Rußland dieselbe nicht wolle, der russische Einfluß auf die französische öffentliche Meinung aber zu stark sei, als daß irgendeine französische Regierung es riskieren sollte, sich in Gegensatz zu Rußland zu stellen oder auch nur sich das Mißfallen des St. Petersburger Kabinetts zuzuziehen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma zwischen der französischen Hinneigung zu England und der russischen Feindschaft gegen England — schloß Herr von Rudini seine akademische Betrachtung — würde in einer englisch-französisch-russischen Verständigung liegen. Eine solche aber würde bei dem klaffenden Widerspruch zwischen den englischen und russischen Weltinteressen entweder nur einen rein negativen Charakter tragen oder den Selbstmord Englands bedeuten.

Beiläufig ließ der Ministerpräsident die Bemerkung fallen, daß nach seiner Meinung einer der Zielpunkte der russischen Politik nach wie vor das Vordringen in das Mittelmeer sei. Hier trennten sich jedoch nach seiner Ansicht die russischen und französischen Wege[1]. Frankreich wünsche nicht, die Russen neben sich im Mittelmeer zu sehen. Er persönlich, fuhr Marquis Rudini fort, glaube nicht, daß der Eintritt der Russen in das Mittelmeer eine dauernde Gefahr für die italienischen Lebensinteressen bedeuten würde. Die italienische öffentliche Meinung habe sich jedoch seit dem Krimkriege an den Gedanken gewöhnt, daß Rußland nicht in das Mittelmeer vorrücken dürfe. Diese Auffassung sei hier in weiten Kreisen ein so festgewurzeltes politisches Dogma geworden, daß dasselbe schwer zu bekämpfen oder ignorieren sei.

Der Ministerpräsident endigte mit der Bemerkung, daß er die

europäische Gesamtlage trotz mancher dunklen Punkte als eine friedliche betrachte. Alle Anzeichen sprächen dafür, daß Europa in Frieden die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts überschreiten werde.

B. von Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2741

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 505 Berlin, den 24. Mai 1896

Die in Euerer Exzellenz letztem Kurier konstatierte wiedererwachende Liebenswürdigkeit der englischen Minister Lord Salisbury und Mr. Goschen* steht wohl in Zusammenhang mit der Annahme, daß die Kaiserliche Regierung demnächst ein schwerwiegendes Wort in der Frage der ägyptischen Konferenz zu sprechen haben werde. Auch das bei dem Baron Courcel plötzlich fühlbar gewordene Bedürfnis nach einer Aussprache** mit Euerer Exzellenz dürfte der gleichen Erwägung entsprungen sein. Bezüglich der persönlichen Seite dieser Aussprache bemerke ich, daß, nach Äußerungen des hiesigen russischen Botschafters zu schließen, die Russen über Baron Courcels Tätigkeit im vergangenen Winter sehr gereizt sind. Der dominierenden Stellung, welche Fürst Lobanow in Dingen der französischen Politik einzunehmen glaubt, würde es entsprechen, wenn er sein Mißfallen über jenen französischen Diplomaten in Paris nicht verhehlt hätte.

Der sachliche Teil der Auslassungen des Baron Courcel läßt sich dahin zusammenfassen, daß er im Januar die afrikanischen Fragen, insbesondere die ägyptische und die Transvaalfrage im Zusammenhange hätte behandelt wissen wollen, während Euere Exzellenz den Standpunkt, welchen ich teile, eingenommen und behauptet haben, daß jene Fragen auch unabhängig voneinander behandelt werden können. Nach allem, was vorangegangen ist, wäre es schon als ein großer Fortschritt und Gewinn nicht nur für uns, sondern auch für Frankreich anzusehen gewesen, wenn man es auch zunächst nur in einer Einzelfrage zu einer Gemeinsamkeit der Ansichten und der Aktion gebracht hätte. Daß diese Gemeinsamkeit sich gleich beim ersten Versuch auf ein ganzes Netz von Fragen erstrecken sollte, hieß der

---

* Vgl. Nr. 2737 und 2738.
** Vgl. Nr. 2739.

menschlichen Natur zuviel zumuten und die Verständigung unnötig erschweren; unnötig deshalb, weil eine deutsch-französische Transvaalaktion die Stellung Frankreichs zur ägyptischen Frage nicht verschlechtert, im Gegenteil verbessert, England auch in dieser Frage mehr zur Nachgiebigkeit gestimmt hätte. Die Zurückhaltung Frankreichs in der Transvaalfrage wird daher wohl auf andere als bloß afrikanische Ziele und Bestrebungen zurückzuführen sein.

Falls Baron Courcel Euerer Exzellenz gegenüber, wie anzunehmen ist, auf dieses Gesprächsthema zurückkommt, so darf ich Ihrem Ermessen anheimstellen, ob und wieweit Sie den durch Erlaß Nr. 487 Ihnen mitgeteilten Auffassungen aus dem Erlaß des Fürsten-Reichskanzlers an den Fürsten Radolin* bezw. aus meiner Aufzeichnung über die Unterredung mit Graf Osten-Sacken** Ausdruck zu geben für zweckentsprechend erachten. Sollte jedoch von Baron Courcel oder von irgendeiner anderen Seite die Frage gestellt werden, ob seitens der russischen Regierung hier ein Antrag auf Zusammengehen in der ägyptischen Frage eingegangen sei, bitte ich Ew. pp. zu erklären, daß Ihnen darüber nichts bekannt, und daß aus diesem Grunde die Stellung eines Antrags seitens des Fürsten Lobanow unwahrscheinlich sei. Allerdings aber würde es in der Natur der Sache liegen, wenn die russischen Vertreter in Berlin und anderswo auf den Busch klopften, um sich eine Meinung darüber zu bilden, wie die betreffenden Kabinette sich eintretendenfalls zu der schwebenden Frage stellen würden.

Marschall

Nr. 2742

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

London, den 24. Mai 1896

Selbstverständlich hatten die Russen sich an den Gedanken gewöhnt, daß wir stets hinterherlaufen würden, und ebenso selbstverständlich würden sie uns dann nicht den geringsten Dank dafür wissen, wenn wir nicht vorher unsere Bedingungen gestellt und feierlich verbrieft haben. Ebenso sicher ist meines Dafürhaltens, daß sie mit keinem Gedanken daran denken werden, die französische Freundschaft aufzugeben, solange sie keinen andern haben, der ihnen die Erreichung ihrer Zwecke garantiert, und solange die Franzosen sich nicht selbst von der Freundschaft lossagen, sei es, daß sie müde werden, sich exploitieren zu lassen, sei es, daß sie einen Ersatz gefunden haben, auf den sie sich glauben stützen zu können.

---

* Siehe Nr. 2735.
** Siehe Nr. 2734.

Daß es in Paris kluge Leute gibt, die jetzt schon mit der allerdings entfernten Möglichkeit einer Erkaltung zwischen Frankreich und Rußland rechnen, bezweifle ich keinen Augenblick, und ich glaube Ihnen schon vor einiger Zeit gesagt zu haben, daß ich aus Andeutungen von Courcel den Eindruck hatte, daß er zu diesen klugen Leuten gehört. Er ist sich ganz klar darüber, daß Frankreich zwar fürs erste nicht daran denken darf, sich von Pußland loszusagen oder demselben irgendeinen Grund zur Unzufriedenheit zu geben, daß es sich aber dadurch nicht abhalten lassen darf, andere Anknüpfungen zu suchen und zu pflegen. Er geht darin so weit, daß er bessere Beziehungen zu Italien für wünschenswert hält und sogar mit uns auf einen bessern Fuß kommen möchte. Was er sich dabei denkt, ist, daß Frankreich dann nicht mehr von dem guten Willen Rußlands abhängig wäre, daß es sich, wenn Deutschland der Dritte im Bunde wäre, zuweilen auf uns stützen könnte, um zu weitgehenden russischen Prätensionen im Orient usw. die Stange zu halten, und daß dann doch vielleicht einmal der Augenblick kommen wird, wo wir freiwillig darauf eingehen würden, Elsaß-Lothringen ganz oder teilweise herauszugeben und als Entschädigung dafür die Dankbarkeit der großen Nation zu akzeptieren.

Inzwischen mag er wohl seinen jetzigen kurzen Aufenthalt hier (er reist in wenigen Tagen wieder ab) benutzen, um in seiner glatten und einschmeichelnden Art auf Salisbury einzuwirken und ihm die Vorteile besserer Beziehungen zu Paris plausibel zu machen. Daß er selbst, wie die Dinge jetzt liegen, an einen baldigen Erfolg dieser Bemühungen glaubt, möchte ich stark bezweifeln, und der gereizte Ton, in welchem er sich mir gegenüber über die hiesige Politik äußerte*, war der Ton eines Mannes, der eine empfindliche Niederlage erlitten hat, nicht eines solchen, welcher sich in Illusionen über künftige Erfolge wiegt. Ob die Expedition nach Dongola etwas eingeschränkt oder langsamer geführt wird, würde daran im großen und ganzen wenig ändern, denn, wie Sie sich erinnern wollen, hat Salisbury mir schon damals, als die Sache beschlossen wurde, wiederholt gesagt, daß er unter keinen Umständen eine großartige und in der Ausführung überstürzte Unternehmung zugeben wolle und sich auch nicht durch den Übereifer der Militärs in eine solche verwickeln lassen werde**. Alles, was Cromer jetzt darüber an Metternich gesagt, stimmt genau mit jenen Äußerungen Salisburys an mich überein.

Alles das wird Salisbury, wie ich ihn kenne, keinen Augenblick verhindern, etwaige liebevolle Insinuationen Courcels bereitwillig anzuhören und mit liebenswürdigen Phrasen zu erwidern. Es entspricht einmal seinem System, welches er mir oft entwickelt hat, niemals

---

* Vgl. Nr. 2739.
** Vgl. Nr. 2707 nebst Fußnote *.

nein zu sagen, solange er es irgend vermeiden kann, und außerdem wünscht er offenbar, wie es bei der jetzigen unsicheren Lage der Dinge in Europa auch seinem Interesse entspricht, die Franzosen nicht weiter zu reizen, als es durch die Dongolaexpedition geschehen ist. Aus meinen Berichten haben Sie gesehen, daß er vorläufig an kein ernstliches Vorgehen der Franzosen*, ja nicht einmal Lobanows, welchen er für den größeren Feind hält, in der ägyptischen Frage glaubt, noch weniger an einen Konferenzvorschlag**, welchen er mit einem kategorischen non possumus beantworten würde. Seine Haltung ist daher unzweifelhaft eine abwartende, und seine Entschlüsse werden sich nach den Umständen richten. Entschließt sich Lobanow zu einem ernstlichen Vorstoß, nicht bloß Konferenzvorschlag, was voraussichtlich ein Schlag ins Wasser wäre, so wird England vor die Alternative gestellt sein, nachzugeben oder sich Freunde zu suchen und ihnen solche Bedingungen zu stellen, daß sie gemeinschaftliche Sache mit ihm machen.

Wenn Sie mich fragen, welche Haltung ich unter diesen Umständen als die allein richtige für uns betrachte, so kann ich nur auf Grund tiefster Überzeugung wiederholen, daß wir stets und unter allen Umständen darauf bedacht sein müssen, uns die Freiheit unserer Entschlüsse zu wahren, was durchaus nicht verhindert, daß unsere beiden Alliierten, wie es ihren Wünschen und ihren Interessen entspricht, intime Beziehungen zu England unterhalten und sich eventuell mit demselben über eine gemeinsame Politik verständigen. Der Augenblick kann einmal über Nacht kommen, wo England die so oft vergeblich gebotene Hand anzunehmen genötigt ist, und von uns wird es dann abhängen, die weitere Entwickelung der Dinge zu bestimmen.

Von diesem Gesichtspunkte aus, den ich nach wie vor für den richtigen halte, kann ich nur meine rückhaltlose Zustimmung zu der Art aussprechen, wie wir den russischen Aktionsantrag behandelt haben***. Wir dürfen uns nicht die Hände binden lassen, und außerdem ist es gerade Lobanow gegenüber angezeigt, ihm zuweilen deutlich zu machen, daß wir in Fragen, von welchen der Frieden Europas abhängt, nicht ohne weiteres für Leute zu haben sind, die uns keine Garantien für die Zukunft bieten und statt dessen zu unsern gefährlichsten Gegnern die intimsten Beziehungen unterhalten.

An irgendwelche aggressive Absichten der englischen Regierung in Südafrika glaube ich vorläufig nicht, wenn sie nicht absolut dazu genötigt wird. Es scheint mir zweifellos, daß Salisbury sich keine neue oder größere Verstimmung gerade jetzt bei uns wünscht, und daß er schon deshalb froh sein würde, wenn keine neue Transvaalkrisis kommt. Das verhindert nicht, daß wir die Augen offenhalten

---

* Vgl. Nr. 2707.
** Vgl. Nr. 2737.
*** Vgl. Nr. 2734 nebst Anlage, Nr. 2735 nebst Anlage.

müssen, und namentlich scheint mir dies in Lissabon angezeigt. In den hiesigen Zeitungen ist, wie Ihnen wohl nicht entgangen sein wird, wieder viel von Delagoabai und der Notwendigkeit die Rede, diesen Hafen von dem geldbedürftigen Portugal um jeden Preis zu erwerben.

(gez.) Hatzfeldt

Nr. 2743

Der Generalkonsul in Kairo Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 129 Kairo, den 28. Mai 1896
[eingegangen am 7. Juni]

Die von der „Agence Havas“ gebrachte Nachricht, wonach der Zar Herrn Flourens* versprochen haben soll, d'aller jusqu'au bout avec la France dans la question Egyptienne, brachte bei meiner gestrigen Begegnung mit Lord Cromer die Unterhaltung in ungezwungener Weise auf diesen Gegenstand. Lord Cromer, welcher eine hohe Meinung von der Gewandheit der russischen Diplomatie hat, drückte wiederum seine Zweifel aus, daß es derselben Ernst mit der ägyptischen Frage sei. Nach den vielen Beweisen französischer Unterstützung fühle die russische Diplomatie das Bedürfnis, auch ihrerseits etwas für die Franzosen zu tun, und dafür biete Ägypten ein bequemes Feld. Sobald aber die kluge russische Diplomatie bemerken werde, daß nichts zu erreichen sei, werde sie es schon einzurichten wissen, eine Niederlage zu vermeiden und den Franzosen den Vortritt zu lassen. Auf meine Bemerkung, weshalb er denn annehme, daß Rußland keinen Erfolg erzielen werde, erwiderte Lord Cromer, man spreche von einer Konferenz. Auf einer Konferenz sei Einstimmigkeit erforderlich. England, Österreich und Italien würden sich wohl jedenfalls nicht auf seite Rußlands und Frankreichs stellen. Von Deutschlands eventueller Haltung wisse er zwar nichts, er habe aber auch keinen Grund anzunehmen, daß Deutschland sich in dieser Frage gegen Italien und Österreich rangieren werde.

Lord Cromer machte diese Bemerkung, ohne mir Zeit zu lassen, mich zu äußern, was mir ganz erwünscht war, und fuhr fort: er rate nur immer (also wahrscheinlich in London) to leave Egypt alone und sich auf keine Verhandlungen einzulassen. Es könne doch nichts dabei herauskommen. Außerdem sei es gefährlich, in der heutigen Zeit wichtige Fragen anzurühren. Auch in Ägypten stehe ein Pulverfaß

* Der frühere französische Außenminister Flourens hielt sich während der russischen Krönungstage in Moskau auf.

das auf den Funken warte. Wenn das Feuer aber an einer Stelle ausbreche, so lasse der Brand sich nicht mehr lokalisieren. Dafür griffen die politischen Verhältnisse überall zu sehr ineinander ein. Im Volke in England wachse das Gefühl, sich nichts länger mehr gefallen zu lassen, but to have it out once for all. Er stimme dem keineswegs bei, sondern sei für Ruhe und Mäßigung. Die Demokratie sei aber in England wie überall jingo[1]. pp.

P. Metternich

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das paßt auf Chamberlain

Nr. 2744

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 420 London, den 18. Juni 1896

Nach einem Diner in der französischen Botschaft führte Baron de Courcel mit offenbarer Absicht die Gelegenheit zu einer politischen Unterhaltung mit mir herbei und entwickelte dabei denselben Gedankengang, über welchen ich unter dem 22. v. Mts. Nr. 361* berichtet habe. Nachdem er wieder besonders hervorgehoben hatte, daß er hier nichts wolle und deshalb schon in den nächsten Tagen wieder abreisen werde, ließ er halb im Scherz die Bemerkung fallen, daß hier manche Gerüchte im Umlauf wären, welche mir eine besondere Tätigkeit in diesem Augenblick zuschrieben. Auf meine Frage, welche besonderen Ziele ich wohl gerade jetzt hier verfolgen könnte, antwortete der Botschafter mit der Andeutung, daß es gewiß natürlich wäre, wenn wir mit dem damals hier abgeschlossenen Kolonialabkommen, durch welches wir Sansibar eingebüßt hätten**, nicht mehr zufrieden wären. Es gäbe hier sogar Leute, die nicht für unmöglich hielten, daß wir uns bestimmen lassen könnten, Kassala zu übernehmen, welches Italien verlassen und England nicht selbst besetzen möchte. Als ich lachend erwiderte, daß dies doch kaum ernst gemeint sein könne, erkannte Baron de Courcel bereitwillig an, daß man uns einen solchen Mangel an politischer Einsicht nicht zutrauen könne.

Er kam dann wieder auf die Transvaalfrage und Ägypten zurück, indem er in bezug auf die erstere bemerkte, daß es wohl zum großen Teil dem ungeschickten Verfahren des Herrn Herbette, der sich überhaupt in Berlin mißliebig gemacht, zuzuschreiben sei, wenn dar-

---

* Siehe Nr. 2739.
** Vgl. Bd. VIII, Kap. LI.

über keine Verständigung mit uns zustande gekommen sei*. Er fuhr dann fort: „Sie wissen aus alter Erfahrung, daß ich stets für die allmähliche Ausgleichung der bestehenden Gegensätze gewesen bin, und ich bedauere deshalb, daß die Gelegenheit, in dieser Richtung einen Schritt weiter zu tun, unbenutzt geblieben ist. Ich kann aber gleichzeitig nicht verkennen, daß dies auch durch Ihre Ablehnung, sich gleichzeitig über Ägypten mit uns zu verständigen, erschwert worden ist.“ Es folgten nun die bereits bekannten Argumente, wonach es in unserem eigenen kolonialen Interesse liegen würde, das Spiel der Engländer in Ägypten nicht zu erleichtern.

Ich erwiderte dem Botschafter, daß er meine Ansicht über diese Frage, an welcher ich auch heute festhalten müsse, bereits aus unserer früheren Unterhaltung kenne. Es würde, wie ich glaubte, dem eigenen Interesse Frankreichs entsprochen haben, sich in der Transvaalfrage auf unsere Seite zu stellen. Wenn dies nicht geschehen sei, so müßten dafür andere Gründe maßgebend gewesen sein, die ich um so mehr bedauerte, als ich, wie er aus seiner Berliner Erfahrung wisse, schon damals die Ansicht vertreten hätte, daß Deutschland und Frankreich in gegebenen Fällen, wo die Interessen beider Länder übereinstimmten, zusammengehen könnten, und daß dies der sicherste Weg sei, die noch bestehenden Gegensätze allmählich zu verwischen. Wenn daran französischerseits die Bedingung geknüpft worden sei, daß wir auch in der ägyptischen Frage schon jetzt Stellung nehmen müßten, so sei damit zuviel verlangt worden, und ich könne ihm nicht verheimlichen, daß ich mit der bei uns erfolgten Ablehnung dieses Punktes auch persönlich durchaus einverstanden sei. Nach meiner rein persönlichen Auffassung wäre jene Bedingung gleichbedeutend gewesen mit der Aufforderung, schon jetzt unsere ganze auswärtige Politik ohne jede Gegenleistung und Garantie festzulegen, sogar in Fragen, die uns nicht direkt berührten, und auf die Gefahr hin, die Interessen unserer Bundesgenossen dadurch zu durchkreuzen. Dies wäre nach meiner, wie ich immer wiederholen müßte, rein persönlichen Überzeugung eine Übereilung gewesen, die sich um so weniger rechtfertigen ließe, als wir die Entwickelung der Dinge in Europa ruhig abwarten und dabei die Hoffnung hegen könnten, daß sie sich allmählich in durchaus friedlicher Weise vollziehen werde.

Baron de Courcel erwiderte mir, daß wir uns allerdings in der bevorzugten Lage befänden, die Dinge ruhig abzuwarten, bis wir den Augenblick für gekommen hielten, ein Wort mitzureden, daß er aber auf einen nicht unerheblichen Irrtum in meiner Berechnung aufmerksam machen möchte, der darin bestehe, Ägypten eine zu große Bedeutung für die weitere Entwickelung der Dinge im Orient bei-

* Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2641, S. 71, Fußnote **. Inzwischen war Herbette Ende Mai durch den Marquis de Noailles ersetzt worden.

zulegen. So wichtig sei dieses Land nicht, daß die Entscheidung darüber, wie sie auch ausfallen möge, notwendig zu einer Verwickelung im Orient oder gar zu einem europäischen Krieg führen müsse.

Ich vermied es, auf eine Erörterung dieser Fragen einzugehen, ohne jedoch die Richtigkeit seiner Auffassung anzuerkennen.

Unsere Unterhaltung war wie immer eine durchaus freundschaftliche, hinterließ mir aber den Eindruck, daß Baron de Courcel mehr davon erwartet hatte, wie er auch eine gewisse Enttäuschung darüber nicht verbergen konnte, daß seine ebenso geschickten wie beredten Argumente nicht vermocht hatten, meine Auffassung zu modifizieren und mich seinen Wünschen zugänglicher zu machen.

Ich vermag von hier nicht zu beurteilen, ob Baron de Courcel diesen Bekehrungsversuch bei mir mit Vorwissen seiner Regierung unternommen hat, um auf diesem Umwege seine Wünsche zu Euerer Durchlaucht Kenntnis zu bringen, und ob dies hinter dem Rücken der russischen Regierung geschehen ist. Zweifellos ist mir aber, daß Baron de Courcel diesmal mit der Absicht zu diesem Versuch nach London gekommen ist. Seit unserer vorletzten Unterhaltung hat er mich wiederholt aufgesucht, ohne mich zu treffen, und in unserer letzten Unterhaltung sprach er mit einer Wärme und einem Nachdruck, die den dringenden Wunsch erkennen ließen, zu irgendeiner Verständigung mit mir zu gelangen.

Als hierher gehörig darf ich anführen, daß Lord Salisbury gestern mir gegenüber gesprächsweise den Suezkanal erwähnte und ohne Anlaß meinerseits die Ansicht entwickelte, daß der Kanal für England nur einen geringen Wert habe, da der andere Weg nach Indien ebenso gut und verhältnismäßig nicht viel länger sei.

Hatzfeldt

Nr. 2745

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 479 London, den 15. Juli 1896

Im Laufe unserer heutigen Unterhaltung bemerkte Lord Salisbury gesprächsweise mit Bezug auf die bisher dem Fürsten Lobanow zugeschriebenen Absichten in der ägyptischen Frage, er wisse wohl, daß derselbe einen Versuch gemacht habe, sich mit der französischen Regierung über die Berufung einer Konferenz zu verständigen. Herr Hanotaux habe aber seine Zustimmung von zwei hauptsächlichen Bedingungen abhängig gemacht, und zwar

1., daß Rußland sich verpflichten müsse, in einem wegen Ägypten etwa ausbrechenden Kriege zwischen England und Frankreich letzterem beizustehen, und

2., daß es dieselbe Verpflichtung für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland übernehme, also sich anheischig mache, an einem französischen Revanchekriege teilzunehmen.

Fürst Lobanow habe aber abgelehnt, auf diese Bedingungen einzugehen.

Hatzfeldt

Nr. 2746

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Paris, den 22. Juli 1896

Nachschrift zu Nr. 90.

Soeben nach Feststellung meines gehorsamsten Berichts erhalte ich den hohen Erlaß Nr. 411*.

Das Gespräch des Grafen Hatzfeldt mit Lord Salisbury hat mich sehr interessiert.

Die Äußerungen Lord Salisburys bestätigen vollkommen meine hiesigen Eindrücke und erklären die gedrückte Stimmung, die ich bei Herrn Hanotaux bemerkt hatte.

Ferner geht klar daraus hervor, daß meine schon öfters ausgesprochene Ansicht, daß zwischen Frankreich und Rußland kein Allianzvertrag besteht, richtig war und noch richtig ist**.

Von seinem Standpunkt aus hat Herr Hanotaux im Interesse Frankreichs ganz richtig gehandelt, wenn er endlich wissen wollte, worauf er rechnen kann, und mit Rußland gemeinsam sich nicht auf eine Konferenz der Mächte einlassen und sich für die Eventualität des Krieges sichern wollte.

Hätte Fürst Lobanow wirklich die gestellten Bedingungen so kategorisch abgelehnt, so würde das den französisch-russischen Beziehungen einen starken Stoß geben, deshalb möchte ich vorläufig den Teil der Mitteilungen Lord Salisburys noch bezweifeln.

Ich kann mir nicht denken, daß der schlaue Fürst Lobanow die französischen Bedingungen so ohne weiteres abgelehnt haben und nicht versuchen sollte, die Franzosen hinzuhalten und ferner zu mißbrauchen.

Münster

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Sehr gut.

---

* Durch Erlaß Nr. 411 war Abschrift des Hatzfeldtschen Berichts Nr. 479 (siehe Nr. 2745) an Graf Münster übersandt worden.

** Vgl. zu dieser Auffassung Graf Münsters Bd. VII, Kap. XLVII.

Nr. 2747

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 125 Wien, den 28. August 1896
Ganz vertraulich

pp. Nach dieser Äußerung ging der Fürst* auf Ägypten über und geriet dabei — wie stets in Fragen, welche mit englischer Politik verquickt sind — in eine recht lebhafte Stimmung. „Der Knoten der ganzen orientalischen Schwierigkeiten", sagte er, „liegt in Ägypten am Suezkanal. Man kann diese Frage nicht ernst genug behandeln. Die englische Politik hat dort Wege beschritten, die sich die Großmächte nicht gefallen lassen können — besonders die Großmächte wie Rußland und Deutschland, welche in Afrika und Ostasien vitale Interessen haben. Der Suezkanal darf nicht in den Händen Englands ruhen! —, und das Vorgehen Englands in Dongola bedeutet doch nichts weiter, als daß es über den Rahmen seines Mandates hinwegging — mit anderen Worten sich in eine Stellung begab, welche man mit illegal bezeichnen muß, und gegen welche die Großmächte Einspruch erheben müssen. Wir können uns nicht darüber täuschen, daß England gewissermaßen Besitz von Ägypten ergriffen hat. Das aber bedeutet die Bedrohung der freien Durchfahrt durch den Kanal.

Ich habe diese Meinung Lord Salisbury durch Herrn von Staal vor einiger Zeit mitgeteilt. Ich hatte meine Remonstration in die Form eines Briefes an den Botschafter gekleidet, den er vorlesen sollte. Darauf ist jedoch bis auf den heutigen Tag keine Antwort erfolgt[1].

Stattdessen schreibt die Königin Viktoria unaufhörlich an den Kaiser, der mir natürlich jeden Brief gibt, und beklagt sich bitter über die Politik, die wir gegen England machen. Sie hatte sogar den Prinzen Battenberg mit einer geheimen Mission in Moskau betraut. Er erhob Beschwerde bei Seiner Majestät über unsere Haltung und sollte den Kaiser zu einer veränderten Haltung bewegen. Seine Majestät hat ihn in freundlicher Form an mich gewiesen, — und ich

---

* Es handelt sich um eine Unterredung Graf Eulenburgs mit Fürst Lobanow, der anläßlich des Besuchs des Zarenpaars in Wien (27.—29. August 1896) den Botschafter aufgesucht hatte, auf der Weiterreise von Wien nach Kiew aber plötzlich (30. August) verstarb. Infolge von Lobanows Tod blieb dessen bis zuletzt festgehaltene Absicht, die ägyptische Frage in der einen oder anderen Form vor die Mächte und damit zum Austrag zu bringen, unausgeführt, und die ägyptische Frage hörte zunächst auf, einen Angelpunkt in den Beziehungen der Mächte zu bilden. Erst der Faschodastreit drohte noch einmal ein kritisches Stadium in der Frage heraufzuführen. Siehe darüber Bd. XIV, Kap. XCIII.

habe ihm unsere Klagen über die Haltung Englands in Ägypten in der Form mitgeteilt, wie ich sie Ihnen soeben aussprach. Auch darauf ist nichts erfolgt. Alles bleibt beim alten!

„Glauben Sie nicht," fuhr der Fürst immer eifriger werdend fort, „daß wir etwa Frankreich zu Gefallen diese Haltung einnehmen. Dieses ist keineswegs der Fall. Wir sind es, die diesen Zustand nicht ertragen können. Unsere ganze Aufmerksamkeit ist auf den fernen Osten gewendet, was sollen wir ohne den Kanal machen? Das ist eine Lebensfrage für uns —, aber es ist eine ebensolche für Deutschland, und ich begreife nicht, weshalb sich Ihre Regierung nicht unseren Remonstrationen anschließt.

Sie brauchen den Kanal für Ihre Kolonien in Ostafrika und Ihren Handel in Ostasien ebenso wie wir. Es ist natürlich, daß wir in dieser Frage zusammengehen."

Ich erwiderte dem Fürsten, daß Deutschland in seiner schwierigen geographischen Lage glücklich sein müsse, nicht auch noch mit einem Zipfel Landes in den Balkan hineinzuragen. Es werde deshalb seine Politik weiser Zurückhaltung niemals aufgeben — besonders in einer Frage, die wie die ägyptische doch nicht so reif sei, wie er es mir versuche glaubbar zu machen. Deutschland werde deshalb seine Zurückhaltung vorläufig nicht aufgeben. Wenn von einer wirklichen Gefährdung der freien Durchfahrt durch den Kanal die Rede sein werde, nähme ich an, daß auch Deutschland seine Interessen sehr energisch zu wahren wissen werde. pp.

P. Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Kann er lange Warten

Kapitel LXVIII

Italiens Afrikanöte und die Mächte



Nr. 2748

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 206 Rom, den 9. Dezember 1895

Nachdem mir Baron Blanc heute mittag streng vertraulich geschrieben hatte, daß während der Nacht aus Afrika „des nouvelles pas bonnes“ eingetroffen wären*, über deren Tragweite er sich näher aussprechen werde, sobald er mit dem Ministerpräsidenten konferiert hätte, teilte soeben Kriegsminister Mocenni in der Kammer mit, die unter dem Kommando des Majors Toselli in Alagi stehende italienische Kolonne sei von schoanischen Truppen, angeblich in einer Stärke von etwa 20 000 Mann, angegriffen und umzingelt worden. Über den Umfang der italienischen Verluste fehlten noch Nachrichten. General Mocenni fügte hinzu, daß der Vorfall zwar „ernst“, aber „völlig reparabel“ sei. Inzwischen könne er jetzt schon versichern, daß kein Zoll italienischen Gebiets vom Feind besetzt sei. Die Kammer nahm die Mitteilung des Kriegsministers ohne Demonstrationen, aber einigermaßen bestürzt entgegen.

Nach Schluß der Sitzung sagte mir Baron Blanc unter vier Augen, daß der wirkliche Verlust der Italiener sich auf 1500 Mann belaufe, darunter etwa 15 Offiziere. Die Majore Toselli und Persico, zwei ausgezeichnete Offiziere, wären geblieben. General Baratieri telegra-

* Seit Anfang Oktober 1895 hatte Italien seine im Frühjahr abgebrochenen militärischen Operationen in Abessinien wieder aufgenommen. Die Dinge nahmen aber bald eine ungünstige Wendung für Italien. Am 7. Dezember wurde die Kolonne des Majors Toselli im Süden von Makalle bei Amba Abaghi umzingelt und aufgerieben; weitere Hiobsposten folgten. Italienischerseits führte man das Mißgeschick auf die fortdauernde französische Waffen- und Munitionseinfuhr in Abessinien, nicht minder auf die unfreundliche Haltung der englischen Regierung in der Zeila- und Harrarfrage zurück (vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, A). Daß England der italienischen Regierung fortgesetzt die Einfuhr und Durchfuhr durch Harrar wehrte, empfand man als eine Verletzung des Harrarabkommens vom 5. Mai 1894; war doch durch eine sekrete Abmachung zu dem Abkommen Italien ausdrücklich das Recht zugesprochen worden, d'étendre son influence à ce territoire. Vgl. Bd. VIII, S. 362, Fußnote **. Die Berichte des Botschafters von Bülow in Rom sind seit dem Herbst voll von bitteren Klagen des italienischen Außenministers Baron Blanc über das mangelnde englische Entgegenkommen.

phiere, die Situation wäre „grave"; der General sei jedoch überzeugt, daß er Adua und Adigrat werde halten können. — Über die parlamentarischen Folgen des italienischen Mißerfolgs meinte der Minister des Äußern, daß die Opposition während der nächsten Tage natürlich alle Hebel in Bewegung setzen werde, um das Kabinett über diesen Vorfall zu stürzen. Schon während der heutigen Kammersitzung hätten sofort nach der Erklärung des Kriegsministers diesbezügliche Besprechungen zwischen Rudini, Cavallotti und Brin stattgefunden. Die Regierung beabsichtige, die Sachlage möglichst ruhig zu nehmen, Übertreibungen und Aufbauschungen entgegenzutreten und zu versuchen, mit Hülfe ihrer bisherigen kompakten Majorität die ohnehin wegen der Weihnachtszeit nahe bevorstehende Vertagung der Kammer zu beschleunigen. Ein bedauerlicher Umstand sei allerdings, daß Crispi seit einigen Tagen unwohl sei und das Bett hüten müsse.

In erregtem Ton und bitteren Worten ließ sich Baron Blanc über die englische Politik aus, welche — in völligem Gegensatz zu unserer stets wohlwollenden, freundschaftlichen und loyalen Haltung gegenüber Italien — im letzten Ende die Schuld an der gestrigen Niederlage trage. Die Abessinier würden ihren Angriff nicht gewagt haben, wenn England auf die italienischen Wünsche hinsichtlich Zeila und Harrar eingegangen wäre. Die Franzosen würden die Abessinier nicht mit Geld, Waffen und wahrscheinlich auch Offizieren unterstützt haben, wenn das Verhalten Englands „moins pitoyable" gewesen wäre. Der Minister äußerte hierbei: „si on veut empêcher que tout Harrar, Schoa etc. se porte contre Baratieri pour l'écraser, il faut que l'Angleterre accepte sans délai à Zeila une garnison italienne pour intimider le Harrar, Schoa et les Abyssins et afin de ne pas laisser de doute à Paris sur les sentiments de l'Angleterre pour l'Italie."

Mein vorläufiger Gesamteindruck ist, daß ohne einen baldigen und demonstrativen Freundschaftsakt für Italien die Lage der italienischen Regierung eine kritische werden könnte. — Crispi hat die Präfekten der größeren Städte angewiesen, Demonstrationen vorzubeugen und die öffentliche Ordnung energisch aufrechtzuerhalten.

Bülow

Nr. 2749

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm.
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 343 Berlin, den 13. Dezember 1895

Zu Ew. pp. gefälliger Information.

Der italienische Botschafter hat mir heute mitgeteilt, General Baratieri habe telegraphiert, es würde seine Lage außerordentlich er-

leichtern und einen tiefen Eindruck zugunsten Italiens machen, wenn ihm gestattet würde, auch nur für wenige Tage einige hundert Mann in Zeila zu landen.

Einen ausdrücklichen Antrag auf Unterstützung dieses Wunsches durch uns bei der englischen Regierung hat Graf Lanza nicht gestellt.

Für Italien in dessen gegenwärtiger schwieriger Lage würde ein solcher Ausdruck der moralischen Unterstützung durch England von hohem Werte sein, während im Falle des gänzlichen Versagens der auf England gesetzten Hoffnungen die Lage des italienischen Ministeriums und die Fortführung von dessen bisheriger englandfreundlicher Politik in hohem Maße gefährdet erscheint. Wir wissen auch, daß von gegnerischer, speziell russischer Seite den Italienern bereits allerlei Vorspiegelungen gemacht werden.

Ew. pp. werden am besten in der Lage sein zu ermessen, ob Vorstellungen zugunsten der Italiener bei Lord Salisbury irgendwelchen Erfolg versprechen.

Marschall

Nr. 2750

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 310 London, den 13. Dezember 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 343* und 344**.

Lord Salisbury, welchem ich eben die entsprechenden Vorstellungen gemacht habe, verkannte nicht das Gewicht derselben und zeigte sich geneigt, den Italienern behülflich zu sein, vorausgesetzt, daß keine Landabtretung damit verbunden sei. Gegen den Durchlaß italienischer Truppen durch Zeila erhob er kein ernstliches Bedenken und meinte nur, daß er sich dazu der Zustimmung des India Office versichern müsse, welche er aber zu erwirken hoffe.

Ich habe dem italienischen Botschafter***, welcher schon auf eine Unterredung mit dem Minister wartete, einen vertraulichen Wink

---

* Siehe Nr. 2749.

** Durch Telegramm Nr. 344 vom 13. Dezember war Hatzfeldt eine Meldung des Generalkonsuls Freiherrn von Heyking in Kairo übermittelt worden, nach der das anglo-ägyptische Armeedepartement die Lage der Italiener in Abessinien für weit gefährdeter erachtete, als die in Rom veröffentlichten Telegramme erkennen ließen. An diese Mitteilung hatte Marschall die Mahnung geknüpft: „Lord Salisbury wird sich jedenfalls darüber klar sein, welche Bedeutung eine größere italienische Niederlage auf die italienische auswärtige Politik und die italienisch-englischen Beziehungen namentlich dann haben würde, wenn in Italien die Ansicht sich festsetzt, daß Englands unfreundliche Haltung einen Teil der Schuld an dem Unglück trägt.“

*** General Ferrero.

gegeben, daß der letztere dem italienischen Wunsch, einige Truppen durch Zeila marschieren zu lassen, günstig gesinnt sei.

Hatzfeldt

Nr. 2751

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 London, den 15. Dezember 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 310*.

Lord Salisbury hat dem italienischen Botschafter, wie dieser mir mitteilt, den Durchmarsch italienischer Truppen durch Zeila zugestanden, falls das India Office sich hiermit einverstanden erklären würde. General Ferrero hält die Einwilligung des India Office in Anbetracht der Autorität des Premierministers für ziemlich sicher, würde aber vom strategischen Standpunkte die Landung italienischer Truppen in Zeila wegen der damit verbundenen Gefahr der Zersplitterung der Streitkräfte für verfrüht halten. Die Lage der Italiener in Abessinien sei augenblicklich nicht gefährdet, da die Truppen an den Hauptpunkten feste Positionen besetzt hielten. Das Hauptgewicht legt General Ferrero dagegen auf etwaige englisch-italienische Vorstellungen in Paris wegen unerlaubter französischer Waffenzufuhr durch Obok und auf etwaiges militärisches Vorgehen der Engländer gegen die Derwische südlich Ägyptens.

General Ferrero ist trotz des Entgegenkommens bezüglich Zeila im allgemeinen über die Haltung Englands gegen Italien verstimmt und mißtraut ihr. Auf eine in der Konversation mit Lord Salisbury gemachte Bemerkung des Generals, es scheine ihm, daß England, wohl in der Befürchtung, in Paris und St. Petersburg Anstoß zu erregen, sich geniere, Freundschaft für Italien zu zeigen, hat der Premierminister geantwortet, er wünsche im Gegenteil, daß das beiderseitige Freundschaftsverhältnis allgemein anerkannt werde.

Hatzfeldt

Nr. 2752

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 London, den 17. Dezember 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 311**.

Sir Th. Sanderson*** bemerkte heute mit Bezug auf Zeila, er ver-

---

* Siehe Nr. 2750.

** Siehe Nr. 2751.

*** Unterstaatssekretär im Foreign Office.

spreche sich keinen Nutzen von einer Landung weniger italienischer Truppen. Nach Ansicht der betreffenden englischen Behörden würde die Landung lediglich die Bedrohung des Protektorats von Zeila durch Harrarstämme zur Folge haben.

Landung eines größeren Expeditionskorps zum Zweck des Durchmarsches nach dem Kriegsschauplatz würde mehrere Monate Vorbereitung erfordern, da es in Zeila als Basis einer Operation nach dem Innern an allem Nötigen fehle.

Der französische Vertreter hat bei dem Unterstaatssekretär, wie dieser mir ferner mitteilt, bereits darauf hingewiesen, daß der Durchmarsch italienischer Truppen durch Zeila nach Harrar dem englisch-französischen Abkommen widerspreche. Sir Th. Sanderson hat geantwortet, im Falle des Durchmarsches italienischer Truppen durch Zeila würde die italienische Regierung wohl entsprechende Zusicherungen zu geben haben.

Der italienische Botschafter sieht morgen den Premierminister.

Hatzfeldt

Nr. 2753

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 313 London, den 18. Dezember 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 312 von gestern*.

Lord Salisbury, mit welchem ich auf dringenden Wunsch des italienischen Botschafters heute nochmals über Zeila gesprochen habe, erwiderte mir, daß er, wie er mir am 13. d. Mts. gesagt, gegen den Durchmarsch italienischer Truppen keine Bedenken habe, daß er aber auf eine Okkupation nicht eingehen könne, wie sie aus einer dauernden Anwesenheit italienischer Truppen hervorgehen würde.

Dies würde er vor dem Parlament nicht vertreten können, schon deshalb nicht, weil nach übereinstimmender Ansicht aller kompetenten Autoritäten die Bedrohung des englischen Gebiets durch die Abessinier dadurch provoziert werden würde.

Schließlich zeigte sich der Minister nochmals bereit, den Durchlaß zu bewilligen, und widersprach auch nicht, als ich darauf hinwies, daß in der Praxis den etwa in Zeila ausgeschifften Truppen immer ein gewisser Aufenthalt zur Erholung und Vorbereitung für den Weitermarsch bewilligt werden müßte. Er meinte schließlich, daß es sich eventuell empfehlen würde, diese Punkte durch einen Notenaustausch zu regeln.

---

* Siehe Nr. 2752.

Der italienische Botschafter, welcher den Minister nach mir gesehen, hat meinem Rate folgend den Durchmarsch akzeptiert und eben in diesem Sinne nach Rom telegraphiert. Ich habe ihm dringend empfohlen, die jetzige Stimmung Lord Salisburys nicht ungenützt vorübergehen zu lassen und sich baldmöglichst und telegraphisch zur Feststellung und Redaktion der auszutauschenden Note ermächtigen zu lassen*.

Ganz vertraulich: Lord Salisbury ist offenbar besorgt, daß die Italiener, wenn ihnen ein Aufenthalt in Zeila bewilligt würde, jeden sich bietenden Vorwand benutzen würden, um überhaupt dort zu bleiben.

Hatzfeldt

Nr. 2754

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept

Nr. 746 Berlin, den 20. Dezember 1895

Der anbei ergebenst übersandte Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Rom Nr. 194 enthält eine Beschwerde des Baron Blanc darüber, daß von Paris aus den Abessiniern zum Kriege geraten und auch zu dem Zwecke Geld gesandt worden sei, daß ferner die italienische Regierung gegen die von Marseille aus fortgesetzt nach Abessinien dirigierten Waffen- und Munitionstransporte vergeblich in Paris Einspruch erhebe.

Zu dieser Darlegung hat Seine Majestät der Kaiser zu bemerken geruht, „das wäre doch stark". Zugleich haben allerhöchstderselbe befohlen, daß die Meldung zu Ew. pp. Kenntnis gebracht werde.

In der Tat sind unsere vertragsmäßigen Beziehungen zu Italien derartige, daß ein ernster Konflikt der Italiener mit einer dritten Macht uns am letzten Ende in Mitleidenschaft ziehen könnte. Es würde daher nicht nur den allerhöchsten Intentionen, sondern auch einem wesentlichen deutschen Interesse entsprechen, wenn die Aufmerksamkeit der französischen Regierung vertraulich auf solche unter den eingangs erwähnten Neutralitätsverletzungen gelenkt würde, welche sich nachweisen lassen, oder welche doch Gegenstand von Preß-

---

* Der Notenaustausch erfolgte durch eine Note Ferreros vom 24. Dezember 1895 und eine Antwortnote Lord Salisburys vom 2. Januar 1896. Siehe den Text beider Schriftstücke in dem italienischen Grünbuche Avvenimenti d'Africa. Gennaio 1895 — Marzo 1896; daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 59, S. 99f. Die englische Antwortnote fiel insofern für die italienische Regierung wider Erwarten unbefriedigend aus, als sie die Erlaubnis zum Durchmarsch an eine voraufgehende Verständigung Italiens mit Frankreich bezüglich Harrars knüpfte. Siehe die folgenden Schriftstücke.

kontroversen geworden sind. Ratschläge und Geldsendungen sind schwer nachweisbar, Waffen- und Munitionstransporte aber lassen sich kontrollieren.

Dem Ermessen Ew. pp. darf ich anheimstellen, ob Sie es unter den obwaltenden Umständen für angezeigt halten, sich bei Ihrem italienischen Kollegen zunächst nach der Begründung der italienischen Klagen zu erkundigen; oder ob Sie ohne vorheriges Benehmen mit Graf Tornielli den Gegenstand bei Herrn Berthelot akademisch und hypothetisch zur Sprache bringen wollen, etwa mit der Wendung, daß der Versuchung zur Neutralitätsverletzung durch Kriegskontrebande für Kaufleute in diesem Augenblick gewiß schwer zu widerstehen sei, daß Ew. pp. jedoch nicht bezweifelten, die französische Regierung werde, sobald sie ihre Aufmerksamkeit dem Gegenstande zukehre, den völkerrechtlichen Standpunkt in gewohnter Korrektheit wahren. In dieser Überzeugung wüßten Ew. pp. sich eins mit Ihrer Regierung*.

C. Hohenlohe

Nr. 2755

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Rom, den 21. Dezember 1895

Ich fand heute Gelegenheit, Baron Blanc in ganz vertraulicher Unterredung zu sagen, daß Lord Salisbury weniger Bedenken gegen den Durchmarsch durch als gegen den Aufenthalt in Zeila zu haben scheine. Ich ließ hierbei einfließen, daß es von der Fassung der Note — durch welche nach englischer Ansicht die Dauer des Aufenthalts der italienischen Truppen in Zeila zu regeln wäre** — abhängen dürfte, wie weit das Kabinett von St. James den italienischen Wünschen entgegenkommen würde.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten entgegnete, daß die italienische Regierung aus militärischen, finanziellen und allgemeinen politischen Gründen jetzt nicht in der Lage wäre, eine Expedition über Zeila in das Innere zu unternehmen. Andernfalls würde sich

* Graf Münster vertrat in seiner Antwort vom 26. Dezember auf Grund seiner Rücksprache mit dem freilich zugunsten Frankreichs voreingenommenen Grafen Tornielli die Auffassung, daß die Nachrichten der italienischen Regierung über Waffen- und Geldsendungen nach Abessinien übertrieben seien. Die italienische Regierung hielt indessen ihre Behauptungen durchaus aufrecht; vgl. Nr. 2764 und Kap. LXIX, Anhang A, Nr. 2817.
** Siehe Nr. 2753, S. 218, Fußnote *.

jedoch Italien auch mit einem auf einige Tage beschränkten Aufenthalt einer geringen Truppenanzahl in Zeila begnügen.

„Baratieri nous dit," fügte Baron Blanc hinzu, „que si l'Angleterre accorde le passage de troupes, elle pourrait également accorder une chose plus simple et seule opportune, c'est à dire le débarquement pour 2 ou 3 jours de 2 cents ou 3 cents marins à Zeila. Je viens de transmettre ce télégramme du général Baratieri à notre ambassadeur à Londres, en ajoutant, que tant que le Gouvernement italien ne peut pas même annoncer la permission de l'Angleterre de quoique ce soit relatif à Zeila, l'effet moral sur Macconen* ne se produit pas, et l'attaque de tous les chefs abyssins dans le Tigré reste possible d'un moment à l'autre."

Baron Blanc will den italienischen Botschafter in London ermächtigen, den vorstehend skizzierten Standpunkt der italienischen Regierung in der Zeilafrage, wenn dies von englischer Seite gewünscht werden sollte, in der Form einer Note Lord Salisbury darzulegen**. Der italienische Minister des Äußern bat mich endlich, der Kaiserlichen Regierung seinen verbindlichsten Dank „pour le concours précieux et efficace" auszusprechen, welchen Graf von Hatzfeldt dem italienischen Antrag betreffs Zeila habe angedeihen lassen.

Bülow

Nr. 2756

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 231 Rom, den 24. Dezember 1895

Über die Zeilafrage äußerte Baron Blanc aus eigener Initiative, daß gegenüber dem Vorrücken der abbessinischen Streitkräfte die vor einigen Tagen von ihm in Aussicht genommene Landung italienischer Matrosen heute nicht mehr genügen würde. Möglicherweise würde sich aber doch noch eine moralische Einwirkung auf Makonnen und die Harrarstämme erzielen lassen, wenn England „sans délai ni fausse honte ou mauvais vouloir" Italien das Durchzugsrecht durch Zeila einräumen wollte. Der Minister des Äußern fügte vertraulich hinzu: „L'Angleterre ne comprend pas que la fin de ses tergiversations vis-à-vis de nous sera le protectorat de la France sur le Harrar et de la Russie sur le Shoa, et ainsi la France et la Russie en Afrique, entre la mer rouge, le golfe d'Aden et le Nil[1]. Mais les Anglais ont la tête dans un sac, ils ne voient rien."

---

* Ras Makonnen, Führer der Harrarstämme.

** In dem Notenaustausch vom 24. Dezember/3. Januar ist von dem neuen Wunsch der italienischen Regierung nicht die Rede.

Ich hatte den Eindruck, daß Baron Blanc nicht nur gegen England, sondern bis zu einem gewissen Grade auch gegen den Ministerpräsidenten gereizt ist. Der Minister des Äußern hat sich namentlich darüber geärgert, daß seine Absicht, das italienische Levantegeschwader zurückzurufen, von Herrn Crispi durchkreuzt worden ist, welchem die Anwesenheit italienischer Schiffe in türkischen Gewässern für das italienische Prestige vorläufig noch notwendig erscheint[2].

Ich habe es mir angelegen sein lassen, auf den wieder ziemlich nervösen Minister der auswärtigen Angelegenheiten durch den Hinweis darauf kalmierend einzuwirken, daß, gerade wenn er die Sachlage für eine ernste halte, er sich ebensosehr vor Entmutigung wie vor Aufgeregtheit hüten müsse, die beide wesentlich die Situation nicht verbessern könnten.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nicht unmöglich
[2] Unsinn
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 2757

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 767 London, den 23. Dezember 1895

Als ich heute den Unterstaatssekretär Sir Thomas Sanderson aufsuchte und die Rede auf Zeila kam, bemerkte derselbe, Lord Salisbury habe dem italienischen Botschafter vor wenigen Tagen die Mitteilung gemacht, daß er gegen den Durchmarsch der italienischen Truppen unter der Voraussetzung keine Einwendungen erheben würde, daß die italienische Regierung sich vorher mit der französischen bezüglich Harrars verständigen werde.

Der Unterstaatssekretär bezeichnete diese Haltung Lord Salisburys als ein beträchtliches Opfer, welches England dem befreundeten Italien bringe, da England dadurch die Feindschaft der Tigréstämme auf sich ziehe. Eine zeitweilige Besetzung Zeilas durch italienische Truppen, auch wenn sie unter der Bezeichnung von Landung nur wenige Tage dauern sollte, hält der Unterstaatssekretär für ein Verlangen, welches Italien billigerweise an England nicht stellen könne. Es hieße dies nichts anderes als der Wunsch, die Feindschaft der Tigréstämme von Italien ab- und auf die von nur etwa 30 Mann englischer Truppen beschützte schwache Kolonie von Zeila zu lenken. Es bestehe kein Kriegszustand zwischen England und Abessinien, und die englische Regierung wünsche auch keinen solchen herbeizuführen.

Der hiesige Rat an die Italiener, sich, bevor sie von der englischen Erlaubnis des Durchmarsches durch Zeila Gebrauch machten, mit der französischen Regierung zu verständigen, sei wohlgemeint und das Beste, was die Italiener unter den gegebenen Verhältnissen tun könnten. Der französische Botschafter* sei bei ihm, Sir Thomas Sanderson, gewesen, um sich über die englisch-italienischen Verhandlungen bezüglich Zeilas auf Grund des englisch-französischen Abkommens über Harrar zu informieren, und sei äußerst betroffen gewesen, als er erfahren habe, daß die Erlaubnis des Durchmarsches erteilt worden sei. Der Unterstaatssekretär habe der Sprache Baron de Courcels entnommen, daß die französische Regierung, falls die Italiener ohne vorherige Verständigung mit ihr eine Expedition durch Harrar unternehmen würden, sich dem mit Gewalt widersetzen und eventuell selbst Harrar im Interesse ihrer Kolonie von Obok, deren Lebensmittelzufuhr von Harrar abhänge, besetzen würde. Es würde daher, so schloß der Unterstaatssekretär seine Bemerkungen, von seiten der Italiener nicht weise gehandelt sein, wenn sich dieselben in Abessinien auch noch die offene Feindschaft der Franzosen zuziehen wollten.

P. Hatzfeldt

Nr. 2758

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 955 Berlin, den 25. Dezember 1895

Ew. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in London, Zeila betreffend**, ergebenst zu übersenden, inhalts dessen die Neigung der englischen Regierung, den Italienern in irgendeiner Weise entgegenzukommen, sichtlich im Abnehmen ist. Dementsprechend tritt das englische Bestreben, auf Frankreich Rücksicht zu nehmen, deutlicher als früher hervor.

Gleichviel, welche bekannten oder unaufgeklärten Gründe bei dieser englischen Abkühlung zusammengewirkt haben, bleibt die Tatsache doch als politischer Fehler der italienischen Regierung bestehen, daß diese in dem Wunsche, den Besitz von Zeila für unbestimmte Zeit zu bekommen, sich gegenüber den englischen Andeutungen bezüglich des Durchzugrechts zögernd und gleichgültig verhielt — confer Ew. Telegramm Nr. 223*** —, anstatt schnell zuzugreifen.

Marschall

---

* Baron de Courcel.
** Siehe Nr. 2757.
*** Siehe Nr. 2755.

Nr. 2759

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 967 Berlin, den 28. Dezember 1895

Ew. beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Generalkonsuls in Ägypten vom 17. d. Mts., betreffend Äußerungen Lord Cromers über die Lage der Italiener in Erythräa, zu übersenden*.

Die Haltung Englands, wie sie aus diesem und aus dem Ew. bereits bekannten Bericht des Grafen Hatzfeldt Nr. 767 vom 23. d. Mts.*** hervorgeht, kann man als eine gegen Italien freundliche allerdings nicht bezeichnen. Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, die englische Regierung zu einem größeren Entgegenkommen gegen Italien zu bewegen, werden wir in nächster Zeit die sich etwa bietenden Gelegenheiten, wo ein plus oder minus von Entgegenkommen unsererseits gegenüber England etwa in Betracht käme, benutzen, um den Engländern fühlbar zu machen, daß es in der Politik wie überall im Leben eine Gegenseitigkeit auch für Ungefälligkeiten gibt.

Falls Ew. diese Angelegenheit mit Baron Blanc erörtern, wollen Sie indessen nicht unterlassen, gegenüber diesem eindrucksfähigen Minister hervorzuheben, daß wir diese weniger freundliche Haltung gegenüber England, zu der wir als Freunde Italiens geführt werden, nicht als etwas Endgültiges betrachten, da wir nach wie vor überzeugt sind, daß Englands Lebensinteressen dasselbe auf die Dreibundmächte und insbesondere auf Italien und Österreich als natürliche Anlehnungspunkte hinweisen.

Marschall

Nr. 2760

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 London, den 8. Januar 1896

Der Notenaustausch zwischen Lord Salisbury und dem italienischen Botschafter über Durchlaß italienischer Truppen durch Zeila hat stattgefunden***. Der italienische Botschafter ist von der englischen

* Die Äußerungen Lord Cromers zu dem deutschen Generalkonsul Freiherrn von Heyking stellen sich nach dessen Bericht als eine „wahre Strafpredigt gegen die Italiener" heraus.

** Siehe Nr. 2757.

*** Vgl. Nr. 2753, S. 218, Fußnote *.

Antwort wenig befriedigt, weil dieselbe eine vorgängige Benachrichtigung Frankreichs, sei es durch Italien oder auch durch England, im Falle von italienischen Truppentransporten verlangt und er deshalb das englische Zugeständnis für praktisch wertlos hält. Dagegen hat sich Lord Salisbury heute mit der eventuellen Veröffentlichung der beiden Noten ohne vorherige Benachrichtigung Frankreichs einverstanden erklärt.

Hatzfeldt

Nr. 2761

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Rom, den 21. Januar 1896

Baron Blanc sagte mir, mein englischer Kollege Sir Clare Ford habe ihn heute, Dienstag früh, aufgesucht, um ihm im Auftrag von Lord Salisbury mündlich zu erklären que le Cabinet de St. James considérait la question de Zeila et de Harar comme devant être traitée par d'Italie avec la France.

Seine dem englischen Botschafter erteilte Antwort resümierte mir der italienische Minister des Äußern etwa wie folgt: „Comme le Gouvernement Italien n'a aucunement l'intention de faire une expédition contre le Harar, la question reste théorique. Mais la confiance de l'Italie qui se considérait comme étant ‚side by side' avec l'Angleterre, sera ébranlée par le fait que Lord Salisbury se retire par déférence pour la France de la position prise par Lord Kimberley le cinq mai 1894. Ceci n'est pas d'un bon augure pour l'éventualité où l'Italie serait engagée du côté de l'Angleterre en Orient et fait craindre que l'Angleterre pourrait, le cas échéant, nous y abandonner également au premier moment pour sacrifier nos intérêts à la France."

Bülow

Nr. 2762

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Rom, den 23. Januar 1896

Als ich im Laufe meiner heutigen Besprechung mit Herrn Crispi die Rede auf die Zeila- und Harrarfrage brachte, meinte der Ministerpräsident, daß er nicht die Absicht habe, über diese Angelegenheit in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten, obwohl ihm dies von eng-

lischer Seite angeraten worden wäre. Er habe Lord Salisbury durch General Ferrero sagen lassen, daß Italien nicht der englischen Erlaubnis für Verhandlungen mit Frankreich bedürfe. Hiervon abgesehen, fügte Herr Crispi hinzu, sei er der Ansicht, daß Italien von Frankreich weder in großen noch in kleinen Fragen ernstliche Zugeständnisse erlangen werde, solange es im Dreibund bleibe. Herr Crispi kam hierbei wieder darauf zurück, wie die Schwierigkeiten in Erythräa hauptsächlich auf Frankreich zurückzuführen wären, welches die Abessinier nach wie vor mit Waffen, Geld und Offizieren unterstütze, um dem italienischen Volk zu beweisen, daß es gegen und ohne Frankreich nichts auszurichten vermöge.

Meiner Bemerkung, daß die Haltung Englands gegenüber Italien in afrikanischen Angelegenheiten auch keine freundliche sei, stimmte der Ministerpräsident bis zu einem gewissen Grade bei, seine weiteren Auslassungen deuteten jedoch darauf hin, daß er auf gute Beziehungen zu England trotzdem hohen Wert legt. Unter Hinweis auf die Schutzbedürftigkeit der italienischen Küste ließ Herr Crispi durchblicken, daß Italien die Engländer kaum entbehren könne, solange ihm Frankreich nicht wirklich versöhnt gegenüberstände. pp.*

Bülow

Nr. 2763

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 8 Rom, den 30. Januar 1896

Die hiesige Stimmung ist infolge der jüngsten Nachrichten aus Afrika wieder eine nervöse und gedrückte. Die aus Erythräa einlaufenden Meldungen sind einerseits so dürftig, andererseits derartig widerspruchsvoll, daß es kaum möglich ist, sich ein klares Bild von der dortigen Lage zu machen. Die nach der Räumung von Makalle** hier allgemein verbreitete Hoffnung, daß die Abessinier Oberstleutnant Galliano und seiner Kolonne die Möglichkeit gewähren würden, zu dem in Adigrat und Adaga-Hamus stehenden Gros der italienischen Truppen zu stoßen, ist seit einigen Tagen im Schwinden begriffen. Die Freudendemonstrationen, mit denen, nicht ohne Nachhülfe der Regierung, in ganz Italien die Bevölkerung die angebliche Befreiung der Kolonne Galliano begrüßte, und die unter allen Umständen das militärische Gefühl verletzen mußten, erscheinen heute

* Den Schluß des Telegramms siehe Kap. LXIV, Nr. 2656.
** Die Räumung von Makalle durch Oberstleutnant Galliano war am 26. Januar gegen Gestattung freien Abzugs erfolgt.

vielen im Lichte großer Selbsttäuschung. Die Ansicht macht sich mehr und mehr geltend, daß die Abessinier Oberst Galliano und seine Leute nicht nur nicht freilassen, sondern als Geiseln verwerten würden.

Nach den — allerdings oft als unzuverlässig befundenen — Kundschaftermeldungen sollen die Abessinier von Makalle die Straße über Agula nach Haussen eingeschlagen haben. Es verlautet aber auch, daß dieselben über Ghibbe und Gelibetta gegen Adua vorrückten. Es heißt auch von neuem, daß Menelik die Absicht habe, sich in der heiligen Stadt Axum zum Kaiser krönen zu lassen. Endlich macht sich die Befürchtung geltend, daß die Abessinier, wenn sie bis Axum und Adua gelangen sollten, sich hüten würden, die besonders starke Position von Adigrat und Adaga-Hamus anzugreifen, dagegen versuchen könnten, eine Operationsbasis zwischen Asmara und Keren zu suchen, um auf diese Weise einerseits Massaua zu bedrohen, andererseits Fühlung mit den Derwischen zu gewinnen, über deren Vorrücken gegen Kassalla immer wieder Gerüchte auftauchen.

Herr Crispi trägt hinsichtlich der Situation in Erythräa nach wie vor eine zuversichtliche Haltung zur Schau. Im Ministerium des Äußern wie im Kriegsministerium wird darüber geklagt, daß der Ministerpräsident aus eigener Initiative und ohne Rücksprache mit den betreffenden Ressorts in der ihm eigenen diktatorischen Art Weisungen nach Erythräa gelangen lasse. Mir sagte Herr Crispi gelegentlich, daß, wenn die Jahreszeit günstiger wäre, er dem Gedanken eines Vorstoßes gegen Harrar von der Somaliküste aus nähertreten würde. Bei einem solchen Vorgehen würde er sowohl von den Franzosen wie von den Engländern unabhängig sein. Ich möchte bis auf weiteres annehmen, daß, auch wenn wirklich eine Landung an der Somaliküste in Szene gesetzt werden sollte, es sich mehr um einen Schreckschuß gegen die im Rücken bedrohten Schoaner als um eine ernstliche Expedition gegen Harrar handeln würde, deren Schwierigkeiten und Kosten ungewöhnliche sein dürften.

Baron Blanc sieht die Lage in Nordostafrika sehr en noir. Ein heftiger Gichtanfall, der den Minister des Äußern für einige Zeit ans Bett fesselte, trägt vielleicht auch dazu bei, denselben pessimistisch zu stimmen. Gepeinigt vom Zipperlein und sich auf seinem Lager hin und her wälzend setzte mir Baron Blanc gestern auseinander, daß, wenn General Baratieri nicht bald zu einem entscheidenden Schlage aushole und insbesondere den Gouverneur von Harrar, Ras Makonnen auf den Kopf haue, die italienischen Hoffnungen und Ansprüche auf Harrar zu Wasser werden würden. Wenn im April die Regenzeit anbräche, ohne daß Makonnen einen Denkzettel erhalten habe, würde der französische Einfluß in Harrar mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Die Franzosen würden unter der Hand Offiziere nach Harrar schicken, dieses telegraphisch mit Obok verbinden und schließlich dort ihr Protektorat wie in Tunis und Madagaskar erklären.

Eine solche Wendung der Dinge könne nicht nur für die italienische Eigenliebe, sondern auch für die innere und äußere Zukunft des Landes von unberechenbaren Folgen sein. „Ich gehe“, fügte der Minister des Äußern hinzu, „an Lord Salisbury zu Grunde. Ich habe es allerdings als unmöglich betrachtet, daß Lord Salisbury nicht einmal den Mut und die Einsicht haben würde, das von Lord Kimberley in dem Harrarvertrage vom 5. Mai 1894 gegebene Versprechen einzulösen. Aus Angst vor Frankreich haben die Engländer uns in Harrar im Stich gelassen, während sie gleichzeitig unsere bescheidenen Wünsche hinsichtlich Zeila zurückwiesen. Sie werden es an dem Tage bereuen, wo Frankreich, das schon die Hand auf Madagaskar gelegt hat, den Eingang zum Roten Meer beherrschen und von da gleichzeitig Ägypten und Indien bedrohen wird.“

In hiesigen oppositionellen Kreisen herrscht natürlich die Hoffnung, daß die afrikanischen Schwierigkeiten und Nöte das Ministerium Crispi schließlich zu Falle bringen werden. Die regierungsfeindliche Presse läßt sich dies dankbare Thema nicht entgehen. In allen Salons höre ich über die Kurzsichtigkeit, Unüberlegtheit und Unfähigkeit des Kabinetts räsonieren. Daß speziell die Stimmung bei Hofe wieder eine gereizte gegen Herrn Crispi ist, habe ich telegraphisch streng vertraulich zu melden mir gestattet. Ich habe aber andererseits den Eindruck, daß Herr von Rudini wenig Lust hat, grade in diesem schwierigen Moment die Geschäfte und damit die Verantwortung für das Weitere zu übernehmen. Ich möchte glauben, daß es Herrn von Rudini jetzt lieber wäre, wenn im Falle des Sturzes der Regierung zunächst ein Übergangsministerium Saracco-Sonnino oder Saracco-Zanardelli gebildet würde. Wenn die Kammer versammelt wäre, würde das Kabinett Crispi gegenwärtig heftigen Angriffen ausgesetzt sein. Wo jedoch das Parlament vertagt ist, müßten sehr schlechte Nachrichten aus Afrika eintreffen, um eine Krisis herbeizuführen. Andererseits würde ein Erfolg der italienischen Waffen rasch die Wolken zerstreuen können, welche hier zurzeit am Horizont stehen.

B. von Bülow

Nachschrift

Rom, den 30. Januar 1896

Nachdem der vorstehende Bericht heute morgen fertiggestellt worden war, ließ die „Agenzia Stefani“ mir im Laufe des Abends telephonisch mitteilen, daß Oberstleutnant Galliano mit seiner Kolonne um 6 Uhr nachmittags bei General Baratieri im Lager von Adaga-Hamus eingetroffen sei. Diese Nachricht wird von der Regierung wie im Volke mit einem Gefühl lebhafter Erleichterung aufgenommen werden, wiewohl die Lage auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz hierdurch nicht endgültig geklärt wird.

B. von Bülow

Nr. 2764

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung*

Nr. 13 Rom, den 9. Februar 1896

pp. An vorstehende Mitteilung schloß der Ministerpräsident die Bemerkung, daß somit ein Modus vivendi mit Frankreich ausgeschlossen erscheine, solange Italien im Dreibund bleibe. Andererseits habe jedoch Frankreich in der Tat die Möglichkeit, seine Feindschaft Italien in einer für letzteres überaus empfindlichen Weise fühlen zu lassen. Die gegenwärtige Notlage Italiens in Erythräa sei im letzten Ende auf Frankreich zurückzuführen, welches einerseits trotz aller Pariser Ableugnungsversuche** die Abessinier durch Ratschläge, Geld, Waffen und Offiziere zur Fortsetzung des Krieges encouragiere, andererseits die Engländer hindere, den Italienern den Durchmarsch durch Zeila zu gestatten.

Im Laufe unserer weiteren Unterredung berührte Herr Crispi die Frage der Dreibunds-Erneuerung mit keiner Silbe, drohte auch nicht mit Abschwenken von uns, sondern betonte im Gegenteil seine Überzeugung, daß Italien durch seine Lebensinteressen auf uns gewiesen sei. Dagegen gab der Ministerpräsident allerdings mehrfach dem Wunsche Ausdruck, daß wir in Würdigung der in politischer Beziehung noch mehr als in militärischer schwierigen Verhältnisse in Erythräa auf eine loyalere und freundlichere Haltung der Franzosen gegenüber Italien hinwirken möchten.

Beiläufig ließ Herr Crispi durchblicken, daß er sich durch fortgesetzte französische Feindseligkeiten zu einem energischen Gegenvorstoß genötigt sehen könnte, also beispielsweise Obok zu blockieren oder die italienische Konsulargerichtsbarkeit in Tunis wiederherzustellen. Als ich in ruhigem Tone erwiderte, ich sei überzeugt, ein so erfahrener und kluger Staatsmann wie Herr Crispi werde sich zu keinem coup de tête hinreißen lassen, lenkte der Konseilpräsident mit der Versicherung ein, daß er nur von Hypothesen, nicht von ernstlichen Absichten gesprochen habe.

Herr Crispi erwähnte gesprächsweise, daß die Zahl der italienischen Truppen in Afrika bereits 25 000 betrage und binnen kurzem auf 35 000 steigen werde. Die Abessinier schienen einer Entscheidungsschlacht ausweichen zu wollen.

Nicht ohne Entschiedenheit erklärte Herr Crispi, daß er schon aus Gründen innerer Politik in Erythräa weder nachgeben, noch sich mit halben Erfolgen begnügen könne. Un'azione resolutiva — eine

* Den Anfang des Berichts siehe in Kap. LXIX, Anhang A, Nr. 2816.

** Vgl. Nr. 2754, S. 219, Fußnote *.

entschlossene Aktion — sei nötig. Es sei auch möglich, daß sich ein Vorstoß gegen Harrar über Assab und Aussa als unerläßlich herausstellen werde, um die Schoaner zum Rückzug zu bewegen. Das Parlament, schloß der Ministerpräsident seine diesbezüglichen Ausführungen, wolle er nicht einberufen, bevor sich die Situation in Afrika wieder geklärt habe.

Die hiesige Lage ist zurzeit eine so verworrene, daß dieselbe kaum in zwei Worten zu resümieren ist. In nuce läßt sich sagen, daß Herr Crispi nach seiner Vergangenheit wie mit Rücksicht auf sein jüngstes Auftreten vor der Kammer in Erythräa schwer zurückweichen kann, während am Hofe wie in Deputiertenkreisen mehr und mehr der Wunsch hervortritt, in irgendeiner Weise aus den afrikanischen Schwierigkeiten herauszukommen.

B. von Bülow

Nr. 2765

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 13. Februar 1896

Die Unterredung mit dem italienischen Botschafter fand heute entsprechend den Notizen statt.

Ich legte dem Botschafter die Folgen eines weiteren Vordringens in Abessinien und die Gefahren dar, die dies für den europäischen Frieden haben könne. Ein Seekrieg Italiens mit Rußland und Frankreich wegen Abessinien bilde für den Dreibund keinen casus foederis. Graf Lanza gab dies zu, bemerkte aber, daß die mangelnde Unterstützung des Dreibunds in Italien die Zahl der Gegner des Dreibunds und die Anhänger Frankreichs vermehren werde. Er sei ein Anhänger des Dreibunds, deshalb wünsche er, daß wir in Frankreich unsern Einfluß zugunsten Italiens geltend machen möchten. Ich erwiderte, daß eine bloß akademische Bemerkung in Frankreich keinen Eindruck machen werde, daß aber ein entschiedenes Auftreten nur dann möglich sei, wenn wir entschlossen seien, unsern Worten Nachdruck zu geben. Ein europäischer Krieg zu dem Zweck, Italien die Eroberung von Abessinien zu ermöglichen, werde aber weder in Deutschland noch in Österreich auf Zustimmung und Verständnis rechnen können. Ich könne nur raten, daß Italien nach einem Siege einen mäßigen Frieden schließe. Dies gab der Botschafter zu, meinte aber, das sei nur möglich, wenn die Abessinier standhielten; zögen sie sich zurück, so werde sich die Sache in die Länge ziehen. Das Protektorat könne Italien nicht aufgeben.

Bezüglich des Dreibundes machte ich den Botschafter auf die Lage aufmerksam, in die Italien kommen werde, wenn es den Drei-

bund aufgebe. Das sah Graf Lanza ein. Was nun geschehen solle, konnte er nicht angeben. Er ist ziemlich trübe gestimmt.

C. Hohenlohe

Nr. 2766

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 143 Berlin, den 15. Februar 1896

Herr Crispi hat Ew. pp. gegenüber sich beklagt, daß Italien als Mitglied des Dreibundes sich auf allen Seiten durch die Mißgunst Frankreichs und Rußlands beeinträchtigt sehe. Dies sei sowohl in handelspolitischen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Erneuerung des italienisch-tunesischen Handelsvertrags, wie auch an der Haltung der beiden erwähnten Mächte, namentlich Frankreichs, angesichts der Schwierigkeiten bemerkbar, welchen die italienische Unternehmung in Erythräa begegne. Herr Crispi hat durchblicken lassen, er würde es an der Zeit halten, daß der Dreibund, insbesondere daß Deutschland sich der gefährdeten italienischen Interessen in Paris annehme.

In diesem Gedanken des italienischen Ministerpräsidenten tritt wieder, wie ich vertraulich bemerke, jener wesentliche Irrtum über die Natur des Dreibundvertrages zu Tage, gegen den wir seit Jahren periodisch und trotz der klaren Fassung des Vertragstextes bisher ohne Erfolg anzukämpfen hatten. Der Dreibund ist ein pacte conservatoire, keine Erwerbsgesellschaft. Das Eindringen der Italiener in das unter dem altertümlichen Namen Erythräa maskierte Abessinien ist ein aggressiver Akt und steht als solcher formell nicht unter der Deckung des Dreibundvertrages. Indes wird Herr Crispi ebensowenig wie die übrige Welt darüber im Zweifel sein, daß ohne den Dreibundvertrag es längst keine Italiener mehr in Abessinien gäbe, daß dieselben vielmehr durch das Zusammenwirken Rußlands und Frankreichs schon vor Jahr und Tag veranlaßt worden wären, das Gebiet zu räumen.

Abessinien ist in Rußland als Legende populär gemacht worden, hinter der Legende jedoch verbirgt sich ein reales Ziel. Die mit Konsequenz und Geduld arbeitende russische Diplomatie hegte von altersher ein Interesse für Abessinien. Der Gedanke, Abessinien unter russischem Protektorat bis zur Küste vorzuschieben und zu einer russischen Etappe, wie England deren so viele besitzt, auf dem Seewege nach Ostasien zu machen, hatte besonders seit dem Durchstich der Landenge von Suez an Bedeutung gewonnen. Diesen Plan durchkreuzte Italien gründlich, indem es in Massaua sich festsetzte und trotz wiederholter freundschaftlicher Warnungen des Fürsten Bismarck, welche auch Herrn Crispi nicht ganz unbekannt geblieben sein dürften,

sich allmählich ausbreitete. Durch die Tatsache, daß Italien heute ein Gebiet besitzt, welches Rußland als eine Station bei seinem Zukunftskonflikt mit England ins Auge gefaßt hatte, ist Italien in Wirklichkeit zum Puffer zwischen jenen beiden Mächten geworden. Das Bedenkliche der Lage Italiens wird dadurch erhöht, daß auch Frankreich sich durch die Ausbreitung der Italiener in seinen afrikanischen Plänen beeinträchtigt sieht, daher im eigenen Interesse ebensosehr wie in der Gefolgschaft Rußlands darauf hingewiesen ist, der italienischen Invasion bei erster Gelegenheit Halt zu gebieten. Eine solche Gelegenheit ist vielleicht nicht mehr fern. Wie wir erfahren, sind augenblicklich Verhandlungen im Gange, und zwar mit Aussicht auf Erfolg, welche darauf abzielen, daß Ras Makonnen oder ein andrer abessinischer Heerführer als Abgesandter des Negus Menelik bei der Krönung in Moskau erscheint*. Wenn nun vielleicht gerade zu derselben Zeit, wo Ras Makonnen vom Zaren als Vertreter des Souveräns von Abessinien begrüßt wird, die Existenz dieses Souveräns sowie die Existenz des uralten sagenhaften „Reiches des Priesters Johann" durch das weitere Vordringen der Italiener bedroht ist, so entsteht daraus für Italien eine gefährliche, für seine Freunde eine äußerst peinliche Lage. Unter dem Sammelnamen „Freunde Italiens" möchte ich England nicht mit einbegreifen, sondern nur Deutschland und Österreich. England hat bereits seit beiläufig zwei Monaten erkannt, daß die Ableitung, welche es als Folge der armenischen Verwickelung erhofft hatte, sich ebensogut auch aus der abessinischen Frage ergeben könne. Der Augenblick dieser Erkenntnis wird bezeichnet durch die im Dezember auf den italienischen Antrag wegen Zeila ergangene Antwort, daß Frankreich bei der Sache mitinteressiert und daher auch berechtigt sei zu erwarten, daß man ihm den italienischen Antrag wegen des Durchmarsches durch jenes englische Gebiet vorher notifiziere**. Bei jenem Anlaß hatte die englische Regierung zu entscheiden gehabt, ob sie Italien als Verbündeten für gemeinsame Vertretung ägyptischer, abessinischer und sonstiger gemeinsamer Interessen oder aber als Ableitungsmittel verwerten wolle. Wir haben gesehen, daß sie das letztere vorzog. Je deutlicher sie am Horizont die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Rußland und Frankreich einerseits und Italien bezw. dem Dreibunde andererseits zu sehen glaubte, desto korrekter bewegte sich die Regierung Ihrer Britischen Majestät in den Bahnen der Neutralität.

Wir sind mit dem Londoner Kabinett in dem einen Punkte gleicher Ansicht, daß die abessinische Frage in ihrer jetzigen Ent- und Verwickelung eine Kriegsgefahr für Europa (mit Ausnahme von England) in sich schließt. Abgesehen von den Fingerzeigen, welche die Haltung der russischen Presse und in neuester Zeit auch die der leiten-

* Die Krönung Kaiser Nikolaus II. war auf den 26. Mai angesetzt.
** Vgl. Nr. 2753, S. 218 nebst Fußnote *, Nr. 2760.

den russischen Persönlichkeiten gibt, sehe ich auch in der wachsenden Ungeniertheit, mit der Frankreich seine Mißbilligung der italienischen Politik z. B. in der Waffenexportfrage zum Ausdruck bringt, einen Beweis dafür, daß man sich in Paris der Billigung des Petersburger Kabinetts gerade hinsichtlich alles dessen, was mit der abessinischen Frage zusammenhängt, sicher fühlt.

Ich nehme an, daß Herr Crispi als ernster Politiker die abessinische Angelegenheit reiflich durchdacht und den Gedanken, dieselbe soweit zu treiben, nur unter der Voraussetzung englischer maritimer Unterstützung erwogen hatte. In dem Augenblick, wo Herr Crispi gleich uns zu der Überzeugung gelangt, daß jene Voraussetzung wegfällt, wird er als bewährter Staatsmann die Grenzlinie des Erreichbar-Möglichen zu erkennen und zu ziehen wissen. Es ist wahrscheinlich, daß Erwägungen soldatischer Natur die italienische Regierung abgeneigt machen, im gegenwärtigen Augenblick in Friedensverhandlungen einzutreten. Unzweifelhaft ratsam aber würde es sein, dieselben *nach Erzielung des nächsten Waffenerfolges nicht länger zu verzögern.* Wenn die italienische Regierung, was ich jedoch wegen meiner hohen Meinung von dem Leiter der italienischen Politik kaum befürchte, dem Eroberungsgelüst zu sehr die Zügel schießen läßt, so potenziert sie durch jede weitere Vorwärtsbewegung die Gefahr eines maritimen Eingreifens von russisch-französischer Seite. Andererseits glaube ich, daß, wenn Italien sich maßvoll in den Friedensbedingungen zeigt, Rußland und Frankreich trotz der besonders in Rußland jetzt rasch anwachsenden Mißstimmung sich besinnen werden, ehe sie in eine Aktion eintreten, die als *letztes Ergebnis* doch schließlich den gemeinsamen Widerstand des Dreibundes notwendig machen müßte.

Ew. pp. stelle ich die vorstehenden Ausführungen als Material für gelegentliche Verwertung zur Verfügung. Ew. pp. werden auch wahrheitsgemäß sagen können, daß der Kaiserliche Botschafter in Petersburg bereits seit Monaten Instruktionen hat, welche darauf abzielen, das Interesse zu zeigen, welches Deutschland an den Schicksalen Italiens in Erythräa nimmt.

C. *Hohenlohe*

Nr. 2767

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 15 Rom, den 18. Februar 1896
Ganz vertraulich

pp. Nicht ohne Gereiztheit erwähnte Baron Blanc, die Engländer hätten mehrfach Miene gemacht, die gegenwärtige Notlage der Italie-

ner in Afrika zu benutzen, um denselben Kassala wegzufischen: „Les Anglais ne nous donnent que des coups de pied.“ In dem Gedankenkreise der Blancschen Auslassungen bewegt sich auch ein Artikel des offiziösen „Popolo Romano“ von heute, welcher darauf hinweist, daß das russische Übergewicht in Ostasien wie im europäischen Orient Hand in Hand gehe mit der Isolierung Englands. England werde schließlich isoliert bleiben[1], wenn es sich um die Verteidigung Indiens oder Ägyptens handeln sollte. Wenn insbesondere die ägyptische Frage wieder auf das Tapet käme, werde sich Italien nicht wie in der Vergangenheit von seinen alten Sympathien für England leiten lassen, sondern lediglich von seinen eigenen Interessen[2] und von den Erfordernissen der veränderten europäischen Gesamtsituation. Durch diese neue Situation sei Italien allerdings zunächst in eine überaus schwierige Lage versetzt worden, aber andererseits gewinne die Halbinsel durch dieselbe eine früher nicht vorhandene Bewegungsfreiheit. pp*.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist ja grade was England will
[2] gut

Nr. 2768

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 160 Berlin, den 22. Februar 1896
[abgegangen am 23. Februar]

Ew. pp. ist neulich mitgeteilt worden**, daß der Kaiserliche Botschafter in Petersburg es als eine seiner Aufgaben anzusehen hat, bei gelegentlicher Berührung der abessinischen Angelegenheit keinen Zweifel über das Interesse bestehen zu lassen, mit welchem die Regierung Seiner Majestät des Kaisers die wechselnden Schicksale der Italiener in Afrika verfolgt. Wir glauben durch ein solches Herauskehren des allgemeinen Solidaritätsgefühls mit unserm transalpinen Verbündeten diesem mehr zu nützen, auf die Haltung der russischen Regierung gegen Italien mehr einzuwirken als durch diesen oder jenen einzelnen Antrag. Das Gesamtergebnis dieser Politik ist, wie Ew. pp. aus den beigefügten drei Berichten des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 14. d. Mts., vom 17. d. Mts. und vom 19. d. Mts. ersehen wollen, so weit kein unbefriedigendes. Es ist dem Fürsten Radolin

* Die weiteren Teile des Bülowschen Berichts siehe in Kap. LXIV, Nr. 2658 und Kap. LXV, Nr. 2666.
** Vgl. Nr. 2766 am Schluß

gelungen, eine Erkaltung, welche infolge lügenhafter Angaben des Abenteurers Leontiew* zwischen dem Fürsten Lobanow und dem italienischen Botschafter** eingetreten war, zu beseitigen. Der Marquis Maffei hat seinem aus diesem Anlaß geäußerten Danke die Bitte angeknüpft, ob nicht die Kaiserliche Regierung auf Baron Blanc beruhigend wirken könne, da die Überstürzung seiner Aufträge und Anliegen geeignet sei, die auf der andern Seite etwa entstehenden guten Gesinnungen abzukühlen. Ich habe diesem Gedanken, der nur zu sehr der diesseitigen Auffassung entspricht, nichts hinzuzufügen, ermächtige Ew. pp. vielmehr, dem Baron Blanc bei Mitteilung dessen, was sich aus den drei Anlagen zur Besprechung eignet, jene Ansicht des italienischen Botschafters, natürlich ausschließlich als Rat der Kaiserlichen Regierung, zur Kenntnis zu bringen.

Marschall

Nr. 2769

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 Rom, den 3. März 1896

Telegraphenagentur „Stefani" veröffentlichte im Lauf vergangener Nacht die Nachricht, daß General Baratieri vorgestern die Abessinier bei Adua angegriffen, jedoch völlig zurückgeschlagen worden sei.

Ich habe noch keinen der Minister sprechen können, da der Ministerrat seit heute früh in Permanenz versammelt ist; der allgemeine Eindruck hier ist, daß General Baratieri eine schwere Niederlage erlitten hat. Es wird vielfach angenommen, daß derselbe vorgegangen sei, um noch vor der Ankunft des neuen Oberkommandierenden Generals Baldissera einen Erfolg zu erzielen. Man spricht von 9000 Mann Verlust; das gesamte Artilleriematerial, 60 Kanonen, soll verloren sein. Das Gerücht, daß General Ellena verwundet sei, General Baratieri sich erschossen habe, bestätigt sich bisher nicht. Der Rückzug des italienischen Expeditionskorps scheint in der Richtung auf Asmara zu erfolgen, das von General Lamberti in Verteidigungszustand versetzt wird.

König Humbert wird heute mittag aus Neapel zurückerwartet.

---

* Der frühere Erzbischof und Metropolit von Moskau N. Leontiew, der schon mehrere russische Expeditionen nach Abessinien geleitet hatte (vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, Nr. 1972, Fußnote), bereitete eben jetzt eine neue Mission in Marseille zur Einrichtung des Roten Kreuzes in Abessinien vor, wurde aber laut Radolins Berichten vom 17. und 19. Februar vom Fürsten Lobanow desavouiert. Über die Rolle, die er später bei den Friedensverhandlungen zwischen Italien und dem Negus Menelik spielte, siehe Nr. 2791.

** Marquis Maffei.

Nach Wiedereintreffen Seiner Majestät wird Stärke der nach Afrika weiter zu entsendenden Truppen wie Frage entschieden werden, ob Kammer übermorgen zusammentreten oder nochmals vertagt werden soll. Es heißt, daß das Ministerium die Entsendung von weiteren 20 000 Mann nach Afrika in Vorschlag bringen will. Schon in den ersten Morgenstunden wurden hier umfassende polizeiliche und militärische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffen.

Bülow

Nr. 2770

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 4. März 1896

Seine Majestät hat gestern abend mit dem englischen Botschafter eine längere Unterredung gehabt* und mir heute deren Inhalt mit-

* Über die Unterredung, die Kaiser Wilhelm II. am Abend des 3. März, desselben Tages, wo die Nachricht von der vernichtenden Niederlage der Italiener bei Adua in Berlin eingetroffen war, im Anschluß an eine voraufgegangene Konferenz mit dem italienischen Botschafter Grafen Lanza mit dem englischen Botschafter Sir Frank Lascelles hatte, vgl. den Bericht des französischen Botschafters Herbette vom 5. März, im Auszuge mitgeteilt von George Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, p. 267 s. Der französische Forscher hat vollkommen recht, die Anregung zu der englischen Dongolaexpedition direkt auf Wilhelm II. zurückzuführen. Wenn Freiherr von Eckardstein (Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 278 f.) den „genialen Gedanken", durch eine von Deutschland moralisch gestützte englische Diversion im Sudan dem italienischen Bundesgenossen zu helfen und dadurch zugleich das seit der Krügerdepesche noch immer beeinträchtigte „menschliche Verhältnis" zwischen dem Londoner Kabinett und der Berliner Regierung wiederherzustellen, in emphatischer Weise dem Grafen Hatzfeldt zuschreibt, so ist er im Irrtum: weder am 3. März noch in den voraufgehenden Tagen ist eine Anregung in dieser Richtung von dem Londoner Botschafter in Berlin eingetroffen. Unrichtig ist speziell auch, daß Graf Hatzfeldt in Berlin vorgeschlagen habe, daß Deutschland sich verpflichten solle, jedweder Macht gegenüber, die etwa versuchen sollte, während eines Sudanfeldzuges England anzugreifen, letzteres zu unterstützen und ihm auf diese Weise den Rücken freizuhalten, und daß dieser Vorschlag in Berlin angenommen worden sei. Eine solche Verpflichtung ist Deutschland überhaupt nicht eingegangen.

In Kaiser Wilhelms Unterredung mit Sir Frank Lascelles tritt übrigens neben dem von Eckardstein an sich ganz richtig charakterisierten doppelten Streben der deutschen Politik, Italien zu helfen und ein normales Verhältnis zu England wiederherzustellen, als tieferes und eigentliches Motiv noch ein drittes hervor: England und die franko-russische Gruppe und vor allem zunächst England und Frankreich, die sich in der ägyptischen Frage zu verständigen gesucht hatten, sich nicht zu einer deutschfeindlichen Entente zusammenschließen zu lassen. Vgl. dazu die charakteristische Schlußbemerkung des Kaisers zu dem Radolinschen Telegramm vom 21. März 1896 in Kap. LXVII, Nr. 2713.

geteilt. Da Sir Frank darüber heute an Lord Salisbury berichtet haben wird, so will ich nicht zögern, Ihnen das Wesentliche davon zugehen zu lassen. Die Unterredung umfaßt die ganze gegenwärtige Lage, wobei das Verhältnis Englands zu Frankreich behandelt wurde. Seine Majestät legte dem Botschafter die Unmöglichkeit dar, daß England sich mit Frankreich verständigen könne, da die Verbindung Frankreichs mit Rußland eine viel zu feste sei, als daß es* mit einem Staate zusammengehen könne, welcher der Feind Englands sei, und der es als seine Hauptaufgabe ansehe, England zu vernichten. Deshalb sei es, so sagte Seine Majestät dem Botschafter, ein großer Fehler der englischen Politik, daß es, statt Italien zu unterstützen, ihm in Afrika Schwierigkeiten mache. Die französisch-russische Politik arbeite gegen die Aktion Italiens in Abessinien, um dort festen Fuß oder eine Macht zu schaffen, die den Engländern den Weg nach Indien verlegen könne. Diese Gefahr hätte England veranlassen müssen, Italien bei seiner Kampagne in Erythräa entgegenzukommen, statt ihm Schwierigkeiten zu machen. Jetzt nach der Niederlage in Italien müsse ihm England zu Hülfe kommen. Wenn es nicht möglich sei, ihm militärisch von Ägypten aus beizuspringen, müsse es Italien wenigstens durch Geld unterstützen. Nachdem Seine Majestät die Gefahr, welche England durch das Abschneiden des Weges nach Indien drohe, hervorgehoben hatte, betonte er, daß dann England nur der Weg um das Kap übrigbleibe. Aber auch hier drohten Gefahren, da die Franzosen die Absicht hätten, den Spaniern die Kanarischen Inseln abzukaufen und dadurch auch auf diesem Wege England Schwierigkeiten zu bereiten. Seine Majestät sagt mir, daß dies alles auf Sir Frank großen Eindruck gemacht habe. —

(gez.) Hohenlohe

Nr. 2771

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

[pr. 4. März 1896]

Sir Frank Lascelles hat mir heute ein Telegramm mitgeteilt, welches er heute nacht nach einer zweistündigen Unterredung mit Seiner Majestät** an Lord Salisbury abgeschickt hat. Der wesentliche Inhalt dieses Telegramms ist:

Seine Majestät hat dem Botschafter zunächst seine schweren Besorgnisse wegen der Lage Italiens in Abessinien ausgesprochen.

---

* Das heißt: England.
** Vgl. Nr. 2770.

Dort werde gegen Italien Krieg seitens Frankreich geführt. Zwischen Rußland und Frankreich bestehe nach seinen Informationen keine politische, wohl aber eine militärische Allianz, kraft derer Frankreich seine ganze Wehrkraft zu Wasser und zu Land Rußland zur unbedingten Verfügung stelle*. Rußland habe zwei Feinde, die es zu vernichten wünsche: Österreich-Ungarn und England. Es werde zunächst auf friedlichem Wege versuchen „to overcome them", sei aber auch entschlossen, einen Krieg zu führen, und wenn er zehn Jahre dauern solle. Rußland habe Frankreich keinen Zweifel gelassen, daß es auf Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens nicht rechnen dürfe. Der russische Plan sei: Bulgarien und die Balkanstaaten sowie die slawischen Länder Österreichs zu annektieren und Deutschland dadurch von Österreich abzuziehen, daß man ihm die deutschen Provinzen anbiete. Rußland werde sich nach Vertreibung der Italiener in Massaua und an andern Plätzen festsetzen, um den Seeweg nach Indien in seine Hände zu bekommen; gleichzeitig werde die ägyptische Frage wieder aufgeworfen, und Frankreich außerdem durch die Kanarischen Inseln entschädigt werden. Dieser Plan sei nicht nur von den russischen Staatsmännern gebilligt, sondern durch Kaiser Nikolaus sanktioniert worden. Obgleich Seine Majestät durch die englische Presse und einzelne englische Staatsmänner schlecht behandelt worden sei, halte er es für seine Pflicht, England auf diese Gefahr aufmerksam zu machen; er freue sich über die Vermehrung der englischen Flotte** und erwarte, daß England sich dem Dreibund anschließen oder doch jedenfalls Italien in seiner bedrängten Lage zu Hilfe kommen werde.

Marschall

Nr. 2772

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 182 London, den 4. März 1896

pp. An Anzeichen dafür, daß die hiesige öffentliche Meinung sich für eine wirksame Unterstützung Italiens durch England entscheiden sollte, fehlt es bisher fast gänzlich. Nur die „Morning Post", die wie der radikale „Daily Chronicle" die Wahrscheinlichkeit nicht ganz von der Hand weist, daß die Abessinier französischerseits mit Waffen versehen worden seien, wirft die Frage auf, ob nicht der Augenblick gekommen sei, daß die Mächte, die ein Interesse am östlichen Sudan hätten, nämlich England und Italien, sich vereinigten und zusammen

* Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLVII.
** Vgl. Kap. XLIII, Nr. 2621, S. 42, Fußnote **.

vorgingen[1]. Schon verlaute gerüchtweise, daß die Mahdisten und König Menelik gemeinsame Sache machen wollten. Wenn England jetzt, um Italien zu helfen, Truppen von Suakim nach Berber und Chartum[2] senden und dadurch die Derwische von einem feindlichen Vorgehen gegen Italien abhalten würde, würde England nur das tun, wozu es doch in absehbarer Zeit gezwungen sein werde[3]. Das despotische Reich des Mahdi würde dadurch zerstört und außerdem einer befreundeten Macht ein Dienst erwiesen werden, mit welcher England in Afrika die herzlichsten Beziehungen unterhalte[4]. pp.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Sehr richtig in der Presse als vernünftigen Vorschlag besprechen
2 richtig
3 ja
4 richtig

Nr. 2773

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 188 London, den 5. März 1896

pp. Ich bemühte mich, in unauffälliger Weise den General Ferrero zu einer Äußerung darüber zu veranlassen, ob er den Versuch gemacht habe, Lord Salisbury, welchen er bereits gesehen hatte, zu irgendeinem Schritt zu bewegen, welcher unter den gegenwärtigen Umständen die Sympathie Englands betätigen und Italien von Nutzen sein würde. Der Botschafter stellte dies in Abrede und schien auch nicht die Absicht zu haben, hier in dieser Richtung irgendeinen Schritt zu tun. Dagegen teilte er mir im Vertrauen mit, daß der Premierminister lebhafte Sympathie für Italien gezeigt und gleichzeitig deutlich die Hoffnung an den Tag gelegt habe, daß dasselbe auch ferner an der Tripleallianz festhalten werde.

Lord Salisbury, mit welchem ich nachher eine Unterredung hatte, über die ich anderweitig zu berichten nicht unterlasse*, berührte mir gegenüber diesen Punkt nicht, sprach sich aber offen darüber aus, daß er das abessinische Unternehmen der Italiener stets für ein unüberlegtes und verfehltes gehalten habe, welches zu keinem befriedigenden Erfolg führen konnte. pp.

P. Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 2774.

Nr. 2774

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 London, den 6. März 1896

Zu Bericht Nr. 188 durch Feldjäger*.

Ich habe eben kurzes Zusammentreffen mit Lord Salisbury benutzt, um ihn, wie auch schon vorgestern, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, jetzt im eigenen Interesse Italien in irgendeiner Weise behülflich zu sein. Der Premierminister erwiderte mir, daß er die politische Krisis in Rom auf das lebhafteste bedauere, sich aber leider außerstand sehe, der italienischen Regierung in der Frage behülflich zu sein[1]. Er führte dafür an, daß er keine finanzielle Hülfe bieten könne, weder direkt noch durch Vermittelung hiesiger Bankhäuser[2], da er auf letztere keinen Einfluß besitze. Als ich hervorhob, daß er schon vor der letzten Katastrophe Italien hätte in anderer Weise behülflich sein können, wendete Lord Salisbury ein, daß er dadurch einen abessinischen Angriff gegen das unbeschützte Zeila provoziert haben würde[3].

Nach den heutigen Äußerungen des Ministers halte ich den Fall, daß Italien bezüglich Abessiniens englische Hülfe zu erwarten habe, für ausgeschlossen. Als ich schließlich noch darauf aufmerksam machte, daß England, wenn es jetzt nichts für Italien tue, später vielleicht nicht die italienische Flotte auf seiner Seite finden würde, erwiderte mir Lord Salisbury, daß dieser Fall wohl eintreten könne. Auf mögliche künftige Gefahren könne England sich deshalb nur wirksam vorbereiten, indem es die eigene Flotte entsprechend vermehre[4].

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unglaublich!

[2] Sie haben ja im Transvaal so viel verdient!

[3] Unsinn!!

[4] ! Hochmuth kommt vor dem Fall!

Nr. 2775

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 50 Berlin, den 7. März 1896

pp. Die Äußerungen Lord Salisburys** bestätigen die hiesige Auffassung, daß England sich für jetzt niemandem, wer es auch sei, an-

* Siehe Nr. 2773.

** Vgl. Nr. 2774.

schließen, dagegen um jeden Preis einen Kontinentalkrieg herbeiführen will, sei es wegen der armenischen, der abessinischen oder selbst der elsässischen Frage. Seit gestern rät ja die englische Presse den Italienern, sich Frankreich unterzuordnen, auf die Großmachtstellung zu verzichten, während Frankreich mit Rußland sich an die Revision des Frankfurter Friedens machen soll. Rußland wird dies allerdings schwerlich auf englischen Rat tun, soweit ist die Sache nicht ernsthaft zu nehmen. Dagegen fragt es sich, ob man in Italien den Zweck dieser perfiden Ratschläge erkennt und nicht vielleicht eingeschüchtert wird.

Ob Ew. es nützlich halten, einiges von dem Inhalt des Telegramms des Grafen Hatzfeldt mit dem Könige oder sonst einer zuverlässigen Persönlichkeit zu besprechen, stelle ich anheim. In dem Fall würde darauf hinzuweisen sein, daß England trotz seiner großen Worte Anlehnung irgendwo wird suchen müssen, wenn es mal eingesehen haben wird, daß der Kontinent nicht England zu Gefallen Krieg führen will, Rußland am wenigsten.

Marschall

Nr. 2776

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 London, den 8. März 1896

Im Anschluß an Telegramm Nr. 76*.

Der italienische Botschafter bestätigt mir, daß er hier nichts erreicht hat und auch jetzt von der englischen Regierung keine Hülfe erwartet.

Vor einigen Wochen hat er hier Kassala angeboten, welches Italien werde aufgeben müssen, wenn England von Ägypten aus eine kleine Diversion gegen die Derwische unternehmen wolle. Die Frage ist vom englischen Generalstab eingehend studiert worden, welcher sich nach Versicherung des Generals Ferrero dafür ausgesprochen hat. Lord Salisbury hat den Vorschlag aber abgelehnt, auf welchen der Botschafter auch nach der letzten italienischen Niederlage noch zurückgekommen ist, angeblich weil die Derwische für Ägypten nicht mehr eine Gefahr bildeten, welche eine militärische Operation gegen dieselben rechtfertigen würde.

General Ferrero sprach mir schließlich die Überzeugung aus, daß das Verhalten der Engländer nicht sowohl dem Wunsch, es nicht mit Frankreich zu verderben, als dem Hintergedanken entspränge, später selbst dic Hand auf Erythräa zu legen. Hatzfeldt

* Siehe Nr. 2774.

Nr. 2777

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 London, den 12. März 1896

Lord Salisbury sagt mir eben, daß die englische Regierung sich mit Rücksicht auf das Vordringen der Derwische gegen Kassala entschlossen habe, eine den Italienern nützliche militärische Diversion von Ägypten aus nach Dongola zu unternehmen[1]*. Die bezüglichen Anordnungen würden jetzt hier im Kriegsministerium getroffen. Es handle sich dabei nicht um eine große Expedition, und dieselbe solle vorläufig nicht über Dongola hinausgehen. Es werde aber hier angenommen, daß sie genügen werde, um die Derwische zu erschrecken und zum Rückzug von Kassala zu bewegen.

Der Premierminister sprach sich sehr befriedigt über das neue italienische Ministerium**, namentlich über die Ernennung des Marquis Rudini und des Herzogs von Sermoneta aus, und ich nehme an, daß das heutige Einlenken zugunsten Italiens zum Teil dieser Befriedigung zuzuschreiben ist.

Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
1 Also hat er meinen an Lascelles gegebenen Rath befolgt!

Nr. 2778

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 Rom, den 12. März 1896

Die hochherzige und zartfühlende Art und Weise, wie Seine Majestät der Kaiser allerhöchstseiner Teilnahme für das italienische Mißgeschick in Afrika, der Sympathie und dem Vertrauen zu König Humbert und Italien Ausdruck zu geben geruhten***, macht hier bei den

* Das Nähere über die Dongolaexpedition und ihre Förderung durch Deutschland siehe in Kap. LXVII, Nr. 2696 ff.
** Seit dem 10. März war an Stelle des Kabinetts Crispi, das über der italienischen Niederlage in Abessinien zu Fall gekommen war, das Kabinett di Rudini mit dem Herzog von Sermoneta als Außenminister am Ruder.
*** Kaiser Wilhelm II. hatte unmittelbar nach dem Eintreffen der Unglücksbotschaft von Adua den italienischen Botschafter Grafen Lanza aufgesucht und durch diesen dem Könige Humbert seine Teilnahme ausdrücken lassen. Er hatte sich dann am 11. März zum Diner bei Graf Lanza angesagt und auch

Majestäten, in der Gesellschaft wie in der Bevölkerung den denkbar günstigsten Eindruck, der mir von allen Seiten entgegentritt. pp.

Bülow

Nr. 2779

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 13. März 1896

Der englische Botschafter suchte mich heute auf und las mir einen vertraulichen Brief Lord Salisburys vor, welcher an die jüngste Unterredung Seiner Majestät mit Sir Frank Lascelles* anknüpft.

Lord Salisbury erklärt sich bereit, die Fragen, welche die Berichterstattung Lascelles anregt, zu beantworten. Er wünsche, wie in früherer Zeit mit Deutschland auf dem Fuße gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu stehen. England wolle sich an die Triplealliianz anlehnen (lean), werde aber nie ein Versprechen geben, welches für irgendeine zukünftige Eventualität die Verpflichtung zum Kriege enthalte. Diese Politik sei der Regierung vorgeschrieben, einmal durch die öffentliche Meinung, welche derartige Verabredungen gegebenenfalls über den Haufen werfen werde, sodann aber durch die insulare Lage des Landes, welche die vertragsmäßige Übernahme einer Verpflichtung zum Kriege zu Selbstverteidigungszwecken unnötig erscheinen lasse. Möge diese Politik verständig sein oder nicht, sie sei die einzig mögliche in England; während seines letzten Ministeriums 1886—1892 habe er sie konstant befolgt. Damals sei seine Majestät der Kaiser mit derselben zufrieden gewesen, warum sei er es heute nicht? Aus dem Berichte des Botschafters entnehme er, daß Seine Majestät mit der englischen Politik in drei Punkten nicht einverstanden sei:

1. Bezüglich der Haltung gegenüber den italienischen Wünschen Zeila betreffend. In dieser Beziehung scheine man hier zu glauben, daß er die italienische Regierung einfach an Frankreich gewiesen habe. Dies sei nicht zutreffend. Die Erlaubnis, in Zeila zu landen, sei den Italienern unbedingt gewährt, und nur wegen der möglichen Rückwirkung auf Harrar dem Römer Kabinett der freundschaftliche Rat erteilt worden, sich mit Frankreich zu verständigen.

---

diese Gelegenheit benutzt, um seiner Sympathie für Italien Ausdruck zu geben. Ferner hatte er König Humbert anbieten lassen, daß er mit ihm schon zu Beginn seiner für den 23. März geplanten Italienreise in Genua, statt erst im April in Venedig zusammentreffen wolle, um so das enge Verhältnis zwischen Deutschland und Italien gerade angesichts des italienischen Unglücks öffentlich zu dokumentieren.

* Vgl. Nr. 2770 und Nr. 2771.

2. Die Haltung Englands in der ostasiatischen Frage während des vorigen Jahres*. Hier handle es sich um die Politik seines Vorgängers; er selbst sei über die Details der damaligen Vorgänge zu wenig orientiert, um ein Urteil abgeben zu können.

3. Die englische Politik in der armenischen Frage**. Hier werfe man ihm vor, daß er gegen die Interessen der Tripelallianz den Versuch gemacht habe, an dem Bestand des türkischen Reichs zu rütteln. Aber Seine Majestät der Kaiser sei alt genug, um sich an die bulgarischen Greuel und ihre Wirkungen auf die englische Politik zu erinnern. Wie der Schneesturm in den Alpen und der Taifun in der Südsee, so träten in England philanthropische Bewegungen mit elementarer Gewalt auf. Solch einem „hurricane" habe er gegenübergestanden, als er im vorigen Jahre die Regierung und damit von seinem Vorgänger die armenische Frage übernommen habe. Er sei sehr erstaunt (puzzled) gewesen, von den feindlichen Dispositionen (hostile dispositions) Kenntnis zu erhalten, welche sich in Deutschland aus diesem Anlasse geltend gemacht hätten. Aber nach den emphatischen Behauptungen (emphatic statements), welche Seine Majestät dem Colonel Swaine zu wiederholten Malen gemacht***, habe ihn das Telegramm an Präsident Krüger nicht mehr erstaunt, wenn er sich auch die Sinnesänderung gegen früher nicht zu erklären vermöchte.

Der Brief Lord Salisburys schließt mit dem nochmaligen Ausdrucke des Wunsches, daß zwischen Deutschland und England gegenseitige freundschaftliche Beziehungen beständen.

Marschall

Nr. 2780

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 — Rom, den 15. März 1896

Der neuernannte Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Malvano erzählte mir, das englische Kabinett habe auch hier mitteilen lassen, daß es beschlossen habe, sofort eine Division nach Dongola vorzuschieben. Herr Malvano fügte hinzu, daß die italienische Position in Erythräa durch den geplanten anglo-ägyptischen Vormarsch vorläufig nicht erleichtert werde, die hiesige Regierung aber nichtsdestoweniger der englischen ihren Dank für die ihr ge-

* Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LVII.
** Vgl. darüber Bd. X, Kap. LXI.
*** Vgl. Bd. X, Kap. LXII, Anhang, Nr. 2572 und 2573.

wordene Mitteilung und ihre Genugtuung über den in mehr als einer Hinsicht erfreulichen Entschluß habe ausdrücken lassen. Über Kassala äußerte Herr Malvano, dasselbe sei so wohl befestigt, daß es einer zweijährigen Belagerung widerstehen könnte. Die Frage, ob Kassala evakuiert werden solle oder nicht, sei jedoch noch nicht endgültig entschieden. Der leitende Gesichtspunkt des Ministeriums Rudini sei auch in dieser Hinsicht, vor allem weitere militärische Mißerfolge und allzugroße finanzielle Opfer in Afrika zu vermeiden.

Bülow

Nr. 2781

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 24 — Rom, den 18. März 1896
Ganz vertraulich

Marquis Rudini und Herzog von Sermoneta sagten mir bei ihrem ersten amtlichen Besuch, daß Seine Majestät der König Humbert sich freuen würde, mich bald zu sehen. Beide Minister fügten hinzu, daß es ihnen bei unseren vertrauensvollen Beziehungen nur erwünscht wäre, wenn König Humbert mit mir die Lage der Dinge durchspräche.

In der einstündigen Unterredung, mit welcher mich König Humbert vorgestern morgen beehrte, entwickelte mir höchstderselbe zunächst die Ursachen des jüngsten Mißgeschicks in Afrika, wobei die Tendenz hervortrat, die Verantwortung für dasselbe dem General Baratieri zuzuschieben, Herrn Crispi aber mehr zu degagieren. Es ist dem Könige nicht gerade angenehm, die Hand zu Friedensverhandlungen in Erythräa bieten zu müssen, wenige Tage nachdem er in Neapel eine eher kriegerische Ansprache gehalten hat. Der hohe Herr sieht jedoch ein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Revanche à tout prix nicht möglich ist. Er war erfreut, als ich ihm sagte, daß die von niemand mehr als von unserem allergnädigsten Herrn anerkannte Bravour der bei Adua gebliebenen Offiziere die Ehre der italienischen Fahne gewahrt habe. Der König hofft, daß seine neuen Minister „eine Formel“ finden werden, um die Empfindlichkeit des italienischen Nationalgefühls mit der Notwendigkeit des Rückzugs in Erythräa zu versöhnen, ist jedoch bereit, eine Politik weiser Selbstbeschränkung zu akzeptieren, sobald dieselbe die Zustimmung der Kammer und des Landes findet. pp.

B. von Bülow

Nr. 2782

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Rom, den 23. März 1896

In vertraulichem Gedankenaustausch sagte mir Marquis Rudini heute, Sonntag, spontan, er betrachte die Fortdauer des Dreibundsvertrags in unveränderter Form als selbstverständlich. Über die Möglichkeit der Anbahnung freundlicherer Beziehungen zwischen Italien und Frankreich ließ sich der Ministerpräsident diesmal weniger hoffnungsvoll aus wie bis vor einigen Tagen. Dagegen gab Herr von Rudini in Übereinstimmung mit seinen gestern abend in der Kammer gemachten Erklärungen der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm möglich sein werde, zu England freundschaftliche Beziehungen zu pflegen.

Über die Lage in Erythräa bemerkte Herr Rudini, er denke, daß der Friede mit Abessinien in ein bis zwei Monaten abgeschlossen sein werde.

In betreff Kassala neigte der Minister des Äußern bisher mehr dazu, dasselbe rechtzeitig zu räumen, um sich nicht einem neuen militärischen Echec auszusetzen. Dagegen wünscht Herr Rudini schon mit Rücksicht auf das italienische Nationalgefühl, Kassala vorläufig zu halten. Von englischer Seite wurde — wie ich vertraulich hörte — der Wunsch ausgesprochen, daß die Italiener Kassala nicht evakuieren möchten, bevor die Dongolaexpedition im Gange sei.

In meinen Unterredungen mit Graf Nigra und auch anderweitig empfing ich den Eindruck, daß die jüngste Wendung in der ägyptischen Frage seine franzosenfreundlichen Velleitäten abgekühlt hat. Die Neubesetzung der Botschafterposten in London und St. Petersburg scheint ajourniert zu sein. Bülow

Nr. 2783

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow, z. Z. in Venedig

Telegramm. Konzept

Berlin, den 11. April 1896

Die Räumung von Kassala sollte wenigstens hinausgeschoben werden. Ihre Gründe sind jetzt, nachdem die Derwische durch die Engländer abgezogen wurden, jedenfalls mehr auf politischem Gebiete zu suchen als auf militärischem. Ich glaube, in der Politik ist eine unterirdische Arbeit im Gange. Befremdlich war Rudinis neulicher Hinweis, daß Italien nicht gegen eine franko-englische Gruppe verwendbar sei — befremdlich gerade im jetzigen Zeitpunkt franko-englischer

Spannung*. Bemerkenswert war gleichfalls die Äußerung Tornielli in dem von Ew. pp. eingereichten Bericht vom 2. Februar, daß Frankreich auch heute noch Wert darauf legt, Rußland nicht näher ans Mittelmeer heranzulassen. Diese beiden anscheinend vereinzelten Gedanken kommen in Zusammenhang, sobald man annimmt, daß die Wiederherstellung der Krimkrieggruppe à quatre mit Österreich — welche sowohl den polnischen Instinkten Goluchowskis wie der Cavourtradition Nigras wie auch den von früher wohlbekannten Ansichten Courcels entsprechen würde — ins Auge gefaßt sei. Diese Annahme wird noch durch andere Erwägungen bestätigt. Goluchowski hat nicht verhehlt, daß es „im Interesse der Mächte liege", die Beseitigung der zwischen Frankreich und England bestehenden ägyptischen Spannung anzustreben. Courcel (und ebenso auch wahrscheinlich sein Gesinnungsgenosse Hanotaux) ist zu klug, um zu glauben, daß angesichts der schnell wachsenden russisch-englischen Feindschaft Rußland in absehbarer Zeit würde wagen können, seine Kräfte — dem Rate der „Times" entsprechend — an die Revision des Frankfurter Friedens zu setzen. Dagegen wissen wir, daß Courcel an die Möglichkeit eines deutsch-englischen Konflikts wegen Kolonialfragen als Ausgangspunkt einer französischen Aktion gegen Deutschland denkt.

Bei dieser Sachlage erheischt das deutsche Interesse, daß wir allem vorzubeugen suchen, was die Ziele und die Ausdehnung der Dongolaexpedition herabmindern könnte; also auch der übereilten Räumung von Kassala.

Vielleicht wird Seine Majestät der Kaiser dem König Humbert zu verstehen geben, daß die Räumung, so kurz nachdem Deutschland mit Rücksicht auf italienisches Interesse und auf ausdrücklichen italienischen Wunsch für die Dongolaexpedition gestimmt hat, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in eine unklare Stellung vor der Welt bringen würde. Jener ausdrückliche Wunsch ward nicht mal durch die vorige, sondern durch die jetzige italienische Regierung ausgesprochen.

Marschall

Nr. 2784

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow, z. Z. in Venedig, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Venedig, den 12. April 1896

Wie ich aus vertraulichen Äußerungen des Herzogs von Sermoneta entnehme, steht derselbe nach wie vor auf dem Standpunkt,

---

* Die ägyptische Frage hatte, nachdem sich England und Frankreich über ihr die Hände zu reichen gesucht hatten, seit der Dongolaexpedition zu neuer Spannung zwischen beiden geführt. Vgl. Kap. LXVII.

daß die Frage der Räumung oder Nichträumung von Kassala in erster Linie nach militärischen Gesichtspunkten zu entscheiden sei. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten möchte einerseits Kassala schon im Hinblick auf das italienische Nationalgefühl wie aus allgemeinen Gründen internationaler Politik nicht preisgeben, wünscht aber andererseits kein neues Mißgeschick à la Makalle. Da der Telegraph zwischen hier und Massaua seit einigen Tagen unterbrochen ist, hat die italienische Regierung keine neueren Nachrichten über Kassala, doch scheinen mir Herzog Sermoneta, Marquis Rudini und Admiral Brin, mit denen ich die Kassalafrage eingehend im Sinne der mir erteilten Direktive* zu besprechen Gelegenheit fand, an der Hoffnung festzuhalten, daß Kassala noch zu behaupten sei. In diesem Sinne äußerte sich auch König Humbert, gegenüber welchem ich gleichfalls die gegen die Räumung von Kassala sprechenden Gründe in geeigneter Weise ganz vertraulich geltend machte. Endlich hat gestern abend Seine Majestät der Kaiser** gegenüber Marquis Rudini aus allerhöchsteigener Initiative die Ansicht ausgedrückt, daß Kassala noch zu halten sei, wie die Erwartung, daß dasselbe gehalten werden würde. Auch Graf Lanza rät von vorzeitiger Räumung ab.

Über die Stellung der englischen Regierung zur Kassalafrage bemerkte der Herzog Sermoneta, daß Lord Cromer für jetzt dringend das Bleiben der Italiener in Kassala wünsche. Auch das Londoner Kabinett würde es seines Erachtens nicht gern sehen, wenn die Italiener jetzt schon aus Kassala herausgingen. Allerdings verhehlte mir Herzog Sermoneta hierbei nicht, daß die Haltung der englischen Regierung in der Frage der Dongolaexpedition neuerdings, wenn nicht eine zweideutige, so jedenfalls eine unklarere und schwächlichere geworden sei.

Bülow

Nr. 2785

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 139 Rom, den 22. April 1896

Über die Lage der Dinge in Erythräa erzählte mir der Ministerpräsident heute, Mittwoch, daß die Friedensunterhandlungen bis auf weiteres abgebrochen worden wären***, da sich der Negus aus Gründen

---

* Vgl. Nr. 2783.

** Die Italienreise des deutschen Kaiserpaars (23. März bis 13. April) fand eben damals durch eine Begegnung mit dem italienischen Königspaar in Venedig (11.—13. April) ihren Abschluß.

*** General Baldissera, der Nachfolger des Generals Baratieri in Erythräa, hatte noch im März 1896 durch den Major Salsa Friedensverhandlungen mit Menelik angeknüpft, die sich jedoch im April wieder zerschlugen.

innerer abessinischer Politik vorderhand auf keinen formalen Friedensschluß einlassen wolle. Da die italienische Regierung in Erythräa nach wie vor keine größere militärische Aktion zu unternehmen wünsche, würde durch den Abbruch der Friedensunterhandlungen sachlich wenig geändert werden, wenn nicht das Schicksal von Adigrat wie dasjenige der italienischen Gefangenen in suspenso bliebe.

Adigrat, fuhr der Ministerpräsident fort, könne sich nach der Versicherung der militärischen Autoritäten noch einen Monat halten. Wenn die Regenzeit bald eintrete, hoffe General Baldissera dasselbe innerhalb dieser Frist entsetzen zu können. Dagegen wisse die Regierung nicht, wie sie die 1500 bis 2000 italienischen Gefangenen befreien solle, welche Menelik mit sich schleppe. Die Regierung, äußert Marquis Rudini bei diesem Anlaß aus eigener Initiative, habe daran gedacht, die Mediation einer fremden Macht anzurufen. Die russische Intervention könne Italien aber nicht nachsuchen, da dies als eine indirekte Anerkennung der russischen Protektoratsansprüche auf Abessinien gedeutet werden würde. Ob andrerseits England genügenden Einfluß auf Abessinien besitze, um die Freilassung der italienischen Gefangenen erreichen zu können, erscheine zweifelhaft. Der Ministerpräsident schloß seine diesbezüglichen Auslassungen mit der Bemerkung, daß die mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung wichtige Gefangenenfrage der Gegenstand weiterer Erwägungen sein würde.

Beiläufig bemerkte Marquis Rudini, daß General Baldissera vor einiger Zeit aus militärischen Motiven die Räumung von Kassala anempfohlen habe. Die Regierung verschließe sich jedoch nicht dem Gewicht der politischen Gründe, welche gegen die Evakuierung von Kassala sprächen. Er hoffe und glaube, daß Kassala bis zum Herbst gehalten werden würde.

Bülow

Nr. 2786

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 28 Rom, den 25. April 1896

Als das Ministerium Rudini vor sieben Wochen die Geschäfte übernahm, war dasselbe von dem Wunsche beseelt, die Beziehungen Italiens nicht nur zu Frankreich, sondern auch zu Rußland zu verbessern, welche während der letzten Periode des Kabinetts Crispi mehr und mehr einen gespannten Charakter angenommen hatten. Die Erfahrungen, welche die neuen italienischen Minister seitdem mit Rußland insbesondere in der Angelegenheit der russischen Rote-Kreuz-

Expedition nach Abessinien* machten, haben ihren Eifer in der angegebenen Richtung einigermaßen abgekühlt.

Der Ministerpräsident sagte mir beiläufig und aus eigener Initiative, es sei ihm unverständlich, wie die russische Regierung hätte erwarten können, daß irgendein italienisches Ministerium einer militärisch organisierten russischen Expedition gestatten werde, sich über Massaua und durch Erythräa in das Lager der Schoaner zu begeben, deren Grausamkeiten gegen die italienischen Gefangenen hier auch diejenigen erbittert hätten, die aus Vernunftgründen einer Fortsetzung des Krieges gegen Abessinien abgeneigt wären. Schon mit Rücksicht auf die italienische öffentliche Meinung, die hiesige Presse und die Kammer wäre eine solche Erlaubnis ausgeschlossen gewesen. Der italienischen Regierung wäre nichts anderes übrig geblieben, als der russischen anheimzustellen, ihre Rote-Kreuz-Expedition nach Abessinien, sofern sie wirklich an derselben festhalte, über einen nichtitalienischen Hafen zu dirigieren.

Gegenüber dem russischen Anerbieten, eine russische Sanitätskolonne nach Erythräa zu senden, wies die italienische Regierung darauf hin, daß kein Bedürfnis für eine solche Mission vorhanden sei, da die von Italien getroffenen Lazaretteinrichtungen genügten. Die italienische Regierung scheint hierbei haben einfließen zu lassen, daß auch ein analoges deutsches Anerbieten aus demselben Grunde dankend abgelehnt worden wäre. Gegenüber Rußland lag das eigentliche Motiv der Ablehnung selbstredend darin, daß die russische Sanitätskolonne weniger einen sanitären Charakter als denjenigen einer militärischen Explorationskolonne trug. Als letzteres durch den italienischen Botschafter in St. Petersburg Marquis Maffei festgestellt worden war, beschloß der Ministerrat, das russische Rote Kreuz nicht in Erythräa zuzulassen. Das anfängliche Entgegenkommen der italienischen Regierung gegenüber der diesbezüglichen russischen Proposition war, wie ich aus guter Quelle höre, auf Winke des Grafen Nigra zurückzuführen, der seit jeher gegenüber Rußland möglichstes Entgegenkommen predigt. Diesmal haben jedoch die Russen durch die Dreistigkeit, mit welcher sie die eigentlichen Beweggründe ihrer Aktion zutagetreten ließen, dafür gesorgt, daß die Ratschläge des italienischen Botschafters in Wien schließlich nicht befolgt wurden.

Der Herzog von Sermoneta und Herr Malvano erzählten mir übereinstimmend, daß die russische Diplomatie sich nachträglich Mühe gebe, die Rote-Kreuz-Expeditionen als den harmlosen Ausdruck philanthropischer Tendenzen hinzustellen. Der Eindruck werde sich aber schwer verwischen lassen, daß das Kabinett von St. Petersburg in dieser Angelegenheit nicht mit derjenigen Offenheit und Loyalität[1] verfahren hätte, wie sie unter europäischen Regierungen bei gegen-

---

* Vgl. Nr. 2768, S. 234, Fußnote *.

seitigen normalen Beziehungen üblich sei. Diese Haltung stünde in eigentümlichem Gegensatz zu der demonstrativen Freundlichkeit, mit welcher die St. Petersburger Presse das Kabinett Rudini nach seinem Amtsantritt begrüßt hätte. Mein russischer Kollege, Herr Vlangali, welcher ein ausgesprochener Gegner der Herren Crispi und Blanc war, den neuen Ministern jedoch sympathisch gegenübersteht, sucht die durch die Rote-Kreuz-Affaire geweckte italienische Empfindlichkeit so gut es geht zu beschwichtigen. Herr Vlangali deutete auch mir an, daß die russische Diplomatie wie im Orient so in Afrika mit den russischen religiösen Gefühlen rechnen[2] müsse. Der militärische Anstrich der russischen Sanitätskolonnen hänge mit der russischen Eigentümlichkeit zusammen, daß alles in Rußland äußerlich einen militärischen Charakter trage. Endlich habe die Leitung des russischen Roten Kreuzes gewünscht, ihre während der letzten Jahre getroffenen Einrichtungen und Verbesserungen praktisch auf die Probe zu stellen. — Im engsten Vertrauen erzählte mir der Minister des Äußern, daß ein langes Telegramm des italienischen Botschafters in St. Petersburg über die Rote-Kreuz-Angelegenheit mit den Worten geschlossen habe: „Le bugie di Lobanow non si contano più.“ (Die Lügen von Lobanow lassen sich nicht mehr zählen.)[3]

Ich habe mich gegenüber den hiesigen Mitteilungen und Klagen über die Haltung Rußlands gegenüber den abessinischen Schwierigkeiten der Italiener mehr zuhörend verhalten und nur gelegentlich durchblicken lassen, daß es für Italien ebenso unrichtig sein dürfte, sich zwischen Rußland und England zu stellen, als durch übertriebenes Entgegenkommen gegenüber Rußland mit dem russischen Hochmut die russische Rücksichtslosigkeit zu steigern[4].

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie kann man diese von Lobanoff erwarten!
[2] !
[3] das stimmt
[4] gut

Nr. 2787

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 37 Rom, den 13. Mai 1896
Vertraulich

Der Ministerpräsident sagte mir nach dem Eintreffen des Generals Baldissera vor Adigrat, daß die italienische Regierung sich mit der Befreiung der Besatzung dieses Forts begnügen, eine weitere militärische Aktion aber nicht unternehmen wolle. Sie halte trotz dem

Lärm der Opposition an dem Entschlusse fest, den Tigré aufzugeben; sie werde deshalb Adigrat nicht festhalten. Wenn sich General Baldissera erst hinter den Mareb zurückgezogen haben werde, was nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte, müsse mit der Befestigung von Senafé und Adicajé begonnen werden. Diese beiden Punkte eigneten sich zum Stützpunkt der italienischen Stellung in Erythräa, weil sie einerseits leicht in genügenden Verteidigungszustand zu setzen, andererseits nicht allzuweit von der Küste entfernt wären. Wenn sich, schloß Marquis Rudini seine diesbezüglichen Ausführungen, Italien früher nicht so weit von der Basis seiner nordafrikanischen Position, dem Meer, entfernt hätte, würde es nicht von den Niederlagen betroffen worden sein, deren Folgen jetzt nach und nach beseitigt würden. — Die Opposition gegen das jetzige Ministerium bezeichnet im Parlament wie namentlich in der Presse die Evakuierung von Adigrat als eine nationale Schmach. Die Masse der Nation denkt zu nüchtern, als daß sie mit dem Rückzuge aus dem Tigré nicht im Grunde einverstanden sein sollte; sie will dies aber nicht offen zugeben und alles vermieden sehen, was als unverhülltes Eingestehen einer an Ort und Stelle nicht reparabeln Niederlage aussehen könnte. Das Ideal der meisten Italiener wäre eine sachlich recht vorsichtige, aber nach außen in möglichst klingende Phrasen gekleidete Politik. König Humbert ist es nicht leicht geworden, in die Räumung von Adigrat einzuwilligen.

Über die Friedensunterhandlungen mit Abessinien sagte mir Herr Malvano vertraulich, daß die neuliche Weigerung des Negus, dieselben zu finalisieren, zum Teil auf französischen und russischen Einfluß zurückzuführen sein dürfte. Über die Protektoratskontroverse machte Herr Malvano die bezeichnende Bemerkung, daß eine russische oder französische Schutzherrschaft über Abessinien für England unangenehmer und gefährlicher sein würde wie für Italien. Italienische Lebensinteressen würden durch ein solches Protektorat nicht berührt werden, nachdem Italien die Idee eines großen ostafrikanischen Kolonialreichs endgültig aufgegeben habe. Auch der Ministerpräsident sprach mir gelegentlich in ziemlich indifferentem Tone von der Möglichkeit einer russischen Schutzherrschaft über Abessinien, durch die England wegen Ägypten und Indien, Italien aber eigentlich nur als Freund Englands betroffen werden würde.

Nachdem Adigrat befreit ist, konzentrieren sich die Wünsche der italienischen Regierung auf die Loslassung der italienischen Gefangenen. „Wenn wir nur die Gefangenen wieder hätten,“ meinte insbesondere der Herzog von Sermoneta, „würde die Afrikafrage de facto gelöst sein. Der Negus wird uns ebensowenig jenseits des Mareb aufsuchen, wie wir Lust haben, wieder die Offensive zu ergreifen. Nach der Befreiung der Gefangenen würde der Frieden mit Abessinien tatsächlich hergestellt sein, wenn der formale Abschluß auch noch einige Zeit auf sich warten ließe.“

Dem Ministerpräsidenten, der leicht zu beeinflussen ist, war von seinem früheren Generalsekretär, dem späteren Botschafter in Konstantinopel Graf Collobiano geraten worden, in der Gefangenenfrage die russische Intervention nachzusuchen[1]. Graf Collobiano möchte als Botschafter nach St. Petersburg und sah in seinem Vorschlag wohl ein Mittel, diese seine Wünsche zu befördern. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, Marquis Rudini wie Graf Colobiano davon zu überzeugen, wie die Anrufung der russischen Vermittelung bei Menelik weder ein würdiger noch ein geschickter Schachzug wäre[2]. Ich ließ hierbei einfließen, daß es sich eher empfehlen möchte zu versuchen, ob nicht England seine nicht unfreundlichen Beziehungen zu den Abessiniern benutzen könnte, um die Freilassung der italienischen Gefangenen zu erlangen. Herr von Rudini und Herr Malvano schienen den englischen Einfluß in Abessinien nicht sehr hoch zu taxieren. Beide glauben, daß England sich dort wie an manchen andern Punkten der Welt von Frankreich und Rußland habe beiseite drängen lassen. Doch läßt mich eine vertrauliche Äußerung des Kriegsministers Ricotti gegen einen meiner Freunde darauf schließen, daß hier die Frage erwogen wird, ob nicht die Gefangenen durch die Vermittelung des (bekanntlich im italienischen Lager befindlichen) englischen Obersten Slade befreit werden könnten. Inzwischen scheint Ras Mangascia von Tigré die in seiner Haft befindlichen italienischen Gefangenen herausgeben zu wollen. Das jetzige italienische Ministerium ist bestrebt, Ras Mangascia von Menelik zu trennen, letzteren gegen ersteren mißtrauisch zu machen, den einen gegen den anderen zu hetzen. Es hofft, daß die Feindschaft zwischen beiden bald wieder aus dem chronischen in das akute Stadium treten wird, was nach seiner Ansicht als ein Gewinn für die Ruhe und Sicherheit der italienischen Kolonie anzusehen wäre.

Herr Malvano bestätigt mir, daß der italienische Militärattaché in Konstantinopel Graf Trombi die Erlaubnis erhalten habe, die Dongolaexpedition mitzumachen. Hierbei vermochte Herr Malvano aber doch nicht die ganz vertrauliche Bemerkung zu unterdrücken, er begreife nicht, wie die Teilnahme des Grafen Trombi in englischen Kreisen auf Schwierigkeiten habe stoßen können. Die Engländer hätten sich vielmehr darüber freuen sollen, daß Italien durch die Entsendung des Grafen Trombi sein Interesse an der Dongolaexpedition dokumentiert habe. Jedenfalls sei die Art und Weise, wie England den italienischen Militärattaché nur zögernd und fast à contre coeur zugelassen habe, politisch nicht besonders klug.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gehorsamst hervorheben, daß die Herren von Rudini und Sermoneta zwar nicht nur nicht antienglisch sind, sondern wie fast alle Italiener von Hause aus lebhafteste Sympathien für England empfinden, aber Großbritannien in politischer Beziehung doch skeptischer gegenüberstehen wie ihre Vorgänger[3]. Die Erfahrungen des verflossenen Winters — und nament-

lich das aus Selbstsucht und Ängstlichkeit gemischte Verhalten der Engländer in der Zeilaangelegenheit wie in anderen größeren Fragen — sind nicht spurlos an der italienischen politischen Welt vorübergegangen. Marquis Rudini und Herzog Sermoneta lassen mir gegenüber nicht selten durchblicken, daß sie England zwar gewiß nicht zum Gegner haben, ihm aber auch nicht die Kastanien aus dem Feuer holen oder sich von ihm vorschieben und ausbeuten lassen möchten. Beide Minister äußerten hierbei, sie sähen ein, daß es ein Fehler gewesen sein würde, Kassala vorzeitig zu evakuieren. Kassala solle — wenn dies militärisch ohne Gefahr einer Katastrophe irgendwie möglich sei — bis zum Herbste gehalten werden. Was dann mit Kassala zu geschehen habe, werde sich erst sagen lassen, wenn über die englischen Absichten auf dem Gebiet der europäischen Gesamtpolitik wie in Ägypten mehr Klarheit herrsche wie heute. — England wird nach meinen Eindrücken die neue italienische Regierung nur dann auf seiner Seite behalten, wenn es über die Unwiderruflichkeit seines Entschlusses, die britische Stellung in Ägypten dauernd zu behaupten, keinen Zweifel bestehen läßt, die Dongolaexpedition energisch durchführt, namentlich aber sich auf keine neuen Verhandlungen mit Franzosen und Russen einläßt[4].

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Die Russen haben ja eben die Italiener schlagen helfen!

[2] gut

[3] das haben sich die hochnäsigen Briten selbst zuzuschreiben

[4] richtig

Nr. 2788

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 Rom, den 20. Mai 1896

Dem hiesigen Korrespondenten der „Neuen Freien Presse" wurde gestern von dem Privatsekretär des Ministerpräsidenten erzählt, daß die russische Regierung der italienischen sowohl in der Frage der italienischen Gefangenen wie überhaupt gegenüber den Abessiniern ihre freundschaftliche Vermittelung angeboten habe.

Andererseits scheint der Minister des Äußern die Befreiung der Gefangenen — welche die italienische öffentliche Meinung nach wie vor in hohem Grade erregt und für die Zukunft des Kabinetts von entscheidender Bedeutung ist — eher von englischer Intervention zu erhoffen.

Von verschiedenen Seiten höre ich, daß zwischen Italien und England Besprechungen über Kassala stattfänden. Die Herzogin Ser-

moneta ließ sich, wie ich streng vertraulich hinzufüge, mir gegenüber die Bemerkung entschlüpfen, es läge nach der Ansicht ihres Gatten im italienischen Interesse, Kassala an England abzutreten.

Bülow

Nr. 2789

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 90 Berlin, den 21. Mai 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 153*.

Der russische Botschafter ist hier wiederholt, zuletzt noch kurz vor seiner Abreise nach Moskau eingehend darauf hingewiesen worden, daß die schlechte Behandlung, welche Rußland Italien angedeihen lasse, uns als ein politischer Fehler erscheine. Rußland erwarte von Frankreich zu viel, von Italien zu wenig. Die Zukunft werde lehren, wer Recht habe.

Marschall

Nr. 2790

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 5. Juli 1896

Der russische Botschafter kam nach vielen Umschreibungen noch einmal auf das bereits früher von ihm berührte Thema zurück: von Verhandlungen Deutschlands wegen Erwerbung von Gebieten am Roten Meer, insbesondere von Kassala[1]. Der Botschafter sagte: „Verzeihen Sie mir diese undiplomatische und direkte Anfrage; ich würde sie nicht stellen, wenn ich persönlich nicht von der Unrichtigkeit jener Behauptung überzeugt wäre. Als Fürst Lobanow, an den die Sache von ganz besonderer Seite herangetreten sein muß, sodaß sie ihm unleugbar einen Eindruck gemacht hat, mir davon sprach, habe ich mit voller Überzeugung die Möglichkeit solcher Verhandlungen bestritten und den Fürsten dabei vor zwei Personen gewarnt: Salisbury und Hanotaux."

Ich erwiderte dem Botschafter, seine Voraussetzungen seien richtig: an der ganzen Behauptung sei kein wahres Wort. Ich könne seine Frage nicht konkludenter beantworten als mit einem Ausdrucke des

---

* Siehe Nr. 2788.

Grafen Hatzfeldt*. Diesem habe, wie wir aus einer vertraulichen Mitteilung wüßten, Baron Courcel ganz neuerdings merkwürdigerweise dieselbe Frage gestellt mit der Motivierung: es gebe Leute, welche glaubten, daß wir mit dem Kolonialabkommen wegen Sansibar nicht mehr zufrieden wären, und daß wir uns bestimmen lassen könnten, Kassala zu nehmen[2], welches Italien verlassen und England nicht selbst besetzen möchte. Graf Hatzfeldt habe darauf unter Zustimmung von Baron Courcel lachend erwidert, „daß dies doch kaum ernst gemeint sein könne“. Nach meiner Ansicht sei das die einzig richtige Antwort. Allerdings machten wir daraus kein Geheimnis, daß wir unser Augenmerk auf Erwerbung von Kolonien richten müßten. Aber durch eine Festsetzung im Roten Meere, an der engsten Stelle der großen Straße nach Ostasien, würden wir nur die Preisaufgabe lösen, Rußland, Frankreich und England uns gleichzeitig unbequem zu machen. Denn selbst in dem Fall, daß England die erste Besitzergreifung von Kassala durch Deutschland ruhig mit ansähe oder sogar begünstigte, würde es dabei nicht von freundnachbarlicher Gesinnung gegen uns geleitet sein, — zweifellos wären wir ihm viel unbequemer, weil kräftiger, als Italien — sondern von der Zuversicht, durch diese zeitweilige Duldung den Keim zu einem Konflikt Deutschlands mit Rußland und Frankreich gelegt und so die gründliche Schwächung aller drei Mächte vorbereitet zu haben. Wie gesagt, die Antwort des Grafen Hatzfeldt sei die einzig richtige: ein solcher Gedanke sei für Deutschland nicht ernsthaft zu nehmen.

Der Botschafter dankte sehr und wiederholte, daß er, wenn er nicht von vornherein die gleiche Überzeugung gehabt hätte, nie daran gedacht haben würde, seine Frage so gerade heraus zu stellen. Er sei jetzt in der Lage, die Sache mit voller Entschiedenheit beim Fürsten Lobanow zu vertreten, gleichviel was dessen Quelle sein könnte.

Holstein

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] !!!
[2] !! Der Himmel bewahre uns vor solcher Thorheit

Nr. 2791

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 67 Rom, den 23. August 1896

Die italienische Regierung befindet sich gegenwärtig dem Schicksal der Gefangenen in Schoa gegenüber in jener Verlegenheit, die der-

* Vgl. Kap. LXVII, Nr. 2744.

jenige empfindet, welcher eine Angelegenheit nicht vom Flecke kommen sieht, deren baldige Lösung er seit Monaten der Welt verheißen hat. Es ist das ein Zustand der Verschleppung, welcher geeignet erscheint, dem Ministerium um seiner Existenz willen ernste Besorgnisse einzuflößen. Von seiten der leitenden Männer und der offiziösen Blätter hört man stets äußern: „Menelik braucht den Frieden nötiger als wir,“ aber die Tatsachen zeigen nicht, daß der äthiopische Herrscher ebenso denkt. Das Programm der Regierung lautet: „Wir wollen den Frieden, aber einen der Würde Italiens entsprechenden.“ Das klingt sehr schön, ist aber in seiner Durchführung recht schwierig und kann nur zu leicht zu einer Fortsetzung der halben Maßnahmen führen, die sich schon so bitter gerächt haben, weil zwei Strömungen einander entgegenarbeiten, welche in Volk und Parlament gleich stark vertreten sind, und denen die höchste Stelle mit Peinlichkeit gleichmäßig Rechnung zu tragen bemüht ist, die Sorge um die Finanzen einerseits und die Rücksicht auf die Würde und Ehre Italiens andererseits. Wahrscheinlich wäre es für die materielle Wohlfahrt des Königreichs das beste gewesen, wenn es unmittelbar nach der Niederlage von Adua zum Frieden gekommen wäre. Die Erklärung für den Abbruch der Verhandlungen liegt nicht allein in den äußeren Vorgängen, sondern im letzten Ende in der Unlust, die militärische Demütigung mit einem Friedensabschluß zu besiegeln. Nachdem nun aber diesem moralischen Moment wieder das entscheidende Gewicht eingeräumt war, hätte man — so wenigstens urteilt mancher Einsichtige — auch den richtigen Schluß ziehen und keine Schwäche zeigen dürfen. „Nach Adua“, sagte mir ein höherer Militär, „hungerte Menelik, jetzt hat er Zeit und wahrscheinlich auch Geld wiedergewonnen. Wäre General Baldissera nicht allzu eilig angewiesen worden, Adigrat zu räumen und die 20000 Mann aus Afrika zurückzuziehen, würde man ein wertvolles Tauschobjekt in der Hand behalten haben, welches jetzt vollständig fehlt.“ Aber dazu scheute man wieder die Geldmittel. Jetzt erscheint die Stellung Meneliks Italien gegenüber günstiger, als sie es im März war. Auch hängt auf abessinischer Seite der Wunsch nach Beilegung der Kämpfe nicht sowohl von der Frage ab, was für Abessinien nützlich wäre, als vielmehr davon, was König Menelik oder seine Ratgeber für zweckmäßig halten; und in dieser Hinsicht kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine auf italienischer Seite fortgesetzte Politik der halben Maßregeln den Plänen der „Freunde“ Abessiniens in weitgehendem Maße entgegenkommt. Denn was kann ihnen erwünschter sein, als daß die abessinische Wunde am Körper des Königreichs Italien offengehalten werde. Unter solchen Umständen muß jeder aufrichtige Freund Italiens dringend hoffen, daß die Erkenntnis, welche in der Konsulta Platz gegriffen hat: „La question des prisonniers prime toute autre considération“, nun auch wirklich zum Siege gelange. Ein baldiges Abkommen mit Menelik, selbst um

den Preis weiterer territorialer Zugeständnisse, würde jedenfalls auch die Würde Italiens besser wahren als eine Verschleppung der Gefangnenfrage, die den Gedanken an die Vermittelung einer auswärtigen Macht zur Tat werden lassen könnte. Daß dieser Gedanke im Frühjahr ernstlich erwogen worden ist, wissen Euere Durchlaucht aus der Berichterstattung des Herrn Botschafters. Wie weit er jetzt wieder in den Köpfen spukt, vermag ich nicht anzugeben. Immerhin erscheint es einiger Beachtung wert, daß auch der Berichterstatter der „Politischen Korrespondenz", welcher seine Direktiven allwöchentlich auf der Konsulta empfängt, bei Gelegenheit eines Lobliedes auf den Marquis Visconti Venosta* dasselbe wiederholt, was kurz vorher der „Temps" gesagt hatte, daß nämlich der italienische Botschafter in St. Petersburg klare Instruktionen zur Anbahnung freundlicherer Beziehungen zu Rußland mitgenommen habe. Es ist nicht recht ersichtlich, wie man sich die Annäherung an Rußland, von der jetzt anläßlich der Verlobung des Prinzen von Neapel** auch in den Zeitungen soviel die Rede ist, zu denken hat. Sie kann doch unmöglich darin bestehen, daß Italien mehr als bisher bemüht ist, sich jede schlechte Behandlung gefallen zu lassen, sondern muß, wenn sie praktische Bedeutung haben soll, zu einer Unterstützung, zu einem Druck auf Frankreich in Tunis oder zu einem Druck auf den Negus von Abessinien führen. Wird aber Fürst Lobanow dies pour les beaux yeux de la princesse Hélène de Monténégro tun?

Auch die gute Aufnahme, die der Abenteurer Leontiew*** hier gefunden hat, paßt in das Programm der Annäherung an Rußland durch den angenehmen Eindruck, den sie auf die dortige öffentliche Meinung macht, obwohl Herr Leontiew nach dem bekannten Grundsatz, die Rechte nicht wissen zu lassen, was die Linke tut, von der russischen offiziellen Welt, also auch von der hiesigen Botschaft, verleugnet wird. Daß er hier freundlich behandelt worden ist, kann man den Italienern nicht verargen; spielt er sich doch nicht nur auf den Freund Italiens und der leidenden Menschheit, nämlich der armen Gefangenen auf, sondern hat tatsächlich den 47 Italienern, die er nach Dschibuti aus der Gefangenschaft zurückbegleitete, wertvolle Dienste geleistet. Auch Herr von Rudini konnte füglich nicht vermeiden, ihn zu empfangen, was mit ruhiger Würde und ohne jedes Empressement geschehen ist. Nebenbei dürfte Leontiew tatsächlich nützliche Aufschlüsse über das Scheitern der päpstlichen Mission †, die Gründe der Verzögerung eines Bescheides an Major Nerazzini,

---

* Er war nach der Neubildung des Kabinetts di Rudini (14. Juli) an Stelle des Herzogs von Sermoneta Minister des Äußern geworden.

** Der italienische Thronfolger hatte sich am 18. August mit der Prinzessin Helene von Montenegro verlobt.

*** Siehe Nr. 2768, S. 234, Fußnote *.

† Siehe Nr. 2793.

über die Ansichten des Negus und anderes gegeben haben. „Man vergibt sich nichts, indem man ihn anhört,“ sagte mir der Unterstaatssekretär Graf Bonin. Als nicht ganz glücklich aber muß es bezeichnet werden, daß, unmittelbar nachdem Herr Leontiew der Welt verkündet hatte, König Menelik wolle nicht mit untergeordneten Personen verhandeln, er verlange einen General, die Offiziösen versicherten, ein solcher sei längst bestimmt gewesen, Dr. Nerazzini habe nur das Terrain sondieren sollen. Da man das vorher nicht gewußt hatte, so ist doch der Eindruck unvermeidlich, daß die italienische Regierung lediglich den Ratschlägen des russischen Reisenden gefolgt ist.

Wie dem auch sei, zu wünschen wäre jedenfalls, daß der erwähnte General — nach den Zeitungen soll es der General Valles sein — bald mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet nach Schoa abginge. Aber vorher sind vermutlich noch einige Schwierigkeiten zu überwinden; denn leicht wird es nicht sein, die Zustimmung Seiner Majestät des Königs zu den Friedensverhandlungen zu erlangen. Daraus erklärt sich wohl auch die Zurückhaltung des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Äußern. Graf Bonin sagte, als er in meiner Gegenwart befragt wurde, man habe von dieser Sendung gesprochen, es sei aber noch kein bestimmter Entschluß gefaßt worden.

C. Pückler

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut

Nr. 2792

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 69 Rom, den 11. September 1896

Die mir mittelst hohen Erlasses Nr. 808 vom 3. d. Mts. übersandte Übersetzung eines an Seine Majestät den Kaiser und König gerichteten Schreibens des Negus von Abessinien*, welche ich beifolgend zurückzureichen mich beehre, habe ich gestern dem Marquis Visconti Venosta vorgelesen. Letzterer bemerkte hierauf, er danke der Kaiserlichen Regierung aufrichtig für diesen neuen Freundschaftsbeweis; überrascht habe ihn derselbe freilich nicht, da die italienische Regierung an Äußerungen bundesfreundlicher Gesinnungen

---

* Ende August war in Berlin ein Schreiben des Negus Menelik an Kaiser Wilhelm II. eingetroffen, das eine Darstellung des italienisch-abessinischen Verhältnisses vom abessinischen Standpunkte aus gab. Deutscherseits wurde es nicht beantwortet; dagegen erhielt die Botschaft in Rom Auftrag, eine Übersetzung des Schreibens bundesfreundlich der italienischen Regierung vorzulegen.

seitens ihres Alliierten gewöhnt sei. Über die vielen herben Anschuldigungen gegen Italien, die jener Brief enthält, ging der Minister ziemlich rasch hinweg und meinte nur, sie könnten immerhin zum Teil begründet sein. Dagegen legte er um so mehr Gewicht auf den Umstand, daß König Menelik so nachdrücklich den Wunsch betone, die Unabhängigkeit Abessiniens anerkannt und gewährleistet zu wissen. Auf dieser Grundlage wird sich seiner Ansicht nach eine Verständigung erzielen lassen. Er sei, so meinte der Marquis Visconti Venosta weiter, mit dem Ministerpräsidenten ganz einig in dem Wunsch nach Frieden und wünsche die Gefangenen womöglich noch vor der Hochzeit des Kronprinzen * loszubekommen. Ich warf hier ein, der Brief, welchen der Sekretär Atta Joseph dem Kaiser Nikolaus überbracht habe, scheine nach den aus St. Petersburg kommenden Nachrichten in seinem Inhalt weiter zu gehen als der soeben vorgelesene und dem Zaren eine Vermittlerrolle zuzudenken. Der Minister antwortete, was jener Brief enthalte, wisse er nicht, er glaube aber, daß auch direkte Verhandlungen ohne einen Vermittler zum Ziele führen könnten, und dazu schicke die Regierung sich jetzt an. Dies schließe ja nicht aus, daß Menelik seinerseits Ratschlägen der Mäßigung (conseils de modération) [1] von seiten Dritter eintretendenfalls Gehör schenke. Mit andern Worten: Es ist möglich, daß die russische Politik ihre Haltung ändert und den Abessiniern den Rat gibt, ihre Ansprüche nicht zu hoch zu schrauben. So wenigstens glaube ich die Worte des Ministers deuten zu sollen. pp.

Marquis Visconti Venosta bat mich schließlich, auch dem Ministerpräsidenten in derselben Weise wie ihm Kenntnis von dem an Seine Majestät den Kaiser und König gerichteten Schreiben des Negus zu geben. Ich begab mich deshalb zum Marquis Rudini. Dieser bemerkte nach Anhörung des Briefes etwa folgendes: „Die geschichtliche Darstellung, die Menelik gibt, ist ziemlich richtig (!). Von dieser Seite bietet der Brief übrigens kein Interesse. Wohl aber sehe ich daraus, wie es dem Negus nur um seine Unabhängigkeit zu tun ist. Diese soll er haben. Nach meinem Vorschlag wird in den Friedensverhandlungen, die der General Valles führen soll, nur von Anerkennung der Unabhängigkeit Abessiniens, nicht mehr von Aufgabe unsres Protektorats die Rede sein. Damit entfällt auch die Klausel, wonach Menelik sich verpflichten sollte, kein anderes Protektorat anzunehmen. Sie wird überflüssig. Ich hoffe nicht nur, sondern ich glaube an einen baldigen Frieden.“ Als ich fragte, ob der Minister nicht fürchte, daß in entscheidender Stunde die friedliche Stimmung des Negus nachteiligen Einflüssen ausgesetzt sein könnte, erwiderte er: „Freilich ist der französische und russische Einfluß uns nicht günstig. Er wird aber den Negus nicht am Friedensabschluß verhindern.“

---

* Sie war auf den 24. Oktober angesetzt.

Auch der angebliche Wunsch Meneliks, unter dem Friedensinstrument die Namensunterschrift König Humberts zu besitzen, wird nach des Ministerpräsidenten Ansicht kein Hindernis bilden, und General Valles, welcher am 23. d. Mts. abreisen soll, wird auch nach dieser Richtung mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet sein.[1]

C. Pückler

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wenn das man nur solche sind

Nr. 2793

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 92 Rom, den 23. Oktober 1896

pp. Über die Lage der Dinge in Erythräa äußerte Marquis Visconti, daß die vom Vatikan inszenierte Mission des Bischofs Macario fehlgeschlagen zu sein scheine. Leo XIII. wäre bei seinem Vorgehen von edlen Motiven geleitet gewesen, habe jedoch den Einfluß des Papsttums auf die Abessinier überschätzt. Die Abessinier wollten die Gefangenen nur herausgeben, wenn sie durch deren Freilassung zu einem für sie günstigen Friedensvertrag gelangten, dessen Bedingungen nicht vom Vatikan, sondern vom Quirinal abhingen. Der Träger der italienischen Friedensbedingungen sei Major Nerazzini. Ob und was derselbe beim Negus erreiche, werde sich erst in einigen Wochen beurteilen lassen. Die italienische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie den Tigré räumen und die Unabhängigkeit Abessiniens anerkennen wolle. Beiläufig bemerkte Herr Visconti, daß der Negus weniger schlimm sei als die Häuptlinge des Tigré. Diese trügen sich mit dem Gedanken, wieder die Offensive zu ergreifen. Sollte letzteres wirklich geschehen, würde, wie General Baldissera glaube, ein Vorstoß derselben mit Erfolg zurückgewiesen werden können. General Baldissera habe jedoch Befehl, sich unter allen Umständen auf die Defensive zu beschränken und nicht wieder über die Mareblinie hinauszugehen, deren Überschreitung der Anfang von allem seither in Erythräa eingetretenen Unheil gewesen sei.

Marquis Visconti erzählte mir bei diesem Anlaß, Fürst Lobanow habe kurz vor seinem Tode* während seines Aufenthalts in Wien Graf Nigra mitgeteilt, daß Menelik gegenüber Italien die russische „Médiation" angerufen habe. Fürst Lobanow habe damals dieser Mitteilung hinzugefügt, daß er sich noch überlegen wolle, was er auf

---

* 30. August.

das abessinische Ansinnen antworten werde. Inzwischen habe der hiesige russische Geschäftsträger Herr Krupenski angefragt, ob es der italienischen Regierung erwünscht sein würde, wenn Rußland auf die Abessinier im Sinne der Mäßigung einwirke. Er habe, setzte Herr Visconti hinzu, diese Frage bejahend erwidert.

Über Kassala bemerkte Marquis Visconti, daß General Baldissera, welcher im vergangenen Frühjahr geneigt gewesen wäre, den genannten Ort zu räumen, jetzt glaube, denselben halten zu können. Es heiße zwar, daß die Derwische einen Angriff gegen Kassala planten; aber selbst wenn es zu einem solchen käme, würde dies nicht allzu bedenklich sein. Einmal wäre Kassala genügend befestigt und verproviantiert, andrerseits sei die Macht des Mahdismus im Niedergang, wenn nicht in der Auflösung begriffen. Herr Visconti Venosta betonte, daß Italien nach den Ereignissen des letzten Winters nicht in der Lage wäre, übertriebene Menschen- oder Geldopfer auf Kassala zu verwenden. Wenn sich jedoch Kassala ohne unverhältnismäßige Opfer halten lasse, wolle Italien dasselbe behaupten. Kassala sei keine üble Karte im italienischen Spiel. Die seinerzeit von Herrn Crispi und Baron Blanc vorgenommene Besetzung von Kassala hätte einen politischen Sinn. Mit Kassala ließe sich in der Zukunft in der einen oder der anderen Richtung vielleicht etwas machen; die Okkupation des Tigré aber wäre von Anfang an ein aussichtsloses Unternehmen gewesen. Herr Visconti glaubt, daß die Engländer bis Chartum gehen werden. pp.

B. von Bülow

Nr. 2794

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 101 Rom, den 3. November 1896

Aus verschiedenen politischen Unterredungen, welche ich seit meiner Rückkehr nach Rom mit dem Ministerpräsidenten hatte, beehre ich mich nachstehendes hervorzuheben. Für Marquis Rudini steht zurzeit die Frage des Friedensschlusses mit Abessinien im Vordergrunde. Der Konseilpräsident sagte mir, es sei wahrscheinlich bereits entschieden, ob Major Nerazzini den Friedensschluß erreicht habe oder nicht. Die Nachricht hierüber werde jedoch bei dem Mangel telegraphischer Verbindungen erst in zehn bis vierzehn Tagen hierher gelangen. Herr von Rudini bestritt die Richtigkeit der von der oppositionellen „Tribuna" gebrachten Nachricht, daß bei Adicaje ein wenn auch unbedeutendes Gefecht gegen Ras Mangascia stattgefunden habe,

während die 30000 Mann starke Vorhut der Schoaner bis zum See Ascianghi vorgerückt sei. Ich habe aber die Empfindung, daß plötzliche und unliebsame Überraschungen in Erythräa dem Ministerpräsidenten trotzdem nicht ganz unmöglich erscheinen. Derselbe meinte wiederholt, die Zukunft des Kabinetts hinge in erster Linie davon ab, daß keine neuen Hiobsposten aus Afrika einträfen[1]. Vertraulich sagte mir Herr von Rudini, er würde am liebsten ganz aus Afrika herausgehen[2]. Italien sei zu arm und schwach, um Kolonialpolitik treiben zu können. Solange Italien Kolonien habe, werde es nie an ehrgeizigen Offizieren fehlen, welche trachten würden, dort Lorbeeren zu erwerben. Jedes Engagement ziehe ein anderes nach sich und erfordere neue Opfer an Menschen und Geld. Die Truppensendungen nach Afrika ruinierten nicht nur die italienischen Finanzen, sondern desorganisierten auch die italienische Armee. Zurzeit sei die Präsenzstärke der Armee eine so schwache, daß weitere Truppensendungen nach Afrika gar nicht zu verantworten wären. Es sei überhaupt eigentlich unmöglich, den italienischen Rekruten in das ungesunde und unwegsame Erythräa gegen wilde Völkerschaften auszuschicken. Eine Kolonialpolitik erfordere eine eigene Kolonialarmee[3], deren Kosten Italien jedoch nicht erschwingen könne. Gleichzeitig hob Herr von Rudini freilich hervor, daß die völlige Räumung von Erythräa auf den Widerstand sowohl Seiner Majestät des Königs Humbert wie der italienischen öffentlichen Meinung stoßen würde, welche letztere zwar für Erythräa keine neuen Opfer bringen, aber auch nicht den Rückzug sans phrase wolle. Die Regierung müsse also in dieser wie in mancher anderen Frage lavieren. Jedenfalls sei er zu weitgehenden Konzessionen an die Abessinier bereit, um die Gefangenen herauszubekommen. Beiläufig äußerte Marquis Rudini, er fürchte, die Russen suchten einen endgültigen Friedensschluß zwischen Italien und Abessinien zu hintertreiben. Als ich entgegnete, wie mir bei den eher freundlichen Dispositionen des St. Petersburger Kabinetts für die jetzige italienische Regierung diese Besorgnis seltsam erscheine, meinte Herr von Rudini, es sei richtig, daß die russische Politik ihm keine Schwierigkeiten bereiten wolle. Dieselbe wisse jedoch nicht, wie lange er am Ruder bleiben werde, und ob seine Nachfolger nicht wieder die Crispischen Expansivbestrebungen aufnehmen würden. pp.

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wenn das Russland und Frankreich wissen, dann wird es ihnen ein Leichtes sein das Cabinet wenn sie es wollen zu stürzen

[2] ja

[3] richtig! Das wird bei uns auch nöthig

Nr. 2795

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 287 Rom, den 16. November 1896

Marquis Rudini suchte mich heute, Montag mittag, auf, um mich zu bitten, Seiner Majestät dem Kaiser und König seinen untertänigsten Dank für das huldvolle Glückwunschtelegramm zu Füßen zu legen, welches er anläßlich des Friedensschlusses mit Abessinien* von allerhöchstdemselben erhalten habe. Der Ministerpräsident fügte hinzu, das Glückwunschtelegramm unseres allergnädigsten Herrn wäre das erste gewesen, welches ihm zugegangen sei, und dies erhöhe noch seine Dankbarkeit. Marquis Rudini hat den Text des Telegramms an König Humbert nach Monza telegraphiert. Der Konseilpräsident fragte mich, ob ich Bedenken dagegen habe, daß er das Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs an ihn der Öffentlichkeit übergebe; dasselbe würde in Italien den besten Eindruck machen. Ich habe erwidert, daß eine Veröffentlichung ohne ausdrückliche Ermächtigung unseres erhabenen Kaisers nicht zulässig sei. Wenn der Ministerpräsident letztere zu erbitten wünsche, stelle ich ihm anheim, den italienischen Botschafter in Berlin anzuweisen, sich dieserhalb mit der Kaiserlichen Regierung in Verbindung zu setzen.

Marquis Rudini glaubt, daß der Friedensschluß mit Abessinien die Stellung des Kabinetts nicht unerheblich konsolidieren werde. Er findet, daß letzteres alles erreicht habe, was unter den obwaltenden Umständen zu erreichen gewesen wäre. Diese Ansicht teilt der zurzeit hier befindliche Graf Nigra, welcher Marquis Visconti Venosta zu dem Friedensschlusse mit den Worten gratulierte: „Und wenn Sie eine vakante Botschaft haben, geben Sie dieselbe an Major Nerazzini; er verdient sie.“ Graf Nigra sagte mir, Italien hätte seiner Ansicht nach aus Gründen auswärtiger Politik auch noch schwerere Bedingungen akzeptieren müssen, um die Gefangenen zu befreien und aus der erythräischen Klemme herauszukommen. Harte Bedingungen würden jedoch die Position des Ministeriums im Innern erschüttert haben; mit den erreichten Bedingungen würden die große Mehrheit des italienischen Volkes und die Kammer einverstanden sein. pp.

Bülow

* Er war bereits am 26. Oktober erfolgt; die Kunde davon gelangte jedoch erst Mitte November nach Berlin. Kaiser Wilhelm II. sandte darauf Glückwunschtelegramme an König Humbert und an Marquis di Rudini. Ein Antworttelegramm König Humberts vom 16. November dankte dem Kaiser aufs wärmste für die Teilnahme, „que Tu prends à tous les évènements qui intéressent ma maison et mon pays“.



Kapitel LXIX

Stillschweigende Erneuerung des Dreibundvertrags 1896

Anhänge: .

A. Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis
B. Verlängerung des Rumänischen Vertrages
C. Sturdzas Berliner Mission



Nr. 2796

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 123 Berlin, den 9. Februar 1895

Der Kaiserliche Gesandte in Bukarest* telegraphierte gestern:

„Geheim.

Seine Majestät der König sagte mir gestern, der italienische Minister, Baron Blanc, sei plötzlich vor etwa acht Tagen auf den Gedanken verfallen, Rumänien zum Beitritt an die Tripelallianz bewegen zu wollen und habe schon verschiedene Anträge dieser Art durch den rumänischen Gesandten in Rom** hierher gelangen lassen. Baron Blanc habe sich zugleich bereit erklärt, diesen s e i n e n Gedanken auch in Wien und Berlin zu vertreten. Herr Lahovary bestätigte mir das Vorstehende mit dem Hinzufügen, daß man sich hier über die nach Rom zu erteilende Antwort natürlich in Verlegenheit gesetzt sehe und Baron Blanc wahrscheinlich vorschlagen müsse, sich über das Projekt vorher mit Herrn Crispi ins Benehmen zu setzen.“ pp.

Vorstehendes soll zunächst a u s s c h l i e ß l i c h zu Ew. pp. I n f o r m a t i o n dienen.

Lediglich zum gleichen Behufe bemerke ich schon heute, daß wir jeder v o r z e i t i g e n Revision oder überhaupt Besprechung bestehender Verträge entgegen sein würden.

Von der im Eingang des Telegramms erwähnten Erkundigung werden Ew. pp. besser absehen, bis sich vielleicht mal im Laufe der Zeit eine ganz unauffällige Gelegenheit bietet.

M a r s c h a l l

---

* Graf Leyden.

** Al. E. Lahovari.

Nr. 2797

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 153 Berlin, den 21. Februar 1895

Aus Ew. geheimem Bericht Nr. 48 vom 17. d. Mts.* war es mir interessant zu ersehen, wie sich Baron Blanc ungefähr die Verlängerung des Dreibundvertrages** denkt, obschon die Bedeutung seiner Ansichten durch die Ungewißheit, ob er zur Zeit des Beginns jener Verhandlungen sich noch am Ruder befinden wird, einigermaßen herabgemindert ist. Der Vertrag ist jetzt noch für länger als zwei Jahre wirksam. Der Hauptzweck dieses, wie jedes Vertrages ist, für eine gegebene Zeit eine sichere Grundlage zu gewähren. Dieser Zweck würde illusorisch gemacht, wollte man unablässig, auch mitten in der festgesetzten Vertragszeit, über mögliche Änderungen und Neuerungen beraten. Es war mir deshalb erfreulich, aus Ew. Mitteilungen zu ersehen, daß Sie sich im Sinne des Erlasses Nr. 123 vom 9. d Mts.*** jedem Eingehen auf die von Baron Blanc gewünschte vorzeitige Diskussion entzogen haben.

Marschall

Nr. 2798

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 7 Rom, den 29. Januar 1896
Geheim

Graf Nigra † erzählte mir im strengsten Vertrauen und mit der ausdrücklichen Bitte, ihn nicht als Quelle zu nennen,

* Bülows Bericht vom 17. Februar 1895, nach dem er sich in Gemäßheit des Erlasses Nr. 123 (siehe Nr. 2796) jeder Initiative zu einer Besprechung über die Dreibundverträge und ihre Fortdauer enthalten hatte, war von einer Aufzeichnung des italienischen Ministers des Äußern, Baron Blanc, vom 12. Februar begleitet gewesen, nach der dieser eine Erweiterung des Dreibundes durch nähere Heranziehung Spaniens analog dem Vorbilde Rumäniens wünschte.

** Nach Artikel XIV des Dreibundvertrages vom 6. Mai 1891 sollte der Vertrag sechs Jahre, vom Ratifikationsdatum (16. Mai) an gerechnet, laufen; er galt als stillschweigend um die gleiche Zeitdauer verlängert, falls nicht eine Kündigung ein Jahr vor seinem Ablauf erfolgte.

*** Siehe Nr. 2796.

† Der italienische Botschafter in Wien, Graf Nigra, war Anfang Januar nach Rom gerufen worden, um u. a. in der Frage der Verlängerung des Dreibund-

daß Herr Crispi und Baron Blanc ihm gegenüber den Gedanken einer Amendierung des Dreibundsvertrags angeregt hätten. Unter Hinweis auf die schwierige Lage Italiens zwischen Frankreich und Rußland hätten beide Minister es als wünschenswert bezeichnet, daß Österreich-Ungarn im Mittelmeer, Deutschland im Orient weitergehende Verpflichtungen als bisher übernähmen.

Als mich Graf Nigra frug, was ich zu dieser Absicht sage, entgegnete ich, ich hoffte und erwartete, daß Baron Blanc und Herr Crispi mir mit derartigen unmöglichen Zumutungen nicht kommen würden. Es sei für uns nach meiner Ansicht aus Rücksichten der Selbsterhaltung, wie im Hinblick auf unsere öffentliche Meinung absolut ausgeschlossen, daß wir über den Rahmen des alten Vertrages hinausgehende Orient- oder Mittelmeer-Verpflichtungen übernähmen. Hiervon abgesehen, fände ich es politisch ebenso falsch, vorzeitig in eine Diskussion über bestehende Verträge einzutreten, wie das Gute, was man habe, durch unrealisierbare Verbesserungsabsichten und unfruchtbare Kritik zu zerstören. Der Hauptzweck jedes Vertrages sei, für eine gegebene Zeit eine sichere Grundlage zu gewähren. Dieser Zweck würde illusorisch gemacht, wollte man unablässig, auch in der festgesetzten Vertragszeit, über mögliche Änderungen und Neuerungen beraten. Ich könne hinsichtlich des Dreibundsvertrags nur mit dem deutschen Dichter sagen: Oh, rühre, rühre nicht daran.

Rasch einlenkend sagte mir Graf Nigra, daß er ganz in diesem Sinne mit Baron Blanc und Herrn Crispi gesprochen habe. Auch er glaube, daß der Dreibundsvertrag tiefer gehende Änderungen weder bedürfe noch vertrüge. Höchstens erscheine es ihm wünschenswert, daß jene Bestimmung, wonach die verbündeten Kabinette vor größeren diplomatischen Aktionen untereinander Fühlung nehmen sollten, künftig in der Praxis besser eingehalten würde, wie dies von österreichischer Seite anläßlich der Goluchowskischen Novemberpropositionen* der Fall gewesen sei.

Baron Blanc wie Herr Crispi haben mir gegenüber die Frage der Fortdauer, Nicht-Fortdauer oder Amendierung des Dreibundsvertrags bisher mit keiner Silbe berührt, wie ich es meinerseits stets vermied, die Rede auf diesen Gegenstand zu lenken oder auch nur Anlaß zu einer solchen Erörterung zu bieten. Sofern die genannten Minister einen Vorstoß in der von Graf Nigra angedeuteten Richtung riskieren sollten, glaube ich Euerer Durchlaucht hoher Zustimmung gewiß zu sein, wenn ich derartige Velleitäten von vornherein nachdrücklich abschneide.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
patiensa! il tempo e galantuomo.

---

vertrages und seiner Amendierung Rat zu erteilen. Vgl. dazu Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 232.

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII B, Nr. 2505.

Nr. 2799

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Geheim Berlin, den 4. Februar 1896

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich ehrfurchtsvoll einen Bericht des Botschafters von Bülow,* wo zum ersten Male geheime Wünsche Italiens hinsichtlich einer Erweiterung der deutschen Verbindlichkeiten bei Erneuerung des Dreibundes zum Ausdruck kommen. Graf Nigra hat, vermutlich um das Terrain zu sondieren, angedeutet, daß die Herren Crispi und Baron Blanc den Wunsch hegten, Euerer Majestät Regierung möge im Orient weitergehende Verpflichtungen übernehmen.

Euerer Majestät Botschafter hat nach Maßgabe der ihm bereits früher erteilten allgemeinen Instruktionen diese Zumutung mit voller Entschiedenheit zurückgewiesen. In der Tat wird, wenn Deutschland in der Orientfrage die bisherige Politik der freien Hand aufgibt, um sich den Wünschen sei es Italiens, sei es Österreichs dienstbar zu machen, damit die Gefahr eines deutsch-russischen Konflikts sehr wesentlich gesteigert. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich die Möglichkeit ins Auge fasse, daß unsere beiden Dreibundfreunde, sobald und soweit sie sicher auf die deutsche Unterstützung rechnen können, diejenige gesteigerte Unternehmungslust[1] zeigen werden, welche ihnen bei der armenischen Frage einzuflößen die englische Diplomatie während der letzten Monate vergeblich versucht hat.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich daher um die huldreiche Ermächtigung, dem Botschafter von Bülow mitteilen zu dürfen, daß seine Zurückweisung der Andeutungen des Grafen Nigra die Allerhöchste Billigung** gefunden hat[2].

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 4/II 96
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Unzweifelhaft
[2] Ja unbedingt

---

* Siehe Nr. 2798.
** Von der Zustimmung Kaiser Wilhelms II. zu der in dem Immediatbericht vom 4. Februar enthaltenen Stellungnahme des Reichskanzlers wurde Botschafter von Bülow durch Erlaß Nr. 108 vom 5. Februar in Kenntnis gesetzt.

Nr. 2800

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 137 Berlin, den 11. Februar 1896

Euer pp. Bericht Bericht Nr. 9 und dessen Anlage* war mir von besonderem Interesse, weniger wegen der Klage des Baron Blanc, daß Italiens Illusionen im Dreibund-Verhältnis nicht verwirklicht worden seien, — diese Note kennen wir bereits — sondern wegen der Andeutung, daß, falls Italien jetzt an England wieder eine Täuschung erleben sollte, das römische Kabinett in Berlin und Wien eine andere Orientierung des Dreibunds in Vorschlag bringen werde. Aus dieser Äußerung des italienischen Ministers ersehe ich mit Dank, daß Euer pp. auf ihn bereits in dem Sinne eingewirkt haben, der Dreibund als solcher solle künftighin die Politik der freien Hand treiben, bei welcher England bisher seinen Vorteil gefunden hat.

Bis jetzt waren von den drei europäischen Gruppen Dreibund, Zweibund und England die beiden ersteren im Zustande fortgesetzter gegenseitiger Überwachung, während England von der „freien Hand" einen ausgiebigen Gebrauch machte.

Die elementare Entwickelung der Dinge hat allmählich eine Verschiebung der Verhältnisse gezeitigt, so daß heute England zu seinem großen Mißvergnügen sich als Gegenstand vereinter russisch-französischer Mißgunst ins Auge gefaßt sieht, während diejenigen europäischen Fragen, welche man seit Menschenaltern gewohnt war, als die Ursachen europäischer Kriege anzusehen, nicht mehr den unmittelbar entzündlichen Charakter tragen wie ehedem. Der von englischer Seite seit der Rückkehr von Lord Salisbury mit besonderer Energie betriebene Versuch, durch eine türkische Erbteilung einen europäischen, oder besser einen kontinentalen Kriegsfall zu schaffen**, hat, soweit sich jetzt erkennen läßt, keine Aussicht auf Verwirklichung. Der Versuch der englischen Regierung, Puffer zwischen England und die frankorussische Gruppe zu bringen, ist soweit mißglückt.

Die Aufgabe Euer pp. in nächster Zukunft wird darin bestehen,

---

* Mittels Berichts Nr. 9 vom 2. Februar 1896 hatte Botschafter von Bülow einen Erlaß des Ministers Baron Blanc an den italienischen Botschafter in London, General Ferrero, übersandt, der für den Fall, daß England auch weiterhin Italiens Wünsche bezüglich Abessiniens, Harrars usw. (vgl. dazu Kap. LIV, A und LXVIII) zugunsten Frankreichs zurücksetze, mit einer Neuorientierung der Dreibundpolitik drohte.

** Vgl. darüber Bd. X, Kap. LX ff.

die italienischen Staatsmänner hoffentlich in gleich erfolgreicher Weise wie bisher in dem Gedanken zu befestigen, daß das Ziel des Dreibundes darin besteht, mit festem Zusammenschluß in sich und mit freier Hand nach außen (also in der bisherigen Rolle Englands) die Ereignisse ruhig abzuwarten.

Das Schriftstück, welches mir den Anlaß zu dieser Äußerung bot, den Erlaß des Baron Blanc an den General Ferrero, habe ich hier nicht weiter erwähnt, weil ich ein Gelingen des Projekts, England zum Abschluß einer irgendwie wirksamen Abmachung mit Italien und Österreich zu überreden, für ausgeschlossen halte.

Dächte ich anders, glaubte ich an die Möglichkeit, England ohne vorhergegangene schlechte Erfahrung schon jetzt zum Mitgliede einer festgegliederten Gruppe zu machen, so würde die Haltung Deutschlands in der Transvaalfrage in einzelnen Punkten anders gewesen sein.

C. Hohenlohe

Nr. 2801

Der italienische Botschafter in Berlin Graf Lanza an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall*

Ausfertigung

Berlin le 30 Mars 1896

J'ai l'honneur, d'ordre de mon Gouvernement, d'adresser à Votre Excellence la Communication suivante:

„Dans l'éventualité de la prorogation tacite du Traité d'Alliance conclu le 6 Mai 1891, entre l'Italie, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie, le Gouvernement Royal d'Italie croit devoir rappeler aux deux Hautes Parties Contractantes qu'il reste entendu que les Déclarations Ministérielles échangées en Mai 1882 concernant l'Angleterre, dont copie est ci-jointe**, demeurent en vigueur pour la même durée du Traité susmentionné, Le Gouvernement du Roi attacherait du prix à recevoir du Gouvernement Impérial une assurance analogue."

Dans la confiance que Votre Excellence voudra bien me faire parvenir cette assurance, je La prie d'agréer l'hommage de tous mes respects.

C. Lanza

---

* In der Hauptsache bereits veröffentlicht von Pribram a. a. O., S. 234, Anm. 235.

** Siehe den Text in Bd. III, Nr. 570, Anlage, und bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 28.

Nr. 2802

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow*

Konzept

Nr. 298 Berlin, den 31. März 1896

Der italienische Botschafter hat gestern die beiliegende Mitteilung** übergeben, inhalts welcher die italienische Regierung den Antrag stellt, daß im Falle der Verlängerung des Dreibundes die drei Mächte durch eine Ministerialerklärung ausdrücklich konstatieren, daß der zwischen ihnen geschlossene Bund in keinem Falle als gegen England gerichtet angesehen werden soll.

Eine Erklärung dieser Art war bereits dem Vertrage vom 20. Mai 1882 auf Verlangen des Ministers Mancini beigefügt worden***, welcher befürchtete, daß der Artikel 3 des Vertrages die Möglichkeit biete, denselben auch gegen England wirksam zu machen. Graf Kálnoky, dessen Ausführungen Fürst Bismarck beipflichtete, war damals gegen jene Erklärung, aus Besorgnis vor englischen Indiskretionen. Beide Staatsmänner nahmen als ausgemacht an, daß eine derartige zugunsten Englands eingeschobene Bestimmung der englischen Regierung nicht verborgen bleiben und von London aus weiter verbreitet werden würde.

Als besonders indiskret bezeichnete Graf Kálnoky den damaligen Minister Dilke † und Fürst Bismarck den damaligen und heutigen Minister Chamberlain ††. Für den Grafen Kálnoky wie für den Fürsten Bismarck unterlag es keinem Zweifel, daß eine derartige Indiskretion dem Dreibund in den Augen der Welt eine besondere Spitze gegen Frankreich geben und die Beziehungen der Dreibundstaaten zu diesem Lande verschärfen werde. Gleichwohl willfahrte schließlich Graf Kálnoky und infolgedessen auch Fürst Bismarck dem italienischen Antrage. Bei den Akten befindet sich jedoch eine Erklärung des Fürsten vom 22. Mai des Inhalts, daß die diesseitige Diplomatie für die Redaktion der auf den Vertrag mit Italien bezüglichen Aktenstücke, für welche die Wünsche und Interessen des Wiener Kabinetts maßgebend gewesen seien, keine Verantwortung treffe †††.

Der Artikel 3 des Vertrages von 1882, welcher Herrn Mancini zu seinem Antrage bezüglich der Zusatzerklärung veranlaßte, ist bis heute unverändert geblieben. Derselbe besagt, daß, wenn eine oder zwei

---

* Auszugsweise bereits mitgeteilt bei Pribram a. a. O., S. 235 f.
** Siehe Nr. 2801.
*** Siehe den Text: Bd. III, Nr. 570, Anlage.
† Vgl. Bd. III, Nr. 561, S. 234.
†† Vgl. die Randbemerkungen des Fürsten Bismarck zu Bd. III, Nr. 561 und Nr. 562.
††† Siehe Bd. III, Nr. 572.

Dreibundmächte mit zwei oder mehreren anderen Großmächten in Krieg kommen, der casus foederis damit für den ganzen Dreibund vorliegt. Um also anzunehmen, daß England möglicherweise mit unter die Wirkung dieses Artikels kommen könne, muß man annehmen, daß England nicht allein, sondern zusammen mit einer andern Großmacht gegen eine der Dreibundmächte kriegerisch vorgeht. Als eventuelle Verbündete Englands würden dann aber nur Frankreich und Rußland übrig bleiben. Ob im Mai 1882 die Möglichkeit einer solchen Gruppierung noch im Bereiche der Erwägungen praktischer Politik lag, mag unerörtert bleiben; heute, im März 1896, ist das nicht mehr der Fall. Die Möglichkeit einer gemeinsamen englisch-russischen oder englisch-französischen Aktion ist für absehbare Zeit beseitigt. Da ein deutsch-englisches Kriegsduell — welches wir aus Vernunftgründen allerdings für ebensoweit abliegend wie jene englisch-französische Gruppierung halten — keinen casus foederis nach Artikel 3 bildet, so hat also der italienische Ergänzungsantrag keine Unterlage: er entspricht nicht einem vorhandenen Bedürfnis. Um dem römischen Kabinett etwas unzweifelhaft Überflüssiges zu konzedieren, müßten wir dann wenigstens die Überzeugung haben, daß diese überflüssige Forderung nicht außerdem noch für uns ihre bedenklichen Seiten hat. Gerade das Gegenteil ist aber der Fall. Es bestehen heute in Europa drei große politische Gruppen: der Dreibund, die franko-russische Gruppe und England. Es lag in der defensiven Natur des Dreibundvertrages, daß dieser mehr den unter gewissen vorgesehenen Bedingungen erfolgenden Angriff als den individuellen Angreifer ins Auge faßte. Eben diese Allgemeinheit seiner Bestimmungen gibt dem Dreibund seinen objektiven Charakter. Eine Macht, die sich durch den Dreibund verletzt oder eingeengt fühlt, gibt damit zu, daß ihre aggressiven Pläne durch denselben vereitelt werden. Ein ganz anderes Aussehen bekommt aber der Dreibund, wenn ihm die Bestimmung hinzugefügt wird, daß die Gruppe England unter keinen Umständen zum Objekt casus forderis werden kann. Dann bleibt von vornherein als alleiniges Objekt des Dreibundes nach der Absicht der Paziszenten die russisch-französische Gruppe übrig, und die Verschärfung, welche im Jahre 1882 Graf Kálnoky und Fürst Bismarck als Folge jener Ergänzungsbestimmung für unsere Beziehungen zu Frankreich voraussahen, würde sich jetzt auch auf die Beziehungen des Dreibundes, insbesondere Deutschlands, zu Rußland übertragen. Wir haben in neuester Zeit bewiesen, daß da, wo es sich um ein nachweisbares italienisches Interesse handelt, wir eine etwa in Petersburg oder Paris aus unserer Unterstützung Italiens erwachsende Mißstimmung nicht in Betracht ziehen; andrerseits aber sind wir entschlossen, unsere Beziehungen zu Rußland nicht ohne Notwendigkeit, wenn also ein italienisches Interesse nicht vorliegt, erschweren zu lassen.

Abgesehen davon, daß die Fassung des Artikel 3 jede Möglich-

keit ausschließt, Italien zu vertragsmäßiger Unterstützung in einem Kriege Deutschlands gegen England aufzurufen, geben die Abmachungen vom 6. Mai 1891 Italien in dieser Richtung noch weitere Garantien. Ich nehme hier Bezug auf den Artikel 8, wo Italien die volle Aktionsfreiheit für die ägyptische Frage zugestanden wird, ferner auf das Zusatzprotokoll vom gleichen Datum, welches Italien ausdrücklich die Befugnis gibt, die Annäherung an England zu suchen. Durch diese Bestimmungen ist, wie gesagt, die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Italien zum Kriege gegen England gezwungen werden könnte. Wir lehnen deshalb jene Zusatzerklärung ab, durch welche Italiens Stellung zu England nicht günstiger gestaltet werden könnte, als sie schon ist, während unsere und auch Italiens Beziehungen zu Rußland sich dadurch naturgemäß verschlechtern müßten.

Ich zweifle nicht, daß es Ew. pp. gelingen wird, den neu eingetretenen italienischen Ministern diese klare Sachlage ohne besondere Schwierigkeit zugänglich zu machen.

C. Hohenlohe

Nr. 2803

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 122 Rom, den 2. April 1896

Im Laufe eines längeren und ganz vertraulichen Gedankenaustausches, welchen ich heute, Mittwoch, nach meiner Rückkehr hierher mit Marquis Rudini* und Herzog Sermoneta** hatte, erklärten mir beide Minister motu proprio, daß sie sich mehr und mehr von der Nützlichkeit der Fortdauer des Dreibundvertrages in unveränderter Form überzeugt hätten. Der Minister des Äußern bemerkte hierbei, er habe den Dreibundvertrag anfänglich für verbesserungsfähig gehalten, sehe jedoch jetzt ein, daß in der Tat le mieux serait l'ennemi du bien, wie ihm dies von unserer Seite gelegentlich angedeutet worden war.

Der Ministerpräsident teilte mir bei diesem Anlaß mit, daß er die italienischen Botschafter in Berlin und Wien angewiesen habe, dort darauf hinzuweisen, wie die italienische Regierung im Fall der stillschweigenden Verlängerung des Dreibundvertrages die gleichzeitige Fortdauer der im Mai 1882 hinsichtlich Englands ausgetauschten „déclaration ministérielle" als selbstverständlich betrachte***. Die italienische Regierung lege Gewicht darauf, von der deutschen wie von der öster-

---

* Er war seit dem 10. März an Crispis Stelle Ministerpräsident.
** Minister des Äußern im Kabinett Rudini.
*** Vgl. Nr. 2802.

reichisch-ungarischen Regierung eine analoge Zusicherung zu erhalten. Marquis Rudini und Herzog Sermoneta äußerten hierbei, daß sich Italien unter keinen Umständen der Gefahr aussetzen könne, Frankreich und England zu Gegnern zu haben.

Über die Möglichkeit einer handelspolitischen Verständigung mit Frankreich sprachen die italienischen Minister weit weniger sanguinisch als bei ihrem Amtsantritt. Sie sind sich noch [nicht]* im klaren darüber, ob es sich für Italien empfiehlt, Frankreich in der tunesischen Frage Konzessionen zu machen, um hierdurch kommerzielle Zugeständnisse zu erlangen. Die Minister schienen zu glauben — und zu hoffen —, daß es in der ägyptischen Frage** zu einer Verständigung zwischen England und Frankreich nicht mehr kommen werde.

Beide Minister und Admiral Brin*** baten mich, Seiner Majestät dem Kaiser ihren ehrfurchtsvollen Dank für die Beweise der Sympathie zu übermitteln, welche allerhöchstderselbe während des Aufenthalts in Italien gegeben habe. Marquis Rudini drückte seine spezielle Genugtuung darüber aus, daß unsere Majestäten seine sizilianische Heimat und Palermo mit allerhöchstihrem Besuche beehren.

Bülow

Nr. 2804

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Rom, den 3. April 1896

Als Marquis Rudini mich heute, Freitag nachmittag, besuchte, fand ich Gelegenheit, nach Maßgabe des gestern eingegangenen Erlasses Nr. 298† und mit den Argumenten desselben dem Ministerpräsidenten eingehend die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen wir die von ihm gewünschte und auf England bezügliche Zusatzerklärung ablehnten.

Rudini entgegnete mir, daß auch er eine englisch-französische Aktion gegen den Dreibund als so gut wie ausgeschlossen betrachte. Er habe aber geglaubt, eine Pflicht der Loyalität zu erfüllen, indem er darauf aufmerksam gemacht habe, daß Italien wegen seiner geographischen Lage im Hinblick auf seine langgestreckten Küsten sich in der Unmöglichkeit befinde, gegen ein mit England verbündetes Frankreich zu kämpfen. Bei der zweifellosen Überlegenheit der vereinigten englischen und französischen Flotte gegenüber den maritimen gesamten Streitkräften auch aller übrigen Mächte würde keine italienische Regierung das italienische Volk gegen Frankreich und England

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Vgl. Kap. LXVII.
*** Marineminister im Kabinett Rudini.
† Siehe Nr. 2802.

mobil machen können. Gerade weil es sein Wunsch sei, setzte der Ministerpräsident hinzu, den Dreibund unverändert aufrecht zu erhalten und alle Bestimmungen desselben im Ernstfalle gewissenhaft auszuführen, habe er offen auf den in Rede stehenden, wenn auch noch so unwahrscheinlichen Fall hindeuten wollen. Gegenüber den von uns dargelegten Gründen, deren Berechtigung er völlig würdige, wolle er jedoch nicht weiter auf dem in der italienischen Verbalnote vom 30. März formulierten Wunsche bestehen, verzichte auf eine Beantwortung der Note und betrachte die Angelegenheit als erledigt. Im engsten Vertrauen erzählte mir Marquis Rudini bei diesem Anlaß, mein österreichischer Kollege* habe ihm angedeutet, daß es vielleicht nützlich sein würde, wenn die englische Regierung sowohl von dem italienischen Zusatzantrag wie von der Haltung der Verbündeten gegenüber jenem Antrag in Kenntnis gesetzt würde. Herr von Rudini fügte hinzu, er habe von dem in Rede stehenden Antrag dem Londoner Kabinett weder vorher Mitteilung gemacht, noch gedenke er, dies jetzt zu tun. Bülow

Nr. 2805

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Wien, den 5. April 1896
Geheim

Graf Goluchowski stimmte meinen aus dem Erlaß Nr. 282 vom 1. April** geschöpften Argumenten rückhaltlos zu und wird sich unserer Auffassung durchaus anschließen.

Er sprach mir dabei die Ansicht aus, daß durch den accord à trois von 1887 die Abmachung von 1882*** nicht aufgehoben wurde und bei einer stillschweigenden Verlängerung des Vertrags mit Italien auch alles, was dazu gehört, also auch die Abmachung von 1882, mit verlängert würde. Aber er glaubt aus Äußerungen des Grafen Nigra konstatiert zu haben, daß die Italiener die Abmachung von 1882 als nicht mehr existierend, d. h. durch den accord à trois aufgehoben betrachten[1].

---

* Freiherr von Bruck.

** Durch Erlaß Nr. 282 vom 1. April war dem Botschafter Grafen Eulenburg Kenntnis von dem Antrag der italienischen Regierung vom 30. März und der darauf deutscherseits erteilten Antwort (siehe Nr. 2801 und 2802) gegeben worden.

*** Gemeint ist die Zusatzerklärung (déclaration ministerielle) zum Dreibundvertrage, wonach die Bestimmungen dieses Vertrages „ne pourront en aucun cas être envisagées comme étant dirigées contre l'Angleterre". Vgl. Bd. III, Nr. 570, Anlage, und Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 28.

Er sagte, daß man keinenfalls die Italiener darauf aufmerksam machen dürfe, daß Zweifel denkbar seien.

Die Bereitwilligkeit des Grafen, unserer Auffassung zuzustimmen, schließt den Gedanken aus, diese seine Auffassung jemals in Anwendung bringen zu wollen. Es schien seine Betrachtung mehr der Charakter einer freundschaftlichen Warnung vor der Möglichkeit einer unbequemen italienischen Interpretation zu sein*. Eulenburg

Randbemerkung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall:
[1] Die Deklaration von 1882 ist nicht durch den accord à trois von 1887, sondern dadurch aufgehoben, daß 1891 ein neuer Vertrag gemacht wurde (an Stelle desjenigen von 1882) und bei Abschluß des neuen Vertrags die Deklaration von 1882 nicht wiederholt wurde. M. 5/IV/96

Nr. 2806

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Wien Prinzen von Lichnowsky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 304 Berlin, den 7. April 1896

Antwort auf Telegramm Nr. 81**.

Die Deklaration von 1882 ist nicht durch den accord à trois von 1887, sondern dadurch aufgehoben, daß 1891 ein neuer Vertrag gemacht wurde (an Stelle desjenigen von 1882) und bei Abschluß des neuen Vertrags die Deklaration von 1882 nicht wiederholt wurde — wie das z. B. im Berliner Vertrage, Artikel 63, bezüglich des Pariser und Londoner Vertrages ausdrücklich geschah. Also besteht die Deklaration von 1882 seit 1891 nicht mehr***. Marschall

Nr. 2807

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 395 Berlin, den 30. April 1896

Anknüpfend an meinen Erlaß Nr. 298† und Ew. Telegramm Nr. 126†† beehre ich mich, Ew. anbei ein vorgestern vom italie-

* Vgl. dazu Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 237, Anm. 237.
** Siehe Nr. 2805.
*** Vgl. hierzu die Randbemerkung Marschalls in Nr. 2805.
† Siehe Nr. 2802.
†† Siehe Nr. 2804.

nischen Botschafter eingereichtes Projet und die darauf ergangene Antwort* ergebenst zu übersenden. Die italienische Regierung hat dadurch nochmals, im gleichen Sinne wie früher, die Stellung Italiens bzw. des Dreibunds zu England definieren wollen und hatte gleichzeitig durch den Botschafter hier sagen lassen, „daß man eine Antwort nicht verlange oder erwarte“. Vermutlich lag dieser Bemerkung nicht so sehr Bescheidenheit als der Gedanke zugrunde, daß qui tacet consentit. Ich habe deshalb dem italienischen Botschafter die anliegende ebenfalls als projet bezeichnete Erwiderung gesandt und würde es überdies für nützlich halten, wenn auch Ew. die Angelegenheit zum Gegenstande eines weiteren vertraulichen Gedankenaustausches mit dem Ministerpräsidenten oder dem Herzog von Sermoneta machen wollten.

Ein Beweggrund der italienischen Kundgebung dürfte in dem Wunsche zu suchen sein, sich England gegenüber das Verdienst zu vindizieren, daß auf Anregung Italiens England zu einer bevorzugten Ausnahmestellung dem Dreibund gegenüber gelangt sei. Die italienischen Minister übersehen dabei, daß diese von ihnen erstrebte Verschiebung entweder von London oder von anderswoher zur Kenntnis der russischen Regierung gebracht werden und nicht gerade zur Verbesserung der russisch-italienischen Beziehungen beitragen wird. Die erste Wirkung dieser meines Erachtens verfehlten italienischen Taktik dürfte wohl in Abessinien fühlbar werden.

Marschall

Anlage I

Der italienische Minister des Äußern Herzog von Sermoneta an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Undatierte, unsignierte Ausfertigung. Am 28. April vom Grafen Lanza dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall übergeben

Projet de dépêche à communiquer au Gouvernement Impérial

L’échange de vues confidentiel qui vient d’avoir lieu au sujet de la déclaration ministérielle du mois de mai 1882 concernant l’Angleterre nous a mis en mesure de nous convaincre que l’affirmation contenue dans cette déclaration répond aujourd’hui encore à la pensée commune des trois puissances alliées. Maintenant encore les trois cabinets s’accordent à considérer l’Angleterre comme n’étant pas visée dans les combinaisons en vue desquelles la triple alliance s’est formée et renouvelée. En ce qui nous concerne cette constatation concilie les obligations découlant pour nous de la lettre du traité avec les exigences de notre situation particulière. L’Italie se trouverait en effet

* Siehe Anlage I und II. Vgl. auch Pribram a. a. O. I, 237 f.

le cas échéant dans l'impossibilité absolue, à cause de sa position géographique,, de prendre part avec ses alliés à une lutte contre les deux puissances maritimes les plus considérables du monde. Aucun ministère en Italie ne saurait prendre la responsabilité d'entrainer le pays dans une telle guerre.

En attirant l'attention de nos alliés sur ce point nous obéissons à un scrupule de loyauté qu'ils apprécieront sans doute: nous préférons mettre sous leurs yeux dès aujourd'hui la réalité des choses plutôt que de chercher à atténuer nous même tacitement par une restriction mentale la portée éventuelle de nos propres engagements. Notre franchise doit fournir aux deux Cabinets la preuve et le gage de notre scrupuleuse fidélité envers la triple alliance telle qu'elle existe et que nous désirons la voir maintenue.

Veuillez, monsieur le Comte, donner lecture de cette dépêche au Ministre des affaires étrangères.

Anlage II

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den italienischen Botschafter in Berlin Grafen Lanza

Unsigniertes Reinkonzept

Projet de réponse*

Berlin, le 29 avril 1896

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne donne acte à Monsieur l'Ambassadeur d'Italie d'une communication faite par Son Excellence à la date d'hier et d'où il résulte que le Gouvernement Italien ne croirait pas être en mesure d'agir contre une coalition anglo-française, si telle coalition venait à se réaliser. La réserve que le Gouvernement Italien vient de formuler aux termes de cette déclaration, n'atteint pas les intérêts allemands, puisque ceux-ci se trouveraient, le cas échéant, sauvegardés par le nouveau groupement des Puissances Européennes qui serait la conséquence immédiate de la coalition susdite. Seulement le gouvernement allemand ne saurait reconnaître à cette réserve la qualité d'interprétation soit du texte des traités intervenus entre l'Allemagne, l'Italie et l'Autriche-Hongrie, soit du langage tenu par la diplomatie allemande. Car la pointe d'hostilité directe et prédominante contre la Russie, qu'une pareille interprétation donnerait à la Triple-Alliance, modifierait absolument le caractère essentiellement impersonnel de ce pacte défensif qui vise des agressions éventuelles plutôt que des adversaires individuels.

* Bereits mitgeteilt bei Pribram a. a. O., S. 238, Anm. 240.

Nr. 2808

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 36 Rom, den 12. Mai 1896
Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 395 vom 30. v. Mts.*, die Stellung Italiens beziehungsweise des Dreibunds zu England betreffend, habe ich mit ehrerbietigem Danke erhalten und Gelegenheit gehabt, diese Angelegenheit zum Gegenstande weiteren vertraulichen Gedankenaustausches sowohl mit dem Ministerpräsidenten wie mit dem Minister des Äußern zu machen. Das mir geneigtest übersandte „Projet de réponse", durch welches Euere Durchlaucht das italienische „Projet de dépêche" erwiderten**, habe ich beiden Ministern nochmals vorgelesen.

Der Ministerpräsident äußerte im Laufe unserer Unterredung, er stimme mit uns in dem Wunsche überein, dem Dreibund seinen unpersönlichen und defensiven Charakter zu wahren. Auch sei er von der Notwendigkeit überzeugt, tunlichst zu vermeiden, was wie Feindseligkeit gegen Rußland aussehen oder letzteres reizen könnte. Nur aus Loyalität gegen die Verbündeten Italiens, weil er im Ernstfalle alle Bestimmungen des unveränderten Dreibundvertrags gewissenhaft ausführen wolle, habe er auf die Notlage hingewiesen, in welcher sich Italien im Falle eines kombinierten englisch-französischen Angriffs befinden würde.

Der Herzog von Sermoneta meinte, daß auch er die Möglichkeit einer englisch-französischen Aktion gegen den Dreibund für absehbare Zeit als ausgeschlossen betrachte. Er verstehe andererseits wohl, daß die nächste Folge einer solchen anglo-französischen Koalition — falls dieselbe wider Erwarten und Vernunft doch eintreten sollte — der Anschluß Rußlands an den Dreibund sein würde. Es liege im italienischen wie im deutschen Interesse, daß der Dreibund seinen friedlichen und objektiven Charakter behalte. Der jetzigen italienischen Regierung lägen aggressive Pläne fern. Beiläufig und aus eigener Initiative ließ der Herzog die Bemerkung fallen, er betrachte es als selbstverständlich, daß sowohl der italienische Zusatz-Antrag wie unser Gedankenaustausch über denselben als internes Sekretum betrachtet würden.

B. von Bülow

---

* Siehe Nr. 2807.
** Siehe Nr. 2807, Anlage I und II.

Nr. 2809

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 479 Berlin, den 30. Mai 1896*

Ew. beehre ich mich anbei unter Bezugnahme auf Ihren Bericht Nr. 36** einen Bericht des Grafen Eulenburg vom 12. d. Mts. zu übersenden, welcher sich gleichfalls mit der Eventualität einer englisch-französischen Koalition und mit ihrer Rückwirkung auf die politische Haltung Italiens beschäftigt.

Nach den Unterredungen, welche Ew. mit dem Marquis Rudini und dem Herzog von Sermoneta gehabt haben, sowie auch nach der Unterredung, welche ich seitdem mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter hatte, darf man diese Frage, soweit unsre Stellung zu derselben in Betracht kommt, als erledigt ansehen. Wenn die italienische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Machtverhältnisse Englands und Frankreichs, sowie die Ausdehnung der italienischen Küsten es unter gewissen Umständen für Italien tatsächlich unmöglich machen würden, selbst bei Vorhandensein des casus foederis kriegerisch gegen die franko-englische Gruppe vorzugehen, so stellt sich dieser Fall lediglich als eine Wirkung von vis major dar, welche an der Natur des Dreibundvertrages nichts ändert. Wir können daher ruhig abwarten, ob ein solcher Fall eintritt. Dagegen bekommt der Dreibund einen ganz anderen Charakter, wenn von vornherein, selbst nur mündlich, abgemacht ist, daß das einfache Hinzutreten Englands zu den Feinden des Dreibunds diesen für Italien unverbindlich macht. Durch eine solche Zusatzklausel würde aus den bereits früher angegebenen Gründen der Dreibund in Kollision mit wichtigen deutschen Interessen kommen. Marschall

Nr. 2810

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow***

Telegramm. Konzept

Nr. 109 Berlin, den 2. Juli 1896
[abgegangen am 3. Juli]

Durch Rückfrage des „Wolffschen Bureaus" bei der „Agentur Stefani" ist festgestellt, daß der Marquis Rudini die Äußerung:

---

* Inzwischen war am 16. Mai der Termin verstrichen, bis zu dem Italien den Dreibundvertrag hätte kündigen müssen, falls es ihn nicht unverändert verlängern wollte. Vom 16. Mai 1896 an bestand also der Dreibundvertrag auf weitere sechs Jahre zu Recht.
** Siehe Nr. 2808.
*** Vgl. dazu die Mitteilungen bei Pribram a. a. O., S. 239.

„im Interesse Italiens und der verbündeten Staaten beabsichtigt die Regierung die Dreibundabmachungen zu verbessern. Die Möglichkeit, die Abmachungen zu verbessern, wurde ausdrücklich stipuliert"

wirklich getan hat.* Diese Darlegung entspricht, wie Ew. pp. bekannt, den Tatsachen nicht. Als Ende April die italienische Regierung mit dem projet hervortrat, den Vertrag zugunsten Englands in dem Sinne zu vervollständigen, daß derselbe sich niemals gegen England richten könne, haben wir unter Hinweis auf die aus einer solchen Abänderung sich für unsere russischen Beziehungen ergebende Verschärfung mündlich und schriftlich erklärt, daß eine Vertragsfassung, welche eine solche Interpretation zulasse, für uns unannehmbar sein würde, und die italienische Regierung hat darauf dem Gedanken keinen weiteren positiven Ausdruck gegeben. Sonstige Veränderungen hat die italienische Regierung überhaupt nicht angeregt, und seit dem 16. Mai ist die Frist abgelaufen, binnen welcher eine Dreibundmacht Veränderungen verlangen bzw. ihren Austritt aus der Vertragsgemeinschaft notifizieren konnte. Die gestrige Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten ist deshalb unverständlich, und ersuche ich Ew. pp., denselben um Aufklärung zu bitten.

Daß die italienische Regierung in dem Augenblick, wo sie die Armee reduziert, unter Zuhülfenahme der Theorie der „moralischen Einbußen" sich anschicken sollte, auf Kosten ihrer Verbündeten eine Expansionspolitik zu treiben, kann ich nicht glauben. Gleichwohl läßt die Ausdrucksweise des Marquis di Rudini einen Zweifel darüber bestehen, ob er vom Dreibundvertrag in dessen jetziger Fassung für Italien Ersprießliches erwartet.

Ew. pp. werde ich dankbar sein, wenn Sie Ihre demnächstige Unterhaltung mit dem Minister so einrichten, daß diese Zweifel in der einen oder andern Richtung aufgeklärt werden.

C. Hohenlohe

Nr. 2811

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 Rom, den 3. Juli 1896

Nach Eingang von Telegramm Nr. 109** habe ich den Ministerpräsidenten nach Maßgabe Euerer Durchlaucht Weisung umgehend

* In der Sitzung der italienischen Deputiertenkammer vom 1. Juli.
** Siehe Nr. 2810.

und nachdrücklich um Aufklärung ersucht. Marquis Rudini erklärte, daß der von „Agenzia Stefani" über seine jüngste Kammerrede verbreitete telegraphische Auszug unvollständig und tendenziös sei. Er habe diesen Auszug leider nicht selbst durchgesehen, sondern, wie er vertraulich hinzufüge, hiermit den Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern, Grafen Bonin, beauftragt. Er werde eine Untersuchung veranlassen, um festzustellen, ob den letztgenannten Beamten oder die „Agenzia Stefani" die Schuld träfe. „Si j'ai parlé de la possibilité d'améliorations à introduire éventuellement dans les traités," fügte der Ministerpräsident hinzu, „c'est parcequ'un des chefs de l'opposition, M. Fortis, ami intime de M. Crispi, m'avait reproché d'avoir laissé échapper deux fois l'occasion d'améliorer ces traités qui ne donnaient pas de garantie à l'Italie. Dans ces conditions j'ai cru de mon devoir d'affirmer que j'avais maintenu l'alliance aprés avoir réfléchi et examiné mûrement la situation politique parceque je trouvais que l'alliance donnait justement une garantie efficace aux intérêts italiens, ce qui n'empêchait pas d'introduire des améliorations toutes les fois que les Hautes Parties contractantes en auraient trouvé l'opportunité. La question telle qu'elle est posée par M. Fortis explique la raison des déclarations faites par moi, qui sans cela auraient été inopportunes."

Als ich Herrn Rudini nicht verhehlte, wie seine Ausdrucksweise einen Zweifel darüber bestehen ließe, ob er vom Dreibundvertrage in dessen jetziger Fassung für Italien Ersprießliches erwarte, erwiderte der Conseilpräsident, daß er nicht nur vom Dreibundvertrag in seiner jetzigen Fassung Ersprießliches erwarte, sondern diesen Vertrag in seiner jetzigen Fassung als die Grundlage der italienischen Politik und als eine absolute Notwendigkeit für Italien betrachte. Wenn er anders dächte, würde er nicht vor wenigen Wochen den Dreibundvertrag tel quel erneuert haben. Der Ministerpräsident kam wiederholt darauf zurück, daß nur die Angriffe der Crispischen Opposition und Gründe parlamentarischer Taktik seine Erwiderung auf die Vorwürfe des Abgeordneten Fortis hervorgerufen haben. Er denke nicht daran, Abänderungen am Dreibundvertrage in Vorschlag zu bringen und wünsche auf allen Gebieten die Aufrechterhaltung des status quo*.

Bülow

---

* Gemäß den mündlichen Versicherungen Rudinis ließ die italienische Regierung zu den Äußerungen des Ministers über den Dreibund folgende offiziöse Note ausgehen (3. Juli): „In der Sitzung der Deputiertenkammer vom Mittwoch gab Ministerpräsident di Rudini in Erwiderung auf die Ausführungen des Abgeordneten Fortis, der gesagt hatte, man müsse die Bestimmungen der Dreibundverträge verbessern, die Versicherung, es stehe nichts im Wege, das im Einverständnis mit den Vertragsmächten zu tun, wenn man die Opportunität einer Verbesserung erkennen sollte. Di Rudini versicherte aber auch, daß der Dreibund jetzt voll und ganz die Interessen Italiens garantierte. Jede Auslegung, die darauf hinausgeht, glauben zu machen, man wolle in dem Vertrag Abänderungen vornehmen, ist durchaus unbegründet."

Nr. 2812

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 56 Rom, den 22. Juli 1896

Der Minister des Äußern Herr Visconti Venosta*, welcher mich nach Übernahme der Geschäfte sofort aufsuchte, wiederholte zunächst, was mir vor seiner Ernennung bereits der Ministerpräsident gesagt hatte: Er wolle die Politik seiner Vorgänger in keiner Weise modifizieren. Er habe nicht die Prätension, dieselbe verbessern zu können, während er andererseits hoffe, dieselbe nicht zu verschlechtern. Insbesondere stehe er durchaus auf dem Boden des Dreibundes, in welchen er nichts hinein- und aus welchem er auch nichts herausinterpretieren wolle. „Je serai l'exécuteur fidèle et un interprète loyal des traités qui sont et restent la base de notre politique."

Der Dreibund sei geschlossen worden, fuhr der Minister des Äußern fort, um für den Fall des Angriffs den Verbündeten Deckung und Sicherheit zu gewähren. Wenn die Verbündeten gleichmäßig entschlossen wären, im Falle eines Angriffs die Vertragsstipulationen rückhaltlos auszuführen, betrachteten dieselben es andererseits glücklicherweise als ihre Pflicht, zu tun, was mit Lebensinteressen und Würde vereinbar sei, um Konfliktsfälle zu vermeiden. Herr Visconti Venosta betonte, daß er schon deshalb in keiner Richtung Verwickelungen hervorzurufen wünsche, weil Italien für seine innere Sammlung Frieden brauche. pp.

B. von Bülow

Nr. 2813

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 114 Rom, den 26. November 1896

Marquis Rudini äußerte kürzlich gegenüber einer ihm und mir befreundeten Persönlichkeit, mit welcher er offen zu sprechen gewohnt ist, er halte am Dreibunde fest, müsse aber die Beziehungen zu Rußland und Frankreich sorgfältiger pflegen, wie dies unter seinem Vorgänger geschehen sei. „Risogna stare bene colla Russia e la Francia." Der Ministerpräsident lobte bei dieser Gelegenheit die derzeitige freund-

* Er war nach der Neubildung des Kabinetts Rudini (14. Juli) als Minister des Äußern in dasselbe eingetreten (20. Juli).

liche Haltung Rußlands gegenüber Italien. „La Russia si conduce molto bene con noi.“ Die für Marquis Rudini ungemein liebenswürdige Sprache des „Nord“ und anderer russischer Organe ist hier auch in weiteren Kreisen bemerkt worden. Es wird vielfach gehofft, daß die russischen Majestäten im kommenden Frühjahr Rom besuchen werden.

Andrerseits wetteifern neuerdings die Pariser Journale in Komplimenten für die gegenwärtige italienische Regierung und teilweise auch für die italienische Nation. Aus Paris hier eintreffende Privatbriefe und von der Seine-Metropole heimkehrende italienische Reisende behaupten, daß sich in der Stimmung der Franzosen gegenüber Italien ein Umschwung anbahne und bis zu einem gewissen Grade schon vollzogen habe. Ich habe in früheren Zeiten zu oft auf die mannigfachen ethnographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Momente hingewiesen, welche die Italiener mit Frankreich verbinden und zu Frankreich hinziehen, als daß ich zu erklären brauchte, warum die französischen Sirenenklänge hier nicht ohne Echo geblieben sind. pp. Ich bitte schließlich noch hervorheben zu dürfen, daß ich alle Symptome einer italienischen Annäherung an Frankreich und Rußland sorgfältig im Auge behalte, in dieser Richtung keine Nervosität noch ein Mißtrauen durchblicken lasse, das demoralisieren könnte, aber andererseits auch keine Gelegenheit versäume, hier klar zu machen, wie Italien nur bei unzweideutigem Festhalten am Dreibunde seine Zukunft wahren werde.

B. von Bülow

Nr. 2814

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 69 Rom, den 19. Juli 1897

pp. Die hergebrachten Angriffe des Abgeordneten Imbriani gegen den Dreibund haben stets den unleugbar guten Erfolg, den Ministern Gelegenheit zu geben, sich über ihre Auffassung der Zweckmäßigkeit und der Pflichten dieses Bündnisses in irgend einer Form zu äußern. Auch diesmal hat es der Marquis Visconti Venosta nicht verabsäumt, zu erklären: „Wir bleiben unseren Verbündeten treu“. „Aber“, so hat er hinzugefügt, — und auch dieser Gedanke ist in diesem Jahre schon oft von den leitenden Männern und offiziösen Blättern wiederholt worden — „da dieser Bund ein Bund zur Erhaltung des Friedens ist, so hindert er uns nicht, auch mit anderen Mächten freundliche Beziehungen zu pflegen.“ pp.

C. Pückler

Anhang A.

Der Dreibund und das Italienisch-Französische Verhältnis 1896

Nr. 2815

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 182 Rom, den 29. Oktober 1895

pp. Vor zwei Jahren, fuhr der Minister des Äußern* fort, habe er geglaubt, daß ein freundliches Nebeneinanderleben zwischen dem zum Dreibund gehörigen Italien und Frankreich möglich sei[1]. Diese Hoffnung habe sich leider als eine Illusion herausgestellt. Die französische Politik gegenüber Italien verfolge nur das Ziel, die Halbinsel zum Austritt aus dem Dreibund zu zwingen**. Die Haltung der Franzosen in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die Schikanen in Erythräa***, die von Paris aus geleitete republikanische und vatikanische Propaganda in Italien hätten keinen anderen Zweck, als Italien klar zu machen, daß es nicht in Ruhe gelassen werden würde, solange es im Dreibunde bleibe. Die französische Gegnerschaft sei eine zu starke, als daß Italien ihr auf die Länge gewachsen wäre, wenn Deutschland und England ihm nicht vereint den Rücken stärkten. pp.

B. von Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] !

---

* Baron Blanc in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter über Deutschlands Verhältnis zu England.
** Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLV, nebst Anhang B, wo zutage trat, daß schon 1891, bei der Erneuerung des Dreibundvertrages, die französischen Bemühungen daraut gerichtet waren, Italien dem Dreibund abspenstig zu machen.
*** Vgl. Kap. LXVIII.

Nr. 2816

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 13 Rom, den 9. Februar 1896

Herr Crispi suchte mich heute auf, um mir nachstehendes zu sagen: Graf Lanza habe wiederholt hierher berichtet, daß Deutschland im Interesse Italiens es gerne sehen würde, wenn letzteres sich mit Frankreich über die zwischen beiden Ländern schwebenden Einzelfragen freundschaftlich arrangierte*. Infolgedessen sei vor einiger Zeit der italienische Botschafter in Paris, Graf Tornielli, von Baron Blanc angewiesen worden, dem französischen Minister des Äußern Herrn Berthelot amtlich zu erklären, daß Italien bereit sei, sich mit Frankreich in kommerzieller Beziehung hinsichtlich des tunesischen Handelsvertrags und wegen Abgrenzung der gegenseitigen Machtsphären in Nordostafrika zu verständigen.

Als die diesbezüglichen offiziellen Schritte des Grafen Tornielli, fuhr Herr Crispi fort, zu keinem praktischen Ergebnis geführt hätten, habe er den Generaldirektor des hiesigen Statistischen Amts, Herrn Bodio, welcher mit dem französischen Ministerpräsidenten Bourgeois seit lange und intim befreundet sei, nach Paris geschickt. Als Zweck dieser Reise wären nach außen archivalische Studien angegeben worden, in Wirklichkeit sei Herr Bodio beauftragt gewesen, Herrn Bourgeois vertraulich zu sagen, daß der italienische Ministerpräsident den gegenwärtigen Augenblick für besonders günstig halte, um zwischen Frankreich und Italien einen Modus vivendi in kommerziellen wie in Afrikafragen anzubahnen. Herr Bourgeois habe Herrn Bodio der Fortdauer der alten französischen Sympathien für Italien versichert, jedoch hinzugefügt, daß keine französische Regierung Italien Gefälligkeiten erweisen oder sich Italien nähern könne, solange letzteres im Dreibund bleibe. Die französische öffentliche Meinung und die französische Politik, habe Herr Bourgeois eingehend ausgeführt, würden, was auch auf der Oberfläche vorgehen möge, im Grunde ausschließlich von dem Gedanken an die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen beherrscht. Die elsaß-lothringische Frage werde bis zu ihrer Lösung für Frankreich immer wieder alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängen. Solange Italien durch seine Allianz mit Deutschland die

* Vgl. auch Kap. LXIV, Nr. 2648, 2656, 2658. Es handelte sich bei den schwebenden Einzelfragen einmal um eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in Abessinien, namentlich bezüglich Harrars, weiter um eine Neuregelung der Handelsbeziehungen zwischen Italien und Tunis — im August 1895 war der bisherige tunesisch-italienische Handelsvertrag durch Frankreich gekündigt worden —, schließlich um die Frage der durch die französische Schutzzollgesetzgebung kompromittierten direkten Handelsbeziehungen zwischen Italien und Frankreich.

deutschen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen unterstütze, könne ihm Frankreich nicht nur auf keinem Punkt entgegenkommen, sondern müsse trachten, ihm das Leben möglichst sauer zu machen.

An vorstehende Mitteilung, welche sich zum Teil mit dem vor einigen Tagen von mir wiedergegebenen Brief des Baron Blanc vom 4. d. Mts.* deckt, schloß der Ministerpräsident die Bemerkung, daß somit ein Modus vivendi mit Frankreich ausgeschlossen erscheine, solange Italien im Dreibund bleibe**. pp. B. von Bülow

Nr. 2817

Der italienische Minister des Äußern Baron Blanc an den italienischen Botschafter in Paris Grafen Tornielli

Übersetzung, vom deutschen Botschafter in Rom Bernhard von Bülow am 17. Februar 1896 mit Bericht Nr. 14 dem Reichskanzler übersandt

Geheim Rom, den 1. Februar 1896

Mit Bezug auf Ihr Telegramm vom 29. Januar.

Was Sie mir über den Ausgang Ihrer mit dem französischen Minister des Äußern gehabten vertraulichen Unterredung über die Fragen betreffs Tunis und der Abgrenzung der französisch-italienischen Interessensphäre in Ostafrika mitteilen, überrascht mich nicht.

Es bewahrheitet sich tatsächlich noch einmal das, was sich bereits wiederholt in der Gesamtheit der italienisch-französischen Beziehungen gezeigt hat. Die Königliche Regierung hat nie eine Gelegenheit vorübergehen lassen, um jene Beziehungen auf praktischer und konkreter Basis zu verbessern; sie hat stets den besten Willen zur Lösung laufender Streitfragen zwischen den beiden Ländern gezeigt. Seitens Frankreichs wurde anfangs mehrfach die vage Absicht zu erkennen gegeben, uns darin zu unterstützen; kaum hatte indessen die versöhnliche Haltung der Königlichen Regierung bewiesen, daß bezügliche Abkommen möglich gewesen sein würden, nahm das Pariser Kabinett bald eine so ablehnende Haltung an, daß unser Entgegenkommen dadurch zwecklos wurde.

So ist es auch im gegenwärtigen Falle geschehen.

Die Euerer Exzellenz von dem französischen Minister des Äußern und dem Präsidenten der Republik anläßlich des Zwischenfalles von Amba Alaghi*** gemachten freundschaftlichen Erklärungen wurden sofort von der Königlichen Regierung ergriffen, um ihr Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Gesinnungen Frankreichs zu beweisen, und um die

---

* Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2657.

** Den Schluß des Berichts s. in Kap. LXVIII, Nr. 2764.

*** Gemeint ist die Niederlage der Italiener bei Amba Alaghi (7. Dezember 1895), die der französischen Regierung und dem Präsidenten Faure persönlich Anlaß gegeben hatten, der italienischen Regierung ihr Beileid auszusprechen.

Form vorzuschlagen, in welcher zum beiderseitigen Nutzen der freundnachbarlichen, auch kolonialen Beziehungen der beiden Länder, diese Gesinnungen betätigt werden könnten.

Die Königliche Regierung hat zu diesem Zweck alle Wege geöffnet, hat der französischen Regierung die annehmbarsten Bedingungen gestellt und hat, im Prinzip, geradezu in dasjenige eingewilligt, was jener Regierung am meisten am Herzen lag; sie hat jene Regierung in den Stand gesetzt, vermöge des vorgeschlagenen Gebietsaustausches allen Einwendungen, auch der entschiedensten Gegner guter französisch-italienischer Beziehungen siegreich entgegenzutreten. Und als die dortige Regierung vernünftigerweise über das hinaus, was wir zugestanden haben, von uns nichts weiter verlangen konnte, bewies das Ergebnis der Unterredungen Euerer Exzellenz mit dem französischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten noch einmal, daß jede Verständigung unmöglich ist, weil Frankreich sie nicht will.

Es wird daher nicht nur die Möglichkeit von Verständigungen verringert, sondern die französische Regierung scheut sich nicht einmal, uns gegenüber gegen jene internationalen Gesetze und Abmachungen zu verstoßen, zu deren Beobachtung sie verpflichtet ist, und deren Verbindlichkeiten fortwährend von Herrn Berthelot anerkannt worden sind, wie dies aus Euerer Exzellenz Bericht vom 7. Januar hervorgeht. Wenn tatsächlich das Pariser Kabinett beschließt, ein Dekret nicht zu erlassen, welches die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmunition aus Frankreich nach Äthiopien verbietet, verstößt es, bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, gegen die Bestimmungen des Generalaktes der Brüsseler Konferenz, welcher gleichwohl die Unterschrift der französischen Regierung trägt. Da die französische Regierung weiß, daß wir die bisher begangenen Übertretungen der nach Obok erlassenen bezüglichen Instruktionen festgestellt haben, kann sie ebensowenig glauben, daß uns die Aufrechterhaltung jener Bestimmungen genügt, selbst wenn sie in einigen Fällen angewandt worden sein sollten*.

Die dortige Regierung bleibt daher nicht nur dabei, die französisch-italienischen Beziehungen im Zustande latenter Feindseligkeit zu erhalten, sondern lehnt es auch ab, Verpflichtungen einzugehen, die geeignet sind zu verhindern, daß diese Feindseligkeit, wenn auch nicht ihrerseits direkt, so wenigstens seitens ihrer Staatsangehörigen eine offene und effektive werde.

Wenn auch die Sprache gewisser italienischer Zeitungen, auf welche übrigens die Königliche Regierung keinerlei Einfluß besitzt, und die andererseits nur auf die gleiche Sprache französischer, selbst der maßgebendsten, Zeitungen antworten, weder gerechtfertigt noch angezeigt erscheint, so kann nach dem obigen doch der italienischen Presse wegen ihrer Haltung keine Schuld, noch ihren bezüglichen Äußerungen

* Vgl. auch Kap. LXVIII, Nr. 2754 nebst Fußnote.

eine positive Bedeutung beigelegt werden. Wie ich schon mehrfach Gelegenheit gehabt habe, Euerer Exzellenz zu bemerken, verabsäumen die Regierungen, welche es nicht verstehen, sich über die falsche Tendenz der mehr oder weniger harmlosen und uneigennützigen öffentlichen Meinung zu stellen, für den Schutz der ihnen anvertrauten wahren Interessen Sorge zu tragen. Die Königliche Regierung hat das Bewußtsein, daß sie sich von der vielleicht übertriebenen Tendenz einiger Organe der italienischen Presse niemals hat fortreißen lassen, und daß sie vielmehr auf dem seit der Abschaffung der Differentialzölle gegen Frankreich angenommenen Weg einer versöhnlichen Haltung stets unbeirrt fortgefahren ist und ihre Geneigtheit zur Lösung jeder anderen schwebenden Frage zu erkennen gegeben hat.

Nach der auch Euerer Exzellenz gegenüber geführten Sprache scheint es nicht, daß die dortige Regierung — selbst zugegeben, daß sie guten Willen besitzt — heute mehr als vordem die notwendige Autorität besitzt, um einer Strömung entgegenzutreten, welche guten Beziehungen mit Italien entgegen ist.

Bei diesem Stande der Dinge erübrigt uns nur, die schwerwiegenden Fragen, welche wir nicht allein lösen können, unpräjudiziert zu lassen, und es der Zeit und den Umständen zu überlassen, geeignete Mittel zu ihrer Lösung zu bieten.

Ohne daher die amtlichen offiziösen Unterhandlungen offen abzubrechen, wollen Euere Exzellenz sich bereit zeigen, darüber mit dem dortigen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu konferieren, sofern derselbe den Gegenstand von neuem berührt, dabei jedoch Ihre Sprache so einzurichten, daß aus Ihren Unterredungen keinerlei als von der Königlichen Regierung in der tunesischen wie in der Delimitationsfrage auch nur offiziös übernommene Verpflichtung hervorgeht; denn es erhellt aus Ihren Unterredungen mit Herrn Berthelot, daß auf die unsererseits in der Tunisfrage im Prinzip bereits angekündigten sehr bedeutenden Konzessionen seitens jener Regierung in der ostafrikanischen Frage mit noch größeren Ansprüchen als denjenigen vom Jahre 1891 geantwortet wurde.

(gez.) Blanc

Nr. 2818

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 213 London, den 14. März 1896

Der französische Botschafter*, welcher seit seiner letzten Rückkehr aus Paris sich nur kurze Zeit hier aufgehalten hat, tritt heute angeblich einen längeren Urlaub an. pp.

* Baron de Courcel.

In Übereinstimmung mit unseren langjährigen Beziehungen hat Baron Courcel mich auch diesmal aufgesucht und die Initiative zu einer politischen Unterhaltung ergriffen. Ich glaube mich diesen von ihm gesuchten Unterhaltungen nicht entziehen zu dürfen, weil sich dabei immer die Aussicht bietet, aus seinen vertraulichen Äußerungen Schlüsse auf die von ihm verfolgten Zwecke ziehen zu können[1].

Bei dieser Gelegenheit hatte der Botschafter sich zum Gesprächsthema die innere Lage in Frankreich und die voraussichtlichen Beziehungen desselben zu Italien gewählt. Nachdem er ein ziemlich kühles Bedauern über das Unglück, von welchem Italien in Abessinien betroffen worden ist, an den Tag gelegt hatte, ging er sofort dazu über, seine Befriedigung über den Sturz des Herrn Crispi* auszusprechen, dessen schroffer und verletzender Behandlung der auswärtigen Fragen in bezug auf Frankreich die unbefriedigenden Beziehungen mit Italien zum größten Teil zuzuschreiben seien. Er entwickelte dann den Gedanken, daß diese Beziehungen zum Besten der beiden Beteiligten und der Ruhe Europas viel bessere sein könnten, auch ohne daß Italien deshalb genötigt wäre, eine andere Politik einzuschlagen oder seine Beziehungen zu andern Mächten zu verändern. Man sei in Frankreich, wo die große Majorität die Erhaltung des Friedens wünsche, mehr oder weniger von der Ansicht abgekommen, daß die Tripelallianz eine den Frieden bedrohende und der Sicherheit Frankreichs feindliche Assoziation sei[2], und er könne sich den Fall sehr wohl vorstellen, daß Italien auch ferner in dieser Allianz verbleibe und dennoch gleichzeitig gute Beziehungen mit Frankreich unterhalte. Dieselbe Politik, die Italien bis jetzt verfolgt habe, könne Frankreich sich gefallen lassen, wenn sie ihm gegenüber nur in rücksichtsvolleren Formen auftrete. Der Botschafter deutete dabei an, daß wir unter diesen Voraussetzungen keinen Grund haben würden, einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern entgegen zu sein. Schließlich unterließ er nicht hervorzuheben, daß die Erfahrung bewiesen habe, wie große materielle Nachteile[3] die Unzufriedenheit Frankreichs für Italien mit sich führe, und daß es im wohlverstandenen Interesse des letzteren liegen würde, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Mit Bezug auf die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland ließ der Botschafter eine Äußerung fallen, aus welcher hervorging, daß nach seiner Ansicht selbst die Wiederherstellung eines Drei-Kaiser-Bündnisses[4]** den französischen Interessen nicht unbedingt widersprechen würde.

---

* 5. März.

** Über die damals in den politischen Erörterungen auftauchende, aber von Deutschland keineswegs betriebene, von Österreich und Italien perhorreszierte Idee einer Wiederherstellung des Dreikaiserbundes s. Kap. LXV, Nr. 2662, S. 97, Fußnote ***, Kap. LXVI, Nr. 2673 und Nr. 2674.

Ich habe diese Äußerung angehört, ohne auf eine nähere Erörterung darüber einzugehen. pp. P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Richtig
2 So? wirklich? warum ereifert man sich dann so sehr dagegen
3 Geld würden die Gallier den Italienern schon geben, schon blos um sie zu veranlassen in Afrika thätig zu bleiben. Der Rückzug und die Selbstbeschränkung Italiens in Abessinien, davor haben die Gallier am meisten Angst.
4 d. h. Italien an Frankreich ausliefern den 3 Bund auflösen und dann Deutschland zwischen Russland und Frankreich allein!

Nr. 2819

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 22 Rom, den 17. März 1896

pp. Herr von Rudini betonte mir gegenüber einerseits die Absicht, unentwegt am Dreibunde festzuhalten, andererseits den Wunsch, die unter dem Ministerium Crispi mehr und mehr hervorgetretene Verschärfung in den Beziehungen zu Frankreich durch eine möglichst vorsichtige und versöhnliche Haltung wie durch Zugeständnisse in Detailfragen zu mildern. Der Konseilpräsident kam wiederholt darauf zurück, daß die Herstellung eines handelspolitischen modus vivendi mit Frankreich eine Lebensfrage für Italien sei. Vielleicht würde, meinte derselbe, ein solcher kommerzieller modus vivendi sich erzielen lassen, wenn sich Italien Frankreich gegenüber einer ebenso freundlichen Haltung befleißige, wie sie Österreich beobachte. Beiläufig erzählte mir Marquis Rudini, mein französischer Kollege* habe ihm während ihrer ersten Begegnung gesagt, er wisse wohl, daß das neue italienische Kabinett dem Dreibund treu bleiben werde, hoffe jedoch auf eine „détente" in den italienisch-französischen Beziehungen. Die Aussichten für eine handelspolitische Annäherung zwischen Italien und Frankreich stünden nicht ungünstig. — Der neue Minister des Äußern Herzog von Sermoneta ist durch Erziehung, Neigung und Familienbeziehungen eher anglophil. Herr von Rudini schielt gern nach Rußland. Für die jetzige Regierung ist Graf Nigra, der gestern abend aus Wien hier eingetroffen ist, ein diplomatisches Orakel. Die weitere Orientierung der italienischen auswärtigen Politik wird im letzten Ende von der allgemeinen europäischen Konstellation abhängen. „Pregabe Dio sempre di trovare dove si vince" (Bittet Gott, Euch immer auf der stärkeren Seite zu befinden) schrieb Guicciardini in seinen „Ricordi", welche Cavour die politische italienische Bibel nannte. pp.

B. von Bülow

* A. Billot.

Nr. 2820

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 55 Rom, den 21. Juli 1896

Zwischen Italien und Frankreich schweben in dem Augenblick, wo Marquis Visconti Venosta das Portefeuille des Äußern übernimmt*, drei Fragen, die Frage der Anbahnung eines handelspolitischen Modus vivendi, die Frage der Kündigung der tunesischen Handelsverträge und Tripolis.

Über die erstere Frage sagte mir der Herzog von Sermoneta vor seinem Rücktritt vertraulich, daß dieselbe während seiner Amtszeit tatsächlich nicht vorwärts gekommen wäre. Er glaube, daß die Franzosen Italien keinerlei ernstliche Zugeständnisse machen wollten. Was die Franzosen von Italien verlangten, wäre die Abwendung von Deutschland und hiermit die völlige Unterwerfung unter Frankreich. Der Herzog von Sermoneta äußerte bei diesem Anlaß, er sei immer deutschfreundlich gewesen; aber seitdem er als Minister des Äußern hinter die Kulissen gesehen habe, sei er noch mehr wie früher davon überzeugt, daß es außerhalb des engsten Anschlusses an Deutschland kein Heil für Italien gebe. „Quand j'entrai au Ministère j'étais Allemand, je le quitte Archi-allemand". — Auch Marquis Rudini erzählte mir beiläufig, daß die handelspolitischen Unterhandlungen mit Frankreich nicht von der Stelle wollten. Herr Hanotaux sei höflich, aber sehr fest („très-dur"). Derselbe mache schöne Worte, aber keine sachlichen Zugeständnisse. Auch daß von italienischer Seite auf französische Konzessionen hinsichtlich der italienischen Seide verzichtet worden sei, habe Herrn Hanotaux nicht gerührt. Doch ist im Gegensatz zum Herzog von Sermoneta der Ministerpräsident mehr geneigt, die französische Sprödigkeit in der Handelsvertragsfrage auf schutzzöllnerische Tendenzen wie auf allgemeinpolitische Motive zurückzuführen. Im Hinblick auf die Stimmung der Lombardei wünscht Marquis Rudini nach wie vor eine handelspolitische Verständigung mit Frankreich. Herr Luzzati** schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, einen „piccolo accordo commerciale con la Francia" zustande zu bringen. Er erklärt sich schon zufrieden, wenn Frankreich ihm „la minima dei massimi" gewähre.

In der Frage der Kündigung des tunesisch-italienischen Handelsvertrags hatte, wie ich seinerzeit zu berichten mich beehrte, der Herzog von Sermoneta in der Kammer Erklärungen abgegeben, welche,

---

* Es geschah am 20. Juli.

** Italienischer Schatzminister im umgebildeten Kabinett di Rudini.

ohne provozierend gegen Frankreich zu sein und ohne der Zukunft zu präjudizieren, doch den italienischen Standpunkt mit einiger Entschiedenheit wahrten*. Marquis Rudini ist sich nach meinen Eindrücken — denn ich habe es vermieden, über Tunis und Tripolis an die hiesigen Politiker Fragen zu stellen oder auch nur in dieser Richtung ein besonderes Interesse an den Tag zu legen — noch nicht im klaren darüber, ob er im Falle einer Nichtverständigung mit Frankreich über einen neuen tunesischen Handelsvertrag sich auf die tunesischen Kapitulationen steifen soll oder nicht. Herr von Rudini fürchtet namentlich, daß Frankreich in Tunis vorgehen könnte wie kürzlich in Madagaskar, d. h. die Regentschaft annektieren. Ein solches französisches Vorgehen würde allerdings die öffentliche Meinung in Italien in hohem Grade aufregen und könnte zum Sturz der Regierung führen. Die Nachricht der „Tribuna", daß der tunesisch-italienische Handelsvertrag um sechs Monate verlängert worden sei, wurde mir von Herrn Malvano als unrichtig bezeichnet. Herr Malvano äußerte sich bei dieser Gelegenheit in eher pessimistischem Sinne über die tunesischen Negoziationen: Das römische Kabinett sei von den versöhnlichsten Gesinnungen beseelt und zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, aber ein ganz schlechtes Tunisabkommen würde noch übler sein als gar keins. Die Opposition wartet, wie sich Herr Visconti Venosta speziell aus der tunesischen Handelsvertragsfrage herausziehen wird. Sie wetzt in „Riforma", „Tribuna" und „Popolo Romano" schon ihre Messer, um im Falle eines Nichterfolgs Herrn Visconti Venosta abzuschlachten.

Hinsichtlich Tripolis glaubte der Herzog von Sermoneta nicht, daß Frankreich es riskieren würde, jetzt dort vorzugehen. Auch Herr von Rudini bemerkte noch kürzlich, die Franzosen würden gegenwärtig diese Frage schwerlich anrühren. Verschiedene französische Zeitungsartikel, speziell über Ghadames, haben hier aber doch Unruhe erregt, und die italienische öffentliche Meinung verfolgt nicht ohne Nervosität die Vorgänge an der tunesisch-tripolitanischen Grenze.

B. von Bülow

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Das englische Geschwader liegt à portée bei Tanger! Sollte eine kleine Verständigung mit Frankreich auf Kosten Italiens und Spaniens im Gange sein Marocco für England, Tunis, Tripolis für Frankreich? Bitte in Marokko aufpassen! Denn da reden wir auch mit!

---

* Herzog von Sermoneta hatte am 30. Juni in der Deputiertenkammer darauf hingewiesen, der Handelsvertrag zwischen Italien und Tunis ende infolge der französischen Kündigung am 29. September 1896, jedoch beständen neben diesem Handelsvertrage noch Vereinbarungen älteren Datums — die sogenannten Kapitulationen —, die dann wieder in Wirksamkeit träten. Wenn bis zum 29. September kein neuer Vertrag abgeschlossen sein sollte, wozu es sicherlich seitens der Regierung an gutem Willen nicht fehlen würde, so bleibe doch ein Rechtszustand aufrecht, der die Interessen Italiens wahren würde.

Nr. 2821

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 56 Rom, den 22. Juli 1896

Der Minister des Äußern Herr Visconti Venosta, welcher mich nach Übernahme der Geschäfte sogleich aufsuchte, wiederholte zunächst, was mir vor seiner Ernennung bereits der Ministerpräsident gesagt hatte: Er wolle die Politik seiner Vorgänger in keiner Weise modifizieren. Er habe nicht die Prätension, dieselbe verbessern zu können, während er andererseits hoffe, dieselbe nicht zu verschlechtern. Insbesondere stehe er durchaus auf dem Boden des Dreibundes, in welchen er nichts hinein- und aus welchem er auch nichts herausinterpretieren wolle. „Je serai l'exécuteur fidèle et un interprète loyal des traités qui sont et restent la base de notre politique."

Der Dreibund sei geschlossen worden, fuhr der Minister des Äußern fort, um für den Fall des Angriffs den Verbündeten Deckung und Sicherheit zu gewähren. Wenn die Verbündeten gleichmäßig entschlossen wären, im Falle eines Angriffs die Vertragsstipulationen rückhaltlos auszuführen, betrachteten dieselben es andererseits glücklicherweise als ihre Pflicht, zu tun, was mit Lebensinteressen und Würde vereinbar sei, um Konfliktsfälle zu vermeiden. Herr Visconti Venosta betonte, daß er schon deshalb in keiner Richtung Verwickelungen hervorzurufen wünsche, weil Italien für seine innere Sammlung Frieden brauche. pp.

Als die einzige Frage, welche ihm zurzeit einige Not mache, bezeichnete Marquis Visconti Venosta die Frage der Kündigung der tunesischen Handelsverträge. Die Annexion von Tunis oder auch nur die Einziehung der Regentschaft in das französische Zollgebiet würden hier die öffentliche Meinung tief erregen. „Je ne désire ni faire dans cette affaire à la France des concessions qui me seraient reprochées dans mon pays comme une capitulation, ni provoquer un éclat que je crois dangereux et nuisible." Der Minister deutete an, daß er in der tunesischen Angelegenheit vor allem Zeit zu gewinnen, d. h. wohl die Verlängerung des italienisch-tunesischen Handelsvertrags zu erlangen wünsche. Bekanntlich habe England vor sechs Monaten im Siamabkommen* der französischen Regierung versprochen, daß es wegen Neuregulierung der tunesischen Handelsverhältnisse mit dieser in Unterhandlungen eintreten werde. Er hoffe, fügte Herr Visconti Venosta vertraulich hinzu, daß England sich nicht beeilen werde, in diese Unterhandlungen einzutreten, und daß dieselben jedenfalls nicht allzubald zu einer Anerkennung der französischen Wünsche seitens England führen würden.

---

* Vom 15. Januar 1896. Vgl. Kap. LXIII, Nr. 2638, S. 60, Fußnote **.

Herr Visconti Venosta frug mit keiner Silbe, ob und inwieweit er in der tunesischen Frage auf unsere Unterstützung rechnen könne. Allerdings bot ich keinen Anlaß, in dieser Richtung mich auch nur zu sondieren. Auch die tripolitanischen Schwierigkeiten berührte der Minister des Äußern nicht, während ich es vermied, unsere Unterredung bis zur großen und kleinen Syrte schweifen zu lassen. Über die Handelsvertragsunterhandlungen mit Frankreich äußerte sich Herr Visconti Venosta ohne Optimismus. Das jetzige französische Ministerium* sei schwach wie alle französischen Ministerien seit vielen Jahren. Das Kabinett Méline fürchte, von der Kammer gestürzt zu werden, wenn es derselben ein Handelsabkommen mit Italien vorlege, da ein solches Abkommen in Frankreich aus volkswirtschaftlichen wie allgemeinpolitischen Gründen unpopulär sein würde. Übrigens befinde sich Italien in dieser Richtung in keiner Notlage. Der italienisch-französische Zollkrieg habe zunächst Italien sehr geschädigt; allmählich habe dasselbe aber die ihm durch diesen Zollkrieg geschlagenen Wunden zu heilen gewußt, und gegenwärtig leide unter dem wirtschaftlichen Gegensatz Frankreich mehr wie Italien. Immerhin würde es gut sein, wenn sich ein handelspolitischer modus vivendi mit Frankreich ermöglichen ließe, schon weil der gegenwärtige Zustand zwischen den beiden Nachbarvölkern ein anormaler sei. pp.

B. von Bülow

Nr. 2822

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 91 Rom, den 10. Oktober 1896

Anknüpfend an einen Artikel der „Hamburger Nachrichten“, in welchem der Dreibund vor den möglichen politischen Folgen einer handelspolitischen Verständigung zwischen Italien und Frankreich** gewarnt wird, macht die „Tribuna“ die überraschende Bemerkung, diese Perspektive, nämlich die Lockerung der Beziehungen Italiens zu den Zentralmächten brauche nicht zu erschrecken; denn der Dreibund habe bisher dem Königreich so wenig Vorteile gebracht, daß man nicht nötig habe, sein Ende zu bedauern. Die weiteren hieran sich anschließenden Ausführungen des von Baron Blanc bezahlten

---

* Kabinett Méline, seit 29. April 1896, mit Hanotaux als Außenminister.

** Am 30. September war es zur Unterzeichnung eines Vertrags zwischen Italien und Tunis durch den französischen Außenminister Hanotaux und den italienischen Botschafter in Paris Grafen Tornielli gekommen. Seither trat die Frage einer handelspolitischen Verständigung zwischen Italien und Frankreich in den Vordergrund der Erörterungen, ohne jedoch zunächst ernstliche Fortschritte zu machen.

Organs beehre ich mich in der Übersetzung beifolgend gehorsamst einzureichen.*

Es ist nicht das erste Mal, daß aus den Reihen der Partei Crispi sich Anklagen erheben, welche die Zentralmächte für die Folgen der Unterlassungs- und Begehungssünden in Afrika verantwortlich machen möchten. In der Kammer konnte man in diesem Frühjahr denselben Ton vernehmen. pp.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern Graf Bonin fragte mich gestern, ob ich jenen obenerwähnten Artikel der „Hamburger Nachrichten" gelesen hätte. Die Äußerungen, welche er an diese Frage knüpfte, zeigen, wenn ich ihren Grund richtig würdige, daß das Ministerium Visconti Venosta in keinem Punkt empfindlicher ist und sein wird, als wenn sein loyales Festhalten am Dreibund in Zweifel gezogen wird. Graf Bonin verhehlte nicht die Mißstimmung, die die Ausführungen des Hamburger Blattes in der Konsulta hervorgerufen haben oder besser hervorgerufen hätten, wenn ihnen eine aktuelle Bedeutung zukäme. Um so größer ist, wie er mir sagte, die Befriedigung, welche man dort über den Beifall der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und der „Kölnischen Zeitung" empfindet, — sowohl mit Rücksicht auf das nun vollendete Werk des tunesischen Vertrags als im Hinblick auf die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Frankreich. Graf Bonin sagte: „Wir wissen, daß es in Berlin nur gebilligt wird, wenn wir mit Frankreich auf denselben Fuß kommen wie Österreich-Ungarn." Im Verlauf des Gesprächs bestätigte er mir sodann die Auffassung, daß Italiens Lage bei diesen neu einzuleitenden Verhandlungen günstiger sein wird als bei den jetzt abgeschlossenen. Italien habe sich während des Zollkriegs allmählich ziemlich unabhängig gestellt und könne daher in Ruhe warten.

Auf dem Wege zu jenem Ziel — der Herstellung normaler Beziehungen zu Frankreich — erscheint der Vertrag über Tunis nur als ein erster Schritt. Betrachtet man ihn als etwas Ganzes an sich und nicht im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Handelsvertrag mit Frankreich selbst, so erscheint seine politische Bedeutung wesentlich abgeschwächt. Wie ich wiederholen darf, sind die Ansichten über seine Vorteile außerordentlich geteilt; es wird sich erst durch die Erfahrungen zeigen müssen, ob er unter den Interessenten Zufriedenheit oder Unzufriedenheit erregt, und hiernach wird sich die öffentliche Meinung richten, welche — häufig blind in ihrem Urteil — vielleicht erst jetzt recht des verlorenen Besitzstandes sich bewußt werden und nicht abwägen wird, ob die Herstellung eines Zustandes, der gegen den früheren unverkennbare Nachteile aufweist, unvermeidlich war oder nicht. Es wäre daher verfrüht, an dieses Übereinkommen

---

* „Tribuna" vom 8. 10. 1896. Hier nicht abgedruckt.

wegen Tunis an sich weitgehende Erwartungen in bezug auf eine Abnahme des Antagonismus oder eine Vermehrung der Sympathie für Frankreich zu knüpfen.

C. Pückler

Nr. 2823

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 92 Rom, den 23. Oktober 1896.

Als ich nach meiner Rückkehr hierher den Minister des Äußern Herrn Visconti Venosta besuchte, sagte mir derselbe, daß er einen arbeitsvollen Sommer hinter sich habe. Er habe während der Hundstagshitze Rom nicht einen Tag verlassen können. Seine Kräfte wären während dieser Zeit fast ausschließlich durch die tunesische Handelsvertragsfrage in Anspruch genommen worden. Er habe in dieser Beziehung am Scheidewege gestanden. „Nous étions arrivés à un point de bifurcation.“ Entweder, führte der Minister aus, hätte sich Italien auf die Kapitulationen steifen müssen, was zu nichtssagenden Protesten oder zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich geführt haben würde; oder die italienische Regierung hätte trachten müssen, für Italien in Tunis zu retten, was nach Lage der Dinge praktisch noch zu retten gewesen wäre. Die italienische Regierung hätte sich für den letztern Weg entschieden. Herr Visconti ließ hierbei vertraulich durchblicken, die italienische Regierung habe auch die Möglichkeit in Rechnung gezogen, daß Frankreich gegenüber einer intransigenten Haltung Italiens in Tunis hätte vorgehen können wie in Madagaskar. Die Annexion der Regentschaft hätte nicht nur für die innere Entwicklung der Dinge in Italien, sondern auch in internationaler Beziehung ernste Folgen haben können. Das Tunisabkommen wäre auf italienischer Seite auch von dem Gedanken inspiriert gewesen, ein Sichzuspitzen der politischen Gegensätze in Europa zu vermeiden. Herr Visconti Vinosta fügte hinzu, daß durch die zwischen Italien und Frankreich eingetretene „Détente“ — der Minister gebrauchte denselben Ausdruck, den schon König Humbert mir gegenüber in Monza angewandt hatte — an dem allgemeinen Gang der italienischen auswärtigen Politik nichts geändert werde. Italien betrachte den Dreibund nach wie vor als die Grundlage seiner Politik. Die jetzigen italienischen Minister hielten an der Tripelallianz grade so fest wie ihre Vorgänger. Sie glaubten aber, daß volle Loyalität gegenüber seinen Bundesgenossen Italien nicht verhindre, zu anderen Staaten „normale“ Beziehungen zu unterhalten. Ich sagte dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, daß der wirtschaftliche Wohlstand Italiens uns jetzt wie früher ebensosehr am Herzen liege wie

die allseitige Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Wie sehr andrerseits Italien durch seine vitalsten Interessen auf ein ehrliches Festhalten am Dreibund hingewiesen sei, wäre zu handgreiflich, als daß in dieser Beziehung zwischen vaterlandsliebenden und klarblickenden italienischen Staatsmännern eine Meinungsverschiedenheit bestehen könne. Über die Aussichten einer handelspolitischen Verständigung zwischen Italien und Frankreich äußerte Herr Visconti, daß er sich in dieser Richtung keinen übertriebenen Illusionen hingebe, aber auch nicht an einem leidlich günstigen Ausgange zweifle. Es würde nicht allzuviel, aber doch einiges erreicht werden. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Visconti hofft, sich auch auf diesem Gebiet mit Frankreich zu arrangieren.

Der Minister des Äußern, der in seinen Äußerungen und namentlich in seinen Prophezeiungen vorsichtig ist, gab sich den Anschein, als ob er nicht sicher wäre, ob die Kammer nach ihrem Wiederzusammentritt das tunesische Abkommen billigen würde. Nach dem, was ich von anderer Seite höre, spricht die Wahrscheinlichkeit — eine Gewißheit gibt es im italienischen parlamentarischen Leben nicht — dafür, daß die Volksvertretung das in Rede stehende Abkommen ratifizieren wird. Ein Vertrauter des Führers der Opposition, des früheren Finanzministers Sonnino, der Abgeordnete Marquis Lucifero, sagte mir, die Opposition erkenne an, daß Herr Visconti erreicht habe, was rebus sic stantibus zu erreichen gewesen wäre. — Das Zustandekommen des tunesischen Abkommens hat nach meinen bisherigen Beobachtungen die Stellung des Kabinetts Rudini und insbesondere die Position des Ministers des Äußern befestigt. Diese Position würde noch mehr konsolidiert werden, wenn demselben die Herstellung eines kommerziellen modus vivendi mit Frankreich gelänge, der aus öfters von mir dargelegten Gründen von der großen Mehrheit der Italiener gewünscht wird. pp. B. von Bülow

Nr. 2824

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 114 Rom, den 26. November 1896

pp. Ich bitte schließlich noch hervorheben zu dürfen, daß ich alle Symptome einer italienischen Annäherung an Frankreich und Rußland sorgfältig im Auge behalte, in dieser Richtung keine Nervosität noch ein Mißtrauen durchblicken lasse, das demoralisieren könnte, aber andererseits keine Gelegenheit versäume, hier klarzumachen, wie Italien nur bei unzweideutigem Festhalten am Dreibunde seine Zukunft wahren werde. B. von Bülow

Anhang B.

Die Verlängerung des rumänischen Vertrags 1896—1899

Nr. 2825

Der Gesandte in Bukarest Graf von Leyden, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 97 Sinaia, den 1. August 1896
Geheim

Herr Sturdza* hat, wie er mir nach seiner vorgestern erfolgten Rückkehr sagte, in Wien mit Graf Goluchowski den Gedanken des Königs Karl erörtert, eine Verlängerung des geheimen Vertrags mit Rumänien** auf drei Jahre zu stipulieren.

Wie der Minister hinzufügte, wäre das Einverständnis Euerer Durchlaucht hierfür seitens des Wiener Kabinetts mit der Maßgabe gewonnen worden, Italien vorläufig in die Unterhandlungen nicht einzubeziehen.

Ein Entwurf des Protokolles ist heute zwischen Herrn Sturdza und Freiherrn von Aehrenthal*** aufgesetzt worden, und Seine Majestät der König wird diesen Entwurf auf der Durchreise durch Wien mit Graf Goluchowski besprechen.

Die Unterzeichnung durch die Minister soll erst während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Bukarest oder Sinaia Ende September stattfinden. Leyden

---

* Rumänischer Ministerpräsident und Minister des Äußern seit Oktober 1895.
** Der Bündnisvertrag Österreich-Ungarns und Rumäniens (vom 13./25. Juli 1892 (s. den Text bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns I, 70), dem Deutschland durch Akzessionserklärung vom 11./23. November 1892 (s. den Text in Bd. VII, Nr. 1487) beigetreten war, lief nach Artikel 5 vier Jahre, gerechnet vom Tage der Auswechselung der Ratifikationen, ab, d. h. bis 30. Juli 1896.
*** Österreich-ungarischer Gesandter in Bukarest.

Nr. 2826

Der Gesandte in Bukarest Graf von Leyden, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 109 Sinaia, den 14. September 1896

Geheim

In Verfolg des geheimen Berichts vom 1. August d. Js.* melde ich gehorsamst, daß die Unterzeichnung eines Protokolles über Verlängerung des geheimen Vertrags mit Rumänien am 28. d. Mts. während der Anwesenheit des Kaisers Franz Joseph in Bukarest stattfinden wird**. Das Protokoll wird zunächst die schon früher vorgesehene Verlängerung bekräftigen und einen Zusatz erhalten, daß, um den Völkern die Wohltaten dieses Abkommens auf längere Frist zu sichern, dasselbe bis zum Jahre 1903 als zu Kraft bestehend angesehen wird. Eine Mitteilung nach Rom ist, wie Euerer Durchlaucht bekannt, nicht in Aussicht genommen.

Leyden

Nr. 2827

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 11. November 1896

Der österreichische Botschafter kam heute, um mir zu eröffnen, er habe eine Mitteilung zu machen, die seinem Kaiser ganz besonders am Herzen liege. Dieser habe nämlich während seines Aufenthalts in Bukarest dem König Karl versprochen, die Zustimmung der deutschen Regierung dafür zu beschaffen, daß die Verlängerung des geheimen Vertrages mit Rumänien nicht, wie das im Vertrage vorgesehen ist, stillschweigend auf drei Jahre, sondern durch ein neues Protokoll auf sieben Jahre erfolge. Der Botschafter sagte, er teile mir dies mit zur vorläufigen Orientierung; formell werde er die Sache erst in nächster Woche hier anregen, nachdem der Fürst Reichskanzler und der Staatssekretär die dringendsten Reichstagsangelegenheiten erledigt haben würden.

Ich erwiderte, ich sei deshalb in der Lage, ihm schon heute eine vorläufige aber präzise Antwort zu geben, weil meine beiden Vorgesetzten bereits über diese Frage und über die Beziehung derselben zur Gesamtlage sich verständigt hätten. Die diesseitigen Bedenken dagegen, daß man die Verlängerung des Vertrages mit einer unnötigen

* Siehe Nr. 2825.

** Die Unterzeichnung des Protokolls, durch welches der Österreich-Ungarisch-Rumänische Bündnisvertrag auf weitere sieben Jahre bis 1903 verlängert wurde, erfolgte am 18./30. September 1896 in Sinaia durch Sturdza und Gołuchowski. Das Protokoll ist abgedruckt bei Pribram a. a. O. S. 74.

Förmlichkeit umgebe, anstatt denselben entsprechend dem Geiste der ersten Vereinbarung ruhig weiterlaufen zu lassen, müsse ich in Wien als bereits bekannt voraussetzen, da der Fürst Reichskanzler die Angelegenheit schon im Sommer mit dem Grafen Goluchowski in Aussee besprochen habe. Damals habe Fürst Hohenlohe seine Ansicht hierher in dem Sinne kundgegeben, daß, wenn der Kaiser Franz Joseph als Souverän vorziehe, ohne inhaltliche Änderung des Vertrages mit Rumänien diesen mit besonderen Formalien zu verlängern, den Verbündeten des Kaisers hinsichtlich bloßer Formalien kein Einspruch zustehe. Diese Anschauung sei auch heute noch diejenige der deutschen Regierung.

Sobald aber der Antrag gestellt werde, daß auch Deutschland zur Sanktionierung des österreichisch-rumänischen Protokolls ein — vertragsmäßig unnötiges — Protokoll seinerseits leisten solle, gewinne die Sache ein anderes Ansehen, und sei die Regierung Seiner Majestät des Kaisers — ich spräche hier das aus, was ich als Ansicht meiner Vorgesetzten kennte — in der Unmöglichkeit, einem hierauf bezüglichen Wunsche, selbst wenn er vom Kaiser Franz Joseph käme, zu willfahren. Für uns sei in allen Fragen zunächst die Erwägung maßgebend, ob dieselben fördernd oder störend auf die Ruhe Europas einzuwirken geeignet seien. Die vom Wiener Kabinett vorgeschlagene protokollarische Form der Vertragsverlängerung gehöre zu denjenigen politischen Schritten, deren Vorteile gegenüber den nachteiligen Wirkungen verschwinden. Als erstes Bedenken stelle sich die Diskretionsfrage dar; wenn der österreichisch-rumänische Vertrag von Deutschland jetzt wiederum sanktioniert werde, so müsse auch Italien ihn sanktionieren*. Eine Unterlassung würde dem Geiste des Dreibunds entgegen und bei der zweifelhaften Stimmung des jetzigen italienischen Kabinetts für dieses die vielleicht willkommene Rechtfertigung einer zweideutigen italienischen Politik sein. Die Beteiligung Italiens aber an jenen Formalitäten würde im Hinblick auf die mangelhafte Diskretion des italienischen Kabinetts wieder andere Bedenken haben.

Eine andere Erwägung — streng vertraulicher Natur, da sie geeignet sei, die rumänische Empfindlichkeit zu verletzen — wolle ich dem Botschafter gleichfalls nicht vorenthalten. Der König von Rumänien habe bereits im Anfang dieses Jahres dem Grafen Leyden eröffnet, daß ihm besonders viel daran liege, gelegentlich der Verlängerung des Vertrages in ein direktes Vertragsverhältnis mit Deutschland zu kommen. Die Verwirklichung dieses Wunsches würde aber, da dann direkte Beziehungen Rumäniens auch zu Italien indiziert wären, die Umformung des Dreibundes in einen Viererbund mit sich

---

* Italien war den Bündnisverträgen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien von 1883 und 1892 vertragsmäßig 1888 und 1892 beigetreten. Siehe den Text der österreich-ungarisch-italienischen Verträge bei Pribram a. a. O., S. 33 f., 70 f.

bringen, eine nicht nur formale, sondern sehr materielle Änderung des bestehenden Verhältnisses, deren Geheimhaltung nach menschlichen Begriffen im höchsten Grade unwahrscheinlich sei. Die notwendige Folge des Bekanntwerdens müsse eine Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland und ein weiteres Hindrängen Rußlands zu Frankreich sein.

Dieser Gesichtspunkt sei für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers maßgebend und weise sie auf eine gebundene Marschroute, von der kein Abweichen möglich sei. Bei unentwegtem Festhalten an der von vornherein vorgesehenen Klausel der stillschweigenden Verlängerung vermeide Deutschland zweierlei Unannehmlichkeiten: Einerseits die für den König von Rumänien persönlich kränkende Eröffnung, daß die rumänische Regierung als gleichberechtigter Teilhaber des Drei- oder Viererbundes uns nicht willkommen sei. Andererseits die bedeutend schwerer wiegende Gefahr, daß die Beziehungen des neuentstehenden Viererbundes gegenüber Rußland gespannter als die des bisherigen Dreibundes sein würden — was für Deutschland nicht nur äußere, sondern aus bekannten Gründen auch innere Unruhe bedeuten würde.

Diesen Unzuträglichkeiten gegenüber sei der Vorteil einer ausdrücklichen siebenjährigen anstatt einer stillschweigenden dreijährigen Vertragsverlängerung nicht erheblich. Denn Rumänien werde in drei Jahren nicht mehr und nicht weniger als in sieben Jahren im Dreibunde seine Zuflucht vor der slawischen Massenbewegung erblicken, werde daher, soweit es überhaupt fähig und willens sei, seine Kräfte beim Kampfe ums Dasein dranzusetzen, diese Kräfte dem Dreibund zur Verfügung stellen. Umgekehrt sei es noch nicht erwiesen, ob nicht der König von Rumänien als gleichberechtigtes Mitglied des Viererbundes für seine drei Schicksalsgenossen, insbesondere für Österreich und Deutschland durch seine politische Rührigkeit unbequem werden würde; denn den von Graf Goluchowski zum Programm erhobenen, von Deutschland geteilten Wunsch nach möglichster Erhaltung des status quo am Balkan teile König Karl nicht, habe ihn wenigstens bis vor kurzem nicht geteilt.

Die vorstehende Erwägung zweiter Ordnung würde an sich allein nicht maßgebend für die Entscheidung der Deutschen Regierung sein und würde namentlich gegenüber einem Wunsche des Kaisers Franz Joseph weit zurücktreten. Anders steht es mit denjenigen Rücksichten, die wir der Ruhe Deutschlands nach außen und innen schuldig sind. Diese können wir einer anderweitigen Einwirkung um so weniger unterordnen, da wir hierbei von der Überzeugung durchdrungen sind, daß, indem wir jede unnötige Verschlechterung unsrer und der Dreibundsbeziehungen zu Rußland vermeiden, wir gleichzeitig auch die Interessen unseres österreichisch-ungarischen Verbündeten dauernd und wirksam wahrnehmen. Holstein

Nr. 2828

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 20. November 1896

Nachdem der österreichisch-ungarische Botschafter mir in der letzten Zeit wiederholt von der in Bukarest stattgehabten Verlängerung des geheimen Vertrags zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn bis 1903 gesprochen und wiederholt betont hatte, wie großen Wert Kaiser Franz Joseph darauf lege, daß auch die deutsche Adhäsion zu jenem Vertrage bis dahin verlängert werde, habe ich heute Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag über die Angelegenheit erstattet. Seine Majestät erachten eine urkundliche Verlängerung unserer noch bis 1899 laufenden Adhäsion zurzeit nicht für nötig, aber auch nicht für nützlich, da sie gleichzeitig von Italien erfolgen müßte, und im gegenwärtigen Augenblicke die Unterzeichnung geheimer Abmachungen, bei denen vier Staaten beteiligt sind, die Gefahr von Indiskretionen bedinge, dagegen haben Seine Majestät genehmigt, daß der österreich-ungarischen Regierung auf die mündliche Mitteilung der geschehenen Verlängerung ebenfalls mündlich erwidert werde, die Kaiserliche Regierung habe mit Intresse von der Tatsache der Verlängerung Kenntnis genommen und behalte sich vor, ihre noch bis zum 4. August 1899 in Kraft bleibende Adhäsion zu gegebener Zeit ebenfalls in der bisherigen Form bis 1903 zu verlängern.

Von dieser allerhöchsten Entscheidung habe ich heute dem österreichisch-ungarischen Botschafter mit dem Anheimstellen entsprechender Mitteilung nach Rom und Bukarest verständigt.

Marschall

Nr. 2829

Der Gesandte in Bukarest Graf von Leyden an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 5 Bukarest, den 4. Januar 1897

Geheim

Im Laufe der Audienz, welche mir Seine Majestät der König am 31. v. Mts. erteilt hat, habe ich Gelegenheit gefunden, mich des Auftrags Euerer Durchlaucht hinsichtlich der Gründe zu entledigen, welche die Unterzeichnung einer Verlängerung des geheimen Abkommens mit Rumänien für uns zurzeit nicht geboten erscheinen lassen.

Seine Majestät fiel mir selbst gleich mit der Bemerkung ins Wort, daß seine Regierung sich zurzeit aller Voraussicht nach in einem Übergangsstadium befinde, und daß er es nicht für angezeigt halten würde, einen seiner jetzigen Berater in subtilere Staatsgeheimnisse

einzuweihen. Höchstderselbe fügte hinzu, daß man für die Vornahme der Unterzeichnung noch geraume Zeit vor sich habe, und der Augenblick nicht dränge. Er sei daher mit einem Aufschub vollständig einverstanden, und man könne die Angelegenheit in einem günstigeren Zeitpunkte wieder aufnehmen. Leyden

Nr. 2830

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 6 Rom, den 11. Januar 1897

Mein österreichisch-ungarischer Kollege Baron Pasetti suchte mich gestern auf, um mir zu sagen, daß das Wiener Kabinett und insbesondere Kaiser Franz Joseph hohen Wert auf die von König Karol gewünschte Verlängerung des geheimen österreichisch-rumänischen Vertrags bis zum 25. Juli 1903 legten. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr Marschall von Bieberstein habe im Auftrage Euerer Durchlaucht und nach eingeholten Befehlen Seiner Majestät des Kaisers und Königs dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin mündlich in Aussicht gestellt, daß die Kaiserliche Regierung ihre Adhäsion zur beabsichtigten Verlängerung des österreichisch-rumänischen Vertrags vor 1899 geben werde. Baron Pasetti fügte hinzu, er habe Vorstehendes Visconti Venosta mit dem Ersuchen mitgeteilt, daß auch die italienische Regierung der in Rede stehenden Verlängerung zustimmen möge. Der italienische Minister des Äußern habe diese Aufforderung nach eingeholter Zustimmung seines Monarchen mit der mündlichen Ermahnung erwidert, daß die italienische Regierung, le moment venu, und nachdem ihr die Adhäsion des Berliner Kabinetts mitgeteilt worden sein würde, auch ihrerseits ihre Adhäsion zur projektierten Verlängerung des österreichisch-rumänischen Vertrags geben wolle, in derselben Form wie früher und so, daß sie die Wirkungen des rumänischen Vertrages pour toute la durée de son alliance avec les deux empires für sich als gültig anerkenne. — Baron Pasetti hatte, bevor er mir vorstehende Mitteilung machte, die Frage des österreichisch-rumänischen Vertrags mir gegenüber nicht berührt; von italienischer Seite bin ich auf denselben noch nicht angesprochen worden; meinerseits habe ich es vermieden, nach irgendeiner Seite hin die Initiative zur Besprechung des fraglichen Themas zu ergreifen. — Baron Pasetti sagte mir noch, er habe Marquis Visconti Venosta auf den absolut sekreten Charakter des rumänischen Vertragsverhlätnisses aufmerksam gemacht, von welchem weder der hiesige rumänische Gesandte* noch der italienische Gesandte in Bukarest** Kenntnis erhalten dürften. Bülow

* Lahovary.

** Marquis Beccaria.

Nr. 2831

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 7 Berlin, den 14. Januar 1897
Geheim

Antwort auf Bericht Nr. 6 Rumänien betreffend*:

Ein besonderer Vorzug des rumänischen Vertrags ist gerade, daß derselbe für die nächsten drei Jahre sich stillschweigend verlängert, folglich in der gegenwärtigen Periode der Enthüllungen und des Mißtrauens durch keinerlei äußere Anzeichen bemerkbar wird. Die Tatsache, daß etwas Geheimes zwischen Rumänien und dem Dreibund vereinbart sei, könnte eventuell bekannt werden, und die Welt würde dann wenig geneigt sein, anzunehmen, daß es sich bei dieser Abmachung nur um etwas Unnötiges, Altes, Unverändertes handelte. Man würde neue Vereinbarungen argwöhnen, und ein solcher Verdacht müßte die Beziehungen der Kontinentalmächte zueinander verschärfen. Dieser nicht unwahrscheinliche Nachteil würde in der Verlängerung des Vertrags von drei zu sechs Jahren kein Gegengewicht finden; denn Rumäniens dauernde Interessen weisen dasselbe an den Dreibund. Sollten aber wider Erwarten jene Interessen sich während der nächsten drei Jahre ändern, so wird man schwerlich annehmen können, daß Rumänien in dem Widerstreit zwischen Vertrag und Interessen die letzteren für den Vertrag opfern würde. Vorstehende Erwägungen veranlassen die Kaiserliche Regierung, mit Genehmigung Seiner Majestät für jetzt und bis auf weiteres von jedem formalen Akt in Verbindung mit dem rumänischen Abkommen abzusehen.

C. Hohenlohe

Nr. 2832

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den rumänischen Gesandten in Berlin Beldiman

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 30. Dezember 1898

Euer Exzellenz

hatten die Güte, mir mittelst gefälligen Schreibens vom 20. d. Mts. mitzuteilen, daß die Königlich Rumänische Regierung den Wunsch hege, Deutschland möge der im Jahre 1896 erfolgten Verlängerung des zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Bündnisvertrags vertragsmäßig in derselben Form beitreten,

---

* Siehe Nr. 2830.

wie dies im Jahre 1892 geschehen ist. Da die bei Abschluß des Bündnisvertrages vorwaltenden freundschaftlichen und politischen Beziehungen der Kaiserlichen Regierung zu Rumänien sowohl, wie zu unserem österreichischen Verbündeten inzwischen keine Veränderung erfahren haben, sondern ungeschwächt fortbestehen, so stellen sich einem Eingehen auf den rumänischen Vorschlag irgendwelche Bedenken nicht entgegen, die aus den materiellen Stipulationen des Vertrags und den sich für uns aus demselben ergebenden Pflichten und Rechten hergeleitet werden könnten. Wenn die Regierung Seiner Majestät gleichwohl zögert, Ew. pp. auf den angedeuteten Weg zu folgen, so liegt der Grund davon auf formellem Gebiet. Wir halten nach dem Wortlaut des Vertrages einen besonderen Akt, der aufs neue unsere Adhäsion ausspricht, für nicht notwendig, weil wir dieselbe als bereits vorhanden betrachten. Der letzte Satz im Artikel 5 des Vertrages lautet: „Si une année avant son expiration le présent traité n'est pas denoncé ou si sa révision n'en est pas demandée par aucune des hautes Parties contractantes, il sera considéré comme prolongé pour la durée de trois autres années."

Die Regierung meines allergnädigsten Herrn faßt diese Bestimmung dahin auf, daß nicht allein das erste Mal, sondern jedes weitere Mal, wenn ein Jahr vor Ablauf der Vertragszeit einer der kontrahierenden Teile seinen Rücktritt von dem Vertrage nicht erklärt hat, der Vertrag sich für diesen Vertragschließenden stillschweigend auf die Dauer von drei weiteren Jahren erneuert. Festhaltend an dieser Auslegung, welche den bei Innehaltung von Verträgen üblichen Grundsätzen entspricht, erachtet sich auch die Kaiserliche Regierung, nachdem sie im Laufe dieses Jahres von dem ihr zustehenden Kündigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ohne weiteres bis 1902 an den Vertrag für gebunden.

Indem ich mir erlaube, Ew. pp. die Auffassung darzulegen, welche, soweit die Regierung Seiner Majestät des Kaisers in Frage kommt, den Charakter einer authentischen Interpretation des Artikel 5 des Vertrages trägt, darf ich die Erwartung hegen, daß hiermit die Zweifel der Königlich Rumänischen Regierung hinsichtlich der Zeitdauer unserer im Jahre 1892 gegebenen Adhäsionserklärung ihre Erledigung gefunden haben*.

Bülow

---

* Die rumänische Regierung gab sich in der Tat mit der Erklärung der Reichsregierung vom 30. Dezember 1898 zufrieden. Dagegen beantragte die österreichische Regierung Anfang Mai 1899 in Berlin die Abgabe einer weiteren in Bukarest und Rom zu produzierenden Erklärung Deutschlands, des Inhalts, daß der rumänische Geheimvertrag, weil von keiner Seite gekündigt, als bis zum Juli 1903 verlängert angesehen werde. Die deutsche Regierung kam dem Wunsche durch eine Verbalnote vom 7. Mai nach, worauf auch die italienische Regierung unter dem 5. Juni eine analoge Erklärung abgab. Siehe den Text beider Erklärungen bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, S. 75, 77.

Anhang C

Sturdzas Berliner Mission. 1896—1897

Nr. 2833

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 6. Januar 1897

Der ehemalige rumänische Ministerpräsident Demeter Sturdza* besuchte mich heute und teilte mir ganz vertraulich mit, er sei von Seiner Majestät dem Könige von Rumänien nach Wien entsandt, um mit der Regierung und insbesondere mit der Militärverwaltung das Nähere wegen militärischer Ausführung des bekannten geheimen Abkommens zu besprechen. pp.**.

Her Sturdza fügte bei, er sei vom König Karol auch hierher entsandt, um zunächst Seine Durchlaucht den Herrn Reichskanzler zu bitten, ihm eine Besprechung mit dem Chef des Generalstabes Grafen Schlieffen zu gestatten, um dessen Ansichten wegen der militärischen Verteidigung Rumäniens zu erfahren, wie er auch seinerzeit mit Graf Moltke mit Genehmigung des Fürsten Bismarck ähnliche Besprechungen gepflogen habe***. Dann sei er auch von seinem Könige

* Er war am 2. Dezember 1896 zurückgetreten, war jedoch in naher Berührung mit dem neuen Ministerium Aurelian geblieben und unternahm als dessen Vertrauensmann Ende Dezember eine Mission nach Wien und Berlin.

** Der ausgelassene Teil der Aufzeichnung betrifft Spezialia der österreichisch-rumänischen militärischen Abmachungen.

*** Anläßlich einer Anwesenheit des damaligen Ministers Sturdza in Berlin im Jahre 1888 hatte dieser gegenüber Bismarck den Wunsch ausgesprochen, ein Gutachten des Generalstabs über die Befestigungen von Fokschani zu erhalten. Es hat damals auf Veranlassung Bismarcks eine einmalige Unterredung zwischen Moltke und Sturdza stattgefunden.

beauftragt, eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser zu erbitten, um allerhöchstdemselben für das der rumänischen Armee bisher bewiesene gnädige Wohlwollen namentlich bei Prüfung des rumänischen Armeegewehres zu danken.

Ich sagte Herrn Sturdza, Seine Durchlaucht werde ihn morgen früh 11 Uhr empfangen und deutete ihm gleichzeitig die Bedenken an, die uns bisher abgehalten haben, in direkte Besprechungen mit Rumänien in diesen Fragen zu treten.

Rotenhan

Nr. 2834

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 7. Januar 1897

Der bisherige rumänische Ministerpräsident, Herr Demeter Sturdza, ist vor einigen Tagen von Wien aus hier eingetroffen und hat meine Vermittelung erbeten, um von Euerer Majestät eine Audienz bewilligt zu erhalten. Nach Mitteilung des hiesigen rumänischen Gesandten* hat Herr Sturdza die Reise nach Wien und Berlin im Auftrage Seiner Majestät des Königs von Rumänien unternommen und beabsichtigt, die Ermächtigung Euerer Majestät zu Besprechungen militärischer Art mit dem Chef Euerer Majestät Generalstabes zu erbitten.

Angesichts der politisch hervorragenden Stellung, welche Herr Sturdza in seinem Vaterlande einnimmt, und in Anbetracht der Sympathien, welche derselbe Deutschland zu jeder Zeit entgegengebracht hat, glaube ich, bei Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät die huldvolle Gewährung der erbetenen Audienz alleruntertänigst befürworten zu sollen und bitte, im Falle Allerhöchstdero Einverständnisses, mich mit geeigneter Weisung behufs Bescheidung des Herrn Sturdza allergnädigst versehen zu wollen.

Bezüglich der von Herrn Sturdza gewünschten Besprechungen militärischer Art muß ich indessen pflichtgemäß hervorheben, daß es mit Euerer Majestät Genehmigung diesseits bisher, soweit tunlich, stets vermieden worden ist, militärische Fragen, welche im Verfolge des zwischen Rumänien und dem Dreibunde bestehenden politischen Einvernehmens auftauchen konnten, deutscherseits zum Gegenstande von direkten Erörterungen mit den Militärbehörden Rumäniens zu machen. Die Angliederung Rumäniens an den Dreibund ist durch einen Vertrag Rumäniens mit Österreich-Ungarn erfolgt, zu welchem

* Al. Beldiman.

Deutschland und Italien nachträglich lediglich ihren Beitritt erklärt haben. Demgemäß und entsprechend der geographischen Lage Rumäniens sind auch bisher die Rumänien betreffenden Fragen militärischer Art, soweit hier bekannt, ganz vereinzelte Ausnahmefälle ausgenommen, stets lediglich zwischen den militärischen Behörden Österreich-Ungarns und Rumäniens verhandelt worden. Von dieser bewährten Praxis abzugehen, besteht meines ehrfurchtsvollsten Dafürhaltens für uns keine Veranlassung.

Die österreichisch-ungarische Regierung freilich hat seit Begründung des Dreibundes das Interesse gehabt und bei jeder sich bietenden Gelegenheit auch zu verwirklichen gesucht, der deutschen Politik in der orientalischen Frage eine dem ausschließlich österreichischen Interesse mehr entsprechende Wendung zu geben und dementsprechend insbesondere auch das Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und Rumänien mehr demonstrativ zu gestalten. Diesem Bestreben, welches seit dem Amtsantritt des Grafen Goluchowski zu wiederholten Malen in besonders lebhafter Weise zutage getreten ist, entspringt vermutlich auch die jetzige Demarche des Herrn Sturdza. Wir dürften in der Annahme kaum fehlgehen, daß Herr Sturdza, welcher jetzt in Wien ausführliche Besprechungen mit den österreichischen Ministern hatte, von diesen nochmals auf die Anbahnung d i r e k t e r militärischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien hingewiesen worden ist.[1]

Ein Heraustreten Deutschlands aus seiner bisher beobachteten Reserve würde uns aber nicht nur der Vorteile berauben, welche ein Beharren in der Politik der freien Hand uns bezüglich der Orientfragen bieten würde, sondern es würde auch leicht dahin führen können, das stets rege Mißtrauen Rußlands ganz unnötiger Weise auf uns zu lenken, wenn ich auch nicht so weit gehen möchte, zu argwöhnen, daß in Wien gerade die Erregung des russischen Mißtrauens ein Hauptmotiv für die uns angesonnene politische Haltung bildet.

Unter diesen Umständen glaube ich der hohen Erwägung Euerer Majestät ehrfurchtsvoll unterbreiten zu sollen, ob es sich nicht empfehlen würde, Herrn Sturdza, wenn derselbe Euerer Majestät gegenüber das Thema militärischer Abmachungen berühren sollte, in freundlicher Form dilatorisch abweisend zu antworten und denselben auf die durch die geographische Lage Rumäniens gebotenen Verhandlungen mit Österreich-Ungarn zu verweisen, insbesondere aber jede sachliche wie formale Neuerung bezüglich der zwischen uns und Rumänien bestehenden vertragsmäßigen Beziehungen abzulehnen.

Euerer Majestät Hof- und Hausmarschall* ist von der Bitte der Herrn Demeter Sturdza um eine Audienz bei Euerer Majestät diesseits benachrichtigt worden. F ü r s t v. H o h e n l o h e

* Graf August zu Eulenburg.

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 8/I 97 W.
es würde sich dann eher empfehlen um unbequemen Gesprächen unter 4 Augen aus dem Wege zu gehen, die Audienz abzulehnen und in eine Einladung zum Diner, was ja eine weit größre Ehre ist, umzuwandeln
Randbemerkung des Kaisers:
[1] Sehr wahrscheinlich

Nr. 2835

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein für den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 15. Januar 1897

Auftragsgemäß habe ich heute dem Chef des Generalstabs Mitteilung von dem Inhalte der Unterredung gemacht, welche der Herr Unterstaatssekretär laut Aufzeichnung vom 6. d. Mts.* mit Herrn Sturdza gehabt hat.

Bei diesem Anlasse teilte mir Graf Schlieffen mit, daß er gestern nachmittag mit Herrn Sturdza auf dessen Wunsch eine Unterredung gehabt habe. In dieser Unterredung habe ihm Herr Sturdza mitgeteilt, daß bei der Anwesenheit des Kaisers von Österreich in Bukarest im Sommer vorigen Jahres vereinbart worden sei, daß Österreich-Ungarn im Mobilmachungsfalle ein Armeekorps aus Siebenbürgen an Rumänien abgeben solle, welches seine Aufstellung zwischen den beiden rumänischen Armeekorps (die bei Galatz und bei Jassy stationiert werden sollten) erhalten solle. Zu diesem Zwecke sei die Erbauung einer neuen Eisenbahnlinie von Siebenbürgen nach Rumänien projektiert.

Graf Schlieffen entnimmt hieraus und aus den weiteren Mitteilungen Herrn Sturdzas, daß die Österreicher ihren Aufmarsch nach Süden zu verschoben haben, und ist einigermaßen betreten, daß ihm seitens des österreichischen Generalstabs hierüber eine Mitteilung nicht zugegangen ist. Einer Illoyalität könne er die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung deshalb allerdings noch nicht zeihen, denn eine bestimmte Verpflichtung zur wechselseitigen Mitteilung des Aufmarsches bestehe nicht. Immerhin aber hätten die beiden Heeresleitungen häufig Mitteilungen über den Aufmarsch im Mobilmachungsfalle ausgetauscht, wie er denn auch noch vor kurzem eine diesbe-

---

* Siehe Nr. 2833.

zügliche Mitteilung an Generalstabschef von Beck habe gelangen lassen. Möglicherweise werde ihm in Erwiderung derselben nunmehr eine den veränderten österreichischen Aufmarsch betreffende Mitteilung zugehen.

Graf Schlieffen schien die österreichischerseits beschlossene Veränderung des Aufmarsches vom militärischen Standpunkte aus nicht eben zu billigen, was er damit begründete, daß die Kriegsentscheidung da falle, wo die Hauptmacht der Gegner zusammentreffe; in Beßarabien aber werde die russische Hauptmacht nicht zu finden sein.

Auf meine Frage, ob Bedenken dagegen bestünden, daß dem Kaiserlichen Gesandten in Bukarest, der schon mehrfach über Kooperationspläne der österreichisch-ungarischen und der rumänischen Armee berichtet habe, von den Mitteilungen Herrn Sturdzas vertraulich Kenntnis gegeben werde, erhielt ich eine völlig bestimmte Antwort nicht, doch schienen mir besondere Bedenken nicht vorhanden. Graf Schlieffen war zweifelhaft, welche Folge er den Mitteilungen Herrn Sturdzas geben solle; er wünscht, den diesseitigen Militärattaché* in Wien zur Berichterstattung aufzufordern, fürchtet aber, Herrn Sturdza zu kompromittieren. Jedenfalls will er zunächst abwarten, ob ihm von österreichischer Seite in der Antwort auf seine oben erwähnte Mitteilung nichts über die veränderten Dispositionen mitgeteilt wird. Seiner Majestät dem Kaiser hat Graf Schlieffen bisher keine Mitteilung von dem Inhalte seiner Unterredung mit Herrn Sturdza gemacht und will dies erst tun, nachdem er von Euerer Durchlaucht die Ermächtigung dazu erhalten hat.

Soweit Deutschland in Frage kommt, wünscht Herr Sturdza einmal die Aufnahme möglichst zahlreicher rumänischer Offiziere in die preußische Armee und sodann die Entsendung eines höheren Offiziers nach Rumänien im nächsten Sommer, welcher den vereinbarten Aufmarschplan begutachten solle. Graf Schlieffen meinte, Österreich gegenüber biete die Erfüllung dieses Wunsches gewisse Schwierigkeiten, da der dortige Generalstab diese Entsendung, wenn er sie erfahren sollte, vielleicht übelnehmen könne, andererseits aber biete die Entsendung eines solchen Offiziers uns den Vorteil, daß wir eine Menge von Dingen, namentlich auch über die Einzelheiten des österreichischen Aufmarsches, erfahren würden, die uns bisher unbekannt seien. Ich hatte den Eindruck, daß Graf Schlieffen aus militärischen Rücksichten der Entsendung eines Offiziers geneigt ist, halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß er, wenn auch vielleicht ungern, von der Entsendung Abstand nimmt, falls das Auswärtige Amt aus politischen Rücksichten dagegen votiert**. v. Mumm

---

* Oberst Graf von Hülsen-Haeseler.

** Über die Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu dieser Frage enthalten die Akten nichts.

Nr. 2836

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Privatschreiben. Abschrift

Berlin, den 16. Januar 1897

pp. Das natürliche österreichische Bestreben, die eigenen Beziehungen zu Rußland zu verbessern, die unsrigen zu Rußland zu verschlechtern, tritt hierbei* wieder einmal zutage, und wir können wohl annehmen, daß Graf Goluchowski bemüht sein wird, während seiner Anwesenheit in Berlin** und durch dieselbe in diesem demonstrativen Sinne weiter zu arbeiten. Angenommen z. B., die gleichzeitige Anwesenheit des Herrn Sturdza wäre kein reiner Zufall, so könnte man vielleicht darauf gefaßt sein, daß Graf Goluchowski versuchen wird, eine Beratung etwa über militärpolitische mit dem Aufmarsch gegen Rußland zusammenhängende Fragen herbeizuführen, an welcher neben ihm selber, dem Grafen Schlieffen und mir auch der rumänische Staatsmann Anteil nehmen würde. Die entsprechende Verwertung durch die österreichisch-ungarische Presse würde dann nicht ausbleiben. Aus dem Grunde möchte ich mir erlauben, von Euerer Majestät die Ermächtigung zu erbitten, daß ich derartige Anregungen zu einer deutsch-österreichisch-rumänischen Kollektivberatung über gleichviel welche Fragen ohne weiteres von der Hand weisen darf. Ich würde das mit der für keinen Teil verletzenden Motivierung tun, daß grade wegen der außerordentlichen Stellung des Herrn Sturdza seine Beteiligung ein ungewöhnliches und in den jetzigen nervösen Zeitläuften ganz besonders unerwünschtes Aufsehen zu machen geeignet wäre. pp.***

(gez.) Fürst zu Hohenlohe

---

* Gemeint ist die Stellungnahme der österreichischen bzw. der deutschen Presse bei der Ernennung des Grafen Murawiew zum russischen Außenminister.

** Graf Goluchowski weilte vom 16. bis 19. Januar 1897 zu Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern in Berlin.

*** Die hier ausgelassenen Teile des Schreibens siehe in Bd. XII, Kap. LXXIV, Nr. 23.

Kapitel LXX

Deutsch-Französische Beziehungen
Ein Annäherungsversuch Hanotaux'?



Nr. 2837

Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" Arthur von Huhn für das Auswärtige Amt*

Ausfertigung

Berlin, den 22. Juni 1896

Heute nachmittag erschien bei mir in meiner Wohnung der frühere Berliner Korrespondent des „Matin", Herr Morre, der vor etwa einem halben Jahre mit diesem Blatte zerfallen und nach Paris zurückgekehrt war. Ich habe ihn seinerzeit hier gut kennen gelernt und halte ihn für einen aufrichtigen, zuverlässigen Mann, der immer die deutschen Interessen, soweit ihm das die Stellung seines Blattes gestattete, zu fördern suchte oder ihnen wenigstens nicht schädigend in den Weg trat.

Nachdem wir uns in ein längeres politische Gegenstände betreffendes Gespräch eingelassen, stellte sich heraus, daß Morre nicht, wie ich zuerst angenommen hatte, abermals im Auftrage einer französischen Zeitung nach Berlin gekommen sei, sondern lediglich, wie er sagte, um mich zu besuchen und zwar nur auf zwei Tage. Weder

* Anfang 1896 hatte Deutschland im Zusammenhang mit der Transvaalkrise den Versuch gemacht, vermittelst einer Verständigung über Einzelfragen, bei denen jedoch die ägyptische Frage von vornherein ausgeschlossen wurde, eine Annäherung an Frankreich und ein deutsch-französisch-russisches Zusammengehen gegen England zu erzielen (vgl. Kap. LXIV). Französischerseits hatte man die dargebotene Hand zurückgewiesen, weniger, weil Deutschland in der ägyptischen Frage sich zurückhielt, als weil man hoffte, die deutsch-englische Spannung zu einer gegen Deutschland gerichteten französisch-englischen Entente und zu einer Verständigung mit England in der ägyptischen Frage ausnutzen zu können. Als aber diese Aussicht schwand, und im Gegenteil über der ägyptischen Frage das französisch-englische Verhältnis sich von neuem zuspitzte — wobei Rußland energisch nachhalf — (vgl. Kap. LXVII), da lag es nahe, daß die französischen Staatsmänner ihrerseits eine Annäherung an Deutschland suchten, und sei es auch nur, um durch den Schein einer solchen Schwenkung eine Wiederannäherung Deutschlands an England zu hintertreiben. Tätig in dieser Beziehung zeigte sich vor allem der französische Botschafter Baron Courcel in London (vgl. Kap. LXVII, Nr. 2744); es traten aber, wie die folgenden Schriftstücke zeigen, noch weitere mehr oder minder offiziöse französische Mittelsmänner auf den Plan.

die Art unserer persönlichen Beziehungen, noch auch die früheren finanziellen Verhältnisse Morres machen es sehr wahrscheinlich, daß er eine Reise zu einem solchen Zweck unternehmen würde. In der Tat kam er auch nach sehr langen Erörterungen damit heraus, daß er mich für eine politische Aktion gewinnen wollte, von der er sich großen Vorteil in bezug auf die Abschwächung der chauvinistischen Bestrebungen in Frankreich verspreche.

Nach seiner Schilderung sei die Lage in Frankreich augenblicklich so, daß bei allen verständigen Leuten die Revancheidee immer mehr in den Hintergrund träte, und namentlich die gegenwärtige Regierung erachte es für durchaus wünschenswert, daß man mit Deutschland zu einem besseren Verhältnis gelange. Immerhin aber sei die deutschfeindliche Strömung in Frankreich noch so stark, daß keine Regierung an ein offenes Zusammengehen mit Deutschland denken könne, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, durch eine jähe chauvinistische Bewegung über den Haufen geworfen zu werden. Die Liga der Patrioten und ihr Anhang hätten zwar gar keinen Einfluß mehr, aber die Franzosen seien nun einmal ein impressionables Volk, das ersten Impulsen plötzlich folge und noch nicht in dem Grade von der Revancheidee losgetrennt sei, daß es nicht nach dieser Seite hin explodieren könne. Die Minister seien aber nicht stark genug, um sich der Gefahr einer chauvinistischen Explosion aussetzen zu dürfen.

Eine Änderung dieses Zustandes zum Besseren sei aber nur zu erwarten, wenn man auf die Franzosen in dem Sinne erziehend einwirke, daß man ihnen wiederholt in praktischer Weise die Nützlichkeit und Möglichkeit eines Zusammengehens beider Staaten zeige und sie so praktisch dem Revanchegedanken entfremde. Deutschland und Frankreich hätten soviel gleichartige Interessen, daß sich mit leichter Mühe die Gelegenheit finden werde, sich gegenseitig Dienste zu erweisen. Dadurch würde man dann unmerklich in ein weit besseres Verhältnis kommen.

Aus den oben angedeuteten Gründen seien amtliche oder offiziöse Verhandlungen untunlich, wohl aber lege man größten Wert darauf, sich hierüber in privater Weise mit einem Manne besprechen zu können, der zugleich mit der politischen Lage in Frankreich* und Deutschland bekannt und über die in den deutschen leitenden Kreisen herrschenden Strömungen und Anschauungen einigermaßen unterrichtet sei. Von hervorragender Seite sei er nach seiner Rückkehr nach Paris — wohl erst in letzter Zeit — befragt worden, ob er eine Verbindung mit einer solchen Persönlichkeit anbahnen könne, und er habe hierauf mich als den hierzu geeigneten Mann bezeichnet. „Man“ habe ihn hierauf gebeten, sich mit mir in Beziehung zu setzen, und er hoffe,

---

* Arthur von Huhn hatte jahrelang in Paris zur Zeit des Botschafters Fürsten Hohenlohe gelebt. Vgl. Otto Hammann, Der neue Kurs (1918), S. 129 f.

daß ich auf seine Ideen eingehen und dadurch der Sache des Friedens einen großen Dienst leisten werde.

Ich habe wiederholt in eindringlicher Weise versucht, ihn zu einer näheren Angabe zu veranlassen, wer ihm denn diesen Auftrag gegeben habe, doch war darüber etwas Bestimmtes nicht herauszubringen. Er betonte aber wiederholt, daß, wenn ich seinem Wunsche entsprechen und zu dieser Unterredung nach Paris kommen würde, ich darauf rechnen könne, mit einer zuständigen offiziellen Persönlichkeit zu verhandeln. „Enfin ce sera le gouvernement, auquel vous serez presenté.“ Ich sagte, daß ich gar keine Qualität habe, um mit diesem zu unterhandeln, Vorschläge zu machen oder entgegenzunehmen, aber Morre antwortete, das sei auch gar nicht nötig, da das, worauf er abziele, gerade eine private Unterredung mit einem Manne sei, der, ohne der Regierung anzugehören, doch mit dieser Fühlung habe. Es handle sich, so sagte er, natürlich nicht um einen Vertrag oder etwas Ähnliches, sondern nur um eine Unterredung, aus der man Gesichtspunkte gewinnen könne, auf Grund deren man einen verbesserten modus vivendi herstellen und durch Erweisung kleiner Dienste und Gefälligkeiten Größeres anbahnen könne. Zu wiederholten Malen bemerkte Morre, daß die französische Regierung bei allen politischen Aktionen von internationaler Bedeutung im vollsten Einvernehmen mit Rußland vorgehe, und er deutete mehrfach an, daß eine Einigung der Dreimacht Frankreich-Deutschland-Rußland in vielen Fällen gute Ergebnisse haben werde.

Auf den Einwand, daß Deutschland bisher bei unendlich vielen Gelegenheiten großes Entgegenkommen gezeigt, von Frankreich aber auch nicht die Spur von Erwiderung gefunden habe, meinte Morre, daß es gerade bei seinem Vorschlage darauf ankomme, eine Lage zu schaffen, durch die einer solchen Erwiderung die Wege gebahnt würden.

Wiederholt kam die Rede auf Ägypten und Morre fragte, ob ich Umstände für denkbar hielte, unter denen Deutschland sich einem russisch-französischem Vorgehen gegen England bis zu den letzten Konsequenzen anschließen würde. Ich sagte ihm, daß ich nicht im Geheimnis der Götter sei, deutete auch darauf hin, daß Erörterungen über einen solchen Punkt einstweilen mehr im Bereiche der Kannegießerei liegen würden.

Als einen Beweis, wie wenig Frankreich Deutschland auch da entgegenkomme, wo es durch ein strammes Zusammengehen mit Deutschland seinen eigenen Interessen nützen könne, nannte ich das Verhalten Frankreichs in der Transvaalfrage*. Morre entgegnete hierauf, die französische Presse sei der deutschen Haltung bei dieser Gelegenheit sympathisch gewesen, und die Regierung habe eine wohl-

* Vgl. dazu Kap. LXIII und Kap. LXIV.

wollende Neutralität beobachtet. Von deutscher Seite habe man nichts anderes verlangt und keinen auf Unterstützung abzielenden Vorschlag gemacht. Hätte man das getan, so würde sich Frankreich gern Deutschland angeschlossen haben. Zudem habe man damals den Minister Berthelot gehabt, der der Sache ganz und gar nicht gewachsen gewesen sei und wie ein hülfloses Schiff (désemparé) getrieben habe.

Die Unterredung, die oft sprungweise ging und über zwei Stunden dauerte, bewegte sich in den Grundzügen in der skizzierten Art.

Ich entgegnete Morre, daß ich auf seinen Vorschlag, nach Paris zu kommen, nicht ohne weiteres antworten und mir die Sache überlegen müsse; ich würde ihm morgen nachmittag Antwort geben können, wenn er mich um 2 Uhr aufsuchen wolle.

Huhn

Nr. 2838

Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" Arthur von Huhn für das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Berlin, den 23. Juni 1896

Entsprechend der gestrigen Abmachung war heute nachmittag Herr Morre zum zweiten Male bei mir. Ich setzte ihm folgendes auseinander:

Ich sei zu der Überzeugung gekommen, daß Verhandlungen, so wie er sie angeregt habe, nur dann irgendeinen Zweck haben könnten, wenn ich mich vorher darüber vergewissere, wie die maßgebenden deutschen Stellen über die Sache dächten. Ich hätte also die Angelegenheit mit maßgebenden Persönlichkeiten besprochen, von diesen aber die ganz entschiedene und bestimmte Erklärung erhalten, daß sie eine Änderung der deutsch-französischen Beziehungen auf dem Wege privater Besprechungen nicht erhoffen könnten. Die Begründung für diese Ablehnung sei in folgender Weise geschehen:

1. Die deutsche Politik habe in den Augen aller gutgläubigen Menschen den Beweis erbracht, daß sie durchaus friedlich sei, wohingegen Deutschland sich jederzeit darauf einrichten müsse, daß Frankreich bei einer gebotenen Gelegenheit über Deutschland herfallen werde.

2. Trotz dieser Sachlage habe Deutschland stets darauf verzichtet, Frankreich irgendwie politische Schwierigkeiten zu bereiten, obwohl ihm das manchmal sehr leicht geworden sein würde. Es sei aber noch weiter gegangen und habe bei verschiedenen Anlässen, zuletzt bei dem chinesisch-japanischen Konflikt gezeigt, daß ihm ein Zusammengehen mit Frankreich durchaus nicht widerstrebe*. Es glaube, daß

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVII.

durch die damals befolgte deutsche Politik Frankreich ein nicht unwesentlicher Dienst erwiesen worden wäre. Wenn Frankreich nun wirklich die von Ihnen (Morre) zur Sprache gebrachte Politik der gegenseitigen Gefälligkeiten hätte zur Anwendung bringen sollen, so wäre hier durch den ersten von Deutschland getanen Schritt ein vortrefflicher Anlaß geboten worden.

3. Das sei nicht geschehen. Die Sprache eines großen Teiles der französischen Presse sei nach wie vor wenig freundlich geblieben, und die Frage der „Hoffnungen" sei immer wieder in den Vordergrund geschoben worden. Was das bedeute, wisse man in Deutschland natürlich ganz genau, ebenso wie man wisse, daß die französische Regierung Mittel besitze, um derartige Zeitungsauslassungen, wenn sie nur ernstlich wolle, zu unterdrücken. Man habe ferner die Erfahrung machen müssen, daß französische Minister, wenn sie sich in inneren politischen Schwierigkeiten befinden, niemals Anstand nehmen, die Revanchesaite anklingen zu lassen, um sich aus ihnen zu retten. Solange es darin nicht anders werde, müsse sich Deutschland auf eine völlig abwartende Haltung beschränken.

4. Weit entfernt, den in China geleisteten Dienst durch Reziprozität anzuerkennen, habe Frankreich bei den neuesten Vorgängen in Transvaal keineswegs eine wohlwollende Neutralität bewahrt, sondern durch Herrn von Courcel in London den Versuch gemacht, sich auf Kosten Deutschlands mit England in der ägyptischen Frage zu verständigen*; ein Versuch, der allerdings fehlgeschlagen sei, aber das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der französischen Regierung bei Deutschland schwer erschüttert habe.

5. Es sei dahin zu resümieren: Das Entgegenkommen Deutschlands sei ohne entsprechende Antwort geblieben, und Deutschland könne jetzt nur den Franzosen überlassen, wenn sie ihre Politik einer Änderung unterwerfen wollen, damit nicht in privater oder offiziöser, sondern in alleroffiziellster Form an Deutschland heranzutreten. Wenn das geschehe, werde man ja sehen, wie die deutsche Antwort lauten werde. Auf irgendetwas anderes sich einzulassen, sei kein Anlaß vorhanden. Im übrigen könne Frankreich sicher sein, daß ihm Deutschland bei keinen wie immer gearteten Unternehmungen hindernd in den Weg treten werde, natürlich unter der Voraussetzung, daß dadurch deutsche Interessen nicht geschädigt würden.

Morre entgegnete mir hierauf, daß er es sehr beklage, daß man von deutscher Seite auf seine Eröffnungen nicht eingehen wolle. Am berechtigsten schiene ihm die Klage darüber, daß Frankreich Deutschland in der Transvaalaffaire im Stiche gelassen, ja sogar sich über den Kopf Deutschlands hinaus auf dessen Kosten mit England in Verhandlungen eingelassen zu haben. Er hielte das aber für absolut un-

---

* Vgl. Kap. LXIV und Kap. LXVII.

denkbar und müsse glauben, daß hier ein Irrtum vorliege. Berthelot habe die Sachen laufen gelassen, wie sie laufen wollten, aber gerade der jetzt unternommene Schritt zeige, daß die heutige Regierung in Frankreich einen weit entgegenkommenderen Standpunkt einnähme.

Eine offizielle Verhandlung sei beim gegenwärtigen Stande der Dinge unmöglich, aber diese von Deutschland gewünschte offizielle Verhandlung wolle man gerade durch die privaten Verhandlungen vorbereiten. Es handle sich durchaus nicht um eine liaison avec une cocotte qu'on ne peut avouer, sondern um eine ernstliche Werbung. Auch diese geschehe nicht immer sogleich in offizieller Weise, sondern man träfe meist vorher gewisse Verabredungen, bevor man zum Antrag überginge und man versichere sich vorher, daß man keinen Korb erhielte.

Es sei schließlich nicht abzusehen, was eine solche private Unterredung schaden könne.

Schließlich betonte Morre nochmals, daß man den dringenden Wunsch hege, zu einem ernsten Ergebnis zu kommen, und er kam mit Nachdruck darauf zurück, daß, wenn es geschehe, das auch im Einvernehmen mit Rußland geschehen würde.

Im weiteren Verlauf der Unterredung ließ er durchblicken, daß es wohl nicht unmöglich sei, daß Herr von Mohrenheim von der Sache wisse und ferner sagte er, daß die Persönlichkeit, mit der ich zuerst in Beziehung gesetzt werden solle, Herr von Marcelles sein werde, der mich dann wohl aller Wahrscheinlichkeit nach Herrn Hanotaux zuführen werde.

Huhn

Nr. 2839

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 141 Paris, den 14. Juli 1896

Auf der Parade sagte mir der Präsident, Seine Majestät der Kaiser habe ihn durch ein sehr gnädiges Telegramm, in welchem er die Rettung des Schiffs „Chanzy" durch die „Gefion" mitteilte, überrascht und aufrichtig erfreut. Obgleich er sofort seinen Dank telegraphisch übersandt habe*, bitte er mich, nochmals in seinem und seiner Regierung Namen Seiner Majestät zu melden, wie sehr diese

* Das vom 13. Juli datierte Telegramm Faures lautete: « Je prie votre Majesté d'agréer l'expression de mes sincères remerciements pour le secours qu'elle a bien voulu faire porter avec tant d'empressement au navire ‚le general Chanzy'. La compagnie transatlantique me fait savoir que grâce à cette intervention du croiseur ‚Gefion' le navire a pu repartir pour Bergen sans avaries. Felix Faure. »

Hülfe, welche ein französisches Schiff allein der hochherzigen Initiative des Kaisers verdanke, dankbar anerkannt würde.

Minister Hanotaux sprach in demselben Sinne.

Münster

Nr. 2840

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 24. Juli 1896

pp. Ich schreibe morgen. Für jetzt nur noch, daß Courcel auch heute* sein möglichstes tat, um mich von der Notwendigkeit des Zusammengehens zwischen Frankreich und Deutschland in einzelnen Fragen zu überzeugen. Er sprach streng vertraulich aber ganz offen die Überzeugung aus, daß Frankreich und Rußland manche widersprechende Interessen hätten, auf welche ersteres nicht verzichten könne.

Hatzfeldt

Nr. 2841

Der Geschäftsträger in Kopenhagen Freiherr von Seefried an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 87 Kopenhagen, den 21. August 1896

Der auf Urlaub hier befindliche Botschaftsrat Jules Hansen aus dem französischen Ministerium des Äußern** hat sich von einem Berichterstatter des „Dannebrog“ interviewen lassen.

Über den Kopenhagener Freihafen und die Aussichten auf das Zustandekommen einer französisch-dänischen Handelsverbindung äußerte er, mit der Zeit würden die Franzosen wohl ihres Handels mit Rußland wegen Warendepots im hiesigen Freihafen anlegen. Augenblicklich liege wie überall, so auch in Frankreich das Geschäft vollkommen darnieder. Das Geld wage sich nicht auf den Markt. Erst wenn in Frankreich wieder ein frischerer Zug in die Geschäfte gekommen sein werde, könne man auf Herstellung einer Handelsverbindung zwischen den beiden Ländern rechnen.

Die Geschäftswelt sei sehr zurückhaltend, weil sie eine nahe bevor-

---

* Über die früheren Insinuierungen Baron v. Courcels siehe Kap. LXVII, Nr. 2739, 2744.

** Vgl. über diesen „berüchtigten französischen Agent Provocateur“ Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 134 f.; II, 44.

stehende europäische Abrechnung befürchte. Er glaube jedoch nicht an einen größeren Krieg in Europa in absehbarer Zeit. Die russisch-französische Allianz sei anfangs falsch aufgefaßt worden. Sie sei nur im Interesse des Friedens geschaffen als Gegengewicht gegen den Dreibund und namentlich die damals überwiegende Stellung Deutschlands in Europa. Diese Allianz habe auch den Frieden tatsächlich gesichert, weil sie Brausköpfe, wie Crispi, vom Kriege abgehalten habe. Jetzt habe man auch außerhalb Rußlands und Frankreichs ein richtiges Verständnis und betrachte sie als ein mächtig moderierendes Element. Seine Ansicht bezüglich der Erhaltung des Friedens auf viele Jahre hinaus werde bestärkt durch Rußlands natürliche Abneigung vor einem Kriege und durch das große Interesse Frankreichs an der Aufrechthaltung desselben in Anbetracht der bevorstehenden Weltausstellung.

„Gewisse Tendenzen in Frankreichs einflußreichen Kreisen deuten darauf hin," führte Herr Hansen zum Schluß aus, „daß man dort an derselben Stelle wünscht, auf die eine oder andere Weise ein besseres Verhältnis zu Deutschland zustande zu bringen. Es kann natürlich nicht von einer französisch-deutschen Allianz die Rede sein, aber es könnte möglicherweise in einzelnen der die Weltmächte interessierenden vorliegenden Fragen eine Einigkeit zwischen Deutschland einerseits und Frankreich-Rußland andrerseits erzielt werden . . . Eine solche Situation könnte dazu beitragen, daß man nach und nach vieles von dem vergessen würde, was zurzeit das französische und das deutsche Volk trennt."

Seefried

Nr. 2842

Aufzeichnung des Berliner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung" Arthur von Huhn für das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Berlin, den 19. September 1896

Vor ungefähr acht Wochen war mir von dem französischen Korrespondenten Morre die Bitte ausgesprochen worden, ich solle mich nach Paris begeben, um dort mit einflußreichen französischen Persönlichkeiten Besprechungen zu haben, die eine Annäherung Frankreichs an Deutschland bezwecken sollten. Im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amte habe ich seinerzeit den Vorschlag abgelehnt, jedoch in einer Form, die es nicht ausschloß, daß man vielleicht wieder auf die Angelegenheit zurückkommen könne. Auch das geschah im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amte.

Vor kurzem ist nunmehr Morre wieder mit derselben Angelegenheit an mich herangetreten und zwar in folgender Form: Er schlug mir

vor, ich solle nach Kopenhagen kommen, wo er mich mit einem hierzu ermächtigten Vertrauensmanne der französischen Regierung in Verbindung setzen werde, der sich gerade in der dänischen Hauptstadt aufhalte. Im späteren Verlauf der Unterredungen nannte er als die betreffende Persönlichkeit den Herrn Julius Hansen, der wiederholt in politischen Vorgängen eine gewisse Rolle gespielt hat, und von dem mir in sehr genauer Weise bekannt ist, daß er in der Tat als ein Vertrauensmann der französischen Regierung anzusehen ist. Auf diesen Vorschlag entgegnete ich, daß das Auswärtige Amt nach meiner Kenntnis der Verhältnisse auch jetzt nicht damit einverstanden sein werde, mir in dieser Angelegenheit eine gewissermaßen offiziöse Rolle zu übertragen, daß ich aber vielleicht als ein Mann, der die politischen Vorgänge mit lebhaftem Interesse betrachtet, nicht abgeneigt sein würde, auf meine eigene Verantwortung nach Kopenhagen zu gehen, um zu hören, was mir eigentlich Hansen erzählen wolle. Ich glaubte diese Vorgänge der deutschen Regierung nicht verschweigen zu sollen und, nachdem sowohl Seine Durchlaucht der Herr Reichskanzler wie auch Seine Exzellenz der Herr Unterstaatssekretär Freiherr von Rotenhan hiervon Kenntnis genommen und sich mit der Reise unter der Voraussetzung einverstanden erklärt hatten, daß ich lediglich als Privatmann auftrete, bin ich am 16. d. Mts. in Begleitung von Morre nach Kopenhagen gegangen. Das Ergebnis der Verhandlungen, die ich dann am 17. d. Mts. mit Hansen hatte, läßt sich in folgender Weise zusammenfassen.

Hansen erzählte mir zunächst, daß er nach den Schleswig-Holsteinschen Wirren und nach 1866 als dänischer Agent im Interesse der Nordschleswiger in Paris tätig gewesen sei. Auf Grund mehrfacher Unterredungen mit dem Fürsten Bismarck sei er zu der Überzeugung gelangt, daß dieser zur Abtretung eines erheblichen Teiles von Nordschleswig an Dänemark nicht abgeneigt sei, und er habe, als das nicht eintrat, das Gefühl gehabt, von Bismarck hintergangen worden zu sein. Es habe ihn das um so mehr gekränkt, als er glaube, durch seine Beziehungen mit dem Grafen Chaudordy, der die rechte Hand des französischen Ministers des Auswärtigen war, bis zu einem gewissen Grade dazu beigetragen zu haben, daß Frankreich 1866 die Neutralität bewahre. Er habe daraufhin einen Absagebrief an Bismarck geschrieben und seitdem alles getan, was in seinen Kräften stand, um dem Fürsten und Deutschland zu schaden.

Zur Gambettaschen Zeit sei er als Franzose naturalisiert worden und als Botschaftsrat in französische Dienste getreten. In dieser Stellung habe er auf verschiedenen Gebieten gegen Deutschland gewirkt. Später habe er auch mit den russisch-französischen Verhandlungen zu tun gehabt*, über die er unter anderem sagte, daß tat-

* Vgl. dazu Hansens eigene Erzählungen in seinem Memoirenwerke Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim (1884—1898), p. 118 ss.

sächlich im August 1890 (oder 91) ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden sei, der aber einen rein defensiven Charakter trage. Später seien dann auch zwischen beiden Mächten militärische Vereinbarungen — stipulations militaires — unterzeichnet worden, die aber an dem friedlichen Charakter des Vertrages nichts geändert hätten. Damals sei er noch ein entschlossener Anhänger eines Revanchekrieges gewesen, aber im Laufe der letzten Jahre habe diese seine Auffassung eine vollständige Änderung erlitten.

Diejenigen verständigen und zurechnungsfähigen Leute, die die Hoffnung auf einen Krieg gesetzt hätten, hätten sich davon überzeugen müssen, daß der Krieg unmöglich sei. Wenn man einen Krieg hätte unternehmen wollen, so hätte es doch nur unter Umständen geschehen können, die einen Erfolg zum mindesten zu einer großen Wahrscheinlichkeit machten. Ein solcher Erfolg war aber nur möglich unter zwei Voraussetzungen: einmal mußte Deutschland vollständig isoliert werden, andererseits aber mußte Frankreich auf die unbedingte und sichere Unterstützung Rußlands zählen können. Beide Voraussetzungen träfen nicht ein, denn einerseits habe man sich überzeugen müssen, daß die Isolierung Deutschlands nicht durchzuführen sei, andererseits sei jeder Zweifel über die ausgesprochen friedlichen Absichten Rußlands vollkommen widerlegt und man könne nicht mehr die Hoffnung hegen, Rußland zu einem Revanchekrieg gegen Deutschland benutzen zu können.

Andere Erwägungen bestärkten die Überzeugung, daß ein Krieg nicht möglich sei. Die Zeit habe angefangen, ihren Einfluß auszuüben. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung wolle absolut nicht von Krieg hören, namentlich aber nicht die Bauern. Die Republikaner sagten sich immer mehr, daß ein Krieg, gleichviel ob siegreich oder unglücklich, das Ende der Republik bedeute, und ferner sähe man immer mehr ein, daß man seine Kräfte opfere, indem man einem nun einmal nicht zu erreichenden Phantom nachjage. Endlich müsse man sich sagen, daß man durch eine Revanchepolitik Gefahr laufe, die Beziehungen zu Rußland zu gefährden, an denen man unter allen Umständen festhalten wolle.

Alle diese Erwägungen führten zu dem Ergebnis: La guerre est impossible. Wenn das aber der Fall ist, so müsse man auch die auf Kriegsaussichten gerichtete Politik verlassen und eine ganz neue Politik einschlagen. Die Haltung, die Deutschland seit dem Sturze des Fürsten Bismarck eingenommen habe, vor allem aber das wiederholte chevalereske und edelmütige Entgegenkommen Kaiser Wilhelms II.*

---

* Hansen denkt hier wohl vor allem an das Beileidtelegramm, das Kaiser Wilhelm II. anläßlich des Todes von Jules Simon am 8. Juni 1896 an den Präsidenten Faure gerichtet hatte, und das nach Hanotaux' Äußerung zu Graf Münster bei allen Klassen der französischen Bevölkerung den größten Anklang

lasse die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß französische Annäherungsversuche an Deutschland bei letzterer Macht Verständnis und guten Willen finden würden. Diesen Erwägungen hätten sich viele einflußreiche Männer in Frankreich nicht verschlossen, und es befänden sich unter ihnen solche, die durch amtliche Stellung und persönlichen Einfluß große Bedeutung hätten. Vor allem sei es der Minister Hanotaux, der es als eine Aufgabe allererster Wichtigkeit betrachte, der französischen Politik eine neue Orientierung zu geben. Nach langen und eingehenden Besprechungen mit Hansen habe Hanotaux ihn (Hansen) beauftragt, in privater Weise Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie man sich Deutschland nähern könne. Man könne annehmen, daß etwa dreitausend Männer in der Lage seien, auf die Geschicke Frankreichs einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Alles andere sei „Heerde“. Von diesen dreitausend sei aber heute bereits wohl ein Drittel der neuen Politik gewonnen, und es erscheine durchaus nicht aussichtslos, diese Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln.

Nun wäre es als das einfachste erschienen, wenn Frankreich sich in amtlicher, wenn auch konfidentieller Weise an Deutschland gewandt hätte. Dieser Weg sei aber völlig ungangbar, weil Hanotaux gezwungen sei, mit der allergrößten Vorsicht vorzugehen. Wenn es heute bekannt würde, daß Hanotaux sich auf Pourparlers mit Deutschland eingelassen habe, so würde sein sofortiger Sturz die unvermeidliche Folge sein, und Hanotaux habe durchaus nicht die Absicht, sich dieser Gefahr auszusetzen. Um Frankreich eines Tages mit dem Plane eines Einvernehmens mit Deutschland kommen zu können, müsse man vorher eine vorbereitende Tätigkeit entfalten, und die erste Vorbedingung zu dieser müsse sein, daß man sich der Geneigtheit Deutschlands zu Verhandlungen versichere. Es sei für ein französisches Ministerium völlig unmöglich, heute vor die Kammer zu treten und zu sagen: Wir wollen unsere Politik ändern, auf Elsaß-Lothringen verzichten und uns mit Deutschland einigen. Dagegen werde es in einer nächsten Zukunft möglich sein, dem Parlament bestimmte Abmachungen vorzulegen, ihm Tatsachen zu zeigen, die die Nützlichkeit des Zusammengehens mit Deutschland beweisen, und dann werde es dem Einfluß der leitenden Staatsmänner gelingen, die Mehrheit mit sich fortzureißen und Frankreich zu bewegen, sich mit der neuen Politik einverstanden zu erklären. Es sei aber wohlverstanden, daß ein Einvernehmen mit Deutschland an den Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland nichts ändern dürfe. Es sei das auch durchaus nicht nötig, denn wenn es erst einmal gelungen wäre, die elsasser Frage aus dem Gebiete der praktischen Politik auszuscheiden, so läge vor den drei Staaten Frankreich, Deutschland und Rußland eine gemeinsame Interessensphäre,

---

gefunden und überall dankbar gefunden wurde. Siehe den Text des Telegramms in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1896, S. 217.

die jeden Zusammenstoß ausschließe. Wären die drei Staaten aber einmal erst einig, so gäbe es keine politische Frage, die sie nicht nach ihrem Gutdünken und nach ihren Interessen zum Austrag bringen könnten.

Es handle sich nun darum, wie man praktisch vorgehen solle, um die Dinge in eine Bahn zu lenken, wo sie praktische Erfolge geben können. Hanotaux mache durch ihn (Hansen) folgenden Vorschlag: Frankreich als besiegte Nation könne nicht wohl mit der Bitte um Annäherung an den Sieger herantreten, sondern dieser müsse ihm ein ganz klein wenig entgegenkommen, sei es auch nur der Form wegen. Hanotaux wünsche also, daß man den Grafen Münster anweise, bei irgendeiner Unterredung mit ihm ein Wort einfließen zu lassen, in folgendem Sinne: Man habe manche schwere Fragen vor sich, in denen die Interessen Frankreichs und Deutschlands eigentlich gemeinsam seien. Man habe bisher immer vermieden, sich darüber auszusprechen. Ob er, Hanotaux, nicht glaube, daß auf dem Wege des Aussprechens manches Mißverständnis zu beseitigen sei. Eine Andeutung, die in diesem Sinne gehalten sein würde, würde ihm, Hanotaux, als ein Beweis gelten, daß Deutschland geneigt sei, auf seine Ideen einzugehen, und er werde dann sogleich dem Grafen Münster nähere Mitteilungen machen über die Art und Weise, wie er sich das weitere Vorgehen denke und über die praktischen Vornahmen, die er in Vorschlag zu bringen habe. Selbstredend seien das Verhandlungen, die man nicht in einer Unterredung zu Ende führen könne; wenn aber einmal das Eis gebrochen sei, wenn man erst dahin gekommen sei, sich gegenseitig in freundschaftlicher Weise auszusprechen, so werde sich dann das Weitere finden. Wenn die Besprechung zwischen mir und Hansen zu dem Ziele führte, daß in der oben skizzierten Weise Verhandlungen zwischen amtlichen Persönlichkeiten angebahnt würden, so hätten sie ihren Zweck erreicht*.

---

* Wenn es Hanotaux mit den ihm von Hansen in den Mund gelegten Wünschen wirklich ernst gewesen wäre, so hätte er zu ihrer Übermittelung doch wohl einen anderen Weg gefunden als ausgerechnet über den in Berlin als unzuverlässig bekannten Herrn Hansen. Daß man in Berlin trotz der wenig ermutigenden Erfahrungen, die man Anfang 1896 in der Transvaalfrage mit Frankreich gemacht hatte, nicht abgeneigt gewesen wäre, auf einen als ernsthaft zu erkennenden Fühler Frankreichs einzugehen, erhellt aus einer Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu einem Bericht des Botschafters Graf zu Eulenburg vom 19. August 1896: „Es muß Münster jede Andeutung oder jeden Versuch der Anlehnung, den Hanotaux an uns zu machen fühlen läßt, mit warmem Entgegenkommen beantworten und gewissermaßen Hanotaux Muth machen, sich nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, indem er in gewissen Fragen unserer Unterstützung sicher sein könne.“ Diese Direktiven des Kaisers sind, wie es scheint, nicht der Botschaft in Paris mitgeteilt worden, doch dürfte Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der am 12. September den auf Urlaub in Schloß Derneburg i. Hannover weilenden Grafen Münster besuchte, bei dieser Gelegenheit den Botschafter von

Dies ist im wesentlichen der Inhalt des Vortrages, den Hansen mir gehalten hat. Ich habe nun noch folgendes hinzuzufügen: Ich sagte Hansen, daß seine Auslassungen als Zeichen eines Meinungsumschwunges in Frankreich zweifelsohne für mich Interesse hätten, daß ich mir aber naturgemäß die Frage vorlegen müsse, wie man sich denn nun das Weitere denke, was durch die Unterredung zwischen Hanotaux und dem Grafen Münster angebahnt werden solle. Hansen erwiderte mit der von ihm oft angewendeten Redensart: Il faut causer, alors on verra, ging dann aber doch einen Schritt weiter. Deutschland sowohl wie Frankreich träfen auf fast allen Gebieten einen gemeinsamen Gegner: England. Ein Zusammengehen beider Staaten bedeute also ein Vorgehen gegen England, das augenblicklich politisch nur von der Zwietracht zwischen diesen beiden Staaten lebe. Wie sich dies Vorgehen im einzelnen zu gestalten habe, das müßten eben die amtlichen Besprechungen ergeben. Wenn Deutschland zögere, sich auf Verhandlungen einzulassen, die mehr oder minder ihre Spitze gegen England kehren würden, so glaube man in Frankreich eine Erklärung für dies Verhalten zu besitzen: Deutschland habe natürlich immer die Möglichkeit eines europäischen Konfliktes im Auge, bei dem es unter Umständen doch vielleicht nicht ganz ausgeschlossen sei, daß Englands Seemacht Deutschland gute Dienste leisten könne. Diese, wenn auch unwahrscheinliche, so doch nicht unmögliche englische Hülfe würde nun sehr in Frage gestellt und die Aussicht auf sie kompromittiert werden, wenn England jetzt erführe, daß Deutschland mit Frankreich unterhandle. Aus diesem Grunde schiene man in Deutschland eine französische Indiskretion zu besorgen. Im augenblicklichen Stadium der Sache gäbe es kein Mittel, einen Beweis dafür anzutreten, daß Frankreich eine solche Indiskretion nicht beabsichtige und sich niemals zu schulden kommen lassen werde*. Es müsse aber darauf hingewiesen werden, daß der Antagonismus zwischen Frankreich und England nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen der Bevölkerung so gewaltig sei, daß Frankreich wohl nie daran denken könne, durch eine solche Indiskretion England einen

---

der kaiserlichen Willensmeinung verständigt haben. In den Insinuationen „nicht verantwortlicher Personen“ wie J. Hansen glaubten indes die Leiter der deutschen Politik keinen ernst gemeinten französischen Fühler sehen zu können. Vgl. Nr. 2844.

* Was von dieser Versicherung Hansens zu halten ist, ergibt sich daraus, daß derselbe Hansen sich im Jahre 1899 in Berlin einfand, um beim Auswärtigen Amt eine gegen England gerichtete deutsch-französische Intervention im Burenkriege zu betreiben, dann aber, obwohl er in Berlin völlig abgeblitzt war, beim englischen Kabinett zu insinuieren suchte, die deutsche Regierung habe an Frankreich einen gegen England bestimmten Interventionsvorschlag gerichtet, welcher jedoch voller Entrüstung abgelehnt worden sei! Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 44.

Dienst zu erweisen. „La confiance ne se commande pas, mais je crois, que vous pouvez nous l'accorder en toute sûreté."

Ich glaubte hier Hansen vorhalten zu müssen, daß, wie aus den früher an Morre gemachten Mitteilungen hervorgehe, die deutsche Regierung sich über den französischen Botschafter von Courcel in London beklage, weil dieser anläßlich der Transvaalfrage eine zum allermindesten zweideutige Stellung eingenommen habe*. Hansen entgegnete hierauf, daß Hanotaux dieser Frage nähergetreten sei, daß sich aber in den Archiven der französischen Regierung nichts befinde, was diese Anklage bestätige. Andererseits stelle er aber nicht in Abrede, daß sich Courcel, wie man erfahren habe, in der Tat nicht so verhalten habe, wie es Deutschland mit Recht hätte beanspruchen können. Das deutsche Auswärtige Amt lege den übertriebenen Liebenswürdigkeiten, die Courcel der englischen Regierung gesagt habe, zu große Tragweite bei. Viel mehr als Liebenswürdigkeiten seien es nicht gewesen, aber man erkenne an, daß auch das schon zu viel gewesen sei. „Du reste, l'affaire Courcel, si vous y tenez, aura telle sanction que vous voudrez. Si vous voulez la tête de M. de Courcel, on vous la donnera."

Ich brachte nunmehr die Besprechung auf die Haltung der französischen Presse, die in Deutschland erbittere und jede Annäherung erschwere. Es sei bekannt, daß der Einfluß der französischen Regierung auf die Presse außerordentlich groß sei, aber nicht in der Weise ausgeübt werde, wie wir es erwarten könnten. Selbst wenn es der Regierung wohl nicht immer möglich sein sollte, jeden Angriff einzelner Skandalblätter zu verhindern, so sei sie doch sehr wohl in der Lage, auf die großen Blätter einzuwirken und auch in dem Sinne, daß diese den Angriffen der Skandalpresse entgegenträten und dadurch eine Vergiftung der französischen öffentlichen Meinung verhinderten. Hansen gab das im allgemeinen zu, meinte aber, daß es ja eine ganz natürliche Folge einer Annäherung sein würde, daß die französische Regierung allen ihren Einfluß in dem gewünschten Sinne aufwenden werde, zumal das ja unter den eventuell veränderten Verhältnissen ihren eigensten Interessen entsprechen würde. Er werde im übrigen schon jetzt seinen Einfluß in diesem Sinne einsetzen und er hoffe, daß er bei seiner Rückkehr nach Frankreich, die demnächst erfolgen werde, entsprechend werde wirken können.

Ich muß hier noch ganz besonders hervorheben, daß Hansen wiederholt betonte, daß er nicht nur im Auftrage Hanotaux handle, sondern daß auch die russische Regierung sowohl von den französischen Annäherungswünschen, als auch von seiner Tätigkeit in dieser Sache unterrichtet sei und sie durchaus billige.

Eines Urteils darüber, wieweit es die Franzosen mit dieser ganzen Angelegenheit ernst meinen, muß ich mich enthalten. Nur das eine

* Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2650, 2651, Kap. LXVII, Nr. 2739, 2744.

glaube ich sagen zu sollen, daß ich in der sehr langen und sehr eingehenden Unterredung mit Hansen allerdings den bestimmten Eindruck gewonnen habe, daß Hansen tatsächlich im Auftrage Hanotaux und nicht etwa auf eigene Faust handelt. Die mir aus meinem früheren Aufenthalte in Paris bekannten außerordentlich engen Beziehungen Hansens zu Herrn von Mohrenheim machen es auch im allerhöchsten Grade wahrscheinlich, daß Hansen, wenn er vom Einverständnis der Russen spricht, sich nicht von der Wahrheit entfernt. —

Huhn

Nr. 2843

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 559 St. Petersburg, den 3. Dezember 1896

Herr Hanotaux hat sich — wie ich von gut informierter Seite vertraulich höre — vor einigen Tagen einem soeben aus Paris zurückgekehrten hiesigen Journalisten gegenüber, der ihm von mit Herrn Hanotaux eng befreundeter belgischer Seite warm empfohlen war, unter anderem wie folgt ausgesprochen:

„Frankreich darf nicht dulden, daß das Mittelmeer von England zu einem mare clausum gemacht werde. Wir dürfen auch nicht dulden, daß die Engländer in Ägypten bleiben. Sie müssen heraus. In diesen Fragen hat Frankreich ein Recht darauf, daß Rußland aufrichtig mitwirkt. Da ich aus meinen Unterredungen mit dem Zaren weiß, daß er unbedingt Frieden haben und jede kriegerische Konstellation vermeiden will, so müssen wir in diesen Fragen von allzu radikalen Maßregeln absehen. Deshalb müssen wir die diplomatische Unterstützung Deutschlands in diesen Fragen suchen[1]. Wenn Deutschland uns das macht, sind wir sogar bereit, Elsaß-Lothringen zu vergessen, und wir würden Deutschland verschiedene Avancen machen, damit die Leute den guten Willen Frankreichs sehen[2].“ —

Wie wunderbar dies alles klingt, so habe ich es von zu zuverlässiger Seite gehört, daß ich es nicht unerwähnt lassen möchte.

Über Herrn Schischkin soll sich der Minister Hanotaux mit folgenden Worten geäußert haben: „Herr Schischkin ist eine doppelzüngige Natur. Er arbeitet offiziell mit Herrn Witte, unoffiziell arbeitet er auch gegen ihn. Wir wissen eigentlich nicht, woran wir mit ihm sind.“

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] so sprach Courcel schon 1885, als [er] uns Fr[an]kr[ei]chs Dankbarkeit zusicherte, falls wir ihm zum Frieden mit China verhülfen.

Nr. 2844

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 951 Berlin, den 8. Dezember 1896

In Erwiderung auf den interessanten Bericht Nr. 559* beehre ich mich Ew. mitzuteilen, daß ich die darin wiedergegebenen Andeutungen des Herrn Hanotaux, Frankreich würde bereit sein, Elsaß-Lothringen zu vergessen, falls Deutschland in der ägyptischen Frage Frankreich diplomatisch unterstützen wollte, für authentisch halte. Es ist nämlich dies nicht das erste Mal, daß die französische Regierung sich eines Journalisten als Vermittlers bedient, um in einer nicht streng offiziellen Form die Kaiserliche Regierung darauf hinzuweisen, daß ein Zusammengehen in einzelnen konkreten Fragen für beide Länder vorteilhaft sein würde. Bereits vor einigen Monaten waren Eröffnungen dieser Art hierher gelangt, für welche der bekannte Franko-Däne Hansen, dessen langjähriger Zusammenhang mit dem Quai d'Orsay notorisch ist, als Vermittler diente**. Diesseits ist jene außeramtliche Anregung unbeachtet geblieben, nicht nur aus formalen, sondern auch aus sachlichen Gründen. Für ein deutsch-französisches diplomatisches Zusammengehen im konkreten Falle hätte keine Frage sich besser eignen können als die Transvaalsfrage, welche zu Anfang dieses Jahres in ein akutes Stadium getreten war. Diese Gelegenheit ließ aber die französische Regierung unbenutzt vorübergehen. Der hiesige französische Botschafter verhielt sich apathisch, und nebenher erfuhr man, daß der französische Botschafter in London bei Besprechung der zwischen Deutschland und England damals bestehenden gespannten Beziehungen dem Lord Salisbury erklärt habe, für Frankreich gebe es nur einen Feind, und das sei Deutschland; von diesem leitenden Grundsatz werde die französische Politik in jedem einzelnen Falle beherrscht werden. Es liegt Anlaß zu der Vermutung vor, daß jene journalistisch-diplomatische Sondierung und ebensowohl auch die jetzt von Ew. berichtete auf russisches Drängen erfolgt ist. Ich glaube mich in der Annahme nicht zu irren, daß die anglophile Tätigkeit des Baron Courcel im Januar d. Js. dem Fürsten Lobanow verdächtig sowohl wie auch angesichts der nächsten franko-russischen Aufgaben durchaus verfehlt erschien.

Abgesehen von der jüngsten Vergangenheit gibt auch der Rückblick auf die Erfahrungen des Jahres 1885 uns Grund genug, um uns vorsichtig zu machen, wenn Frankreich uns sein Wohlwollen als

---

* Siehe Nr. 2843.

** Vgl. Nr. 2842.

Entgelt für materielle Leistungen in Aussicht stellt. Im Frühjahr 1885 bewog Baron Courcel den Fürsten Bismarck, die Vermittelung in dem französisch-chinesischen Konflikt zu übernehmen*. Der französische Botschafter versicherte damals, daß die deutsch-französischen Beziehungen rasch auf einen andren Fuß kommen würden, falls die deutsche Regierung der tonkinesischen Verwickelung ein Ende und dadurch Frankreich moralisch zum Schuldner Deutschlands mache. Fürst Bismarck beauftragte den Kaiserlichen Gesandten in Peking, der chinesischen Regierung zum Frieden zu raten. Nach der erfolgreichen Erledigung der deutschen Vermittelungsaktion ward dann Ferry gestürzt. Unter den ihm von der Kammer gemachten Vorwürfen war der schwerste derjenige, unter welchem er für den Rest seines Lebens litt, daß er sich durch die deutsche Regierung habe Verpflichtungen auferlegen lassen.

Die Ähnlichkeit zwischen der Sprache, die Baron Courcel vor elf Jahren führte, und derjenigen, die Herr Hanotaux heute durch publizistische Vertrauenspersonen führen läßt, erklärt sich teils aus der Ähnlichkeit der französischen Wünsche von damals und von heute, teils auch daraus, daß Baron Courcel und Herr Hanotaux Freunde und Gesinnungsgenossen sind. Während der bereits erwähnten akuten Transvaal-Episode beriet sich Herr Courcel nicht mit dem Minister Berthelot, sondern mit Herrn Hanotaux, obschon der zu jener Zeit privatisierte. Von den beiden Staatsmännern scheint Herr Hanotaux der vorsichtigere zu sein. Denn während der Botschafter Courcel im Jahre 1885 in der Bedrängnis seines Vaterlandes den Mut fand, um persönlich, allerdings nur unter vier Augen, den eventuellen Verzicht auf die Revanche in Aussicht zu stellen, beschränkt sich der Minister darauf, denselben Gedanken durch nichtverantwortliche Personen aussprechen zu lassen. Ich irre wohl kaum, wenn ich gerade in dieser Vorsicht des französischen Ministers den Beweis dafür erblicke, daß derselbe den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hält, wo der Verzicht auf die Revanche-Idee unter irgendwelchen Bedingungen von denjenigen politischen Kräften, welche die öffentliche Meinung Frankreichs bedeuten, ratifiziert werden würde. Dadurch wird auch unsere politische Haltung vorgezeichnet: Wir setzen der Vorsicht Vorsicht entgegen.

Ew. Mitteilung war mir als Material zur Beurteilung der Politik des Herrn Hanotaux von besonderem Werte.

C. Hohenlohe

* Vgl. Bd. III, Nr. 699 und Fußnote **.



Kapitel LXXI

Das Deutsch-Russische Verhältnis und die Französisch-Russische Allianz Zarenbesuche in Deutschland und Frankreich



Nr. 2845

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 166 St. Petersburg, den 7. April 1896

Im Anschluß an meinen gehorsamsten Bericht Nr. 160 vom heutigen Tage beehre ich mich Euerer Durchlaucht zu melden, daß, wie ich aus guter Quelle höre, es dem Grafen Montebello* vor seiner Abreise nach Paris von hier aus als dringend wünschenswert bezeichnet worden ist, daß dem Ministerium Bourgeois so bald wie möglich ein Ende gemacht werde. Herr Bourgeois ist als Minister des Auswärtigen hier fast ebenso mißliebig, wie es Herr Berthelot war, und man sucht mit allen Mitteln Herrn Hanotaux wieder ins Ministerium zu bringen. Da letzterer es entschieden abgelehnt hat, mit Herrn Bourgeois zusammenzuarbeiten, sucht man den Sturz des gesamten Ministeriums herbeizuführen.

Die Sache ist um deswillen von größerer Bedeutung, weil Rußland hier zum ersten Male die inneren Verhältnisse der französischen Republik direkt zu beeinflussen sucht. Es wird von Interesse sein, den Effekt dieses russischen Druckes zu beobachten, insbesondere, ob bei den Radikalen in Frankreich die Liebe zu Rußland sich stärker erweisen wird wie der Trieb, sich am Ruder zu erhalten.

Radolin

Nr. 2846

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 15. April 1896

Der Staatssekretär hat eine Aufzeichnung gemacht — welche Ihnen heute zugeht — über eine Unterredung mit Osten-Sacken**.

---

* Französischer Botschafter in Petersburg.

** Siehe Kap. LXVII, Nr. 2729.

Sie werden daraus entnehmen, daß man in Petersburg mißvergnügt ist über die allzudeutlich hervortretende Neigung des Pariser Kabinetts sich unter gleichviel welchen Bedingungen mit London wegen Ägyptens zu verständigen. Man bemüht sich also in Petersburg, die Franzosen scharf zu machen, mit welchem Erfolg, das bleibt abzuwarten.

Wenn wir auf den Anfang der letzten Phase des Streites um Ägypten zurückgehen, so ergibt sich aus unseren Akten, daß wir die erste Mitteilung über englisch-französische Räumungsverhandlungen von dem Petersburger Auswärtigen Ministerium erhalten haben*. Da die Russen unabsichtliche Indiskretionen nicht zu machen pflegen, so ist hiernach die Vermutung gestattet, daß die Russen dem Gelingen jener Verhandlung durch vorzeitige Veröffentlichung derselben vorbeugen wollten. Der Korrespondent irgend einer englischen Zeitung schrieb neulich mal, Rußland und Deutschland hätten ein gleichartiges Interesse an der ägyptischen Frage, sie betätigten dasselbe nur auf verschiedene Art. Dieser Mann hat nicht unrecht. Rußland braucht für seine Politik die englische Okkupation von Ägypten als rotes Tuch, um die Franzosen zu ärgern. Wenn Ägypten nicht mehr den Zankapfel zwischen England und Frankreich bildet, rückt damit die Gefahr näher, daß England und Frankreich vielleicht zu einer Verständigung kommen. Die Franzosen ihrerseits wären für eine solche Verständigung vielleicht heute geneigter als vor Jahr und Tag. Denn inzwischen hat sich die Spannung zwischen Rußland und England derartig verschärft, daß kluge Franzosen, wie z. B. Courcel, sich sagen müssen, Rußland werde heute schwerlich geneigt sein, seine Kräfte an eine Revision des Frankfurter Friedens zu setzen und während der Zeit England freie Hand in Asien zu lassen. Gerade auf diese Revision des Frankfurter Friedens aber hatten es doch die Franzosen abgesehen, als sie sich den Russen vor die Füße warfen. Diese Hoffnung ist heute nach menschlichem Urteil von ihrer Verwirklichung recht weit entfernt. Dagegen wissen wir, daß, nach dem Telegramm des Kaisers an den Präsidenten Krüger, Courcel fortgesetzt bemüht gewesen ist, Salisbury die Überzeugung beizubringen, daß im Falle eines englisch-deutschen Kolonialkonflikts England sicher auf die Unterstützung Frankreichs werde rechnen können**. Courcel also (und wahrscheinlich auch sein Vertrauensmann und Gesinnungsgenosse Hanotaux) glaubt, daß Elsaß-Lothringen vielleicht eher mit englischer als mit russischer Hülfe zu erlangen sein würde. Hierzu kommt noch, daß Hanotaux, den man heute als den leitenden Geist Frankreichs für auswärtige Dinge betrachtet, keinen Geschmack an der doch wohl schwerlich weit entfernten Ausbreitung Rußlands im Mittelmeer zu haben scheint; Sie bekommen auch darüber heute eine kurze amtliche Mitteilung. Dieser Umstand ist, wie Ihnen nicht entgehen wird, von

---

* Siehe Kap. LXVII, Nr. 2681.

** Vgl. Kap. LXIV, Nr. 2650 und Kap. LXX, Nr. 2844.

großer Bedeutung. Wenn wirklich heute in Frankreich an leitender Stelle die gleiche Antipathie wie früher gegen den Gedanken fortbesteht, Rußland als gleichberechtigte Kollegin im Mittelmeer zu begrüßen, so läßt sich vorher sagen, daß die russisch-französische Freundschaft nicht von Dauer sein wird. Ihre Flitterwochen hat sie ohnedies wohl schon hinter sich. Bis jetzt haben sich sowohl Rußland wie Frankreich in den Berechnungen, welche der Kronstädter Jubelfeier zu Grunde lagen, getäuscht. Frankreich wollte die Russen gegen Deutschland, Rußland wollte die Franzosen jedenfalls in erster Linie gegen England verwerten. Bisher aber entspricht keiner der beiden Freunde den Erwartungen des andern.

Meines Erachtens ist die Fortdauer der franko-russischen Freundschaft, namentlich in ihrem jetzigen abgekühlten Stadium und bei der jetzigen Weltlage für uns weniger unbequem, als es ein Wiederaufleben der alten Krimkrieggruppe à quatre mit Österreich sein würde. Sobald England und Frankreich mal erst wieder auf dem Fuße einer entente cordiale ständen, würde Italien mit seinen exponierten Küsten schwerlich lange zögern, sich dieser Gruppe anzuschließen. Und was Österreich anlangt, so wissen wir bereits, daß eine Aussöhnung Frankreichs mit England und entsprechende Trennung Frankreichs von Rußland ein Ideal unseres polnischen Freundes Goluchowski sein würde. Im Falle der Verwirklichung dieses Ideals würde Deutschland mit Rußland allein bleiben. Daß das auf diese Art sich ergebende Machtverhältnis manches Unerfreuliche, namentlich für unsere Kolonialpolitik mit sich bringen würde, brauche ich Ihnen nicht weiter auszuführen. Ich glaube indessen nicht, daß diese Konstellation, trotz österreichischer und wohl auch mancher französischer Bemühungen ihrer Verwirklichung nahe ist. Die Weltgeschichte dreht sich nicht im Kreise, sondern in der Spirale. Die Gegenwart ist der Vergangenheit oftmals ähnlich, niemals kongruent. Zur Zeit des Krimkriegs beschäftigte sich das politische Europa wirklich nur mit der einen Orientfrage. Das Gewebe der Interessen war nicht annähernd ein so mannigfaltiges wie heute, insbesondere bestanden nicht zwischen Frankreich und England die schwerwiegenden Rivalitäten, welche gegenwärtig, auch abgesehen von der ägyptischen Frage, vorhanden sind. Es hat daher noch gute Wege mit der Krimkrieg-Gruppe, aber in der Politik muß man nicht nur das Wahrscheinliche, sondern auch das einfach Mögliche in Betracht ziehen.

Für Sie, lieber Freund, dürften die vorstehenden kurzen Winke nützlich sein; denn Sie haben dort am Bosporus einen guten Barometer für zu- oder abnehmende Intimitäten. Wenn Frankreich wirkliches Mißtrauen gegen die russische Mittelmeerpolitik hegen sollte, so werden Sie trotz aller Zurückhaltung von Cambon davon wohl mal etwas merken, nicht gerade zwischen heute und morgen, aber zwischen heute und sechs Monaten. Das Zutrauen, welches Tewfik offenbar zu Ihnen hat, wird Ihre Beobachtungen erleichtern, denn er ist der erste, welcher

es merkt, wenn die Franzosen anfangen, gegen russische Überraschungen, etwa geheime Abmachungen mit dem Sultan, mißtrauisch zu werden. Ebenso wird er es auch bald merken, wenn die Ansichten von Cambon und Currie* mehr als bisher in Übereinstimmung kommen. Aber Tewfik selber ist mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln. Hier wenigstens galt es als Axiom, daß er alles, was er erfuhr, an Herbette weiter sagte**. Indessen werden Sie als alter Praktikus, ja Ihre Fragen in ein unscheinbares Gewand zu hüllen wissen.

Die vorstehende kurze Darlegung, welche sich mit der amtlichen Auffassung des Auswärtigen Amts deckt, gab ich Ihnen durch Privatbrief, weil ich Sie bitten möchte, das über die Eventualität einer Wiederherstellung der Krimkrieg-Gruppe Gesagte gegen Niemanden zu erwähnen; das hindert aber nicht, daß Sie bei der Behandlung der einzelnen Punkte, z. B. für die Sondierungen darüber, wie sich die französische Vertretung in Konstantinopel neuerdings über die russischen Mittelmeeraussichten und -Pläne hat vernehmen lassen, auch andere von Ihnen als zuverlässig erachtete Persönlichkeiten, insbesondere Testa***, mit heranziehen können.

(gez.) Holstein

Nr. 2847

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 191 St. Petersburg, den 18. April 1896

In meinen letzten Begegnungen mit Fürst Lobanow fand ich denselben auffallend präokkupiert und wortkarg. Dieselbe Beobachtung haben auch einige meiner Kollegen gemacht, und glaube ich, diese Stimmung darauf zurückführen zu sollen, daß ihm in letzter Zeit die Dinge nicht so glücken wollen wie bisher. Namentlich führe ich seine Besorgnis und seinen Ärger auf die Schwierigkeiten mit dem französischen Ministerium zurück und auf das Ungewisse der dortigen Zustände. Er fühlt, daß das Ministerium Bourgeois immer weiter in sozialistisches Fahrwasser geht, daß der Präsident Faure immer mehr und mehr an Prestige verliert, und daß er an der französischen Regierung nicht den nötigen Rückhalt hat.

Die natürliche Folge davon ist, daß Fürst Lobanow der eigentliche Minister am Quai d'Orsay ebenso wie in Konstantinopel ist, und daß ihn eine unerwünschte Verantwortlichkeit und Arbeitslast trifft. Die

---

* Sir Philip Currie, englischer Botschafter in Konstantinopel.

** Tewfik Pascha war von 1886 bis 1895 türkischer Botschafter in Berlin gewesen.

*** Dolmetscher bei der Botschaft in Konstantinopel.

letzte ägyptische Phase* war ihm sicherlich ein arger Strich durch die Rechnung, und nicht zum geringsten trägt die herzliche Begegnung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, unseres allergnädigsten Herrn, mit den Monarchen von Österreich und Italien** dazu bei, ihn zu verstimmen und zwar besonders gegen uns zu verstimmen.

Zu meinem Bedauern konstatiere ich immer wieder, wie wenig sympathisch Deutschland ihm ist***. Es ist ja nichts Greifbares, woraus ich das schließe, aber ich habe das bestimmte Gefühl fast bei jeder längeren geschäftlichen Konversation, die ich mit ihm habe.

Übrigens höre ich ähnliche Andeutungen von Personen, die den Dingen nahe stehen, daß Deutschland und deutsches Wesen ihm nicht angenehm sind. Wenn man dazu die doch recht stark ausgesprochene Animosität der Offiziere gegen alles Fremde und besonders gegen England, aber auch gegen Deutschland rechnet, und die stets zunehmende Verschiebung der Truppen nach der Westgrenze in Betracht zieht, so ist man wohl zu der Frage berechtigt, wohin das führen soll, und ob nicht im gegebenen Moment ein Funke genügt, um helles Feuer auflodern zu machen.

Fürst Lobanow spricht allerdings immer nur von seinen friedlichen Dispositionen und hält es für seine schönste Aufgabe, den europäischen Frieden zu wahren; die ganze Tendenz der Verhältnisse aber sowohl auf politischem wie auf militärischem Gebiet drängt zu einem Konflikt mit dem ersten besten Nachbarstaat, der gerade unbequem wird.

Ich habe Gelegenheit, vielfach Offiziere zu sprechen und zu hören. Ganz allgemein ist die Sehnsucht nach kriegerischem Erfolge bemerkbar, und besonders gegen England ist augenblicklich ihr Groll gerichtet.

In der Umgebung des Generals Kuropatkin † z. B., der persönlich mir sympathisch ist, und der, glaube ich, keine abenteuerlichen Ideen im Schilde führt, soll ein Feldzug gegen England in Indien als das leichteste Mittel angesehen und gewünscht werden, um Lorbeeren zu ernten.

Wenn ein solcher kriegerischer Geist im Innern des Reiches herrscht, um wie viel mehr wird derselbe bei den großen Truppenmassen geschürt, die an unserer Grenze beschäftigungslos liegen, zumal wenn die militärischen und Marinechefs fast alle, um nur General Wannowski ††, General Obrutschew †††, Dragomirow *†, Admiral

* Vgl. Kap. LXVII.

** Die Zusammenkunft des deutschen Kaiserpaares mit dem italienischen Königspaar fand vom 11. bis 13. April in Venedig statt; der Besuch in Wien am 14. April.

*** Jules Hansen, Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim (1884—1898), p. 169 nennt Lobanow „franchement anti-allemand“.

† Oberbefehlshaber und Gouverneur des Militärbezirks Transkaspien.

†† Kriegsminister.

††† Chef des Generalstabes.

*† Generalkommandant des Militärbezirks Kiew.

Tschichatschew und Großfürst Alexeï zu nennen, deutschfeindlich sind, und der auswärtige Minister diese Gefühle teilt.

Es heißt, der Kaiser ist vor allem friedlich gesinnt. Das mag wohl sein, und nach dem, was ich von seinem herzgewinnendem Wesen gesehen, glaube ich es auch. Aber leider höre ich von allen Seiten bestätigt, daß er, obgleich von den besten Intentionen beseelt, maßlos schwach ist.

„L'Empereur est un terrible homme", hat sich sogar einer seiner höchsten Beamten, wie ich höre, erkühnt zu sagen, „Il est faible". Dieser selbe Würdenträger fuhr fort zu sagen: „Wenn ich aus der Türe gehe, weiß ich genau, daß der Kaiser meine Ansicht teilt, aber wenn fünf Minuten darauf jemand anders zu ihm kommt, dann ist ebenso schnell dessen Ansicht angenommen." Dabei hat der Kaiser eine ausgesprochene Abneigung, Menschen zu sehen und die wenigen, die er sieht, wachen darauf, keinen fremden Einfluß zuzulassen.

Momentan sind es Fürst Lobanow und der Finanzminister*, die das Ohr ihres Herrn, wenigstens in politischer Beziehung, haben. Ich ziehe jedenfalls den Einfluß des letzteren vor, denn er ist für die auswärtigen Beziehungen weniger gefährlich.

Radolin

Nr. 2848

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Privatbrief. Abschrift

Berlin, den 23. April 1896

Vor einigen Wochen schrieb Radolin**, Fürst Lobanow habe dem französischen Botschafter, als dieser auf Urlaub ging, aufgetragen, in Paris an maßgebender Stelle den dringenden Wunsch Rußlands zum Ausdruck zu bringen, daß das Kabinett Bourgeois möglichst bald verschwinden möge. Ich mußte hieran denken, als ich vorgestern das Telegramm las, wonach Bourgeois, als er sich in der Hoffnung, eine Ermutigung zu finden, zum Präsidenten begab, von diesem kühl empfangen wurde. Lobanows Ideal ist Hanotaux, das sagt Osten-Sacken jedem, der es hören will. Es scheint, daß Hanotaux verstanden hat, den Fürsten bei seiner schwachen Seite zu fassen. Der Fürst erzählt nämlich mit Vorliebe, daß bei der ersten Begegnung mit Hanotaux, welche bis zwei Uhr nachts dauerte, nur von bibliophilen Fragen gesprochen worden sei, von Politik kein Wort.

---

* S. J. Witte.
** Vgl. Nr. 2845.

Ob Hanotaux, wenn er jetzt herankommen sollte, den Erwartungen des russischen Protektors entsprechen und in scharfer Gangart gegen Englands ägyptische Politik vorgehen wird? Ich bin noch nicht davon überzeugt, Courcel hat während seiner Verhandlungen mit England im vergangenen Winter Hanotaux als Berater und Vertrauensmann gehabt, und von Courcel wissen wir, daß er von jeher zu England neigte. Er ist auch zu klug, um nicht einzusehen, daß bei dem jetzigen Stande der russisch-englischen Beziehungen Rußland trotz des besten Willens nicht daran denken könnte, seine Kräfte an die Revision des Frankfurter Friedens zu setzen. Dagegen wissen wir, daß Courcel, als in England der Wutausbruch nach dem kaiserlichen Telegramm an Krüger kam, sich wiederholt dahin ausgesprochen hat, im Falle eines Konflikts mit Deutschland werde England sicher auf Frankreich zählen können, denn Frankreich habe nur einen Feind, das sei Deutschland*. Diese Besprechung hat das unerwartete Vorgehen Englands gegen die Derwische zum zeitweiligen Stillstand gebracht — wer weiß, ob nicht gerade aus diesem Grunde Cromer zur allgemeinen Verwunderung die Expedition gefördert hat**. Wir dürfen aber annehmen, daß die vor einem Jahre noch ungeahnte Möglichkeit, aus England einen Verbündeten für die Revanche zu machen, in den Köpfen von Courcel und anderen Franzosen weiter spukt. Ob Hanotaux auch zu diesen gehört, wird sich mit einiger Bestimmtheit nach dem Grade von Wärme bemessen lassen, mit dem er auf Lobanows ägyptische Politik eingehen wird.

Haben Euere Exzellenz jemals Hanotaux sich über die Meerengenfrage, d. h. über die Frage äußern hören, ob es für Frankreich gleichgültig ist oder nicht, wenn Rußland den lange gewünschten Hausschlüssel zum Mittelmeer wirklich erwirbt***? Mir scheint, daß von autorisierter französischer Regierungs- oder Preßseite man immer sehr karg mit Äußerungen über diese Frage war. Vielleicht hoffte man — dies war ja doch der Grundgedanke der Kronstädter Verbrüderung — zunächst mal mit Rußlands Hülfe Deutschland lahmzulegen und die Mittelmeerfrage für später aufzusparen. Dies sind zunächst nur Konjekturen, die Haltung des demnächstigen französischen Kabinetts wird uns aber schon festeren Boden für Schlußfolgerungen geben. Wenn auch dieses, trotz des Drängens aus Petersburg, zögert, Ernst in der ägyptischen Frage zu machen, dann ist die Vermutung erlaubt, daß im stillen an der Wiederherstellung der alten Krimkrieggruppe à quatre mit Österreich gearbeitet wird.

Für einen Hauptträger dieses Gedankens halten wir Goluchowski. Er hat mal im Januar die Äußerung getan, ein französisch-englisches

---

* Vgl. Kap. LXX, Nr. 2844.
** Vgl. Kap. LXVII, Nr. 2709.
*** Vgl. dazu Bd. XII, Kap. LXXIV.

Kondominium in Ägypten müsse unter allen Umständen verhindert werden, denn jedes Kondominium führe naturgemäß zum Kriege; eine Lösung der ägyptischen Frage aber, durch die man hoffen könne, eine Beseitigung der zwischen England und Frankreich herrschenden Spannung herbeizuführen, entspräche den Interessen des europäischen Friedens und würde daher von allen Mächten zu fördern sein.

Auch das Kabinett Rudini hält eine französisch-englische Verständigung für möglich und würde sich derselben schon deshalb anschließen, weil die exponierten italienischen Küsten den Gedanken eines Widerstandes gegen die beiden großen Seemächte von vornherein unmöglich machen. Rudini selbst hat sich vor nicht langer Zeit mal in diesem Sinne geäußert.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß seit dem Krimkriege die Reibungsfläche zwischen Frankreich und England sich vergrößert hat, und daß zu einer entente cordiale die Verständigung nicht bloß über einen einzelnen Punkt, sondern über eine Anzahl wichtiger Punkte erforderlich sein würde. In naher Aussicht steht die Wiederherstellung der Krimkrieggruppe also wohl nicht. Mit dem Augenblick aber, wo dieselbe französischen Staatsmännern als eine mögliche Zukunftseventualität vorschwebt, hört Rußland auf, Frankreichs unica salus zu sein, und in demselben Verhältnis, wie Frankreich aus der bisherigen — allerdings akademischen — Unterordnung heraustritt und seine eigene Individualität mehr zur Geltung bringt, wird die Kronstädter liaison sich abkühlen. In diesem abgekühlten Zustand ist sie nach diesseitiger Auffassung für uns neben der Gruppe Dreibund und der Gruppe England viel weniger unbequem und läßt unserer Politik auch mehr freien Spielraum als die Krimkrieggruppe, nach deren Wiederherstellung wir mit Rußland auf gegenseitige Anlehnung angewiesen sein würden.

Dafür, daß an der Wiederherstellung der Krimkrieggruppe mehr gearbeitet werden muß, als wir wissen, gibt es noch einzelne Symptome, deren Mitteilung ich mir bis zu Ew. Exzellenz demnächstiger Anwesenheit hier vorbehalten darf.

Zwei Fragen sind für uns im Augenblick von besonderem Interesse:

1. Wie stellt sich Frankreich zur ägyptischen Frage? Über diesen Punkt werden wir binnen kurzem Aufklärung haben.

2. Wie denkt Frankreich über die Meerengenfrage? Tut man recht, wenn man annimt, qu'elle en a fait son deuil, oder wartet nicht vielmehr Frankreich nur auf den geeigneten Moment, um seine historische Stellung zu derselben wieder einzunehmen? Über die Gedanken leitender Männer hinsichtlich dieses Punktes sich Klarheit, wenn auch nicht bis zur Gewißheit, so doch nur bis zur Wahrscheinlichkeit zu verschaffen, dürfte sehr schwer sein, aber vielleicht gelingt es Ew. pp., obwohl man sich auf französischer Seite nach dieser Richtung hin für jetzt noch ausschweigen will.

(gez.) Holstein

Nr. 2849

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Budapest

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 377 Berlin, den 1. Mai 1896

Geheim

Ew. beehre ich mich, anbei einen an den Grafen Münster gerichteten Privatbrief*, sowie den politischen Teil der Antwort dieses letzteren** zu Ihrer ausschließlich persönlichen Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen zu übersenden, den Inhalt mit österreichischen Staatsmännern nicht zu besprechen.

Durch die wiedergegebenen Bemerkungen des Ministers Hanotaux*** wird der Verdacht bestätigt, daß Frankreich der Meerengenfrage heute noch die gleiche Bedeutung wie früher beimißt, den Zeitpunkt jedoch zur Geltendmachung seiner Interessen nach dieser Richtung hin noch nicht für gekommen hält. Sollte dieser Zeitpunkt mal eintreten, d. h., sollte Frankreich die Hoffnung auf eine Revision des Frankfurter Friedens mit russischer Hülfe aufgeben, so wird die französische Diplomatie dann mit aller Energie auf die Herstellung der alten Krimkrieggruppe à quatre mit England, Italien und Österreich wieder losgehen. Für den Grafen Goluchowski würde dies eine ideale Kombination sein, und die italienische Regierung hält sich auch, wie Ew. aus einer andern heute an Sie abgehenden Mitteilung ersehen, bereits für diesen Fall eine Hintertür aus dem Dreibund heraus offen.

Für uns ist eine abgekühlte russisch-französische Verbindung vielleicht weniger unbequem als jene Vierergruppe sein würde, deren Herstellung ich übrigens, wegen der Manigfaltigkeit der französisch-englischen Interessenkonflikte, vorläufig nur als eine entfernte Eventualität betrachte, welche man indessen im Auge behalten muß.

Marschall

Nr. 2850

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 242 St. Petersburg, den 14. Mai 1896

Von glaubwürdiger Seite wird mir erzählt, daß in letzter Zeit ein sehr reger Depeschenwechsel zwischen Paris und Petersburg be-

* Siehe Nr. 2848.

** Vgl. Kap. LXVII, Nr. 2730.

*** Nach Münsters Schreiben vom 25. April hätte Hanotaux sich über die Meerengenfrage dahin geäußert: „La question des détroits nous touche de trop près et j'espère toujours que la Russie n'y touchera pas, car cela pourrait devenir trop gros pour nous".

stehe, und daß die französische Regierung große Anstrengungen macht, seitdem M. Hanotaux wieder am Ruder ist*, um den Abschluß eines engeren Bündnisses mit Rußland zu Wege zu bringen.

Die Verzögerung der Abreise des französischen Botschafters nach Paris, als vor einigen Wochen die letzte französische Ministerkrisis stattfand, wird mit diesen Bemühungen in Verbindung gebracht. Graf von Montebello hätte, wie ich höre, seinerzeit mit allen Mitteln für die Rückkehr des Herrn Hanotaux ins Ministerium gearbeitet, indem er der hiesigen Pression folgte und die Wünsche des Fürsten Lobanow in Paris mit Nachdruck zum Ausdruck brachte**.

Mein Gewährsmann versichert mich, daß bereits seit zwei Jahren eine geheime Militärkonvention zwischen Paris und Petersburg besteht. Dieselbe ist angeblich durch den franzosenfreundlichen General Obrutschew zustande gekommen, dessen Frau eine Französin ist***.

Um dieser militärischen Konvention mehr Gewicht zu geben, soll eine politische Abmachung seitens der Franzosen angestrebt werden.

Da die Sache streng geheim gehalten wird, habe ich eine Bestätigung dieser Nachricht bisher nicht erhalten können.

Radolin

Nr. 2851

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 267 Berlin, den 19. Mai 1896

Wie ich höre, erzählt man in der Umgebung des Präsidenten Faure, die Kaiserinwitwe von Rußland habe bei ihrer neulichen Begegnung mit dem Präsidenten, als sich dieser an der Grenzstation Pagny sur Moselle von ihr verabschiedete, geäußert, sie bedauere sehr, daß Frankreichs Grenze jetzt bereits hier liege, und sie hoffe, daß, wenn Herr Faure sie wieder einmal zur Grenze geleiten sollte, diese dann wieder da sein würde, wo sie früher gewesen, und wo sie immer hätte bleiben sollen. Die Kaiserin hätte wörtlich hinzugefügt: „Sie können in der Entscheidungsstunde auf meinen Sohn und Rußland rechnen.“

Falls diese oder ähnliche Worte der Kaiserin auch Ew. pp. zu Ohren gekommen sind, so bitte ich mir darüber zu berichten, be-

---

* Er war, nachdem am 23. April 1896 das Ministerium Bourgeois von der Kammer gestürzt war, als Minister des Äußeren in das neue Kabinett Méline eingetreten.

** Vgl. Nr. 2845.

*** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

sonders aber bitte ich darauf zu achten, ob etwa die angeblichen Äußerungen der verwitweten Zarin in der Presse wiedergegeben werden. Eintretendenfalls wollen Ew. pp. die betreffenden Blätter einreichen*.

Marschall

Nr. 2852

Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Wilhelm II.

Abschrift

Moscou, le 25 Mai 1896

Monsieur mon frère et très cher Ami.

C'est avec un plaisir tout particulier que j'ai reçu des mains de Son Altesse Royale le Prince Henri la lettre que Votre Majesté a bien voulu m'adresser**. Le choix de Votre Frère bien-aimé pour représenter Votre Auguste Personne aux solennités de mon Couronnement et les sentiments affectueux que Votre Majesté m'exprime à cette occasion sont à mes yeux autant de nouveaux et éloquents témoignages de la continuation invariable des relations d'intime amitié qui unissent traditionellement nos Maisons. Votre Majesté connaît tout le prix que j'y attache et ne saurait douter combien j'aurai toujours à coeur de reserrer les liens créés par un passé glorieux. J'aime à considérer les sentiments qui nous animent réciproquement comme le meilleur gage du salut des principes monarchiques, de la paix du monde et de la prospérité des peuples voisins dont Dieu nous a confié les destinés. Le Prince Henri Vous transmettra verbalement mes remerciements et mes amitiés les plus sincères mais je tiens à y joindre l'assurance de la haute estime et de l'inaltérable attachement, avec lesquels je suis,

Monsier mon Frère, de Votre Majesté
le bon frère et ami
(signé) Nicolas

Nr. 2853

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 58 Paris, den 26. Mai 1896

Über das neue Kabinett, dessen Absichten und die Stellung, welche es im Parlamente haben wird, läßt sich noch kein Urteil fällen.

---

* Eine Antwort Münsters ist nicht bei den Akten.

** Zur Krönung des Zarenpaares in Moskau (26. Mai) war Prinz Heinrich als Vertreter des Deutschen Kaisers entsandt worden. Er überbrachte dem Zaren ein offizielles Glückwunschschreiben des Kaisers, d. d. Neues Palais, den 1. Mai

In zwei Tagen kommt das Parlament wieder, und erst dann wird es sich zeigen, ob die Radikalen und Sozialisten zusammenhalten, welches die Haltung der Monarchisten und Ralliierten sein wird, und ob die Regierung auf eine feste Majorität wird rechnen können. pp.

Was die äußere Politik betrifft, so sind alle Blicke auf Moskau gerichtet, und Paris feiert den heutigen Tag der Krönung, als ob der Kaiser gleichzeitig als französischer Kaiser gekrönt werde.

Die Franzosen tun, als ob Frankreich durch Personalunion mit Rußland unter einem Kaiser verbunden wäre[1].

Schüler und Soldaten haben einen freien Tag, die Soldaten erhalten eine Weinration, alle Disziplinarstrafen werden erlassen, die Stadt ist dekoriert[2].

In der russischen Kirche wird ein feierlicher Gottesdienst abgehalten, an dem Präsident Faure, der eigens deshalb diesen Morgen von Tours zurückkehrte, teilnehmen wird. Es sind Eintrittskarten dazu ausgegeben, das diplomatische Korps ist nicht geladen, weil die Feier ausschließlich russisch-französisch[3] sein soll.

Wie weit sonst vernünftige Leute, wie Hanotaux selbst, durch die Moskauer Stimmung animiert wurden, zeigte er, als er mich fragte, an welchem Tage Herbette sein Abberufungsschreiben übergeben würde, und ich erwiderte, ich wisse es nicht, es könne vielleicht am 26. sein, und er darauf sagte: „Das ist ja wohl nicht möglich[4], denn das ist der Krönungstag!"

Dieses Mal wird übrigens der Russenkultus mehr von oben betrieben, als von der Nation selbst.

Herr Hanotaux wird anfänglich russische Politik treiben, welche vor allem ihre Spitze gegen England[5] richtet. Solange es sich um Ägypten, Afrika und selbst Ostasien handelt, wird das so bleiben; kommt aber der nähere Osten und die Meerenge in Frage, dann wird gerade bei Hanotaux der russische Enthusiasmus gedämpft werden.

Wenn auch während der Krönungsfeier keine Politik direkt getrieben wird, so kommt Moskau mir doch vor wie ein großer Akkumulator, in welchem die Elektrizität aufgesammelt wird, um später zu entströmen. Wohin der Strom dann geleitet wird, läßt sich noch nicht übersehen[6]. pp.

Eine chauvinistische Politik wird uns gegenüber Herr Hanotaux nicht führen wollen, dazu ist er zu vorsichtig.

Wenn ich auch persönlich mit ihm stets auf dem allerbesten Fuße gestanden habe und ihn als Leiter des Auswärtigen Amts sehr hoch schätze, so halte ich doch einen so ehrgeizigen Minister unter

---

1896, das auf denselben Ton freundschaftlichen Einverständnisses gestimmt war, den die übrigen Briefe des Kaisers aus dem Jahre 1896 (vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 hrsg. von W. Goetz, S. 300 ff.) tragen.

gewissen Umständen für gefährlich, hoffe aber, daß solche, was uns betrifft, nicht eintreten werden[7].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die Republik wird kaiserlich!
[2] Sowas ist doch in der Zeit tollster glorification von Nicolaus I bei uns nie passirt!
[3] !
[4] nicht nur war es möglich! Sondern ich entließ Herbette in Ungnade in der Uniform des Alexander Regiments mit dem Bande des Andreas Ordens an!*
[5] tant mieux! Dann krabbeln diese Onkels bald wieder vor mir herum!
[6] sehr richtig
[7] gut

Nr. 2854

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 80 Paris, den 3. Juli 1896

Durch die Krönungsfeste in Moskau ist das Band zwischen Frankreich und Rußland nicht fester geschlungen, sondern gelockert worden[1].

Wie ich schon in früheren Berichten zu melden die Ehre hatte, sind die offiziellen Mitglieder der französischen Krönungsbotschaft unzufrieden und geheilt von ihren russischen Illusionen zurückgekehrt.

Außerdem sind bei dieser Gelegenheit viele Franzosen aus den verschiedensten Schichten der Gesellschaft in Moskau gewesen. Sie haben dort Gelegenheit gehabt, etwas hinter die Kulissen zu sehen und Vergleiche zwischen Asien und Europa zu ziehen. pp.

---

* Während man sich noch Mitte 1895 in Berlin auf den Standpunkt gestellt hatte, daß man eine Abberufung Herbettes bedauern würde (Erlaß Fürst Hohenlohes an Graf Münster vom 2. Juli 1895), wurde Münster Ende Januar 1896 dahin instruiert, daß die Abberufung mit Befriedigung aufgenommen werden würde. Die Haltung, die Herbette gegenüber dem deutschen Annäherungsversuch zur Zeit der Transvaalkrise eingenommen hatte (vgl. Kap. LXIV, Nr. 2641, S. 31, Fußnote **), war als unfreundlich empfunden worden. Hinzu kam eine persönliche Verstimmung Kaiser Wilhelms II., da Herbette einem Versuche des Kaisers, die von dem Botschafter veranlaßte Abberufung des Marineattachés Baron Grancey rückgängig zu machen, sich schroff entgegengesetzt hatte. Als Hanotaux am 24. April das Außenministerium übernahm, bestimmte er den früheren Botschafter in Konstantinopel Marquis de Noailles, unter dem er selbst am Goldenen Horn seine diplomatischen Sporen verdient hatte, zum Nachfolger Herbettes. Der Botschafter von Radowitz in Madrid, früher in Konstantinopel, stellte am 27. Mai seinem ehemaligen Kollegen das Zeugnis aus, daß er nie chauvinistische Anwandlungen gegenüber Deutschland gezeigt, vielmehr sich immer in vorurteilsfreier und ruhiger Weise über das Verhältnis von Frankreich zu Deutschland geäußert habe. Marquis de Noailles blieb bis zu seiner Abberufung aus Berlin im Herbst 1902 bei Kaiser und Regierung persona grata.

Abgesehen von diesen sozialen Reibereien sehen die Franzosen immer mehr ein, daß die Russen sie ausnutzen, und daß die Aussicht, daß sie Frankreich zur Eroberung von Elsaß-Lothringen verhelfen werden, immer unwahrscheinlicher wird.

Sie sehen mit Argwohn, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland sich bessern, und fangen endlich an zu fühlen, daß beim Zusammenbruch der Türkei, der immer näher rückt, die Interessen Frankreichs denen Rußlands schroff gegenüberstehen[2].

Endlich kommt die Wahrheit immer mehr zum Durchbruch, und die ist, daß Demokratie und westliche Zivilisation mit Autokratie und asiatischer Barbarei doch unversöhnliche Gegensätze sind.

Das Vertrauen zu Rußland geht immer mehr im stillen verloren.

Die Ideen der Rache gegen Deutschland und der Hoffnung auf Revanche existieren zwar noch, werden aber immer schwächer, weil die Franzosen doch einsehen, daß wir sie niemals angreifen werden, und sie recht gut wissen, daß es ein gefährliches Spiel für sie sein würde, wenn sie uns allein angriffen. Daher machen die Franzosen uns gegenüber eine gute Miene zum bösen Spiel.

Herr Hanotaux weiß und fühlt das alles und erhält, solange als er kann, den Glauben an die russisch-französische Allianz. Er weiß, daß Frankreich aus dem Zusammenhalten mit Rußland politischen Nutzen ziehen kann, besonders gegen England und Italien.

Fürst Lobanow scheint auch zu fühlen, daß er alles tun muß, um die französische Freundschaft zu erhalten, kommt sehr bald nach Contrexéville und will sechs Wochen in Frankreich bleiben.

Herr Hanotaux geht auch Ende des Monats in die Vogesen.

Der russische Finanzminister Witte bereitet wieder einen Angriff gegen die französischen Geldsäcke vor.

Der Direktor der Asowschen Bank Raffalowitsch ist hier, Wittes Agent Rothstein wird erwartet. Man spricht von einer Anleihe von 500 Millionen Rubel, die angeblich zu Konversionszwecken, in Wirklichkeit aber zum rascheren Ausbau der asiatischen Bahnen dienen sollen.

Bis jetzt haben die französischen Geldmänner sich sehr zurückhaltend gezeigt. Sie und unter der Hand die hiesige Regierung haben aber den Russen zu verstehen gegeben, daß das einzige Mittel, um das hiesige Publikum für eine russische Anleihe wieder geneigt zu machen, der Besuch Seiner Majestät des Kaisers von Rußland in Paris sein würde.

Wollte Seine Majestät die, wie es scheint, beabsichtigte Reise nach Wien und Berlin* bis Paris ausdehnen, so würde der Kaiser auf

---

* Schon seit dem Frühjahr 1896 stand es fest, daß das russische Kaiserpaar bald nach der Krönung einen Antrittsbesuch an den großen europäischen Höfen, zunächst in Wien und Berlin, machen würde, fraglich blieb nur bis in den Sommer, ob die Reise auch nach Paris ausgedehnt werden würde, was schließlich nach Lage der Dinge sogar Fürst Hohenlohe als inévitable anerkannte (vgl.

einen enthusiastischen Empfang, und der russische Finanzminister wieder auf viel französisches Geld rechnen können.

Es wird sehr interessant sein zu beobachten, wie der Kaiser, wie Fürst Lobanow und wie der Finanzminister Witte, dessen Einfluß in diesem Augenblick größer sein soll als der des Fürsten Lobanow, sich diesem Finanzultimatum gegenüberstellen werden*.

Kommt der Kaiser nicht, so gibt es dem hiesigen Russenkultus einen starken Stoß. Deshalb wird, glaube ich, Fürst Lobanow alles daransetzen, um den Kaiser entweder zur Reise nach Paris oder, wenn das nicht gelingt, zum Aufgeben der Reise nach Berlin und Wien zu bewegen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Das glaube ich auch
2 richtig

Nr. 2855

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 90 Paris, den 21. Juli 1896

Gestern habe ich mich bei Herrn Hanotaux verabschiedet. Derselbe tritt noch heute seine Erholungsreise an. Er hat seinen Reise-

---

Nr. 2862). Der Besuch des russischen Kaiserpaares in Wien fand vom 27. bis 29. August, in Breslau-Görlitz vom 5. bis 7. September, in England vom 22. September bis 5. Oktober, in Paris vom 5. bis 9. Oktober statt.

* Angesichts des russischen Anleihebedarfs wurde in Berlin ernstlich die Frage erwogen, ob es sich empfehle, dem französischen Markt das bisherige Monopol zu belassen. Am 14. Juli teilte der Unterstaatssekretär Freiherr von Rotenhan dem in Alt-Aussee weilenden Reichskanzler mit, er beabsichtige, dem Fürsten Lobanow bzw. dem Finanzminister Witte andeuten zu lassen, daß „wir einem etwaigen russischen Anleiheprojekt wohlwollend gegenüberstehen würden, dafür aber auch erwarten, daß Rußland sich uns in China bei der Übernahme von Eisenbahnbauten und dem Erwerb einer Kohlenstation entgegenkommend erweist“. Fürst Hohenlohe wollte, laut seines Antworttelegramms vom 15. Juli, keine Bedenken erheben, falls „die Unterstützung Rußlands für die Kohlenstation usw. von uns nur in nicht amtlicher Form verlangt und auch Mitwirkung den Russen nicht als besonderes Verdienst in Rechnung gestellt“ werde. Ernstliche Bedenken machte jedoch Botschafter Fürst Radolin in Petersburg am 16. Juli geltend. „Wenn die Franzosen ihre Taschen nur öffnen wollen gegen das politische Geschenk des Zarenbesuches in Paris, liegt für uns um so weniger Grund vor, ohne wertvolles Äquivalent unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland durch bedingungsloses Geldgeben zu fördern.“ Vor allem führt Radolin auch noch das Argument gegen eine finanzielle Unterstützung Rußlands ins Feld, daß dieses die im Auslande aufgenommenen Geldmittel in erster Linie für seine weitausschauenden Armee- und Marinerüstungen verwende, und daß Deutschland sich durch die Hergabe von Geld also ins eigene Fleisch schneiden könne. Die Argumente Radolins wirkten in Berlin durchschlagend.

plan geändert, geht nicht in die Vogesen, sondern erst zum Präsidenten der Republik, der auch Paris verlassen hat und bis Ende August in Hâvre bleiben wird, und dann nach Vichy.

Die Herkunft des Fürsten Lobanow, den Herr Hanotaux in den Vogesen treffen wollte, scheint verschoben, wenn nicht ganz aufgegeben zu sein.

Herr Hanotaux fragte mich, ob ich wüßte, ob und wann Seine Majestät der Kaiser von Rußland in Wien und Berlin erwartet würde.

Ich erwiderte, daß ich darüber ohne Nachricht sei, und benutzte die Gelegenheit, um zu fragen, ob das, was die Presse über den Besuch des Kaisers in Paris sage, irgendwie begründet sei.

Herr Hanotaux versicherte, daß er von einem beabsichtigten Besuche Seiner Majestät nichts wisse. In St. Petersburg herrsche in Beziehung auf die Reisen des Kaisers und auch des Fürsten Lobanow ein gewisses Dunkel. Er konnte seine Mißstimmung darüber nicht verbergen. pp.

Würde die Kaiserreise aufgegeben, und die Hoffnung auf die Befestigung und Neubelebung der sogenannten russischen Allianz nicht erfüllt, so kann das auf die zukünftige politische Lage Frankreichs großen Einfluß haben.

Was uns betrifft, so kann das Unterbleiben der Reise nur günstig wirken.

Die französischen Staatsmänner werden, wenn sie aus dem Taumel, in dem sie sich Rußland gegenüber befinden, erwachen, endlich einsehen, daß im Orient und im Mittelländischen Meere Rußland für Frankreich ein gefährlicher Gegner werden muß[1].

Herr Hanotaux, der in der Politik einen weiteren Blick hat als die meisten seiner Landsleute, sieht das, will es aber nicht sich und namentlich uns und anderen gegenüber eingestehen.

Ich fand ihn in gedrückter Stimmung sowohl rücksichtlich der inneren als der äußeren Verhältnisse. An eine längere Dauer des jetzigen Kabinetts glaubt er nicht, und, was den Osten betrifft, so sieht er entschieden, daß die gefürchteten Komplikationen immer näher rücken.

Was Rußland betrifft, so kann er, so sehr er es auch versucht, sein Mißtrauen nicht verbergen. pp.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2856

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 126 Wien, den 29. August 1896
Streng vertraulich

Graf Albert Mensdorff, Sekretär der österreichisch-ungarischen Botschaft in Petersburg und durch verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen über die Vorgänge in den englischen und russischen Herrscherhäusern gut unterrichtet, teilte mir in längerer vertraulicher Unterhaltung seine Eindrücke mit über die derzeit gegen uns und den Westen an maßgebender russischer Stelle herrschende Stimmung. Vor allem dürfe man nicht vergessen, daß der Zar eine ausgesprochene Vorliebe für England und alles Englische habe. Seine englischen Verwandten liebe er zärtlich, während er den anderen gegenüber mehr oder weniger Gleichgültigkeit empfinde. Diese kaiserliche Anglomanie werde sich immer deutlicher auch in der äußeren Politik zur Geltung bringen*, eine ausgesprochene Stellungnahme gegen die Briten würde vermieden werden in Fällen, wo diese etwa mit einer anderen auswärtigen Macht in Gegensätze kämen.

Der Einfluß der Kaiserin-Mutter sei durchaus kein despotischer, sondern bewege sich in den liebenswürdigsten Formen, die ihrem milden Wesen entsprächen. „Your father would have thought so and so or acted like this in that matter.“ So und ähnlich ließe sie sich gelegentlich aus und ihre Meinung einfließen. Das Verhältnis werde nie ein schroffes werden zwischen beiden.

Die Stimmung gegen Deutschland sei keine schlechte; nichts würde aber die Russen bewegen, jemals ihre Westgrenze zu entblößen oder dem Zusammengehen mit Frankreich zu entsagen. Der Pariser Zarenbesuch** beweise zur Genüge, wie wenig die wiederholten deutschen Freundlichkeiten ausgerichtet, letztere wirkten in Petersburg nicht immer in der gewünschten Richtung. Finanzminister Witte habe sehr zu dem Entschlusse beigetragen, den Franzosen das letzte zu gewähren, was noch zu geben war, außer Elsaß-Lothringen!

P. Eulenburg

---

* Vgl. jedoch die Äußerungen des Zaren zu dem Fürsten Hohenlohe vom 8. September in Nr. 2862.
** Vgl. Nr. 2854, S. 350, Fußnote *.

Nr. 2857

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 404 St. Petersburg, den 1. September 1896

Erhaltenem Auftrage entsprechend habe ich heute dem derzeitigen Verweser des Ministeriums des Auswärtigen, dem Grafen Lamsdorff, das Beileid der Kaiserlichen Regierung anläßlich des Hinscheidens des Fürsten Lobanow* ausgesprochen. Graf Lamsdorff ersuchte mich Euerer Durchlaucht für diesen Beweis der Teilnahme an dem großen Verluste, der Seine Majestät den Kaiser Nikolaus und ganz Rußland betroffen, seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln.

Es ist begreiflich, wenn man hier in Rußland den Tod des bisherigen Leiters der auswärtigen Beziehungen des Reiches mit aufrichtiger Trauer als einen harten Schicksalsschlag empfindet. Die kurze Zeit, während der Fürst Lobanow an der Spitze des Auswärtigen Ministeriums stand, ist für Rußland reich an Erfolgen gewesen, die, wenn nicht in einer tatsächlichen Vergrößerung des Länderbesitzes, so doch in einer bedeutenden Hebung seines Ansehens in der ganzen Welt sich äußern. Dem Geschicke des Fürsten Lobanow ist es zu danken, wenn Rußland, unter Vermeidung jedes für das Reich gegenwärtig unerwünschten Konfliktes, ohne Anwendung von Waffengewalt seine Stellung in Ostasien** und auf der Balkanhalbinsel*** wesentlich gebessert, und daß Rußland bei Behandlung aller während der Amtsdauer des verstorbenen Ministers auftauchenden großen politischen Fragen eine führende Rolle hat einnehmen können.

Kaltblütiges, nur rein sachliche Momente berücksichtigendes Abwägen und geschicktes Ausnutzen der zugunsten Rußlands wirkenden Faktoren und rücksichtsloses, um die Mittel nie verlegenes Durchführen des gefaßten Entschlusses kennzeichnen vor allem die politische Geschäftsführung des gewesenen Ministers.

Seine Stellung gegenüber den leitenden Personen seines Landes war anfangs keine leichte. Ich erlaube mir, hier nur daran zu erinnern, daß er gleich am Anfange seiner Tätigkeit es als eine arge Kränkung erfahren mußte, als man ihn, den fast Siebzigjährigen, der früher bereits den wichtigen Posten des Ministers des Innern innegehabt und dann Rußland als Botschafter in London und Wien gewiß hervorragende Dienste geleistet hatte, nur zum „Verweser" des Auswärtigen Ministeriums ernannte, und daß es erst energischer Bemühung seiner-

---

* Er war am 30. August 1896 auf der Reise von Wien nach Kiew gestorben.

** Vgl. darüber Bd. IX, Kap. LVII.

*** Vgl. darüber Bd. X.

seits gelang, diese Ernennung, quasi auf Probe, gegen den Einfluß seiner Widersacher in eine definitive zu verwandeln*.

Seit der Zeit der für Rußland so vorteilhaften Beendigung des japanisch-chinesischen Zwischenfalles gewann Lobanow im Vertrauen seines kaiserlichen Herrn immer festeren Fuß: so konnte er die bulgarische Frage ganz in seinem Sinne lösen**, er konnte den Kaiser bestimmen, den Ball auf der französischen Botschaft in Moskau — am Tage des Unglücks auf dem Chodinskifelde*** — zu besuchen und noch zuletzt die Reise nach Paris durchzusetzen.

Irgendwelchen Einfluß auf die inneren politischen Verhältnisse des russischen Reiches hat Fürst Lobanow während seiner kurzen Amtsdauer nicht ausgeübt und wohl auch nicht angestrebt. Er beschränkte sich lediglich auf die Geschäfte seines Ressorts, und die anfangs von einigen seiner Ministerkollegen gehegte Besorgnis, er werde versuchen, ihre Kreise zu stören, hat sich als unbegründet erwiesen. Aus dieser Besorgnis mag zum größten Teil die Spannung erwachsen sein, die zwischen dem auf seine Allmacht in wirtschaftlichen und finanziellen Dingen eifersüchtigen Finanzminister Witte und dem Fürsten Lobanow bestanden hat.

In der Petersburger Gesellschaft ist der verstorbene Minister wenig hervorgetreten. Durch seine lange Abwesenheit von der Hauptstadt hatte er die Fühlung mit den jetzt tonangebenden Kreisen verloren, und außer bei offiziellen Festen sah man ihn selten in den hiesigen Salons. Von persönlichen Freunden des Fürsten habe ich nur Herrn Polowzow, Millionär und Mitglied des Reichsrats, nennen hören, der sich hier keines besonderen Ansehens erfreut. Es wurde dem Fürsten Lobanow in hiesigen gesellschaftlichen Kreisen stark verdacht, als er — in hoher offizieller Stellung nach Petersburg berufen — für mehrere Wochen im Hause des Genannten Wohnung nahm. Auch nach seiner Übersiedelung ins Gebäude des Auswärtigen Ministeriums hat Fürst Lobanow nur einige kleine Diners, sonst aber keinerlei Feste gegeben.

Ich habe den Eindruck, als ob man im Ministerium des Auswärtigen den Fürsten Lobanow als „Chef" nicht sonderlich betrauert. Er war ein gefürchteter Vorgesetzter, der in unnahbarer Höhe thronend mit niemandem im Ministerium in persönliche Beziehung trat. Fürst Lobanow arbeitete und schrieb sehr viel selbst; schon früh am Morgen konnte man ihn an seinem Schreibtisch finden. Bei seinen Arbeiten zog er aber nur höchst selten jemanden zu Rate, und in seine Pläne und Absichten war im Ministerium nicht einer eingeweiht. Als er nach Petersburg kam, äußerte der Fürst wiederholt, eine gründliche Auf-

---

* Vgl. Bd. IX, Kap. LVIII, Nr. 2312.

** Vgl. Kap. LXVI, Nr. 2673, Anlage, S. 116, Fußnote **.

*** 30. Mai 1896.

frischung der unter Herrn von Giers gänzlich eingerosteten Behörde sei dringend geboten, und er werde wohl, so unangenehm es ihm sei, zu dieser Operation schreiten müssen. Er hat dies aber bis zu seinem Tode nicht getan. Er selbst hatte ja auch wenig Interesse daran. Um die große Masse der laufenden Geschäfte kümmerte er sich nicht, und für sein Feld — die rein politischen Fragen — genügten ihm einige wenige Mitarbeiter, worunter Graf Lamsdorff, Fürst Obolenski, Graf Kapnist und Herr Gubastow, den er sich aus Wien für die asiatische Abteilung mitgebracht hatte. Irgendwelchen Einfluß haben aber auch diese Herren auf die Entschlüsse des Ministers sicherlich nicht gehabt.

Nur sehr wenige der in Petersburg akkreditierten Diplomaten waren zum Fürsten Lobanow in nähere freundschaftliche Beziehungen getreten. Es war dies eigentlich nur dem Grafen Montebello* und dem Prinzen Liechtenstein** gelungen, der völlig sous le charme dieses „gegenwärtig größten Staatsmannes Europas", wie er ihn selbst wiederholt nannte, stand. Die hiesigen Gesandten sah der Fürst so gut wie nie.

Nächst Rußland hat unstreitig Frankreich alle Ursache, den Tod des Ministers Lobanow zu bedauern. In ihm ist vielleicht der überzeugteste Anhänger der russisch-französischen Entente dahingegangen. Aus seiner Abneigung gegen England hat Fürst Lobanow nie ein Hehl gemacht, und für Österreich und seinen auswärtigen Minister empfand er, wenn ich mich nicht täusche, im Grunde doch nur Mißtrauen und Geringschätzung.

Deutschland war ihm völlig fremd und deshalb unsympathisch. Der Sinn für deutschen Geist, deutsche Eigentümlichkeit und deutsche Institutionen ging ihm völlig ab. Deutschland war für ihn nur „l'Allemagne", d. h. für Leute, die nur französisch sprechen und unser Land nicht kennen, ein unbestimmter Begriff, mit dem sich aber ein gewisses undefinierbares Unbehagen verbindet.

Hält man hierzu noch die wenig aufrichtige Haltung, die Fürst Lobanow uns gegenüber in der Frage der chinesischen Anleihe eingenommen hat, kurz nachdem wir Rußland gegen Japan loyal und wirksam zur Seite gestanden hatten***, dann den Versuch, unter der Hand für sich und zum Nutzen anderer in München eine besondere militärische Mission zu organisieren, und noch zahlreiche sonstige Unhöflichkeiten an unsere Adresse, so scheint mir der Schluß kaum zu optimistisch, daß die Beziehungen Deutschlands zu seinem östlichen Nachbarn unter dem Nachfolger des Fürsten Lobanow — wer er auch sei — aller Voraussicht nach nur besser und wärmer sich gestalten können. Die leitenden Gedanken der großen Politik Rußlands: keine

---

* Französischer Botschafter in Petersburg.
** Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.
*** Vgl. Bd. IX, Kap. LVII, Nr. 2280.

Begünstigung französischer Revanchegelüste und Sicherung des Friedens überhaupt, werden auch von diesem Nachfolger übernommen und befolgt werden, solange sie mit den Interessen Rußlands übereinstimmen, und in den Fragen des täglichen Verkehrs werden wir vielleicht auf mehr Entgegenkommen rechnen können.

von Tschirschky

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut.

Nr. 2858

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall, z. Z. in Breslau

Eigenhändig

Breslau, den 7. September 1896

Die beiden Unterredungen, welche ich mit Herrn Schischkin* hatte, bewegten sich, soweit sie politischer Natur waren, in ziemlich allgemeinen Redewendungen. Der Leiter des russischen Ministeriums des Auswärtigen versicherte mich wiederholt der unerschütterlichen Friedensliebe seines Herren und des Wunsches, mit uns in den alten traditionellen Beziehungen nachbarlicher Freundschaft zu stehen, — ein Programm, das um so mehr erfüllbar sei, als Rußland und Deutschland auf politischem Gebiete keinerlei divergierende Interessen hätten.

Bezüglich der orientalischen Frage** trat volle Übereinstimmung zwischen Herrn Schischkin und mir in folgenden Punkten zutage:

1. Erhaltung des vertragsmäßig fixierten Status quo im Orient;
2. Erhaltung der Autorität des Sultans;
3. Wenn nötig, kräftiger diplomatischer Druck auf den Sultan, um Ruhe und Ordnung in seinem Lande aufrechtzuerhalten und die schleunige Durchführung der von ihm für Kreta gegebenen Versprechungen zu sichern.
4. Bei den eigentümlichen Verhältnissen im Orient, insbesondere dem Vorhandensein zahlreicher unter sich konkurrierender Bewerber um einzelne Stücke des Türkischen Reichs droht aus der Aufwerfung einzelner Fragen die Gefahr der Aufrollung der ganzen orientalischen Frage. — Bei Besprechung dieses Punktes trat auch bei Herren Schischkin ein starkes Mißtrauen gegen England, speziell gegen die Politik

---

* Am 5. September war das russische Kaiserpaar zum Besuche des anläßlich der Kaisermanöver in Schlesien weilenden deutschen Kaiserpaares in Breslau eingetroffen. Mit Nikolaus II. kam auch der bisherige Gehilfe Fürst Lobanows Schischkin nach Breslau bzw. Görlitz, um mit den deutschen Staatsmännern die politischen Fragen zu besprechen.

** Vgl. darüber Bd. XII, Kap. LXXIII und LXXIV.

Lord Salisburys hervor, der fortwährend an dem morschen Bau des Türkischen Reiches und der Autorität des Sultans rüttle und damit Gefahren für den europäischen Frieden heraufbeschwöre.

Gelegentlich der Erörterung einiger wirtschaftlicher Fragen, welche neuerdings in den russisch-deutschen Beziehungen hervorgetreten, waren wir übereinstimmend der Ansicht, daß der russisch-deutsche Handelsvertrag ein Vorteil für beide Länder sei, und es nicht schwer fallen könne, jene Fragen in gegenseitigem Einvernehmen zu lösen*. Als Herr Schischkin lebhafte Klagen erhob über die für die russische Landwirtschaft ruinöse Niedrigkeit der Bodenprodukte, nahm ich Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß in Deutschland und, wie ich glaube, auch anderwärts in Europa die Überzeugung mehr und mehr Platz greife, daß die russischen Bodenprodukte, Getreide, Petroleum usw. für die übrige europäische Landwirtschaft eine Gefahr nicht bildeten, der gegenwärtige Preisdruck vielmehr ausschließlich von der Konkurrenz der amerikanischen d. h. nord- und südamerikanischen Produkte herrühre, die den russischen Landwirt zwinge, sein Getreide usw. unter den Produktionskosten zu verkaufen. Solange die neue Welt europäische Industrieprodukte im Austausch für ihre Bodenerzeugnisse aufnehme, sei dieses Verhältnis allenfalls noch erträglich; wir dürften uns aber nicht darüber täuschen, daß jene große Strömung, welche mehr und mehr dahin trachte, Amerika von europäischen Produkten unabhängig zu machen, neuerdings stark im Zunehmen begriffen sei und mit der Wahl Mac Kinleys** zum Präsidenten der Vereinigten Staaten eine gewaltige Kräftigung erfahren werde. Schon jetzt hätten einige südamerikanische Staaten, so Chile und Uruguay, ihre europäischen Handelsverträge gekündigt in der offen ausgesprochenen Absicht, Europa die unbeschränkte Meistbegünstigung zu versagen, d. h. europäische Produkte differentiell gegenüber solchen amerikanischer Herkunft zu behandeln. In dem Programm Mac Kinleys sei die Wiederaufnahme der sogenannten Reziprozitätsverträge enthalten, jener schneidigen Waffe, die dazu bestimmt sei, widerstrebende amerikanische Staaten durch Drohung zur differentiellen Behandlung Europas zu zwingen. Diesem Programm stehe Europa zurzeit wehrlos, weil in sich zersplittert, gegenüber. — Die Not werde, wenn erst jenes Programm zur Ausführung gelange, die europäischen Mächte zwingen, zusammenzustehen, um die gemeinsame Gefahr abzuwenden. Die Differenzierung europäischer Produkte durch Amerika werde Europa mit analoger Behandlung amerikanischer Bodenprodukte beantworten müssen. Dann werde sich für russisches Getreide ein sicherer Markt bieten zu Preisen, welche die Arbeit des

---

* Vgl. dazu Nr. 2870.

** Mc. Kinley wurde in der Tat am 2. Dezember 1896 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

russischen Landmanns lohnten und für unsere Landwirtschaft keine Gefahr böten.

Meine Ausführungen seien zunächst lediglich theoretischer Natur — man könne sie meinetwegen als „Zukunftsmusik" bezeichnen; die „dira necessitas" werde nach meiner Überzeugung einst das schaffen, was heute vielleicht manchem als eine Phantasie erscheine.

Herr Schischkin sagte mir, daß er jedes Wort meiner Ausführungen billige, und die von mir angeregte Frage seit längerer Zeit in Rußland ins Auge gefaßt werde.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf der Reinschrift:
Einverstanden W. 8/IX. 96
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut.

Nr. 2859

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Kiel*, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz

Telegramm. Ausfertigung

Kiel, den 8. September 1896

I have had the pleasure of visiting the finest ships of Your navy and the Hohenzollern too. Let me expreß to You, both mine and Alix's warmest deep thanks for all Your kindness and hospitality and assure You once more that in me You will always find a true and loyal friend and supporter of the ideas we spoke now about.

Nicky

Nr. 2860

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz, an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Kiel

Telegramm. Abschrift

Görlitz, Ständehaus, den 8. September 1896

With my warmest thanks for Your kind words, I beg You to receive the expression of my truest and most loyal friendship which is also felt and understood by the whole of my country, as You will have seen from the enthusiasm with which You were greeted every

---

* Das Zarenpaar machte auf der Reise von Görlitz nach Kopenhagen am 7./8. September kurze Station in Kiel. Daß Kaiser Nikolaus der deutschen Flotte einen Besuch abstattete, hatte seinen Grund darin, daß er von Wilhelm II. am 5. September zum Admiral à la suite der deutschen Marine ernannt war.

where. My fleet will have been proud to show itself to the new Admiral's military glance. The ideas which we have spoken about will develop and flourish under Your enlivening touch, and I promise that I will support You in Your work with all that is in my power and in time of need stand sentry at Your back. I hope and trust that Heaven will give Its blessing to our work, as It know that we as monarchs by Its will feel answerable to It for the lives and prosperity of our countries and people. Good bye, Good bless You and sweet Alix.

Willy

Nr. 2861

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Görlitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Görlitz, den 9. September 1896

An den Botschafter in Wien.

Zur Mitteilung an Graf Goluchowski und an Seine Majestät den Kaiser.

Ich bin außerordentlich befriedigt über die Entrevue mit dem Kaiser Nikolaus. Er war natürlich, aufgeknöpft, mitteilsam, herzlich und offen, wie er immer mit mir gewesen ist. Wir haben uns in allen Fragen vollkommen geeinigt. Unser Programm ist: status quo in der Türkei, solange es irgend möglich ist, eventuell unter Anwendung starken Druckes auf den Sultan; Zusammenfassung von Europa zum Kampf gegen Mac Kinley und Amerika in gemeinsam abwehrendem Zollbunde, sei es mit, sei es ohne England, je nachdem. Der Zar hat mir versprochen, diesen Gedanken in Paris besonders energisch zu vertreten mit der ausdrücklichen Berufung auf seine Abmachung mit mir*, und daß der Deutsche Kaiser bereit sei, mit Frankreich Hand in Hand zur Verteidigung des europäischen Kontinents zu gehen. Die Franzosen werden schöne Gesichter machen. Die älteren Herren des Gefolges Seiner Majestät gaben unter vier Augen unumwunden ihrer Mißbilligung über die Reise nach Paris lebhaften Ausdruck. Der Kaiser ist gegen England sehr mißgestimmt, hat die Absicht, dort keine Politik zu sprechen, sollte aber die Königin ihm Lord Salisbury aufdrängen**, demselben ganz gehörig die Wahrheit zu sagen. Ich habe ihn nur darin bestärkt.

Wilhelm

---

* Vgl. dazu Nr. 2868.

** Tatsächlich hat Kaiser Nikolaus am 26. September eine Zusammenkunft mit Lord Salisbury in Balmoral gehabt.

Nr. 2862

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Geheim Berlin, den 10. September 1896

Bei der Audienz, welche mir der Kaiser von Rußland am 6. d. Mts. in Breslau gewährte, kam zunächst die Rede auf den Tod des Fürsten Lobanow. Der Kaiser rühmte in warmen Worten die Verdienste des verstorbenen Ministers und hob das Vertrauen hervor, das er in den Fürsten gesetzt habe. Dies habe ihm die Arbeit außerordentlich erleichtert; während er nun seine Entschlüsse allein fassen müsse.

Auf die Lage im Orient übergehend, drückte der Kaiser seine Befriedigung aus, daß die Nachrichten aus Kreta* auf die Beilegung der dortigen Wirren hoffen ließen. Nach der Ansicht des Kaisers ist England sowohl in Armenien wie in Kreta an der Bewegung schuld; wie er denn überhaupt sein Mißtrauen gegen die englische Politik offen kundgab. Er sagte: „J'aime beaucoup l'Angleterre et les Anglais, mais je me méfie de leur politique." Dabei bemerkte er, man habe ihm gesagt, die englischen Minister würden bei Gelegenheit seiner Anwesenheit in England den Versuch machen, ihn zu Abmachungen zu bewegen; er werde sich aber auf nichts einlassen. Als ich erwiderte, daß die englische Verfassung und die Rücksicht, welche die englischen Minister auf die wechselnde öffentliche Meinung des Landes zu nehmen hätten, den Abschluß von Verträgen mit England unmöglich machten, stimmte er lebhaft bei. Hierauf erwähnte er den Gedanken Lobanows, eine Sicherheit für die Durchfahrt durch den Suezkanal zu erhalten**, ließ aber den Gegenstand fallen, als ich darauf hinwies, daß England in dieser Beziehung bereits Verpflichtungen eingegangen habe. Dann berührte er die englische Politik in Südafrika und sagte, er höre, daß England den Plan habe, seine Herrschaft von Südafrika bis nach dem Nil auszudehnen und sich auf diese Weise ganz Afrikas zu bemächtigen. Ich erwiderte, daß dies wohl noch gute Wege habe. Indessen glaubte ich, daß England so großen Wert auf Südafrika lege, weil es durch die Besorgnis, einmal Indien zu verlieren, dahin getrieben werde, in einem südafrikanischen Reich sich einen Ersatz für Indien zu schaffen. Darüber lachte der Kaiser und meinte, warum denn Indien für England verloren gehen solle? Wer solle es ihm nehmen? „Wir sind nicht so dumm, uns auf ein solches Unternehmen einzulassen." Was Afrika betreffe, so habe Rußland dort keine Interessen. Höchstens könnten

---

* Vgl. darüber Bd. XII, Kap. LXXVII.

** Vgl. auch Kap. LXVII, Nr. 2732, 2734 ff.

religiöse Motive Rußland Sympathien für Abessinien einflößen. Er würde sich freuen, wenn es ihm gelänge, zwischen Italien und dem Menelik den Frieden zu vermitteln*. Daran knüpfte sich ein Gespräch über das Zwecklose der italienischen Expedition in Erythräa. Nun teilte mir der Kaiser mit, Kaiser Wilhelm habe ihm von dem Plane einer Zollverbindung der europäischen Staaten zum Schutz gegen Amerika** gesprochen und ihn gebeten, dafür in Paris zu wirken. Er sei auch dazu bereit. Ich sagte, der Gedanke sei ein sehr guter; nur verlange er noch gründliches Studium. Ein Zollverein, nach dem Muster des deutschen, sei wohl nicht beabsichtigt, sondern eine Art Kontinentalsperre; denn an eine Verteilung der Zollerträgnisse sei bei der Verschiedenheit der Kulturentwicklung der europäischen Staaten nicht zu denken. Eine Kontinentalsperre könne aber auch ein zweischneidiges Schwert sein, und was der Ackerbau gewinne, könne die Industrie verlieren. Es sei nützlich, den Plan zu verfolgen, aber genau zu rechnen.

Großes Interesse bezeigte der Kaiser für die sibirische Eisenbahn. Er werde sie mit allen Kräften zu fördern suchen. Sibirien habe eine große Zukunft und sei für Rußland wichtig, um den Überschuß seiner Bevölkerung dort in Kolonien unterzubringen. Besonders wichtig sei aber die Bahn für die ostasiatische Politik Rußlands. Japan rüste stark, und wenn er auch nicht recht einsehe, wie die Japaner das Geld für ihre Schiffe und ihre Armee aufbringen wollten, nachdem die chinesische Kriegsentschädigung aufgebraucht sein werde, so müsse man sich doch vorsehen. Sei einmal die sibirische Bahn fertig, so könne man es mit den Japanern aufnehmen.

Als das Gespräch auf seinen Reiseplan kam, fragte er mich, ob ich Bedenken gegen seinen Besuch in Paris hätte. Es war ihm angenehm, als ich erwiderte, daß mir der Besuch in Paris inévitable schiene. Er hob hervor, daß er nur wenige Tage in Paris bleiben werde, und daß er es abgelehnt habe, anderswo als in der Botschaft zu wohnen. Das sei *sein* Haus, und da hätten seine Vorgänger auch immer gewohnt.

Am Schluß der Unterredung holte der Kaiser den Andreasorden und übergab mir denselben. Als ich bei den üblichen Dankesworten die Versicherung aussprach, meine Bemühungen auf die Aufrechthaltung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu richten, meinte der Kaiser, das werde mir nicht schwer fallen, da diese Beziehungen stets gute bleiben würden.

C. Hohenlohe

---

* Vgl. dazu Kap. LXVIII.
** Vgl. Nr. 2861.

Nr. 2863

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 30. September 1896

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß mir der russische Botschafter heute vertraulich folgende Einzelheiten bezüglich des bevorstehenden Besuchs des russischen Kaisers in Paris mitgeteilt hat: Seine Majestät habe eine Reihe von Änderungen und Einschränkungen in dem ihm vorgeschlagenen Programm vorgenommen und verschiedene Nummern ganz gestrichen. Die Zahl der Reden und Antworten sei auf die Zahl drei beschränkt worden, d. h. beim Empfang in Cherbourg, beim Diner im Elysée und in Châlons, auch habe der Kaiser verlangt, daß die an ihn gehaltenen Anreden sich politischer Anspielungen enthielten und zuvor ihm zur Prüfung vorgelegt würden. Der Anspruch der Madame Faure, die Majestäten am Bahnhofe abzuholen und mit der Kaiserin in demselben Wagen zu fahren, sei abgelehnt worden. pp.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
1/X 96 Sehr erfreulich, aber nicht eben schmeichelhaft.

Nr. 2864

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 149 Paris, den 3. Oktober 1896

Bei meiner Rückkehr habe ich Paris überfüllt gefunden, wie es bei der großen Weltausstellung kaum war*.

Die ganze Stadt wird durch geschmacklose Dekorationen verunstaltet. Die Champs-Elysées gleichen jetzt schon einem Café chantant, man hat selbst die Bäume nicht geschont und bedeckt sie mit künstlichen Blumen. Das Geld wird dabei rücksichtslos aus dem Fenster geworfen, und bis jetzt haben nur die Fenster Vorteil davon, denn sie werden zu ganz lächerlichen Preisen vermietet.

Dabei fällt es mir schon jetzt auf, daß der Enthusiasmus, der sich bei der Anwesenheit des Admirals Avellan und seiner Offiziere** zeigte,

---

* Im Hinblick auf den erwarteten Besuch des russischen Kaiserpaares, das am 5. Oktober in Cherbourg landete, vom 6. bis 8. Oktober in Paris weilte und am 9. Oktober der großen Parade des 2., 6. und 7. Korps in Châlons beiwohnte.
** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1529 ff.

weit geringer geworden ist. Damals war die Presse einmütig, und kein Blatt wagte es, einen andern Ton anzuschlagen.

Euere Durchlaucht werden aus meinem gestrigen Preßbericht Nr. 148 ersehen, daß sowohl die sozialistische als auch die legitimistische Presse einen skeptischen feindlichen Ton annimmt.

Die Huldigung, welche Kaiser Nikolaus II. mit seiner erhabenen Gemahlin, einer deutschen Prinzessin, der Republik darbringen, hat eine ganz andere Bedeutung, als es die Besuche in Wien, Breslau und Balmoral hatten.

Die Ratgeber des Kaisers haben eine große Verantwortung übernommen, als sie ihrem Kaiser zu dieser gefährlichen Canossa-Reise[1] nach Paris rieten. Sie haben im Auge des französischen Volks die Allianz besiegeln wollen. Ob das gelingt, erscheint mir schon zweifelhaft. Schroffe Gegensätze, wie die zwischen Zarentum und der durch Königsmord gegründeten Republik lassen sich nicht ausgleichen, und mag auch das bisherige Liebhaberverhältnis etwas enger geschlossen zur Mésalliance[2] werden, so ändert das nicht viel.

Nichts ist gefährlicher, als Hoffnungen erwecken, die man nicht erfüllen will.

Der Zweck der Allianz war für die Franzosen Krieg gegen uns und die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen[3]. Je weniger Aussicht dazu, je größer das Bedürfnis nach Frieden wird, je mehr schwindet der Grund für die unnatürliche Allianz, bei der Rußland allein gewinnt.

Die politische Stellung Rußlands in Europa gewinnt dadurch. Der überwiegende Einfluß Rußlands kann aber gerade für Frankreich schädlich und gefährlich werden.

Finanziell wird Frankreich auch mehr oder weniger abhängig von Rußland.

Empörend in meinen Augen war die Art und Weise, wie seitens des russischen Finanzministers die Würde des Zaren mißbraucht wurde.

Der hiesige Geldmarkt ist für russische Werte übersättigt. Die hiesige höhere Finanzwelt erklärte, daß die Herkunft einer Majestät des Kaisers und der Kaiserin das einzige wirksame Mittel sein würde, um eine neue Anleihe unterzubringen; sie müßte, ehe sie sich darauf einließe, die bestimmte Versicherung haben, daß der kaiserliche Besuch gesichert sei[4]. Es wurde hier und in Petersburg im geheimen verhandelt, die Versicherung wurde gegeben, die Franzosen ziehen den Beutel, und Herr von Rothschild erhält den hohen Weißen Adlerorden.

Fürst Bismarck hat stets für Frankreich die Republik gewollt, weil er annahm, daß die Republik monarchischen Staaten gegenüber nicht allianzfähig sein würde.

Der große Staatsmann irrte, weil er selbst viel mehr morarchisches Gefühl hatte als anscheinend der Zar und seine Ratgeber[5].

Für beide Regierungen spitzt sich die Situation sehr zu, und namentlich für den Präsidenten Felix Faure und sein Kabinett kann sie sehr gefährlich werden.

Ein innerer Konflikt drohte schon auszubrechen, weil der Senat und Deputiertenkammer bei den Festen nicht so berücksichtigt waren, als sie erwarteten. Sie wollen nicht zugeben, daß der Präsident der Republik Frankreich allein dem Kaiser gegenüber repräsentieren soll.

Nach der demokratischen Trilogie-Idee sind die Präsidenten der Republik, des Senats und der Deputiertenkammer gemeinschaftlich die offiziellen Vertreter der Souveränität Frankreichs.

Anfänglich war bestimmt, daß der Präsident Felix Faure allein mit seinem Pseudo-Hofstaat Seine Majestät den Kaiser in Cherbourg empfangen sollte. Die beiden Präsidenten Loubet und Brisson haben aber dagegen protestiert, sie gehen mit, und dieses Triumvirat, welches die lügnerische Devise „liberté, égalité, fraternité" repräsentiert, empfängt Ihre Majestäten[6].

Die große Parade in Châlons hat auch manche Schwierigkeiten zur Folge. Sämtliche Senatoren und Deputierten verlangen, mit ihren Damen derselben beizuwohnen.

Das Paradefeld liegt vier Kilometer von der Eisenbahnstation entfernt, und wäre es unmöglich, genügende Wagen für den Transport der Gäste zu beschaffen. Der Kriegsminister hat sich erboten, die vier Kilometer Eisenbahn von Bouy bis an die Tribünen in vier Tagen bauen zu lassen, was jetzt geschieht.

Anfänglich sollten die Militärattachés nicht eingeladen werden. Der Kriegsminister Billot, den ich gestern bei Herrn Hanotaux traf, sagte mir, daß, nachdem die Schwierigkeiten des Transports gehoben seien, die fremden Militärs der Revue beiwohnen würden.

Einige Zeitungs- und Flugblätter, die sich auf das offizielle Programm der Feste, bzw. auf letztere selbst und die Kaiserlich Russischen Majestäten beziehen, und die in täglich erneuter Form auf den hiesigen Straßen verkauft werden, beehre ich mich gehorsamst beizufügen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Sehr richtig
2 pas Alliance? non mesalliance!
3 richtig
4 Pfui Teufel, so was thut Miquel nicht
5 gut
6 bravo!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich

Nr. 2865

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 162 Wien, den 8. Oktober 1896

Die Pariser Zarentage beschäftigen hier fast ausschließlich die öffentliche Aufmerksamkeit. Jedes Wort des russischen Selbstherrschers wird erwogen und gewogen, jeder Schritt desselben in Paris lebhaft besprochen.

Graf Goluchowski sagte mir heute, er sei zwar nicht immer derselben Ansicht wie die „Hamburger Nachrichten", er müsse denselben aber völlig darin beistimmen, daß die Pariser Blätter in ihrer Haltung gegenüber Rußland bezeichnend wären für die Verminderung, welche das französische Selbstbewußtsein erlitten habe. Ob ein Vertrag bestände oder nicht, darauf käme es seiner Meinung nach gar nicht an, die Tatsache sei unumstößlich, daß beide Länder zusammengehen würden, so lange die bestehenden Verhältnisse in Europa erhalten blieben. Rußland habe die Franzosen, diese aber nicht jenes in der Hand.

Der Herr Minister entwickelte mir dabei von neuem seine Anschauungen über die Gesamtlage der europäischen Politik. Rußland werde sich hüten, den Franzosen zu Elsaß-Lothringen zu verhelfen, weil alsdann das bisherige bequeme Verhältnis aufhören würde. Die Russen würden auch nicht wagen, den Dreibund anzugreifen, solange dieser fest sei, auch seien sie jetzt in Ostasien beschäftigt.

Rußland habe aber natürlich das größte Interesse, Unfrieden zwischen die Verbündeten zu bringen. Letztere seien aufeinander angewiesen und brauchten sich gegenseitig in gleichem Maße.

Auf meine Frage, ob er eine Verständigung Englands mit Rußland und Frankreich für möglich erachte, verneinte der Graf diesen Gedanken auf das entschiedenste. England könne weder die Meerengen noch den Suezkanal preisgeben. Mit einer russischen Flotte im Mittelmeer seien alle britischen Besitzungen daselbst einschließlich Gibraltars entwertet. Lord Salisbury fühle sich seiner Majorität nicht ganz sicher und sei daher zaghaft, aber Konstantinopel in russischen Händen bedeute die Herrschaft im Mittelmeer und die Unhaltbarkeit Ägyptens.

Die russische Politik sei jetzt, so meinte der Herr Minister ferner, auf den Suezkanal gerichtet, dessen freie Durchfahrt in Kriegszeiten nie gesichert erscheine, solange die Engländer in der Lage wären, ihn in kurzer Zeit unpassierbar zu machen.

Daß England Ägypten etwa aufgeben und sich auf Südafrika beschränken könnte, glaubt der Graf nicht, weil die Erfahrung lehre, wie solche Kolonien, nachdem sie sich befestigt und entwickelt, regelmäßig abfallen, so daß den Briten alsdann gar nichts übrig bliebe.

Eine antienglische Politik Deutschlands würde Graf Goluchowski immer bedauern und auch für unpraktisch halten, da sie die Franzosen, wie man kürzlich gesehen, niemals Metz und Straßburg vergessen lassen und in England auf lange Zeit verstimmen würde.

Auch betrübt es den Herrn Minister, wenn Deutschland durch zuviel Entgegenkommen das Prestige Rußlands und den Wert seiner Bundesgenossenschaft erhöhen hilft.

C. M. Lichnowsky

Nr. 2866

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 154 Paris, den 9. Oktober 1896

pp*.

Daß in diesen Tagen ein Allianzvertrag unterzeichnet sein soll, glaube ich nicht. Existieren schriftliche Abmachungen, so waren sie vollzogen, ehe der Kaiser herkam.

Wichtig würde ein Allianzvertrag nur für Herrn Felix Faure und sein Kabinett sein, denn ihre Stellung kann unhaltbar werden, wenn sie mit leeren Händen vor das Parlament treten und nur mit Redensarten wie „nation amie“ und „l'union des deux peuples“ die Angriffe der Opposition zurückweisen müßten.

Für uns halte ich es für gleichgültig, ob ein Allianzvertrag existiert oder nicht, da es jedenfalls nur ein Defensivvertrag sein würde, und wir nicht daran denken, Rußland oder Frankreich anzugreifen[1]. Für England könnte es unter Umständen wichtig sein.

Die beiden Nationen glauben, daß sie eng verbündet sind; darin liegt eine Gefahr, denn es wird namentlich die Franzosen leicht übermütig machen.

Diesen Glauben zu erwecken und zu stärken, war der Zweck des Kaiserbesuches. Der ist erreicht; weiter zu gehen, liegt nicht im russischen Interesse.

Die Unsicherheit der Verhältnisse, namentlich der fortwährende Wechsel der Minister sollten die russischen Staatsmänner davon abhalten, sich zu sehr zu binden, ganz abgesehen davon, daß die Verbindung mit der demokratischen Republik eine Art Selbstmordversuch der Monarchie ist.

Gott gebe, daß dem jungen unerfahrenen Kaiser und den übrigen Monarchen kein Schaden daraus erwachse[2].

Die Bevölkerung von Paris hat sich während der ganzen Feste musterhaft benommen, und alle chauvinistischen Kundgebungen sind

---

* Der Anfang des Berichts gibt eine Beschreibung der Pariser Festlichkeiten.

ängstlich vermieden. Die Ligue des Patriotes hat bis auf ein Bekränzen der Straßburgstatue und deren Schmückung mit der lothringischen schwarzen Mütze sich ganz ruhig verhalten.

Die Hochrufe galten vor allem der Republik, in zweiter Linie der Kaiserin, in dritter dem Zaren und la Russie.

Rufe, die bei solchen Gelegenheiten früher gehört wurden, wie „A bas la Prusse", „Vive l'Alsace-Lorraine" hörte man dieses Mal nicht.

Es war zu befürchten, daß der Chauvinismus durch diese Feste neu belebt werden würde; es ist nicht der Fall gewesen. Die Regierung hat alles getan, um solche Demonstrationen zu vermeiden, macht aber selbst eine solche durch die Revue von Châlons. Militärische Gründe allein sind es nicht gewesen, welche für die Revue gerade in Châlons, so nahe an der Grenze, sprachen.

Das sechste Korps ist das beste und stärkste; es soll das dem Zaren imponieren[3].

Außerdem soll dieses militärische Schauspiel den Patriotismus und die Hoffnungen namentlich der Grenzbevölkerung neu beleben.

Viel wird auch damit nicht erreicht werden. Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] ja

[3] Schisch[k]ine sagte mir: Die Russischen Herren der Umgebung des Kaisers hätten ihm gesagt: Die Armeecorps hätten ganz gut ausgesehen und die Schlußattaque der Cavalerie sei sehr schön gewesen. Aber trotzalledem wäre in Breslau und Görlitz doch weit hervorragenderes und besseres zu sehn gewesen, und damit hätte Chalons es nicht aufnehmen können.

Nr. 2867

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 156 Paris, den 10. Oktober 1896

Der letzte Akt des russisch-französischen Schauspiels ist in Châlons gespielt worden und ist zur Zufriedenheit der Mitspielenden und der Millionen Zuschauer, die von allen Seiten Frankreichs zusammenströmte, gut verlaufen und wird in Frankreich als ein großes Ereignis gefeiert.

Über die Revue selbst berichtet Oberstleutnant von Schwartzkoppen.

Die Rede des Präsidenten und die Antwort des Zaren beehre ich mich im Ausschnitt aus dem heutigen „Journal Officiel" gehorsamst beizulegen*.

---

* Siehe den Text in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1896, S. 223 f.

Beide Reden waren vorbereitet und wurden abgelesen. Das Wort „alliance“ wurde vermieden und ersetzt durch „inaltérable amitié“*.

In der Antwort des Zaren haben die Worte „j’ai eu le plaisir du spectacle militaire le plus imposant en assistant à la revue des troupes sur le terrain habituel de leurs exercices“ eine gewisse Bedeutung. Es ist dadurch jede Anspielung an die Grenze vermieden worden.

Jede uns feindliche Demonstration, die vielfach erwartet wurde, ist unterblieben.

Wenn auch das Wort „alliance“ fehlt und umschrieben wurde, so existiert sie dadurch doch, und müssen wir damit rechnen.

Es ist aber eine Zivilehe ohne höhere Weihe, eine mésalliance. Denn die Kontrahenten sind nicht ebenbürtig.

Solche Ehen lassen sich leicht scheiden, und lernen sich die Kontrahenten erst näher kennen, so kann der Scheidungsgrund „unüberwindliche Abneigung — incomptabilité d’humeur“ über kurz oder lang zur Geltung kommen.

Die Franzosen haben das neue Wort „Duplice“ erfunden.

Münster

Nachschrift

Es war hier die unglaubliche Nachricht verbreitet, daß Seine Majestät der Kaiser beim Abschiede Herrn Felix Faure umarmt habe. Das „Journal Officiel“ bestätigt diese Nachricht mit den Worten: „Sa Majesté l’Empereur s’est alors approché, a tendu les mains au Président de la République et l’a affectueusement embrassé.“ Das ist schon mehr als ein Selbstmordversuch der Monarchie.

Münster

Nr. 2868

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wiesbaden, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Schillingsfürst

Telegramm. Entzifferung

Wiesbaden, den 20. Oktober 1896

Die Zusammenkünfte mit Seiner Majestät dem Kaiser** sind günstig verlaufen. Großfürst Sergius*** bekundete entschieden großes Miß-

---

* Nikolaus II. sagte u. a.: „Sie haben recht, zu sagen, Herr Präsident, daß die beiden Länder durch unwandelbare Freundschaft verbunden sind. Ebenso besteht zwischen unseren beiden Heeren ein tiefes Gefühl der Waffenbrüderschaft.“

** Vom 11. bis 29. Oktober weilte das russische Kaiserpaar in Darmstadt. Am 19. besuchte der deutsche Kaiser das Zarenpaar in Darmstadt, das am 20. den Besuch in Wiesbaden erwiderte.

*** Bruder Alexanders III.

trauen und verstand es immer, sich zu nähern, wenn ich einmal mit Seiner Majestät allein stand. In seiner Gegenwart ist der Kaiser immer auffallend verlegen und zurückhaltend. Sowie der Großfürst jedoch anderweitig konversationell engagiert, dann war der Kaiser redselig und mitteilsam. Serge ist des Kaisers böser Dämon und unser energischster Feind, jedenfalls auch Vermittler für Kopenhagen. Habe Pariser Reise in unseren Gesprächen gar nicht erwähnt. Der Kaiser dagegen kam motu proprio darauf und teilte mir mit, er habe gemäß seinem mir in Schlesien gegebenen Versprechen den Inhalt unseres Görlitzer Gesprächs in Paris den maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber verwertet. Insbesondere mit Herrn Méline habe er des längeren über den Zusammenschluß der Kontinentalmächte Amerika und Mac Kinley gegenüber eingehend besprochen*. Er habe überall für diese Fragen großes Interesse und eingehendes Verständnis gefunden. Auf meine Frage, ob es ihm recht wäre, wenn dieses Thema nunmehr politisch und diplomatisch weiter besprochen würde, antwortete der Kaiser, er wünsche, daß meine Regierung mit der seinigen in regelrechten Notenaustausch über diese Fragen treten möchte, um zu einem greifbaren Resultate zu kommen. Ich teilte ihm noch mit, daß Graf Goluchowski in Wien gleichfalls dieser Idee sehr sympathisch gegenüberstehe**. Ein Gegenbesuch von der Kaiserin und mir in Rußland ist für Anfang Juli nächsten Jahres verabredet.

Wilhelm I. R.

Nr. 2869

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 169 Paris, den 22. Oktober 1896

Das russische Schauspiel ist vorüber. Jetzt kommt die Abrechnung, kommt die Frage, was es kostete, was es einbrachte, und welche Folgen es auf dem Welttheater haben wird.

Man beginnt zu finden, daß die Kosten zu hoch gewesen sind, daß Rußland großen Zuwachs an politischer Macht Frankreich verdankt, und daß schon zuviel französisches Geld in den Händen Rußlands ist.

Für dies alles ist für Frankreich nichts Positives erreicht. Hoffnungen sind erweckt, aber nicht erfüllt, und dafür werden die ruhigen

* Vgl. Nr. 2861.

** Nach einem Telegramm des Botschafters Grafen Eulenburg vom 14. September hatte Graf Goluchowski dem Gedanken der Zusammenfassung Europas zum wirtschaftlichen Kampf gegen Amerika sogar „mit Begeisterung" zugestimmt.

Zuschauer dieses Schauspiels, d. h. wir, verantwortlich gemacht und angegriffen.

Während des Festspiels in Paris und beim zweiten Akt in Châlons sind chauvinistische Demonstrationen ängstlich vermieden worden. Die Regierung tat, was sie konnte, um sie zu vermeiden, sie fürchtete, daß das einen schlechten Eindruck auf die hohen Gäste hervorbringen könnte.

Das Volk unterließ die Demonstrationen, weil es den Frieden will und anfängt, doch zu begreifen, daß ohne Krieg Elsaß und Lothringen nicht wieder zu haben sind, und daß auf russische Hülfe zur Eroberung dieser Provinzen trotz aller freundlichen Demonstrationen und trotz der Waffenbrüderschaft, die der junge Zar auf so unvorsichtige Weise in Châlons betonte, doch nicht zu rechnen ist.

Die Presse wird, nachdem der kaiserliche Freund wieder jenseits der Grenze ist, nicht mehr zurückgehalten, und sie glaubt, den etwas enttäuschten Patriotismus dadurch neu zu beleben, daß sie uns angreift.

So erkläre ich mir den allerdings wieder mehr bemerkbaren Chauvinismus.

Außerdem ist jetzt eine ruhige Zeit für die Presse, wo sich alles auf die neue Parlamentskampagne, welche am 27. beginnt, vorbereitet, und sie nicht weiß, wie im eigenen Lande der Hase laufen wird.

Deshalb lenkt man die Aufmerksamkeit wieder auf uns. Das wird aber aufhören, sowie hier das Parteigezänk wieder beginnt.

Wünschenswert ist aber, daß unsere Presse eine ruhige, abwehrende Haltung beobachte und nicht, wie sie das leider so oft tut, auf jeden Zopf anbeißen möge[1], den namentlich die schlechte radikale Presse, die hier weit weniger Beachtung findet, als bei uns, absichtlich hinwirft.

Die augenblickliche chauvinistische Erregung wird nachlassen, sowie die Zänkereien beginnen und Kabinettskrisen wahrscheinlich werden.

Daß durch den Kaiserbesuch namentlich die französische Presse wieder übermütiger werden mußte, war vorauszusehen.

Die Frage, ob wirklich ein Allianzvertrag besteht, beschäftigt alle Politiker mehr, als sie eingestehen wollen, und es wird interessant sein, beim Zusammentritt der Kammern zu beobachten, wie sie gestellt und wie sie beantwortet werden wird.

Minister und solche, die es wieder werden wollen, halten in ihren Wahldistrikten oft unvorsichtige Reden, aus denen sich ergibt, daß sie über den Allianzvertrag nichts Positives wissen.

Der Minister Barthou hielt vor seinen Wählern eine sehr gute Rede, in der er mit vielem Mute die Sozialisten und Radikalen angriff, auf die Allianz hinwies und davor warnte, durch Parteizwist die russische Allianz zu gefährden.

Diese etwas unvorsichtige Äußerung ruft heftige Angriffe der Radikalen hervor.

Auf der anderen Seite ließ Herr Bourgeois auch in einer Rede vor seinen Wählern es durchblicken, daß der vorige Ministerpräsident an einen geschriebenen Allianzvertrag nicht glaubt.

Sollte ein schriftlicher Vertrag bestehen oder nicht, so hat das für uns keine besondere Wichtigkeit.

Wichtig und bedeutungsvoll ist das große Pariser Schauspiel doch an sich.

Fürst Lobanow, der wirkliche Förderer der russisch-französischen Allianz und derjenige, welcher mit Hülfe der Kaiserin-Mutter und des Finanzministers Witte die Reise des Kaiserpaares durchsetzte, hat seinen Zweck erreicht.

Der Zweck war vor allem, den kaiserlichen Herrn zu binden und den übrigen Mächten und namentlich dem französischen Volke zu beweisen, daß Rußland und Frankreich geeinigt sind.

Das französische Volk rechnet fest auf Rußlands Hülfe im Kriege, wogegen die russischen Politiker im Frieden ihren Einfluß in Europa verstärken und Frankreich finanziell ausbeuten wollen.

Ob die Reise das monarchische Prinzip schädigte, war diesen Ratgebern, deren Triebfedern Haß gegen uns und England und die Verstärkung der Macht Rußlands zum Schaden der übrigen europäischen Staaten waren, ganz gleichgültig[2].

Daß für sie die Waffenbrüderschaft nur für Friedenszeiten gelten soll, wird sich schon später zeigen. pp.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Presse danach Instruiren
[2] richtig

Nr. 2870

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 247 — St. Petersburg, den 22. Oktober 1896

Ich hatte soeben eine lange, ganz befriedigende Unterredung mit Finanzminister Witte, der mir mit unerwarteter Zuvorkommenheit und Freundlichkeit entgegentrat, seinem lebhaften Bedauern über die während seiner langen Abwesenheit eingetretenen Vorkommnisse* und

---

* Im Sommer 1896 war es zu einer Art Zollkrieg zwischen Rußland und Deutschland gekommen. Ihren Ausgang nahmen die Differenzen von den Maßregeln der deutschen Veterinärpolizei, die russischerseits als gegen den Handelsvertrag verstoßend angesehen wurden, obwohl sie durchweg schon vor dessen

der Zuversicht Ausdruck gab, daß alle Schwierigkeiten sicherlich leicht beseitigt werden werden, wenn sie in einer möglichst baldtunlichst schon in acht oder zehn Tagen zusammenzuberufenden Konferenz erörtert würden. Er bat mich, Euerer Durchlaucht mitzuteilen, daß er mit der Abhaltung der Konferenz in Berlin ganz einverstanden sei, wenn dies Euerer Durchlaucht angenehm sein könnte, und Herrn Timiriasew dorthin gern entsenden wolle. Er hoffe nur, daß Herr Schischkin nichts dagegen haben werde. Herr Witte fügte hinzu, er verspreche mir, in der Konferenz das größte Entgegenkommen zu beobachten, und in derselben die von ihm verfügten Repressalien zurückzuziehen, wenn unsererseits nur etwas Entgegenkommen gezeigt werde, woran er nicht zweifle.

An irgendwelche Änderung der allgemeinen sanitären Verordnungen denke er gar nicht, er wisse, daß dies nicht tunlich sei.

Ich habe mit Genugtuung aus den Äußerungen des Herrn Witte konstatiert, daß er keineswegs feindlich uns gegenübersteht und gute Beziehungen ernstlich wünscht.

Im Lauf des Gesprächs äußerte er sich mit Begeisterung über Seine Majestät unsern allergnädigsten Kaiser und sprach mit Befriedigung über allerhöchstdessen freundschaftliche Beziehungen zu Kaiser Nikolaus. Er tadelte manche Vorkommnisse beim Pariser Besuch, die er dem geradezu schädlichen Einflusse des Fürsten Lobanow zuschrieb. Schließlich beklagte er die schwierige Stellung der Kaiserlichen Regierung und besonders Euerer Durchlaucht den unerfüllbaren Forderungen der Agrarier gegenüber.

Radolin

Nr. 2871

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 169 Wien, den 23. Oktober 1896

Graf Goluchowski kam heute bei dem Besuch, den ich ihm nach seinem kurzen Urlaub abstattete, abermals auf die durch die Pariser

---

Abschluß bestanden hatten. Im August 1896 beantragte die russische Regierung offiziell die Milderung der deutschen Maßregeln. Ohne indessen den Erfolg ihrer Anträge abzuwarten, deren eingehende Prüfung inzwischen von der deutschen Reichsregierung eingeleitet war, verfügte das russische Zolldepartement am 3. September Retorsionsmaßregeln, die in Deutschland böses Blut machten und noch im November Anlaß zu einer Interpellation im Reichstage gaben, deren Beantwortung indessen von der Reichsregierung im Hinblick auf die inzwischen eingeleiteten zolltariflichen Besprechungen mit russischen Kommissaren abgelehnt wurde. Am 9. Februar 1897 fanden die deutsch-russischen Verhandlungen über die Zollschwierigkeiten mit einem Schlußprotokoll einen beiderseits befriedigenden Abschluß.

Zarentage geschaffene Lage zurück. Der Herr Minister betonte mehrere Male, er teile durchaus nicht die in Berlin zur Schau getragene Gleichgültigkeit und finde, daß die Verhältnisse viel ungünstiger seien, als man in Berlin zu meinen scheine. Die Gesamtlage habe sich wesentlich zum Schlechten verändert trotz aller Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen Rußlands.

Er sei nicht für eine Vogel-Strauß-Politik; den Franzosen sei der Kamm ganz ungemein geschwollen, so daß es ganz unberechenbar sei, wozu sie sich hinreißen ließen in einem Augenblick politischen Taumels; der Revanchegedanke sei keineswegs im Erkalten, dies wäre ein verhängnisvoller Irrtum; die Verbrüderung beider Heere, Flotten, Lehrkörper, Studenten und anderer Volkskreise und Stände habe wesentliche Fortschritte gemacht.

Gleich dem Grafen Wolkenstein* entwickelte Graf Goluchowski hierauf, daß Zar Nikolaus nicht die Willenskraft und die Autorität seines Herrn Vaters besäße, und daß er daher sehr leicht von einer nationalen Bewegung fortgerissen werden könne[1]. Man kenne den jungen Kaiser zwar noch wenig, aber was man bisher gesehen, sei nicht besonders vertrauenerweckend. Sein Auftreten in Paris den dortigen „Orgien" gegenüber wäre schwach und allzu nachgiebig gewesen, der Ton seiner letzten Trinksprüche wesentlich wärmer als alle bisherigen, der Kuß an Faure, die Begrüßung Baudins**, das Fraternisieren mit dem Mob seien unerhörte Vorgänge für einen Träger des monarchischen Prinzips[2].

Als ich erst kürzlich mit dem Herrn Minister denselben Gegenstand besprach (Bericht Nr. 162 vom 8. d. Mts.)*** war er viel weniger pessimistisch gestimmt. Er blickte damals mit unvergleichlich stärkerer Zuversicht in die Zukunft. Aus seinen Worten klangen die Ansichten seines jetzt hier weilenden Pariser Botschafters leicht erkennbar heraus, und ich zweifele nicht, daß die oben dargelegte Stimmungswendung auch zum Teil auf den sonst vom Grafen Goluchowski nicht gerade überschätzten Grafen Wolkenstein zurückzuführen ist.

Auch heute ließ er die Bemerkung fallen, daß Österreich den Grundsatz verfolge, den Russen nicht nachzulaufen, daß er dies für einen großen Fehler halten würde, und daß sich Österreich deshalb doch ganz gut mit ihnen stände.

C. M. Lichnowsky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist nicht unmöglich
[2] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Es wird nichts so heiß gegessen wie es gekocht wird

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Paris.
** Radikal-sozialistischer Deputierter.
*** Siehe Nr. 2865.

Nr. 2872

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 28. Oktober 1896

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" Mr. Bashford teilte mir heute mit, er habe aus einer Quelle, die sich auf beste Autoritäten berufe, folgende Information erhalten: Seine Majestät der Kaiser habe in Breslau mit dem Zaren zunächst die orientalische Frage besprochen und sich mit ihm über die Erhaltung des status quo im türkischen Reiche geeinigt. Sodann aber habe Kaiser Wilhelm bei Kaiser Nikolaus auch die Frage der Erhaltung des territorialen status quo Deutschlands angeregt und verlangt, daß Rußland in dieser Beziehung Verpflichtungen gegenüber etwaigen französischen Revanchegelüsten übernehme. Der russische Kaiser habe dieses Ansinnen höflich aber bestimmt abgelehnt. Seine Majestät der Kaiser sei in Darmstadt und in Wiesbaden wiederum darauf zurückgekommen und habe von neuem insistiert, aber mit demselben negativen Resultate. —

Mr. Bashford sagte mir, er werde diese Nachricht in seinem Blatte nicht veröffentlichen, glaube aber bestimmt, daß dieselbe in irgendeinem andern Preßorgane erscheinen werde. Auf Befragen teilte mir Mr. Bashford mit, der Ursprung dieser Information sei an der Quelle zu suchen, von der auch die jüngsten Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten" herrührten.

Marschall

Nr. 2873

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 254 St. Petersburg, den 29. Oktober 1896

Minister Witte berührte mir heute gesprächsweise die Hamburger Enthüllung* und bezeichnete dieselbe als ein böses unpatriotisches Machwerk, das darauf ausgehe, die Regierung bloßzustellen und mit

---

* Am 24. Oktober 1896 war in den „Hamburger Nachrichten" der berühmte Artikel „Fürst Bismarck und Rußland" erschienen, der das bisher sorgfältig gehütete Geheimnis des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags und seiner Nichterneuerung im Jahre 1890 der Öffentlichkeit preisgab. An die Bismarcksche Enthüllung knüpfte sich eine ausgedehnte Preßpolemik und schließlich eine lebhafte Erörterung im Reichstage, in dem die deutsche Regierung jedoch, auf Andringen der russischen, eine Auskunft über den tatsächlichen, der Enthüllung zugrunde liegenden Sachverhalt ablehnte. Vgl. Bd. VII, Kap. XLIV, Nr. 1384 ff.

den Freunden zu verhetzen, das aber nur auf den zurückfallen muß, der es ersonnen. Im allgemeinen werde die Sache hier wenig beachtet, da ja bekannt, daß der angebliche schriftliche Separatvertrag ebensowenig bestanden hat, wie eine schriftliche Abmachung mit Frankreich besteht*.

In dem Sinne habe er auch eine aus Wien kommende telegraphische Anfrage beantwortet.

Nach seiner persönlichen Ansicht hätte Fürst Bismarck allein die guten traditionellen Beziehungen zu Rußland zerstört[1] und Rußland in die an sich unnatürliche Verbrüderung mit Frankreich getrieben. Dies sagte er natürlich vertraulich.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Richtig

Nr. 2874

Bericht des Militärattachés in Paris Oberstleutnant von Schwartzkoppen*

Abschrift

Nr. 21 Paris, den 30. Oktober 1896

pp. Frankreich sah sich nach den schweren Niederlagen des Feldzuges 1870/71, und nachdem es die republikanische Staatsform angenommen hatte, von den es umgebenden monarchischen Staaten mehr oder weniger verlassen. Die Schmach der Niederlage, der Verlust zweier Provinzen aber mußte bei dem empfindlichen Charakter der Franzosen den Gedanken an eine Revanche hervorrufen. Dieser Gedanke ist seit 26 Jahren wach erhalten, je nach der politischen Lage mehr oder weniger stark hervorgetreten, aber niemals ganz fallengelassen worden. Mit einem nachahmungswerten Patriotismus wurden die Mittel zur Wiederherstellung der Kriegsbereitschaft für die Armee bewilligt, und der Wiederaufbau der zertrümmerten Armee auch in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt. Die Eindrücke der erlittenen Niederlage und die Furcht vor dem Sieger waren aber noch zu mächtig, als daß man hätte daran denken können, den mit Liebe gehegten Revanchegedanken allein durchzuführen. Hierzu fühlte sich Frankreich in seiner isolierten Stellung nicht stark genug, zumal es nach Abschluß des Dreibundes wußte, daß es im Fall eines Angriffes auch Italien zum Gegner haben würde. So mußte es sich nach

---

* Der wirkliche Sachverhalt erhellt aus Bd. V, Kap. XXXIV und aus Bd. VII, Kap. XLVII.

** Der sehr eingehende Bericht Oberstleutnant von Schwartzkoppens behandelt in seinem ersten hier übergangenen Teil die Genesis der russisch-französischen Annäherung seit den achtziger Jahren.

einem Bundesgenossen umsehen, der ihm den notwendigen Zuwachs an Kraft zur Verwirklichung seiner feindlichen Absichten bringe. Diese Aussicht auf Bundesgenossenschaft eröffnete sich Frankreich durch die ebenfalls mehr oder weniger isolierte Lage Rußlands, welches Deutschland und später auch dem Dreibund gegenüber aus verschiedenen Gründen eine sich steigernde unfreundliche Politik beobachtete. Rußland glaubte in einem Zusammengehen mit Frankreich nicht nur das angeblich durch den Dreibund gestörte europäische Gleichgewicht wieder herzustellen und dadurch seinen Einfluß auf die europäische wie asiatische Politik zu heben, sondern es versprach sich auch von dem reichen Frankreich eine wesentliche Hülfe zur Aufbesserung seiner zerrütteten Finanzen.

So entstand die Annäherung und Verbindung der beiden Nationen, welche durch ihre Staatsform, ihre Kultur, ihre Sitten, durch den Charakter und die Denkungsweise ihrer Bevölkerung so von Grund aus voneinander verschieden sind, und die nur die Verstimmung gegen den Dreibund und besonders gegen das seit 1870 die Führerschaft in Europa übernommen habende Deutschland gemein haben.

Man kann es Frankreich im Grunde genommen nicht übelnehmen, wenn es daran denkt, die Scharte von 1870/71 wieder auswetzen zu wollen; eine Nation von der Empfindlichkeit des Charakters, welche in den letzten 50 Jahren nur Erfolge auf militärischem Gebiete aufzuweisen hatte und sich von seiner dominierenden Stellung in Europa so plötzlich verdrängt sah, mußte den Gedanken der Revanche für die erlittenen Niederlagen, an die Zurückeroberung der verlorenen Provinzen und an die Wiedergewinnung seiner früheren Stellung unausgesetzt im Auge behalten.

Mit dem Fortgange der guten Beziehungen zu Rußland wurde die Reorganisation der Armee mit einem fieberhaften Eifer betrieben, und schon seit einigen Jahren glaubte Frankreich allen kriegerischen Eventualitäten gewachsen zu sein.

Die schweren Niederlagen und die großen Opfer des Jahres 1870/71 sind bei der Bevölkerung aber noch in zu frischem Andenken, als daß von dieser Seite einem neuen Kriege mit großer Begeisterung entgegengesehen würde, zumal heute bei der allgemeinen Dienstpflicht jede Familie direkt an einem Kriege, der jedenfalls noch größere Opfer wie damals fordern würde, beteiligt wäre.

Auch die jeweilige Regierung hat kein Interesse daran, einen Krieg zu wünschen, da durch einen solchen ihre Macht und das augenblicklich herrschende Regime eventuell in Frage gestellt würde.

Zwei in Frankreich sehr einflußreiche Faktoren sind es aber, die den Revanchegedanken eifrig betreiben, und bei denen derselbe, gestärkt durch die russische Verbrüderung, eine immer festere Gestalt anzunehmen droht; es sind dieses die Armee und eine lärmende chauvinistische Presse! Die Armee aber bedeutet heutzutage die

Nation, und den Einflüsterungen einer lärmenden Presse, einer schreienden, chauvinistischen Minorität ist die Bevölkerung Frankreichs bisher immer noch zugänglich gewesen. Die Armee steht in ganz Frankreich ohne Unterschied der Parteien in sehr hohem Ansehen, für sie sind keine Opfer zu hoch, und ihr Einfluß auf die Bevölkerung ist ein nicht zu unterschätzender. Die Armee aber steht fest auf dem Standpunkt des Revanchegedankens und wird hierin von einer dementsprechend beeinflußten chauvinistischen Presse unterstützt. Wenn beide den Moment zur Verwirklichung dieses Gedankens für gekommen erachten, so wird es ihnen nicht schwer werden, die Bevölkerung über den Kopf der Regierung hinweg für diese Idee zu gewinnen. Die Armee spricht es offen aus, wie ich es selbst aus dem Munde eines dem Chef des Generalstabes der Armee sehr nahestehenden Generalstabsoffiziers gehört habe, daß nur ein glücklicher Krieg die Schande von Sedan wiedergutmachen und Frankreich vor dem Untergange retten könne. In den 1894 auf der französischen Kriegsakademie gehaltenen Vorträgen über den Krieg von 1870/71 heißt es: „Nos désastres ont amené une transformation complète de notre organisation militaire, politique et sociale; deux provinces éminemment françaises sont restées aux mains de l'étranger, et il est de notre devoir de les délivrer coûte que coûte du joug de l'opresseur. L'Alsace et la Lorraine attendent leur délivrance. Travaillons sans cesse à nous perfectionner: les vainqueurs d'hier seront peut-être les vaincus de demain!"

Diese auf die Hoffnung einer bevorstehenden Verwirklichung des Revanchegedankens hindeutende Stimmung in der französischen Armee muß aber durch die Freundschaftsbezeugungen eines so mächtigen Bundesgenossen wie Rußland nicht nur neue Nahrung finden, sondern gegebenenfalls zum Losschlagen gesteigert werden. Unter diesen Umständen kann es Frankreich aber nicht genügen, einen Bundesgenossen zu haben, welcher es nur vor feindlichen Angriffen schützen, seinem brennenden Wunsche der Revanche und der Rückeroberung der verlorenen Provinzen aber erforderlichenfalls hindernd in den Weg treten würde.

Alle Friedensversicherungen Frankreichs dürfen uns über seine wahren Absichten und den eigentlichen Zweck seines so unnatürlichen Bündnisses mit Rußland nicht hinwegtäuschen. Auch stehen diese Friedensversicherungen nicht im Einklang mit den bei jeder Gelegenheit gemachten Hindeutungen auf die Hoffnungen Frankreichs (Rede des Kammerpräsidenten Brisson bei Eröffnung der Kammer 27. Oktober d. Js.), auf die verstümmelte Grenze (s. Rede des Kriegsministers in Briey am 18. Oktober d. Js.), sowie mit den an der Grenze gehaltenen äußerst chauvinistischen Ansprachen hochgestellter Offiziere an die Truppen (Divisionsgeneral Keßler, Major Roedel).

Das ganze Verhalten Frankreichs in den letzten 26 Jahren läßt

darauf schließen, daß es sich nicht damit begnügen wird, zu sagen, das Bündnis mit Rußland hat uns unseren politischen Einfluß wiedergegeben, et nous ne sommes plus seuls. Frankreich wird das durch das russische Bündnis wiedergewonnene Selbstbewußtsein und die dadurch vermeintlich gewonnene Kraft dazu benutzen wollen, seine Revancheideen über kurz oder lang zur Ausführung zu bringen; hierzu ist Frankreich das Bündnis mit Rußland eingegangen, zu diesem Zweck hat die Republik sich bereit erklärt, dem Autokraten die Hand zu reichen.

Es fragt sich nun, ob Frankreich den Moment zur Verwirklichung seiner Ideen schon für gekommen erachtet, d. h. ob es glaubt, mit Sicherheit auf die Unterstützung Rußlands rechnen zu können, und ob es sich selbst hierzu für kräftig und vorbereitet genug hält.

Ich glaube nicht, daß die allernächste Zukunft bedrohlich ist. Die Vorbereitungen für die Weltausstellung 1900 beschäftigen Regierung und Bevölkerung und unter letzterer namentlich den einflußreichen industriellen und kommerziellen Teil derselben zu sehr, als daß man die bereits in Angriff genommenen Arbeiten und die schon engagierten Kapitalien durch einen immerhin gewagten Krieg aufs Spiel stellen möchte, abgesehen davon, daß das Schweigen der Regierung über das Vorhandensein eines Allianzvertrages mit Rußland die Bevölkerung über eine eventuelle Unterstützung desselben im Ernstfalle im Zweifel läßt.

Aber auch militärische Bedenken stehen der unmittelbaren Kriegsgefahr entgegen. Die Manöver der letzten Jahre haben das Vertrauen der Armee in die höhere Führung nicht gerade gestärkt; eine Menge zum Teil sehr wichtiger Organisationsvorschläge sehen ihrer Verwirklichung noch entgegen; verschiedene neuere Vorkommnisse lassen vermuten, daß in bezug auf die Mobilmachung noch nicht alles so vorbereitet ist, um mit einiger Sicherheit auf eine möglichst ungestörte Durchführung derselben rechnen zu können; die Unterlegenheit des Lebelgewehres den Gewehren der übrigen Staaten gegenüber bricht sich immer mehr Bahn, und die Feldgeschützfrage ist noch nicht definitiv gelöst worden. Alle diese Umstände lassen darauf schließen, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr nicht besteht, sondern daß man die bis zur Beendigung der Weltausstellung noch verfügbaren Jahre benutzen möchte, den inneren und äußeren Ausbau der Armee zu vollenden.

Wenn daher nicht besondere Umstände dazwischen kommen sollten, was immerhin möglich ist, durch welche der augenblicklichen politischen Lage eine wesentlich veränderte Gestalt gegeben wird, so glaube ich, daß man damit rechnen muß, Frankreich mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts einen Ton anschlagen zu hören, der anders als auf diplomatischem Wege gedämpft werden muß.

Gestützt auf unsere Wehrkraft und die Zuverlässigkeit unserer

Bundesgenossen, haben wir keine Veranlassung, die augenblickliche politische Lage mit besonderer Besorgnis anzusehen. Wir werden aber andererseits gut tun, uns über die Absichten und Ziele des russisch-französischen Bündnisses keine Illusionen zu machen. Solange Rußland und Frankreich in der durch den russischen Kaiserbesuch betätigten Weise zueinander halten, werden wir auf wohlwollende Absichten eines dieser beiden Staaten uns gegenüber nicht rechnen können, und alle Bemühungen, dieselben von unserer friedliebenden Politik überzeugen zu wollen, werden noch auf geraume Zeit hinaus vergeblich sein.

Mehr denn je dürften wir somit Veranlassung haben, die Vorgänge in Rußland und Frankreich scharf zu beobachten und unser Pulver trocken zu halten. (gez.) v. Schwartzkoppen

Nr. 2875

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 459 St. Petersburg, den 28. Oktober 1896

Wie mir der österreichische Geschäftsträger* vertraulich erzählt, habe ihm Herr Schischkin gesagt, daß ein Franzose ihm die Überzeugung ausgesprochen habe, daß, wenn heute ein Plebiszit in Elsaß-Lothringen gemacht würde, dasselbe unzweifelhaft zugunsten Deutschlands ausfallen würde. Dies sei das einfachste Mittel, diese Frage ohne Krieg zu lösen. Von derselben österreichischen Quelle höre ich, daß Graf Wolkenstein schreibt, der Kaiser Nikolaus sei ganz berauscht[1] gewesen von dem überwältigenden Empfang in Paris. Sein intimer Ratgeber wäre Graf Woronzow-Daschkow** gewesen, der in seiner Franzosenbewunderung den Kaiser veranlaßt habe, mehr zu tun, als er es anfänglich beabsichtigt. Auch sei das Wort Waffenbrüderschaft, welches in Paris und St. Petersburg einen ungeheueren Effekt gemacht habe, der eigenen Initiative des Kaisers entsprungen. Wie in der hiesigen Presse während und gleich nach dem Pariser Besuch, so ist auch in der Unterhaltung mit Russen ersichtlich, daß der Chauvinismus in Frankreich und Rußland auffallend zugenommen hat. Auch jetzt zeigt sich das Bewußtsein der Allmacht und der künftigen Weltherrschaft im Verein mit Frankreich in Gesprächen sonst ruhig denkender Russen häufiger als früher. Radolin

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das glaube ich

---

* Markgraf von Pallavicini.
** Russischer Hausminister.

Nr. 2876

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe

Eigenhändig

Berlin, den 2. November 1896

Graf Osten-Sacken hält es nicht für wahrscheinlich, daß Herr Schischkin die elsaß-lothringische Frage mit einem Franzosen erörtert habe. Er hat dem Botschafter gegenüber rühmend den Takt der Herrn Faure und Hanotaux hervorgehoben, und daß keiner der beiden Herrn ihm (Schischkin) gegenüber die elsaß-lothringische Frage auch nur gestreift, geschweige denn besprochen hätte.

C. Hohenlohe

Nr. 2877

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 185 Wien, den 4. November 1896

Da Graf Nigra unmittelbar nach der Orleansschen Hochzeit* Wien mit Urlaub verläßt, suchte ich ihn kürzlich auf, um mit ihm, dessen Urteile mir immer bemerkenswert erschienen, die allgemeine Lage zu besprechen. pp.

Graf Nigra verhehlte mir nicht, daß ihn die letzten Pariser Ereignisse und die dadurch geschaffene veränderte europäische Lage keineswegs gleichgültig lassen. Er wiederholte mir im wesentlichen dieselben Gesichtspunkte, die auch die Grafen Goluchowski und Wolkenstein mir gegenüber geltend gemacht, worüber ich mir bereits zu berichten erlaubte**. Ich nehme daher an, daß der italienische Botschafter in Paris in ähnlichem Sinne berichtet hat, wie sein k. und k. Kollege.

Nach eingehender Darlegung aller der Gefahren, welche als Folgen des Pariser Besuches den Frieden bedrohten oder wenigstens bedrohen könnten, von denen als die bedeutendste die dabei besiegelte „fraternité“ nicht nur der Waffen, wie der Zar in Châlons gesagt, sondern auch aller Berufs- und Volksklassen in Frage käme, fand der Graf den einzigen Lichtpunkt in der Erwägung, daß es nicht in Rußlands Interesse läge, den Frieden zugunsten der französischen Revanche-

---

* Gemeint ist die Vermählung der Erzherzogin Maria Dorothea mit dem Prinzen Ludwig Philipp von Orléans, die am 5. November in Wien stattfand.

** Siehe Nr. 2871.

gelüste zu stören. „C'est une consolation, mais la situation comme elle est n'est déjà pas précisément agréable."

Auf meine Frage, welchen Einfluß sich der Herr Botschafter von dem Wechsel im russischen Auswärtigen Amt* verspräche, entgegnete derselbe, daß ihm ein geistreicher Mann wie Fürst Lobanow immer noch lieber sei als ein unfähiger und daher wenig berechenbarer Kopf wie Herr Schischkin[1]. „Avec un homme d'esprit il y a toujours plus facilement moyen de s'entendre."

Besonders imponiert dem Grafen Nigra wie den meisten Politikern, mit denen ich in letzter Zeit gesprochen, die Macht, über welche Zar Nikolaus gebietet. Die Rundreise des Kaisers hat sich in ihren Augen zu einem europäischen Triumphzuge gestaltet, der junge, bis dahin fast unbekannte Monarch ist mit einem Male mit theatralischer Wirkung in den Vordergrund gerückt. Die Überschwänglichkeit der ihm dargebrachten Huldigungen hat außerordentlich auf die Phantasie der hiesigen Zuschauer gewirkt. Seit Paris aber hat sich ein leises Gefühl des Unbehagens verbreitet, was durch die Bismarcksche Mitteilsamkeit** und durch die antienglische Haltung der den Russenkultus predigenden Friedrichsruher Organe noch erhöht worden ist. Dazu kommen gelegentliche Ausfälle auch anderer deutscher Zeitungen gegen die hiesige Herrschaft der Polen und Magyaren, unserer — man kann es nicht oft genug betonen — einzig zuverlässigen und dabei widerstandsfähigen Stützen in dieser Monarchie.

Italien, dem man hier nie sehr getraut, und dessen Bundeswert hier sicherlich unterschätzt wird, hat seit Adua*** noch weniger Aussicht, bei der Berechnung des politischen Kontos ernstlich in Betracht gezogen zu werden.

Graf Nigra wiederholte mir mehrere Male mit genauer Betonung und ernster Miene:

„La Russie dispose actuellement de deux armées, de deux marines, de deux diplomaties et de deux bourses!"

Italiens Lage sei ungemütlich, da es von Frankreich wegen seiner Zugehörigkeit zum Dreibund empfindlich gequält würde†. Nur für Italien allein habe Frankreich noch den Maximaltarif. Für Österreich sei es aber sehr wichtig, seine Südgrenze gedeckt zu wissen.

Graf Nigra hat wohl schon früher die Macht Rußlands nicht unterschätzt. Jetzt steht er jedoch mit seiner Auffassung hier noch weniger

---

* Seit dem Tode des Fürsten Lobanow (30. August 1896) führte Schischkin die Geschäfte des Ministeriums. Die allgemeine Erwartung, daß er zum Minister avancieren werde, erfüllte sich nicht; am 13. Januar 1897 wurde Graf Murawiew zunächst zum Verweser des russischen Ministeriums des Äußern ernannt.

** Anspielung auf die Enthüllung der „Hamburger Nachrichten" vom 24. Oktober 1896 über den Rückversicherungsvertrag.

*** D. h. seit der Niederlage der Italiener bei Adua (1. März 1896).

† Vgl. Kap. LXIX, Anhang A.

vereinzelt da wie ehedem. „Plus est in opinione quam in re“ sagt bekanntlich schon der Hl. Paulus. C. M. Lichnowsky

---

Randbemerkung Kaiser Wilhelm II.:
[1] Da bin ich entschieden andrer Meinung

Nr. 2878

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 474 St. Petersburg, den 5. November 1896

Gegenüber den Angriffen der „Hamburger Nachrichten“ tritt die „Birschewija Wjedomosti“ vom 3. d. Mts. lebhaft für die Politik des „neuen Kurses“ ein.

Rußland bedauere gar nicht, daß es durch die Entlassung des Fürsten Bismarck von diesem hinterlistigen Freunde befreit worden sei, dessen Ratschläge angeblich so notwendig gewesen wären für die Erhaltung der guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten. Man erkenne es vielmehr gern an, daß die von Kaiser Wilhelm geleitete Politik es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Spuren des aus Bismarcks Zeiten gegen Deutschland bestehenden Mißtrauens zu verwischen.

Das russisch-französische Bündnis sei die beste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens; in Deutschland aber werde es den Chauvinismus zügeln. Die Enthüllungen des Fürsten Bismarck könnten an der gegenwärtigen Lage nichts ändern. In dieser Richtung könne sich Deutschland auch nicht eher einen Erfolg versprechen, als bis es nicht Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben, sich vom Dreibund losgesagt habe und davon abstehe, Österreich-Ungarn zu einer agressiven Orientpolitik aufzureizen. Radolin

Nr. 2879

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 880 Berlin, den 11. November 1896

Antwort auf Bericht Nr. 474*.

Bitte zu beachten, ob, von welchen Blättern und mit welchen Nuancen die elsaß-lothringische Frage noch weiter besprochen wird.

---

* Siehe Nr. 2878.

Falls sich weiterer Anlaß bietet, stelle ich anheim, an geeigneter Stelle (Schischkin, Witte, je nach Ermessen) gelegentlich in ruhigster Form darauf hinzuweisen, wie derartige Auslassungen, wenn sie in Rußland gedruckt werden, auch außerhalb der russischen Grenzen mehr Beachtung finden, als wenn sie ihren Ursprung in einem Lande hätten, wo nicht wie in Rußland ein Wort der Behörde genügt, um unwillkommnen Diskussionen Halt zu gebieten. Weil diese Macht der russischen Regierung über die russische Presse sowohl in Frankreich wie in Deutschland bekannt ist, so kann es nicht ausbleiben, daß die wiederholte Besprechung der elsaß-lothringischen Frage — die für uns niemals einen andern Charakter als den einer inneren Frage haben kann — in Frankreich Hoffnung, in Deutschland Mißtrauen erweckt. Da wir annehmen, daß weder das eine noch das andre in den Rahmen der russischen Politik paßt, so zweifeln wir nicht, daß die russische Regierung, sobald ihre Aufmerksamkeit geweckt ist, jenen Treibereien ein Ende machen wird.

In diesem Sinne und in vertrauensvoller Form wird auch der Artikel der „Börsenzeitung"* vom 3. d. Mts. demnächst gegenüber dem hiesigen russischen Botschafter zur Sprache gebracht werden.

Marschall

Nr. 2880

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 537 St. Petersburg, den 26. November 1896

Euerer Durchlaucht beehre ich mich unter Bezugnahme auf den hohen Erlaß vom 11. d. Mts. — Nr. 880** — gehorsamst zu berichten, daß die sogenannte elsaß-lothringische Frage nicht wieder in der russischen Presse behandelt worden ist. Ich möchte auch dem von mir seinerzeit gehorsamst eingereichten Artikel der „Börsenzeitung", welcher geeignet schien, in Frankreich falsche Hoffnungen zu wecken, keine allzugroße Bedeutung beilegen, da ich in letzter Zeit bemerkt habe, daß dieses Blatt von der französischen Botschaft inspiriert und vermutlich auch bezahlt wird. So war es z. B. immer diese Zeitung, welche den Standpunkt der französischen Regierung in der Frage der Sanierung der türkischen Finanzen vertrat.

Wie ich schon früher mehrfach zu berichten die Ehre hatte, genießt die russische Presse in Fragen der auswärtigen Politik eine

* D. i. „Birschewija Wjedomosti".
** Siehe Nr. 2879.

ziemlich große Freiheit. Da sie nichts über die inneren Fragen schreiben darf, so wird ihr, gewissermaßen als Sicherheitsventil für die öffentliche Meinung, gestattet, die auswärtigen Fragen nach ihrem Sinne zu behandeln. Eine Ausnahme hiervon dürfte nur die „Nowoje Wremja" machen, in deren Spalten nur diejenigen Ansichten vertreten werden, die der Regierung genehm sind. Das schließt allerdings nicht aus, daß die Regierung jederzeit imstande ist, die Behandlung eines ihr mißliebigen Themas durch die Presse zu verbieten. Fürst Lobanow behauptete zwar immer, daß solche Pressionsmittel niemals angewendet würden.

Radolin

Nr. 2881

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 24. November 1896

Der englische Botschafter erzählte mir heute ganz vertraulich, daß er am Geburtstage Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich* eine mehrstündige Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser gehabt habe, deren Inhalt die schwebenden Tagesfragen gewesen seien. Sir Frank Lascelles las mir das Telegramm vor, das er hierüber an Lord Salisbury gerichtet hatte; sein wesentlicher Inhalt ist folgender:

Seine Majestät der Kaiser erblicke in der Ablehnung des französischen Vorschlags wegen der türkischen Finanzreform** ein Moment der Abschwächung der bisherigen französisch-russischen Intimität. Es sei offenbar, daß Rußland sich für bevorstehende Ereignisse in Konstantinopel vollkommen freie Hand vorzubehalten wünsche. Dabei erwecke die Lage in Rußland Besorgnisse. Kaiser Nikolaus, obwohl von den besten Intentionen beseelt, ermangle jedes Rückgrats und schwanke unstet umher. Auf diese Charaktereigenschaft des Zaren sei die Tatsache zurückzuführen, daß Rußland in diesem kritischen Augenblicke eines Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten entbehre***. Schon verbreite sich unter der Bevölkerung die Anschauung von der Schwäche des Kaisers; die innere Lage Rußlands erheische die ernste Aufmerksamkeit Europas, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß Kaiser Nikolaus wie einst Paul I. enden werde. pp.

Marschall

---

* 21. November.
** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXVIII, Nr. 3073, 3075.
*** Siehe Nr. 2877, S. 382, Fußnote *.

Nr. 2882

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 580 St. Petersburg, den 15. Dezember 1896

Der österreichisch-ungarische Botschafter* ist von einem längeren Urlaube in Petersburg wieder eingetroffen. Wie er mir vertraulich sagt, hätte er Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph ungemein besorgt über die hiesigen Zustände gefunden. Die immer mehr hervortretende Willensschwäche des Seiner Majestät sonst sehr sympathischen Zaren erwecke beim Kaiser die Befürchtung, daß trotz des zweifellos vorhandenen Bestrebens des russischen Kaisers, den Frieden zu wahren und mit sämtlichen Mächten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, der junge Kaiser durch die Verhältnisse unter Umständen und gewiß gegen seinen Willen in kriegerische Verwickelungen hineingetrieben werden könnte[1], wenn irgendein kräftigerer Wille als der seinige es verstände, die Leidenschaften im Volke zu wecken[2], um ungestüm das Programm der sogenannten russischen Patrioten auszuführen und den Kaiser mit fortzureißen. Es würde dann fraglich sein, ob Kaiser Nikolaus imstande wäre, der gewaltigen Strömung zu widerstehen. Darin sieht der Kaiser von Österreich die Hauptgefahr des Weltfriedens, zumal bei den Russen der Gedanke immer stärker wird, daß Rußland berufen ist, die Welt zu beherrschen.

Was speziell die Türkei anlangt, so ist nach Ansicht des Prinzen Liechtenstein der Kaiser von Österreich eher geneigt zu glauben, daß es der russischen Politik gelingen wird, momentan noch den auf die Länge freilich nicht zu haltenden Verfall des Türkischen Reiches zu verhindern und die üblichen Zustände notdürftig zu verbessern**. An eine ernste Sanierung der Verhältnisse sei aber nicht zu denken. Wie weit es indes Rußland möglich wäre, die Krisis im Orient hinauszuschieben, hänge auch sehr davon ab, wer schließlich die Leitung der auswärtigen Politik in Petersburg erhalten wird. Die gegenwärtige Unsicherheit auf diesem Gebiet sei auch eine Quelle erklärlicher Beunruhigung.

Prinz Liechtenstein, der zu den blinden Verehrern des Fürsten Lobanow gehörte, und dem die immerhin mögliche Berufung des Herrn von Nelidow nichts weniger als angenehm wäre, nachdem er seinerzeit energisch gegen dessen Sendung als Botschafter nach Wien gearbeitet hatte, ist ziemlich ernüchtert über Rußland aus Wien zurückgekehrt[3]. Er scheint von Mißtrauen über die Endziele der russischen

---

* Prinz Liechtenstein.

** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIII und LXXVII.

Politik erfüllt. Mehr aus seiner Denkungsweise als aus seinen Äußerungen ist zu erkennen, daß er der Annäherung Deutschlands an Rußland nicht sympathisch gegenübersteht. Und doch hat er selbst unter Fürst Lobanow sich Mühe genug gegeben, letzteren von den freundschaftlichen Gesinnungen Österreichs für Rußland zu überzeugen, während der Minister, wie ich höre, versucht hat, in jeder Weise in Österreich Mißtrauen gegen Deutschland zu säen.

Ein kürzlich erschienener Artikel in der „Nowoja Wremja", den ich unter dem 16. d. Mts. Nr. 582 einzureichen mich beehrt habe, gibt dem Botschafter wie seinen Herren Veranlassung, anzudeuten, daß die Russen immer noch England fürchten, den Dreibund dagegen, den sie früher gefürchtet, jetzt nicht mehr als gefährlich ansehen, seitdem Deutschland zu Rußland und Italien zu Frankreich neigt. Er sieht darin einen neuen Erfolg Rußlands und eine Schwächung des Dreibundes. Es liegt in der Deduktion des Botschafters eine Art stummer Vorwurf, als vernachlässigten wir Österreich für Rußland. Auch kam der Prinz auf die Hamburger Enthüllungen* zu sprechen und verhehlte mir nicht, daß dieselben einen überaus deprimierenden Eindruck in der Monarchie gemacht hätten.

Radolin

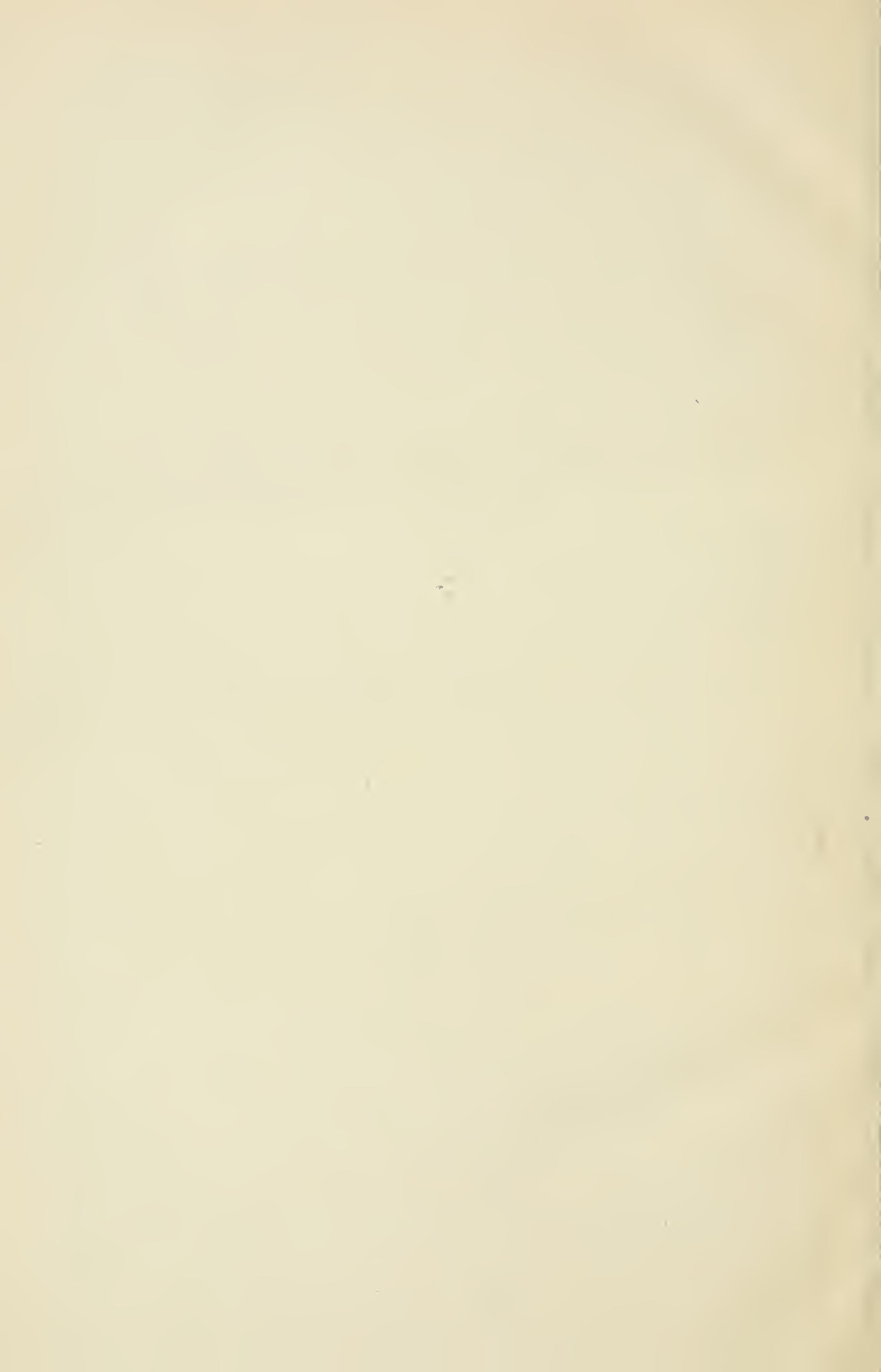
Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] Ja
[3] sehr erfreulich

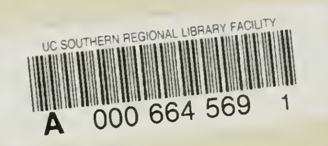
---

* Vgl. Nr. 2873, Fußnote *.








UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 664 569 1

